Zu 670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

# ANLAGE

## zum Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien

### Wortprotokolle über die Zeugeneinvernahmen

(einschließlich des Berichtes des Präsidenten des Rechnungshofes und des Lokalaugenscheines)

Band 4

Seite 1047 b bis Seite 1251 a

Inhaltsverzeichnis siehe Band 1

2 von 206Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 4 (Seite 1047b bis 1251a) (gescanntes Original)



# 19. Sitzung: 14. Jänner 1981

## Beginn: 10 Uhr 10 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

### Zeugeneinvernahme von Stadtrat Dr. Alois Stacher

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat, ich begrüße Sie im Untersuchungsausschuß und darf Sie bitten, dort Platz zu nehmen.

Herr Stadtrat! Sie sind als Zeuge hier geladen, und ich darf Ihnen am Beginn sagen, wie der Untersuchungsauftrag des Untersuchungsausschusses heißt.

Wir haben auf Grund des Beschlusses des Nationalrates drei Punkte zu überprüfen, und zwar wurde der Untersuchungsausschuß

erstens eingesetzt zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Auf Grund Ihrer politischen Funktion wird vor allem ein Schwerpunkt sicher beim Punkt 1 des Untersuchungsauftrages liegen, aber denkbar ist auch, daß Fragen zu den beiden anderen Aufträgen an Sie von Abgeordneten dieses Ausschusses gestellt werden.

Herr Stadtrat, als Zeugen muß ich Sie darüber formell belehren, daß wir nach der Geschäftsordnung des Nationalrates vorzugehen haben, und dort ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. In dieser Strafprozeßordnung ist bei der Ablegung des Zeugnisses festgehalten, unter welchen Umständen die Beantwortung einer Frage verweigert werden kann. Es heißt dort im § 153: Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist.

Also es müßte dann der Ausschuß jeweils darüber abstimmen, ob die Beantwortung wegen ihrer besonderen Bedeutung unerläßlich ist.

Ich bitte Sie, wahrheitsgemäß die Fragen direkt zu beantworten, die an Sie gestellt werden, und vor allem dabei zu beachten, daß wir nur alles das im Protokoll haben, was Sie ins Mikrophon deutlich hineinsagen; auch wenn Sie seitlich gefragt werden, bitte, immer nach vorne und ins Mikrophon hineinsprechen.

Herr Stadtrat, um die Generalien muß ich Sie noch bitten: das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.



www.parlament.gv.at

Dr. **Stacher:** Dr. Alois Stacher, geboren 16. 2. 1925, wohnhaft 1140 Wien, Matznergasse 21, Beruf: Facharzt für Innere Medizin, Professor, Stadtrat für Soziales und Gesundheit in Wien und Primarius im Hanusch-Krankenhaus.

Obmann Dr. **Steger:** Danke schön.

Jetzt Herr Abgeordneter Ing. Nedwed, der anstelle des Herrn Abgeordneten Mühlbacher da ist.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Professor! Sie haben im Jahre 1973 das Gesundheitsressort im Wiener Stadtsenat als Nachfolger des langjährigen ÖVP-Gesundheitsstadtrates im Wiener Stadtsenat Dr. Glück übernommen. Welche Situation haben Sie beim AKH vorgefunden und welche Aktivitäten haben Sie zu Amtsantritt im AKH entwickelt?

Dr. **Stacher:** Nun, die Situation, die ich vorgefunden habe, war an sich unbefriedigend.

Es war der Bau schon seit vielen Jahren im Gang, es waren die Kinderklinik, die Psychiatrie im Bau, es wurde dann der Kernbau begonnen, und es war bei der Planung eigentlich eine unübersichtliche Situation. — Wir haben dann zusammen mit dem Bürgermeister, ich glaube, im Februar oder März 1974, den Obersenatsrat Bandion als Generalbevollmächtigten eingesetzt, um die ganze Situation zu überprüfen.

Ich selbst habe dann außerdem natürlich mit den Bauabteilungen gesprochen und war, ich glaube, im März oder April 1974, bei einer großen Bausitzung und konnte mich überzeugen, daß meiner Meinung nach in dieser Form an sich die Organisation auf die Dauer nicht sehr zielführend sein wird, denn bei dieser Bauausschußsitzung war ich plötzlich mit 72 Menschen konfrontiert — oder waren es 73? —, die diesen Bauausschuß praktisch dargestellt haben, und es ist meiner Meinung nach fast unmöglich, in einem so großen Gremium de facto Detailentscheidungen zu treffen.

Wir haben also dann Dr. Bandion als Generalbevollmächtigten eingesetzt, und der hat dann Berichte erstattet, Berichte mir persönlich, in Gesprächen mir persönlich.

Ich habe mit den Universitätsprofessoren gesprochen.

Ich habe dann ein Gremium geschaffen, und zwar ein Kontaktkomitee zwischen der Universität, also der Fakultät und der Stadt Wien, und wir haben dort natürlich ebenfalls alle Gespräche über das AKH durchgeführt.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Stadtrat, wie beurteilen Sie überhaupt die Konzeption des AKH?

Dr. **Stacher:** Nun, die Konzeption des AKH ist an sich schwierig in einem Satz zu beurteilen. Sie wissen alle, daß ich ja an sich grundsätzlich bei einem Versorgungskrankenhaus, also beispielsweise Peripheriespital, für einen Pavillonbau bin beziehungsweise auch für keinen Pavillonbau, sondern für ein sogenanntes Pavillon-Verbundsystem, wie wir es beispielsweise Krankenhaus Ost im Augenblick planen.

Für das Allgemeine Krankenhaus — und es waren ja Diskussionen schon 1955/56/57 und so weiter — kam an sich aus der örtlichen Situation nur ein Zentralbau in Frage. Die Frage war ja, entweder irgendwo auf die grüne Wiese einen Riesen-Pavillonbau zu stellen und außerdem alle anderen Institute — da gehören die Histologie, die Anatomie und alle Institute, die also beispielsweise in der Währinger Straße, in der Schwarzspanierstraße sind, dazu — ebenfalls dort hinauszuverlegen, um überhaupt einen Studentenbetrieb möglich zu machen, oder das Allgemeine Krankenhaus jetzt an Ort und Stelle, wo es jetzt gebaut wird, hinzugeben.

Daß es von wissenschaftlicher Seite, von der Seite der Lehre und damals ja auch verkehrstechnisch — damals hat es ja noch nicht so viele Autos gegeben — sinnvoller war, das an dem jetzigen Ort zu bauen, steht für mich außer Diskussion. Wenn man es aber an diesem Ort baut, dann konnte nur ein Zentralbau gebaut werden, im besonderen deshalb, weil das ja kein Krankenhaus im üblichen Sinn ist, sondern weil es ja eine Ausbildungsstätte für immerhin Tausende Studenten ist, nebenbei, und weil ja die Forschung ebenfalls da ist. Es ist also an sich meiner Meinung nach völlig falsch, von einem Krankenhaus allein zu reden, sondern man müßte sagen: Es ist der größte Forschungsbetrieb Österreichs auf medizinischem Sektor plus dem größten Lehrbetrieb Österreichs auf medizinischem Sektor und ein Krankenhaus.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Stadtrat! Sie haben von der Größe des Bauausschusses gesprochen. Welche Stellung haben Sie zu den Vorschlägen des Generalbevollmächtigten Dr. Bandion eingenommen? Er hat ja damals einige Veränderungen vorgeschlagen.

Dr. **Stacher:** Ich persönlich war an sich weitestgehend mit seinen Vorschlägen übereinstimmend, denn er hat gesagt, man muß die Bauführung straffen, entweder in der Form, daß die Stadt Wien allein die Bauführung übernimmt, oder in der Form, daß man eine andere Konstruktion schafft, um hier eine klare Übersicht über die Bausituation zu bekommen und klarzustellen, daß man rasch weiterbauen kann. Denn — wenn man auf die Situation noch einmal zurückkommen kann — ich habe ja eindeutig gesehen — das war damals durch

4 von 206Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 4 (Seite 1047b bis 1251a) (gescanntes Original)



diese Vielzahl von Leuten manchmal so, und das waren auch die ersten Gespräche, die wir mit den Professoren geführt haben, daß manche Räume zum Beispiel doppelt vergeben waren und daß eigentlich niemand genau einen klaren Überblick über den Bau gehabt hat —: Das muß einmal zentral irgendwie in die Hand genommen werden, und in diesem Sinne war ich mit den Vorschlägen von Bandion eindeutig einverstanden, daß hier eine Änderung der Konstruktion der Bauführung notwendig ist.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): War diese andere Konstruktion auch die Gründung der AKPE, und welche Stellung haben Sie damals eingenommen dazu?

Dr. **Stacher:** Ich war an sich direkt mit den Verhandlungen über die Gründung der AKPE nicht befaßt, war aber zweifelsohne einverstanden, daß man das macht, weil es eben aus den vorgenannten Gründen absolut notwendig war, hier eine straffe Bauführung zu machen, und die AKPE war hier nach ihrer Konstruktion — und das war ja damals völlig unbestritten, in allen Fraktionen des Gemeinderates; ich erinnere nur daran, daß wir ja die Beschlüsse dafür einstimmig im Gemeinderat gefaßt haben und daß hier alle positiv Stellung genommen haben dazu — die Chance, nun dieses Bauvorhaben echt in den Griff zu bekommen. Man muß ja bedenken, daß der Bau schon relativ weit fortgeschritten war und daß die Planung zum Teil dadurch, daß nicht in vielen Bereichen Konsens zwischen Professoren, zwischen den Baufachleuten und so weiter bestand, ja nachgehinkt ist. Es war also notwendig, hier eine straffe Führung einmal zu erreichen, und dafür hat die AKPE die besten Chancen geboten.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Eine große Rolle in allen unseren Diskussionen spielt die Betriebsorganisationsplanung. Warum wurde die eigentlich nicht im Bereich der MA 17 durchgeführt?

Dr. **Stacher:** Ich habe das schon mehrfach gesagt. Betriebsorganisationsplanung hätte man zweifelsohne vom Anfang des Baugeschehens an, also von 1965 an, innerhalb der MA 17 aufbauen können, so ähnlich, wie wir es jetzt im Krankenhaus Ost machen, wobei wir — und das sage ich auch ehrlich — mit etwas Bauchweh begonnen haben, Beamte und Ärzte, die an sich mit Planung direkt noch nichts gehabt haben, in diese Betriebsorganisationsplanung einzubinden; es hat sich bis jetzt sehr gut bewährt. Hätte man damals eine Gruppe errichtet und sie entsprechend ausgebildet und Fachleute zugezogen, daß also eine Betriebsorganisationsplanung parallel entstanden wäre, so wäre es sicherlich möglich gewesen, innerhalb der MA 17 eine Betriebsorganisationsplanung zu machen.

Es war aber so, daß 1971, 1972, 1973 sowohl mein Vorgänger als auch ich 1974 gesagt haben: Im jetzigen Stadium ist es einfach nicht mehr möglich, die Betriebsorganisationsplanung im Rahmen der Stadt zu machen oder im Rahmen der MA 17!, denn wir haben weder über das entsprechend ausgebildete Personal, weder funktionell über das Personal noch quantitativ über das Personal verfügt, und es wäre völlig unmöglich gewesen, in einem Zeitpunkt, in dem wir außerdem noch das ganze Spitalswesen zu reorganisieren begonnen haben, aus dem an sich mangelhaft vorhandenen Personal jetzt noch Personal herauszuziehen und eine Betriebsorganisationsplanung eines derartig großen Baues — das ist ja kein Wochenendhaus, sondern das ist ein Riesenbau — zu organisieren, abgesehen davon, daß niemand Ausgebildeter vorhanden war. Und aus diesem Grund war es zu dem Zeitpunkt völlig unmöglich, eine Betriebsorganisationsplanung von der MA 17 aus durchzuführen.

Ich glaube, das muß heute jeder einsehen. Es ist auch heute nicht möglich, die Betriebsorganisationsplanung allein zu machen.

Ich möchte nochmals in dem Zusammenhang darauf hinweisen: Das ist ja kein Krankenhaus wie das Lainzer Krankenhaus oder das Krankenhaus Ost, hier kommen ja für die Betriebsorganisationsplanung ganz andere Fakten außerdem noch zum Tragen: Bau von Hörsälen, Bau für die Lehre, Elektronenmikroskopisches Zentrum, die zusätzliche Situation der Forschung, die ja in den anderen Spitälern nicht gegeben ist. Und wenn heute manchmal gesagt wird: Ja man hätte das alles machen können, weil hier die Beamten vorhanden sind oder das Personal vorhanden ist, das imstande ist beziehungsweise das Erfahrung hat auf dem Krankenhaussektor, so muß ich nur noch einmal sagen: Dieses Allgemeine Krankenhaus ist nur zum Teil, vielleicht geschätzt zur Hälfte, ein Krankenhaus und zum anderen Teil eben eine Forschungs- und Lehrstätte.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Stadtrat! Inwieweit waren Sie über den Vergabeablauf der Betriebsorganisationsplanung an die ABO informiert?

Dr. **Stacher:** Im Detail war ich über den Vergabeablauf nicht informiert, sondern es war folgendes: Wir haben natürlich sehr gedrängt, und zwar auf Wunsch des Professorenkollegiums, in unseren Sitzungen gedrängt, daß eben die Betriebsorganisationsplanung raschest in Angriff genommen wird, aus dem einfachen Grund, weil wir befürchtet haben, wenn die Betriebsorganisationsplanung zu spät einsetzt, daß wir dann bei der Inbetriebnahme Schwierigkeiten haben. Das ist eine Furcht, die sich eigentlich die ganzen Jahre durchgezogen hat.

Ich habe dann gehört, daß die Planung vergeben wurde, ich habe Gespräche gehabt sowohl mit Wilfling als auch mit Winter als auch mit dem Sektionschef Waiz, ich wurde dann auch gefragt, ob man das ausschreiben soll oder nicht ausschreiben soll. Als Mediziner — bitte nur, mir nicht bös zu sein — habe ich die Vor- und die Nachteile nicht abschätzen können, daher habe ich gebeten, man soll mir einen Bericht über Vorteile der freien Vergabe, der beschränkten Ausschreibung, einer kompletten Ausschreibung machen. Dieser Bericht wurde aber dann von der AKPE nicht gemacht. Ich möchte das gleich jetzt erzählen, weil es im Stadtsenat einmal eine Diskussion darüber gegeben hat. Dieser Bericht wurde nicht gemacht, und es war eigentlich zu meiner Information, denn ich bin ja kein gelernter Betriebswirtschafter. Und dann habe ich einen Brief bekommen von Dr. Czermak, der als Aufsichtsrat ja von der von mir genannten AKPE war, daß eben die Planung, die Betriebsorganisationsplanung an die ABO vergeben wurde.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Bei dem Bericht über die Vergabe der BO-Planung: Meinen Sie damit den Bericht, den Dr. Wilfling unter dem Titel „Planungsphilosophie" abgegeben hat? Ist diese „Planungsphilosophie" im Einvernehmen mit Ihnen erstellt worden?

Dr. **Stacher:** Das Thema „Planungphilosophie" ist überhaupt ein sehr interessantes Thema, und ich habe mir schon erlaubt, im Gemeinderat auf eine Anfrage diesbezüglich zu antworten.

Die Planungsphilosophie, die wir gehabt haben und die ich nach wie vor habe, ist eigentlich im Zielplan für die Krankenanstalten und für die Altenhilfe in Wien enthalten, wurde mit den Stimmen sämtlicher Fraktionen im Gemeinderat beschlossen und besteht im wesentlichen darin: Eine möglichste Dezentralisierung der städtischen Krankenanstalten mit Übergabe der Verantwortung in die peripheren Bereiche auf der einen Seite, auf der anderen Seite, was das Allgemeine Krankenhaus anbelangt, natürlich eine Einbindung des Allgemeinen Krankenhauses in das Ressort für das Gesundheitswesen, weil es für mich völlig undenkbar war — und es hat damals Diskussionen darüber gegeben —, für das Allgemeine Krankenhaus eventuell eine eigene Betriebsorganisation zu schaffen und es außerhalb des Gesundheitswesens zu führen. Für mich ist es undenkbar, daß das möglich ist, denn wenn ich ein Krankenhaus mit 2 173 Betten habe und in Wien dann zusätzliche 8 000 oder 9 000 Betten in den Peripheriespitälern habe, so ist das für den Gesundheitsstadtrat natürlich völlig undenkbar, daß dieses eine Krankenhaus von wem anderen geführt wird, und die anderen Krankenhäuser gehören dann zum Gesundheitsressort. Wenn ich zusätzlich dann in Rechnung stelle, daß wir ein Krankenanstaltengesetz haben, das ja eindeutig vorgibt, daß wir Zentralkrankenhäuser haben, daß wir Standardkrankenhäuser und Schwerpunktspitäler haben und daß die Universitätsklinik für die Versorgung eines Landes eben ein Zentralkrankenhaus, also die höchste Versorgung, ist.

Das ist die Planungsphilosophie, die wir gehabt haben auf der einen Seite. Und das bedingt aber als zweites zwangsläufig, daß die Organisation Bettenreservierung, Patientenaufnahme im Allgemeinen Krankenhaus von uns natürlich genauso gefordert wird, in der gleichen Art und Weise die Durchführung, wie die Organisation in den anderen Spitälern. Ich kann nicht auf der einen Seite eine Organisation aufbauen, die völlig selbständig arbeitet, brauche aber die Betten für die Versorgung der Wiener Patienten als Zentralkrankenhaus, und habe dann eine zweite Organisation, die nach einem ganz anderen System arbeitet.

Das ist die so viel zitierte Planungsphilosophie, die in diesem Aktenvermerk aufgeschienen ist, und ich habe dazu immer wieder Stellung genommen und habe das immer wieder klargestellt; nur ist es halt so, daß nicht immer alle das zur Kenntnis nehmen wollen.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Stadtrat! Wer hat Ihnen Dr. Wilfling als Mitarbeiter empfohlen, und was war für Sie der Anlaß, diesen Beratervertrag mit der Firma ODELGA abzuschließen? Dr. Wilfling war ja Direktor der Firma ODELGA. Was waren also die Gründe dafür?

Dr. **Stacher:** Die Situation war so, daß ich das Ressort übernommen habe und bei meiner ersten Pressekonferenz schon gesagt habe: Ich stelle mir von medizinischer Seite vor, daß man eben Krankenanstalten, Pflegeheime in Gruppen zusammenfaßt, um in der Peripherie eine bessere Zusammenarbeit zu haben.

Dann ist der Herr Magistratsdirektor Bandion gekommen, hat mir gesagt, ich solle mit Wilfling einmal reden, der hat ebenfalls Überlegungen in diese Richtung.

Ich habe dann mit Wilfling gesprochen, und er hat mir unabhängig davon, von meinen medizinischen Überlegungen, ebenfalls einen Plan gezeigt, wo aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen ebenfalls eine derartige Dezentralisierung vorhanden war, die also weitestgehend mit den medizinischen Überlegungen übereingestimmt hat. Das war für mich, muß ich ganz ehrlich sagen, recht verblüffend und eindrucksvoll, und ich habe dann gesagt, ich möchte gerne, daß er mit mir — er vom Wirtschaftlichen her und ich vom Medizinischen her — eben diese Planung macht.

6 von 206Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 4 (Seite 1047b bis 1251a) (gescanntes Original)



Wir haben dann anschließend, wie Sie alle wissen, ein Team gegründet, und dann war die Frage natürlich: Wen brauchen wir zu dem Team?

Es war ganz klar, daß dann der spätere Abteilungsleiter Siebensohn dazugekommen ist, also ein Verwaltungsmann, der sich im Spitalswesen rein organisatorisch auskennt, es war ganz klar, daß ich verlangt habe, daß jemand, ein Baufachmann dazukommt, und das ist dann dieses berühmte Stacherteam geworden.

Was die zweite Frage anbelangt, so arbeitete dann dieses Team in folgender Weise: Siebensohn war ja dann schon im Gesundheitsressort als Abteilungsleiter, mein Sekretär, der Oberamtsrat Krainer, war der Schriftführer des Teams, dann ist Winter dabei gewesen für die Bauabteilung, dann ist Wilfling für die Betriebsorganisation, und wir haben dann in unzähligen Sitzungen den Spitalsplan ausgearbeitet.

Und damals wurde dann auf meinen Wunsch Wilfling als Konsulent für mich angestellt, und ich habe die gleiche Frage an die Baudirektion herangetragen, und Winter hat dann an sich nicht als Konsulent gearbeitet, sondern hat Überstunden bekommen von der Baudirektion.

Nun, im weiteren Verlauf war es notwendig, daß man die wirtschaftliche Situation — ich erinnere daran, daß zu dieser Zeit ja die große Diskussion in der Öffentlichkeit über Kostenersparnis in den Spitälern, über Reorganisation, über Kostenstellenrechnung und so weiter und so weiter war, sodaß man die wirtschaftliche Situation in den Vordergrund stellen mußte.

Ich wollte dann eigentlich Wilfling als Dezernenten für das Wirtschaftswesen in die Stadt Wien bringen, und es war auch ein Ausschußantrag bereits vorhanden. Da hat aber Bürgermeister Gratz entschieden, daß man diese Stelle ausschreiben soll, aus dem einfachen Grund, weil die Anstellung von Wilfling unter der Voraussetzung gefordert wurde, daß er die Gehälter, die er bisher schon auf Grund seiner Verträge mit der ODELGA gehabt hat, natürlich weiterbekommt und daß er nicht bei einer Übernahme einer größeren Verantwortung praktisch dann weniger Gehalt bekommt. Und da hätte er mit seinem Gehalt unsere Organisation im Magistrat etwas präjudiziert, weil er mehr gehabt hat, als normalerweise Beamte in der gleichen Situation haben.

Daraufhin ist dann die Lösung gekommen, die also mit der Magistratsdirektion und Holding verhandelt wurde, daß er mir als Berater zur Verfügung gestellt wird. Aber bitte, auch nicht Wilfling, sondern der Vertrag ist ja ein Vertrag mit der ODELGA, in weiterem Sinne mit der Holding gewesen, wobei in dem Vertrag ja klargestellt wurde, daß auch die ODELGA eben ihren Betriebsbereich vergrößert und daß praktisch zwei Gruppen der Arbeit in der ODELGA sind: das eine ist Direktion für den üblichen Betrieb, und das andere war Direktion für Betriebsberatung. Und in dem Vertrag ist dann gestanden, daß im Rahmen des Gesamtvertrages eben Wilfling mir für die Beratung zur Verfügung zu stehen hätte.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Über die vereinbarte Honorarhöhe hat es ja Diskussionen im Bereich der Stadt Wien gegeben, und dann ist ja noch festgestellt worden, daß zuviel verrechnet wurde, das heißt, daß es zu einer Überzahlung gekommen ist. Sind Sie da informiert, Herr Stadtrat?

Dr. **Stacher:** Ja, ich bin seit, glaube ich, Juli informiert. Ich habe mir da ein paar Zahlen aufgeschrieben, vielleicht kann ich das sagen.

Mich hat der Magistratsdirektor, ich glaube, im Juli oder August dieses Jahres darauf aufmerksam gemacht — des vergangenen Jahres, des Jahres 1980 —, und zwar ist retrograd herausgekommen, daß Wilfling mit 1. Jänner 1978 als Bereichsleiter beziehungsweise mit Sondervertrag bei der Stadt Wien angestellt wurde und daß die ODELGA noch bis 17. Feber, glaube ich — ungefähr so ist das —, von uns praktisch das Geld entsprechend dem Vertrag bekommen hat, wobei ich jetzt nochmals eines klarstellen möchte: Dieses Geld war ja nicht für Wilfling, sondern für die ganzen Leistungen der ODELGA. Da waren eine Sekretärin und Auto und so weiter dabei. Ich weiß nicht, wie das im Detail berechnet wurde, weil ich die Berechnung nicht durchgeführt habe.

Das war also ein Vertrag zwischen ODELGA und Stadt Wien, und der ist so lange weiterbezahlt worden, bis retrograd dann eigentlich erst die Bestellung von Wilfling erfolgt ist.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Stadtrat, es ist ja dann Dr. Wilfling in den Dienst der Stadt Wien übernommen worden und Bereichsleiter geworden. Wie beurteilen Sie die Tätigkeit Dr. Wilflings als Bereichsleiter, als Beamter?

Dr. **Stacher:** Ich kann nach wie vor nur sagen, daß Wilfling sicher einer der besten Leute in seiner reinen Tätigkeit war und ausbildungsmäßig sicherlich hervorragend war. Er hat sowohl auf dem betriebsorganisatorischen Sektor als auch auf dem Spitalssektor ein sehr ausgezeichnetes Wissen gehabt und war auch in seiner Durchsetzung der verschiedenen Belange, die in so einer Abteilung notwendig ist, sicherlich ohne Zweifel einer der besten Leute. Fachlich also hervorragend.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Es hat aber dann Verdachtsmomente gegeben über Verfehlun-

gen seitens Dr. Wilflings. Welche Haltung haben Sie dazu eingenommen? Haben Sie davon gewußt? Es hat ja da Hinweise von verschiedenen Seiten gegeben.

Dr. **Stacher:** Ja, ich möchte eigentlich diesen Ausdruck „Verfehlungen" in der Form gar nicht sagen, sondern es war so — das habe ich mir aufgeschrieben, denn sonst wird das wieder falsch ausgelegt —:

Ich glaube, im fünfundsiebziger Jahr war einmal ein Gespräch mit dem Magistratsdirektor Bandion, der gesagt hat, Wilfling hätte irgendeinen Druck bei Ausschreibungen ausgeübt. Selbstverständlich habe ich mit dem Dkfm. Wilfling darüber gesprochen, und er hat gesagt, das stimmt nicht.

Er hat auch dann dem Herrn Magistratsdirektor einen Brief geschrieben, in dem er klargelegt hat, daß das nicht stimmt, und hat die Kopie dieses Briefes auch mir gegeben mit Kopien von Protokollen vorhergehender Sitzungen, an denen also andere Beamte auch teilgenommen haben, unter anderem Abteilungsleitersitzungen, die vor dem Gespräch mit dem Magistratsdirektor stattgefunden haben. Nachdem er in diesem Brief, soweit ich mich im Detail erinnern kann, hineingeschrieben hat: „Sollten noch Fragen offen bleiben, Herr Magistratsdirektor, bitte ich, mit mir zu sprechen", aber keine Frage an mich gestellt wurde, so war ich fest überzeugt, daß diese Situation bereinigt ist. Ich habe auch dann keine weiteren Schwierigkeiten gehabt.

Im Laufe der Jahre hat es immer wieder Auseinandersetzungen gegeben über organisatorische Probleme in der Stadt Wien, was auch wieder von der sachlichen Situation her verständlich war. Ich habe schon anfänglich unsere Planungsphilosophie erwähnt und daß es meine weitere Planungsphilosophie ist, die Dezentralisierung, und die steht natürlich der Philosophie der Zentrale entgegen. Wir haben daher rein fachlich öfter Auseinandersetzungen gehabt.

Im Rahmen von zwei, drei oder vier — ich kann das nicht mehr wiedergeben — solchen Gesprächen hat dann Herr Magistratsdirektor Bandion gefragt, ob Wilfling das eigentlich richtig macht, und so weiter. Ich persönlich habe das alles als Ausdruck dessen aufgefaßt, daß eben Auseinandersetzungen im sachlichen Bereich sind, und es waren solche Gespräche auch immer im Anschluß an derartige Auseinandersetzungen.

Auf der anderen Seite wurde ich dann, als die Kilometergeldgeschichte vom Kontrollamt gekommen ist, vorsichtig. Ich habe mir das überlegt. Nur gestehe ich ehrlich, auch wenn hier dann wieder diskutiert wird darüber, daß die Kilometergeldgeschichte für mich nicht ganz einsichtig war von Anfang an.

Und erstmalig, daß ich über Verfehlungen etwas gehört habe, das war auch, glaube ich, wieder im Juli oder im August des Jahres, als mich der Kontrollamtsdirektor angerufen und gesagt hat, daß es zu einer Doppelverrechnung von Flugkarten gekommen sei und außerdem noch Flugkarten gefälscht wurden. Das war also die eindeutige Situation, daß da erstmalig für mich ein absoluter Beweis für eine Verfehlung vorhanden war. Im allgemeinen sagt natürlich der eine oder andere einmal im Magistrat: Na ja, das ist nicht richtig, was da gemacht wird. Aber das hat sich im großen und ganzen immer wieder auf sachliche Dinge bezogen, wo es darum gegangen ist, daß wir mehr Kompetenzen, beispielsweise beim Einkauf, haben wollten, mehr Kompetenzen auf dem Personalsektor, daß nicht die Magistratsdirektion oder die Personalabteilung ohne Wissen der Abteilung des Gesundheitswesens oder der MA 17 einfach Personal versetzen kann, während wir verantwortlich sind für die Betriebe. Darüber hat es immer Auseinandersetzungen gegeben. Das waren massive Diskussionen bei der Einführung des Betriebes laut § 72 der Stadtverfassung. Da habe ich Berge von Aktenvermerken, wo große Sitzungen mit 20 Leuten stattgefunden haben und heftigste Diskussionen waren. Es war natürlich auch immer dann, wenn ich persönlich gesagt habe, ich glaube, die beste Organisation für die Spitäler wäre eben die Überführung in eine Unternehmung. Hier sind aber natürlich Interessen der verschiedenen Bediensteten und der verschiedenen Geschäftsgruppen betroffen worden, sodaß ich diese Bemerkungen an sich gar nicht ernst nehmen konnte.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Es hat hier ein Beamter — das entnehmen wir dem Protokoll der Aussage des Dr. Bandion — ja seinerzeit mitgeteilt, daß er ein Telefongespräch gehört hat. Aber dieser Beamte hat sich dann nie namentlich gemeldet. Es wurde nur von der Gewerkschaft dies dem Dr. Bandion mitgeteilt. Haben Sie da etwas Näheres darüber erfahren?

Dr. **Stacher:** Nein. Die Gewerkschaft war nicht bei mir. Ich habe die Gewerkschaft extra, ich glaube, im August, eingeladen, und zwar die Hauptgruppe 1, die für die Zentrale zuständig ist, und die Hauptgruppe 2, und habe noch einmal gefragt, ob sie einmal deswegen bei mir waren. Sie haben mir eindeutig versichert, daß das nicht der Fall war. Ich wollte sichergehen, daß ich mich nicht womöglich an irgend etwas nicht erinnere, obwohl in meinem Terminkalender ja kein Termin gestanden ist. Das ist das eine.

Das zweite ist, daß ich von Dr. Bandion im Rahmen dieser Pressekampagne, die wegen dieser Aktenvermerke dann gegen mich entfacht wurde, diese Aktenvermerke bekommen habe, daß sich jetzt herausstellt, die wurden dem Kontrollamt ebenfalls gegeben, das Kontrollamt hat diese Aktenvermerke und andere anonyme Angaben überprüft und in dem mündlichen Vorbericht des Kontrollamtes wurde mir gegenüber vor zwei oder drei Wochen oder vor Weihnachten festgestellt, daß sich kein einziger der in diesen Aktenvermerken angegebenen Tatbestände erhärten hätte lassen.

Ich bin überzeugt, daß der Magistratsdirektor Dr. Bandion das damals schon überprüft hat und ebenfalls zu dem Standpunkt gekommen ist, daß da nichts dran ist, sonst hätte er ja sicherlich von sich aus etwas gemacht.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Danke.

Noch eine Frage zu Dr. Wilfling: Hatten Sie ein besonderes Naheverhältnis zu ihm?

Dr. **Stacher:** Ja, „besonderes Naheverhältnis". Das ist jetzt wieder eine Frage, die man in zwei Teile teilen muß.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Wie in der Öffentlichkeit oft behauptet wurde.

Dr. **Stacher:** Ein besonderes Naheverhältnis persönlich, das heißt Einladung, Gegeneinladung, gemeinsame Abende und so weiter, hatte ich nicht.

Ich hatte aber das Naheverhältnis, das ich zu allen meinen Mitarbeitern habe, also das gleiche Naheverhältnis, das ich, wenn Sie wollen, zu meinen Oberärzten im Hanusch-Krankenhaus habe. Ich bin mit ihnen per du seit vielen Jahren, und ich bin mit Wilfling per du gewesen. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet. Es entspricht vielleicht meinem Arbeitsstil, der eben aus der Spitalsatmosphäre kommt, daß ich zu den Leuten, die eine gute Arbeit leisten, ein persönliches Verhältnis im Rahmen der Tätigkeit habe, das sich aber auf ein privates Naheverhältnis nicht bezieht. Ich glaube, um das geht es eigentlich im wesentlichen. Und das gleiche Naheverhältnis habe ich heute zum Obersenatsrat Siebensohn oder zu dem Personal meines Büros, zu meinen Oberärzten, und so weiter.

Also wenn wenn man darunter ein besonderes Naheverhältnis versteht, dann muß ich die Frage mit ja beantworten. Wenn man darunter versteht, daß ich persönliches Verhältnis mit Einladung, Freundschaft und so weiter gehabt habe, dann muß ich es mit nein beantworten.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Stadtrat, Sie haben schon mitgeteilt, daß Dipl.-Ing. Winter von der Baudirektion dem sogenannten Stacher-Team angehört hat oder in das Stacher-Team delegiert wurde. Wurde Winter für diese Tätigkeit speziell honoriert?

Dr. **Stacher:** Ich habe schon vorher gesagt, ich habe damals an sich den Antrag gestellt, daß er genauso als Konsulent honoriert wird wie Wilfling. Dem wurde aber nicht stattgegeben. Es hat damals der Baudirektor gesagt, es ist ja an sich nicht notwendig, das ist eine andere Situation. Winter ist an sich Bediensteter der Stadt Wien, dem geben wir Überstunden, während Wilfling ja nicht Bediensteter der Stadt Wien war, sondern praktisch eben Direktor der ODELGA, und daher einen Konsulentenvertrag. Winter hat meines Wissens von der Baudirektion dafür Überstunden bezahlt bekommen.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Ich danke.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat! Haben Sie sich vorbereitet auf diese heutige Einvernahme mit den Kollegen Ihrer Fraktion, der Fraktion der SPÖ im Hohen Haus?

Dr. **Stacher:** Sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Art und Weise haben Sie sich vorbereitet?

Dr. **Stacher:** Wir haben eine fraktionelle Besprechung heute früh gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden Ihnen dabei bestimmte Fragen, bestimmte Themen vorgegeben, die heute besprochen werden sollen mit Ihnen?

Dr. **Stacher:** Es wurden mir keine Themen vorgegeben, sondern wir haben die Situation besprochen, wie es eigentlich, glaube ich, meiner Meinung nach überall üblich ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben jetzt gerade gesagt, daß Dr. Wilfling Ihnen von Bandion empfohlen worden ist. Ist das richtig? Habe ich das richtig verstanden?

Dr. **Stacher:** Ich habe ausdrücklich nicht gesagt empfohlen, sondern er wurde mir vorgestellt. Ich habe dann mit Wilfling gesprochen. Ich habe festgestellt, daß er vom Betriebswirtschaftlichen eigentlich das gleiche, nämlich die Dezentralisierung, vorgeschlagen hat, was ich vom Medizinischen vorgeschlagen habe. Und dann habe ich aus meinem persönlichen Wunsch heraus Wilfling als Konsulenten genommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es war also Ihre freie Entscheidung, Dr. Wilfling zu nehmen. Es war niemand, der Ihnen das nahegelegt hat.

Dr. **Stacher:** Natürlich war es meine freie Entscheidung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es war niemand, der Sie hier gedrängt hat?

Dr. **Stacher:** Es hat mich niemand gedrängt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es hat auch niemand in besonderer Weise den Dr. Wilfling Ihnen empfohlen?

Dr. **Stacher:** Ich wiederhole nochmals: Es hat mir niemand in besonderer Weise den Dr. Wilfling empfohlen. Der Herr Magistratsdirektor hat mir mir gesprochen und hat gesagt: Hier ist ein Dr. Wilfling — den ich ja nicht gekannt habe —, das ist der Direktor der ODELGA, der sich mit vielen Spitalsfragen beschäftigt hat. Der hat auch Vorstellungen über die Organisation, und es wäre sehr sinnvoll, mich mit ihm zusammenzusetzen.

Dem habe ich Rechnung getragen.

Ich habe dann gesehen, daß es sinnvoll ist von meinem Standpunkt aus, weil er eben in betriebswirtschaftlichen Dingen, von denen ich ja selbst zuwenig verstanden habe, im Prinzip die gleiche, man müßte jetzt fast sagen Philosophie, um dieses Wort nochmals zu gebrauchen, gehabt hat, wie ich vom Medizinischen her.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich erkundigt über seine Fähigkeiten oder über seine bisherigen früheren Tätigkeiten vor der Bestellung im Stacher-Team? In welcher Weise haben Sie sich erkundigt? Ich nehme an, daß Sie sich erkundigt haben, die Frage muß ich gar nicht stellen. In welcher Weise haben Sie sich erkundigt, welche früheren Tätigkeiten Dr. Wilfling durchgeführt hat, inwieweit er mit Gerichten zum Beispiel in Konflikt geraten ist? Sind Ihnen solche Dinge zur Kenntnis gekommen?

Dr. **Stacher:** Solche Dinge mit Gericht und so weiter sind mir nicht zur Kenntnis gekommen. Ich habe mich erkundigt, ob er von dem Geschäft etwas versteht, und es wurde mir von allen Leuten gesagt, daß er ein hervorragender Wirtschafter ist, der gerade die Firma ODELGA übernommen hat in einer Situation, in der sie wirtschaftlich nicht sehr gut gewesen sei, und der auf Grund seiner Arbeit hier eine positive Änderung in der Firma ODELGA herbeigeführt hat, sodaß eigentlich von niemandem charakterlich irgendwo etwas angezweifelt wurde. Auf der anderen Seite wurde von allen Leuten, mit denen ich gesprochen habe, und ich habe mit relativ vielen Leuten gesprochen, gesagt, daß er ein ausgezeichneter Fachmann ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns einige dieser Personen nennen, mit denen Sie darüber gesprochen haben? Sie haben jetzt gerade gesagt, Sie haben mit vielen Personen über die Qualitäten, auch über die charakterlichen Qualitäten des Herrn Dr. Wilfling gesprochen.

Dr. **Stacher:** Bitte, im Detail kann ich das jetzt nicht mehr nennen. Sie dürfen auch meine Situation nicht verwechseln: Ich bin damals in die Stadt Wien gekommen, habe keinen Menschen gekannt und habe jeden, vom Gewerkschaftsobmann über die Beamten und so weiter, die ich kennengelernt habe, bis zum Magistratsdirektor, wenn Sie wollen, dem damaligen Magistratsdirektor, natürlich gefragt: Wen könnte ich überhaupt für das Gesundheitswesen nehmen?

Ich habe mir, nachdem ich die Leute alle nicht gekannt habe, nicht jeden im einzelnen gemerkt. Und daß ich jemals sieben oder acht Jahre später im Detail hier Auskunft geben sollte, das war doch damals von vornherein nicht abzusehen und von mir überhaupt nicht im Detail zu überlegen, sonst hätte ich, wenn ich das damals gewußt hätte, Aktenvermerke angelegt. Ich darf aber sagen, daß ich als Mediziner gerade damals der Meinung war, daß viel zu viele Aktenvermerke angelegt werden, weil ich noch den Glauben gehabt habe, daß es, wenn man sich mit einer Gruppe von Leuten zusammensetzt und etwas beschließt, dann hält. Daß man dann sieben Jahre später Aktenvermerke vorweisen sollte, auf diese Idee bin ich damals nicht gekommen.

Ich habe diesbezüglich in den letzten Jahren natürlich etwas gelernt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat! Ich stelle fest, Sie können sich also nicht mehr exakt erinnern, welche Personen Sie über die charakterlichen Vorzüge oder über die Unbescholtenheit des Herrn Dr. Wilfling informiert haben, welche Ihnen darüber Auskünfte gegeben haben. Ist das richtig?

Dr. **Stacher:** Ich kann mich im Detail nicht erinnern. Ich weiß nur, daß ich mit vielen Leuten gesprochen habe, und habe Ihnen jetzt ausdrücklich die gesagt, von denen ich glaube, daß ich mit ihnen gesprochen habe.

Aber vergessen Sie doch eines nicht: Ich habe mit all diesen Leuten über viele Dinge, über eine Umorganisation des Gesundheitswesens, über eine Umorganisation der MA 17, die ja nicht gerade in einer optimalen organisatorischen Situation war, über viele Detaildinge gesprochen, sodaß ich heute wirklich im einzelnen nicht mehr weiß, mit wem ich gerade über ein Detail — und das war ja für mich damals nur eine winzige Detailfrage im Rahmen des gesamten Gesundheitswesens — gesprochen habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich bin aber richtig, wenn ich sage, daß Dr. Wilfling ein Hauptberater, wenn nicht der wichtigste Berater für den Bau des AKH und für die gesamten Angelegenheiten der Gesundheitsverwaltung in Ihrem Ressort war. Oder gab es jemanden anderen, der eine ähnlich wichtige Beratungsfunktion für Sie eingenommen hat wie Dr. Wilfling?

Dr. **Stacher:** Ich glaube, so kann man das überhaupt nicht beantworten. Was ist ein Hauptberater, bitte, für das AKH? Dr. Wilfling war der Berater und dann als Bereichsleiter der zuständige betriebswirtschaftliche Berater.

Nun, darf ich Sie daran erinnern — Hauptberater für das AKH —, daß im AKH eine große Zahl von medizinischen Problemen auftauchen; die konnte er zweifellos nicht beraten, die haben wir mit dem Professorenkollegium beraten. Daß eine große Zahl von Forschungsproblemen auftauchen; die konnte er nicht beraten, sondern die konnten wir mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung beraten. Daß auch unter anderem natürlich für die spätere betriebswirtschaftliche Organisation einige Punkte aufgetreten sind; die hat er in seiner Funktion als Betriebswirtschaftler beraten.

Ich glaube überhaupt nicht, daß man im Rahmen des Allgemeinen Krankenhauses von einem Hauptberater sprechen kann; die Diskrepanzen in den notwendigen Beratungsleistungen sind so groß, daß es sicher keinen Menschen gibt, der das Ganze allein überblikken kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie mir die Personen nennen, mit denen Sie auf eine ähnliche Art und Weise im Zusammenhang mit dem AKH zusammengearbeitet haben wie mit Herrn Dr. Wilfling?

Dr. **Stacher:** Das ist beispielsweise der Obersenatsrat Siebensohn. Das ist beispielsweise der Dr. Czermak, der als Aufsichtsrat drinnen war und den ich als Aufsichtsrat deswegen nominiert habe, weil er ja für die medizinische Behördenfunktion der MA 15 zuständig war. Also das sind die Professoren des Bauausschusses der Fakultät. Ich darf darauf hinweisen, daß wir bei diesen Gesprächen im Kontaktkomitee mit dem Professorenkollegium fast jedesmal das Allgemeine Krankenhaus auf der Tagesordnung gehabt haben, den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Das ist eine große Zahl von Leuten, die mich in Detailfragen beraten haben oder mit mir über gewisse Fragen des Allgemeinen Krankenhauses gesprochen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Herrn Franz Bauer über die Person Dr. Wilfling irgendwann gesprochen?

Dr. **Stacher:** Nein, mit Herrn Bauer habe ich nicht gesprochen, weil ich ihn nicht gekannt habe. Ich habe mit Herrn Dr. Franz Bauer, ich glaube, zwei- oder dreimal in meinem ganzen Leben nur gesprochen, und das war damals, als wir den Auftrag über die Kostenstellenrechnung gegeben haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wurden aber — das sind die Pressemeldungen und die Informationen, die uns zugekommen sind — ständig vor Dr. Wilfling gewarnt. Die Frau Dr. Leodolter, Ihre Berufskollegin, hat im „Kurier" mitgeteilt, daß sie Sie, den Herrn Stadtrat Stacher, vor Wilfling und Bauer gewarnt habe. Ist diese Aussage von der Frau Dr. Leodolter unrichtig?

Dr. **Stacher:** Ich habe die Frau Bundesminister Leodolter nach dieser „Kurier"-Meldung angerufen, und sie hat mir am Telefon gesagt, daß sie es in dieser Form nicht gesagt hat, sondern es waren Auseinandersetzungen oder Diskrepanzen zwischen den Leuten, die in der ARGE Kostenrechnung gearbeitet haben, und es ist ohneweiters möglich — ich kann mich im Detail nicht daran erinnern —, daß sie einmal gesagt hat: Der Wilfling will etwas anderes. In dieser Form.

Tatsache ist jedenfalls, daß hier auch wieder Überlegungen differenter Art zwischen der Stadt Wien und dem Ministerium hinsichtlich der Kostenstellenrechnung waren, und zwar weniger wegen der Kostenstellenrechnung als der Tendenz, daß das Ministerium im Rahmen dieser Dinge eine Kostenträgerrechnung, also eine Detailrechnung, was der einzelne Patient kostet, weiter fortentwickeln wollte.

Ich und auch der Dkfm. Wilfling, waren der Meinung, daß die uns im Detail nichts bringt, sondern daß wir hier einen so großen administrativen Aufwand haben, daß er den Vorteil wieder nicht bringt oder nicht wert ist. Wir waren immer der Meinung: Kostenstellenrechnung selbstverständlich. Kostenträgerrechnung bis ins Detail gibt mehr Aufwand, als es Nutzen ergibt. Darüber waren ebenfalls Gespräche, und das habe ich auch in einer Fernsehsendung einmal beim Herrn Totzer ganz öffentlich gesagt und auch bei verschiedenen Kongressen, daß ich der Meinung bin, daß man die Kostenstellenrechnung unbedingt benötigt, daß man aber das Weiterfortgehen in die Kostenträgerrechnung bis ins Detail — was kostet mich der Patient mit der Blinddarmentzündung im einzelnen, ist der teurer oder ist der billiger? — an sich nicht machen sollte, weil es mir als Mediziner klar ist, daß das eigentlich zu nichts führen kann, weil ich beim besten

Willen einen Patienten nicht routinemäßig mit dem anderen Patienten vergleichen kann, auch wenn er die gleiche Diagnose hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat! Ich möchte Ihre Beantwortung nicht irgendwie beeinflussen, aber ich habe Sie in keiner Weise nach der ARGE Kostenrechnung gefragt, und Sie müssen sich auch wegen der ARGE Kostenrechnung hier nicht verteidigen. Das ist ein Thema, das wir hier nicht zu behandeln haben. Ich würde gerne natürlich an Sie Fragen im Zusammenhang mit der ARGE Kostenrechnung stellen, das würde ich sehr gerne tun, aber ich weiß, daß es nicht dem Untersuchungsauftrag entspricht. Wenn Sie Antworten haben in dieser Richtung, würde es mich ja nur verleiten, daß ich Sie dann weiter in diese Richtung befragen würde.

Aber, Herr Stadtrat, ich glaube Ihnen nicht ganz, was Sie jetzt gesagt haben, daß Sie nicht gewarnt worden seien. Sie sagen nämlich selber, und es ist eigentlich nie widerrufen worden — Sie nennen das zwar „Tratsch" im „profil" am 28. 7.; ich zitiere Sie —:

„Ich habe in meinem Leben relativ viel mitgemacht, aber dabei gelernt, nicht auf jeden Tratsch sofort zu reagieren. Es ist für die Wiener Bevölkerung viel wesentlicher, daß der Stadtrat etwas arbeitet. Wenn man jeden Tratsch ernst nimmt, existierte in keinem Spital mehr ein Arzt oder eine Schwester und kein Beamter des Magistrats."

Ich würde das sehr unterstreichen, was Sie hier gesagt haben. Nur, etwas kann ich nicht zur Kenntnis nehmen: Wenn Sie damals mit einer gewissen Sorgfalt, wie es für einen Politiker notwendig gewesen ist und wie man es von einem Politiker erwarten kann, auf diese — Sie nennen es Tratsch — Vorwände und auf diese Anschuldigungen gegen Wilfling und Winter nur annähernd reagiert hätten, dann hätte sich wahrscheinlich dieser ganze Skandal nicht in dieser Art und Weise entwickeln können.

Ich frage Sie daher jetzt noch einmal: Sie bestreiten, daß die Frau Dr. Leodolter Sie über Wilfling informiert hat, daß man diesem Mann zumindest vorsichtig gegenübertreten soll. Ich möchte von Ihnen nur eine Antwort ja oder nein.

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, ich darf schon antworten, wie ich gerne will, denn Sie haben jetzt einige Dinge festgestellt, die ich schon auch beantworten muß.

Sie haben erstens einmal festgestellt, daß ich mich verteidige oder die ARGE Kostenrechnung verteidige. Ich habe weder die ARGE Kostenrechnung noch sonst etwas verteidigt, sondern ich habe versucht, Ihnen klarzustellen, daß es im Rahmen dieser Gespräche um die ARGE Kostenrechnung auch zu einem Gespräch mit der Frau Bundesminister gekommen ist, wo sie gesagt hat, daß sie nicht der gleichen Meinung ist wie Wilfling, daß ihre Berater etwas anderes sagen und daß man da vorsichtig sein muß.

Das Vorsichtig-Sein kann eine rein sachliche Situation sein. Ich habe dies in keiner Weise in der Form aufgefaßt, daß irgend etwas von Wilfling falsch oder etwas strafgesetzlich Ahndbares gemacht werden konnte. Mir ist auch bis heute in dieser Richtung nichts bekannt. Das müßte man einmal als Voraussetzung sagen für diese Zeit, wenn Sie davon reden.

Daß es einen Tratsch gibt, haben Sie ja ebenfalls für richtig gehalten. Und daß in einer großen Organisation, ganz gleich, ob es jetzt die Stadt Wien ist, ob es ein Krankenhaus ist — und ich lebe 28 Jahre in einem Krankenhaus — oder ob es auf einer Abteilung ist, der eine sagt, ja, auf den mußt du aufpassen, das ist ein Gauner, oder der ist clever, oder der macht das, und so weiter, bitte, ich glaube, es soll selbst unter politischen Gremien so etwas vorkommen. Ich glaube, das kann man doch nicht wirklich ernst nehmen, vor allem nicht in dem Sinne, daß es strafbare Handlungen sind. Und es kann doch eigentlich nur darum gehen.

Wenn Sie dann weiterhin noch feststellen, daß ich etwas gewußt hätte, und neben Wilfling dann auch noch gleich Winter hineinbringen, dann möchte ich das ebenfalls zurückweisen, denn von Winter habe ich nichts gewußt, und von Wilfling habe ich nichts Strafbares gewußt und weiß es mit Ausnahme der Mitteilungen, die ich seit dem heurigen Frühjahr beziehungsweise Sommer habe, nach wie vor nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat, nun frage ich Sie: Welche konkrete Untersuchung haben Sie persönlich angestellt, als Sie diese Vorhaltungen, Dr. Wilfling betreffend, erfahren haben? Ab 1976 nachweisbar.

Dr. **Stacher:** 1976 hat mich ja der Magistratsdirektor darauf aufmerksam gemacht, und ich habe mit Wilfling gesprochen. Ich habe dann — ich wiederhole das — den Aktenvermerk vom Abteilungsleiter von einer Abteilungsleitersitzung, ich habe den Aktenvermerk von einem anderen Gespräch bekommen, das schon vorher war. Ich habe keinen Grund gehabt, damals weitere konkrete Untersuchungen durchzuführen, aus dem einfachen Grund, weil ja der Brief, den Wilfling an den Magistratsdirektor geschrieben hat, eindeutig ergeben hat, daß eben nichts vorliegt.

Und ich darf Ihnen nochmals wiederholen, daß, dem vorläufigen Kontrollamtsbericht entsprechend, der derzeit ja in Ausarbeitung steht, diese Dinge, die in dem Aktenvermerk vorhanden sind, in keiner Weise bewiesen werden konnten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich stelle also fest, daß von Ihnen selbst keine Untersuchungen durchgeführt worden sind.

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter! Ich stelle einfach fest, daß es für mich an sich genügt, wenn der Magistratsdirektor, der die Dienstaufsicht hat, weiß, daß die Situation in der Form geklärt ist, wenn außerdem in Gesprächen, die man mit anderen Beamten hat und wo man fragt, nichts herauskommt und jeder sagt, das stimmt nicht.

Eine Basis für eine Arbeit muß doch ein gewisses Vertrauen zumindest haben, und es wäre für mich sehr erfreulich, wenn dieses Vertrauen auch in politischen Gremien zeitweise vorhanden wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dieses Vertrauen wurde ja von Dr. Wilfling sicherlich auf eine Art und Weise mißbraucht, wie ich es nicht haben möchte und wie Sie es sicherlich auch nicht wünschen im nachhinein.

Ich frage Sie jetzt noch einmal. Ich zitiere hier die „Presse" vom 23. Juli 1980 — es ist Ihnen sicherlich bekannt —, wo festgestellt wird, daß Sie von den dunklen Geschäften des Wilfling bereits seit 1976 wußten. Hier wird ein Schreiben zitiert von drei Beamten vom 23. November 1976. Es wird hier festgestellt — wenn Sie wollen, gebe ich Ihnen diese Zeitungsnotiz, aber ich nehme an, daß Sie sie kennen —, daß die Bemühungen dieser Beamten, diese Beschwerde ohne jede Erfolgsaussicht gewesen ist. Es sind also von Beamten Ihres Magistrats Beschwerden gegen Wilfling festgestellt worden.

Ich frage Sie jetzt zunächst einmal: Kennen Sie oder kannten Sie dieses Schreiben?

Dr. **Stacher:** Ich darf, Herr Abgeordneter, nochmals wiederholen: Das sind diese bekannten Aktenvermerke, die ich erst nach diesem Artikel in die Hand bekommen habe, und der Brief von Wilfling damals an den Magistratsdirektor. Und diese Dinge, die sind hier zitiert.

Ich darf nochmals wiederholen, daß ich sie nicht gekannt habe, daß jetzt das Kontrollamt auf Grund einer anonymen Anzeige diese Dinge ja auch untersucht hat und daß mir dann der Magistratsdirektor, als wir nach diesem Artikel darüber gesprochen haben, erstens einmal die Unterlagen gegeben hat und daß er mir auch gesagt hat, daß das Kontrollamt diese Unterlagen hat und sie überprüft. Das Kontrollamt hat mir — ich glaube Mitte oder Anfang Dezember — in einer Vorbeschlußbesprechung mitgeteilt, daß also diese Tatsachenfeststellung nicht stimmt.

Ich möchte nochmals wiederholen, daß niemand von der Gewerkschaft bei mir war und daß ich daher in dieser Form nichts gewußt habe davon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch Bundeskanzler Kreisky hat sich auf eine Art und Weise über Sie bemerkbar gemacht, wo auf gleiche Weise zum Ausdruck gebracht wird, daß Sie mit einer gewissen Sorglosigkeit diese ganzen Entwicklungen um Wilfing verfolgt haben oder nicht verfolgt haben.

Hat Bundeskanzler Kreisky mit Ihnen persönlich auch darüber gesprochen?

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender! Darf ich jetzt fragen, ob ich meine Meinung sagen soll, oder ob das eine Tatsache ist.

Ich habe mit Bundeskanzler Kreisky darüber damals nicht gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** An sich sind hier über Tatsachen Aussagen zu machen, über Wahrnehmungen und über alles, was Sie festgestellt haben. Über Meinungen sind Sie nicht verpflichtet, Antworten abzugeben.

Dr. **Stacher:** Ich habe mit Bundeskanzler Kreisky vor vielleicht sechs oder acht Wochen zum ersten Mal über die ganze Problematik überhaupt gesprochen, in einem ganz kurzen Gespräch nebenbei, und sonst überhaupt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben aber gelesen, was Herr Bundeskanzler Kreisky über Sie im „profil" geäußert hat.

Dr. **Stacher:** Ich habe das im Detail nicht im Kopf, ich weiß nicht mehr, wie er sich geäußert hat. Ich habe nur in Erinnerung, daß der Bundeskanzler Kreisky vor, ich glaube, eineinhalb Jahren oder so etwas im Fernsehen einmal von einem weltfremden Wissenschaftler gesprochen hat, was ja ein Schlagwort in der Zwischenzeit wurde, und zweitens, daß er im Fernsehen, wie damals dieser Kontrollamtsbericht gekommen ist, eindeutig dazu Stellung genommen hat, daß ich sicherlich davon nichts gewußt hätte, beziehungsweise eindeutig für mich Stellung genommen hat, wobei ich jetzt den Wortlaut wirklich nicht mehr im Gedächtnis habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es stimmt Sie auch bedenklich, wenn sogar der Chef der österreichischen Bundesregierung auf eine solche Art und Weise über Sie, Herr Stadtrat, in der Öffentlichkeit sich beschwert?

Dr. **Stacher:** Bitte, Herr Abgeordneter, jetzt müßte ich Sie bitten, daß Sie mir sagen, welche Art und Weise erstens einmal. Es stimmt mich im Gegenteil nicht bedenklich, sondern ich bin dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar, denn er hat im Rahmen einer Pressekampagne, die gegen mich gerichtet war — glaube ich, nicht

nur das Recht, sondern es ist auch sehr richtig —, Stellung genommen für mich. Und daß das eine bedenkliche Situation ist, kann ich beim besten Willen nicht finden.

Ich würde Sie nur bitten, mir zu sagen, welche Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers Sie bedenklich stimmen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat, Sie haben natürlich recht, daß Sie hier über Wahrnehmungen gefragt werden, zur Beweisaufnahme. Aber ich bitte auch, daß Sie den Herrn Abgeordneten Dr. Feurstein jetzt über Nichtwahrnehmungen nicht befragen. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat! Ich habe Sie das vor allem deshalb gefragt, Ihre Haltung zu Dr. Wilfling und Ihre Sorglosigkeit gegenüber Dr. Wilfling, weil festgestellt werden mußte, daß von der MA 17 im großen Auftrag Aufträge an die Consultatio vergeben worden sind. Sie sind dazu bereits im Stadtrat und im Wiener Gemeinderat befragt worden, über diese Auftragsvergaben an die Consultatio. Wie ist es überhaupt dazu gekommen? Hier gibt es widersprüchliche Meldungen und Meinungen. Wie ist es dazu gekommen, daß Sie die Consultatio hier eingeschaltet haben, bei einer ganzen großen Zahl von Aufträgen?

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter! Erstens einmal muß ich den Ausdruck der Sorglosigkeit zurückweisen, den Sie jetzt schon das zweite oder das dritte Mal hier verwenden. Ich habe in keiner Weise Sorglosigkeit in meiner Geschäftsgruppe geübt, sondern wir haben uns sehr genau, vielleicht viel genauer als viele andere, über die einzelnen Details informiert, bevor wir eine Entscheidung getroffen haben.

Wie es dazu gekommen ist, das war ganz einfach. Es ist das Bundeskrankenanstaltengesetz in Novellierung gewesen, es ist, glaube ich, Mitte 1974 dann vom Parlament beschlossen worden. Im Bundeskrankenanstaltengesetz ist drinnen gestanden, daß die Spitäler zu einer Kostenstellenrechnung verpflichtet werden.

Nun, es ist eine Tatsache, daß die Stadt Wien ja, auch heute noch, mit der Kameralistik arbeitet und daß es keine Kostenstellenrechnung im Rahmen der Wiener Spitäler gegeben hat.

Nun war die Frage: Wer kann diese Kostenstellenrechnung einrichten? Wie schaut überhaupt eine Kostenstellenrechnung in einem Krankenhaus beziehungsweise unserer Organisation der Krankenhäuser entsprechend aus?

Und dann war natürlich die Frage an den Wirtschafter: Wer kann uns da helfen? Und da ist dann die Consultatio ins Gespräch gekommen, und dort haben wir eben festgestellt, daß die Consultatio mit einem Team von Verwaltern — das möchte ich ganz eindeutig hier klarstellen — arbeitet, die Überlegungen der Kostenstellenrechnung mit einbringt, wobei die Verwalter die krankenhausspezifischen Dinge mit einbringen, und daraus ist dann die Kostenstellenrechnung in den Wiener Spitälern entstanden.

Wir haben also Fachleute herangezogen, die uns bei der Einrichtung einer spitalsgemäßen Kostenstellenrechnung geholfen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wer hat Ihnen die Consultatio empfohlen? Wie sind Sie auf den Namen „Consultatio" gekommen?

Dr. **Stacher:** Das weiß ich im Detail nicht mehr, aber am ehesten wird es wahrscheinlich der Dr. Wilfling gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das haben Sie auch in der „Presse" gesagt, diese Aussage ist richtig. In der Ausgabe vom ...

Dr. **Stacher:** Ich glaube, daß es er war; das ist zumindest die größte Wahrscheinlichkeit, weil ich über die wirtschaftlichen Dinge natürlich mit ihm auch gesprochen habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo haben Sie den Dr. Franz Bauer kennengelernt?

Dr. **Stacher:** Den Dr. Bauer habe ich kennengelernt anläßlich einer Sitzung in meinem Büro, wo mir die ersten Ergebnisse der Kostenstellenrechnung präsentiert wurden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War die Consultatio auch Ihr privater Steuerberater? Oder haben Sie einen anderen Steuerberater?

Dr. **Stacher:** Nein, ich habe einen anderen Steuerberater.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Consultatio war auch nie Ihr persönlicher Steuerberater?

Dr. **Stacher:** Die Consultatio war nie mein Steuerberater. Ich wußte zu dem Zeitpunkt, als ich Stadtrat wurde, nicht einmal, wem die Consultatio gehört. Ich gestehe Ihnen offen, und da können Sie den Gemeinderat Dinhof einmal als Zeugen nehmen, daß ich verblüfft gesagt habe, als einmal die Consultatio angezogen wurde: Was haben die eigentlich gegen die Consultatio?, wie der Gemeinderat Lehner gesagt hat. Und dann bin ich erst draufgekommen, daß die in Verbindung mit dem Finanzminister und Dr. Bauer steht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat! In einer Anfragebeantwortung am 26. 2. 1979 haben Sie gesagt, die Consultatio wurde deshalb eingeschaltet und hätte Aufträge bekommen, weil diese Firma bereits in der Liste der

MA 5 als beratende Steuerberatungsfirma aufschien. Jetzt haben Sie gesagt, es war Wilfling.

Dr. **Stacher:** Bitte, das war die Begründung, die mir gesagt wurde, warum man die Consultatio nehmen soll.

Sie dürfen zwei Dinge nicht verwechseln. Das eine ist eine Person, die Sie haben wollen, und das andere ist die Begründung, warum man etwas macht. Und die Consultatio war in der Liste der Finanzabteilung. Und das war die Begründung, warum sie auch vorgeschlagen wurde, wobei ich Ihnen gesagt habe, ich glaube, von Wilfling, ich kann es aber nicht mehr sicher sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann haben Sie das erste Mal vom ABO-Auftrag, also vom Betriebsberatungsauftrag, erfahren, daß der vergeben werden soll? Sie haben vorhin dem Kollegen Nedwed sehr ausführlich berichtet, daß man immer verlangt hätte, eine Betriebsorganisationsplanung müsse durchgeführt werden. Ich sehe, daß Sie sogar dafür eingetreten seien. Wann haben Sie erfahren, wie hier die Ausschreibung mit der Auftragsvergabe erfolgen soll?

Dr. **Stacher:** Ich habe nicht erfahren, wie sie erfolgen soll, sondern es war die Diskussion auf Grund — und das kann ich Ihnen auch aus Aktenvermerken aus den Gesprächen mit der Fakultät sagen. Die Fakultät hat massiv gedrängt, daß die Betriebsorganisationsplanung — also vor allem die Baukommission der Fakultät — rasch durchgeführt wird. Von unserer Seite aus war das ebenfalls richtig, daß man drängt, denn wir haben die Sorge gehabt, daß der Bau weitergeht, ohne daß die Betriebsorganisationsplanung im richtigen Zeitpunkt fertig ist.

Ich habe es damals auch im Kontaktkomitee der Fakultät übernommen, mit der AKPE und den Leuten der AKPE darüber zu reden, daß wir allergrößten Wert auf eine rasche Vergabe einer Betriebsorganisationsplanung legen.

Dann ist die Frage aufgetaucht, ob man so etwas überhaupt ausschreiben kann. Und da ich ja kein Fachmann bin, habe ich gebeten, man möge mir zu meiner Information einmal ein Papier machen, das klarstellt: Was ist der Vorteil einer freihändigen Vergabe, was ist der Vorteil einer beschränkten Ausschreibung, was ist der Vorteil einer allgemeinen Ausschreibung im Rahmen einer Betriebsorganisationsplanung? Und wie ich schon erklärt habe, ist dieses Papier nicht gemacht worden, und ich war im Detail mit der Vergabe der Betriebsorganisationsplanung nicht mehr beschäftigt. Meine einzige Sorge war, daß rasch eine Betriebsorganisationsplanung begonnen wurde.

Und dann, als sie vergeben wurde, habe ich vom Dr. Czermak ein Schreiben bekommen, in dem er mir klargelegt hat, daß die Betriebsorganisationsplanung vergeben wurde, und in dem er mir auch geschrieben hat, daß wir von unserer Seite jetzt die Baugruppe verstärken sollen, damit wir dort natürlich die Nutzerinteressen wahrnehmen können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie, daß diese Betriebsorganisationsplanung ausgeschrieben wird, nicht ausgeschrieben wird? Haben Sie sich darum gekümmert?

Dr. **Stacher:** Ich habe mich an sich nicht darum gekümmert, sondern ich habe gehört, daß sie ausgeschrieben wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich darum gekümmert, wer hier eingeschaltet werden soll, welche Fachleute hier beteiligt sind?

Dr. **Stacher:** Darum habe ich mich nicht gekümmert, denn ich bin an sich dafür nicht zuständig. Für mich war viel interessanter die Tatsache, was im Rahmen der Betriebsorganisationsplanung alles geklärt werden sollte, und das habe ich mir erklären lassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nun gibt es einen — den Sie sicherlich kennen — Vermerk vom Herrn Dipl.-Ing. Winter nach einer Sitzung des sogenannten Stacher-Teams im Jahre 1974, wo er handschriftlich festhält: Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben, Klammer: Consultatio. Sie waren dabei, Wilfling war dabei, Winter war dabei. Das ist eine handschriftliche Notiz von Dipl.-Ing. Winter, die authentisch ist. Was bedeutet das aus Ihrer Sicht?

Dr. **Stacher:** Sie sagten von 1974. Ich weiß nicht, Sie haben jetzt die Aktenvermerke über die verschiedenen Team-Sitzungen, dort müßte ja die Erklärung drinnen sein, ich habe sie nicht alle im Kopf. Aber wenn das 1974 war, dann hat das sicherlich nicht das Allgemeine Krankenhaus betroffen, sondern konnte nur die Betriebsorganisation im Rahmen der Geschäftsgruppe der anderen Spitäler betreffen. Wir haben damals eindeutige Diskussionen darüber gehabt, wie wir eine Betriebsorganisation in den Spitälern herstellen, die zielführend ist im Rahmen der damals stattfindenden Diskussion der Kostensenkung der Spitäler. Ich kann mir nur vorstellen, daß er das gemeint hat. Ich kann aber nicht hineinschauen in das, was er tatsächlich dort geschrieben hat.

Jedenfalls war 1974 sicherlich noch keine Rede in dem Sinn vom Allgemeinen Krankenhaus, wenn nicht bei dieser Sitzung — und das

müßte man nachschauen — der damalige Obersenatsrat Dr. Bandion anwesend war. Wir haben zwei Sitzungen mit Obersenatsrat Bandion gehabt, die um das Allgemeine Krankenhaus gegangen sind, wo wir diskutiert haben, wie eben der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses an Hand seiner Tatsachen, die er eben als Generalbevollmächtigter erhoben hat, weitergehen soll.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe jetzt die genaue Notiz, der Kollege hat es mir gerade jetzt hergegeben. Leider haben Sie uns mitgeteilt — und es sollte Ihnen noch in Erinnerung sein, Herr Stadtrat —, daß uns dieses Protokoll von dieser Sitzung — 23. 7. 1974 ist die Notiz vom Herrn Dipl.-Ing. Winter — fehlt. Wir haben das Protokoll bis heute nicht bekommen. Dabei waren Stacher — ich nenne jetzt keine Titel —, Wilfling, Ego Winter. Die Sitzung war im Hanusch-Krankenhaus.

Und hier kommt der Vermerk: Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben; Consultatio. Und das Ganze bezieht sich auf das AKH.

Man kann also nicht davon reden, daß es sich hier um eine generelle Betriebsorganisationsplanung handelt, die generell durchgeführt werden soll, sondern es ist hier ganz konkret von der Betriebsorganisationsplanung für das AKH gesprochen worden; und das Protokoll über diese Sitzung fehlt, Herr Stadtrat. Sie haben uns das ja schriftlich mitgeteilt und diesen Brief unterschrieben.

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter! Ich kenne die Termine natürlich nicht auswendig, es fehlen einige Protokolle, ich kann Ihnen aber schriftlich die Unterlagen auch von Obersenatsrat Siebensohn und von meinem Sekretär geben — ich hebe die Protokolle ja nicht auf —, daß von diesen Sitzungen keine Protokolle vorhanden sind. Tatsache ist, daß wir von allen Sitzungen keine Protokolle gemacht haben, weil ich damals Protokolle überhaupt für unnötig gefunden habe. Das war meine Einstellung, die ich Ihnen vorhin schon gesagt habe. Ich habe in der Zwischenzeit gelernt, daß sie scheinbar nach Jahren notwendig sind. Ich kann mich beim besten Willen nicht mehr daran erinnern.

Zweifelsohne sind wir immer der Meinung gewesen, daß die Betriebsorganisation natürlich ein Problem ist, das die MA 17 betrifft, weil ja die MA 17 anschließend den Betrieb führen soll. Was im Detail darüber gesprochen wurde, das kann ich beim besten Willen nicht sagen. Nur muß ich immer wieder feststellen, daß hier in keiner Weise jetzt die Consultatio oder irgendwer anderer bevorzugt wurde, sondern daß das fachliche und sachliche Gespräche waren, die den Zweck gehabt haben, erstens einmal einen Plan zu erstellen und zweitens die Reorganisation des Wiener Gesundheitswesens vorantreiben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können also die Richtigkeit dieser Feststellung von Winter in dieser handschriftlichen Notiz nicht leugnen. Diese Notiz ist richtig.

Dr. **Stacher:** Ich kann sie weder leugnen noch kann ich sie bestätigen, weil ich mich nicht daran erinnere. Ich kann sie auch nicht erklären, weil ich nicht erklären kann, was sich Winter dabei gedacht hat, als er die Notiz gemacht hat, und ich kann auch nicht erklären, in welcher Form hier zwischen den beiden Bemerkungen ein Zusammenhang von Winter hergestellt wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dipl.-Ing. Winter hat in einem Aktenvermerk im Jahre 1975 — 21. 7. 1975 — in gleicher Weise festgestellt, daß die Consultatio als kaufmännischer Konsulent eingebaut werden soll. Und ich nehme an, nachdem Sie mit Winter zusammengearbeitet haben, daß er Sie darüber auch informiert hat. Können Sie das in Abrede stellen?

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter! Ich kann mich daran weder im positiven noch im negativen Sinn erinnern. Ich glaube nicht, daß wir darüber gesprochen haben, denn es war ein Problem, das mich überhaupt nicht mehr interessiert hat. In dem Augenblick, wo die — und ich habe ein Thema: Es war der Zeitpunkt, zu dem die AKPE bereits gegründet war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, das war noch vorher, da war er noch nicht Direktor, da war er noch im Stacher-Team.

Dr. **Stacher:** Dann wäre es möglich, daß wir darüber gesprochen haben. Aber der Ausdruck „Consultatio" bedeutet ja nicht eine Firma, sondern das bedeutet irgendeine Betriebsberatung, Kostenstellen-Team, und wir haben mit der Consultatio — das muß man ja auch einmal ganz eindeutig feststellen: die eine hervorragende Arbeit geleistet hat — ja keine Schwierigkeiten gehabt. Das hat aber — und das möchte ich auch noch einmal expressis verbis feststellen — überhaupt nichts damit zu tun, daß die Consultatio eben eine Firma des Finanzministers war, was Sie ja gern hineininterpretieren wollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie noch eine andere Firma, die „Consultatio" heißt?

Dr. **Stacher:** Ich kenne keine Firma; ich kenne sehr wenige Firmennamen, weil ich mich generell mit Firmen nicht beschäftigt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann ist auch bei Ihnen der Name „Consultatio" in enger Bezie-

hung zum Herrn Finanzminister zu sehen, wenn Sie den Namen „Consultatio" hören. Sie assoziieren nicht etwas anderes damit.

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter! Ich möchte noch einmal wiederholen, was ich vorher gesagt habe: Ich assoziiere seit zwei bis drei Jahren, und im besonderen seit der Kampagne im letzten Jahr, natürlich mit dem Namen „Consultatio" den Herrn Finanzminister. Ich habe Ihnen vorher schon ganz klar erklärt, daß ich diese Assoziation am Anfang meiner Tätigkeit in der Stadt Wien nicht gehabt habe, weil ich gar nicht wußte, daß die Consultatio eine Firma ist, die mit dem Finanzminister im Kontakt ist, und weil ich dann überrascht war, als einmal bei einer Diskussion irgend jemand — ich glaube, es war der Stadtrat Lehner — gesagt hat: Ja warum die Consultatio? Und ich habe gesagt: Und warum nicht die Consultatio? Und da hat er gesagt: Ja wissen Sie nicht, das ist doch mit dem Androsch im Zusammenhang!

Seitdem weiß ich das überhaupt erst, und ich kann jetzt nicht sagen, ob das 1976, 1975 war.

Ich möchte also hier schon klarstellen, daß man, ohne den zeitlichen Ablauf zu berücksichtigen, derartige Antworten in dieser Form nicht verwenden kann: jetzt natürlich, damals nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich stelle fest, es gab 1974 Aufträge an die Consultatio, und Sie wußten damals nicht, wer die Firma Consultatio ist. Und zwar von MA 17.

Dr. **Stacher:** Jawohl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadrat! Das letzte Thema — ich hätte da noch einige, aber ich möchte dann Schluß machen —; nur noch eine kurze Frage: Riethmüller war ja einer der Hauptberater vor der Consultatio, vor der ÖKODATA, vor dem ABO-Auftrag im Zusammenhang mit dem Betriebsorganisationsplan, mit der ganzen Planung. Auch hier gibt es im Stacher-Team viele Bemerkungen von führenden Mitgliedern, die Sie vor Riethmüller gewarnt haben, die festgestellt haben, er ist fachlich nicht qualifiziert. Obersenatsrat Siebensohn haben Sie ja bereits genannt, eine dieser Personen.

Was haben Sie getan, als Ihnen diese Mitteilungen gemacht worden sind? Ich könnte Ihnen jetzt die Stacher-Team-Sitzungsprotokolle zitieren, hier gibt es sie. Was haben Sie hier getan? Nur damit ein Datum auch für das Protokoll klar ist: 23. 7. 1974 ist eine entscheidende Sitzung, wo das ganze Problem mit Ihnen besprochen worden ist.

Dr. **Stacher:** Ich darf also auf Riethmüller zurückkommen. Riethmüller wurde, wenn ich mich nicht täusche, 1972 oder 1971 von meinem Vorgänger beauftragt. Er wurde damals beauftragt, die Grob-Betriebsorganisationsplanung für das Allgemeine Krankenhaus durchzuführen.

Wir haben dann versucht abzuklären, wie weit er mit seiner Arbeit ist, und haben dann auch in Sitzungen, die wir zusammen mit dem damaligen Obersenatsrat Dr. Bandion gehabt haben, die Meinung vertreten, daß die Arbeiten von Riethmüller unserer Meinung nach damals nicht den entsprechenden Stand aufgewiesen haben, den wir uns gewünscht hätten.

Ich habe dann auch Herrn Professor Riethmüller eingeladen zu einem Gespräch, und wir haben bei diesem Gespräch . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das, wenn ich diese Zwischenfrage stellen darf, 1974 oder 1975?

Dr. **Stacher:** Ich weiß es nicht genau, aber ich glaube, das war etwa um die Zeit 1975.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vor der Gründung der AKPE oder nach der Gründung der AKPE?

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter, ich müßte lügen, wenn ich das sicher sage. Aber ich glaube, es muß etwa knapp vor oder knapp nach der Gründung der AKPE gewesen sein, weil ich damals verlangt habe — und das weiß ich, ich merke mir aus den Gesprächen ja immer die wesentlichen Dinge —, daß man die Bakteriologie und die Tierhaltung aus dem Zentralbau herausnimmt, weil es mir medizinisch zu gefährlich war wegen der Klimaanlage, daß Bakterien in die Patientenräume kommen, und weil mir Riethmüller dabei gesagt hat, daß er nicht garantieren kann, zumindest keine schriftliche Garantie abgeben kann, die ich damals verlangt habe dafür, daß eben nicht aus der Bakteriologie Keime in die Klimaanlage kommen. Es ist aber möglich — und da bitte ich Sie auch um Entschuldigung —, daß bei dieser einen großen Bauausschußsitzung Riethmüller anwesend war. Aber ich bin damals hineingekommen, habe 72 oder 73 Leute, die ich nicht gekannt habe, vor mir sitzen gehabt — da waren Universitätsprofessoren und alle, die beteiligt waren —, und es ist möglich, daß Riethmüller bei dieser Sitzung ebenfalls vorhanden war und daß ich ihn eigentlich in dieser Funktion nicht zur Kenntnis genommen habe. Die Tatsache jedenfalls, daß das weitergehen muß, das war ein Gespräch, das muß 1975, entweder Mitte, Ende 1975, Anfang 1975, gewesen sein. Ich weiß es wirklich nicht mehr genau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben über diese Tiergeschichte gesprochen mit ihm, aber nicht über die grundsätzlichen Fragen der Betriebsorganisation?

Dr. **Stacher:** Wir haben natürlich über Betriebsorganisation, daß wir rasch die Grobplanung für die Betriebsorganisation benötigen als Basis für eine weitere Betriebsorganisationsplanung, ebenfalls mit Riethmüller gesprochen. Aber besonders in Erinnerung ist mir dieser Punkt geblieben, weil er für mich von der medizinischen Situation her von unerhörter Bedeutung war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie dann erfahren, daß Professor Riethmüller den sogenannten Auftrag, den Sie jetzt inzwischen kennen, ARGE ORP um 46 Millionen Schilling im Jahr 1976, 8. 7. 1976, erhalten hat?

Dr. **Stacher:** Das habe ich dann erfahren, war darüber nicht übermäßig glücklich, habe aber die Argumentation, die damals gemacht wurde, zur Kenntnis nehmen müssen, nämlich die Tatsache, daß eigentlich der, der das ganze Wissen der bisherigen Planung und Grobplanung eben hat, nicht aus dem Auftrag der Planung herausgenommen werden sollte, aus dem einfachen Grund, weil sich ein anderer wieder monatelang damit beschäftigen müßte, um sich dieses Wissen neuerlich zu erwerben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie, daß dahinter Professor Seitz steht oder stand und die MEDIPLAN?

Dr. **Stacher:** Das wußte ich nicht, daß hier Prof. Seitz dahinterstand. Ich wußte nur, daß diese ARGE eben mit der MEDIPLAN ist, wobei ich mir überhaupt damals keine Gedanken darüber gemacht habe, wer MEDIPLAN ist oder wer nicht MEDIPLAN ist, und ich möchte Ihnen überhaupt etwas Grundsätzliches sagen:

Ich war weder zuständig noch verantwortlich für die Auswahl der Firmen und ich kannte auch nicht alle Firmen. Es ist doch bekanntlich im allgemeinen Leben so, daß Fachleute, die derartige Firmen beurteilen können, natürlich die Beurteilung vornehmen sollen und nicht jemand, der im Detail die Möglichkeiten, die Aufgabenstellung, die bisherige Arbeit der verschiedenen Firmen gar nicht kennt.

Und zweitens war es eine Frage der AKPE und des Aufsichtsrates der AKPE, der auf Grund des Berichtes des Vorstandes, wo ja die Fachleute waren, diese Entscheidung getroffen hat. Von dieser Entscheidung wurde ich dann eben auch informiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kannten Sie oder kennen Sie den Geschäftsführer der MEDIPLAN Wien, den Herrn Sajbl?

Dr. **Stacher:** Nein, kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ihn auch nicht gekannt?

Dr. **Stacher:** Ich habe ihn auch nicht gekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf als letzte Frage sagen: Wenn Sie den Namen „MEDIPLAN" gehört haben, war das so ähnlich wie mit dem Namen „Consultatio", es waren lateinische Namen, unter denen man sich nichts Konkretes vorstellen konnte?

Dr. **Stacher:** Ja, es war einfach so, daß ich bisher es in meinem ganzen Leben eigentlich noch nie für notwendig befunden habe, bei lateinischen Firmennamen nachzugehen, wieso diese Firmennamen entstanden sind. Für mich ist das einzige Entscheidende, wenn mir jemand sagt, diese Firma arbeitet gut oder arbeitet nicht gut, und für mich ist es in einer Demokratie auch nicht entscheidend, ob jetzt der oder der oder der, ob, wenn ich es hier sagen darf, Schwarz, Rot, Blau, Gelb oder Grün daran beteiligt sind. Wenn die Firma gut arbeitet, dann wird sie eben beauftragt, und wenn die Firma schlecht arbeitet, wird sie nicht beauftragt. Ich glaube, das ist eine selbstverständliche Einstellung eines Arztes, der bei ärztlichen Dingen auch keine Rücksicht darauf nehmen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie wissen schon, daß gerade die Firma MEDIPLAN im Kontrollamtsbericht sehr stark kritisiert wird — wenn Sie diese Passagen gelesen haben, werden Sie sich erinnern —, wo festgestellt wird, welche Kostensteigerungen hier eingetreten sind, wie schlußendlich das Ganze wieder heruntergehandelt worden ist. Daher ist das zweifellos nicht eine Firma — laut Kontrollamtsbericht — mit einem guten Renommee.

Dr. **Stacher:** Ich weiß, daß das Kontrollamt hier Bedenken hat beziehungsweise etwas ausgestellt hat an der Firma. Ich kann es aber nicht beurteilen, wieweit das Kontrollamt dabei recht hat, weil ich über Detailfragen diesbezüglich nicht informiert bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich doch jedenfalls selber persönlich durch Ihre Fachberater nicht hinreichend informieren lassen, welche positiven und negativen Dinge mit diesen Firmen verbunden sind.

Dr. **Stacher:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon zweimal festgestellt: Ich habe weder eine Kompetenz dazu gehabt noch war ich der Mann, der den Auftrag gegeben hat, sondern ich habe einfach die Fachleute, und die, die der Aufsichtsrat, der die Beauftragung durchgeführt hat — wurde ich davon verständigt. Es wäre doch nicht sehr sinnvoll, wenn ich, der fachlich und sachlich kein Wissen auf dem Gebiet hat, mir jetzt das Wissen von allen Fachleuten und den Insidern aneignen und dann sagen würde: Die haben das falsch oder richtig gemacht! Tatsache ist, daß

ich informiert wurde von dem Auftrag, daß ich überzeugt war und nach wie vor bin, daß diese Beauftragung sehr wohl sehr genau überlegt wurde, durchdiskutiert wurde, und daß ich dann eben Kenntnis davon erhalten habe. Aber es steht mir nicht zu, im Detail alle Dinge zu beurteilen. Das könnte ich auch gar nicht, denn da müßte ich ja viele Tage und Wochen die Arbeit einmal im Detail durchgehen und müßte mir noch zusätzliches betriebsorganisatorisches Wissen aneignen, das ich aus meinem Beruf von vornherein nicht habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es war das eine wichtige Feststellung. Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte nur, bevor wir in die Mittagspause gehen, festhalten: Herr Stadtrat! Wir werden um 14 Uhr weitermachen müssen, denn wir haben durch die Diskussionen am Anfang jetzt nur 1 1/2 Stunden Zeit gehabt. Sie sind der ressortmäßig zuständige Stadtrat. Ich bin überzeugt, daß Sie über die Sachfragen mehr sagen können als der Herr Bürgermeister, der ja wahrscheinlich zum Teil nur am Rande davon berührt war. Daher die Bitte an Sie, um 14 Uhr dann wieder hier zu sein.

Aber bevor wir in die Mittagspause gehen, auch so eher eine Resümeefrage nach dem, was ich jetzt gehört habe, zuhörend bei diesem Frage- und Antwortspiel.

Mir ist aufgefallen, Sie sagen, Wilfling war einer der Besten, ausbildungsmäßig hervorragend, bei der Durchsetzung hervorragend. Sie finden eigentlich nur Gutes an ihm. Ich habe so ein bissel den Eindruck, sogar heute, wenn Sie jetzt diese vergangenen Jahre sich durchüberlegen, finden Sie nur Gutes an ihm. Ist das ein richtiger Eindruck in der Zusammenfassung?

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender! Fachlich ...

Obmann Dr. **Steger:** Daß er jetzt drüben sitzt, das wissen Sie schon seit einigen Monaten.

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender, darf ich hier darauf auch antworten? Ich wurde gefragt, wie ich ihn fachlich finde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe auch nach dem Charakter gefragt!

Dr. **Stacher:** Und fachlich finde ich ihn nach wie vor hervorragend.

Charakterlich wurde ich primär überhaupt nicht gefragt, und ich gebe ehrlich zu, daß ich echt schockiert war — das können Sie vom Gemeinderat Hirnschall bestätigen lassen —, als ich erfuhr, daß er eben Dinge gemacht hat, die scheinbar kriminell sind. Ich sage scheinbar kriminell, aus dem einfachen Grund, weil ich ja keine Beurteilung mir selbst erlaube. Ich habe die Mitteilungen auch nur aus der Presse oder vom Kontrollamt. Daß das moralisch untragbar ist, darüber besteht für mich keine Diskussion.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind natürlich sehr wohl — vielleicht ist Ihnen das nicht bewußt geworden — vom Herrn Abgeordneten Dr. Feurstein sehr deutlich auch nach den sonstigen Qualifikationen und Prüfungen gefragt worden. Ich bin daher jetzt fast wieder etwas beruhigter, daß Sie mir sagen, daß Sie dann, wenn sich das in einem Urteilsspruch herausstellt, auch erschüttert sind und glauben, daß das jedenfalls ein bei aller vielleicht sonst vorhandenen fachlichen Qualifikation oder vorgetäuschter fachlicher Qualifikation — beides soll ja noch denkbar sein — ungeeigneter Mitarbeiter gewesen wäre. Ist das eine eher richtige Zusammenfassung?

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender! Darf ich nur eines hier feststellen: Ich glaube doch, daß keiner der Anwesenden hier annimmt — und deswegen habe ich es nicht expressis verbis ausgedrückt —, wenn ich eine Information darüber gehabt hätte, daß in irgendeinem Fall eine wirklich strafbare Handlung vorliegt, daß ich dann auf der einen Seite nicht alles getan hätte, um dagegen einzuschreiten, oder auf der anderen Seite: daß ich Wilfling natürlich in dieser Form nie beschäftigt hätte.

Wir haben aber vorher vorwiegend über die fachliche Qualifikation gesprochen. Daher habe ich das nicht erwähnt. Ich habe nur angenommen, das sei eigentlich die primäre Meinung des Ausschusses oder der Anwesenden, die mich ja aus der sonstigen Tätigkeit auch kennen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat! Wieder: Wenn Sie sich rückschauend den gesamten Zeitraum anschauen und sich jetzt überlegen, daß ja möglicherweise in wenigen Wochen oder Monaten ein Gerichtsurteil feststeht, daß da einige Unzukömmlichkeiten, die auch kriminalistisch etwas bedeuten, in diesen konkreten Personen vorhanden gewesen sind: Haben Sie im Hinblick darauf dann auch das Gefühl, daß das alles genug kontrolliert worden ist, was für Personen das eigentlich sind?

Darf ich vielleicht zur Präzisierung sagen: Es unterstellt Ihnen ja niemand, daß Sie wollten, daß gestohlen wird, oder es auch nur zulassen wollten. Aber doch liegen diese gewichtigen Fragen auf dem Tisch.

Ich darf Sie bitten, daß Sie sich das jetzt, wenn Sie den Zeitablauf betrachten, beantworten.

Dr. **Stacher:** Ja, Herr Vorsitzender, ich darf etwas sagen: Ich habe daraus gelernt. Natürlich

würde ich jetzt bei jedem anderen noch wesentlich mehr prüfen. Ich glaube aber, daß die damaligen Prüfungen den damaligen Gegebenheiten generell entsprochen haben, daß man sich also nach der damaligen Situation an sich keinen Vorwurf machen kann. Nach der jetzigen ...

Obmann Dr. **Steger:** Als Rechtsanwalt, wenn ich Ihnen das sagen darf, weiß ich natürlich: Wenn jetzt der Magistratsdirektor sagt, der übt unzulässigen Druck aus und möglicherweise kassiert er was, und wenn das dann dem Betroffenen gesagt wird, dann habe ich noch keinen erlebt, der das sofort zugibt. Es kommen Leute, die ich in Verfahrenshilfe verteidigen muß, die haben schon die Anklageschrift auf dem Tisch, die kommen und belügen immer als ersten Schritt den eigenen Rechtsanwalt. Sie haben das Gefühl, wenn sie den überzeugt haben, daß sie unschuldig sind, dann wird es ihnen auch bei Gericht gelingen. Darf ich Sie in diesem Lichte bitten, sich das zu überlegen.

Dr. **Stacher:** Ich sage Ihnen ja, daß ich heute auf Grund dieser Erfahrungen — ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß meine Erfahrungen bis dahin auf rein medizinischer Basis waren, wobei die Arbeit des Mediziners sehr auf Vertrauen aufgebaut ist und nicht auf Mißtrauen —, daß ich aus der heutigen Situation natürlich eine Prüfung noch wesentlich stärker durchführen würde.

Ich glaube aber auf der anderen Seite, daß ich zweifelsohne sagen kann: Wenn Juristen — und Ihre juridische Belehrung nehme ich gerne zur Kenntnis — in genügendem Maße im Magistrat vorhanden sind, so wäre ich eigentlich der Meinung, daß sie mich, wenn da etwas Fragliches ist, darauf aufmerksam machen müßten, daß man das oder das machen sollte.

Ich darf noch einmal gerade zu diesen Aktenvermerken und zu diesem Brief von 1975 sagen: Es stellt sich ja jetzt anscheinend heraus, als wäre wirklich nichts gewesen. Ich weiß es ja nicht. Aber heute würde ich zwangsläufig vorsichtiger sein, und ich will also nichts Besonderes sagen, aber ich habe erst vor kurzem gesagt: Ich bin mit großem Vertrauen als Mediziner Stadtrat geworden, ich habe nach einem Jahr noch Vertrauen gehabt, ich habe drei Jahre später gesundes Mißtrauen gehabt, und vielleicht habe ich jetzt schon ein ungesundes Mißtrauen und bin damit ein Politiker geworden.

Das ist die Situation aus der letzten Erfahrung. Ich hoffe, daß sich dieses ungesunde Mißtrauen, das ich jetzt manchmal habe, wieder in ein gesundes Mißtrauen zurückverwandelt.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn durch Ihr ungesundes Mißtrauen diese ganzen Verwaltungsbereiche damit allein schon ein bissel gesünder werden, dann sind wir auch als Opposition durchaus einverstanden. Die Fragestellung geht aber dann schon in die Richtung. Heute habe ich auch diesen Eindruck aus diesen Befragungen mitbekommen, daß Sie der Meinung sind, das waren große Streitigkeiten um die Macht im Rahmen der Verwaltung: hie der Magistratsdirektor mit seiner zentralistisch aufgebauten Verwaltung, der eigentlich wollte, daß das alles in diesem Ordnungsrahmen bleibt, hie andere Organisationsmöglichkeiten, Herauslösung aus diesem Machtbereich. Sie verzeihen, daß ich so direkt umsetze.

Wieder eine zusammenfassende Frage: Sehen Sie es wirklich so, daß Sie primär deswegen das nicht mehr geprüft haben, weil Sie neben Ihrer Menschenkenntnis davon ausgegangen sind, daß das eben Machtfragen sind, wo jeweils die eine Gruppe die andere oder der eine den anderen schlechter macht, weil er selbst bessere Möglichkeiten haben will?

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender! In dieser Form kann man es nicht beantworten. Es ist auch keine Machtfrage, und ich muß besonders sagen, der Magistratsdirektor nicht, denn das waren ja doch Auseinandersetzungen, die sich ja beispielsweise vor der Zeit, als Magistratsdirektor Bandion überhaupt Magistratsdirektor war, abgespielt haben. Ich habe sehr viele Aktenvermerke. Es war von meinem Standpunkt aus gesehen eine gewisse Statik in der Verwaltung, die sich wie bei vielen Verwaltungen im Prinzip dagegen gewehrt hat, daß man eine neue Organisation aufbaut. Hier war jetzt nicht eine Person maßgebend, sondern da waren praktisch alle Personen der Verwaltung mitbeteiligt. Das war also die Amtsinspektion, das war die Magistratsdirektion, das waren die Bauabteilungen, die sich gegen Neueinführungen gewehrt haben, und es waren auch die eigenen Abteilungen, die sich gegen neue Einführungen gewehrt haben. Das ist eben die Trägheit eines Apparates.

Daß jeder, der in einen lange bestehenden, sich nicht ändernden Apparat neue Ideen und neue Umwälzungen hineinbringt, natürlich auf Widerstand stößt, ist von mir aus gesehen klar. Ich würde das also nicht als Machtkampf, wenn Sie so wollen, deklarieren, sondern einfach als Widerstand eines Apparates, der über Jahrzehnte in dieser Form gelaufen ist und sich dagegen wehrt, und nicht als Widerstand einzelner Personen. Man hat bei allen Besprechungen, wo 10, 15, 20 Leute anwesend waren, auf allen Seiten, gesehen, daß die neuen Überlegungen mit der Organisation, Betriebsführung, Dezentralisation, Gruppenbildung, Umstellung in einen Betrieb laut § 72 der Stadtverfassung auf größten Widerstand gestoßen

sind. Ich habe es eigentlich in dieser Form verstanden, wenn da irgendwelche Bemerkungen von Magistratsdirektor Bandion gekommen sind: Das ist das Sammelsurium aller dieser Widerstände.

Obmann Dr. **Steger:** Ja ich habe inhaltlich auch aus dieser doch längeren Antwort kaum einen anderen Eindruck empfangen, Herr Stadtrat. Man kann es Machtkampf brutal nennen, man kann sagen, es wehren sich halt einige dagegen, daß das verändert wird.

Aber trotzdem möchte ich Sie nur ganz kurz noch etwas fragen: Wir wissen aus den Aktenvermerken, die handschriftlich beim Herrn Winter gefunden wurden — ich weiß nicht, wieweit Ihnen das schon bekannt ist —, daß unter anderem am 28. Jänner 1976, Aktenvermerk zum sogenannten Betriebsorganisationskuchen — da gab es die „Kuchengespräche" bei Winter —, später Doktor, damals noch Herr Wilfling dabei war. In welcher Funktion war er am 28. Jänner 1976 aus Ihrer Sicht an solchen Gesprächen beteiligt? Haben Sie ihn dorthingeschickt? Haben Sie ihm den Auftrag gegeben?

Dr. **Stacher:** Nein, ich habe ihm sicher nicht den Auftrag gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Funktion war er in diesem Zeitpunkt im Stacher-Team? Was war er da formell?

Dr. **Stacher:** Das war 1976?

Obmann Dr. **Steger:** Jänner 1976.

Dr. **Stacher:** Im Jänner 1976 war er praktisch Konsulent von mir.

Obmann Dr. **Steger:** Zuerst sagte er, er war damals als Berater der Stadt Wien dort. Wir haben ihm dann später vorgehalten, daß sich das nicht ganz ausgeht mit dem Vertrag, der ist nämlich erst am 1. 5. 1976 abgeschlossen worden. Dann hat er es umgeändert, daß er als ODELGA-Geschäftsführer dort war. Wir haben eine Funktionsliste gemacht, er hat ja eher viele Funktionen in diesen Jahren gehabt. Das wäre er tatsächlich damals formell gewesen. War er schon Berater der Stadt Wien, bevor es den Beratungsvertrag formell gegeben hat?

Dr. **Stacher:** Wir haben schon Gespräche gehabt, bevor der Beratungsvertrag de facto ... Welchen Vertrag meinen Sie jetzt, Herr Vorsitzender? Den, der ...

Obmann Dr. **Steger:** Den Beratungsvertrag vom 1. 5. 1976.

Dr. **Stacher:** Zu dem Zeitpunkt war er Konsulent.

Obmann Dr. **Steger:** Konsulent war er von 1. 3. 1974 bis 28. 2. 1975. Da ist genau eben diese Pause dazwischen, wo er weder — noch war.

Dr. **Stacher:** Jedenfalls ist eine Tatsache, daß ich ihn dort sicher nicht hingeschickt habe, weil ich ja klargestellt habe: Ich habe mich zu diesem Zeitpunkt um die Betriebsorganisation, vor allem um die Vergabe oder Nichtvergabe, überhaupt nicht gekümmert, sondern ich habe nur gedrängt, daß überhaupt eine gemacht wird.

Obmann Dr. **Steger:** Sehen Sie, Herr Stadtrat, irgendeine Überschrift, wieso der ODELGA-Geschäftsführer sich zusammen mit AKPE-Geschäftsführern den Kopf zerbricht, wie die Betriebsorganisation, in diesem Zeitraum, gemacht wird? Sehen Sie aus Ihrer Sicht irgendeinen Grund — von Ihnen nicht beauftragt, wie Sie gesagt haben —?

Dr. **Stacher:** Ich könnte mir vorstellen, aus der persönlichen Kenntnis von den beiden und aus der Tatsache heraus, daß der ODELGA-Geschäftsführer vielleicht interessiert war, daß mit der Betriebsorganisation die ODELGA ebenfalls etwas zu tun hat.

Obmann Dr. **Steger:** Die ODELGA hatte zu diesem Zeitpunkt in keinem Gesellschaftszweck Betriebsorganisation. Es waren Rumpold, Winter, Wilfling, die sich damals zusammengesetzt haben.

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender! Ich kann Ihnen keinen Grund nennen. Ich war nicht informiert.

Ich möchte noch etwas ganz Grundsätzliches sagen: Ich habe mich bei der vielen Arbeit, die ich im Rahmen der Geschäftsgruppe zweifelsohne gehabt habe, auch nie gekümmert, was die Leute in ihrer Freizeit machen, besonders in einem Zeitpunkt, wo sie eigentlich gar nicht bei mir unterstellt waren.

Obmann Dr. **Steger:** Sehen Sie das als subjektive Meinung von mir als abwegig an, daß das einfach der Versuch des Herrn Wilfling war, dort ins Geschäft zu kommen?

Dr. **Stacher:** Das kann ich nicht sagen. Ich kann weder ja noch nein sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Ob Sie das als abwegig ansehen? Meine Meinung?

Dr. **Stacher:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Also in einer offiziellen Funktion sehen Sie jedenfalls keinen Grund. Oder sagen wir so: Es ist Ihnen keiner bekannt?

Dr. **Stacher:** Mir ist keiner bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Herr Stadtrat, wenn Sie um 14 Uhr wieder hier sein können.

*(Dr. Stacher überreicht Obmann Dr. Steger ein Papier.)*

Dr. **Stacher:** Brauchen Sie das fürs Protokoll — die Freistellung Amtsverschwiegenheit?

Obmann Dr. **Steger:** Ja das hätte man formell auch fragen müssen. Aber ich bin nach dem Brief des Herrn Bürgermeisters, den er uns geschrieben hat, davon ausgegangen, daß das in Ordnung geht. Kann man das für das Protokoll, bitte, festhalten.

*(Die Sitzung wird um 12 Uhr 15 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 5 Minuten wiederaufgenommen.)*

Obmann Dr. **Steger** *(nachdem Stadtrat Dr. Stacher wieder in den Saal gerufen wurde)*: Herr Stadtrat, ich darf Sie in der fortgesetzten Einvernahme als Zeugen fragen: Was ist der Wiener Amtsrat, und welche Funktion hat dieses Kollegialorgan?

Dr. **Stacher:** Amtsrat gibt es eigentlich in dieser Form keinen mehr, denn es war eine frühere Einführung aus der Zeit der Koalition. Es hat sich aber der Titel eigentlich erhalten am Anfang in der Form, daß es die Fraktion der sozialistischen amtsführenden Stadträte ist.

Obmann Dr. **Steger:** Das sind die Amtsführenden Stadträte, aber darüber hinaus sind es ja weitere Personen, wenn ich richtig informiert bin, nämlich der Klubobmann, und dann gibt es gewisse Parteifunktionäre, die dabei sind. Der Landesparteisekretär ...

Dr. **Stacher:** Der Klubobmann ist dabei und derzeit der Senatsrat Satrapa.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind ja Mitglied, daher wissen Sie es ja besser als ich. Es sind amtsführende Stadträte und wer noch?

Dr. **Stacher:** Der Klubobmann ist meistens dabei, dann derzeit der Gemeinderat Mayrhofer, der Klubsekretär früher war. Dann ist dabei der Senatsrat Satrapa.

Obmann Dr. **Steger:** Der Landesparteisekretär ist nicht dabei?

Dr. **Stacher:** Der Landesparteisekretär ebenfalls, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist dieses Gremium. Wie oft tagt das, und wie oft hat es in diesem Zeitraum getagt, als es um die Betriebsorganisationsplanung gegangen ist, zum Beispiel 1977?

Dr. **Stacher:** Man kann eigentlich nicht sagen, daß es regelmäßig tagt, sondern in gewissen Abständen. Der Wunsch wäre jede Woche oder alle zwei Wochen, doch ist es von den Terminen abhängig natürlich, wie oft die Tagung ist. Ich glaube, in dem Zeitraum wird es im Durchschnitt vielleicht alle 14 Tage getagt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Welcher Aufgabenbereich wird dort abgedeckt? Was wird dort beraten, in Zusammenhang wieder mit Gemeinde Wien natürlich. Ich will nicht Ihre rein innerparteilichen Entscheidungsabflüsse damit allenfalls überprüfen.

Dr. **Stacher:** Das ist an sich die Vorberatung von Gesetzesvorlagen oder von Vorgangsweisen über Baugeschehen, wie gebaut wird, wo gebaut wird oder Straßen-, Verkehrskonzept und die Dinge, die dann praktisch dem Gemeinderat, dem Stadtsenat oder irgendwelchen anderen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihres Wissens das Allgemeine Krankenhaus Wien in diesem Gremium vorberaten worden, bevor im Gemeinderat diskutiert wurde, bevor im Stadtsenat Entscheidungen gefallen sind?

Dr. **Stacher:** Wir haben sicherlich im Amtsrat einige Male darüber gesprochen, aber immer nur über Detailprobleme.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt jetzt Detailprobleme. Die Frage der Betriebsorganisationsplanung, ist das ein Detailproblem oder ist das ein generelles Problem?

Dr. **Stacher:** Meiner Meinung nach ist Betriebsorganisationsplanung ein Detailproblem.

Obmann Dr. **Steger:** Ist so etwas im Amtsrat besprochen worden?

Dr. **Stacher:** Im Amtsrat habe ich nur darauf hingewiesen, daß eine Betriebsorganisationsplanung dringend notwendig ist. Über die Form der Betriebsorganisationsplanung und wie sie stattfindet oder, wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, worauf sie hinaus will, über die Vergabe haben wir nicht gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Es hat da eine Tagesordnung für die Vorstandssitzung der AKPE am 2. 5. 1977 gegeben, die uns zugestellt wurde, in der steht drinnen unter weitere Vorgangsweise unter Punkt 10 an diesem Tag: Weitere Vorgangsweise bei der Vergabe der Betriebsorganisationsplanung a) — ich lese vor — Bericht von Winter über das Gespräch mit Stadtrat Stacher am 28. 4. 1977, b) Informationspapier an Stadtrat Stacher über die Vor- und Nachteile et cetera als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Sitzung des Amtsrates am 9. 5. 1977.

Dr. **Stacher:** Ja, das ist das, was ich heute schon erwähnt habe und wo wir im Stadtsenat

ebenfalls schon darüber diskutiert haben, wo sich dann herausstellt, wenn man das Protokoll weiter liest und und einige Tage später — ich habe das Protokoll nicht, daher konnte ich das persönlich nicht nachprüfen —, daß auch ein Vermerk ist in dem Protokoll, daß dieses Papier nicht hergestellt wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Diesen Vermerk haben wir nicht. Das hat der Herr Bürgermeister in einem Pressedienst gesagt, wir haben derartiges nicht zugeschickt bekommen. Das ist bitte jetzt zweierlei.

Sie beziehen sich jetzt, Sie sagen: Wenn man weiterliest, sagen aber selbst, Sie haben es nicht. Woher wissen Sie es dann, auch aus dem Pressedienst des Herrn Bürgermeisters?

Dr. **Stacher:** Aus der Diskussion des Stadtsenates, wo der Herr Bürgermeister ja dazu Stellung genommen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Nachdem es in der Öffentlichkeit diskutiert wurde? Jetzt in den letzten Monaten oder damals?

Dr. **Stacher:** Nachdem es diskutiert wurde. Ich habe dann nachgeschaut, ich habe dieses Gespräch mit Winter gehabt und habe mich dann erinnert, daß ich eigentlich eine Entscheidungsgrundlage haben wollte über Vergaben generell und auch über die Betriebsorganisationsvergabe, weil ich, wie gesagt, eigentlich von meinem Standpunkt aus nicht einsehe, daß man eine Planung vergibt, aber eigentlich Entscheidungsgrundlagen haben wollte: Soll man das frei vergeben, oder was ist da für ein Vorteil, ist eine beschränkte Ausschreibung sinnvoll bei so etwas?

Obmann Dr. **Steger:** Das haben Sie heute schon gesagt.

Dr. **Stacher:** Das habe ich heute schon gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Nur möchte ich darauf aufmerksam machen, vielleicht, daß Sie es auch dem Herrn Bürgermeister ausrichten, ich werde es ihm heute auch noch sagen: Wir haben das nicht bekommen, worauf er sich bezieht, daß dann aus weiteren Unterlagen hervorgeht, daß das nicht so gewesen ist.

Es wäre also interessant, diese schriftlichen Unterlagen — Sie werden sie nicht mit haben — uns allenfalls auch noch zuzusenden, wenn es derartiges gibt.

Aber, Herr Stadtrat, im Bund-Stadt-Wien-Komitee sind ja Sie drinnen beziehungsweise haben einen Vertreter dort, wenn Sie nicht drinnen sind, ist das richtig?

Dr. **Stacher:** Ich bin nicht drinnen, sondern ich habe einen Vertreter, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Also formell ist in Vertretung des Stadtrates jemand von Ihnen nominiert.

Dr. **Stacher:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wie regelmäßig berichtet Ihnen der?

Dr. **Stacher:** Das ist verschieden, weil das Bund-Stadt-Wien-Komitee auch nicht in ganz klaren Zeitgrenzen zusammentritt, sondern nur, wenn Fragen offen sind. Da ist manchmal ein Zeitraum von zwei bis drei Monaten, manchmal natürlich häufiger, weil die Fragen, die von der AKPE auch an die Nutzer gestellt werden, in verschiedenen Zeitabständen kommen.

Im Bund-Stadt-Wien-Komitee, das wir, die Frau Bundesminister Firnberg und ich, gegründet haben nach der Gründung der AKPE, sollen ja alle Dinge, die die Nutzer betreffen ...

Obmann Dr. **Steger:** Wann ungefähr?

Dr. **Stacher:** Das war, ich glaube, — ich kann nachschauen — Anfang 1976 oder Ende 1975. Mein Sekretariat hat mir das aufgeschrieben ...

Obmann Dr. **Steger:** Nur ungefähr. Es genügt schon, wenn Sie sagen, 1976. Das genügt schon.

Dr. **Stacher:** 28. Oktober 1975.

Obmann Dr. **Steger:** Mit welchen Kompetenzen?

Dr. **Stacher:** Mit den Kompetenzen, die Fragen, die die Nutzer betreffen, sowohl Spitalsverwaltung als auch das Bundesministerium, mit der AKPE abzuklären und falls dort keine Übereinstimmung erzielt wird, die politisch Verantwortlichen damit zu konfrontieren, damit auf der politischen Ebene Übereinstimmung erzielt wird.

Obmann Dr. **Steger:** Hatten die eine Möglichkeit, der AKPE eine Weisung zu geben?

Dr. **Stacher:** Sie hatten an sich keine Möglichkeit einer Weisung.

Obmann Dr. **Steger:** Haben sie regelmäßig mit der AKPE Gespräche geführt, aber sie hätten an sich der AKPE gegenüber nichts anordnen können. Dieses Komitee meine ich mit sie.

Dr. **Stacher:** Nein, das Komitee konnte nichts anordnen, sondern es war ein Komitee, in dem die AKPE ebenfalls vertreten war.

Obmann Dr. **Steger:** Konnte die AKPE dem Komitee gegenüber etwas anordnen?

Dr. **Stacher:** Anordnen eigentlich im üblichen Sinn nicht, sondern sie konnte nur die Proble-

matik natürlich, wenn nicht geklärt war, an das Komitee heranbringen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer konnte dann der AKPE gegenüber etwas anordnen nach der formellen Situation?

Dr. **Stacher:** Rein formell natürlich die Eigentümervertreter Finanzstadtrat und Finanzminister.

Obmann Dr. **Steger:** Was war dann der Sinn des Komitees, wenn die keine wirkliche Kompetenz ... ich definiere es jetzt so. Nach Ihren Worten ist es ein Aussprachegremium gewesen, aber kein Entscheidungsgremium.

Dr. **Stacher:** Es war ein Gremium, das eigentlich sicherstellen sollte, daß die Wünsche der Nutzer bei der Planung berücksichtigt werden.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, es war ein Informationsgremium in beide Richtungen, oder was? Ich bin mir noch immer nicht ganz klar, was es eigentlich dann ist.

Dr. **Stacher:** Tatsächlich spielt sich das so ab, und das Komitee besteht ja auch heute noch, daß, wenn die drei, die vertreten sind: Stadt Wien, also Gesundheitsverwaltung, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und AKPE, eine Problematik ausgeräumt und durchdiskutiert haben und zu einem einhelligen Standpunkt gekommen sind, dann die AKPE das einfach durchgeführt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Aber die AKPE war doch verpflichtet, den Konsens herzustellen, das kann ja nicht so sein. Sie sagen jetzt, dieses Komitee konnte keine Anordnungen treffen, die AKPE konnte auch keine treffen. Wer konnte dann Anordnungen treffen? Daß wir es personell einmal eingrenzen.

Dr. **Stacher:** Rechtlich konnte die AKPE weder dem Ministerium noch uns natürlich Anordnungen geben und umgekehrt auch nicht, aber das ist ja an sich ...

Obmann Dr. **Steger:** Wenn zum Beispiel der Streit um die Größe der Ärztezimmer vor sich geht, wer kann dann die Entscheidung treffen und sagen, so groß sind sie, aus!

Dr. **Stacher:** In dem Fall haben wir dann eine Eigentümersitzung oder eine Aktionärssitzung gemacht, und die Aktionäre haben dann diese Entscheidung getroffen.

Es hat sich ja mit den Ärztedienstzimmern de facto auch heuer, im Jahre 1980, so abgespielt, daß das Bund-Stadt-Wien-Komitee mit dem Professorenkollegium und der AKPE nicht zu einem Konsens gekommen ist. Daraufhin wurde es an die Aktionärssitzung herangetragen, dort wurde bei der ersten Sitzung, ich glaube Mitte Mai, ebenfalls noch keine Lösung getroffen. Daraufhin habe ich mich wieder informell und rechtlich eigentlich ohne Kompetenz mit allen Beteiligten zusammengesetzt. Wir haben einen ganzen Sonntag lang diskutiert, haben einen Konsens erreicht. Den haben wir dann den Aktionären vorgeschlagen, und die haben ihn dann beschlossen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war jetzt Ihr Vertreter im Bund-Stadt-Wien-Komitee?

Dr. **Stacher:** Im Bund-Stadt-Wien-Komitee war zuerst der Dr. Czermak auch der Vorsitzende, dann war es der Dr. Wilfling, und jetzt ist es der Obersenatsrat Siebensohn.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, es war ein Aussprache-, ein Konsens-Gremium. Wenn dort Konsens erzielt wurde, ist dann die Frage zur Entscheidung noch woanders hingekommen, oder hat dann die AKPE einfach nach diesem Konsens entschieden?

Dr. **Stacher:** Dann hat die AKPE natürlich nach diesem Konsens entschieden und hat es dem Aufsichtsrat berichtet.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, wenn Dr. Wilfling zum Beispiel als Ihr Vertreter im Bund-Stadt-Wien-Komitee den Konsens erzielt hatte, dann ist das gar nicht unbedingt bis zu Ihnen gekommen, eine allfällig anstehende Entscheidung?

Dr. **Stacher:** Ja, das stimmt.

Obmann Dr. **Steger:** Hat dieses Komitee in irgendeiner Form auch Leistungen geprüft und abgenommen und darüber gesprochen?

Dr. **Stacher:** Meines Wissens nicht, wenn nicht Fragen offen waren, daß Ergebnisse von irgendeiner Planung eben dann von den Nutzern in Zweifel gezogen wurden.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bleibe nur bei der Planung jetzt. Ich bin bei dem ganzen Themenkreis dauernd bei der Planung.

Also Sie sagen, meines Wissens nicht, außer bei der Planung. Inwiefern?

Dr. **Stacher:** Wenn Ergebnisse der Planung in Zweifel gezogen wurden.

Obmann Dr. **Steger:** Von wem? Von irgendeinem Mitglied des Komitees?

Dr. **Stacher:** Von irgendeinem Mitglied des Komitees. Es war ja der Obersenatsrat Siebensohn ebenfalls die ganze Zeit in dem Komitee vertreten.

Obmann Dr. **Steger:** Wie groß war dieses Komitee? Können Sie das noch ein bissel näher umschreiben, nämlich auch die Personen, die Ihnen ja bekannt sein müssen?

Dr. **Stacher:** Es ist drinnen der Vorsitzende, es waren Czermak und Siebensohn, es waren auf jeden Fall zwei von meiner Geschäftsgruppe, ich glaube, daß noch ein zweiter auch vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung neben dem Ministerialrat Dr. Loicht drinnen war, und von der AKPE wäre der gesamte Vorstand drinnen gewesen, der aber, soweit ich informiert wurde, nicht immer vollzählig anwesend war.

Obmann Dr. **Steger:** Und von der Fakultät?

Dr. **Stacher:** Von der Fakultät die Mitglieder des Bauausschusses, das ist der Herr Prof. Deutsch und der Herr Prof. Steinbereitner.

Obmann Dr. **Steger:** Ist es da nicht so, daß da ein bissel überproportional die Fakultät mit ihren Wünschen automatisch Berücksichtigung finden mußte, wenn das ein Konsens-Gremium ist?

Dr. **Stacher:** Ja, sicherlich. Nur ist es ja so, daß die Fakultät eigentlich in den Diskussionen kaum nennenswerte zusätzliche Schwierigkeiten gemacht hat. Natürlich sind die Wünsche der Fakultät oft wesentlich größer, als man durchsetzen konnte, und in dem Fall, wenn hier auch kein Konsens erzielt wurde in Einzelpunkten, habe ich mich unter Umständen eingeschaltet.

Das war beispielsweise die Frage, ob eine kinderchirurgische Klinik geschaffen werden sollte oder nicht. Und wie es zu keinem Konsens gekommen ist, habe ich dann eine eigene Sitzung mit 20 Professoren eingeladen und habe dann in dieser Sitzung die Entscheidung getroffen, daß die gemacht wird, daß aber nicht zusätzliche Stationen gemacht werden, sondern daß Dermatologie auf der jetzigen Kinderklinik ist und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat, Herr Zeuge! Einer der Vorwürfe, daß es so kostenmäßig explodiert ist, der in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ist ja, daß halt jeder für seinen Arztbereich dort auch wieder alles an Einrichtungen, an Räumen, aus seiner subjektiven Sicht Notwendigkeiten, haben wollte.

Deswegen habe ich gefragt, ob da nicht, wenn es ein Konsens-Gremium ist, wo die Entscheidung eben gar nicht mehr bis zum Stadtrat kommt, überproportional daher tatsächlich die AKPE immer diese Wünsche berücksichtigt. Da wollte ich von Ihnen, daß Sie das politisch durchüberlegen und eine Antwort dazu geben.

Dr. **Stacher:** Ich glaube, daß natürlich die Fakultät versucht, ihre Wünsche maximal durchzusetzen, daß aber in dem Augenblick, wo sie nicht mehr von unserer Seite aus richtig waren vom Betrieb, daß das dann entweder an mich oder auch an die Frau Bundesminister herangetragen wurde.

Eines, was bei diesen ganzen Kostenberechnungen und bei der Ausweitung mancher Dinge überhaupt weder in der Öffentlichkeit noch sonst in Rechnung gestellt wird, sind einfach die gesetzlichen Voraussetzungen, die jetzt gerade bei den Dienstzimmern, mit denen wir immer noch beschäftigt sind, zum Tragen kommen. Da gibt es eine Dienstnehmerschutzverordnung — oder so ähnlich heißt das beim Bund — auf die also . . .

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat, das wird zu kompliziert. Aber darf ich gleich an diesem Beispiel eine Frage stellen.

Wenn jetzt die AKPE nachgegeben hätte und bei den Dienstzimmern für alle Beteiligten die Dienstzimmer dreimal so groß geplant hätte, dann hätte es, wenn die AKPE zustimmt und die Ärzte befriedigt sind, ja den Konsens wieder gegeben. Nach Ihren eigenen vorigen Worten wäre das dann gar nicht unbedingt bis zu Ihnen geraten, dieses Beispiel.

Oder ein anderes Beispiel: Wenn jeder Arzt ein eigenes Röntgeninstrumentarium bekommt und eben nicht ein Zentralröntgen gebaut wird, aber persönlich zufrieden ist und die AKPE keinen Einwand erhebt, dann ist das auch wieder im Konsens erledigt, und es kommt eigentlich auf gar keine politische Entscheidungsebene, wo man allenfalls sagt, das explodiert in den Kosten, das können wir uns nicht leisten.

Dr. **Stacher:** Das ist an sich die Aufgabe der AKPE, die ja dann nach unserem Beschluß ein Kostenlimit gehabt hat und die in dem Augenblick den Auftrag gehabt hat, wo sie der Meinung sind, daß die Kosten zu groß sind oder daß es einem üblichen anderen Krankenhaus und den ganzen internationalen Relationen nicht entspricht — es gibt ja da Richtwerte international —, daß sie eben dann das Ganze auf politische Ebene bringt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat! Jetzt wissen wir aber nach dem heutigen Wissensstand bereits, es sitzt einmal einer in der AKPE, der verdient an jeder Faktura einen Prozentsatz in einem gewissen Bereich. Der hat zumindest jetzt nicht das Interesse, es zu minimieren, solange er den Konsens mit diesen anderen Personen hat, die alle auch auf irgendeine Art und Weise verdienen: die einen, indem sie für die Zukunft — wie sie glauben — eine besser funktionierende Abteilung sich aufbauen, die anderen, indem sie halt kassieren; es sind ja verschiedenste Interessenslagen. Dann heißt aber das im Klartext in Ihrer Antwort, dann kommt es gar nicht zu Ihnen zur Entscheidung.

Dr. **Stacher:** Das stimmt natürlich. Aber ich

darf auf der anderen Seite, Herr Vorsitzender, doch auch eines in Rechnung stellen.

Es ist doch praktisch völlig unmöglich, daß, auch wenn ich Mediziner bin, ein Stadtrat die ganzen Detailentscheidungen und die massenhaften Entscheidungen des Allgemeinen Krankenhauses selbst trifft, noch dazu, wo ja ein ungeheures Detailwissen in verschiedensten Bereichen dazu vorhanden sein muß. Daher kann man ja letzten Endes nur, wenn die entsprechenden Fachleute von allen Richtungen zu einem Konsens kommen, dem, wenn es dem Kostenlimit entspricht, die Zustimmung geben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat, Sie gehören ja zu jener Personengruppe, wo es ja — ich habe noch keinen in der Öffentlichkeit gesehen, der anderes behauptet — immer nur um die Frage geht: Gibt es politische Verantwortlichkeit, gibt es persönlich etwas? Daher bitte ich trotzdem um Verständnis, daß man hier nachbohrt.

Es stellt sich jetzt natürlich die Frage. Zum Beispiel tagt das Bund-Stadt-Wien-Komitee am 11. Mai 1977 über die Betriebsorganisationsplanung. Hier entnehmen wir dem Protokoll, es steht nicht da, wer von Ihrer Seite dort war, es steht nur, daß jemand dort war und mitdiskutiert hat; immer nur mit der Funktion steht der im Protokoll, aber nicht mit dem Namen, leider.

Da steht das ganze, wie das mit der Betriebsorganisationsabwicklung sein sollte und welche Prüfungen noch, und dann kann es ruhig gemacht werden.

Jetzt habe ich an Sie die Frage: Ist das jetzt an Sie herangetragen worden oder nicht im Mai 1977?

Dr. **Stacher:** Mir wurde nur berichtet, daß eine Betriebsorganisationsplanung durchgeführt wird und daß es weitergeht; nicht über die Details, wie es geht. Aus dem einfachen Grund, weil ich ja auch überfordert gewesen wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Wer da hineinkommt, welche Firmen dabei sind? Ist Ihnen so etwas berichtet worden?

Dr. **Stacher:** Im großen und ganzen nicht, weil ich ja die Firmen gar nicht gekannt hätte. Ich glaube eben, Herr Vorsitzender, hier ist ein grundlegender Denk . . .

Obmann Dr. **Steger:** Bitte nur, damit ich es nicht vergesse, Herr Zeuge, Sie können das andere dann schon noch sagen: War zu dem Zeitpunkt Wilfling der Vertreter, im Jahre 1977?

Dr. **Stacher:** 1977 war es sicherlich Wilfling und Siebensohn.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich das noch ein bissel abtasten. Wie gesagt, es kann immer nur in Richtung politische Verantwortung, aber nie persönlich gehen.

Ich kenne keinen — und ich gehöre sicher nicht dazu —, der Ihnen persönlich etwas unterstellt. Das wäre ganz lächerlich.

Aber, Herr Stadtrat, es heißt jetzt, wenn der Wilfling nur zufriedengestellt ist, da berichtet er Ihnen das eigentlich gar nicht. Da ergibt sich ein bissel der Eindruck . . . Darf ich so fragen: War das Allgemeine Krankenhaus für Sie so etwas wie ein ungeliebtes Kind, das Sie nicht als Ihren primären Aufgabenbereich betrachtet haben?

Dr. **Stacher:** Das Allgemeine Krankenhaus war für mich sicherlich nicht das geliebteste Kind — ich will nicht sagen „ungeliebtes Kind" — und war primär natürlich nicht allein mein Aufgabenbereich. Es ist ein Teil der Gesundheitsverwaltung und daher natürlich auch nur ein winziger Teil eigentlich des Aufgabenbereiches.

Ich glaube, hier möchte ich überhaupt auf eine Stellungnahme im Fernsehen des Abgeordneten Kohlmaier eingehen, wenn er gesagt hat, daß er den Eindruck gehabt hat, Wilfling war der geheime Stadtrat.

Ich kann nur dazu sagen, das kann ja einfach aus dem Grund nicht stimmen, weil zu meinem Ressort Sozialverwaltung und alles mögliche dazugehört und weil Wilfling an sich nur betriebsorganisatorische, wirtschaftliche Fragen hatte und das Ressort — davon kann sich jeder jederzeit überzeugen — viel größere Kompetenzen hat und weil es doch überall so ist, daß man eigentlich als Politiker die Entscheidung treffen soll, daß das oder das gemacht wird, aber doch nicht die Detailentscheidung, wie ausgeschrieben wird, wenn man eine große Zahl von Juristen und entsprechenden Fachleuten hat, die diese fachliche Eignung haben und auf Grund ihrer fachlichen Eignung ja die richtige Entscheidung treffen müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat! Sie haben da vollkommen recht, aber natürlich gibt es dann Details, wo sich Politiker mehr hineinwühlen, Herr Zeuge, und Details, wo sie sich weniger hineinwühlen.

Für mich — nicht als Beweisergebnis, sondern als Zwischenresümee — ergibt sich schon der Eindruck, daß Sie eigentlich froh waren, Leute zu finden, die sich mit dem Wirtschaftlichen und Kommerziellen auskennen, und dann können Sie sich wieder mehr um Gesundheitspolitik im allgemeinen, um sonstiges kümmern und ersparen sich, daß Sie sich dort so ein bissel „anpatzen", wenn ich den Wiener Ausdruck

verwenden darf, und kümmern sich mehr um diese anderen Themen.

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender, ich glaube, das ist ja eigentlich der Grund dafür, daß ich Stadtrat wurde. Es ist ja kein Zufall, daß gerade ein Arzt Gesundheitsstadtrat geworden ist und daß auch der vorige Gesundheitsstadtrat ein Arzt war, denn er soll sich hier um die medizinischen Belange, um die grundlegenden Dinge kümmern, die Gesundheitspolitik eigentlich beinhalten, und soll ja kein Baufachmann oder Organisationsfachmann sein, sondern er soll ja vorwiegend die für die Gesundheitspolitik notwendigen medizinischen Entscheidungen ebenfalls treffen können.

Obmann Dr. **Steger:** Das verstehe ich schon. Nur, wissen Sie, es fällt halt so eine Art negativer Kompetenzkonflikt — wieder ein juristischer Ausdruck — auf. Wir haben jetzt schon mehrere Ressortträger aus Bund und aus dem Land hier, und es legt uns jeder immer irgendwie überzeugend, mehr oder weniger überzeugend dar, warum er nicht so ins Detail gehen sollte. Die, die das Ganze gemacht haben, waren formell ja nicht Entscheidungsträger.

Ich habe jetzt wieder bei diesen ganzen Fragen auch beim Bund-Stadt-Wien-Komitee versucht, irgendein Entscheidungsgremium zu finden. Da haben Sie selbst gesagt, da gab es keines, also die Entscheidungskompetenz war nicht wirklich delegiert, rechtlich in irgendeiner Ableitung. Die lag ja bei diesen politischen Stadträten, Ministern et cetera, und trotzdem haben die aber die Entscheidungen nicht getroffen. Verstehen Sie das Problem, auf das ich hin will?

Dr. **Stacher:** Ich verstehe zweifelsohne das Problem, aber ich glaube, das ist das Problem generell in einer Verwaltung, aus dem einfachen Grund, weil der Ressortverantwortliche ja an sich Entscheidungen grundsätzlicher Natur trifft und die Detailentscheidungen im Rahmen dieser grundsätzlichen Entscheidungen ja sicherlich immer den Fachleuten vorbehalten bleiben und der Ressortverantwortliche mit den Detailentscheidungen erst dann konfrontiert wird, wenn eben Fragen auftreten, die entweder politisch relevant sind oder wo keine Einigkeit hergestellt wird.

Das ist ein Problem, das man auch auf anderen Gebieten hat, nicht nur beim Allgemeinen Krankenhaus, daß eben dann der Ressortverantwortliche dort entscheiden soll, wo sich die Fachleute nicht einigen können. Das heißt, die, die eigentlich die Voraussetzungen haben, können sich nicht einigen, haben verschiedene Meinungen, und der, der die Voraussetzungen berufsmäßig oder ausbildungsmäßig nicht in diesem Maße hat, muß dann letzten Endes die Entscheidung trffen. Und das ist meiner Meinung nach richtig, wenn es um eine politische Entscheidung geht, aber nicht um eine Detailentscheidung im fachlichen Bereich.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Jetzt schreibt der Herr Winter am 8. 6. 1976, also einige Zeit vorher, eine Gedächtnisnotiz von ihm, die ich Ihnen wörtlich auszugsweise vorlese. Sie können es gerne nachlesen, wenn irgend jemand das in Zweifel zieht. — Oder vielleicht lese ich doch ein paar Sätze mehr, wenn Sie gestatten, damit hier der Zusammenhang klar ist.

„Am Samstag, 5. 6. 1976, wurde ich von Herrn Stadtrat Dr. Stacher angerufen. Stacher steht auf dem Standpunkt, daß das Projekt AKH nach der von der AKPE eingeschlagenen Vorgangsweise schiefgehen muß. Es wurde mir vorgehalten, daß AKPE selbstherrlich, ohne Synchronisation mit Geschäftsgruppe 4, die Weichen stelle. Der Hinweis von mir, daß praktisch unsererseits erst eine einzige Handlung gesetzt wurde, die die späteren Nutzer direkt betreffe, nämlich die Beauftragung an die ARGE-WORP *(phonetisch)* und die Zusammensetzung der ARGE zwischen Winter und Wilfling abgesprochen war, wurde negiert. Auch der Hinweis von mir, daß bei dem eingeleiteten Gesprächszyklus bei jedem Gespräch die Fakultätsvertreter und die MA 17 anwesend sind, wurde nicht weiter beachtet. Auf den Hinweis, daß laufend Kontakte zwischen Wilfling und Winter bestehen, zum Beispiel gemeinsamer Besuch DKI blieb unbeachtet. Stacher brachte wörtlich zum Ausdruck, daß er seine ursprünglich eingeschlagene AKH-Distanzierungspolitik nicht aufrechterhalten könne, da ihm die Sache ohnehin auf den Kopf falle und er sich daher in größerem Maße mit dem AKH beschäftigen werde. Stacher gestand mir zu, daß ich von Anfang an bemüht war, eine Synchronisation mit seiner Geschäftsgruppe einzuleiten."

Frage: Was sagen Sie zu der Behauptung, daß es bis dahin eine AKH-Distanzierungspolitik des Stadtrates gegeben hat.

Dr. **Stacher:** Das ist in diesem Sinne natürlich falsch ausgedrückt. Aber es stimmt ohne weiteres, daß ich mich bis zu dem Zeitpunkt nicht so massiv im AKH engagiert habe, aus dem einfachen Grund, weil ja bis dorthin kein Grund vorhanden war und weil bis dorthin die Organisation mit der AKPE scheinbar funktioniert hat.

Als ich dann aber gesehen und dann gehört habe, daß das vergeben wurde, ohne daß ich informiert wurde, habe ich mehrfach Diskussionen mit der AKPE gehabt und gesagt, ich möchte natürlich mehr Information im vorhinein und nicht im nachhinein haben. Und das war das Ganze. Und ich habe damals immer

gesagt, und das sage ich auch heute, es wird, auch wenn es kompetenzmäßig anders verteilt ist, eben kein Mensch verstehen, daß der Gesundheitsstadtrat dort nicht mitmacht, und ich werde mich, das war mehr oder weniger, wenn Sie wollen, fast als Drohung aufgefaßt, im Detail mit den Dingen beschäftigen.

Wie der Aktenvermerk von ihm auch ausgelegt wird, der Wortlaut gibt das Gespräch dem Sinn nach wieder, aber nicht im Detail. Ich habe nur gesagt, ich werde mich mit dem AKH in mehreren Sitzungen . . . Und ich habe auch sowohl vom Aufsichtsratsvorsitzenden als auch vom Vorstand der AKPE verlangt, daß wir häufiger Sitzungen zur Information haben. Die haben dann auch stattgefunden, und es war immer wieder die Diskussion, wieweit die Information in wesentlichen Dingen, nicht in Detailfragen, an mich rechtzeitig herankommt. Denn ich habe meinem Gefühl nach manche Informationen etwas zu spät bekommen, nachdem der Beschluß gefaßt wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt jetzt, ab diesem Zeitpunkt haben Sie sich mehr gekümmert. Das haben Sie jetzt gerade auch noch einmal gesagt. Ab diesem Zeitpunkt. Wieso haben Sie gerade das beim Winter so deponiert? Wieso nicht bei Ihrem Vertreter Dr. Wilfling?

Dr. **Stacher:** Aus dem einfachen Grund, weil Winter war ja Vorstandsdirektor der AKPE.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie zuwenig eingeschaltet sind, zuwenig informiert sind, wieso sagen Sie das nicht dem Wilfling? Der müßte Sie ja informieren. War der zuwenig informiert? Oder war Dr. Wilfling bei Ihnen und hat sich beschwert?

Dr. **Stacher:** Das kann ich mich jetzt im Detail nicht erinnern. Aber sicherlich war auch Wilfling manchmal über manche Dinge nicht informiert und hat sicherlich gesagt, die Information ist zu spät gekommen und hat mich natürlich auf der anderen Seite von dem, was im Bund-Stadt-Wien-Komitee war, informiert. Es ist auch bei Gesprächen mit Siebensohn und Wilfling manchmal die Frage aufgetaucht, ob das zu spät in das Bund-Stadt-Wien-Komitee gekommen ist oder nicht. Es waren doch die Anlaufzeiten der AKPE und es war eine komplette Umstellung des ganzen Betriebes dort von diesem 72-Mann-Gremium auf AKPE. Die AKPE hat damals sehr rasch arbeiten wollen und hat relativ kurzfristige Termine zum Beispiel gegeben, eine Ausarbeitung geschickt, und dann soll man das kurzfristig in drei Tagen ausarbeiten, wo sich also viele überfordert gefühlt haben.

Obmann Dr. **Steger:** War das Stacher-Team einmal gemeinsam beim Deutschen Krankenhausinstitut?

Dr. **Stacher:** Ja, das ist möglich, und zwar war ein Kongreß in Düsseldorf, wo ich einen Vortrag gehabt habe, und anläßlich dieses Kongresses war ich nicht im Deutschen Krankenhausinstitut, sondern beim Kongreß haben wir den damaligen Dozenten — wie heißt er geschwind? — Eichhorn und die Frau Labkamp getroffen.

Also ich war nicht im Institut, sondern ich habe anläßlich des Kongresses, auf dem ich einen Vortrag gehalten habe, Dozent Eichhorn getroffen, und damals waren Winter und Wilfling ebenfalls draußen.

Obmann Dr. **Steger:** Aus all dem entnehme ich immer wieder, auch wenn Sie zum Beispiel jetzt bei Winter auf den Tisch hauen und nicht bei Wilfling, daß es schon irgendwo ein besonderes Vertrauensverhältnis, über das normale Mitarbeiterverhältnis hinausgehend, zu Dr. Wilfling gegeben hat, daß Sie sozusagen ihn zu Ihrem erstrangigen Vertrauten erklärt haben, und immer dann, wenn etwas anderes bei Ihnen abgeladen wurde, im Zweifelsfall einmal angenommen haben, die anderen wollen da den Wilfling ausbremsen und nicht umgekehrt.

Dr. **Stacher:** Ja, Herr Vorsitzender, ein besonderes Vertrauensverhältnis muß ich zu meinen Mitarbeitern natürlich immer haben, das muß ich im Krankenhaus ja ebenfalls haben, denn ich kann ja auch nur mit einem Oberarzt besprechen, machen wir die Therapie, und muß mich darauf verlassen, daß er es in Ordnung macht. Also, „besonderes Vertrauensverhältnis" finde ich im sachlichen Bereich gerechtfertigt mit allen Mitarbeitern, das ist vielleicht mein besonderes Ziel der Arbeit, das sich also in der Medizin und überall besonders gut bewährt hat, was vielleicht mit manchen Magistratsorganisationen oder Behördenorganisationen nicht übereinstimmt, aber im fachlichen Bereich, habe ich ja auch vorher gesagt, daß ich das Vertrauen gehabt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wann haben Sie dann die Zielvorstellungen definiert für die AKPE? Die Zielvorgabe?

Dr. **Stacher:** Ich verstehe Sie jetzt nicht, welche Zielvorgabe, wann ich die definiert habe?

Obmann Dr. **Steger:** Wenn man jemandem eine Aufgabenstellung gibt, muß man ihm das Ziel, das erreicht werden soll mit Verwirklichung seiner Aufgabe, ja formuliert geben.

Dr. **Stacher:** Da kann ich nur sagen: Das ist natürlich keine Definition einer Zielvorstellung, sondern es war ja die Situation, daß die AKPE einen Bau übernommen hat, praktisch, wie der nicht sehr glückliche Ausdruck heißt, auf einen fahrenden Zug aufgesprungen ist, und daß primär klargestellt wurde mit den Ver-

tretern der AKPE, daß einmal die Situation geklärt werden muß, der Istzustand geklärt werden muß, denn da hat ja niemand einen exakten Überblick bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Also diesen Auftrag hat die AKPE bekommen, ist das richtig?

Dr. **Stacher:** Das ist richtig. Diesen Auftrag hat die AKPE bekommen. Dann war die zweite Frage, ob es möglich ist, eben mehr belichtete Räume herzustellen. Die dritte Frage, in welchem Zeitraum man das Haus fertig machen kann, eine Aufstellung zu machen, welche Kliniken welche Räume haben und das mit der Fakultät und uns gemeinsam zu besprechen.

Obmann Dr. **Steger:** Da bestätigen Sie aber das, was Herr Dipl.-Ing. oder Dr. Parzer gesagt hat, nämlich daß sich die AKPE selbst erst die Zielvorstellungen erarbeiten mußte.

Dr. **Stacher:** Zum Teil aus der gegebenen Situation heraus durch die Feststellung des Istzustandes.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es eigentlich kein politisches Gremium, das der AKPE bei der Errichtung die Zielvorstellungen mitgegeben hat? Die im Vertrag im übrigen drinnen sind, Artikel 15 des Syndikatsvertrages.

Dr. **Stacher:** Die Zielvorstellungen im Syndikatsvertrag waren ja eine Selbstverständlichkeit und die konnte die AKPE ja wissen. Von mir aus ist es ja nur um die medizinischen Zielvorstellungen gegangen.

Obmann Dr. **Steger:** Es war vorgesehen laut diesem Artikel 15 — Sie werden ihn nicht auswendig wissen —, daß ein eigener Beauftragungsvertrag mit den Zielvorstellungen abgeschlossen wird zwischen Stadt Wien und Bund.

Dr. **Stacher:** Der Beauftragungsvertrag ist jetzt im Abschluß, aber hier sind auch nicht die Zielvorstellungen von medizinischer Seite gegeben, denn ich habe ja nur Zielvorstellung von medizinischer Seite gegeben, da ich ja die anderen nicht gegeben habe.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht nur medizinische. Ich meine auch die Frage, wieviel es kosten soll und wann es fertig wird und wie groß das ganze werden soll. Das gehört ja alles zu den Zielvorstellungen. Das ist ja genau das. Sie haben die Frage definiert, daß die AKPE . . . Kann es dann explodieren, wenn zum Beispiel nur an der richtigen Stelle, teilweise durch Pech und weil man es halt nicht wissen konnte, einer sitzt, der Interesse hat, daß es teurer wird, weil er selbst einen Prozentsatz kriegt, oder kriegt er das alles mitgegeben von einem politischen Gremium. — Das ist die Frage, die in Richtung politischer Verantwortlichkeit natürlich von mir gestellt wird.

Dr. **Stacher:** Nun, die Zielvorstellung größenordnungsmäßig konnte ja damals von uns nicht vorgegeben werden, weil die Planung nicht so weit fertig war, daß man überhaupt die Gesamtkosten zu diesem Zeitpunkt de facto abschätzen konnte, sondern die AKPE hat eben den Auftrag bekommen, jetzt so rasch wie möglich diese Vorstellungen beziehungsweise die Gesamtsumme zu erarbeiten, und dann haben wir den Beschluß gefaßt, wie groß die Ausgaben sein dürfen.

Obmann Dr. **Steger:** Das Kontrollamt sagt aber, es hat großen Wert auf die Bildung einer Projektgruppe gelegt, wobei die Mitglieder dieser Projektgruppe, das sollten Betreiber und Nutzer sein, mit voller Entscheidungskompetenz in die Bauplanung und Betriebsorganisation eingebunden werden sollten.

In welchem Gremium ist das jetzt passiert? Gibt es diese Projektgruppe bis heute, gibt es so ein mit Entscheidungskompetenz ausgestattetes Gremium, wo diese Leute gemeinsam beisammensitzen? — Nicht ein Konsens-Gremium, wie Sie uns vorher gesagt haben, sondern ein Entscheidungs-Gremium.

Dr. **Stacher:** ES ist derzeit eine Projektgruppe für die Betriebsorganisation im Rahmen der AKPE begründet worden, die also die Betriebsorganisation . . . Das ist das mit Siebensohn, mit Loicht und noch einem . . .

Obmann Dr. **Steger:** Seit wann ist das?

Dr. **Stacher:** Der Beschluß bei den Aktionären war im Juni des vergangenen Jahres, 1980. Für die Betriebsorganisation.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie da vielleicht sagen, ungefähr, nicht im Detail festgelegt: Wieviel Prozent der Arbeitskraft vom Herrn Senatsrat Siebensohn gehen dort hinein? Ist das jetzt seine volle Tätigkeit oder hat er auch noch andere Aufgaben und in welchem Ausmaß ungefähr?

Dr. **Stacher:** Mit seiner Bestellung zum Projektleiter haben wir ihn von seinen Abteilungsleiterbefugnissen weitestgehend entlastet. Ich schätze, daß ungefähr 75 Prozent seiner Arbeitskraft, wenn nicht mehr, für die AKPE beziehungsweise für das Allgemeine Krankenhaus derzeit verwendet wird.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sollen einmal Richtung MEDIPLAN gesagt haben — das sagt auch das Kontrollamt, ich glaube, solange Sie sich daran erinnern können, brauche ich das nicht zu zitieren —, daß die MA 17 kein qualifiziertes Personal hat, kein ausreichendes, um die Frage der Projektorganisation zu machen.

Dr. **Stacher:** Das hat gestimmt. Jetzt müßte man nur abklären, was Projektorganisation ist.

Es war die Situation so, daß wir eine Neubaugruppe geschaffen haben und daß wir auf der einen Seite zur Übernahme des Betriebes natürlich auch technisches Personal gebraucht haben und organisatorisches Personal, zu wenig gut ausgebildetes Personal gehabt haben von vornherein und deswegen ja größte Bemühungen zur Ausbildung gemacht haben. Das stimmt.

Obmann Dr. **Steger:** Und was hat die MEDIPLAN damit zu tun? Warum sagen Sie das der MEDIPLAN und nicht der AKPE?

Dr. **Stacher:** Ich weiß nicht, wieso ich das der MEDIPLAN gesagt habe. Wann hätte ich das der MEDIPLAN gesagt? Vielleicht zu dem Kaufmann . . . War das das Kaufmann-Sienkiewicz-Gutachten?

Obmann Dr. **Steger:** Es sagt der Vertreter der Firma MEDIPLAN — ich lese vor aus dem Kontrollamtsbericht, damit ich nicht etwas Falsches zitiere —: Diese geänderte Leistungsbedingung fand im Bietergespräch mit der Firma MEDIPLAN am 18. Jänner 1978 Erwähnung, und zwar durch den Vertreter des Bieters. Nach dieser Information hätte die Magistratsabteilung 17 auf Grund einer angeblichen Erklärung des amtsführenden Stadtrates für Gesundheit und Soziales für eine Mitarbeit an der Betriebsorganisationsplanung kein entsprechend qualifiziertes Personal zur Verfügung.

Dr. **Stacher:** Aus dem geht nicht hervor, daß ich mit der MEDIPLAN gesprochen habe, und ich habe auch nicht mit der MEDIPLAN gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Der MEDIPLAN-„Mensch" sagt es.

Dr. **Stacher:** Daß das meine Meinung war? Die Meinung habe ich ja auch immer vertreten. Wir hätten das qualifizierte Personal nicht in genügendem Maße gehabt — und wir haben es auch heute nicht —, um allein die Betriebsorganisationsplanung zu machen.

Obmann Dr. **Steger:** Auf Grund dessen sind nämlich die Ausschreibungsbedingungen geändert worden. Vorher war ja vorgesehen, daß es da Mitarbeit gibt. Es wurden also die Ausschreibungsbedingungen geändert. Darum ist das nämlich so wesentlich.

Dr. **Stacher:** Über diese Änderung der Ausschreibungsbedingungen bin ich nicht informiert, aber Mitarbeit natürlich im Rahmen der Vorgaben, die wir benötigen, aber nicht Mitarbeiter, die wir ganztägig in größerer Zahl zur Verfügung stellen können. Wir hätten es rein personell tatsächlich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, es heißt nämlich im Kontrollamtsbericht, Seite 384, daß deswegen die Ausschreibungsbedingungen geändert werden sollten: Es sollte nunmehr mit keiner Mitarbeit der Nutzer, aber auch der AKPE gerechnet werden.

Und das ist die Begründung, warum die ganze Betriebsorganisation sich so teuer darstellt, denn die sagen, ja bitte, wenn die mitgearbeitet hätten, wäre es viel billiger gekommen. Ich darf auch sagen, der Herr Magistratsdirektor hat hier am Zeugensessel gesagt, die Mitarbeit wäre möglich gewesen.

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender! Ich glaube, daß das hier jetzt falsch zitiert ist, nämlich Mitarbeit in dem Sinne, was die Spitalsorganisation reines Spital anbelangt, hat ja die MA 17 die ganzen Jahre auch geleistet, und es war ja eine Diskussion zwischen der AKPE und mir über die Möglichkeit der Teilnahme an Planungsgesprächen. Es wurde mir an Hand des Computerausdruckes eindeutig nachgewiesen, daß in dem Jahr — ich glaube, es war 1977 oder 1976 — eben 2000 Planungsgespräche mit den Mitarbeitern der MA 17 gehalten wurden. Und es wurden in Wirklichkeit viele Planungsgespräche geführt. Aber das ist ja das Entscheidende für die Betriebsorganisation und für die spätere Inbetriebnahme, die Planung im Detail, und hier hat die MA 17 mitgearbeitet.

Obmann Dr. **Steger:** Dann heißt das aber, daß Sie mir sagen, das war zu teuer bei der Betriebsorganisation, denn da hat eh die Magistratsabteilung mitgearbeitet. Da bin ich auch gerne einverstanden, wenn Sie mir das jetzt sagen. Sie sagen als Begründung, daß niemand mitgearbeitet hat und daß es deswegen so teuer ist. Wenn Sie mir jetzt sagen, 2000 Gespräche mit der Magistratsabteilung und die haben so viel mitgearbeitet . . . Sie können es sich aussuchen, nicht ich gebe Ihnen die Antworten vor.

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender! Man müßte einmal klären, was Mitarbeit ist in der Diskussion, aus dem einfachen Grund: Mitarbeit Zielvorgaben und Überprüfungen von Vorschlägen, das hat die MA 17 gemacht. Ausarbeitungen der Vorschläge hat die MA 17 nicht gemacht und hat auch kein Personal dazu gehabt. Und das ist der Unterschied zwischen Mitarbeit, das liegt an dem falschen Ausdruck Mitarbeit: Ausarbeitungen sicher nicht, Kontrolle der ausgearbeiteten Grundlagen selbstverständlich schon, und das ist bei mir ebenfalls eine Mitarbeit.

Obmann Dr. **Steger:** Beim sozialmedizinischen Zentrum Ost macht aber jetzt die Magistratsabteilung selbst diese Planung.

Dr. **Stacher:** Macht die Magistratsabteilung selbst die Planung, und zwar . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wie viele Mitarbeiter sind da jetzt dafür aufgenommen worden?

Dr. **Stacher:** Es sind keine Mitarbeiter aufgenommen worden, sondern wir haben nach längerem Suchen Beamte gefunden, die bereit waren, und auch Ärzte, die in der Freizeit versucht haben, so eine Betriebsorganisationsplanung in Angriff zu nehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie wird dort jetzt kalkuliert? Was kostet das jetzt ungefähr?

Dr. **Stacher:** Die kriegen Überstundenbezahlung. Ich glaube, eine halbe Million Schilling hat das Raum- und Funktionsprogramm gekostet. Was jetzt weiter kommt für die Betriebsorganisationsplanung, kann ich im Augenblick nicht abschätzen, denn hier ist der Hauptteil der Arbeit, der noch nicht fertig ist.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, abschätzen. Als Stadtrat hat man ja ungefähre Planungen, das muß ja dann auch budgetiert werden, auch wenn es Überstunden sind, müssen sie budgetiert werden: Sind es 100 Millionen Schilling, 200 Millionen Schilling, 500 Millionen Schilling? Größenordnung?

Dr. **Stacher:** Größenordnungsmäßig weniger, es werden vielleicht 5 oder 10 Millionen Schilling jetzt an reinen Überstundenleistungen sein, wobei ich noch nicht ...

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie das jetzt gegenüberstellen, das sozialmedizinische Zentrum Ost und das AKH: Wie würde das Größenverhältnis sein?

Dr. **Stacher:** Ich glaube, daß es in der Form überhaupt nicht vergleichbar ist ...

Obmann Dr. **Steger:** Das fürchte ich immer, aber sagen Sie mir trotzdem Bettenanzahl jetzt einmal.

Dr. **Stacher:** Bettenanzahl wird beim sozialmedizinischen Zentrum Ost in der endgültigen Ausbaustufe 980 sein, da sind allerdings 180 Betten Psychiatrie, und beim Allgemeinen Krankenhaus 2173.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist sicher jetzt nicht vergleichbar, weil beim AKH noch die vielen Nebeneinrichtungen sind, Universitätsbetrieb et cetera.

Dr. **Stacher:** Aus dem Grund ist es nicht vergleichbar, aus dem Grund ist es auch mit der Betriebsorganisationsplanung nicht vergleichbar, weil ja im Allgemeinen Krankenhaus ganz andere Aufgaben sind als in einem, wenn auch gut ausgestattetem, Schwerpunktspital.

Abgesehen davon ist laut Gesetz, wie Sie ja wissen, das Zentralkrankenhaus mit allen Möglichkeiten der modernen Medizin zu bestücken, was beim Schwerpunktkrankenhaus nicht der Fall ist.

Obamnn Dr. **Steger:** Das heißt aber jetzt, die Differenz, wenn ich jetzt verdopple, sozialmedizinisches Zentrum Ost, sind 10, 20 Millionen Schilling alles zusammen. Die Differenz auf ein paar 100 Millionen Schilling macht der Universitätsbetrieb in der Planung?

Dr. **Stacher:** Ja, ich ...

Obmann Dr. **Steger:** Das sind Ihre Worte, in einem vereinfachenden Succus dargestellt. *(Abg. Bergmann, ÖVP: Die Differenz macht der Bauer!)* Ich sage jetzt nicht, daß das der Bauer macht, sondern ich sage: arbeitsmäßig.

Dr. **Stacher:** Arbeitsmäßig macht die Differenz vor allem die ...

Obmann Dr. **Steger:** Die doppelte Bettenanzahl ist ja nicht doppelt soviel Arbeit wie die Planung.

Dr. **Stacher:** Mehr Arbeit natürlich. Bitte, Sie haben 42 Kliniken und Institute, die zu koordinieren sind, Sie haben die ganzen Lehreinrichtungen, die zu koordinieren sind, das fällt ja alles weg. Betriebsorganisation wird ja dann schwierig, wenn viele Einheiten zu koordinieren sind in einem Haus.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat! Damit ich meine Runde abschließe — es gibt natürlich an den Stadtrat noch eine Fülle von weiteren Fragen —: Hat Ihres Wissens Dr. Wilfling an der Erstellung des ABO-Anbotes seit Anfang 1976 in irgendeiner Form mitgewirkt?

Dr. **Stacher:** Ich weiß darüber nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Wußten Sie nicht, daß Rumpold Ende 1976 Wilfling eine Vorabversion eines Vertragsentwurfes Leistungsverzeichnis übergeben hat?

Dr. **Stacher:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Wilfling soll das weitergegeben haben vereinbarungsgemäß an Dr. Damian. Ist Ihnen dazu etwas mitgeteilt worden?

Dr. **Stacher:** Weiß ich nicht. Was für ein Vertragsentwurf war das? Für ABO? — Weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Eine Aktennotiz von Dr. Wilfling vom 24. 1. 1977, betrifft Besprechung mit Herrn Dipl.-Ing. Rumpold, gemeinsame Projekte ÖKODATA — ODELGA am 22. 1. 1977:

7. Großes Angebot Betriebsorganisation an die AKPE. Hier wird nochmals Herr Dipl.-Ing. Rumpold davon informiert, daß wir seinen

ursprünglichen Vertragsentwurf an Herrn Dr. Damian vereinbarungsgemäß weitergegeben haben.

Hat er Ihnen gar nicht mitgeteilt, der Dr. Wilfling?

Dr. **Stacher:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Das deutet halt auch ein bissel in die Richtung, daß der Herr Dr. Wilfling schon auch wichtige Fragen, die in die Hunderte Millionen gegangen sind, Ihnen gar nicht berichtet hat, wenn Sie das sagen.

Dr. **Stacher:** Ja, sekundär muß man sagen, daß er sicherlich manche Dinge gemacht hat, die ich nicht gewußt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen mittlerweile bekannt, daß das Leistungsverzeichnis im wesentlichen die, die die Leistung ausgeführt haben oder ausführen sollten bei der Betriebsorganisation, selbst erstellt haben, daß also nicht der, der die Arbeit abverlangt hat, das Leistungsverzeichnis vorgegeben hat, sondern umgekehrt der, der die Arbeit ausgeführt hat, auch das Leistungsverzeichnis erstellt hat?

Dr. **Stacher:** Auch das wußte ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Winter schreibt in seinen persönlichen Aufzeichnungen:

23. 7. 1974: Stacher findet mich reserviert und viel zu vorsichtig, wenn nicht feig. Er findet mich sehr unsicher bei allen Handlungen, hat den Eindruck, ich schwimme, wirft mir Humorlosigkeit vor. — Haben Sie das in irgendeiner Form einmal getan?

Dr. **Stacher:** Das ist möglich. Bei den tagelangen Sitzungen, die wir damals im Rahmen der Spitalsplanung gehabt haben, ist das ohne weiteres möglich, daß ich einmal gesagt habe, er ist humorlos. Aber bitte, daran kann ich mich wirklich nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie sich erinnern, haben Sie ihm das einmal gesagt, daß Sie den Eindruck haben, er schwimmt?

Dr. **Stacher:** Auch das ist möglich. Bitte, ich kann weder ja noch nein sagen. Alle Details ...

Obmann Dr. **Steger:** Wieso ist er dann Vorstandsdirektor geworden, wenn das möglich ist, daß der Herr Winter ein großer Schwimmer im Jahr 1974 war? Er ist ja erst 1975 Vorstandsdirektor geworden.

Dr. **Stacher:** Da müßte man bei diesem Aktenvermerk erst klären, wo er schwimmt, denn man kann auf einem Gebiet hervorragend sein, wofür man dann Vorstandsdirektor wird, und kann auf einem anderen Gebiet schwimmen. Ich glaube, in einen solchen Aktenvermerk derartige Konsequenzen und solche Dinge hineinzuinterpretieren ist fast auch unzulässig.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben eine Teilbetriebnahme diskutiert und für möglich gehalten, sollen aber zum Herrn Winter gesagt haben — Besprechungsnotiz vom 24. 4. 1976 —, daß Professor Riethmüller so etwas noch nie gemacht hat. War für Sie zu diesem Zeitpunkt die Meinung Riethmüllers wesentlich?

Dr. **Stacher:** Nein, das war sicherlich im Rahmen eines Gespräches über Riethmüller, und wir haben immer gesagt, daß wir damals geschaut haben, wie weit diese Grobplanung ist, und daß ich immer den Standpunkt vertreten habe, man muß eine Teilinbetriebnahme machen. Denn die Schwierigkeit bei einem großen Haus ist ja, wenn man das Ganze abwartet, bis es fertig ist und dann erst in Betrieb nimmt, hat man ja um die längere Zeit Doppelbetrieb auf verschiedenen Kliniken.

Obmann Dr. **Steger:** Schon, aber ...

Dr. **Stacher:** Es war sicherlich Information an mich.

Obmann Dr. **Steger:** Wie stark war der Riethmüller bei Ihnen? Nehmen Sie den heute noch immer wichtig bei solchen Entscheidungen? Ist das für Sie ein sehr wichtiger Mann?

Dr. **Stacher:** Er ist für mich heute sicher kein wichtiger Mann mehr. Er war aber zur damaligen Zeit doch der einzige, der meiner Meinung nach einen Überblick über das Haus beziehungsweise die Planung gehabt hat und haben mußte.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Senatsrat Siebensohn hat zugesagt, Ihnen einen Aktenvermerk über die Besprechung Riethmüller im AKH betreffend die Betriebsorganisation zu übermitteln. Es trägt das Datum 9. März 1974. Das ist aus dem Rechnungshofbericht, damit Sie wissen, aus welcher Unterlage ich das habe:

„Aus den Ausführungen des Herrn Senatsrats Siebensohn geht hervor, daß eine große Diskussion mit Professor Riethmüller betreffend die Betriebsorganisation AKH-Neubau stattgefunden hat und daß Senatsrat Siebensohn den Eindruck hatte, daß hier Professor Riethmüller trotz des bereits sehr weit vorgeschrittenen Zeitpunktes zur Erfüllung dieser Leistung keine beziehungsweise nur sehr wenig fruchtbare Arbeit geleistet hat. Dies war der Grund, warum Herr Stadtrat Stacher auch um Vorlage eines diesbezüglichen Aktenvermerkes unter Angabe der Besprechungsteilnehmer ersucht hat."

Haben Sie diesen Aktenvermerk erhalten,

und welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen, wenn Sie ihn gekriegt haben?

Dr. **Stacher:** Bitte, ich weiß nicht, ob ich den Aktenvermerk als Papier oder ob ich einen Bericht erhalten habe. Aber die Konsequenzen, die wir daraus gezogen haben, waren, daß wir eben die Frage diskutiert haben, wieweit Riethmüller in der weiteren Planung allein die Betriebsorganisationsplanung machen soll, und daß ja eigentlich im Prinzip klargestellt wurde, daß er das sicherlich allein nicht machen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, daß Dr. Wilfling bei der Betriebsorganisationsplanung eine Inlandsleistung von zirka 50 bis 60 Prozent wünschte und von dieser Leistung für die ODELGA seit dem Ende 1975 beziehungsweise erste Hälfte 1976 ein Drittel beansprucht hat, obwohl nach seiner Meinung damals kein Mensch wußte, was eigentlich zu tun ist?

Dr. **Stacher:** Ich glaube, aus dem Kontrollamtsbericht oder so irgendwo.

Obmann Dr. **Steger:** Das haben wir hier erhoben. Manches haben wir auch selber zusammengebracht.

Dr. **Stacher:** Aus irgendeinem Bericht habe ich gehört, daß Fragen sind über Prozentzahlen. Ich kann mich jetzt schon erinnern: Das war, glaube ich, im Stadtsenat eine Anfrage der ÖVP an den Stadtrat Mayr, wo die Diskussion war über die Beteiligung inländischer und ausländischer Firmen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt aber dann, daß der Dr. Wilfling irgendwann mit Ihnen darüber geredet haben muß. Oder hat er darüber auch nicht geredet?

Dr. **Stacher:** Ich kann nur wieder sagen: Über die Vergabe der Betriebsorganisationsplanung haben wir im Detail nie gesprochen, sondern mein Bestreben war, und das war der wesentliche Punkt, dafür zu sorgen, daß die Betriebsorganisationsplanung so rasch wie möglich überhaupt durchgeführt wird.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich verstehe natürlich fast alles. Aber es ist halt für mich jetzt nicht sehr glaubwürdig, daß er auch über das mit Ihnen nicht einmal gesprochen hat. Oder er war an einer wirklich sehr langen Leine und durfte eigentlich machen, was er wollte.

Dr. **Stacher:** Herr Vorsitzender: Das möchte ich in dieser Form einmal zurückweisen. Sie stellen auf der einen Seite klar, daß ich ein besonderes Naheverhältnis gehabt habe, und sagen auf der anderen Seite, ich wurde nicht informiert.

Obmann Dr. **Steger:** Das kann sehr oft parallel laufen. Gerade wenn man ein besonderes Naheverhältnis hat, braucht man nicht so sehr die Detailinformation, weil man auch so vertraut. Das finde ich nicht so abwegig, daß man, wenn man ein besonderes Naheverhältnis hat, sich nicht so eng informieren läßt.

Dr. **Stacher:** Tatsache ist, daß ich mit dem Dr. Wilfling, eben auch wie er, Bereichsleiter war, ein-, zweimal in der Woche einen ein- bis zweistündigen Termin gehabt habe, wo wir die Fragen der Geschäftsgruppe besprochen haben. Ich glaube, daß das auch die Aufgabe ist, die jeder Abteilungsleiter und so weiter ebenfalls zu erfüllen hat, wo man informiert wird über die in Diskussion stehenden Fragen, über die Schwierigkeiten, die auftreten, eventuelle Entscheidungen fällt in den Bereichen, für die an sich der Stadtrat zuständig ist, aber nicht in den Bereichen, für die er nicht zuständig ist. Ich darf halt noch einmal daran erinnern: Die Betriebsorganisationsplanungsvergabe ist eine eindeutige Zuständigkeit der AKPE, des Aufsichtsrates. Dazu sind ja diese Gremien gesetzlich geschaffen worden.

Ich glaube nicht, daß ich als Mediziner einen Standpunkt einnehmen kann, daß trotz der gesetzlichen Grundlagen, die geschaffen wurden, um einem Aufsichtsrat seine Verantwortung und so weiter zu geben, wo noch dazu die Fachleute, die Juristen und so weiter drinnensitzen, der Politiker oder Mediziner, der im besonderen von diesen Details nichts versteht oder nicht soviel versteht, dann eine Entscheidung treffen soll.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt aber: Jetzt ist also schon die Änderung vollzogen, als Sie mittlerweile Politiker wurden, wenn ich das vom Vormittag noch richtig im Gedächtnis habe.

Dr. **Stacher:** Ja, weil ich mehr Mißtrauen habe als vor vielen Jahren.

Obmann Dr. **Steger:** Sie kümmern sich jetzt daher auch mehr ums ungeliebte AKH als früher.

Dr. **Stacher:** Das hat mit dem AKH nichts zu tun, sondern das ist nur eine grundsätzliche Einstellung zur umgebenden Menschheit.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben aber das im Laufe der Diskussion jetzt durchaus gesagt, daß Sie sich dann schrittweise mehr um das AKH gekümmert haben.

Dr. **Stacher:** Ich habe mich mehr darum gekümmert, daß es rascher ...

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt mehr als im Jahr 1974/75 zum Beispiel.

Dr. **Stacher:** ... rascher vorwärtsgeht, denn

es war ja an sich ganz klar: Bedenken Sie, 1975 ist die AKPE gegründet worden. Die AKPE hat den Auftrag gehabt, einmal eine Darstellung der Situation zu machen. Dann ist an sich der Betrieb, der Bau weitergegangen, und dann konnte man sich in die Dinge, die den Gesundheitsstadtrat interessieren, nämlich in die Betriebsorganisation, in die medizinische Situation und so weiter, mehr hineinmischen. Man mußte sich zwangsläufig mehr darum kümmern, und das wird, je näher der Bau seiner Vollendung zugeht, immer stärker werden, weil natürlich immer mehr für den Betrieb und für den Stadtrat relevante Dinge zur Entscheidung kommen.

Obmann Dr. **Steger:** Und wann wird es fertig?

Dr. **Stacher:** Meiner Meinung nach wird 1984 eine Teilinbetriebnahme sein.

Obmann Dr. **Steger:** „Teil" heißt wieviel? Was ist „Teil"?

Dr. **Stacher:** Das wären ungefähr 4 bis 6 Kliniken, also die Augenkliniken, die dermatologischen Kliniken. 1987/88 ist der Bau fertiggestellt, dann ist die Übersiedlungsphase. Bis alles wirklich drüben ist und wirklich funktioniert — das ist ja das Entscheidende —, bis es voll in Betrieb ist mit allen Details, schätze ich, daß es 1990 werden wird.

Obmann Dr. **Steger:** Und Ihre politische Kostenangabe derzeit, was das jährlich kosten wird, der Betrieb, wenn es voll läuft?

Dr. **Stacher:** Die hat sich in letzter Zeit nicht geändert, die ist immer gleichgeblieben. Ich möchte jetzt gar nicht im Detail darauf eingehen. Die ist immer gleichgeblieben. Ich habe die Summe jetzt nicht einmal im Kopf. Es gibt ja so viele Summen: Ist die Fremdfinanzierung schon hochgerechnet, ist die Steuerung hochgerechnet oder ist es nicht hochgerechnet?

Obmann Dr. **Steger:** 10 Milliarden, 7 Milliarden, 4 Milliarden, 3 Milliarden?

Dr. **Stacher:** Sie wissen, daß wir auf dem Standpunkt 22 Milliarden von 1976 gestanden sind.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe gesagt die Betriebskosten, nicht die Baukosten. Die Betriebskosten, jährlich.

Dr. **Stacher:** Die Betriebskosten werden um etwa 40, 50 Prozent teurer sein als jetzt, wenn die gleiche Leistung erbracht wird, falls nicht die Leistung verändert wird.

Obmann Dr. **Steger:** Summenmäßig schätzen Sie daher was?

Dr. **Stacher:** Ich kann es im Detail nicht abschätzen.

Obmann Dr. **Steger:** Schon unter 10 Milliarden?

Dr. **Stacher:** Das ist die Kostenschätzung, die mir von den Technikern geliefert wurde, denn die technischen Kosten kann ich ja nicht abschätzen. Das müßten Fachleute bringen. Und sonst wird es im Betrieb nicht mehr kosten, denn das Personal wird bei gleicher Leistung gleichbleiben. Die Aufwendungen werden bei gleicher Leistung ebenfalls gleichbleiben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat, ich hätte eine Fülle von weiteren Fragen. Aber ich sehe ein, daß ich Sie hier nicht allein solange mit anderen Fragen festnageln darf.

Wir haben den Herrn Bürgermeister für 15 Uhr bestellt, und das ist vorbei.

Darf man vielleicht jede Fraktion einmal fragen, ob sie eine Zusatzfrage hat?

Darf ich zuerst bei der SPÖ fragen: Gibt es jemand mit einer Zusatzfrage? — Das ist nicht der Fall.

Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier hat eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es wurde von den Kosten des Spitals gesprochen. Ich habe jetzt eine andere Frage. Ich bitte um Verständnis, Herr Zeuge, das ist jetzt vielleicht weniger eine Wissensfrage, sondern eine Meinungsfrage.

Glauben Sie, daß das AKH nach seiner Fertigstellung die Sie jetzt für 1990 etwa angenommen haben, ein gut funktionierendes Krankenhaus sein wird?

Dr. **Stacher:** An sich, glaube ich, ist diese Frage keine Frage an den Zeugen, bin aber gerne bereit, sie zu beantworten.

Ich bin überzeugt davon, daß es ein gut funktionierendes Krankenhaus werden wird, aus dem einen Grund, weil für die Patienten selbst im Laufe der letzten Jahre alle Voraussetzungen getroffen wurden, daß sie sich erstens einmal wohlfühlen können mit kleinen Bettenzimmern, mit offenen Fenstern, mit belichteten Räumen und so weiter, und zweitens, weil es möglich sein wird, mit der Organisation den Patienten alle Möglichkeiten zu bieten.

Ich kann Ihnen sagen, daß jedenfalls das neue Allgemeine Krankenhaus eine unvergleichlich bessere medizinische Betreuung der Patienten möglich machen wird als das alte Allgemeine Krankenhaus und daß die einzigen Schwierigkeiten, die meiner Meinung nach auftreten werden, dadurch entstehen können, da sich die von außen Kommenden unter Umstän-

den nicht sofort auf Anhieb in dem großen Haus auskennen. Ich darf Sie aber daran erinnern, daß Sie, wenn Sie heute im alten Allgemeinen Krankenhaus eine Klinik suchen und Sie sind auf der falschen Seite der Spitalgasse, auch eine dreiviertel Stunde spazierengehen, bevor Sie hinfinden.

Und wenn die Organisation dort gut gelingt und auch die in dem Krankenhaus Arbeitenden alles für die Patienten tun, dann bin ich überzeugt, daß die Patienten nicht nur wesentlich besser untergebracht, sondern auch betreut werden können als im alten Allgemeinen Krankenhaus.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben mehrmals betont im Rahmen Ihrer Aussage, daß für Sie entscheidend war, ob eine Firma gut arbeitet, unter Ihren Gesichtspunkten als Arzt und so weiter, die ich durchaus respektiere.

Welchen Stellenwert hatte bei dieser Beurteilung der Arbeit die Frage, ob diese Firmen auch billig arbeiten?

Dr. **Stacher:** Ich glaube, das ist ja eigentlich inkludiert, denn eine Firma, die gut und teuer arbeitet, arbeitet eigentlich in meinem Sinne nicht gut, sondern gut und billig ist an sich selbstverständlich, wenn man Relationen dazu hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie sich — Sie dürfen diese Frage jetzt nicht mißverstehen, sie ist nicht polemisch gemeint — bei der Abwicklung dieser Dinge manchmal überfordert gefühlt? Persönlich überfordert auf Grund Ihrer Ausbildung, Ihres bisherigen sehr beachtlichen und allgemein anerkannten wissenschaftlichen und medizinischen Werdeganges als Arzt.

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter! Das ist eine Frage die man in der Form wirklich nicht beantworten kann.

Die Frage ist: Überforderung — in Detailbereichen, in technischen Bereichen, auch im wirtschaftlichen Bereich, benötige ich natürlich Fachleute, die mich beraten. Und es ist ja an sich nicht die Aufgabe — das kann ich nur noch einmal sagen — des Gesundheitsstadtrates oder überhaupt eines Stadtrates, der ja nicht einmal Mediziner sein muß, oder eines Politikers, daß er alle fachlichen Detailfragen beherrscht. Er sollte eigentlich dazu da sein — und das verstehe ich unter politischer Verantwortung —, zu sagen: Ja, wir bauen das Haus, wir bauen das Haus nicht, wir gehen in die Richtung. Aber die Details, bitte, müssen doch die Fachleute machen, denn sonst könnten ja die Politiker in Zukunft alles selbst machen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also etwa bei der Beurteilung der Frage, die wir vorhin angeschnitten haben, ob eine Firma nicht nur gut, sondern auch billig arbeitet, haben Sie sich auf das Urteil von Fachleuten verlassen?

Dr. **Stacher:** Sicherlich. Das ist ja an sich eine Selbstverständlichkeit. In einer Geschäftsgruppe wie meiner sind ja 20 000 Angestellte, Wirtschafter, Juristen, Ärzte, Schwestern und so weiter. Die hätten ja keine Aufgabe, wenn alles der Stadtrat selbst machen und beurteilen müßte im Detail.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat! Es ist ein glücklicher Umstand, daß sich die Opposition manchmal auch um diese Details kümmert, wenn der Stadtrat das eigentlich machen kann.

Dr. **Stacher:** Das ist eine polemische Bemerkung, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Ich gebe zu, daß das ein polemischer Satz war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist Ihnen bekannt, daß meine Partei im Rathaus, im Gemeinderat, mehrmals Anträge gestellt hat, daß man den Rechnungshof oder andere Prüfinstanzen einschaltet im Zusammenhang mit dem Bau des AKH, und diese Anträge wurden von der Partei, deren Vertrauen Sie genießen, abgelehnt. Hat man Sie vor der Fällung dieser politischen Entscheidung, daß man diese Prüfanträge ablehnt, konsultiert seitens der SPÖ?

Dr. **Stacher:** Ich glaube, in dieser Form kann man das nicht beantworten. Ich habe gehört, daß man das ablehnen will, aber die Entscheidungsbefugnis ist ja nicht bei mir gelegen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber haben Sie es für richtig befunden, oder haben Sie dem zugestimmt, daß man das ablehnt?

Dr. **Stacher:** Ich habe es am Anfang sicherlich für richtig gefunden, aus dem einfachen Grund, weil wir keinerlei Grund gehabt haben, zu zweifeln, daß dort nicht alles in Ordnung geht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat, ich werde ganz kurz sein in der Fragestellung. Vielleicht darf ich Sie bitten, auch nur ganz kurz antworten. Es geht um die Beziehungen zu Wilfling, um die noch klarzulegen.

Es ist richtig, Sie haben sich schützend in SPÖ-Sitzungen vor Dr. Wilfling gestellt. Warum?

Dr. **Stacher:** Ja, ich habe in SPÖ-Sitzungen für Wilfling und für einen Wirtschafter gesprochen. Ich habe immer gesagt: Ich benötige einen Wirtschafter, und den fachlich Besten, den ich kenne, das ist der Wilfling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ist auch richtig wiedergegeben worden in der „Presse", daß Sie gesagt haben — nicht direkt, aber so in etwa —: Wenn Wilfling geht, dann würde ich auch mein Amt zurücklegen.

Dr. **Stacher:** Nein. Ich habe in einer Pressekonferenz — aber das wurde natürlich nicht zitiert — ausdrücklich erklärt, daß ich gesagt habe: Ich brauche entweder den Wilfling oder einen anderen Wirtschafter, da ich ohne Wirtschafter diese Geschäftsgruppe, die ja sehr viele wirtschaftliche Belange zu vertreten hat, sicherlich nicht führen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben für den Dr. Wilfling interveniert. Sie haben sich bemüht, bei der allgemeinen Landesinnung Wien, daß er die Gewerbeberechtigung bekommt. Ist das richtig?

Dr. **Stacher:** Daran kann ich mich eigentlich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Ihnen das vorlesen:

„Herr Dkfm. Dr. Wilfling hat die erforderliche dreijährige einschlägige Beschäftigung im Gewerbe selbst oder einem dem Gewerbe fachlich nahestehenden Beruf nicht nachgewiesen. Vom amtsführenden Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher wurde ihm jedoch eine mehr als dreijährige Tätigkeit als Berater in betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Fragen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens bestätigt. Es muß daher angenommen werden, daß sich der Antragsteller in Verbindung mit einem erfolgreich absolvierten Studium der Wirtschaftsuniversität" und so weiter als befähigt erweist, sich die Fähigkeit angeeignet hat.

Dr. **Stacher:** Das bedeutet aber, daß ich eine Bestätigung hergegeben habe, daß er bei mir gearbeitet habe, aber nicht, daß ich für ihn interveniert habe. Ich glaube, Herr Abgeordneter, das ist schon ein großer Unterschied.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es war Ihnen bekannt, daß ihm die Gewerbeberechtigung nicht erteilt worden ist, weil eine negative Stellungnahme von der Landesinnung abgegeben worden ist?

Dr. **Stacher:** Das war mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war Ihnen nicht bekannt?

Dr. **Stacher:** Wenn mich jemand auch von meinen Oberärzten in jedem Bereich um eine Bestätigung für eine Tätigkeit ersucht, so gebe ich die, wenn ich sie rechten Gewissens geben kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist es richtig, daß Sie die Consultatio weiterempfohlen haben? Die Meldungen in der „Wochenpresse".

Dt. **Stacher:** Das ist nicht richtig. Ich habe die Consultatio überhaupt nicht empfohlen. Ich darf Sie daran erinnern, daß der Herr Vizekanzler auch einen Prozeß gegen den Dr. Freihofner oder so ähnlich von der „Presse" gewonnen hat, indem der Freihofner in der „Presse" diese Behauptung aufgestellt hat und wo unter dem großen Titel „Stacher keilt für Androsch" behauptet wurde, und zwar fälschlich behauptet wurde, daß ich für die Consultatio Werbung gemacht hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Stadtrat! Sie haben bereits im Jahre 1974 einen Auftrag gegeben. Ich sage das noch einmal, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, das noch einmal zu korrigieren. Die Consultatio wurde mit dem Aufbau der Kostenrechnung bei den städtischen Krankenhaus- und Wohlfahrtsanstalten von der MA 17 1974 beauftragt. Sie haben gesagt, die Consultatio hatte damals Erfahrungen in der Kostenrechnung. Soviel ich weiß, war es der erste Auftrag in dieser Richtung.

Haben Sie das ausgeschrieben? Haben Sie andere Bewerber gehabt? War es einfach Wilfling, der Ihnen empfohlen hat, die Consultatio zu beauftragen? Bleiben Sie bei Wilfling?

Dr. **Stacher:** Herr Abgeordneter, darf ich doch auf meine vormittägige Aussage verweisen. Erstens einmal habe ich nicht gesagt, daß die Consultatio Erfahrungen gehabt hat in der Kostenstellenrechnung in Spitälern, sondern in der Kostenstellenrechnung allgemein, daß auf der anderen Seite die Spitäler wieder die Erfahrungen in der Betriebsführung der Spitäler gehabt haben, aber nicht in der Kostenstellenrechnung allgemein, und daß wir daher die Consultatio zugezogen haben zu Teams von Verwaltern. Die Consultatio hat ja nicht allein gearbeitet, sondern es war nachweisbar in Teams mit Krankenhausverwaltern auch ein Mann der Consultatio, der mit diesen Teams das ausgearbeitet hat.

Ich glaube also, ich habe das ganz klipp und klar ausgedrückt, und darüber ist überhaupt nicht zu diskutieren.

Ich darf überhaupt generell etwas, was ich heute zu sagen vergessen habe, doch noch anbringen.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sämtliche Beschlüsse, auch die Beauftragung der Consultatio 1974 anschließend, sind einstimmg mit der Österreichischen Volkspartei gegangen.

Der Beauftragungsvertrag von Wilfling ist einstimmig mit der Österreichischen Volkspar-

tei gegangen. Die Anstellung als Bereichsleiter beziehungsweise der Sondervertrag ist im Personalausschuß einstimmig mit der Österreichischen Volkspartei gegangen.

Also wenn Sie schon eine politische Verantwortung konstruieren wollen aus irgendwelchen Dingen, dann würde ich Sie schon ersuchen, daß Sie diese politische Verantwortung, wenn nämlich Ihre Vertreter etwas gewußt hätten, auch auf sich nehmen, denn sonst hätten Sie zu dem damaligen Zeitpunkt, zu dem ich wirklich nichts gewußt habe, dagegenstimmen müssen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann haben Sie aber Dr. Wilfling doch in den Aufsichtsrat der AKPE entsandt. Sie waren die maßgebende Person, die gewünscht hat, daß Dr. Wilfling Mitglied des Aufsichtsrates der AKPE wird.

Dr. **Stacher:** Ich habe ihn vorgeschlagen dazu, sicherlich.

Obmann Dr. **Steger:** Eine kleine Zusatzfrage des Herrn Abg. Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, Sie berufen sich da auf Einstimmigkeiten. Warum sind denn dann eigentlich seit 1975 seitens Ihrer Fraktion alle Anträge der ÖVP in Sachen Untersuchung um diesen ganzen Bau des AKH herum ununterbrochen abgelehnt worden?

Obmann Dr. **Steger:** Das war schon.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist möglich, daß das schon gefragt worden ist, aber es gehört trotzdem in diesem Zusammenhang sicher deponiert.

Dr. **Stacher:** Das habe ich auch klargestellt: Weil wir nicht den geringsten Anhaltspunkt für Unregelmäßigkeiten in der AKPE gehabt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, die letzte Zusatzfrage. Wissen Sie, wann Dr. Wilfling aus der ABO-Mitarbeit ausgeschieden ist?

Dr. **Stacher:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Mußte er Ihnen eine solche Tätigkeit mitteilen?

Dr. **Stacher:** Hat er bei der ABO überhaupt mitgearbeitet? Der ABO-Auftrag ist ja erst vergeben worden, nachdem Wilfling bei uns bereits Bereichsleiter war. Also mir ist nicht bewußt, daß er bei der ABO überhaupt mitgearbeitet hat.

Obmann Dr. **Steger:** Die ODELGA-Krankenhausbetriebsberatung — die kennen Sie?

Dr. **Stacher:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Die hat als Geschäftsadresse „Büro der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales, 1010 Wien, Schottenring 24." Hat er Ihnen das gar nicht mitgeteilt?

Dr. **Stacher:** Das war bis 1. 1. 1978.

Obmann Dr. **Steger:** Die hat von dort als ABO gearbeitet. Das habe ich gefragt, bis wann er das gemacht hat. Oder hat er das nicht mitteilen müssen, Herr Stadtrat, daß er das von der Dienststellenadresse aus macht?

Dr. **Stacher:** Das mußte er nicht mitteilen, weil das Büro dort war und weil er an sich ein Teil der ODELGA war und nicht mir unterstellt war. Er war ja nur zur Beratung dort.

Obmann Dr. **Steger:** Aber das ODELGA-Büro war ja nicht dort.

Dr. **Stacher:** Er war ja in dem Büro daneben. Neben dem Geschäftsgruppenbüro hat er ja die Betriebsberatung gehabt von der ODELGA, war aber der ODELGA unterstellt. Er war mir in dieser Zeit nicht unterstellt. Erst ab 1. 1. 1978 als Bereichsleiter war er Angestellter der Stadt Wien und war mir unterstellt. Das ist immer die Situation, daß er damals Direktor der ODELGA und Mitglied der Holding war.

Obmann Dr. **Steger:** Das stimmt nicht. Laut dem Vertrag hatte ihn die ODELGA freizustellen für Sie als Berater. Vom 1. 5. 1976 bis 31. 12. 1977 war er freizustellen. Und da hat er ODELGA-Biefpapier mit Ihrer Geschäftsgruppenanschrift.

Darum frage ich, ob er Ihnen über so etwas berichten mußte. Etwas ganz Harmloses. Mußte er es berichten oder nicht?

Dr. **Stacher:** Die ODELGA hat meines Wissens ihren Betriebszweck ausgeweitet vor diesem Betriebsberatungsvertrag auch auf ...

Obmann Dr. **Steger:** Aber nicht auf die Geschäftsgruppe 4!

Dr. **Stacher:** ... Krankenhausbetriebsberatung. Und diese Krankenhausbetriebsberatung hat im Rahmen dieses Vertrages ein Büro neben mir in der Geschäftsgruppe gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Obwohl er freigestellt war bei ODELGA, konnte er das für ODELGA in Ihrem Büro machen?

Dr. **Stacher:** Er war ja nicht freigestellt bei ODELGA, sondern der Vertrag, Herr Vorsitzender, war ein Vertrag ...

Obmann Dr. **Steger:** Das wäre kürzer geworden. Aber das muß man schon im Vertrag nachschauen, ob es wahr ist, damit nicht der Vorhalt falsch ist..

Dr. **Stacher:** Wir müssen das schon klarstellen. Der Vertrag der Stadt Wien Betriebsbera-

tung war kein Vertrag mit Wilfling, sondern war ein Vertrag mit der Betriebsberatungsgruppe der Firma ODELGA.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Stadtrat! Damit wir nicht etwas Falsches im Protokoll haben — sofort —:

„21. 5. 1976". Das ist dieser Vertrag. „Zur Ermöglichung der ausschließlichen Befassung mit der vertragsgegenständlichen Beratungstätigkeit" — das heißt zur Stadt Wien — „wird Herr Dkfm. Siegfried Wilfling für die Dauer dieses Vertrages von allen sonstigen Verpflichtungen im Rahmen der beauftragten Firma freigestellt werden."

Das steht hier. Also er war bei der Firma ODELGA laut diesem Vertrag, der von der ODELGA und vom amtsführenden Stadtrat unterzeichnet ist, also von Ihnen. Für die Stadt Wien: Der amtsführende Stadtrat. Ich glaube, das ist Ihre Unterschrift.

Dr. **Stacher:** Darf ich Sie aber ersuchen, daß Sie die Vertragspartner ebenfalls nennen?

Obmann Dr. **Steger:** Die Stadt Wien und die Firma ODELGA.

Dr. **Stacher:** Eben.

Obmann Dr. **Steger:** Die ODELGA hat freigestellt.

Dr. **Stacher:** Das heißt, der Vertrag wurde mit der Firma ODELGA geschlossen, und im Rahmen dieses Vertrages mußte sich die Firma ODELGA verpflichten, daß er für die Beratung vorhanden und freigestellt ist, das heißt, für mich zur Verfügung gestellt. Vielleicht ist es falsch formuliert, vielleicht hätte es „zur Verfügung gestellt" heißen sollen.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, da bin ich Rechtsanwalt. Wenn da steht, er ist von sämtlichen Verpflichtungen freigestellt, heißt das, er darf dort nicht arbeiten. Das ist, bitte, die Formulierung. Wenn er trotzdem für die ODELGA arbeitet, noch dazu mit der Adresse Ihrer Geschäftsgruppe, habe ich eben gefragt, wieweit Sie davon informiert waren.

Dr. **Stacher:** Ich war davon informiert, daß die ODELGA ihren Betriebszweck ausweitet, daß eine eigene Gruppe — es ist ja auch ein zweiter Direktor dann bestellt worden — eben für die Betriebsberatung ist und daß im Rahmen dieser Gruppe sichergestellt wird, daß Dkfm. Wilfling diese Beratungsleistung ganztägig für mich erbringen kann. Wobei der Vertrag ja beinhaltet hat nicht nur sein Gehalt, sondern auch alle zusätzlichen Dinge, die da mit waren, ich glaube Sekretärin und so weiter. Die Details und die Ausrechnung des Vertrages kenne ich nicht, denn der Vertrag wurde zwischen der Magistratsdirektion und der Holding ausgearbeitet.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist wirklich zu lang. Ich sage es noch einmal: Ja, daß er für Sie tätig ist. Jetzt ist er aber in derselben Zeit mit ODELGA in der ABO-Konstruktion drinnen. Haben Sie da etwas gewußt darüber, hat er da angefragt dafür, haben Sie eine Erlaubnis gegeben oder nicht?

Dr. **Stacher:** Ich habe keine Erlaubnis gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wußten auch nichts davon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber wann hatten Sie das erste Mal das Mißtrauen, daß manche Dinge hier nicht funktionieren?

Obmann Dr. **Steger:** Na gut, das ist ein ganz anderer Themenkreis.

Herr Ing. Nedwed hat wieder zu einer Zusatzfrage aufgezeigt. — Er verzichtet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann hatten Sie dieses Mißtrauen das erste Mal, daß manches nicht funktioniert?

Dr. **Stacher:** Das Mißtrauen habe ich am Anfang vorigen Jahres bekommen, 1980, in der Situation, wo also der Kontrollamtsdirektor gesagt hat: Da sind Kilometergeldverrechnungen.

Wobei die für mich auch nicht relevant waren, das sage ich ganz ehrlich, denn ich habe im Kontrollausschuß ebenfalls gesagt: Für mich war es ansicherklärbar aus dem einfachen Grund, weil mir erklärt wurde, daß er auf der einen Seite noch von der ODELGA den Wagen hat im Rahmen der ODELGA, und zwar der Gewerbeberechtigung, daß er das Recht dazu hat. Es war für mich völlig klar, daß eine Firma, die also jemanden hat, der mit dem Auto und einem Chaffeur spazieren fährt, es wissen müßte, wenn das unberechtigt ist. In dieser Zeit.

Und zweitens aus der Tatsache, daß ich ihn tatsächlich — und das werde ich auch, wenn das wieder gegen mich verwendet wird, sagen, weil es die Wahrheit ist — mit beiden Autos abwechselnd bei mir im Büro gesehen habe.

Damit war es für mich eigentlich glaubwürdig, daß er mit seinem Auto und mit dem anderen gefahren ist. Ich muß ehrlich sagen, ich habe damals eigentlich das Ganze kaum in dieser Weise zur Kenntnis genommen, bin aber mißtrauisch geworden und bin dann eigentlich im Rahmen der Diskussion zunehmend mißtrauischer geworden und habe mir dann die Sache natürlich genauer angeschaut.

Obmann Dr. **Steger:** Keine Zusatzfrage

mehr. Es hat nichts mit dem AKH-Untersuchungsauftrag zu tun, wenn auch mit dem zukünftigen Bau.

Ich danke Ihnen, Herr Stadtrat, daß Sie uns zur Verfügung gestanden sind. Natürlich könnten wir stundenlang uns über alles mögliche, auch zum Teil privat Interessantes weiter unterhalten, aber Ihre Einvernahme ist damit heute beendet. Leider können wir manches, was für den Ausschuß sicher noch interessant wäre, aus Zeitgründen jetzt nicht in aller Breite abhandeln. Ich danke Ihnen. *(Stadtrat Dr. Stacher verläßt den Saal.)*

**Zeugeneinvernahme von Landeshauptmann und Bürgermeister der Stadt Wien Leopold Gratz**

Obmann Dr. **Steger:** Herr Bürgermeister, ich begrüße Sie auf das herzlichste im Untersuchungsausschuß. Darf ich Sie bitten, dort Platz zu nehmen beim Mikrophon. Ich bitte um Entschuldigung, daß wir mit dieser Verschiebung verspätet dran sind, obwohl wir die Vereinbarung gehabt haben, wir waren aber alle ein bisserl daran mit schuld, daß jedenfalls gerade Sie nicht warten müssen, aber es ist doch ein bisserl später geworden.

Herr Bürgermeister, Sie sind hier als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß des Nationalrates geladen. Dieser Untersuchungsausschuß hat nach der Geschäftsordnung des Nationalrates die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, dort sind enthalten die Bestimmungen über die Aussage und die Verpflichtung zur Abgabe der Aussage eines Zeugen und die Verpflichtung, wahrheitsgemäß auszusagen.

Hier heißt es dann im § 153 bei den Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen eine Aussage verweigert werden kann, ich zitiere wörtlich:

„Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist."

Es müßte also der Ausschuß beschlußmäßig entscheiden, daß Sie trotzdem antworten müssen, wenn Sie der Auffassung sind, daß es mit dem Untersuchungsauftrag nicht direkt zu tun hat beziehungsweise daß Ihnen eine derartige Gefahr droht.

Der Untersuchungsauftrag umfaßt drei Punkte:

Erstens: Zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

Zweitens: Zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens: Zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Am Beginn darf ich Sie bitten, daß Sie uns Ihre Generalien nennen, Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

**Gratz:** Leopold Gratz, geboren 4. November 1929, Beruf Parlamentsrat, derzeit freigestellt als gewählter Landeshauptmann und Bürgermeister, Wien 18, Pötzleinsdorfer Straße 67.

Darf ich nur zu Protokoll geben, daß ich mangels einer ausdrücklichen Bestimmung darüber, wer mich von der Amtsverschwiegenheit entbindet, da in der Bundesverfassung nur steht, daß die Amtsverschwiegenheit meinerseits gegenüber dem Vertretungskörper nicht gilt, der mich gewählt hat, das wäre der Wiener Gemeinderat, daß ich mangels einer solchen ausdrücklichen Vorschrift es persönlich so interpretiere, daß ich sämtliche Beamte der Stadt Wien, die vorgeladen waren, und sämtliche amtsführenden Stadträte von der Amtsverschwiegenheit entbunden habe und in logischer Fortsetzung sozusagen mich selbst auch von der Amtsverschwiegenheit entbinde.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke Ihnen, Herr Zeuge, und darf damit den Herrn Abgeordneten Dr. Kapaun bitten, als erster Fragesteller aufzutreten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Bürgermeister, meine einleitende Frage geht dahin, in welchem rechtlichen und organisatorischen Zustand haben Sie bei Ihrem Amtsantritt das Projekt Allgemeines Krankenhaus vorgefunden und welche ersten wesentlichen Maßnahmen wurden in Ihrer Amtszeit auf diesem Gebiet gesetzt?

**Gratz:** Da darf ich vielleicht einleitend, bevor ich auf diese Frage im einzelnen eingehe, folgendes sagen: Da ich als Bürgermeister keine sozusagen parallele Privatablage habe neben dem Rathaus, wären selbstverständlich alle Dokumente, die ich hätte mitbringen können, die Dokumente der Magistratsdirektion beziehungsweise der Fachabteilungen, was technisch nicht ganz möglich wäre.

Ich möchte daher sagen, daß dort, wo präzise Daten oder Ziffern oder Zahlen vorkommen, daß dort natürlich jene Zahlen aus den bereits

überlieferten vorgelegten Dokumenten oder etwa aus den mit Dokumenten unterstützten Zeugenaussagen, die bereits von seiten der Funktionäre der Stadt Wien abgegeben wurden, gelten. Das hinsichtlich einer genauen Chronologie vielleicht oder hinsichtlich genauer Zahlen.

Ich möchte grundsätzlich sagen, ich bin natürlich mit dem Allgemeinen Krankenhaus nach Amtsantritt in der Form konfrontiert worden, in der man bei Übernahme einer solchen Funktion mit dem gesamten sozusagen Stand der Tätigkeit der Gebietskörperschaft konfrontiert wird. Das heißt, zuerst einmal durch nacheinander stattfindende Gespräche mit den einzelnen amtsführenden Stadträten, jeweils über ihren Arbeitsbereich und über den Stand der Projekte und auch unerledigten Arbeiten in ihrem Arbeitsbereich.

Zu diesen Projekten hat natürlich das Allgemeine Krankenhaus gehört. Ich glaube, ich kann mir ersparen, hier die Rechtskonstruktion darzulegen, sie ist aus Dokumenten und Zeugenaussagen gegeben. Im Grund genommen, eine Bauleitung, paritätisch bestehend aus der Republik Österreich und der Stadt Wien, von seiten der Republik Österreich in dieser Leitung jeweils die zuständigen Minister als Amtsträger, von seiten der Stadt Wien der Bürgermeister und die damit befaßten amtsführenden Stadträte.

Um es kurz zusammenzufassen, ich habe nach den Berichten den Eindruck gewonnen, ich möchte es deutlich sagen, daß die dort Beschäftigten sowohl von seiten des Bautenministeriums als auch von seiten der Stadt Wien sich redlich bemüht haben, aber daß eine Bauleitung, deren Leitung, wie soll man sagen, deren Direktion nicht aus ein oder zwei Personen besteht, sondern aus einem Kollektiv, das aus Ministern, Bürgermeister und Stadträten besteht, jedenfalls in ihren Entscheidungen oft gehindert ist und daß sich eben die ganze Schwierigkeit gezeigt hat auch aus den mir immer wieder vorliegenden Aktenstücken, daß ja bei jedem Aktenstück die Zustimmung sehr vieler Bundes- und Landesfunktionäre erforderlich war, daß jedenfalls hier zu einem Zeitpunkt, bei dem man schon absehen konnte, wann der Übergang vom noch relativ einfacheren, nämlich vom Baugeschehen, zur technischen Ausstattung kommt, womit ich nicht die medizinischen Geräte meine, sondern die innere Technik des Spitals, daß zu diesem Zeitpunkt mit einer solchen Entscheidungsstruktur jedenfalls Verzögerungen größter Art eintreten könnten. Das war das eine.

Zum zweiten hat sich gezeigt, daß mangels einer eigenen Organisationsform sozusagen die jeweilige Hälfte der Entscheidungsstruktur, also entweder Bund oder Gemeinde, jeweils zu ihrem Budgetgesetzgeber gehen mußte, um dann die jeweils gerade noch erreichbare Summe auch vom anderen zu erreichen, was sich darin gezeigt hat, daß der Baufortschritt, sagen wir, jedenfalls nicht sehr rasch war, weil die Bauraten, was ja auch vorliegt aus den Berichten, nicht sehr hoch waren.

Ich habe dann versucht, auf seiten der Stadt Wien die Entscheidungen insofern zu straffen, als ich einen Generalbevollmächtigten ernannt habe, meinen damaligen Präsidialchef, den derzeitigen Magistratsdirektor Dr. Bandion, der von seiten der Stadt Wien einmal als einzelner auftreten sollte, damit hier die Auffächerung nicht mehr gegeben ist.

Als sich dann gezeigt hat, meiner Überzeugung nach, daß auch das zu keinen optimalen Ergebnissen führt, habe ich, wie ja auch aus Unterlagen hervorgeht, die Meinung vertreten, und ich glaube heute noch, daß meine Entscheidung persönlich damals die richtige war, daß man anhand einer Struktur, wie es beim Bau des Internationalen Konferenzzentrums erfolgreich war, daß man anhand einer solchen Struktur versuchen sollte, für die Durchführung dieses ja wirklich einmaligen Bauwerkes eine ähnliche Konstruktion zu finden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Bürgermeister, Sie haben uns gesagt, daß Sie einen Generalbevollmächtigten ernannt haben. Nun gehen durch die Zeitungen und durch die Medien Meldungen, daß dieser Generalbevollmächtigte einen Bericht erstattet hat, man redet von einem Geheimbericht, aber es ist in diesem Zusammenhang, nachdem alles öffentlich ist, ja kaum etwas mehr geheim.

Meine Frage: Was war der wesentliche Inhalt des Situationsberichtes, den Sie von diesem Generalbevollmächtigten erhalten haben, und wie war Ihre Stellungnahme zu diesen wesentlichen Vorschlägen?

**Gratz:** Der Generalbevollmächtigte hat natürlich, und ich möchte persönlich sagen, wie ich das voraussetze von einem Beamten in einer solchen Funktion, sich auch dauernd Gedanken gemacht, ob das, was hier geschieht, das Optimale ist oder ob man nicht etwas anderes besser tun könnte.

Ich lege großen Wert darauf, damit hier nicht konstruiert wird, er hätte etwas getan, was er sozusagen nicht hätte tun sollen, ich lege großen Wert darauf, daß alle Beamte in einer solchen Funktion sich zumindestens Gedanken machen und dann auch ihre Gedanken schriftlich niederlegen, was jetzt unabhängig davon ist, ob diese Gedanken im Einzelfall immer aufgegriffen werden. Ich habe es auch gern, vier verschiedene Ideen, verschiedene Gedanken zu einem Punkt zu haben.

Ich setze voraus, daß dem Hohen Untersuchungsausschuß an sich der Inhalt dieses Dokuments bekannt ist und ich nehme auch an, zumindest nach dem, was er mir berichtet hat, daß der Magistratsdirektor auch eingehend darüber hier ausgesagt hat.

Ich kann daher kurz zusammenfassen, daß ein Teil der Vorschläge, die, sagen wir, theoretisch gesprochen, sogar durchaus akzeptabel sein könnten, ein Teil der Vorschläge darauf hinausgelaufen ist, das Ganze noch einmal zu überdenken, ob der Bau in dieser Form durchgeführt werden soll noch einmal zu überdenken, ob nicht etwa, ich sage es jetzt ganz grob zusammengefaßt, eine andere Form, Pavillonsystem und so weiter, besser wäre.

Ich sage hier, daß diese Ideen rein theoretisch sicher beachtenswert waren. Ich sage aber dazu, daß ich aus der politischen Realität heraus, und zwar nicht der parteipolitischen, sondern einfach aus der kommunalpolitischen Realität heraus, wie in Österreich Projekte durchgeführt werden, der Meinung war, daß das so weit gediehen ist, daß das einen derartig ungeheuren Verlust an bereits eingetretenen Leistungen bedeuten würde, daß man unter Umständen, und hier sage ich sehr offen, wir kennen ja auch, wie es in Österreich zugeht, zu einem solchen Projekt ringen sich Gebietskörperschaften nach sehr langen Diskussionen, ich meine, jetzt Beginn der sechziger Jahre, wahrscheinlich einmal in einem halben Jahrhundert durch, wenn man so etwas abbremst, und daß das Spital notwendig ist, bestreitet niemand, dann besteht immer die Gefahr, daß in neuen Grundsatzdiskussionen, ob es überhaupt notwendig ist, und wieder mit den Universitätsprofessoren, ob man ein Pavillonspital flächenmäßig dann am Bisamberg hinaufbauen kann und ähnlichem, dann besteht immer die Gefahr, daß damit das ganze Projekt überhaupt zum Scheitern kommt, und das habe ich auch im Interesse der Wiener Gesundheitspolitik für ausgeschlossen gehalten, eine solche Gefahr herbeizuführen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Bürgermeister, wenn ich richtig informiert bin, diese Vorschläge gingen im Extrem bis zur Einstellung des derzeitigen Baues, und Sie haben uns nun Ihre Meinung gesagt. War das Ihre Meinung oder wurde diese Meinung in irgendeinem Gremium der Stadtverwaltung beraten?

**Gratz:** Ja, wir haben das natürlich besprochen im Gremium, meiner Erinnerung nach jedenfalls mit den damit befaßten amtsführenden Stadträten. Ich möchte nicht ausschließen, daß wir es mit allen amtsführenden Stadträten in diesem Kreis besprochen haben. Ich mache aus meiner Meinung kein Hehl, es sind alle meiner Meinung beigetreten, daß der Bau optimal und beschleunigt weiterzuführen ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Bürgermeister, interpretiere ich Sie richtig, wenn ich sage, aus der Konsequenz der Vorschläge des Herrn Generalbevollmächtigten Dr. Bandion und aus Ihren Beratungen haben Sie beziehungsweise die Gemeinde Wien dem Bund dann die Lösung zur Gründung der AKPE vorgeschlagen? War das Ihrer Meinung nach die Konsequenz aus der ganzen Situation, die Sie vorgefunden haben?

**Gratz:** Das zweite ist richtig, Herr Abgeordneter. Ich habe eigentlich ziemlich früh, ich würde sagen, Anfang 1974, die Meinung vertreten, in gar keinem formellen Kreis, sondern habe die Meinung in mir gebildet, daß eine solche Konstruktion wie die AKPE oder eine ähnliche, ich meine, ich habe sicher nicht den Vertrag vor Augen gehabt, eine solche Konstruktion geeignet wäre, den Bau zu beschleunigen und auch dann mit den täglich notwendigen Entscheidungen, wenn es, wie gesagt, um den technischen Innenausbau geht, fertig zu werden.

Das war an sich unabhängig von den Vorschlägen des Generalbevollmächtigten, nämlich zum Teil schon vorher, diese meine Überzeugung. Aber die Überzeugung ist sozusagen nach Prüfen aller Möglichkeiten immer stärker geworden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Bürgermeister, darf ich dann zu einem anderen Bereich kommen. Im Rahmen dieser Untersuchungen, die wir zu führen haben, spielt auch die Person des Herrn Dr. Wilfling eine bedeutende Rolle. Es ist dem Ausschuß bekannt, wie die formellen Verträge mit Herrn Dr. Wilfling geschossen wurden. Uns interessiert nun in diesem Zusammenhang, ob Sie persönlich etwas wisssen von der Bestellung des Herrn Dr. Wilfling und ob Sie persönlich auf diese Bestellung Einfluß genommen haben.

**Gratz:** Der Reihenfolge nach. Zuerst einmal, wie es überhaupt dazu gekommen ist, ich wiederhole es, ich nehme an, es ist hier dargelegt worden. Dr. Wilfling war Geschäftsführer der gemeindeeigenen Firma ODELGA, als ich Bürgermeister wurde. Er wurde mir, und zwar ich kann mich beim besten Willen, obwohl ich versucht habe die ganze Zeit hindurch, mich daran zu erinnern, wurde mir, ich weiß nicht, aus Kreisen der Holding oder von anderer Seite, als ein Mann rekommandiert, der sich über diese Tätigkeit in der Firma ODELGA mit dem Spitalswesen beschäftigt hat. Ich habe daraufhin meinen Präsidialchef gebeten, ich habe ihm davon erzählt und habe ihn gebeten, sozusagen den Mann anzuschauen, und wenn er glaubt, daß das etwas wäre, sozusagen zur Beurteilung weiterzugeben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wissen Sie davon, daß Herr Dr. Bandion Herrn Stadtrat Stacher auf Dr. Wilfling aufmerksm gemacht hat?

**Gratz:** Ja, ich nehme an, das kann ja nur in der Form geschehen sein, ich glaube, das ist ja kein Geheimnis, daß ich Dr. Bandion, wie gesagt, als meinen Präsidialchef auf Wilfling aufmerksam gemacht habe, das heißt, auf Wilfling in dieser Eigenschaft, auf die mir damals ja nicht bekannten angeblichen Kenntnisse Wilflings und er hat ihn an Stadtrat Stacher weitergereicht.

Herr Abgeordneter, Sie haben mich gefragt, ob ich Einfluß genommen habe, ich habe einmal Einfluß genommen, allerdings auf die Form der Bestellung.

Es war der Vorschlag, mit ihm persönlich einen Kosulentenvertrag abzuschließen und da man als Bürgermeister einer Gebietskörperschaft, in der es sehr viele Mitarbeiter gibt und wo natürlich jeder Mitarbeiter von seinen Kenntnissen auch überzeugt ist und nicht nur seine Kenntnisse, sondern auch seinen Bezug mit dem anderer Mitarbeiter vergleicht, bin ich zur Meinung gekommen, daß das vorgeschlagene Konsulentenhonorar, das seinem Geschäftsführerbezug bei der ODELGA entsprochen hätte, jedenfalls zu, vielleicht oder wahrscheinlich, großer Unruhe im leitenden Beamtenapparat der Stadt Wien hätte führen können.

Ich habe daher damals gesagt, wenn man auf seine Kenntnisse Wert legt, das setze ich voraus, dann soll man versuchen, einen anderen Weg zu gehen, der nicht, wie gesagt, auf Honorarbasis Bezüge schafft, die mit anderen im Bereich der Stadt Wien eher nicht vergleichbar sind.

Bitte, das geht dann, glaube ich, hervor, es ist ja dann zum Abschluß des Beratungsvertrages als Ausweg mit der Firma ODELGA gekommen, wobei natürlich unausgesprochen das war, daß die Firma ODELGA mit diesem Beratungsvertrag in Wirklichkeit ihren Geschäftsführer anbietet oder zur Verfügung stellt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Stadtrat Stacher hat vorhin in seiner Aussage uns mitgeteilt, daß ihm erstmals Bedenken gegen die Person des Herrn Dr. Wilfling durch die Hinweise des Kontrollamtsdirektors Delabro aufgefallen sind. Wann wurden Sie über die bedenklichen Vorgänge informiert? Wußten Sie vor dem Kontrollamt oder wurde Ihnen von anderer Seite schon über Wilfling und seine Arbeitsmethoden etwas Nachträgliches mitgeteilt?

**Gratz:** Konkret wurde mir einmal etwas mitgeteilt, ich kann das Datum wirklich beim besten Willen nicht sagen, das war schon vorher, nämlich durch den Magistratsdirektor, daß von seiten gewisser Bediensteter im Bereich der MA 17 oder ihrer gewerkschaftlichen Vertretung Bedenken vorgebracht wurden. Er hat mich mündlich darüber informiert und hat mich auch informiert, ich brauchte ihm also keinen Auftrag zu geben, daß er natürlich der Sache weiter nachgeht, soweit es möglich ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Für Sie war die Sache damit in den zuständigen Händen?

**Gratz:** Selbstverständlich.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann, Herr Bürgermeister, eine weitere Frage. Die Betriebsorganisationsplanung nimmt auch einen großen Teil des Untersuchungsauftrages ein. Es geht nun immer wieder um die Frage, wer auf die Vergabe der Betriebsorganisation an die Firmen, an die ABO, Einfluß genommen hat. Es geht hier auch das Gerücht, daß in der Stadtratsfraktion der SPÖ über diese Art Betriebsorganisationsplanung gesprochen wurde. Wurde gesprochen, wurden irgendwelche beeinflussende Entscheidungen getroffen?

**Gratz:** Zuerst einmal zur direkten Frage: Wurde Einfluß genommen auf die Vergabe? Ich kann nur sagen, ich habe keinen Einfluß genommen und bei mir wurde von niemandem Einfluß genommen.

Was die Beratungen im sogenannten Amtsrat in der Fraktion der sozialistischen Stadtsenatsmitglieder betrifft, so haben wir einmal, daß muß aber ganz zu Beginn gewesen sein, ich nehme an, Ende 1973, Anfang 1974, noch vor der Gründung der AKPE darauf hingewiesen, meiner Erinnerung nach besonders von Prof. Stacher, daß es unbedingt notwendig ist, die Betriebsorganisationsplanung jetzt in Gang zu bringen.

Meiner Erinnerung nach hat er auch damals darüber gesprochen, in welcher Form das geschehen könnte, nämlich die eine Möglichkeit es selbst zu tun, wurde damals auf Grund des Personalstandes und Wissensstandes für ein Projekt derartiger Größenordnung im Bereich der Stadt Wien verneint, und das zweite war dann eben, daß er der Meinung Ausdruck gegeben hat, man müsse dann darauf drängen, daß damals noch die Bauleitung beziehungsweise der Spitzenausschuß sich mit der Frage der Betriebsorganisationsplanung ganz dringend befaßt, weil — wie gesagt — ja Anfang 1974 abzusehen war, daß sogar bei den Detailentscheidungen, die vielleicht noch im Baubereich liegen, aber jedenfalls bereits mit der internen Organisation zu tun haben, wie die Größe der Zimmer etc., daß dafür die Betriebsorganisation dringend notwendig ist. Über eine Vergabe an irgendwelche Firmen

oder mögliche Firmen ist damals nicht gesprochen worden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Darf ich eine letzte Frage zum dritten Fragenkomplex stellen, Herr Bürgermeister: Haben Sie auf irgendwelche Weise davon Kenntnis erlangt, daß im Zusammenhang mit Aufträgen im Bereich des AKH politische Parteien finanziert oder unterstützt wurden? Ist Ihnen etwas persönlich bekannt?

**Gratz:** Darf ich ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich meine nicht aus Zeitungen.

**Gratz:** Ich wollte gerade sagen, außer — darf ich das respektvoll sagen — den Äußerungen des Herrn Vorsitzenden, daß er Hinweise darüber hätte, ist mir aus meinem Tätigkeitsbereich nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Wir kommen später noch dazu. Wir haben ja noch Zeit.

Ich nehme an, Sie werden zur Parteienfinanzierung auch noch einige Fragen am Programm haben.

Herr Abgeordneter Dr. Kapaun, ist das Ihre Schlußrunde gewesen? *(Abg. Kapaun: Ja!)* Ich danke.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Es ist für die Beurteilung der Aussage von jemand, der vernommen wird, und es ist eben leider eine Vernahme, das wissen Sie als Sachverständiger des Parlamentarismus sehr genau, von Bedeutung, ob seine Fragenbeantwortung in jeder Hinsicht spontan erfolgt.

Ich möchte Sie daher fragen, ob Sie vor Ihrer heutigen Aussage mit Ihren Fraktionskollegen, die im Untersuchungsausschuß tätig sind, Kontakte über die Einvernahme hatten?

**Gratz:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich komme jetzt zu den eigentlichen Fragen. Darf ich einmal sehr direkt fragen: Wie hoch sind nach Ihrer Auffassung die zu erwartenden Betriebskosten nach Fertigstellung des AKH?

**Gratz:** Ich möchte der Frage nicht ausweichen. Ich bin kein Mann, der sich Zahlen sehr gut merkt. Mich hat Stadtrat Mayr informiert, daß er seine Schätzungen und Berechnungen vorgelegt hat, das sind die, über die er mich ununterbrochen, also nicht aus Anlaß dieser Aussage, informiert hat, ich möchte das einfach übernehmen, weil ich von eigener Fachkenntnis her sie sicher nicht besser berechnen kann als der zuständige amtsführende Stadtrat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie uns irgendeinen augenblicklichen Stand der Schätzungen nennen?

**Gratz:** Nein, Herr Abgeordneter, es soll kein Ausweichen sein, ich müßte nur auf die Gefahr hinaus, mir die Zahlen nicht gemerkt zu haben, die wiederholen, die mir der Stadtrat Mayr gesagt hat. Sagen wir so, ich akzeptiere als Nichtfachmann auf dem Spitalssektor seine Schätzungsmethode und seine Einschätzung, wie er zu diesen Zahlen kommt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich bin insofern jetzt in einer gewissen Verwirrung oder Verwunderung, weil Sie bereits der zweite Verantwortliche sind, der diese Zahlen nicht nennen kann. Vor Ihnen war der, doch glaube ich, zuständige Stadtrat Stacher im Gespräch mit uns und hat auch keine Zahlen nennen können. Ich möchte nur vermerken, daß ich eigentlich das doch für eine sehr wesentliche Frage halten würde. Jetzt aber zum Stadtrat Stacher. Ich möchte jetzt nicht selektiv eine Wertung vorwegnehmen, aber vielleicht versuchen, wiederzugeben, was er mehrmals zu uns gesagt hat.

Er hat in Fragen, die nicht die eigentliche Gesundheitspolitik unter medizinischer Sicht betreffen, uns mehrmals gesagt, eigentlich immer verlassen müssen auf Fachleute des Wirtschaftens und so weiter. Er hat sehr oft betont, sodaß für mich, ich betone das jetzt sehr subjektiv als einzelnes Mitglied dieses Ausschusses, der Eindruck entstanden ist, daß er eigentlich diese wirtschaftlichen, sagen wir, ökonomischen Belange im weitesten Sinn der Zweckmäßigkeit der Vorgangsweise und so weiter von sich geschoben hat.

Wie ist das nach Ihrer Kompetenzverteilung beziehungsweise auch nach Ihrer Erwartungslage gegenüber einem Gesundheitsstadtrat?

Ist es wirklich so, daß alle Fragen der Ökonomie dieses Bauvorhabens, seiner Zweckmäßigkeit, seiner technischen Durchführung außerhalb des Aufgabenbereiches des Gesundheitsstadtrates liegen?

**Gratz:** Herr Abeordneter, ich will versuchen, wirklich mit großem Ernst auf diesen Problembereich einzugehen, der tatsächlich eine Frage ist, die sich für jeden Verantwortungsträger, in welchem Bereich immer, der für ein Riesenressort verantwortlich ist, ganz egal in welcher Gebietskörperschaft oder Körperschaft öffentlichen Rechtes, die sich für jeden Verantwortungsträger stellt. Ich meine, ein Gesundheitsstadtrat hat vor allem, sagen wir in Wien, den kommunalpolitischen Auftrag, die Bereiche des Gesundheitswesens in einer Form zu verwalten, daß die gesundheitliche Versorgung der Wiener Bevölkerung gesichert ist. Ich möchte sagen, das ist der Grundauftrag.

Daß sich das dann teilt in Formalbereiche des Gesundheitswesens, die man ausschließen kann, wenn hiefür Bewilligungs- und Genehmi-

gungsverfahren etc. notwendig sind, die man ausschließen kann, weil das im normierten Bereich stattfindet, das ist der eine Teil.

Der zweite Teil ist der Teil, ich möchte sagen, der Förderungen betrifft in jenem Bereich, wo privat niedergelassene Ärzte tätig sind und man sich einfach überlegen muß, mit welchem Bündel von Maßnahmen man die Versorgung sichern kann. Das ist das zweite.

Das dritte ist, auf dem Bereich des Spitalswesens, ich möchte sagen primär, dafür zu sorgen, daß nach seiner Überzeugung nach die spitalsmäßige Versorgung quantitativ und qualitativ gesichert ist.

Innerhalb dieser Verantwortung natürlich dann Entscheidungen zu treffen, Leute anzutreiben, wenn es seiner Ansicht nach zu langsam geht, sich Berichte erstatten zu lassen, mehr, glaube ich, kann man generell über die Verantwortlichkeit nicht sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Zeuge: Es war also die Aufgabe von Stadtrat Stacher, beim Bau des Neuen Allgemeinen Krankenhauses in Wien den Gesichtspunkt der medizinischen Versorgung durchzusetzen. Aber erschöpft sich damit seine Verantwortlichkeit?

**Gratz:** Sie erschöpft sich nicht darin. Er hat ja weit über seine Formalzuständigkeit hinaus, die eben bei einem Gebäude, das noch kein Spital ist, das noch nicht vorhanden ist, natürlich darauf Einfluß genommen mit Hilfe des ersten Spitalplans, was ja auch aus den Unterlagen hervorgehen wird, mit einer Verringerung der Bettenanzahl auf das notwendige Ausmaß, was ja auch eine Kostenverringerung herbeigeführt hat.

**Abg. Dr. Kohlmaier** (ÖVP): Verzeihen Sie, ich bin mit der Kompetenzlage des Stadtsenats nicht so vertraut. Aber das ist ja der Sinn einer solchen Befragung.

Wären Sie in der Lage, die Aufgabenstellung des Stadtrats Stacher, den wir vorher gehört haben, im Zusammenhang mit dem Neubau in Schwerpunkten sehr kurz gefaßt zu umreißen?

**Gratz:** Nach der formalen Geschäftseinteilung wird wahrscheinlich — ich könnte Auskunft geben, wenn ich das dicke Buch mit herübergenommen hätte — seine Verantwortlichkeit für den Neubau nicht sehr weitgehend sein, weil er, wie gesagt, nach der formalen Geschäftseinteilung für Spitäler dann zuständig ist, wenn es bereits Spitäler sind, was sich auch an einem Neubau, den die Stadt Wien allein durchführt, zeigen läßt, sei es in der Vergangenheit, wo eben die Spitalverwaltung die Rolle dessen übernimmt, der sagt, welches Spital mit wieviel Krankenzimmern und mit welcher medizinischen Ausstattung errichtet wird — ich sage es jetzt ganz grob; natürlich besteht das Ganze dann aus — zusammengerechnet — wochenlangen Fachkommmiteeberatungen —, und wo dann die Bauabteilung die Aufgabe übernimmt, das auch so herzustellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer war nach dieser Präzisierung der Aufgabenstellung des Stadtrates Stacher und unter Berücksichtigung dessen, daß dann die AKPE als Aktiengesellschaft, als Gesellschaft des Handelsrechtes gegründet wurde, nach den Kompetenzvorschriften, nach der Verfassungssituation des Landes und der Gemeinde Wien für die Baudurchführung verantwortlich?

**Gratz:** Nach der Geschäftsordnung des Stadtsenates, nach der Ressorteinteilung, die nach der Wiener Landesverfassung nach Genehmigung des Gemeinderates von mir erlassen wird, war dafür der amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft, damals Wirtschaft und dann Finanzen und Wirtschaftspolitik, zuständig.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt haben Sie bereits meinem Kollegen Kapaun die Zweckmäßigkeitsüberlegungen dargelegt, die zur Gründung der AKPE geführt haben.

Ich möchte Sie jetzt nicht, obwohl ich weiß, daß Sie juristisch gebildet sind, in diffizile verfassungsrechtliche Fragen hineindrängen. Aber: Welche Änderung ist durch die Gründung einer Gesellschaft des Handelsrechtes hier eingetreten? Ist dadurch Verantwortung im Sinne der Verantwortlichkeit einer Gebietskörperschaft, ihrer Organe verlorengegangen oder übergegangen oder ist das unverändert geblieben?

**Gratz:** Es ist sicher die Verantwortung für Einzelmaßnahmen, wenn Sie es so ausdrücken wollen, verlorengegangen, weil eben bei einer behördlichen Organisation, auch wenn die Verantwortung delegiert ist, die Formalverantwortung natürlich immer beim Behördenleiter beziehungsweise beim politischen Ressortchef liegt.

Also in diesem Sinn ist natürlich, formal gesehen, Einzelentscheidungsverantwortung von den Organen des Bundes und der Stadt Wien an die Organe der AKPE übertragen worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich bleibe jetzt noch bei diesem Gesichtspunkt. Es ist also, wie Sie, Herr Zeuge, gesagt haben, Einzelverantwortung übergegangen an die Organe dieser gegründeten Aktiengesellschaft.

Wenn nun eine Gebietskörperschaft, die nach ganz bestimmten gesetzlichen Vorschriften, sei es der Bundesverfassung, sei es des

Landesrechtes, vorzugehen hat, Verantwortung abgibt, entsteht ja sofort die Frage: Welche Sicherheiten werden getroffen, daß dieser Übergang von Einzelverantwortung nicht zu irgendwelchen Fehlentscheidungen, Mißbräuchen oder sonstigen Dingen führt? Wie wurde dieser Gesichtspunkt abgehandelt? Wie haben Sie hier Vorsorge getroffen?

**Gratz:** Man hat hier am Beispiel ähnlicher Vorgangsweisen in der Vergangenheit jedenfalls angenommen, daß die normalen Kontrollmechanismen, das ist der Vorstand über den Aufsichtsrat, der Aufsichtsrat über die Eigentümer — ich merke mir nie, ob das bei der AG Hauptversammlung oder Generalversammlung heißt —, also über das Organ, wo die beiden Gebietskörperschaften vertreten sind, und die Rechnungshofkontrolle genügen.

Die Gesamtproblematik, die darin besteht, daß das alles immer erst nachträglich ist, ist ja gerade jetzt in Diskussion und durch die begleitende Kontrolle, wie ich hoffe, etwas korrigiert worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe Sie also richtig verstanden: Man hat hier also zu einem wesentlichen Teil darauf gebaut, daß die kontrollierenden Organe der Aktiengesellschaft selbst eben Kontroll- oder Verantwortungsfunktionen übernehmen werden, die sonst im magistratischen Bereich gelegen wären. Habe ich Sie richtig verstanden?

**Gratz:** Na ja, sicher nicht im gleichen Ausmaß. Ich möchte jetzt nicht in rechtliche Details eingehen. Aber es hat sicher der Aufsichtsrat nicht dasselbe Recht, bei jeder Einzelentscheidung, jetzt rein formal gesehen, vom Vorstand die Unterlagen zu verlangen, oder zumindest nicht das einzelne Mitglied des Aufsichtsrates, wie es der einzelne Behördenleiter von einem Beamten verlangen könnte.

Also in diesem Ausmaß ist bei jeder gesellschaftsrechtlichen Konstruktion natürlich die unmittelbare und tägliche Zugriffskontrolle sicher nicht gegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist sicher so, wie Sie ausgeführt haben, daß ein Hauptzweck dieser privatrechtlichen oder handelsrechtlichen Konstruktion die Beschleunigung war. Sie haben jetzt auf die Schwerfälligkeit der Abwicklung im magistratischen Betrieb hingewiesen.

**Gratz:** Im Doppelbetrieb, wenn ich da unterbrechen darf.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Bund und Land; beide; mit dieser Ergänzung.

Nun darf ich einen Moment bei der Beschleunigung bleiben. Herr Zeuge! Wann rechnen Sie mit der endgültigen und kompletten Fertigstellung des Bauwerkes nach dem augenblicklichen Stand Ihres Wissens?

**Gratz:** Nach meinem Wissensstand: Eine Fertigstellung — ob man sie dann als endgültig bezeichnen kann, würde ich mich nicht zu sagen trauen —, mit der begonnen werden kann zu übersiedeln, wird nach meinem derzeitigen Stand des Wissens und nach der Mitteilung der derzeitigen Leitung 1984 sein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wann, glauben Sie — ich möchte Sie jetzt sicher nicht auf ein Jahr festlegen, das ist bei diesem bisherigen Ablauf der Dinge ja seriöserweise gar nicht möglich —, wird die Übersiedlung ungefähr abgeschlossen sein können?

**Gratz:** Herr Abgeordneter! Diese Frage getraue ich mich nicht zu beantworten. Bitte mich nicht falsch zu verstehen: getrauen. Diese Frage glaube ich aus dem mir zur Verfügung stehenden Wissensstand und meinem persönlichen Wissen nicht beantworten zu können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Würden Sie die Aussage des Stadtrates Stacher, die er heute von dieser Stelle aus gemacht hat — er schätzt etwa 1990 mit einem Abschluß der Übersiedlung —, für eine realistische oder mögliche Aussage halten?

**Gratz:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Würden Sie, wenn das zutrifft, unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes, daß die AKPE 1975 gegründet wurde und das dann einen 15jährigen Zeitraum darstellen würde, das noch immer als Beschleunigung bezeichnen gegenüber dem ursprünglichen Konzept?

**Gratz:** „Beschleunigen" ist ein Wort, das Dinge in Relationen setzt. Ich muß sagen: Relativ zur Extrapolation des Baufortschrittes in den Jahren vor der AKPE würde ich es als Beschleunigung bezeichnen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie etwas darüber sagen, warum man bei der AKPE die Konstruktion Aktiengesellschaft und nicht irgend etwas anderes gewählt hat?

**Gratz:** Darüber kann ich Ihnen leider keine Auskunft geben. Ich habe hier die Vorschläge der zuständigen Abteilungen akzeptiert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist kein Malheur. Jedes Detail kann der Bürgermeister und Landeshauptmann wirklich nicht wissen.

Stimmen Sie mir zu — ich komme jetzt zurück zu unserem vorherigen Gesprächspunkt „Übergang von Einzelverantwortung" —, daß angesichts der Tatsache, daß also hier Einzel-

verantwortung auf den Aufsichtsrat, aber auch auf die Geschäftsführung der AKPE übergehen mußte durch die Konstruktion, die man gewählt hat, damit der Auswahl sowohl der Aufsichtsräte als auch der Direktoren eine besondere Bedeutung beigemessen werden müßte?

**Gratz:** Ich stimme Ihnen grundsätzlich zu, daß dieser Auswahl auf jeden Fall große Bedeutung zugemessen werden mußte und zugemessen wurde.

Zu einer Frage noch, weil wir ja das Ganze wirklich zusammenhängend sagen. Bei der Einzelverantwortung vorhin habe ich vielleicht noch eines zu erwähnen vergessen. Bei dieser Doppelkonstruktion — und das hat sie ja so schwerfällig gemacht — hat die Einzelverantwortung nicht einem einzelnen oder dem gleichen Behördenleiter gegenüber bestanden. Formal und dienstrechtlich gesehen haben da etwa — jetzt rein in der Praxis — in der Baukanzlei zwei Beamte, einer des Bundes und einer der Stadt Wien, eine bestimmte technische Angelegenheit zu bearbeiten gehabt.

Wenn das eine Behördenorganisation ist, dann haben die einen Vorgesetzten, dem sie verantwortlich sind. In diesem Fall ist sozusagen von jeder, von einer relativ unteren Ebene der Vorgesetzte dann gleich jeweils entweder ein anderer Minister oder ein anderer Stadtrat im Wege von Abteilungsleitern gewesen. Und das machte die theoretische Klarheit der Einzelverantwortlichkeit in einer Behördenorganisation dort in Wirklichkeit manchmal zu einer Unklarheit.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mir ist also völlig klar und einsichtig, daß das Ganze ungeheuer beweglicher und effizienter wurde durch die Wahl dieser Konstruktion. Man konnte hier eben arbeiten wie in einer Unternehmung. Aber genau das ist ja der Punkt, auf den ich hin will: Die Effizienz und die Raschheit und die unbürokratische Form der Entscheidung haben natürlich zu einer Verlagerung von Verantwortung geführt. Und nun haben Sie, Herr Zeuge, selbst gesagt: Als Kontrolle stand unter anderem ja auch der Rechnungshof zur Verfügung.

Nun hat meine Fraktion im Gemeinderat, wie Ihnen ja sicher bestens bekannt und in Erinnerung ist, es gab ja darüber einige Debatten, schon bevor Ihnen der Kontrollamtsbericht vorlag, bevor Sie ihn in Auftrag gegeben haben, wiederholt Anträge gestellt, weil es bereits Verdachtsmomente gab, den Rechnungshof mit einer Spezialprüfung zu betrauen. Und Sie haben dann diese Anträge abgelehnt.

Was war der Grund dafür, obwohl Sie jetzt gesagt haben, daß der Rechnungshof hier eine mögliche Kontrollinstanz war?

**Gratz:** Der Grund hiefür war auf der sachlichen Seite der, daß ich der Meinung war und daß meine Fraktion der Meinung war, daß der Rechnungshof natürlich im Zuge seines Prüfungsrhythmus die AKPE überprüfen wird.

Der zweite Ablehnungsgrund — ich sage das nicht als Verweigerung der Zeugenaussage — aber liegt im politisch-polemischen Bereich des Wiener Gemeinderates, den ich hier wirklich nicht im Detail darlegen will.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch das ist eine Antwort. Das heißt: Sie stellen damit fest, daß politische Überlegungen, durchaus legitime, im Rahmen Ihrer politischen Funktion mit eine Rolle gespielt haben. Das ist für mich auch ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt.

Nun gibt es also diese Konstruktion Aktiengesellschaft. Können Sie die Gründe sagen, warum den Vorsitz im Aufsichtsrat dieser Aktiengesellschaft ein Vertreter des Bundes übernommen hat?

**Gratz:** Im ersten Jahr lag der Grund auf der Hand: Wir haben einen wechselweisen Vorsitz vereinbart, einmal Bund, einmal Stadt Wien. In weiterer Folge sage ich durchaus, daß es meine persönliche Meinung war, daß der Herr Sektionschef Dr. Waiz, der diese Funktion bei der IAKW meiner Beurteilung nach sehr gut ausgeübt hat, diese Funktion permanent weiterbehalten sollte, weil ich der Meinung war, daß eine längere Funktionsperiode einfach besser zur Stärkung der Autorität desjenigen, der die Funktion ausübt, beiträgt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hatten Sie mit Sektionschef Waiz Kontakte über seine Amtsführung, oder haben Sie es einfach ihm auf Grund seiner Qualitäten und seiner Erfahrungen aus früheren Anlässen sozusagen überlassen, wie er hier agiert?

**Gratz:** Erstens: Ich hatte im Detail über seine Amtsführung keine Kontakte. Aber zweitens, bitte, habe ich es ihm nicht einfach überlassen, sondern ich habe die Kontakte demjenigen überlassen, der nach der Norm des Magistrates, nämlich nach der Geschäftseinteilung, für diese Kontakte als Eigentümervertreter zuständig war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welche Vertreter hat die Gemeinde Wien in den Aufsichtsrat entsendet? Den Stellvertretenden Vorsitzenden?

**Gratz:** Den Stellvertretenden Vorsitzenden — Leiter der Finanzabteilung — Obersenatsrat Dr. Horny. Die Mitglieder aus den technischen Bereichen und von seiten der Spitalsverwaltung bitte ich den Unterlagen zu entnehmen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es geht Ihnen so wie mir: Ich weiß auswendig auch nur Horny.

Haben Sie speziell im Fall Horny geprüft, ob er auf Grund seiner Funktionen überhaupt zeitlich und kapazitätsmäßig in der Lage ist, diese Funktion auszuüben? Ich glaube, er hat ja mehrere Verpflichtungen: seine berufliche Verpflichtung, er ist Bürgermeister von Mödling schon, glaube ich, bei der Berufung gewesen. Mödling ist ja auch keine kleine Stadt.

Haben Sie sich mit dieser Frage eingehender befaßt?

**Gratz:** Ja, ich habe diese Frage geprüft. Ich habe auch mit ihm gesprochen. Wobei natürlich, was sowohl für Sektionschef Waiz als auch für Obersenatsrat Horny zutrifft, der Vorteil aus der beruflichen Funktion ja wieder darin liegt, daß er nicht als Einzelperson agiert, die sich alles selbst machen muß, sondern daß er sozusagen als Hilfe bei dieser Funktion natürlich einen sehr fachkundigen Apparat, sei es dort im Finanzministerium, sei es hier im Bereich der Stadt Wien, zur Verfügung hat.

Also im Licht dessen war ich durchaus der Ansicht, daß er diese Funktion ausfüllen kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Widersprechen Sie also damit der Ansicht des Rechnungshofes, der ausdrücklich festgestellt hat, daß es den Mitgliedern des Aufsichtsrates der AKPE, wie er sagt, an den problemspezifischen Fachkenntnissen mangelte?

**Gratz:** Na ja, wie gesagt: Ich vermag bei aller Hochschätzung dieser knappen Beurteilung des Rechnungshofes nicht beizutreten, weil der Rechnungshof übersieht, daß — ich spreche jetzt für unseren Bereich — Obersenatsrat Dr. Horny über die mögliche Mitarbeit und Zuarbeit, wenn man es so nennen will, hochqualifizierter Beamter im Rahmen der Finanzabteilung der Stadt Wien, die ja in sehr vielen Bereichen die Funktion des Eigentümervertreters auch auszuüben hat, verfügt.

Das ist ja auch der Grund — ich darf das nur als Nebenbemerkung sagen —, warum etwas möglich ist, was ja sonst arbeitsmäßig auch nicht möglich wäre, daß etwa im Bereiche einer Bank ein Vorstandsdirektor zehn Aufsichtsratsfunktionen bei Töchtern ausübt. Er kann es deswegen tun, weil er eben keine Einzelperson ist, sondern eine Konzernabteilung zur Verfügung hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich möchte nur einflechten: Ich bezweifle überhaupt die Zweckmäßigkeit, in mehrere Aufsichtsräte zu gehen. Aber das ist hier ein privates Statement, das ich abgebe.

Ab wann gab es für Sie Zweifel an der persönlichen Qualifikation des Dipl.-Ing. Winter, der ja sicher mit Ihrer Zustimmung in den Vorstand der AKPE berufen wurde?

**Gratz:** Echte Zweifel hat es gegeben, als Winter — nachdem er konfrontiert worden war über meinen Wunsch und über meine Bitte, ich glaube, von Sektionschef Waiz und Obersenatsrat Horny, mit Vorwürfen in einem Wochenmagazin — bei dieser Konfrontation — nach den Berichten, die ich dann bekommen habe, — in einer Weise agiert hat, daß mir Zweifel aufgekommen sind, ob seine Gegendarstellung, auf der er damals noch beharrt hat, richtig ist. Ich habe auf Grund der Schilderung, der Art seiner Gegendarstellung damals Zweifel bekommen, und es sind ja dann auch sehr rasch von seiten des Aufsichtsrates die notwendigen Befragungen seinerseits und dann, glaube ich, auch die Weitergabe von Anzeigen erfolgt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich kehre jetzt zurück zur Kontrollfrage, die ja sehr wesentlich ist. Sie haben auch heute schon darauf hingewiesen, wie schon mehrmals in der Öffentlichkeit, daß es jetzt die begleitende Kontrolle gibt.

Ist anläßlich der Gründung der AKPE der Gedanke einer begleitenden Kontrolle irgendwo schon einmal aufgetaucht?

**Gratz:** Ich darf eines sagen: Es ist ein Gedanke dauernd aufgetaucht, aber einfach bei Überlegungen nicht weitergekommen und nicht realisiert worden. Ich möchte sehr deutlich sagen, daß es nicht nur hier, sondern bei allen solchen Projekten, wo es eher um einmalige Dinge geht, die auch nicht vergleichbar sind — ich meine, das AKH ist so wie der erste Hochgebirgs-Straßentunnel quasi der Bau eines Prototyps, der dann in Benützung genommen werden muß —, daß es also überall bei diesen Dingen vielleicht gut wäre — aber das ginge natürlich nur auf Bundesebene, auch mit Ländern gemeinsam —, sich zu überlegen, ob man wirtschaftliche Organisationsformen schaffen könnte, die jetzt sowohl die Effizienz sagen wir der Privatwirtschaftsorganisationsform als auch die Begleitkontrollmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung vereinen — ich meine so, wie man etwa beim ORF gesagt hat, das ist jetzt keine Ges. m. b. H., sondern eben eine Rechtskonstruktion eigener Art —, ob es nicht interessant wäre, solche Rechtskonstruktionen eigener Art für Großprojekte der öffentlichen Hand zu schaffen, in diesem Zusammenhang natürlich auch mit der Frage der begleitenden Kontrolle.

Ansonst: Im konkreten hat man sich nicht damit beschäftigt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gibt aber, Herr Zeuge, zwei Politikergipfel, die sich mit dieser Frage ausführlich befaßt haben. Man hat am 18. 3. 1976 einen Beschluß gefaßt, und zwar in Besprechung zwischen Vertretern des Bundes

und der Stadt Wien, daß die Firma MEDIPLAN für diesen Zweck beigezogen werden soll, und man hat das dann am 31. 1. 1977 wieder fallengelassen. Also es scheint das doch schon eine Rolle gespielt zu haben.

Können Sie uns die Gründe nennen, warum man von dieser Form — es hätte auch eine andere Form sein können — einer begleitenden Kontrolle wieder abgegangen ist?

**Gratz:** Nein. Da ich an diesen Besprechungen nicht teilgenommen habe, kann ich Ihnen die Gründe nicht sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat hier in Ihrem Namen agiert in diesen Fragen?

**Gratz:** Ich möchte grundsätzlich sagen, daß, wie gesagt, nach der Geschäftsordnung des Magistrats die Vertretung der Eigentumsrechte von einem bestimmten Stadtrat, nämlich für Finanzen und Wirtschaft, auszuüben ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat Ihnen der zuständige Stadtrat Mayr über diese spezielle Frage damals nicht die Überlegungen dargelegt?

**Gratz:** Ich möchte das nicht einmal ausschließen, daß wir darüber gesprochen haben. Irgendwie als besonders bemerkenswerte Überlegung, die mir in Erinnerung geblieben ist, habe ich hier nichts in Erinnerung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Es ist also nun diese Aktiengesellschaft AKPE gegründet worden. Das Ziel, das Unternehmensziel, wenn ich das hier sagen darf, war klar: Das war die Errichtung dieses Bauwerks.

Hat man damals erwogen, weitere Unternehmensziele zu präzisieren, also etwa den Auftrag, mit einem bestimmten Kostenrahmen auszukommen oder binnen einer bestimmten Zeit das Bauwerk fertigzustellen?

**Gratz:** Man hat bei der Gründung einmal das an sich natürlich verschieden interpretierbare Wirt „optimal" verwendet. Ich meine, man hat schon dazugesagt: Das bedeutet nicht „so rasch wie möglich", denn „so rasch wie möglich" hätte eine Anordnung von Überstunden und so weiter ununterbrochen mit einschließen können. Es hat auch nicht bedeutet, „so sparsam wie möglich" im Sinn von „möglichst langsam", daß möglichst geringe Budgetraten herauskommen. Sondern „optimal" heißt, das „vernünftigerweise verbaubare Bauvolumen" — ohne Überstunden, ohne Sondermaßnahmen — umzusetzen.

Eine echte Höchstgrenze festzustellen war damals einfach nicht möglich. Ich möchte das jetzt eher laienmäßig darstellen. Ich bin überzeugt, es ist in den Unterlagen viel fachmännischer dargelegt. Es war nicht möglich, bei einem Bauwerk, dessen kompletter Inhalt mangels Betriebsorganisationsplanung noch nicht determinierbar war, sozusagen als Laie aus dem Handgelenk ein endgültiges Kostenlimit festzulegen. Das ist ja dann meiner Erinnerung nach bei einer viel späteren Eigentümerbesprechung geschehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich versuche, mich hier durchaus gutwillig in Ihre Situation zu versetzen, denn die war ja sicher schwierig, dieses große Projekt, das einem sozusagen irgendwo immer ein bißchen aus der Hand gleitet. Es ist ja bekannt, daß über die Kostenschätzungen im Laufe der Jahre immer wieder verschiedene Korrekturen erfolgen mußten.

Wäre es nicht naheliegend gewesen, wenn nun ein neuer Weg beschritten wird — man gibt das sozusagen aus der Hand der Verwaltung in ein Unternehmen, dessen Eigentümer zwar wieder die Gebietskörperschaften sind, aber wo Manager agieren, wie man das ja damals gesagt hat —, daß man diese Zäsur zum Anlaß nimmt und sagt: Der augenblickliche Stand der Kostenschätzungen, die ja, glaube ich, einmal bei 3 Milliarden oder so etwas begonnen haben, ist der: Ihr müßt oder ihr sollt mit diesem Rahmen auszukommen versuchen, und das binnen einer bestimmten Zeit. Hat man das damals nicht ventiliert?

**Gratz:** Es wurde natürlich ventiliert, weil ja jeder, der verantwortlich ist, auch selbst wissen möchte — schon aus dem Eigeninteresse des verantwortlichen Politikers —, um welche Größenordnungen es sich endgültig handeln wird. Und es ist richtig, daß die ersten Kostenschätzungen, die Sie erwähnt haben, 3 Milliarden, natürlich noch etwas ganz anderes betroffen haben, völlig unvergleichbar, Bettenhaus allein etc., daß man, wie ja auch dargelegt wurde aus den Kontrollberichten, mit einem Bauwerk konfrontiert wurde, das in der Dimension an sich gegeben war, das im Inhalt, in den Organisationsabläufen noch nicht gegeben war und wo jeder gesagt hat, ohne weitere Betriebsorganisationsplanung wird es nicht möglich sein, eine vernünftige Schätzung, die sich auf irgend etwas gründet, abzugeben. Ich meine, jedem wäre es lieber gewesen, das tun zu können, aber es war ja einmal eine Situation — das geht ja auch aus den Berichten hervor —, wo sogar die Planung der Architekten dem Bau — als das Bauwerk noch im entstehen war, jetzt grob gesagt — vielleicht um drei Stockwerke voraus war.

In dieser Situation hat es jeder, den man einmal intern im eigenen Bereich zu befragen versucht hat, abgelehnt zu sagen: Ich kann eine seriöse Schätzung abgeben. Das heißt, die Möglichkeit einer Kostenlimitierung, hat jeder gesagt, ist ohne wenigstens grobe Organisa-

tionsplanung und damit Hinweis auf die Ausstattung nicht möglich und wird endgültig natürlich immer noch mit großen, ich möchte nicht sagen Schätzungsfehlern, aber einfach mit Ungenauigkeiten behaftet sein, weil sich derzeit — ich muß sagen: zum Leidwesen der Budgetverantwortlichen, die das zahlen müssen — nichts so rasch ändert wie die Medizintechnik in ihren Entwicklungen und in den Kosten der Geräte, die als unbedingt notwendig dann angeboten werden und verlangt werden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Rechtsform der Aktiengesellschaft, die ich hier bereits mehrmals angesprochen habe, ist nach Auffassung des Rechnungshofes für eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Land Wien nicht geeignet, stellt der Rechnungshof in seinem Bericht auf der Seite 18 dar, und er wirft hier die Frage auf, warum man nicht ein Bundesgesetz beschlossen hat analog dem IAKW-Finanzierungsgesetz seinerzeit.

Können Sie uns sagen, Herr Zeuge: Ist die Frage, ob man hier nicht ein Sondergesetz beschließen soll, damals mit Ihrer Mitwirkung oder mit Ihrem Wissen ventiliert worden?

**Gratz:** Die Frage ist natürlich besprochen worden. Ich als Interessenvertreter der Stadt Wien möchte sehr deutlich sagen, daß natürlich auch der Gebietskörperschaft Wien eine gesetzliche Bindung des anderen Partners lieber ist, weil es eben auch für den Partner eine Garantie gibt. Die Gründe, warum es dann nicht zu diesem Sondergesetz gekommen ist, kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Ihnen diese Gründe nicht bekannt?

**Gratz:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie das je betrieben oder sonst irgendwie wieder zur Sprache gebracht oder moniert oder urgiert?

**Gratz:** Nein, ich habe es dann nicht mehr zur Sprache gebracht, weil eben, wie gesagt, die Konstruktion von Bundesseite her in dieser Form gewählt wurde.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben sich hier einfach der Meinung des Bundes akkomodiert. Habe ich das richtig verstanden?

**Gratz:** Naja: Wie immer bei Verhandlungen hat man Prioritäten. Meine Priorität war, den Bund überhaupt dazu zu bekommen, und zwar mit — wie gesagt — der Zielsetzung des optimalen Mitteleinsatzes. Das war mir — das sage ich sehr deutlich — das wesentlichste.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War das nicht außer Zweifel? Mußten Sie sich da erst bemühen in dieser Richtung?

**Gratz:** Nein. Ich meine: Man muß sich bei finanziellen Verhandlungen zwischen Gebietskörperschaften ungeachtet persönlicher oder politischer Zuneigung immer sehr bemühen, weil jeder eben sehr legitim das Interesse primär der eigenen Gebietskörperschaft vertritt. Aber ich meine: Einen Zweifel daran, daß der Bund und auch die Vertreter des Bundes höchst interessiert waren, ein Gebäude, das begonnen wird, jetzt optimal fertigzustellen, hatte ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich möchte diese Befragung nicht zu einer Polemik mißbrauchen. Sie werden mich nicht mißverstehen. Aber ich habe im Ohr, daß es mehrere Aussagen von Spitzenvertretern Ihrer Partei gab, daß nach dem Machtwechsel im Bund 1970 durch die gleiche politische Konstellation in Bund und Land die Situation ungeheuer erleichtert wurde. Ist das nicht zum Ausdruck gekommen bei den Verhandlungen zwischen Bund und Stadt Wien in dieser Frage?

**Gratz:** Herr Abgeordneter! Auch ohne zu polemisieren: Ich kann es deshalb nicht relativieren, weil ich vorher mit der anderen Bundesregierung als Vertreter einer Gebietskörperschaft nicht verhandelt habe.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Da haben Sie etwas versäumt, Herr Zeuge.

**Gratz:** Dann bin ich überzeugt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gibt hier den Syndikatsvertrag. Da wurde vorgesehen, und zwar im Artikel XV, daß es einen Beauftragungsvertrag geben wird zwischen Bund—Stadt Wien—AKPE. Und für den Beauftragungsvertrag muß ich gleichlautende Fragen stellen wie für das Sonderfinanzierungsgesetz. Er kam nämlich meines Wissens nicht zustande.

Können Sie die Gründe dafür nennen?

**Gratz:** Die Gründe weiß ich nicht. Mir ist berichtet worden, daß es darüber Gespräche gegeben hat, daß es — glaube ich — auch Entwürfe, aber zumindest Skizzen gegeben hat, daß man aber den wesentlichen Inhalt des Beauftragungsvertrages, nämlich die Anwendung der Vergabenormen der Stadt Wien von seiten der AKPE, als Verpflichtung übernommen hat, sodaß der wesentlichste Grund für die Stadt Wien, ununterbrochen zu drängen, nicht mehr vorhanden war, obwohl es richtig ist, daß dieser Vertrag da sein sollte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Das Kontrollamt hat diese Frage als sehr wichtig betrachtet und irgendwo in den Mittelpunkt der Ausführungen gestellt. Ich frage mich hier wirklich: Warum haben Sie hier nicht insi-

stiert? Sie waren doch hier in einem Vertragsverhältnis mit dem Bund. Ich glaube, zu Dr. Androsch — ich möchte das jetzt nicht einbeziehen — muß es ja doch ein Naheverhältnis gegeben haben, denn Sie sind ja beide, wenn ich richtig informiert bin, Stellvertretende Vorsitzende derselben Partei. Daraus kann ich ja annehmen, daß es ein sehr enges Kooperationsverhältnis gegeben hat, eine große Übereinstimmung.

Wenn nun hier ein Vertrag geschlossen wird zwischen den beiden Gebietskörperschaften und man einigt sich, es wird ein Beauftragungsvertrag nachfolgen, und das ist Gegenstand eines Vertrages zwischen zwei Gebietskörperschaften, deren Hauptrepräsentanten in dieser Frage noch dazu so eng verbunden sind, und das Kontrollamt sagt nachher, es war nachteilig, daß dieser Beauftragungsvertrag nicht zustande kam, da werden Sie verstehen, daß für mich doch die Frage noch ungeklärt erscheint, warum Sie hier nicht einfach die Aufgabe eines Vertragspartners übernommen haben, den anderen im Interesse der Gebietskörperschaft, die Sie zu vertreten haben, zu veranlassen oder zuzureden, daß er diesen Punkt des Syndikatsvertrages einhält.

**Gratz:** Herr Abgeordneter! Es ist ja nicht so, daß irgend jemand diesen Vertrag, den Abschluß dieses Vertrages abgelehnt hat. Nach den Berichten, die man mir mündlich gegeben hat, hat sich einfach gezeigt, daß Dinge, die an sich — nämlich durch Baufortschritt beweisbar — ganz einfach geschehen, wie es oft im Leben ist, beim Versuch, das alles im Detail schriftlich niederzulegen, komplizierter werden, als man vorher gedacht hat. Ich sage jetzt nur meinen Wissensstand aus den Berichten: Es ist niemals so gewesen, daß man hätte sagen müssen, hier ist ein böser Wille, daß kein Vertrag abgeschlossen wird, oder hier gibt es nicht gerechtfertigte Verzögerungen, jetzt muß man sehr kräftig darauf drängen. Mir ist immer gesagt worden: Nein, der Beauftragungsvertrag wird diskutiert, wird besprochen.

Ich kann nur sagen: Ich bedauere es auch, daß es ihn bis jetzt nicht gibt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Teilen Sie also hier nicht die Auffassung des Kontrollamtes, das gesagt hat, es sind dadurch erhebliche Nachteile eingetreten, weil das eine unklare Rechtssituation ausgelöst hat?

**Gratz:** Ich würde die Beurteilung insofern teilen, daß das Kontrollamt, das ja verpflichtet ist, mit großer Akribie vorzugehen, sicher recht hat, wenn es sagt, es hätten Nachteile eintreten können. Ich möchte das sehr einfach darstellen. Bei einer Firma wie der AKPE und unter ihr der APAK kann natürlich ein Nachteil eintreten, wenn es dann keinen Vertrag gibt. Extrem gesagt: Wenn sich die Firma auf einmal weigert, ein Allgemeines Krankenhaus zu bauen, dann ist es ein Nachteil, keinen Vertrag zu haben, in dem sie sich dazu verpflichtet hat. Also theoretisch hat das Kontrollamt sicher recht.

Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Ich bedauere es auch, daß es den Vertrag nicht gegeben hat, nicht so rasch gegeben hat. Aber es war jedenfalls nach den Berichten, die ich habe, kein böser Wille von irgendeiner Seite.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich möchte die Zeit meiner Kollegen nicht beschneiden und möchte daher vorläufig zu einem Schluß kommen. Ich möchte zur Abrundung unserer vorliegenden Diskussion jetzt noch folgendes fragen:

Herr Zeuge! Es gibt also diese Frage, die mir sehr wesentlich erscheint. Übergang von Verantwortung auf Aufsichtsrat, auf Geschäftsführung der AKPE. Es hat sich leider herausgestellt, daß bei der Auswahl doch offenbar nicht richtig, objektiv richtig — ich sage jetzt nicht subjektiv richtig, sondern objektiv richtig — entschieden wurde, denn es war Dipl.-Ing. Winter, ohne daß man dem Strafgericht oder einer anderen Behörde vorgreift, zweifellos nicht die richtige Entscheidung. Und es gibt, das wissen Sie als Jurist, so etwas wie die Culpa in eligendo.

Wer ist nach Ihrer Auffassung gegenüber den Bürgern der Stadt Wien für diese Auswahl verantwortlich?

**Gratz:** Verantwortlich für die Auswahl — nämlich dafür, daß sie die Auswahl nach bestem Wissen und Gewissen und mit großer Sorgfalt getroffen haben — sind alle, die letzten Endes sowohl vorgeschlagen als auch zugestimmt haben. Das ist für mich überhaupt keine Frage. Aber erlauben Sie mir, hier eines in aller Offenheit zu sagen, was manchmal in der öffentlichen Darstellung, wo es ja vereinfacht wird, nicht so zum Durchbruch kommt:

Das Dilemma bestand ja nicht darin — das darf ich sowohl hinsichtlich Wilfling als auch hinsichtlich Winter sagen —, daß unfähige Personen ausgesucht wurden, bezüglich deren man von vornherein sagen könnte, sie können fachlich nichts. Das Dilemma besteht darin — das sage ich mit großer Offenheit —, daß sowohl mit Wilfling als auch mit Winter ja Personen ausgesucht wurden, denen von ihrer fachlichen Seite her bis jetzt noch von vielen, die mit ihnen gearbeitet haben oder unter ihnen gearbeitet haben, oder für die sie gearbeitet haben, das beste Zeugnis ausgestellt wird.

Das ist ja das Problem. Es ist hier nicht darum gegangen, daß man jemanden genom-

men hat, bei dem jeder hätte sehen können, daß er das nicht kann, und daher begeht er Unkorrektheiten. Ich möchte auch hier dem Strafgericht nicht vorgreifen. Es wurden vielmehr Personen genommen, die an sich — wenn ich das so sagen kann nach den Berichten: ich kann es selbst nicht beurteilen — eine brillante Sachkenntnis mit einer moralischen Unzulänglichkeit vereint haben. Das ist in Wirklichkeit das Kernproblem des Ganzen, das sich mir genauso stellt wie jedem, der sie beurteilt hat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn Sie hier von brillanter Sachkenntnis und von sachlicher Eignung sprechen: Können Sie uns begründen, warum die Herren Parzer und Schwaiger ausgewechselt wurden, obwohl es keinen Vorwurf in krimineller oder sonstiger Hinsicht hier gibt?

**Gratz:** Ich gebe zu — auf die Gefahr hinauf, daß es ungerecht erscheinen mag —, daß in einer solchen Position mit solchen Bezügen für mich auch Kleinigkeiten entscheidend sein können, wie bei Direktor Schwaiger. Ich möchte jetzt Dinge, die im Kontrollamtsbericht stehen — und besonders, da er nicht mehr Direktor ist —, jetzt nicht noch einmal erwähnen. Aber für mich ist es doch so, daß das Persönlichkeitsbild eines Menschen in einer solchen Funktion so sein muß, daß auch anscheinende Kleinigkeiten ein Grund sein können, ihn nicht mehr weiter zu bestellen.

Ich glaube, Sie, Herr Abgeordneter, wissen, worauf ich anspiele.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein. Ich muß ehrlich gestehen, ich weiß es nicht.

**Gratz:** Sagen wir es generell — vielleicht bin ich da etwas zu streng; das ist jetzt meine persönliche Beurteilung —: Wenn ein Mann mit solchen Bezügen unter dem Titel „Geschäftsanbahnung" Nachtlokalrechnungen verrechnet, dann mag es eine Kleinigkeit sein. Aber bei einer Firma, bei der eine Geschäftsanbahnung jedenfalls in dem Sinn, daß ich irgend jemandem ein Produkt verkaufen will, gar nicht denkmöglich ist, ist das für mich die Ausnützung einer Position, wo ich dann persönlich eben meine Einschätzung ändere.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was nun die von mir vorher schon angeschnittene Frage der Culpa in eligendo betrifft: Wer konkret — ich muß hier die vielstrapazierten, aber für mich doch sehr zentralen Worte „politische Verantwortung" erwähnen —, trägt Ihrer Auffassung nach die politische Verantwortung für die Auswahl dieser Vorstandsmitglieder?

**Gratz:** Ich sagte schon: Die Verantwortung jeder, der sie als Funktionsträger ausgewählt hat, auch wenn man Vorschläge übernommen hat. Natürlich trage ich die Verantwortung für jeden Primarius in einem Wiener Spital, wenn mir der Landessanitätsrat drei gleichrangige Vorschläge macht. Ich trage dafür, wenn ich einen Vorschlag aufnehme — auch natürlich, wenn ich mich erkundige, ob der Vorschlag fundiert ist; und er war ja von seiten der Fachabteilung fundiert —, natürlich genauso mit die Verantwortung wie jeder, der den Vorschlag macht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also: Sie tragen hier ebenso die Verantwortung wie für die Ernennung anderer Amtsträger?

**Gratz:** Natürlich. Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich darf in diesem Zusammenhang noch etwas fragen: Es gab eine Phase in der Entwicklung, wo die Opposition die Dinge aufgezeigt hat, die dann zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses, die zu den Strafverfahren führten, wo es aber noch keine allgemeine Auffassung gab, daß Dinge passiert sind, die nicht in Ordnung sind. Es gab eine Phase, wo Sie, Herr Zeuge, und auch andere Politiker, auf die Vorwürfe, auf die Verdachtsmomente, die ausgesprochen wurden, auf die Vermutungen damit reagiert haben, daß Sie gesagt haben, es handelt sich um eine rein politische Aktion, um eine sogenannte Skandalisierung.

Haben Sie sich vor dem Beziehen dieser politischen Stellungnahme in jeder Hinsicht vergewissert, ob nicht eine sachliche Substanz der Vorwürfe vorhanden ist?

**Gratz:** Zuerst muß ich hier, wenn wir schon auf diesen Themenbereich kommen — Sie verzeihen mir; das Ganze spielt sich ja auch im Bereich der Innenpolitik und nicht im luftleeren Raum ab —, einfach auch politisch antworten.

Um es scherzhaft zu sagen: Es gibt Zeitungen, zu denen ich die Einstellung der Tante Jolesch habe, daß manchmal nicht einmal das Gegenteil wahr ist. Und es gibt Organe, bei denen ich politisch aus der Erfahrung den Eindruck habe, daß sie — womöglich wöchentlich — etwas skandalisieren wollen, was im Bereich der Stadt Wien stattfindet. Ich möchte jetzt nicht die Namen der Organe nennen. Ich hätte eine Mappe, wo jeweils in einigen Fällen zwei Jahre später auf Seite 3 zehn Zeilen lang gesagt wird, daß man sich entschuldigt, daß man drei Stadträte beschuldigt hat, in Bauskandalsachen oder in Grundstückskandale verwickelt gewesen zu sein.

Vor diesem Hintergrund einer für Sie vielleicht diskutierbaren — das akzeptiere ich; jeder hat seine politische Einstellung — und für mich erwiesenen Aggression und Skandali-

sierung aller Vorgänge im Bereich der Stadt Wien hat sich diese erste Attacke der Zeitung abgespielt. Ich möchte mich jetzt nicht beschönigen. Ich habe mich — obwohl ich diese Zeitung nach wie vor nicht liebe — nicht gescheut, im Sommer dann zu sagen: Ich habe in diesem Fall Unrecht gehabt.

Ich hatte nach meinem damaligen Wissensstand den Eindruck gehabt, daß es wieder eine jener Kampagnen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich verstehe Sie also richtig: Sie haben so viele schlechte Erfahrungen — aus Ihrer Sicht schlechte Erfahrungen — gehabt, daß Sie es hier nicht für angebracht gehalten haben, tiefergreifende Überprüfungen vorzunehmen.

**Gratz:** Nein. Ich bin von meinem damaligen Wissensstand ausgegangen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich darf abschließen mit der Frage, Herr Zeuge: Können Sie die Zusammenarbeit, die Sie mit Herrn Vizekanzler Finanzminister Androsch im ganzen Werdegang des AKH auf der politischen Ebene hatten, charakterisieren?

**Gratz:** Wir haben über das AKH formal, mit Anmeldung als Vertreter des Landes Wien beim Vertreter der Republik Österreich, der ich außerdem nur sehr bedingt gewesen wäre, weil ich ja nicht über Stadträte hinweggehen kann, wahrscheinlich sehr wenig gesprochen. Wir haben, wie es bei der politischen Nähe, wie Sie sagen, klar ist, über dieses Thema auch ohne Anmeldung — einfach so wie über viele andere Themen: vom U-Bahn-Bau bis zur Wirtschaftsförderung der Ostregion — natürlich immer wieder gesprochen, ohne daß es, wie gesagt, formalisiert gewesen wäre.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie in Fragen AKH — sei es informell, sei es formell — hier immer in voller Akkordanz, in voller Übereinstimmung, in voller Harmonie vorgegangen, oder gab es irgendwelche wesentliche Differenzen? — Das ist insofern wichtig für uns, weil ja eine der Fragen, die wir zu beantworten haben, die ist: Wer hat hier in welchen Fragen sozusagen in erster Linie den Kopf hinzuhalten?

Kann man davon ausgehen: Alles, was hier zu beantworten, zu bewerten und zu beurteilen ist, ist gemeinsam, so wie von Kastor und Pollux, von Gratz und Androsch getragen worden?

**Gratz:** Dort, wo es dann zur Übereinstimmung gekommen ist, sicher, weil man sich zu Vereinbarungen zu bekennen hat. Ich möchte Ihre Frage teilen. Sie haben gefragt: In Harmonie und Übereinstimmung.

Ich meine: Harmonie immer. Aber in vielen Fällen natürlich mit sehr harten sachlichen Diskussionen. Das war die eine Frage — ich darf das noch einmal sagen —, wo es einfach darum gegangen ist, daß der Vizekanzler sehr lange, und zwar bei ganz formlosen Gesprächen, ohne Ausarbeitungen, der Meinung war, man sollte doch nicht unbedingt eine solche große Aufgabe privatwirtschaftlich lösen, die öffentliche Hand könnte beweisen, daß sie es auch kann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das war die Meinung von Androsch. Habe ich richtig verstanden?

**Gratz:** Das war die Meinung von Androsch.

Und ich darf sagen: Ich bin ja grundsätzlich auch dieser Ansicht, sonst müßte man ja sagen, immer wenn etwas nicht geht, wenn man die Republik Österreich in eine GesmbH umwandelt, wird die Verwaltung besser. Ich meine, ich bin sicher nicht dieser Ansicht.

Ich war nur im konkreten Fall der Meinung, daß man trotz der Richtigkeit dieser Ansicht — weil eben etwas weitergehen sollte — diese Konstruktion finden soll. Schließlich ist es mit dem Finanzminister und späteren Vizekanzler — von ihm sicher nicht mit vollem Herzen, weil es nicht seine ursprüngliche Meinung war — zu dieser Akkordanz gekommen. Ich meine — das will ich damit erklären —: Natürlich muß es sachliche Differenzen geben. Es wird mit jedem Bundesvertreter die Diskussion über den universitären Anteil und über den Forschungsanteil an den Betriebskosten geben. Da haben wir sehr freundschaftlich oft sehr hart diskutiert, ob das 50 Prozent sein werden, und so weiter.

Aber ich meine: Das, zu dem es dann gekommen ist, ist in Akkordanz erfolgt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gibt es noch andere wichtige Fragen, so wie die privatwirtschaftliche Form, wo Sie unterschiedliche Auffassungen hatten zum Gesamtkomplex?

**Gratz:** Ich muß sagen: Das sind die zwei Punkte, die in meiner Erinnerung sind, weil sie einfach im Gespräch immer wieder vorgekommen sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der eine Punkt war die Rechtsform. Und der zweite?

**Gratz:** Die Rechtsform war die eine Frage. Freundschaftlich sehr hart hatten wir auch immer darüber gesprochen, wo — wie es eben bei Gesprächen zu sein pflegt — er der Meinung war, der Bund überzahlt mit 50 Prozent, weil Forschung und Lehre nicht so viel ausmachen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ging also um die Festlegung der Quote.

**Gratz:** Ich war eher der Meinung: Der Bund müßte noch mehr zahlen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wenn Sie diesen Zeitraum rückschauend betrachten: Jetzt gibt es den Kontrollamtsbericht, den Rechnungshofbericht und weitere Überlegungen, die Sie mittlerweile angestellt haben.

Wo sehen Sie die Hauptfehler, die wirklich passiert sind — ich darf mit dieser allgemeinen Frage beginnen —, im Lichte der heutigen Erfahrungen?

**Gratz:** Schauen Sie: Rückblickend. — Ich zögere deswegen, weil es schwer ist, die Verantwortungsträger der sechziger Jahre jetzt zu kritisieren, die ich an sich bewundere für den Entschluß zu sagen: Jetzt muß dieses 200 Jahre alte Josephinum endlich durch einen Neubau ersetzt werden! Und zwar zögere ich deswegen, weil ich weiß, was in der Situation Anfang der sechziger Jahre das Durchringen zu so einem Entschluß auf beiden Seiten hinsichtlich der finanziellen Belastung bedeutet hat, wenn man sich zurückerinnert, was es damals noch alles an sozialen Forderungen, an wirtschaftlichen Forderungen und so weiter gab.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt: Vom Grundsätzlichen her sehen Sie keinen Fehler?

**Gratz:** Vom Grundsätzlichen her halte ich es für richtig und bewundernswert, daß Anfang der sechziger Jahre gesagt wurde, anstelle des alten Josephinischen Spitals ein neues Allgemeines Krankenhaus zu bauen.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn es vom Grundsätzlichen her keine Fehler gibt, dann muß es in der Ausführung irgendwo Fehler gegeben haben, in der Durchführung Fehler gegeben haben, Herr Zeuge! Was sehen Sie da als Hauptfehler? Ich meine jetzt nicht Kleinigkeiten. Hinsichtlich der Nachtlokale und so weiter teilen wir alle sofort die Meinung, daß das Fehler sind.

**Gratz:** Ich zögere deswegen, wie gesagt, das als Fehler zu bezeichnen, weil ich den Mut bewundere. Ich bin an sich nämlich ein Anhänger der Methode, eher lang zu planen und dann rasch zu bauen.

Aber rückblickend — vielleicht in der Lust, wenn man schon jetzt grundsätzlich dafür ist, auch bald anzufangen — ist vielleicht ein Fehler darin zu sehen, daß man sagte: Ich stelle nicht die Planung komplett fertig und fange dann zu bauen an. Was die weitere Schwierigkeit gebracht hat — ich habe das vorher übersehen bei der Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier mit der doppelten Bauleitung —, war jetzt natürlich die verständliche Lust der Universitätsprofessoren, nicht einmal einen geplanten Status zu akzeptieren wie bei einem Automodell und zu sagen, das wird jetzt gebaut, sondern die verständliche Lust angesichts der Tatsache, daß es nicht nur nicht fertig gebaut ist, sondern daß es während des Bauens noch nicht fertig geplant ist, neue Forderungen zu stellen. Und hier war — das habe ich zuerst vergessen — natürlich die Schwierigkeit der Bauleitung, die sich — ich sage das bitte ohne Abwertung der Beamten — doch auf einer „beamteten Ebene" abgespielt hat, die es sehr schwer gemacht hat, massiven persönlichen Interventionen von Universitätsprofessoren entgegenzutreten.

Obmann Dr. **Steger:** Wo waren jetzt die Entscheidungsträger? Wohin ist das delegiert worden? Wer hat noch Entscheidungskompetenz gehabt als Gremium in den letzten Jahren vor AKPE-Errichtung und ab AKPE-Errichtung?

**Gratz:** Vor AKPE — ich sage das jetzt sehr laienmäßig zusammengefaßt — ein zu großes Gremium, bestehend aus Bundesministern, Bürgermeister und Amtsführenden Stadträten der Stadt Wien.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen den Spitzenausschuß.

**Gratz:** Der Spitzenausschuß. Und zwar war das eben naturgemäß — das Ganze war eine behördliche Organisation ohne sehr weitgehende Delegierungen an die gemeinsame Bauleitung; es hat sich die Tatsache herausgestellt, daß es sich eben, wie gesagt, das habe ich zuerst berichtet, meiner Ansicht nach um eine kollektive Führung auf höchster politischer Ebene für eine Tätigkeit handelte, wo unter Umständen täglich entschieden werden soll; ich sage es jetzt einfach: welche Kabel und welche Ventilatoren und so weiter, und wo noch dazu jeder einzelne politische Entscheidungsträger sicher überfordert ist, mehr zu tun, als das zu akzeptieren, was ihm die Fachleute vorschlagen — eine ungünstige Konstruktion.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es Mehrstimmigkeitslösungen gegeben, oder hat es das Einstimmigkeitsprinzip gegeben? Also das Konsensprinzip nach Aussprache?

**Gratz:** Über die Zeit vor meiner Zeit kann ich bitte nicht urteilen. Zu meiner Zeit wurde damals — ich meine, damit es rascher geht — vereinbart: Warten wir nicht immer bis man für Formalentscheidungen, die zu treffen waren — und ich sage ausdrücklich „Formalentscheidungen", weil ich nie mehr hätte tun können beim Unterschreiben von technischen Bestellungen —, acht politische Funktionäre an einem Tag an einen Tisch bringt — und das sehr oft hintereinander, weil das notwendig gewesen ist —, hat man sich dann geeinigt, das Ganze im Rundlauf zu machen. Um das jetzt

weiter abzukürzen — weil ich daraufgekommen bin, daß das auch noch wieder zu langsam geht —, habe ich auf der Seite der Stadt Wien den Rundlauf ersetzt durch den Generalbevollmächtigten.

Obmann Dr. **Steger:** In der Anfangszeit soll es ja politisch-paritätisch besetzt gewesen sein. Als noch Koalition zunächst auf der Bundesebene, Koalition im Wiener Raum. Hat es da eine Paritätsvereinbarung gegeben?

**Gratz:** Nach meiner Erinnerung hat es keine Paritätsvereinbarung gegeben, sondern sie hat sich einfach daraus ergeben, daß auf der Bundesseite Finanzen, Bauten und Unterricht auch schon zur Koalitionszeit jedenfalls ÖVP-Ministerien waren. Dadurch hat sich das irgendwie automatisch ergeben.

Obmann Dr. **Steger:** Es hat sich aber automatisch mit Auflösung der Koalitionen dann auch diese Zusammensetzung verschoben, ohne daß es da irgendwelche weiteren Vereinbarungen gegeben hat.

**Gratz:** Ja, das ist richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es in dieser Phase, als noch eine de facto paritätische Besetzung war — das wird ja sicherlich auch irgendwie überprüft worden sein von Ihnen als natürlich erst später im Amt befindlicher Bürgermeister —, Mehrheitsabstimmungen oder Einigung über diese verschiedenen Entscheidungen, die dort getroffen wurden?

**Gratz:** Also nach dem, was ich durchgesehen habe, hat es keine formalen Abstimmungen mit Mehrheiten gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, man hat so lange geredet, bis man einen Konsens gefunden hat. Ist das richtig interpretiert?

**Gratz:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ist es richtig, daß Bürgermeister Slavik an das Kontrollamt einen Brief geschrieben hat, wonach der Auftrag der Arbeitsgemeinschaft AKH an Siemens über die elektrische Energieversorgungs- und Verteilungsanlagen nicht zu prüfen ist?

**Gratz:** Nein, mir ist von einem solchen Brief nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es eine gemeinsame Ablage, wo Sie auch noch Briefe Ihres Vorgängers drinnen haben und so etwas nachschauen können? Es handelt sich um einen Auftrag über etwas mehr als 2 Milliarden Schilling. Auftragssumme: 2,023 Milliarden Schilling.

**Gratz:** Über diesen Auftrag konkret und über einen Brief im einzelnen ist mir nichts bekannt.

Ich nehme es als sicher an — da ich organisatorisch nichts verändert habe —, daß die Briefe meines Amtsvorgängers in amtlichen Angelegenheiten ebenso in der Ablage der Magistratsdirektionen sind wie meine eigenen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sagten jetzt, über diesen Auftrag ist Ihnen nichts bekannt. Das war 1975. Aber vorher, noch unter Ihrem Amtsvorgänger, waren die Vorbesprechungen, an wen das gehen soll. März 1975 war dann die Vergabe. Da waren Sie ja schon im Amt?

**Gratz:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Da sagte der Herr Winter — ich zitiere Seite 576 des Ausschußprotokolles vom 22. 7. 1980, nur damit ich immer sage, was ich zitiere —:

„Nach Genehmigung durch das Bautenministerium kam dieser Vergabeakt zur Stadt Wien. Bei dieser Größenordnung mußten ja die Unterschriften des Herrn Bautenministers und des Herrn Bürgermeisters als Vorsitzende des Spitzenausschusses auf dem Akt sein."

Sie sagten jetzt, Sie kennen diese Vergabe nicht.

**Gratz:** Ich möchte nicht ausschließen, daß ich nach mündlichem Referat und Vorlage des Aktes durch meinen Präsidialchef dann den Akt unterschrieben habe. Es ist mir einfach die Tatsache selbst nicht in Erinnerung.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist natürlich möglich.

Bei diesem Auftrag fällt nämlich auf, daß die bestbietende Firma, Brown Boveri, selbst angibt, nicht mehr zu Bietergesprächen eingeladen worden zu sein. Der Auftrag wurde dann an Siemens vergeben, an jene Firma, von der wir mittlerweile wissen, daß sie in diesem Zahlungskarussell mitinvolviert war. Und später kamen dann Interventionen, daß Brown Boveri mit einem Drittel hineinzunehmen ist. Da gibt es dann auch eine Korrespondenz mit Ihnen — Briefe an Sie und Antwort von Ihnen —, wo es um die Frage geht: Heißt das jetzt Drittel dessen, was Siemens innerösterreichisch weitergeben muß, oder Drittel des Gesamtauftrages?

Haben Sie darüber jetzt Erinnerung an diese Korrespondenzen?

**Gratz:** Ich muß ganz offen sagen: Ich kann mich im Detail nicht erinnern, ich müßte sie mir heraussuchen, da ich — ich darf das sagen — mit Interventionen zugunsten Wiener oder österreichischer Firmen sehr viel befaßt werde.

Obmann Dr. **Steger:** Ist zu irgendeinem Zeit-

punkt, da Herr Winter sagte, Vergaben in dieser Dimension mußten vorgelegt werden, in politischen Gremien — es kann jetzt der Spitzenausschuß sein, das kann sein das Bund-Stadt Wien-Komitee durch den Vertreter, den Sie dort nominiert haben, das kann sein der Wiener Amtsrat, in dem manchmal solche Besprechungen stattgefunden haben — über derartige Großvergaben etwas diskutiert worden? Haben Sie darüber Erinnerungen?

**Gratz:** In Gremien ist über diese Großvergaben sicher nicht diskutiert worden. Was immer wieder geschehen ist, und zwar sowohl im Wiener Wirtschaftsbeirat als sicher in allen Kontaktgesprächen, ob die jetzt mit Interessenvertretungen oder wie immer waren, möchte ich sagen, war sicher immer das Ceterum censeo von meiner Seite und eigentlich von allen Seiten, an die ich mich erinnern kann: Bitte, paßt auf, erstens, daß Aufträge womöglich im Inland vergeben werden, und zweitens, wenn sie im Inland vergeben werden, paßt auf, soweit man das überhaupt tun kann, daß es nicht nur Weitergabeaufträge sind!

Obmann Dr. **Steger:** Nur: Wenn man das „Paßt auf!" sagt, dann heißt es auch, daß es irgendwo Gespräche gibt, daß man da allenfalls vielleicht doch etwas gehört hat.

Wann hat der Bürger — darf ich das so fragen —, nicht der Bürgermeister, sondern wann hat der Bürger Leopold Gratz zum erstenmal für möglich gehalten, daß es im Bereich der Gemeinde Wien auch Korruption gibt? Daß es das auch gibt. Wann hat der Bürger Leopold Gratz erstmals von diesem Verdacht gehört? — AKH, Bürger Leopold Gratz.

**Gratz:** Ich habe von diesem Verdacht ... Ich meine, in konkretisierter Form. Ich darf sagen: Der Bürgermeister kriegt jede Woche anonyme Briefe, auch wegen des AKH.

Obmann Dr. **Steger:** Der Bürger Leopold Gratz, daß er für möglich gehalten hat, daß man da besondere Sicherheitsmaßnahmen einführen muß. Deswegen frage ich Sie ja. Ich komme dann schon zur Folgefrage.

**Gratz:** Nachdem aber, bitte, das der Bürger nicht hätte wissen können, sondern der Bürgermeister, nachdem ...

Obmann Dr. **Steger:** Der Bürger Steger weiß auch ein bissel etwas mittlerweile.

**Gratz:** Herr Abgeordneter! Ich habe das jetzt vorgezogen, was der Bürger nicht wissen kann. Zum Bürger Leopold Gratz wären nicht der Sektionschef Waiz und der Obersenatsrat Horny gekommen und hätten ihm auch eher bestürzt über ihre Aussprache mit dem Direktor Winter nach der Veröffentlichung in diesem Wochenmagazin berichtet.

Obmann Dr. **Steger:** Wann also hatte erstmals, da der Bürger Leopold Gratz keinen konkreten Verdacht haben konnte nach Ihrer Meinung, der Bürgermeister Leopold Gratz einen solchen?

**Gratz:** Nach diesem Bericht. Das war um Ostern des vorigen Jahres herum, glaube ich.

Obmann Dr. **Steger:** Also vor 1980 gar nichts.

Es sollen da laut einem Bericht, von dem ich auch nicht weiß, ob er wahr ist — ich teile da den Standpunkt der Tante Jolesch so wie Sie manchmal — aber schon früher von Ihnen einige Untersuchungen veranlaßt worden sein.

**Gratz:** Schauen Sie, das ist so: Man bekommt immer wieder ...

Obmann Dr. **Steger:** Vor 1980.

**Gratz:** Das ist durchaus möglich, da ich das ja nicht als Privatperson bekomme. Ich bekomme laufend, möchte ich sagen, Briefe — zum größten Teil anonym, zum geringeren Teil von Personen, die ihren Namen nennen —, Hinweise auf angebliche Korruptionsfälle, auf das Entgegennehmen von Begünstigungen. Und ich möchte nicht ausschließen, daß bei diesen Briefen auch AKH-Aufträge erwähnt wurden. Ich habe in allen solchen Fällen die Briefe jedenfalls mit dem Verteiler: Magistratsdirektor — Kontrollamtsdirektor — zuständiger Stadtrat — mit der Bitte um Prüfung!, weitergegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie da auch ein System, wie Ihnen zurückgemeldet werden muß, was daraus wird?

**Gratz:** Ich habe das System, daß mir zurückgemeldet wird, wenn positiv etwas daraus wird.

Obmann Dr. **Steger:** Es geht von Ihnen an den Magistratsdirektor und Kontrollamtsdirektor.

**Gratz:** Und zuständigen Stadtrat.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es Rückmeldungen?

**Gratz:** Ich habe Rückmeldungen über Ergebnisse — ich zögere, „im positiven Sinn" zu sagen — in dem Sinn, daß die Behauptungen wahr gewesen wären, nicht bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Dr. Bandion, Magistratsdirektor, behauptet jetzt, daß er vier- bis fünfmal von den gegen Wilfling erhobenen Beschuldigungen Ihnen Mitteilung gemacht hat seit November 1976. Was haben Sie da veranlaßt? Oder stimmt das nicht?

**Gratz:** Es stimmt ganz sicher, denn ich habe in diesem Fall nichts zu veranlassen gehabt, denn hätte mir es irgend jemand anderer erzählt, dann hätte ich den Magistratsdirektor

beauftragt, dem nachzugehen. Da er es mir erzählt hat, habe ich nur sagen können, daß ich überzeugt bin, daß er dem nachgehen wird, was er mir auch bestätigt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sollen sich einmal dann auch bei Wilfling geweigert haben, einen Vertrag zu unterschreiben, als es darum gegangen ist, als Bereichsleiter den Vertrag zu unterschreiben. Hat das nichts damit zu tun gehabt?

**Gratz:** Das ist, glaube ich, eine Verwechslung, Herr Abgeordneter. Ich versuche jetzt, das zu sagen, was ich glaube, was gemeint ist. Es ist damals meines Wissens um den Konsulentenvertrag gegangen. Wenn ich mich richtig erinnere, ist es darum gegangen, was ich zuerst hier auch bereits im Ausschuß gesagt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Der Konsulentenvertrag war 1. März 1974 bis 28. Feber 1975, und der Beratungsvertrag war 1. Mai 1976 bis 31. Dezember 1977. Ich fragte hinsichtlich des Bereichsleitervertrages, den Sie angeblich nicht unterschrieben haben per 1976.

**Gratz:** Ich darf das erläutern. Ich habe es zuerst — Sie waren gerade beschäftigt bei der Fragestellung des Abgeordneten Kapaun — erläutert.

Es wurde mir damals vorgeschlagen, einen Konsulentenvertrag abzuschließen mit ihm selbst. Ich wiederhole noch einmal: Mir ist damals die notwendige Höhe des Entgelts bei Ausscheiden aus der ODELGA als insofern unzumutbar vorgekommen, als das, um es vereinfacht zu sagen, die gesamte Entlohnungsstruktur der Leitenden Angestellten des Magistrats durcheinandergebracht hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Es war kein sonstiges Mißtrauen, sondern es waren Gehaltsprobleme.

**Gratz:** Es war das Problem, das ich gesagt habe. Man muß ja als Chef einer Verwaltung auch darauf schauen, daß nicht durch eine Ernennung zwanzig andere vergrämt sind, die wahrscheinlich zu Recht sagen, daß sie die gleiche oder vergleichbare Leistungen erbringen und weniger bekommen. Ich habe damals gebeten, das daher nicht so zu machen, sondern auf eine andere Art, und damals ist der Vertrag mit der ODELGA abgeschlossen worden.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt wird also Wilfling entfernt — warum auch immer —, und Sie sagen: Weg. Sagen wir, das ist eine Vereinbarung, daß er ausscheidet. Einvernehmlich.

Warum haben Sie ihm zu dem Zeitpunkt noch immer ein Konsulentenverhältnis angeboten? Das war ja zu einem Zeitpunkt, wo schon zumindest so Nachtlokalrechnungen und so etwas bekanntgeworden sind.

**Gratz:** Es waren keine Nachtlokalrechnungen. Das war für mich etwas in einem ganz anderen Bereich, was für mich auch wieder jetzt — da war nichts Kriminelles dran wahrscheinlich; oder vielleicht; ich weiß es nicht; — jedenfalls moralisch abqualifiziert hat, das war seine Methode, sich gegen Kritik des Kontrollamtsdirektors zur Wehr zu setzen. Das war — ich nehme an, das ist in den Berichten vorgekommen — mit Erhebungen in Wiener Spitälern über angebliche Nichtbezahlung von — ich weiß es jetzt nicht — ein paar Rechnungen oder irgend etwas durch den Herrn Kontrollamtsdirektor.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Lainz.

**Gratz:** Es war in Lainz draußen.

Das war der Bereich, wo ich gesagt habe: Damit ist für mich auch wieder der Punkt, wo ich zumindest ihn als verantwortlichen Leiter einer Dienststelle — und in dieser Eigenschaft konnte er ja diese Informationen überhaupt nur anfordern — nicht haben möchte.

Die Weiterbetrauung als Konsulent hat einfach damit zusammengehangen, daß er den ersten Spitalsplan zumindest sehr maßgeblich ausgearbeitet hat, daß der Prof. Stacher — ich sage es jetzt vereinfacht — mir gesagt hat, der zweite, der revidierte Spitalsplan, die Revidierung des Spitalsplanes auf den Stand des Vorjahres steckt halbfertig in den Computern vom Wilfling drinnen, und er möchte diesen revidierten Spitalsplan mit seiner Hilfe fertigstellen und heraushaben.

Das war der Grund, warum ich gesagt habe: Bitte, Behördenleiter geht nach meiner Einschätzung nicht mehr, aber als Konsulent für diesen Spitalsplan würde ich ihn gern nehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Was war da finanziell vorgesehen als Konsulent?

**Gratz:** Darüber war konkret überhaupt nichts vorgesehen. Also ich weiß nicht, ob es dazu gekommen wäre, denn der auch, glaube ich, in diesem Brief bereits nominierte Verhandlungspartner der Stadt Wien für den Konsulentenvertrag war der Magistratsdirektor der Stadt Wien, der sicher darauf geachtet hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Daß es nicht zuviel wird.

Wie sehr ist jetzt der „Wiener Amtsrat" immer wieder eingeschaltet gewesen, wie oft tagt der zirka, und wie oft hat sich der durchschnittlich — es soll ja keine Detailantwort daraus werden — mit der AKH-Problematik beschäftigt?

**Gratz:** Ich glaube, man muß einmal den Namen erklären. Das klingt so amtlich „Der Amtsrat". Der Name stammt, wie ich feststellen konnte, vom Präsidenten Stemmer aus der

Ersten Republik, als die Amtsführenden Stadträte unter der Abkürzung „Amtsrat" als Gremium zusammengetreten sind, das heißt, als sozialistische Fraktion des Stadtsenates ist diese Bezeichnung überliefert.

Ich sage das nur deswegen, weil dieses Gremium einen solchen Amtscharakter hat mit seiner Bezeichnung „Amtsrat". Meine vergeblichen Versuche seit drei Jahren, ihn umzutaufen, führen zu nichts, weil ihn jeder weiter so nennt.

Aber zu Ihrer Frage, Herr Abgeordneter: An sich tagt diese Fraktion regelmäßig eine Stunde vor der Stadtsenatssitzung. Das sind die Routinetagungen, in denen jeweils AKH sicher dann besprochen wurde, wenn irgend etwas in diesem Zusammenhang auf der Tagesordnung des Stadtsenats war, was nicht sehr oft gewesen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Ist die Frage der Betriebsorganisation dort je behandelt worden im „Amtsrat"?

**Gratz:** Es ist die Frage, und zwar Anfang 1974, daß es möglichst rasch notwendig ist, zu einer Betriebsorganisation und zu einer Betriebsorganisationsplanung zu kommen, behandelt worden. Das war zu Beginn 1974, als ich damals eine längere Tagung veranstaltet habe, einfach mit der Bitte an jeden Amtsführenden Stadtrat, seine Probleme — das war am Beginn einer Amtsperiode —, seine wesentlichen Dinge vorzutragen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben da in einem Pressedienst nämlich Unterlagen zitiert, die wir nicht haben. Daher hätte ich gern gewußt: Was sind das für Protokolle und für Aktenvermerke, die Sie zitieren? Unter anderem steht da, ich soll weiterlesen. Nur haben wir das nicht, wo ich weiterlesen könnte. Sind das jetzt Protokolle des „Amtsrates", oder was ist das?

**Gratz:** Sollte das hier nicht vorhanden sein, dann bitte ich wirklich um Entschuldigung, daß ich gesagt habe „weiterlesen".

Es geht um folgendes: Als ich die Äußerung hörte, daß es im „Amtsrat" besprochen sein soll, habe ich gefragt: Wie kann es überhaupt dazu kommen? Und da hat mir der Amtsführende Stadtrat Mayr gesagt, seiner Ansicht nach könnte das nur aus den, ich glaube, Vorstandsprotokollen, die ja hier auch sind, entnommen worden sein, weil nämlich fälschlich, und zwar wirklich fälschlich, in einem Vorstandsprotokoll — und er hat mir dann zwei Dinge gezeigt: nämlich ein Vorstandsprotokoll, in dem berichtet wird, daß nächste Woche der Professor Stacher den „Amtsrat" mit der Frage befassen wird, und dann hat er mir aber eine Ergänzung zu diesem Vorstandsprotokoll gezeigt, in dem berichtet wird, daß darüber nicht gesprochen wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Das haben wir nicht. Die Ergänzung haben wir nicht.

**Gratz:** Ich bitte um Verzeihung. Ich darf das dem Stadtrat Mayr sagen. Das ist selbstverständlich.

Obmann Dr. **Steger:** Ich würde bitten, daß wir das bekommen, damit wir auch weiterlesen können. Er kann auch nachschauen, ob es da noch ein paar Ergänzungen gibt.

**Gratz:** Gern.

Obmann Dr. **Steger:** Dann lesen wir die auch alle gleich nach, damit wir nicht so unangenehm das über Pressedienst austragen müssen.

**Gratz:** Die Ergänzung des Vorstandsprotokolls, die er mir gezeigt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Bürgermeister! Zur Betriebsorganisationsplanung: Da hat es verschiedenste politische Vorschläge gegeben, wie das weiter gemacht werden soll.

In welchen Gremien, haben Sie in Erinnerung, sind die politischen Entscheidungen vorbesprochen worden, daß es außer Haus vergeben wird?

**Gratz:** Mit „außer Haus" meinen Sie jetzt „außer AKPE".

Obmann Dr. **Steger:** Daß es nicht von Magistratsbediensteten direkt durchgeführt wird, sondern daß das marktwirtschaftlich, wenn man so will, vergeben wird.

**Gratz:** Kurz zusammengefaßt: Diese Beratung zu Beginn der Amtsperiode — ich glaube, es muß im ersten Quartal 1974 gewesen sein —, die ich, wie gesagt, einberufen hatte, damit jeder Amtsführende Stadtrat dort vor allen anderen Amtsführenden Stadträten seine Darstellungen über Probleme des Ressorts und kommende Arbeit gibt. Hier hat erstens Professor Stacher deponiert — meines Wissens sogar mit einer schriftlichen Arbeitsunterlage —, wie notwendig es ist — ich wiederhole mich —, rasch zu einer Betriebsorganisationsplanung zu kommen, weil seiner Ansicht nach, wie sich ja richtig zeigt, keine vorliegt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich will bitte vor allem gern wissen: Welche Gremien haben in welcher Abfolge die Entscheidung dafür getroffen?

**Gratz:** Ich darf das kurz sagen. Ich glaube, es ist nur zusammenhängend verständlich.

Meiner Erinnerung — Anfang 1974 — hat Professor Stacher berichtet. Sowohl seine Überlegung als auch natürlich unsere war —

oder wenn Sie so wollen, meine Gegenfrage; so etwas findet ja nicht sehr formalisiert statt —: Ist es möglich, das selbst zu machen? Beispiel: Ihr habt ja auch die Betriebsorganisationsplanung für die Rudolfsstiftung im wesentlichen gemacht!

Seine Antwort: Mit dem Personal, das er derzeit zur Verfügung hat — und bei Aufstockung wüßte er nicht, wo er das Fachwissen hernehmen soll —, ist es ihm ausgeschlossen, mit Hilfe der Magistratsabteilung, wie er sie als Stadtrat im Spätherbst 1973 übernommen hat, eine Betriebsorganisationsplanung für Spital plus Universitätsklinik dieser Größenordnung zu machen.

Daher ist zu diesem Zeitpunkt, 1974, einfach besprochen worden: Wie kommt man an das Fachwissen heran? Kann man die Leute selbst anstellen?

Und damals ist — ich glaube, mich zu erinnern — berichtet worden, daß es höchstwahrscheinlich — es ging damals noch um die Stadt Wien —, nicht möglich sein wird, für eine Aufgabe, die ja noch dazu nicht für ein ganzes Berufsleben durchzuführen ist, sondern eben für die Zeit der Betriebsorganisationsplanung von seiten der Stadt Wien, die notwendigen Fachleute, von denen es einige Dutzend in Europa geben soll, wie gesagt wurde, anzustellen. Das heißt, es ist damals grundsätzlich gesagt worden, es wird wahrscheinlich notwendig sein, die Planungsarbeiten außer Haus zu vergeben. Das war zu diesem Zeitpunkt.

Obmann Dr. **Steger:** Vom Stacher Ihnen persönlich gesagt?

**Gratz:** Dort in diesem Kreis, daß es sicher notwendig sein wird, das zuerst nach außen zu vergeben.

Obmann Dr. **Steger:** Und welches Gremium hat das dann formell entschieden?

**Gratz:** Entschieden hat das kein Gremium, weil es, zumindest meines Wissens, zu einer Vergabe der ganzen Betriebsorganisationsplanung vor Gründung der AKPE dann ja auch nicht mehr gekommen ist. Es war das daher sozusagen eine Tour d'horizont über das Ressort, was in den nächsten Jahren zu entscheiden sein wird. Die Entscheidung über die Auswärtsvergabe und an wen ist dann in diesem Gremium und auch in keinem sonstigen Gremium, politischen Gremium oder anderem, dem ich angehöre, diskutiert oder entschieden worden.

Obmann Dr. **Steger:** Das bringt mich eben jetzt hin auf diesen Themenkreis: Wo waren die Entscheidungsträger eigentlich? Es war zunächst der Spitzenausschuß. Dann ist das immer zu schwerfällig gewesen, er hat zu selten getagt. Dann haben Sie dieses Rundlaufsystem eingeführt, dann das ersetzt durch einen Generalbevollmächtigten.

Wo war denn die Entscheidungskompetenz wirklich hindelegiert? Hat das Bund-Stadt Wien-Komitee Entscheidungskompetenz gehabt?

**Gratz:** Eine echte Kompetenz bis zur Gründung der AKPE hat eindeutig nur der Spitzenausschuß gehabt beziehungsweise sein Rundlaufersatz. Wobei es, wie gesagt, zu diesen Entscheidungen zur Zeit des Spitzenausschusses außer, ich muß sagen, des dauernden Drängens, man muß endlich zu einem größeren Planungsvorlauf kommen — ich habe ja zuerst den Scherz gemacht, daß die Planung immer nur drei Stockwerke voraus war dem Bauwesen — muß.

Obmann Dr. **Steger:** Manchmal hintennach vielleicht sogar.

**Gratz:** Oder nach.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt: Dann ist es an die AKPE gegangen. Welche Zielvorgabe hat jetzt die AKPE aber gehabt bei ihren Entscheidungen? Was haben die Politiker der AKPE — dort saßen ja keine Politiker, sondern Durchführungsorgane — für eine Zielvorgabe gegeben?

**Gratz:** Die Zielvorgabe war, „optimal" weiterzubauen. Ich erkläre das nochmals: „Optimal" zu bauen heißt, daß jährlich von Seite des Bundes und der Stadt Wien die optimal verbaubaren Mittel zur Verfügung gestellt werden können, also ohne Überstunden und ähnliche Notmaßnahmen, aber doch jene Mittel, die zu einer zügigen Baufortführung notwendig sind. — Das war das erste.

Das zweite war die Vorgabe — ich darf das vereinfacht sagen —, möglichst rasch festzustellen, wieviel das Ganze dann endgültig kosten wird, eine Feststellung, die, wie gesagt, damals gleich ohne Fertigstellung der Planung nach Meinung der Leute dort nicht so rasch zu treffen war, weil es vor allem ja auch einige Zeit gedauert hat, bis man dann zu der Setzung eines Limits gekommen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bin also natürlich Oppositionspolitiker, aber Sie werden mir trotzdem gestatten, daß ich sage: Das ist ja noch nicht die Zielvorgabe, daß man jenem Gremium, das das Spital errichten soll, den Auftrag gibt festzustellen, wieviel es kosten wird. Das ist vielleicht jetzt ätzend festgestellt, aber ich bitte trotzdem: Unter Zielvorstellungen verstehe ich: Was darf es kosten, bis wann hat es fertig zu sein, in welcher Größenordnung, welche Schwerpunkte sind innerhalb dieses Spitals zu setzen, wie groß ist der Universi-

tätsbetrieb, et cetera. So etwas hat es, irgendwo aufgelistet, schriftlich festgehalten, offensichtlich nicht gegeben.

**Gratz:** Herr Abgeordneter! Jetzt kommen wir doch, nicht böse sein, von einer Zeugenaussage zu einer Sachdebatte, denn ich meine, daß es ...

Obmann Dr. **Steger:** Man könnte es zunächst mit ja und nein beantworten. Wenn Sie sagen, das hat es gegeben, dann ersparen wir uns wahrscheinlich die Debatte.

**Gratz:** Das kann man eben nicht sagen. Ich meine, wahrscheinlich wäre diese ganze Beschäftigung mit den Dingen, wenn Sie mir erlauben es zu sagen, nicht notwendig, wenn es das alles damals gegeben hätte. Nur darf ich eines sagen, denn ich möchte wirklich jetzt wieder weg von der Polemik ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte einen Satz noch sagen, bevor Sie antworten. Er ist nicht polemisch. Nur: Im Artikel XV des Vertrages mit der AKPE, also Syndikatsvertrag Bund — Wien, Vertrag, mit dem die AKPE errichtet wurde, steht ausdrücklich drinnen, daß es einen eigenen Beauftragungsvertrag geben wird, wo das alles drinnen stehen wird. Nur: Den hat es nie gegeben.

**Gratz:** Ich darf jetzt, beginnend mit Ihren ersten Fragen, versuchen, darauf zu antworten.

Ich glaube, daß Ihre Bemerkung, man kann doch nicht dem, der das bauen soll, sagen, wieviel es kosten soll, richtig wäre, wenn das ein fremder privatwirtschaftlicher Generalunternehmer gewesen wäre. Ich darf das sagen, weil es mir in diesem Zusammenhang einfällt. Das war ja auch der Grund, warum das nicht möglich war, was mir eigentlich noch lieber gewesen wäre als die AKPE, nämlich sozusagen ein Generalunternehmer, bei dem man sagen kann: Ich bestelle mir bei dir ein Spital und nehme es dann ab!

Sehr vereinfacht: Die Schwierigkeit angesichts des Planungsstandes war doch, man hätte einen Generalunternehmer finden müssen, dem man so vertraut, daß man ihm sagen kann: Bau mit mir ein Spital, aber ich kann dir die Details, nämlich abgesehen von der Bauform, wie es ausschauen soll, und da kostet ja der Inhalt mehr, der technische Inhalt, als das Bauwerk, nicht sagen. Das heißt, das ist in Wirklichkeit in Ihrer Frage der Kernpunkt des Problems.

Ich kann mir nur etwas, was mir am liebsten gewesen wäre, fertig bestellen und nachher sagen: Das ist gut, das zahle ich!, oder: Das ist schlecht, das zahle ich nicht!, wenn ich im Detail weiß, bis ins Detail, was ich bestelle. Und daher war im Auftrag an die AKPE, jetzt nicht als einen fremden Generalunternehmer sondern als den, der sozusagen als Treunehmer von Bund und Stadt Wien das baut, drinnen, jetzt das sicher furchtbar Schwierige gleichzeitig zu tun, nämlich soweit es geht weiterzubauen, keine Bauunterbrechung eintreten zu lassen, und trotzdem die noch fehlende Planung fertigzustellen, damit man dann zu einem Limit kommt. Ich meine: Den sonstigen Inhalt, daß es eine Universitätsklinik und ein Spital nach den Wünschen beider Benutzer sein soll, daß es die modernstmögliche Klinik ohne Geldverschwendung sein soll, also alle diese Dinge habe ich als selbstverständlich vorausgesetzt, daß das drinnen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Wir wissen aber mittlerweile auch durch den Herrn Stadtrat Stacher heute, und Sie haben das ja sinngemäß auch bestätigt: Das Bund-Stadt Wien-Komitee hatte keine Entscheidungskompetenz im formellen rechtlichen Sinn, das war ein Diskussionsorgan, und wenn Konsens gefunden wurde, hat dann die AKPE danach gehandelt, weil sozusagen dann die Interessenlage halt gleichartig war.

Ich habe heute dem Herrn Stadtrat Stacher schon vorgehalten: Dort sitzt jetzt für die Stadt Wien der Herr Dr. Wilfling, für den Herrn Stadtrat Stacher, dann sitzen dort die Professoren, dann sitzt dort die AKPE im wesentlichen und dann noch ein weiterer Vertreter der Gebietskörperschaft. Wenn jetzt in irgendeinem System diese zwei Vertreter der Gebietskörperschaften partizipieren, indem sie einen fixen Prozentsatz der Bausumme, sehr theoretisch gesagt, auch überwiesen bekommen als ihr Provisionshonorar, so ist eigentlich überhaupt kein Kontrollmechanismus mehr da, daß das wirklich billig wird, denn die Professoren sind der Kontrollmechanismus sicher nicht, denn die haben immer zusätzliche Wünsche: Und noch ein paar hundert Millionen am besten mehr. Was sagen Sie dazu? — Aber der Konsens ist natürlich dann hergestellt.

**Gratz:** Herr Abgeordneter! In Wirklichkeit werden, möchte ich fast sagen, lauter Dinge angerissen — ich antworte deswegen vielleicht etwas unpräziser auf die Frage —, die man sich ja selbst auch permanent überlegt, wenn man jetzt hier damit verantwortlich zu tun hat. Das ist ja in Wirklichkeit das Problem, wenn Sie sagen theoretisch der Konsens, wenn die beiden, die dort die Geldgeber vertreten, sich kriminellerweise Prozente holen, dann gibt es dafür keinen Kontrollmechanismus.

Ich habe mir die ganze Zeit überlegt, und zwar sehr ernsthaft überlegt, auch für die Begleitkontrolle: Welchen echten Kontrollmechanismus kann es gegen so etwas geben? Es geht ja nicht darum festzustellen, daß jemand

— ein Organ — etwas ausbezahlt hat. Das kann ich durch eine Kontrolle feststellen. Wie ein Organ mit den Mitteln der Gesellschaft agiert hat, kann ich feststellen. Es geht vielmehr darum: Wie kann ich grundsätzlich immer feststellen, ob ein Organ privat von jemandem, um es deutlich zu sagen, Bestechungssummen genommen hat?

Das ist in Wirklichkeit das Dilemma, daß das in einem Bereich ist, der in Wirklichkeit durch keine firmeninterne Kontrolle zu erfassen ist, weil es niemals um Gelder geht, die unmittelbar von der betreffenden Firma oder Gebietskörperschaft ausbezahlt wurden.

Obmann Dr. **Steger:** Das Kontrollamt sagt dazu, es hätte eine Projektgruppe gegündet werden müssen mit Entscheidungskompetenz, auch mit rechtlicher Entscheidungskompetenz. Was sagen Sie zu dieser Kritik des Kontrollamtes?

**Gratz:** Da ist jetzt ein Punkt herausgegriffen. Ich möchte sagen, daß generell die Vorschläge des Kontrollamtes — ich meine, in jedem einzelnen Punkt — so sind, daß man sie nicht vom Tisch wischen kann, sondern überlegen muß, in welcher Form man sie verwirklichen kann.

Ich kann nur sagen, daß man damals jedenfalls die Einsichten, die heute etwa zu den ganzen Einrichtungen der begleitenden Kontrolle führen wie auch zu den Überlegungen, wie jetzt die Planung geleitet werden kann, eben noch nicht gehabt hat. Man hat damals — ich möchte es auch deutlich sagen — die Einsichten und zumindest Erfahrungen von den Sondergesellschaften des Bundes und von der IAKW gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie in Erinnerung, daß noch in Ihrer Zeit als Unterrichtsminister Dipl.-Ing. Rumpold Konsulent im Bundesministerium für Unterricht gewesen ist?

**Gratz:** Das höre ich zum ersten Mal.

Obmann Dr. **Steger:** Eine andere Frage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte zur Aufklärung eine Zusatzfrage an den Vorsitzenden stellen.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht, wenn die ÖVP-Fraktion Fünfviertelstunden gehabt hat und ich nur eine halbe, bitte. Ich muß ganz schnell noch fragen, denn die Sitzung wird in Kürze beendet werden. Ich muß daher das noch fragen können.

Herr Zeuge! Der Herr Stadtrat hat erklärt, daß beim Sozialmedizinischen Zentrum Ost die Betriebsorganisationsplanung hausintern durchgeführt wird durch die Magistratsabteilungen.

Er hat kostenmäßig mitgeteilt, daß es bisher 500 000 S gekostet hat durch Überstundenbezahlungen und nach seiner Schätzung die Gesamtplanung zwischen 5 und 10 Millionen Schilling kosten wird, bei einem Spital in der Größenordnung von rund 1 000 Betten.

Das AKH ist etwas mehr als doppelt so groß bei den Betten, und es hat zusätzlich den Universitätsbetrieb. Sehen Sie in diesem Universitätsbetrieb den Grund, daß es nicht in einer ähnlichen Kostenrelation erledigt werden konnte?

**Gratz:** Ich möchte sagen: Nicht im Universitätsbetrieb allein, sondern in der Tatsache, daß — ich darf das jetzt vorsichtig formulieren — der Universitätsbetrieb von Menschen durchgeführt wird, nämlich von verantwortlichen Professoren, deren Forderungen sich nicht nur ändern, sondern die auch sehr schwierig unter einen Hut zu bringen sind.

Das heißt: Es ist auch nach dem, was ich natürlich laufend mit Professor Stacher in informellen Gesprächen und Sitzungen gesprochen habe — obwohl man von der Bettendimension her an sich sagen könnte, das ist ja nur doppelt so groß —, von der Problematik der Planung auch der Betriebsabläufe her einfach nicht vergleichbar, weil da Dinge vorkommen, die die Magistratsabteilung auf Grund ihrer Erfahrung gar nicht feststellen kann.

Ein Beamter der MA 17 war noch nie, auch wenn er schon Spitäler geplant hat, mit der Frage des Durchschleusens von Studenten, und zwar des reibungslosen Vorbeischleusens von Studenten an Patienten, ohne sie zu belästigen oder zu infizieren, konfrontiert. Um nur ein Detail zu sagen, das mir da auch gesagt wurde.

Ich kann ja nur weitergeben, was man mir gesagt hat, denn meine erste Frage, was die Dimensionen betrifft, war sicher im Jahr 1974 von meinem Stand genau dieselbe, daß es einfach wirklich nicht vergleichbar ist und auch nicht einfach verdoppelbar ist.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt geworden, daß auch bei dieser Betriebsorganisationsplanung dem Auftragnehmer kein Leistungsverzeichnis mitgegeben wurde, sondern der Auftragnehmer das Leistungsverzeichnis selbst erstellt hat?

**Gratz:** Da könnte ich nur sagen: Ich habe hier den Wissensstand, den vor allem aus dem Kontrollamtsbericht auch dieser Ausschuß hat.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es da politische Schlußfolgerungen für diese Zeit, wo Sie die Fehler entdecken — das kommt ins Protokoll —, was Sie als Fehler entdecken oder als gut befinden?

**Gratz:** Da müßte man wahrscheinlich länger Zeit haben.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bin gerne bereit. Für Gespräche mit Ihnen stehe ich jederzeit zur Verfügung, Herr Bürgermeister.

**Gratz:** Ich kann jetzt nur sagen, was ich damit ausdrücken wollte. Über diese Details beziehungsweise zu kritisierenden Dinge bei der Auftragsverteilung bin ich jedenfalls durch den Kontrollamtsbericht aufmerksam geworden.

Obmann Dr. **Steger:** Sagt Ihnen die Firma Lülag *(phonetisch)* in Zug etwas?

**Gratz:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie nicht im Bundespräsidium der SPÖ auch Finanzkompetenzen zu wahren als Mitglied des Gesamtgremiums?

**Gratz:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Welches Gremium handelt denn das ab?

**Gratz:** Das Finanzgremium der SPÖ ist der Bundesparteivorstand, die durchführenden Organe sind die Zentralsekretäre.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie je gehört, daß knapp nach der Auftragsvergabe an Großfirmen, zum Beispiel an die Firma Siemens, am nächsten Tag Parteienvertreter hingehen und dort Inserate verlangen, Geld kassieren?

**Gratz:** Nein, das habe ich nicht gehört.

Obmann Dr. **Steger:** Was sagen Sie, wenn ich Ihnen vorhalte, daß der Herr Generaldirektor Wolfsberger hier ausgesagt hat, daß das regelmäßig passiert?

**Gratz:** Dann würde ich gerne, wenn Sie nähere Unterlagen haben, nachdem das alles nicht mehr vertraulich ist, die auch haben. Ich setze jetzt voraus, daß diese Mitteilung des Herrn Generaldirektors richtig ist.

Obmann Dr. **Steger:** Ich halte Ihnen nur vor, was hier ein ein Zeuge ausgesagt hat. Das ist keine Unterlage. Er hat gesagt, daß das regelmäßig so passiert. Er hat gesagt, daß dafür insgesamt jährlich Millionen ausgegeben werden. *(Widerspruch des Abg. Dr. Kapaun.)* Ich zitiere es gern wörtlich, wenn es verlangt wird. — Bitte die Aussage Wolfsberger, Schlußsätze. — Wenn Sie länger Zeit haben, lasse ich das Protokoll — es ist nicht herunten — herunterholen.

Wert darauf gelegt hat er nur, daß es nicht in Richtung einer Partei ist, sondern er hat gesagt: Parteien. Das war das, worauf er Wert gelegt hat, daß das nicht nur von einer Partei passiert, sondern Parteien.

Ich habe ihn dann gefragt, ob auch die dritte, da hat er gesagt: nein. Damit wir nur bei dem Themenkreis bleiben, wie er dort von mir abgefragt wurde. Das weiß ich schon noch ziemlich genau.

Sie haben jedenfalls als Parteiobmann auch der Wiener SPÖ davon noch nie etwas gehört?

**Gratz:** Nein. Ich höre jetzt von Ihnen zum erstenmal.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es besondere Finanzverbindungen zur Firma Prutscher, daß die in höherem Ausmaß Spenden an Ihre Partei gibt?

**Gratz:** Da ich mir die Spendenliste, wie Sie sich fast ausrechnen können, sehr genau angeschaut habe, kann ich auch nur die Überweisung von 1 S ausschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie schon festgestellt, daß so etwas dann oft so läuft, daß es an Firmen bezahlt wird, die wieder den Parteien gehören oder für die Parteien dann Leistungen erbringen? Haben Sie so etwas auch überprüft?

**Gratz:** Die Firmen, die der SPÖ-Landesorganisation Wien gehören, haben hier auch nichts erhalten. Es gäbe auch meines Wissens keine Leistungen, die diese Firmen erbingen könnten.

Obmann Dr. **Steger:** Werbefirmen, die der Bundespartei gehören und für die Landespartei Leistungen erbracht haben.

**Gratz:** Jetzt kommen wir fast schon zu der von mir immer geforderten völligen Aufdekkung der Parteifinanzen.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist nur leider in den Parteifinanzen nicht drinnen.

**Gratz:** Das war der erste Halbsatz, Herr Abgeordneter. Wir kommen fast schon zu der völligen Aufdeckung der Parteifinanzen. Aber Sie erlauben mir nur die Andeutung, daß es mir als Parteifunktionär ganz angenehm gewesen wäre, wenn diese Werbefirma in der Lage gewesen wäre, Gewinne an die Partei abzuliefern.

Obmann Dr. **Steger:** Noch eine Zusatzfrage zu diesen Themen? — Das ist nicht der Fall.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nicht Zusatzfragen, aber wir haben noch Fragen, eine ganze Reihe.

Obmann Dr. **Steger:** Also sind noch Fragen offen; bei mir natürlich auch; eine Fülle von

Fragen. Aber für heute haben wir ausgemacht: Um 17.30 Uhr ist Schluß. Einige müssen dringend weg. Sie sicher auch schon, Herr Bürgermeister. Ich danke Ihnen im Namen des Ausschusses.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wäre es nicht zweckmäßig, den Herrn Bürgermeister zu fragen, ob er am nächsten Ausschußtag zur Verfügung stehen könnte? Das wäre der 27. Jänner. Damit wir fortsetzen können.

Obmann Dr. **Steger:** Ich danke schön, Herr Zeuge. Wir werden Kontakt aufnehmen. Wenn wir zu der Vereinbarung kommen, daß Sie noch einmal kommen, werden wir Kontakt aufnehmen, wann Sie können. *(Bürgermeister Gratz verläßt den Saal.)*

## Schluß der Sitzung: 17 Uhr 45 Minuten

# 21. Sitzung: 27. Jänner 1981

## Beginn: 11 Uhr 8 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

### Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Rudolf Foltin

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich begrüße Sie im Untersuchungsausschuß. Ich bitte Sie, dort Platz zu nehmen.

Sie haben als Zeuge im Untersuchungsausschuß alle an Sie gerichteten Fragen zu drei Untersuchungspunkten, die wir hier haben, offen und frei zu beantworten.

Die drei Punkte sind:

1. Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

2. Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind.

3. Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Sie können berücksichtigen, daß nach der Geschäftsordnung des Nationalrates die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. Dort ist festgelegt, unter welchen Voraussetzungen Sie die Beantwortung einer Frage verweigern könnten. (Vorhalt § 153 StPO.)

Sie müssen also dann unter diesen Voraussetzungen nicht antworten, aber es kann der Ausschuß beschließen, ob Sie nicht doch antworten müssen.

Zunächst darf ich Sie fragen, ob Sie von der Amtsverschwiegenheit entbunden worden sind.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja. Ich habe die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit hier.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben also hier mit der Unterschrift Obermagistratsrat Dr. Bertani für den Magistratsdirektor die Zeugenladung und dann die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit für die heutige Sitzung, 27. 1., 11 Uhr.

Die Generalien brauchen wir noch. Das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Rudolf Foltin, Dipl.-Ing., Wien 13, Lynkeusgasse 16, geboren am 7. 3. 1924.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Würden Sie uns kurz darstellen, zu welcher Zeit Sie welche Funktionen oder Aufgaben bei der Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses hatten.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich hatte bis zum Herbst 1975 die Leitung für die Stadt Wien inne und bin nach Gründung der AKPE abgelöst worden. Also ich war der Vertreter der Stadt Wien in der Bauleitung. Die Stadt Wien hat ihr Personal zu 50 Prozent gestellt und dasselbe von Bundesseite. Mein Partner war zuerst Hofrat Hiksch und dann Hofrat Vogl und zum Schluß Oberbaurat Glaser. Ab Herbst 1975 bin ich nicht mehr in der Bauleitung gewesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Einer Ihrer Untergebenen in diesem Zusammenhang war der Herr Dipl.-Ing. Winter. Was können Sie dem Ausschuß über die fachliche Eignung und über die Arbeitsleistung des Herrn Dipl.-Ing. Winter sagen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Mit der Arbeitsweise des Herrn Dipl.-Ing. Winter konnte ich mich eigentlich von Anbeginn weder anfreunden noch abfinden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Bitte wollen Sie das etwas präzisieren.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja, gerne. Ich glaube, ich hatte — es ist schon ziemlich lange her — im Jahre 1972 den damaligen Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Stadtbaudirektor Professor Dr. Koller, auch um seine Ablöse gebeten. Sein Vorgänger war Dipl.-Ing. Weich, der in die IAKW, also bei der Errichtung der UNIDO-Bauten, als Vorstandsdirektor berufen wurde, und in der Nachfolge kam Ing. Winter.

Ich war in der Bauleitung gewöhnt, nach den strengsten Gesichtspunkten der Sparsamkeit vorzugehen. Wir hatten in der Bauleitung eine kooperative Zusammenarbeit, die eine Koordination aller Sparten, also der haustechnischen Sparten, der hochbautechnischen und bautechnischen Sparten sowie der Sparten des Maschinenbaues flüssig ermöglichte.

Diesen Arbeitsstil konnte ich mit dem damaligen Baurat Winter nicht erreichen. Er war auch sehr viel auswärts. Auf meine Anfragen, wieso er sehr oft nicht zur Hand ist, wurde mir erklärt, daß er einen Lehrauftrag im Technologischen Gewerbemuseum hätte und daß er im Rahmen seiner Magistratsabteilung noch die verschiedensten Agenden wahrzunehmen hätte. Aus diesen geschilderten Gesichtspunkten habe ich den damaligen Stadtbaudirektor Prof. Dr. Koller gebeten, ihn abzulösen und einen anderen Herrn in die Bauleitung zu entsenden. Seine Ablöse ist nicht erfolgt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, waren die Differenzen zwischen Ihnen und Winter dadurch entstanden, daß er Ihnen nicht in genügender Zeit zur Verfügung gestanden ist.

Ich habe Sie aber ausdrücklich auch noch gefragt, was Sie über seine fachlichen Eignungen sagen können, über die Qualität seiner Arbeitsleistung.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Die Qualität seiner persönlichen Arbeitsleistung war ich nicht in der Lage zu beurteilen, da er sehr fleißige und rührige Mitarbeiter gehabt hat. Da er mir nicht in dem nötigen Umfang zur Verfügung stand, außerdem nicht sehr kooperativ war und auch eine Koordinierung der Tätigkeit mit ihm nicht leicht war, habe ich mich an seine Mitarbeiter gewandt, die ich ja fachlich bestens gekannt habe. Und diese haben mir dann die nötigen Auskünfte gegeben. Ich war mit seinem Vorgänger, Ing. Weich, gewohnt, sehr kooperativ zusammenzuarbeiten. Das war der Grund, warum ich um seine Ablöse gebeten habe.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie wissen, welche Vorwürfe Herrn Dipl.-Ing. Winter vom Gericht und auch von diesem Ausschuß entgegengehalten werden. Hatten Sie selbst während der Zeit Ihrer Zusammenarbeit mit Winter irgendeinen Grund, ihm zu mißtrauen, oder hatten Sie den Eindruck, von ihm nicht korrekt und sachkundig informiert zu werden?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Den Eindruck hatte ich nicht, sonst hätte ich meinem Ersuchen um seine Ablöse kräftiger Nachdruck verleihen können.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Dipl.-Ing. Winter wurde nach Änderung der Konstruktion in den Vorstand der AKPE gewählt. Hat man Sie vorher kontaktiert? Hatten diejenigen Stellen, die Winter berufen haben, um Ihre Meinung nachgefragt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein. Ich habe meine Meinung nur meinem damaligen Vorgesetzten, dem Stadtbaudirektor Koller, gegenüber frei geäußert und habe ihm dargelegt, warum ich glaube, daß Winter nicht der geeignete Mann für diese Position ist. Stadtbaudirektor Koller ist dann in den Ruhestand getreten, sein Nachfolger war Stadtbaudirektor Seda. Ich habe also dann nicht mehr Gelegenheit gehabt, in dieser Richtung hin ein Urteil abzugeben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann darf ich in die Zeit vor der AKPE zurückkommen. Sie waren damals als der Vertreter des Bundeslandes Wien in der Bauleitung. Meine Frage geht dahin: Wie wurden die Agenden zwischen den beiden doch gleich verantwortlichen Leitern — auf der einen Seite Bund, auf der anderen Seite Gemeinde Wien — aufgeteilt? Gab es dafür irgendwelche formelle Regelungen, wie Entscheidungen zu treffen waren, und in welcher Form haben Sie den Konsens mit den Nutzern herbeigeführt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Die Aufteilung war arbeitsmäßig so wie die finanzielle: 50 zu 50. Die Schriftstücke, die hinausgingen, wurden sowohl vom Vertreter des Bundes als auch von mir abgezeichnet, nachdem über diese Dinge in gemeinsamen Gesprächen Übereinstimmung erzielt wurde. Wäre es in irgendeinem Fall so gewesen, daß keine Übereinstimmung innerhalb der Bauleitung erzielt werden konnte, dann ist es den unmittelbar vorgesetzten Ausschüssen zur Entscheidung vorzulegen gewesen.

Die Vergabegenehmigungen über einem gewissen Betrag erfolgten durch die Vorsitzenden, respektive durch den Bauausschuß. Über diese Kompetenzgrenze durch die beiden Vorsitzenden, respektive durch den Spitzenausschuß.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und der Konsens mit den Nutzern?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Konsens mit den Nutzern wurde laufend gepflogen. Wir hatten zur Direktion und zur Verwaltung des Hauses enge Kontakte, außerdem wurden zu den Planungsgesprächen die jeweils bestimmten Vertreter der Klinik geladen beziehungsweise im Spitzenausschuß, Wien — Bauausschuß waren die von der Universität Wien, medizinische Fakultät, bestimmten Vertreter gegenwärtig geladen und haben auch ihr Votum eingebracht. Das waren zum Beispiel Prof. Fellinger, Prof. Hoff et cetera.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Bürgermeister Gratz hat uns gesagt, daß er, um die verschiedenen auseinanderfließenden Kompetenzen in einer Hand zu vereinen, einen Generalbevollmächtigten bestellt hat. Wie war die Arbeit vor und nach der Bestellung des Generalbevollmächtigten?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Vor der Bestellung des Generalbevollmächtigten habe ich die direkten Kontakte zu dem damaligen Vorsitzenden des Bauausschusses der Stadt Wien, Professor Koller, gepflogen. Professor Koller hat in allen Fällen den direkten Kontakt aufgenommen mit dem Vorsitzenden im Bauausschuß des Bundes. Das war unter anderem Sektionschef Križ, sein Vorgänger oder sein Nachfolger. Die Dinge sind so über die Bühne gegangen. Wie dann der Generalbevollmächtigte Dr. Bandion bestellt wurde, habe ich dann die Gespräche mit dem Generalbevollmächtigten gepflogen respektive ihm die Schriftstücke zugeleitet.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Aus den Feststellungen des Kontrollamtes geht hervor, daß Dipl.-Ing. Winter die Leistungen des Herrn Professor Riethmüller, den wir heute leider nicht hören können, negativ beurteilt hat. Haben Sie von dieser Kritik Kenntnis bekommen und wurde für die eventuell in Aussicht stehende Betriebsorganisationsplanung darauf Rücksicht genommen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich habe von dieser Feststellung Winters zum damaligen Zeitpunkt sicher nicht Kenntnis gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, waren Sie in der Vor-AKPE-Phase — wenn ich das so sagen darf — Vertreter der Stadt Wien.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie haben Sie die Übertragung des Projekts an die AKPE beurteilt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Darauf eine objektive Antwort zu geben, fällt mir sehr schwer, denn ich war beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses — man kann fast sagen — von der Geburtsstunde an oder von der Vorgeburtsstunde an dabei. Ich habe mit den damaligen Herren als junger Ingenieur den Wettbewerb und die Ausschreibung vorbereitet. Wenn man mit einer Aufgabe so verhaftet ist, so steht man natürlich einer solchen Entscheidung persönlich sicher verständnislos gegenüber.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie diese Verständnislosigkeit irgend jemandem gegenüber geäußert, der in diesem ganzen Zusammenhang maßgeblich ist?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich darf annehmen, daß jedermann, der etwas Menschenkenntnis und Einfühlungsvermögen hatte, dies erkennen konnte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Sie glauben — verstehe ich Sie richtig —, daß die Verantwortlichen, mit denen Sie zu tun hatten, den Eindruck haben mußten, daß Sie diese Entscheidung eher kritisch sehen? Habe ich das richtig interpretiert?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich glaube, daß man allen Dingen im menschlichen Leben kritisch gegenüberstehen muß, und ich bin sicherlich auch dieser Entscheidung gegenüber kritisch gewesen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War das mehr eine — verstehen Sie das jetzt richtig — gefühlsmäßige Abneigung, oder haben Sie sich hier sehr konkrete Gegenargumente zurechtgelegt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es waren in der Bauleitung sehr viele Herren, die vom Start weg Gelegenheit hatten, in die große Aufgabe hineinzuwachsen und die sicherlich sehr bemüht waren, sich das nötige Wissen anzueignen. Sicherlich besteht die Möglichkeit, Dinge zu verbessern. Und es wäre auch, was die Bauleitung betrifft, sicher möglich gewesen, durch eine Aufstokkung in der Bauleitung in qualitativer und quantitativer Hinsicht Dinge zu verbessern. Das stelle ich nicht in Zweifel.

Was für mich unverständlich war, war das, daß Leute, die mit den Dingen soundso lange konfrontiert waren, weiterhin meiner Meinung nach diesen Stock von Erfahrungen, die gesammelt wurden, doch nicht mehr entsprechend einbringen konnten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt muß ich Sie aber doch etwas konkreter fragen. Haben Sie diese Überlegungen mit irgendwelchen maßgeblichen Leuten besprochen? Das wäre schon für uns wichtig. Ich darf Ihnen auch gleich das Motiv dazu sagen: Es ist uns bekannt, daß es

Meinungsverschiedenheiten gab über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme, und es wurde vom Herrn Bürgermeister gesagt, daß es irgendwo das Betreiben des Finanzministers war, daß es zu dieser Konstruktion kommt.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Dazu kann ich nichts sagen, weil ich nichts weiß. Über Dinge, über die wir heute sprechen, liegt ein Zeitraum von mehr als einem halben Jahrzehnt, einschließlich der Vorgeschichte noch mehr. Ich kann dazu nur sagen, daß die Vertreter der alten Bauleitung und die Mitarbeiter sicherlich bemüht waren, ihre Meinung an verschiedensten Stellen zum Ausdruck zu bringen, in welcher Form eine Weiterarbeit und ein konstruktiver Aufbau durch die Bauleitung ihrer Meinung nach möglich wäre. Darüber ist zweifelsfrei mit den diversen Stellen gesprochen worden. Aber bitte, wer das aller war, das kann ich heute nicht mehr sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das verstehe ich. — Wie Sie sich das erstemal hier aktiv eingeschaltet haben, diese Funktion übernommen haben als Stadt-Wien-Vertreter, war damals irgendein Fertigstellungs- oder Inbetriebnahmetermin des AKH ins Auge gefaßt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Die Antwort kann ich auch nicht kurz und eindeutig geben, denn ursprünglich hat man daran gedacht, das Allgemeine Krankenhaus in zwei Baustufen zu bauen, und zwar ist diese Idee, ich glaube, bis Mitte 1965 verfolgt worden: Es sollte die erste Baustufe jene Einrichtungen beinhalten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß die Wiener medizinische Schule in Doppelkliniken geteilt ist: in erste Medizin, zweite Medizin, in erste Chirurgie und so weiter. Jeweils eine Klinik hätte in den Neubau kommen sollen. Dieser Neubau hätte aus einem Flachbaukörper und einer aufgesetzten Bettenhausscheibe bestehen sollen. Dafür sind auch nach den damaligen Erfahrungen Grobkosten genannt worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie sich an die Höhe erinnern? Ungefähr?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich muß ehrlich sagen, das ist jetzt fast schon zwei Jahrzehnte her, sodaß ich da keine Zahlen nennen möchte, aber nach dem damaligen Preisniveau und dem damaligen internationalen Niveau, was ein Bett kostet, wurde das geschätzt und angegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und die Termine, die man damals ins Auge gefaßt hat unter Berücksichtigung dieses zweistufigen Verfahrens?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es hat damals zweifelsfrei Terminpläne gegeben. Diese Terminpläne sind mehrfach geändert worden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie können aber keine Jahreszahlen hier nennen. Sie sind hier ein bissel unpräzise. Ich sage das nicht böse, Sie verstehen!

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich weiß es, aber es sind so oft Änderungen gewesen. Diese von mir jetzt unpräzise Ausdrucksweise fußt darin, daß ja ununterbrochen Änderungen waren. Es mußten für den Neubau präzise die Standorte festgestellt werden, es mußten Zwischenadaptierungen und Zwischenübersiedlungen effektuiert werden. Ehe man nicht das genaue Ausmaß und den genauen Standort wußte, konnte man auch die Abbrüche, die Übersiedlungen und die Zwischenadaptierungen nicht effektuieren. Daher waren zu diesem Zeitpunkt nur Zirka-Werte gegeben.

Wenn ich wo Einblick nehmen könnte, könnte ich sicher dazu Stellung nehmen, aber aus dem Kopf heraus kann ich es nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber diese Zirka-Werte sind ja offensichtlich nicht eingehalten worden. Können Sie sagen, warum das Ihrer Meinung nach geschehen ist, wer dafür die Verantwortung trägt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Weil sich grundlegende Dinge mehrfach geändert haben. Man hat sich dann im Jahre 1965 entschlossen, den Neubau in einer Baustufe zu bauen, und zwar nicht den halben Teil, sondern den gesamten Neubau, das gesamte AKH.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat sich da entschlossen? Von wo ging diese Meinungsänderung aus?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Diese Beschlußfassung ist im Spitzenausschuß erfolgt, also auf Bundesseite die zuständigen Bundesminister und auf Stadt-Wien-Seite der Bürgermeister und die zuständigen Stadträte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie oft haben der Bauausschuß und der Spitzenausschuß getagt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nach Bedarf. Aber soweit ich mich zurückerinnern kann, war das jährlich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind hier einzelne Kommunalpolitiker durch besonderes Interesse hervorgetreten oder Ihrer Meinung nach durch besonderes Nichtinteresse? Wenn man so denkt, einmal im Jahr.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich glaube, daß von beiden Seiten aus — auf Bundesseite als auch auf Seite der Stadt Wien — ein reges Interesse wahrnehmbar war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wer hat sich hier besonders exponiert in dieser Phase: auf Seite

von Kommunalpolitikern und auf Seite von Bundespolitikern?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das war verschieden. Es hat sicher Dinge gegeben, die von Stadt-Wien-Seite vielleicht vehementer vertreten wurden, und Dinge, die wiederum von Bundesseite vehementer vertreten wurden, wo man von Bundesseite her vehementeres Interesse dokumentiert hat, also bei allen Dingen, die Klinikbetrieb, Forschung und Lehre betrafen, war sicher der Bund engagierter, und bei den Dingen, die mit dem Spital, mit der Behandlung, mit der Verwaltung et cetera, im Zusammenhang standen, war natürlich das Interesse der Stadt Wien gegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sprechen hier sehr anonym: Bund, Wien. Ich möchte gerne ein paar Namen haben, vor allem von Kommunalpolitikern, die sich damals in dieser Frage exponiert haben. Das muß Ihnen doch noch in Erinnerung sein.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja, sicher. Das war auf Bundesseite Bundesminister Drimmel, auf Stadt-Wien-Seite Bürgermeister Jonas. Beide haben — soweit ich das beurteilen konnte — sehr aktiv und konstruktiv mitgearbeitet. Bürgermeister Jonas hat sich laufend von mir als Vertreter der Stadt Wien informieren lassen. Ich habe mit ihm stundenlange Gespräche geführt, habe ihm Akten vorgelegt und erläutert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sehen Sie, jetzt bin ich genau dort, wo ich hinwollte. Es ist ja für mich sehr wichtig, daß Sie das sagen, daß Sie stundenlang mit dem Bürgermeister darüber gesprochen haben. Wir haben nämlich den Eindruck, daß eine solche intensive Befassung in den letzten Jahren nicht erfolgt ist; Sie sollten ja auch die Fragestellung verstehen. Also Sie können sagen, Sie haben damals sehr intensive, lange und relativ häufige Kontake mit dem Bürgermeister gehabt.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Mit dem Bürgermeister, dem die Dinge persönlich nahegebracht, die Unterlagen vorgelegt wurden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Das ist sehr interessant. Danke.

Jetzt ein anderes Thema: Welche fachliche Qualitäten — das ist eine ähnliche Frage wie die meines Kollegen Kapaun — hatte Weich Ihrer Meinung nach? Er war ja von 1965 bis 1971 in der haustechnischen Gruppe beim AKH.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Weich war ein fachlich sehr engagierter Mann, der sich persönlich mit den Arbeiten und mit den Problemen auseinandergesetzt hat; er war informiert, er war für mich immer greifbar und ein äußerst kooperativer Mensch. Weich hat auch nicht nur seine Haustechnik gesehen, es war ihm nicht alles andere egal, sondern Weich hat auch die Schwierigkeiten gesehen, die sich auf dem Hochbau und umgekehrt ergeben. Der hat nicht gesagt: Das brauchen wir!, sondern der hat in einer Zusammenarbeit auf Ebene einer guten Koordination diese Dinge mit seinen Fachkollegen, also im speziellen auch mit mir, über die Bühne gebracht. Das wäre die Qualifikation von Weich.

Wenn ich jetzt Winter qualifizieren soll, muß ich sagen, daß ich nicht Gelegenheit hatte, fachlich mit ihm solche Kontakte aufzunehmen, und er in keiner Weise kooperativ war, sondern mehr oder weniger seine Bauleitungskollegen vor vollendete Tatsachen gestellt und gesagt hat: Das ist notwendig, das brauche ich!, so nach dem Motto: Vogel friß oder stirb!

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt würde mich sehr interessieren: Die Herren Weich und Winter, die ja das Pouvoir hatten für Auftragsvergabe, wie ist damals geregelt gewesen die sachliche Kontrolle von Auftragsvergaben: Nicht jetzt das Formale, daß irgend jemand abzeichnen muß oder zustimmen muß, Bauausschuß bei größeren Projekten und so weiter, sondern wie war vorgesehen, daß diese Herren, die ja doch ein gewisses Pouvoir hatten, in der sachlichen Richtigkeit, Billigkeit, Zweckmäßigkeit und so weiter ihre Entscheidungen treffen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das kann ich sehr kurz und eindeutig beantworten. Da hat die Stadt Wien sowie der Bund in den Bauausschuß Fachvertreter nominiert gehabt. Das war auf Seite der Stadt Wien der Leiter der MA 34, damals Senatsrat Twaroch, und dann sein Nachfolger, Senatsrat Buffi, und für Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik der Senatsrat Swaty, der Leiter der MA 34.

Da hat es auf der Bundesseite genauso zwei Herren gegeben, die auf diesem Gebiet Fachleute waren. Wenn die Anbote eingeholt und durchgerechnet waren von unseren Leuten und auch kollaudiert waren, also rechnerisch geprüft waren, und einen arbeitsmäßigen Zustand der Vergabereife erreicht haben, ist das diesen Herren zur Absprache respektive zur Prüfung zugegangen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Außerhalb der Bauausschußsitzungen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Außerhalb der Bauausschußsitzungen. Diese Anträge sind dem Vorsitzenden des Bauausschusses zugeleitet worden, von seiten der Stadt Wien Stadtbaudirektor Koller. Der hat sich dann gegebenenfalls, wenn noch irgendwelche Unklarheiten waren, mit Swaty oder Buffi auf seiten der Stadt Wien auseinandergesetzt; auf Bundesseite war es zweifelsfrei genauso.

Ab einer gewissen Größenordnung haben dann die Vorsitzenden des Bauausschusses, der Stadtbaudirektor auf Stadt-Wien-Seite und der Sektionschef auf Bundesseite, diesen Antrag den beiden Vorsitzenden des Spitzenausschusses — Stadt Wien: Bürgermeister, Bundesseite: Bundesminister — zur Unterschrift vorgelegt. Dann ist die Genehmigung gegeben gewesen, und die Bauleitung hat den Auftrag erteilt respektive in der nächstfolgenden Spitzen- oder Bauausschußsitzung nachträglich die Genehmigung des Plenums eingeholt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen jemals etwas mitgeteilt worden auch in Form von Vermutungen oder, wenn Sie wollen, Gerüchten, daß es Schmiergeldzahlungen an Winter gegeben hat oder eventuell an Weich?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein! Ich kann noch einmal wiederholen: Wenn ich etwas gehört hätte, wäre es mir ein persönliches Anliegen gewesen, das weiterzugeben, und Winter wäre nicht mehr in der Bauleitung gewesen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wir haben schon gesprochen über die Qualifikation von Riethmüller. Ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden, daß Sie sich selbst hier kein fachliches Urteil über Riethmüller gebildet haben.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wir haben Riethmüller vom Anfang an tätig gehabt. Riethmüller hat mit der Stadt Wien und mit dem Bund den Wettbewerb vorbereitet. Riethmüller hat das erste und zweite Raum- und Funktionsprogramm zusammengestellt, er war mit der Aufgabe so verhaftet, daß ich damals, als ich noch in der Bauleitung war, meinen vorgesetzten Dienststellen geraten habe: Wenn es zu einer Beauftragung einer Betriebsorganisationsplanung käme, was aus Vernunftsgründen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit sicher angezeigt wäre, Riethmüller dabei in irgendeiner Form mit zu beschäftigen, damit es nachher keine Ausrede gäbe, es würden die geistigen Dinge, die selbstverständlich in das Raum- und Funktionsprogramm — der Name „Funktionsprogramm" sagt schon einiges über die Betriebsorganisationsplanung —, also Vorstellungen seinerseits vorhanden sind, nicht ausgeschaltet werden und nicht eine Ausrede gegeben wäre, daß zwar das Raum- und Funktionsprogramm gut sei, aber die Betriebsorganisation nicht gut wäre.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie uns etwas darüber erzählen: Waren Sie befaßt mit der Frage Einschaltung oder Nichteinschaltung der Firma Ratio?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es wurde zu dem damaligen Zeitpunkt die Firma Ratio zu Gesprächen in die Bauleitung gebeten, und die Bauleitung war sehr bemüht, in irgendeiner Form Angaben von seiten der Betriebsorganisation zu erhalten, wobei es der Bauleitung zweifelsfrei egal war, ob die Magistratsabteilung 17, die Klinik oder die Verwaltung des Hauses in der Lage gewesen wäre, uns die baurelevanten Angaben zu geben, ob die MA 17 als Anstaltenamt irgend jemanden beauftragt, der die Betriebsorganisation für sie durchführt oder sie Leute abstellen, die sie selbst durchziehen können.

Wir haben mit der Firma Ratio in der Bauleitung Gespräche geführt, den Inhalt dieser Gespräche den Gremien und Ausschüssen zur Kenntnis gebracht und davon berichtet. Es ist dann der Auftrag vom Bauausschuß, glaube ich mich erinnern zu können, gekommen, daß die MA 17 diese Betriebsorganisationsplanung weiter in irgendeiner Form betreiben müßte.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wissen Sie, warum es letzten Endes dann nicht zur Betrauung der Firma Ratio kam?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie waren — habe ich Sie vorhin richtig verstanden? — eher darüber verwundert, daß man Winter in den Vorstand der AKPE berufen hat. Habe ich Ihre Aussage auf die Frage des Kollegen Kapaun richtig verstanden?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Verwundert, meinten Sie?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, daß man Winter in den Vorstand beruft, beziehungsweise Sie haben es nicht positiv beurteilt, darf ich es so sagen.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Für mich war die Karriere Winters unverständlich. Sie ist eigentlich für mich bis heute noch unverständlich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie wahrgenommen, daß Winter irgendwelche Protektoren gehabt hat, die diese Karriere ermöglicht haben?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Auch darüber habe ich mich gewundert. Winter ist von Tag zu Tag, von Woche zu Woche stärker geworden und in seinem Auftreten selbstsicher. Man hat aber nicht entnehmen können, auf Grund welcher Ereignisse er sich diese Dinge herausnimmt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt dasselbe in bezug auf Wilfling. Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen oder Eindrücke aus dieser Zeit, woher Wilfling so forciert wurde, daß er diese umfassende Kompetenz und Möglichkeiten erhalten hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wilfling war plötzlich da und war Chef der ODELGA, und der alte Direktor Krajca, mit dem die Bauleitung in langjäh-

rigen Arbeitsbeziehungen stand, ist in Pension gegangen.

Die erste Tätigkeit, an die ich mich bei Wilfling erinnere: Die ODELGA hat ein sehr potentes Planungsteam entwickelt gehabt. Der Leiter dieses Planungsteams war Ing. Hauschka, der langsam, aber sicher in das Aufgabengebiet Neubau-AKH hineingewachsen ist, zuerst die Planung für Operationssäle und Sterilisationen gemacht hat und sich innerhalb der ODELGA ein gutes Team im Laufe der Jahre, im Laufe der Zusammenarbeit aufbauen konnte.

Die erste Tätigkeit von Wilfling war die, daß er diesen Ing. Hauschka hinausgeschmissen hat. Meine ersten Kontakte mit ihm waren eine erhebliche Auseinandersetzung, weil ich ihm erklärt habe, daß von meiner Sicht aus das ein Wahnsinn ist, den Leiter, der sich ein Team aufgebaut hat, hinauszuschmeißen, die ODELGA ja von uns Aufträge in der und der Größenordnung hat und wir von der Planungsseite nun in der Luft hängen. Das Arbeitsklima zwischen mir und Wilfling ist im Laufe der weiteren Zeit nicht besser geworden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wem haben Sie das gesagt, daß das ein Wahnsinn ist?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Dem Wilfling persönlich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ihm selbst?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja. Ich habe ihn gebeten, das wieder zu bereinigen und doch nicht von heute auf morgen den Ing. Hauschka, der sich mit der Planung befaßt hat, hinauszuwerfen.

Soweit mir bekannt ist, ist dann der Ing. Hauschka mit einigen Leuten, die bei ODELGA waren, zu Siemens-Med übergewechselt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber, Herr Zeuge, etwas wundert mich hier schon. Sie haben doch eine ziemlich große Verantwortung gehabt als Stadt-Wien-Vertreter. Wenn Sie da Bedenken gehabt haben gegen Entscheidungen, die getroffen wurden — Sie sagen, Sie haben es dem Wilfling selbst gesagt, es war falsch —: Sind Sie nie auf den Gedanken gekommen, jemand, der für Sie ein Verantwortlicher war oder für Sie ein Auftraggeber war . . .

Dipl.-Ing. **Foltin:** Sicher bin ich nicht nur auf die Idee gekommen, sondern ich habe den Vorsitzenden des Bauausschusses, der ja mein Chef war, mein Stadtbaudirektor war und der ja mit dem Bund Kontakte geführt hat und der seinen Jour fix beim Bürgermeister hatte, natürlich von all diesen Dingen postwendendst unterrichtet, und entweder hat mich der Baudirektor, wie es früher üblich war, beim Handerl genommen und ist mit mir zum Bürgermeister gegangen oder zum Stadtrat, und wir haben das einer Klärung zugeführt, und der hat natürlich diese Dinge gewußt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und in dieser Frage war irgendeine Änderung oder eine Einflußnahme nicht möglich?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Von diesem Zeitpunkt, wo Wilfling und Winter aufgetreten sind, weiß ich nicht, wo die Informationen dann geendet haben. Ich habe das natürlich dem Baudirektor gesagt, und Stadtbaudirektor Koller ist nach einigen Aufregungen, die das mit sich gebracht hat, die sehr merklich waren, in Pension gegangen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wann war das?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Bitte, die Jahreszahl . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ungefähr! Ich weiß es natürlich auch nicht.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich auch nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ungefähr. — Na, es macht nichts. Wir halten uns jetzt auf.

Wann ist Ihnen erstmals bekanntgeworden, daß der Wilfling doch irgendwo auch im Eigeninteresse gearbeitet hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich muß sagen, daß mir das, ob er im eigenen Interesse oder in wessen Interesse er gearbeitet hat, überhaupt nicht aufgefallen ist, denn solange er Direktor der ODELGA war, da hat er natürlich im Interesse seiner Firma gearbeitet, und da hat es eigentlich nichts zum Auffallen gegeben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat die Berufung Stachers zum Stadtrat für Sie irgendeine wahrnehmbare Veränderung in dem ganzen Regime gebracht?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Eine Änderung oder Wahrnehmung in dem ganzen Regime, seit Stacher, Wilfling da waren und Stadtbaudirektor Koller in Pension gegangen ist — das einzige, was ich als Feststellung dazu sagen kann: Es hat dann keinen Bauausschuß mehr gegeben und keinen Spitzenausschuß mehr gegeben, und man hat auch keine Gelegenheit mehr gehabt . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Welchen Gedankenaustausch haben Sie denn früher gehalbt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Sagen wir, auf der politischen Ebene, möchte ich fast sagen: persönlichen Gedankenaustausch. Die Gelegenheit hatte ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie sagen, wissen Sie etwas über die Gründe, warum man die MA 17 eigentlich immer relativ oberflächlich in den Planungsablauf eingebunden hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich könnte nicht sagen, daß die MA 17 oberflächlich in den Planungsablauf eingebunden war. Es hat keine Besprechung gegeben, bei der nicht die Vertreter der MA 17 gegenwärtig waren. Das war der damalige Leiter, der medizinische Leiter des Allgemeinen Krankenhauses, das war der Hofrat Dr. Ritschel, dann der ärztliche Direktionssekretär, der Hofrat Dr. Rode, und der Verwaltungsleiter des Hauses, der Regierungsrat Denk. Die waren bei allen Besprechungen und bei allen Planungsgesprächen ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In welcher Phase war das ungefähr? Was Sie jetzt ...

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das war bis zum Jahre 1975, bis zu dem Augenblick, wo die Bauleitung aufgelöst wurde. Dann sind diese Leute auch abgezogen worden ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber bis 1975 hätten Sie den Eindruck gehabt, daß die MA 17 doch so eingeschaltet war, wie es dem normalen Ablauf der Dinge entsprochen ...

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja, es hat auch keine Planungsbesprechung gegeben, wo die Direktion des Hauses nicht den Klinikvorstand oder den Vertreter der Laborgruppe, die besprochen wurde, mitgeladen hat. Die Kontakte waren also sehr intensiv.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich komme, Herr Vorsitzender, zum letzten Fragenkreis, dann bin ich mit dem Herrn Zeugen fertig. Wir sind es dann überhaupt, es sei denn, es kommt noch eine Zusatzfrage.

Sind Sie je befaßt worden mit der Tatsache, daß die Firma „Consultatio" von der Gemeinde Wien direkt Aufträge in bezug auf Betriebsorganisationsplanung etwa bekommen hätte?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein, zu meiner Zeit war von der Firma „Consultatio" überhaupt nicht die Rede. Ich habe den Namen erst im Zuge AKH-Skandal und Information über Zeitungen ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, aber wir wissen, daß es damals schon Aufträge gab. Sie waren also offenbar hier damit überhaupt nicht befaßt.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Mit der Firma „Consultatio" — ich habe Besprechungen gepflogen und war dabei, wie Besprechungen gepflogen wurden bezüglich Betriebsorganisationsplanung. Da haben wir ein Gespräch oder mehrere Gespräche, ein Informationsgespräch mit der Firma „Ratio" und mit Riethmüller geführt. Mit der Firma „Consultatio", soweit ich mich erinnern kann — und ich glaube, daß ich da keine Gedächtnislücke habe —, mit Vertretern der Firma „Consultatio" habe ich nie gesprochen und mit der Firma auch keinen Kontakt gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also wenn es solche Kontakte gab, dann sind die ohne Ihre Beiziehung erfolgt. Verstehe ich Sie richtig?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wenn es solche Gespräche gab, dann war ich sicher nicht dabei.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Noch die allerletzte Frage: Sind Ihnen Kontakte Winter zu Prof. Stelzl oder zu Vertretern der Firma Siemens bekanntgeworden, zum Beispiel Schweitzer?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Winter hat einmal mir gegenüber, aber das war — ich glaube mich richtig zu erinnern, daß der Professor Stelzl auch eine Lehrtätigkeit am Technologischen Gewerbemuseum gehabt hat, und ich glaube, daß Winter in dieser Richtung einmal eine Äußerung mir gegenüber gemacht hat. Ansonsten ist mir Professor Stelzl eigentlich nicht bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, können Sie mir die Umstände nennen, wenn Sie sich das jetzt noch einmal durchüberlegen, warum ein Konsulentenvertrag zwischen der Bauleitung des AKH und der Firma ODELGA für die Projektierung der medizinisch-technischen Einrichtungen für den Neubau des AKH-Kerns der Anlage abgeschlossen wurde?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Dieses Aufgabengebiet, kann ich mich erinnern, hat Winter betreut, und wie ich schon einleitend erwähnt habe: Die ODELGA hat sich mit medizinisch-technischer Einrichtung seit Jahren befaßt, wir haben zuerst die Einrichtung von Operationssälen über die Bühne gebracht, dann von Sterilisationen und ähnlichem. Ich nehme an, daß mit diesem Befassen die Firma ODELGA auch in der Lage war, diese Sparte zu betreuen.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Referenzen der Firma ODELGA wurden geprüft? Welche Kapazitäten hatte sie damals?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das kann ich heute auch nicht mehr sagen, welche Referenzen und welche ...

Obmann Dr. **Steger:** Welche sind geprüft worden?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das müßte der Winter durchgeführt haben. Der Winter müßte das dann auch in geeigneter Form referiert haben, denn die Bauleitung konnte ja von sich aus keine Aufträge in diesen Größenordnungen hinausgeben, die nicht dem Vorsitzenden des Bauausschusses respektive ab einer gewissen Größe, die sich geändert hat — ich glaube, zum

Schluß waren es über 10 Millionen —, dem Vorsitzenden des Spitzenausschusses vorgelegt werden, und da haben sich die entsprechenden Gremien des Bundes und der Stadt Wien damit befaßt, ehe sie diese Genehmigungen erteilt haben.

Aber das war Aufgabengebiet von Winter, und Winter hat diese Unterlagen beschafft, ausgearbeitet und dann in geeigneter Form zusammengestellt.

Obmann Dr. **Steger:** Also wenn jemand die Firma ODELGA hineinbringen wollte in diese Tätigkeit — zum Beispiel, damit dort mitverdient wird —, dann wäre der Weg ohneweiters möglich gewesen, den Herrn Winter zu überzeugen, der anschließend dann halt so sachlich referiert, daß alle glauben, das ist die gescheiteste Lösung.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Bitte, ob das möglich gewesen wäre ...

Obmann Dr. **Steger:** Von der Vorgangsweise. Ich fasse zusammen, was Sie sagen. Sie sagen: Wir haben uns eigentlich um das nicht gekümmert. Der Zuständige war Winter, der mußte das alles prüfen, einholen, Referenzen holen ...

Dipl.-Ing. **Foltin:** Der war ...

Obmann Dr. **Steger:** ... vorgetragen.

Dipl.-Ing. **Foltin:** ... Leiter der haustechnischen Gruppe. Also er war ja von seiner Ausbildung her mit seinen Leuten — in seinem Arbeitsteam waren Maschinenbauer, Elektrotechniker, Starkstromtechniker, Schwachstromtechniker, und alle diese Geräte sind ja reine Maschinenbaugeräte, und natürlich mußte der Winter dann für diese Dinge fachlich die entsprechenden Unterlagen bringen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat außer Winter — das wissen Sie ja jetzt nicht, ob er die Referenz geprüft hat. Ist Ihnen sonst bekannt, daß irgend jemand die Referenzen geprüft hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja sicherlich. Das Pendant des Bundes zum Winter, Herr Hofrat Dipl.-Ing. Kronfuß. So wie bei der Stadt ...

Obmann Dr. **Steger:** Der hat Ihnen das berichtet?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Beide Herren. Denn ...

Obmann Dr. **Steger:** Beide haben Ihnen berichtet, daß sie Referenzen geprüft haben?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Bitte, inwieweit auch Referenzen geprüft wurden — wie gesagt, das liegt nahezu zwei Jahrzehnte zurück, aber sicherlich werden sich die mit diesen Dingen befaßt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sagen mir gerade: Ja. Wenn ich dann frage: Haben es Ihnen die beiden berichtet?, sagen Sie: Na das weiß ich nicht! — Jetzt bitte: Wie haben Sie es dann erfahren?

Dipl.-Ing. **Foltin:** ... ob ich ...

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie es, oder wissen Sie es nicht? Sie können auf jede Frage sagen, daß Sie es nicht wissen.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ob sie Referenzen geprüft haben? — Es wurden sicherlich Referenzen geprüft. Ob sie in diesem Fall und inwieweit sie in diesem Fall geprüft wurden, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Aber ich weiß, daß sicherlich im Rahmen der Tätigkeit Referenzlisten eingeholt wurden, wo es möglich war und man bemüht war, die Kapazität, die Leistungskapazität und die fachlichen ...

Obmann Dr. **Steger:** Bei der Firma ODELGA? — Also wissen Sie es, oder wissen Sie es nicht? Die lange Pause, daß Sie nichts sagen, haben wir ja dann nicht im Protokoll.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wenn etwas 10 oder 15 Jahre zurückliegt, glaube ich, darf ich schon nachdenken, ob mir nicht vielleicht einfällt, daß ich mit gutem Gewissen drauf ja sagen kann, denn sonst müßte ich vom Start weg sagen: Mir ist bei der Firma ODELGA, oder wenn Sie mir jetzt eine andere Firma nennen, auch nicht die Möglichkeit gegeben, Herr Doktor, daß ich darauf ja sage, denn ich kann mich im Einzelfall sicher — wenn ich eine Unterlage habe, dann kann ich dazu Stellung nehmen. Die habe ich aber nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt haben Sie nachdenken können: Ja oder nein?

Dipl.-Ing. **Foltin:** In diesem Fall würde ich sagen: Ich erinnere mich nicht mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie noch, welche Leistungen die Firma ODELGA im Rahmen dieses Konsulentenvertrages tatsächlich erbracht hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wenn das genug ist, was ich jetzt sage: Planungsleistungen, dann ja. Im Detail kann ich über Leistungserbringungen sicherlich aus dem Gedächtnis nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, welches Personal die Firma ODELGA damals hatte?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Zu welchem Zeitpunkt? Zu dem Zeitpunkt, wo ich vom Allgemeinen Krankenhaus weggegangen bin, oder zu Anbeginn oder ...

Obmann Dr. **Steger:** Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Konsulentenvertrages, als Ihnen berichtet wurde, daß die jetzt derartige

Planungsleistungen vollbringen werden. Wir versuchen nämlich herauszufinden, ob es in diesen Firmen jeweils Personal gegeben hat für diese ...

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja! Das habe ich ja schon erwähnt. Der Ing. Hauschka hat sich eine Arbeitsgruppe aufgebaut, und diese Arbeitsgruppe hat sich einzig und allein mit medizintechnischer Planung befaßt. Also das Personal hat es gegeben.

Wie viele Leute das waren, weiß ich heute nicht mehr. Aber einige Namen von damals habe ich im Gedächtnis: Das ist der Ing. Hauschka, der Ing. Haas — ich glaube, der Ing. Haas ist jetzt noch bei der Firma ODELGA — und einige andere Herren, die, glaube ich, im Einzelfall auch noch bei der Firma ODELGA sind, dann war eine Frau Ing. Leposchitz und so weiter und so weiter.

Es war also Personal vorhanden, und dieses Personal ist sogar bei gewissen Arbeitsabläufen bei uns auf der Baustelle gesessen und hat die Ist-Stand-Aufnahmen gemacht und die Vorplanungen und das mit der Direktion und der Verwaltung des Hauses wieder abgestimmt. Also das war da.

Obmann Dr. **Steger:** Also welche Planungsleistungen in welchem spezifischen Bereich hat dann die Firma ODELGA tatsächlich erbracht?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Eben im Bereich der medizintechnischen Anlagen, also medizintechnische Einrichtungen. Ganz genau: Einrichtungen von Operationssälen, Sterilisationsanalgen et cetera mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso war das damals schon notwendig?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Weil die erste Tätigkeit der Bauleitung die Generalsanierung der Zweiten Chirurgischen Klinik, der Ersten Frauenklinik, dann der Experimentellen Abteilung und der Zweiten Unfallchirurgie war. Und das war auch der Grund, warum ich gesagt habe, daß die ODELGA langsam in die Arbeiten mit uns hineingewachsen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wir reden aneinander vorbei. Ich rede immer von Projektierung der medizinisch-technischen Einrichtungen für den Neubau AKH-Kern der Anlage.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Diese Vorarbeiten wurden aber geleistet ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie reden von Vorarbeiten woanders. Ich frage, was sie dort getan haben. Sie antworten immer von anderen Dingen. Und ich frage: Wieso war es dort so viele Jahre früher bereits notwendig, das zu planen? Die Einrichtungen im Kern der Anlagen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Weil die Architekten für ihre Planungen gewisse Vorgaben von der Einrichtungsseite brauchten.

Obmann Dr. **Steger:** Waren die medizinisch-technischen Einrichtungen 15 Jahre oder 20 Jahre, bevor eingerichtet wird, schon feststehend?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Im Einzelfall und im Detail sicherlich nicht, aber ich glaube auch nicht, daß sich die ODELGA 15 oder 20 Jahre vorher mit dem Kern der Anlage befaßt hat, denn es gibt ja auch eine Gebäudegruppe Kinderklinik — Psychiatrie, Heilpädagogische Abteilung, Jugend-Kinder-Psychiatrie, und die sind eingerichtet worden, und dafür waren auch Arbeiten notwendig.

Obmann Dr. **Steger:** Werden wir gleich einmal nachschauen. Sie sagen, Sie glauben es nicht, werden wir schauen, daß wir es Ihnen richtig vorhalten.

Wissen Sie, welches Honorar die Firma ODELGA dafür bezogen hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, warum der Konsulentenvertrag aufgelöst wurde?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das weiß ich auch nicht mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Von wem wurde die Firma ODELGA als Konsulent empfohlen? Ist Ihnen da je bekannt, daß irgend jemand im Interventionsbereich eine Empfehlung abgegeben hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Außer daß der Herr Winter referiert hat, ist Ihnen also sonst nichts bekannt? Daß jemand gesagt hat: Die Firma soll hier mitplanen!

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Übrigens als Beisatz: Sie haben gesagt, es hat so ein gutes Verhältnis zur Fakultät gegeben und zu den Professoren.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie sich erklären, warum diese Professoren dann in einem Brief vom 8. Juni 1976 schreiben: Die gesamte Planung gleicht daher eher jener eines großen Landkrankenhauses als jener einer modernen Universitätsklinik. Ist das die Formulierung eines Partners, mit dem man gut zusammenarbeitet?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja bitte, ich weiß nicht, wer das geschrieben hat. Jedenfalls, der ... Ständi-

ger Vertreter war der Professor Fellinger. Ich nehme nicht ...

Obmann Dr. **Steger:** Der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Wien war zu diesem Zeitpunkt — die Unterschrift, schauen wir noch einmal — Universitätsprofessor Dr. E. Deutsch und Universitätsprofessor Dr. Steinbereithner.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Beide Herren kenne ich, und mit beiden Herren haben wir auch Kontakte gepflogen, und Professor Deutsch und Professor Steinbereithner waren bei sehr vielen Planungsbesprechungen, wie ich mich erinnern kann, zugegen. Ich kann mir das nur dadurch erklären: Die Laborgruppen — und der Bedarf an Labors ist in den letzten Jahren sehr gestiegen.

Obmann Dr. **Steger:** Halten Sie die Bestellung der Firma Siemens als Nachfolger der ODELGA zum Konsulenten für die Projektierung und Detailplanung der gesamten medizintechnischen Einrichtungen unter Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich bei Siemens um einen der potentesten Bieter im angesprochenen Leistungsbereich gehandelt hat, für vertretbar?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja, ich glaube, daß es eine größere Firma und eine erfahrenere Firma auf dem Gebiet — oder zumindest mir ist im Augenblick keine andere Firma bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Da halten Sie das für richtig, wenn jemand, der anschließend die Leistung erbringt, vorher die Planung dafür macht? Bevor es die Ausschreibung gibt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich weiß es nicht, aber im speziellen Fall war vielleicht kein anderer Weg möglich.

Obmann Dr. **Steger:** Warum? — Genau das interessiert uns.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Weil es sicherlich niemanden gibt, der Röntgenanlagen erzeugt und der darüber Auskunft geben kann, der die Entwicklung kennt, und man war wahrscheinlich gezwungen, auf die Erfahrung dieser Firmen zurückzugreifen. Aber wie gesagt, das ist nicht mein Fachgebiet. Ich bin nicht Medizintechniker.

Obmann Dr. **Steger:** Es hat sich auch auf ganz andere Fachbereiche bezogen, auch auf Laboreinrichtungen. Das heißt also, wenn eine Firma in einer Branche nur gut genug ist, dann sind Sie der Meinung — das ist für uns sehr wesentlich —, daß es richtig ist, wenn diese Firma auch selbst die Planung macht vor der Ausschreibung.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das ist sicherlich nicht meine allgemeine Meinung. Das wird sicherlich für eine Tischlerfirma oder für eine Baufirma oder ähnliches zutreffen, aber in irgendwelchen Spezialbereichen, wo keine andere Möglichkeit gegeben ist, wird man gegebenenfalls vielleicht auf die einzige Möglichkeit dafür zurückgreifen.

Obmann Dr. **Steger:** Nur: Ist Ihnen nie zum Bewußtsein gekommen, daß damit überhaupt nicht mehr kontrollierbar wird, ob das preisgünstig ist oder nicht? Hat diese Frage je jemand aufgeworfen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Zu dem damaligen Zeitpunkt also sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Zu welchem Zeitpunkt dann?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Dazu kann ich keine Stellungnahme abgeben, denn zu welchem Zeitpunkt das dann jemand aufgeworfen hat, weiß ich nicht, da war ich nicht mehr in der Bauleitung.

Obmann Dr. **Steger:** Weil Sie gerade so gesagt haben: Zum damaligen Zeitpunkt nicht. Das heißt normalerweise beim Weiterdenken, es hat sehr wohl einmal jemand diese Frage aufgeworfen, aber damals halt nicht.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es gibt also bei ...

Obmann Dr. **Steger:** Dann hat es jemand aufgeworfen. Das habe ich deswegen gefragt. Nur aus Ihrer Antwort habe ich diese Zusatzfrage gestellt.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß in Sparten, wo Ingenieurkonsulenten nicht heranzuziehen sind, oft Firmen Planungs- und eine Art Konsulententätigkeit übernehmen. Das betrifft zwar nicht die Sparte Hochbau, aber für gewisse maschinentechnische und elektrotechnische Anlagen war es — zumindest zu meiner Zeit — üblich, daß des öfteren Firmen Planungstätigkeiten gemacht haben, die dann natürlich bei der Ausschreibung nicht ausgeschlossen wurden.

Obmann Dr. **Steger:** Das möchte ich eben wissen. Wie oft war das üblich, daß Firmen, die geplant haben, nicht von der Ausschreibung ausgeschlossen wurden? Ich will das statistisch von der Menge jetzt wissen? Waren es 10 Prozent?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich habe weder eine Statistik darüber gesehen noch je eine gehabt. Ich weiß nur, ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Sie brauchen mir ja nicht immer jetzt ausweichend antworten. Ich habe für so viele Dinge noch keine Statistik gesehen in meinem Leben, kann aber sagen, ob

es in 20 Prozent oder in 100 Prozent der Fälle ist ungefähr.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist es die regelmäßige Übung, daß es so geschieht, oder ist es die Ausnahme, daß es so geschieht?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Soweit mir bekannt ist, ist es nicht die Übung, aber es geschieht des öfteren, oder es ist des öfteren geschehen.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Vorkehrungen sind getroffen worden, damit Interessenskollisionen zwischen dem Planungsbereich und dem dann ausführenden Bereich vermieden werden? Wenn Sie es noch anders hören wollen: Welche Vorkehrungen sind getroffen worden, damit man da eine Sicherheit hat, daß da die Firmen sich das nicht so hinplanen, daß nur mehr sie liefern können und das große Geschäft damit machen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich habe Sie schon verstanden: daß so neutral ausgeschrieben wird, daß jeder anbieten kann oder die Ausschreibung nicht auf einzelne Fabrikate zugeschnitten ist.

Obmann Dr. **Steger:** Und das zweite, daß man dann noch irgendwo Preiskontrolle überhaupt einbauen kann, weil ein gewisses Konkurrenzverhältnis noch da ist.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Die Bauleitung hat Fachgruppen gehabt: die Gruppen für Haustechnik, Gruppen für Hoch- und Tiefbau und Gruppen für Elektrotechnik und eben Medizintechnik.

Diese Fachgruppen haben die Ausschreibungen dann so überprüft und waren verpflichtet, die Ausschreibungen so zu überarbeiten, daß sie neutral hinausgegangen sind. Die Ausschreibungen wurden also dann von der Bauleitung durchgearbeitet, sodaß man annehmen konnte, daß sie neutral waren, daß jede Firma, die ein ähnliches Erzeugnis hatte, anbieten konnte.

Obmann Dr. **Steger:** Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube nach dem, was wir inzwischen gehört haben.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich muß sagen: Nach dem, was ich inzwischen gehört habe, fehlt mir auch der Glaube. Damals war ich überzeugt, daß unsere Beamten so weit eben vereidete Beamte sind, daß diese Arbeiten ordnungsgemäß über die Bühne gehen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Es wird der Konsulentenvertrag mit der Firma ODELGA für diesen Kernbaubereich gelöst. Da waren Sie ja noch beteiligt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Warum ist dieser Vertrag gelöst worden?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Gibt es da irgendwelche Unterlagen?

Obmann Dr. **Steger:** Er ist einvernehmlich gelöst worden. Dadurch weiß man dann nie genau, warum.

Dipl.-Ing. **Foltin:** ... daß sie gelöst wurde, und ich glaube mich zu erinnern, daß der Vertrag über einen gewissen Bereich erfüllt war oder umfangmäßig erfüllt war und daß nun auf Grund neuer Überlegungen oder neuer Erkenntnisse ein neuer Vertrag notwendig war. So ist es mir im Gedächtnis. Ob das stimmt —

Obmann Dr. **Steger:** Es steht nur drinnen, daß es eine einvernehmliche Lösung gibt — Punkt. Und daß daher der Konsulentenvertrag also nicht mehr weiterläuft. Sonst steht bei uns gar nichts.

Die Generalformulierung heißt: Auf Grund der Genehmigung des Vorsitzenden des Spitzenausschusses vom März 1974 wurde der Konsulentenvertrag der Firma ODELGA für die Projektierung der medizinisch-technischen Einrichtungen für den Neubau AKH-Kern der Anlage einvernehmlich gelöst.

Es steht im nächsten Absatz, daß jetzt Siemens da etwas weitermachen wird.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Warum, weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Es fällt mir nämlich auf: ODELGA wird einvernehmlich gelöst; wobei „einvernehmlich lösen" oft auch bei Kündigungen eines Dienstverhältnisses dort steht, wenn man halt nicht streiten will.

Dann wird der Vertrag mit Siemens gemacht, und dann ist plötzlich die Firma ODELGA bei Siemens Subunternehmer für denselben Bereich. Und da frage ich mich, warum.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Die Frage stellt sich mir auch, aber ich kann sie nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, welchen Prozentsatz der medizinisch-technischen Einrichtungen in der Folge Siemens tatsächlich geliefert hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein. Ich habe zu Beginn erklärt, daß, solange Weich hier war, eine kooperative Zusammenarbeit gegeben war, daß Winter nicht kooperiert hat und daß Winter diese Dinge erledigt hat. Wenn man ihn gefragt hat, hat er das hingeworfen nach dem Motto: Friß, Vogel, oder stirb!

Ich bin von Winter nicht entsprechend informiert worden. Winter hat das laut der Geschäftsordnung in seinem Arbeitsbereich gehabt. Wenn meine Fragen zu intensiv geworden sind, hat er mehr oder weniger sinngemäß erklärt: Du bist Hochbauer, ich bin Maschinenbauer und Haustechniker, das geht dich einen Schmarrn an, ich muß das vertreten, ich unterschreibe das, das ist erledigt, aus!

Mit Weich hat man diese Dinge gemeinsam besprochen und abgeklärt. Also das war eine Zusammenarbeit. Das war bei Winter nicht gegeben. Daher kann ich auf gewisse Dinge nicht antworten, weil ich es nicht weiß.

Winter ist im Laufe der Zeit immer stärker und stärker geworden und hatte immer mehr Rückgrat — wieso, das weiß ich nicht —, bis er dann bestellter Vorstandsdirektor war, sodaß ich gewisse Informationen nicht habe.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, bei dem 2-Milliarden-Auftrag an die Firma Siemens ist Ihre Unterschrift drauf. Jetzt frage ich mich schon: Haben Sie das nur unterschrieben, weil er gesagt hat, das gehe Sie einen Schmarrn an, oder haben Sie da — ich meine, eine solche Unterschrift ist ja mehr, als daß man nur in einem Gremium dabei ist.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich habe das sicherlich nicht unterschrieben auf Grund einer solchen Äußerung, aber solche Anträge sind ja nicht weggegangen, weil das plötzlich einer unterschreibt und das weggehen läßt, sondern darüber wurden im großen Kreis Gespräche geführt, und da waren natürlich auch die Vertreter des Bundes dabei.

Ich habe schon gesagt, daß bei solchen Aufträgen auch die Fachleute der Stadt Wien und die Fachleute des Bundes dabei waren. Das ist dann weitergegangen. Ich glaube nicht, daß ich bei dem Auftrag unterschrieben bin, höchstens bei der Auftragserteilung. Denn diese Genehmigungen haben die Vorsitzenden des Bauausschusses weitergegeben an die Vorsitzenden des Spitzenausschusses, und es hat niemand von der Bauleitung unterschrieben, sondern für Wien der Stadtbaudirektor und für den Bund der Sektionschef. Nur das Auftragsschreiben an die Firma auf Grund der Genehmigung, also auf Grund der Ministerunterschrift, das habe allerdings ich dann unterschrieben.

Aber bitte, den Beamten möchte ich sehen, der, wenn er die Genehmigung vom Bürgermeister und Minister hat, das Auftragsschreiben nicht unterschreibt.

Obmann Dr. **Steger:** Die Firma Dreger ist Subplaner geworden laut diesem Vertrag im Konsulentenverhältnis. Jetzt sagen Sie aber, beim Vertrag Siemens waren Sie nicht mehr beteiligt, nur, hinsichtlich der Vorgespräche, welche Firmen in Frage kommen, müssen Sie ja noch etwas gehört haben. Zum Beispiel, wieso die Firma Dreger ins Spiel gekommen ist.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das weiß ich nicht. Also ich muß sagen, über die Firma Dreger kann ich überhaupt nichts sagen. Die Namen sind mir bekannt, und daß das Firmen sind, die sich mit der medizintechnischen Planung und mit der Ausführung von medizintechnischen Geräten und Anlagen befassen. Aber wieso die Firma Dreger dazugekommen ist, dazu kann ich nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Bei der Frage Ratio habe ich mir das noch aufgeschrieben: Wer war in dem Spitzenausschuß, auf den Sie sich berufen, bei derartigen Entscheidungen? Können Sie das nach Ihrer Erinnerung jetzt im Ablauf schildern? Welche Politiker waren dort drinnen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Zu dem damaligen Zeitpunkt?

Obmann Dr. **Steger:** Ab dem Zeitpunkt, ab dem Sie wissen, wer drinnen war. Und erzählen Sie mir ungefähr, an wen Sie sich erinnern können.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das hat sich ja geändert. Denn ich weiß jetzt nicht, welcher Spitzenausschuß das war. Es war einmal der jeweilige Bundesminister für Bauten und Technik. Ich glaube, daß es zur damaligen Zeit wahrscheinlich Bundesminister Moser gewesen sein dürfte.

Obmann Dr. **Steger:** Von wann weg kennen Sie persönlich den Spitzenaussschuß? In welchen Jahren haben Sie damit zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich habe zu tun gehabt beim Neubau des AKH von 1959 bis 1975.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann gab es den Spitzenausschuß? Gab es den von Anfang an?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Zuerst war ein Koordinationsausschuß, dann . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wer war dort drinnen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Drinnen waren auch die Vertreter des Bundes und die Vertreter der Stadt Wien, und dann hat sich sehr bald . . .

Obmann Dr. **Steger:** War da eine Partei drinnen, waren da mehrere Parteien drinnen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es waren eigentlich alle Parteien drinnen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war von der Freiheitlichen Partei drinnnen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Da war damals — ich weiß nicht, ob es damals ... Da war niemand drin.

Obmann Dr. **Steger:** Die FPÖ hat es schon gegeben.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Drinnen war niemand.

Obmann Dr. **Steger:** Drinnen war niemand. Weil sie sagen: alle Parteien.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es war Bundesminister Drimmel, es war der Piffl-Perčević, es war Minister Bock, es war ...

Obmann Dr. **Steger:** Ist es der Bock, der jetzt in der CA ist?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja, Dr. Fritz Bock. Von seiten der Stadt Wien war der jeweilige Bürgermeister, das waren Jonas, Marek, Slavik, und unter Gratz hat es keinen Spitzenausschuß mehr gegeben. Und dann der jeweilige Stadtrat für das Bauwesen, das waren also Heller, dann Vizebürgermeister Pfoch, und dann waren wir aus. Und dann war drinnen der Stadtrat für Gesundheitswesen, das war Primarius Dr. Glück. Und dann war der Finanzsektor, vertreten durch Slavik als Stadtrat für Finanzen.

Auf Bundesseite waren der jeweilige Finanzminister, der jeweilige Unterrichtsminister und der jeweilige Minister für Bauten und Technik respektive vorher für Handel und Wiederaufbau.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es bei der Zusammensetzung am Beginn je so irgendeinen Parteiproporz gegeben, daß man nachgedacht hat, daß da beide halbwegs gleich stark drinnen sind?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Parteienproporz war, so weit ich informiert bin, nicht vorgesehen. Aber es waren 50 Prozent Bund — da waren also einmal die zuständigen Bundesminister dort — und 50 Prozent Stadt Wien, war der Bürgermeister mit den zuständigen Ressortstadträten. Und vom Bund waren die zuständigen Bundesminister.

Obmann Dr. **Steger:** Wann war das Ende des Spitzenausschusses? Wann hat er sanft sein Entschlummern feiern können?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Der letzte Spitzenausschuß war der 17. Spitzenausschuß. In welchem Jahr der getagt hat, weiß ich jetzt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** War es in den sechziger Jahren oder schon in den siebziger Jahren?

Dipl.-Ing. **Foltin:** In den siebziger Jahren war der letzte Spitzenausschuß.

Obmann Dr. **Steger:** Das hieße ja dann eigentlich, daß auch Dr. Mock als Unterrichtsminister im Spitzenausschuß drinnen war?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein, der war nicht mehr drinnen.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso, war der nicht drinnen in den sechziger Jahren, wenn er bis in die siebziger Jahre getagt hat.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich kann nicht nachsehen. Wie gesagt, ich spreche aus der Erinnerung, und ich habe beim Spitzenausschuß gewisse Tagesordnungspunkte referiert. Ich mußte mich für den Spitzenausschuß sehr intensiv vorbereiten. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich vor Dr. Mock referiert hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Kann es sein, daß er nur nicht getagt hat in dieser Zeit, daß aber Dr. Mock Mitglied gewesen ist, der Ausschuß aber vielleicht gerade damals während Mocks Ministertätigkeit seltener einberufen wurde? Ist es denkbar, daß irgendein Unterrichtsminister nicht drinnen war, obwohl ausgemacht war, daß die Unterrichtsminister im Spitzenausschuß Sitz haben.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein. Das ist kaum möglich. Es sei denn, daß die Tagung des Spitzenausschusses auf einen Tag gefallen ist, wo sich der Unterrichtsminister durch einen nominierten Vertreter vertreten ließ.

Obmann Dr. **Steger:** Aber formell war der Unterrichtsminister in jedem Fall Mitglied.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Die Einladungen haben wir in der Bauleitung geschrieben und ausgeschickt. Also es ist unmöglich gewesen. Jeder Minister, jeder Stadtrat und jeder Bürgermeister hat alle Unterlagen schriftlich vor den Ausschüssen zeitgerecht zum Studium bekommen. Das waren solche Pakete und Planungsunterlagen. Bevor sie ausgeschickt wurden, wurden diese Unterlagen dem Bauausschuß vorgelegt. Jedes Mitglied des Bauausschusses — im Bauausschuß waren alle Fachleute des Bundes und der Stadt Wien — hat diese Unterlagen genau geprüft, gegebenenfalls zurückgegeben, neue Informationen gewünscht, und dann sind die fertig ausgearbeiteten Unterlagen an den Spitzenausschuß ausgeschickt worden. Dann tagte der Spitzenausschuß.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Daß Dr. Mock eine Zeitlang Unterrichtsminister war, wissen wir ja. Daher habe ich die Frage gestellt, ob Sie sich erinnern können an eine Sitzung, an der er beteiligt war?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein, ich kann mich nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Kann es sein, daß in diesem ganzen Zeitraum, in dem er Minister war, er einfach nicht getagt hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Von wann bis wann war Mock Bundesminister für Unterricht?

Obmann Dr. **Steger:** Da muß man die ÖVP fragen. 1969/70 war das faktisch.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es kann sein, daß in diesem Zeitraum kein Spitzenausschuß war.

Obmann Dr. **Steger:** Hat der Unterrichtsminister einmal verlangt, daß jetzt endlich einmal Klarheit geschaffen wird und daß das vorangetrieben wird?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein, daran kann ich mich auch nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Ist er einmal an Sie herangetreten und hat gesagt: Da muß jetzt einmal aufgeräumt und Klarheit geschaffen werden. Oder ähnliches? Ich wollte nur gerne wissen, wie das damals zugegangen ist. Sie können sich jedenfalls an nichts Derartiges erinnern.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Würden Sie sich erinnern können, wenn er es von Ihnen verlangt hätte?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Sicher, denn so etwas ist ja nicht spurlos an der Bauleitung vorbeigegangen. Denn wenn so ein Wunsch von irgendeiner Stelle geäußert wurde, mußte ja die Bauleitung dann im Instanzenweg aktiv werden, Berichte schreiben und Zusammenstellungen schicken, et cetera mehr, respektive hätte mich der Stadtbaudirektor Koller gerufen und gesagt, das und das wird von Bundesseite laut, bitte, schauen wir uns das an, et cetera mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wenn Sie wieder nachdenken im Laufe der Zeit: Wer waren von den beiden Fraktionen die dominierendsten Persönlichkeiten, die sich um das AKH im Spitzenausschuß besonders angenommen haben? Sie brauchen nicht alle aufzuzählen, sondern nur die dominierendsten, die sich wirklich besonders gekümmert haben und Sie auch außerhalb der Sitzungen angeredet haben, um etwas zu wissen.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das war sicherlich Bürgermeister Jonas, das war Bürgermeister Marek. Also bei Marek war ich etliche Male, und bei Jonas habe ich viele Stunden verbracht, Jonas war auch des öfteren auf der Baustelle, auch Marek war auf der Baustelle. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß ich zu Marek mit weißem Mantel einmal fliegend ins Rathaus . . .

Obmann Dr. **Steger:** . . . mit weißem Mantel. Damals hatten ja an sich noch alle weiße Mäntel beim AKH, jetzt bleiben wenig übrig.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Zum Bürgermeister hat man sich zur damaligen Zeit schon einen ordentlichen Anzug angezogen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Jetzt: Wer sonst? Sagen Sie nur die Namen von denen, die sich auch so gekümmert haben, daß sie Berichte wollten.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Slavik hat sich sehr gekümmert, Slavik war auch auf der Baustelle. Pfoch hat sich gekümmert. Heller hat sich gekümmert, auch Stadtrat Glück hat sich informieren lassen.

Obmann Dr. **Steger:** Stadtrat Prutscher auch?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein. Mit dem habe ich eigentlich nie Kontakt gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Sonst?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Mit Stadtrat Glück habe ich Kontakt gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt fällt aber auf, daß Siemens den Auftrag zur Lieferung und Montage der elektrischen Energieversorgungs- und Verteilungsanlagen erhalten hat und daß es da geheißen hat, sie kriegen es, weil ein Rechenfehler im Anbot drinnen ist. Können Sie sich daran noch erinnern, wie es zu der Korrektur gekommen ist?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein, das hat die maschinentechnische Sparte mit dem zuständigen Kollaudanten bearbeitet. Ich weiß aus nachträglichen Informationen, daß ein Rechenfehler drinnen war. So etwas kommt unter Umständen vor, aber . . .

Obmann Dr. **Steger:** Hat es Anbahnungsgespräche gegeben vor dem Entdecken des Rechenfehlers?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Mit mir sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Natürlich nicht mit Ihnen. Das habe ich nicht so gefragt. Ist Ihnen etwas bekannt, daß es solche gegeben hat? Ist Ihnen etwas mitgeteilt worden?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Es sind natürlich Vertreter von Firmen zu Vorsprachen in der Bauleitung gewesen. Aber mir ist in dieser Angelegenheit nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Kam es während Ihrer Tätigkeit in der Bauleitung generell zu politischen Einflußnahmen im Zusammenhang mit Auftragsvergabe?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Da ist mir eigentlich auch nichts bekannt. Eine einzige — Einflußnahme ist vielleicht zuviel gesagt. Wie die österreichische Stahlindustrie am Hungertuch genagt hatte, war man sicherlich gemeinsam — Bund und Stadt Wien — bemüht, die Stahlindustrie zu beschäftigen. Aber da ist auch keine Weisung gekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Einflußnahme ist nicht Weisung. Einflußnahme ist ja diffiziler. Da sagt man am Telephon: Du, da gibt's eine Firma ...

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein, also zumindest hat mir gegenüber niemand solche Versuche gestartet.

Obmann Dr. **Steger:** Überhaupt nie? Sie haben da teilweise Korrespondenzen über Einflußnahme. Ich glaube Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, haben das seinerzeit bei einer Firma vorgelegt, wonach es da Korrespondenzen gegeben hat, daß die bei Subaufträgen wenigstens drankommen sollen. Ich glaube, im Leuchtenbereich war das. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Knoblich!)* Ist Ihnen gar nichts bekannt davon?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Umstände, Herr Zeuge — dann bin ich am Schluß —, waren für die Vergabe eines Gutachterauftrages an die Firma Wagner betreffend die zentrale Saugreinigungsanlage maßgebend, und von wem wurde Wagner empfohlen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Der Name Wagner sagt mir überhaupt nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Sagt Ihnen Spiwag etwas?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Spiwag — ja das war eine Reinigungsfirma.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat die ins Spiel gebracht?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Bitte, außer dem Namen Spiwag kann ich über die Firma überhaupt nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist ein Herr Wagner der Eigentümer. Der hat eine Reinigungsfirma vom Herrn Wilfling übernommen. Ist Ihnen darüber etwas bekannt? Ist Ihnen je aufgefallen, daß der Herr Wilfling bestimmte Firmen ins Geschäft bringen will?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wilfling und Winter waren ein Herz und eine Seele. Wir pflegten scherzhaft in der Bauleitung zu sagen: Das war Liebe auf den ersten Blick. Aber ob irgend etwas ins Spiel gebracht wurde? Ich habe im Zuge von Gerede erfahren, daß Dr. Wilfling aus der Teppichreinigungsbranche kommen soll. Das ist aber damals auch nur gerüchteweise durchgesickert. Natürlich, heute ist mein Informationsstand ein anderer. Aber damals wußte ich es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. — Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben sich vorhin an bestimmte Dinge sehr genau erinnert, daß Sie mit Jonas Kontakt hatten, mit Bürgermeister Marek Kontakt hatten. Meine Frage ist nun: Sie haben auch darauf hingewiesen, daß Sie vor 1975 mitunter die Politiker über Unzulänglichkeiten informiert haben.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nicht nur mitunter, sondern regelmäßig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigung! Darf ich Sie fragen: Haben Sie sie auch informiert über Unzulänglichkeiten, die Ihnen im Zusammenhang mit dem Bau des AKH aufgefallen sind?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wenn Unzulänglichkeiten vorhanden waren, so ist natürlich darüber auch berichtet worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns konkret sagen, über welche Unzulänglichkeiten Sie informiert haben?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Sicher. Ich habe über die Unzulänglichkeit informiert, daß im Bauablauf gewisse Termine nicht einzuhalten sind, weil Professor Hoff als Kapazität eine derartige Stärke hatte und gesagt hat, nur über seinen Leichnam könne seine Klinik abgetragen werden, und die Klinik Hoff zum Gutteil auf jenem Gelände gelegen ist, auf dem der heutige Neubau steht, und zum Gutteil mit dem einen Flügel in die Gebäudegruppe der Psychiatrie hineingeragt ist. Niemand war in der Lage, den Professor Hoff zu zwingen, davon abzugehen, und darüber habe ich selbstverständlich berichtet. In dem Augenblick, wo Professor Hoff gestorben ist, sind dann die entsprechenden Abbrüche möglich gewesen, und dann haben auch diese Bauteile forciert in Angriff genommen werden können. Das ist zum Beispiel ein Detail.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie auch informiert über die Dinge, die Ihnen im Zusammenhang mit Winter und Wilfling aufgefallen sind, daß sie nämlich ihre Aufgabe nicht voll wahrnehmen?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich habe gesagt, daß ich über diese Dinge, speziell über Winter, mit dem Stadtbaudirektor Koller gesprochen habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darüber hinaus mit Politikern?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Da war weder mehr der Bürgermeister Marek hier — und mit Bürgermeister Gratz habe ich keine persönlichen Gespräche geführt. Ich bin ihm vorgestellt worden, aber es ist zu keinem persönlichen Gespräch gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er mit Ihnen auch keinen Kontakt gesucht?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ich bin zu keinem Gespräch geladen worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann ist in Ihnen das erstemal der Verdacht wach geworden, daß Schmiergeldzahlungen, Korruptionszahlungen geleistet worden sind im Zusammenhang mit dem AKH?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nie! Ich hätte solche Dinge in der Bauleitung für unmöglich gehalten. Ich bin dann später mit Entsetzen eines Besseren belehrt worden. Ich habe das für unmöglich gehalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Ihnen vor 1970 irgendwelche Mängel bekannt geworden im Zusammenhang mit dem AKH?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Vor 1970? Nein! Da waren wir auch der Presse entsprechend die besten und die größten und die allerehrlichsten. Man braucht sich nur die Mühe machen und Zeitungsberichte nachzuschlagen. Wir haben nicht nur eine positive Presse gehabt, sondern ich war der Überzeugung bis ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vor allem in der „AZ"?

Dipl.-Ing. **Foltin:** In der „AZ" wahrscheinlich auch. Aber auch in anderen Zeitungen. Ich war der Meinung, daß die Bauleitung in der Lage ist, zu aller Zufriedenheit zu agieren. Wir haben damals den Wohnbezirk fertiggestellt, das ist ein Bauvorhaben mit Zweibettenhaustürmen, dem Schulgebäude, also mit tausend Einheiten, die MIA-Schule. Wir haben die Kinderklinik — Psychiatrie, die Heilpädagogik, die Jugend- und Kinderpsychiatrie weitergebracht. Wir haben die Parkgarage am Gürtel über drei Geschoßflächen, jede Fläche von 25 000 m², erstellt, und wir haben den Kern der Anlage begonnen. Die alte Bauleitung hat noch den Flachbaukörper und auch den Bettenturm Ost gebaut. Also, die schlechte Presse ist dann erst später gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, wenn ich feststelle, daß die Probleme erst nach 1970 deutlich geworden sind?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Wenigstens wurden sie für mich ab diesem Zeitpunkt deutlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ab 1970?

Dipl.-Ing. **Foltin:** 1971, 1972.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich mit irgendwelchen Personen auf die Einvernahme heute hier im Ausschuß vorbereitet?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein. Sie sehen, ich habe weder Unterlagen mit, noch habe ich mit irgend jemandem darüber gesprochen, noch mich vorbereitet. Mein Abteilungsleiter weiß es und dann die Dienststelle, die mich von der Verschwiegenheitspflicht entbunden hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind bereits gefragt worden über die Beauftragung der Firma Siemens mit diesem großen Auftrag. Ist es richtig, daß bei der Stadt Wien mit dieser Beauftragung niemand so echt befaßt war?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das weiß ich nicht. Die Dinge wurden, soweit ich mich erinnere, sicher im größeren Kreis besprochen, und von der Bauleitung wurden die Unterlagen an die Vorsitzenden des Bauausschusses weitergeschickt, und diese haben sicherlich auch im Rahmen der Stadt Wien über die Dinge gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch Politiker?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Das weiß ich nicht. Ich habe jedenfalls mit niemandem darüber gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wem haben Sie gesagt, daß Sie Professor Riethmüller weiterempfohlen haben, weil er mit der Sache unmittelbar betraut und befaßt war? Wem haben Sie ihn weiter empfohlen.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Weiterempfohlen vielleicht nicht. Die richtige Formulierung: Ich habe meinen vorgesetzten Dienststellen gegenüber die Meinung vertreten — und da war ich nicht allein —, daß Riethmüller soundso viele Jahre mit dem Projekt befaßt ist, dadurch einen Wissensstand erreicht und Arbeiten geleistet hat und Honorare dafür bekommen hätte, sodaß ich die Meinung vertreten habe, es wäre nicht günstig, ihn von dieser Verantwortung zu entlassen, indem man ihn bei der Weiterbearbeitung nicht mitbeschäftigt. Denn die Arbeit, die er begonnen hat, müßte er meiner Meinung nach — da er viele Gedanken eingebracht hat — doch bis zum Schluß mitverantworten. Denn die Erstellung des Raum- und Funktionsprogrammes ist ja, wie der Name sagt, nicht eine Aufzählung von Räumen, sondern er hat sich auch in der Funktion Gedanken gemacht, die wiederholt werden in der Betriebsorganisation.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus Ihren jetzigen Ausführungen entnehme ich, daß Sie sich auch mit Fragen der Organisation befaßt haben.

Dipl.-Ing. **Foltin:** Im Bereich der Baurelevanz sicher. Denn wir mußten gewisse Dinge von der Organisation her bekanntgegeben bekommen, um die Planung weiterzutreiben respektive die Architekten in einen Stand zu versetzen, die Planung weitertreiben zu können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden Sie in diesem Zusammenhang auch über Probleme der Kostenrechnung informiert?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Die Probleme der Kostenrechnung hat es zu der Zeit, als ich damit befaßt war, kaum gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie wurden informiert darüber?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Ja, jetzt, nachher. Die Kostenrechnung ist erst in den letzten Jahren gesetzlich verankert und betrieben worden. Zu dem Zeitpunkt, wo wir uns mit diesen Dingen befaßt haben, war von der Kostenrechnung noch sehr wenig bekannt, wenn überhaupt etwas.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen ist also nicht bekannt, daß im Jahre 1974 die Stadt Wien Aufträge in dem Zusammenhang vergeben hat?

Dipl.-Ing. **Foltin:** Nein. Das habe ich auch nachträglich erfahren. Im Jahr 1974 sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Danke, Herr Zeuge. Ihre Einvernahme ist damit beendet. Auf Wiedersehen! *(Dipl.-Ing. Foltin verläßt den Saal.)*

*(Die Sitzung wird um 12 Uhr 55 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 20 Minuten wiederaufgenommen.*

Es folgt eine Unterbrechung der Sitzung auf kurze Zeit.)

**Zeugeneinvernahme von Obersenatsrat Dr. Hans Siebensohn**

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich begrüße Sie im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. (Nach Vorhalt des § 153 StPO:)

Der Untersuchungsausschuß hat drei Punkte zu untersuchen, erstens: Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung, zweitens Vorfälle im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und drittens Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Bevor wir die Einvernahme beginnen, darf ich Sie zunächst einmal fragen, ob Sie von der Amtsverschwiegenheit entbunden worden sind.

Dr. **Siebensohn:** Ich wurde von der Amtsverschwiegenheit entbunden.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie das bitte schriftlich mit, damit wir Einsicht nehmen können?

Zweitens ersuche ich Sie, uns Ihre Generalien bekanntzugeben. Das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Dr. **Siebensohn:** Dr. Hans Siebensohn, rechtskundiger Beamter, geboren 19. Dezember 1928, wohnhaft Wien 13, Elisabethallee 34.

Obmann Dr. **Steger:** Obersenatsrat in der MA 17, Abteilungsleiter.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, hatte die MA 17 beziehungsweise hatten Sie persönlich Einfluß auf die Vergabe des Betriebsorganisationsplanungsauftrages betreffend das AKH?

Dr. **Siebensohn:** Nein, darauf hatten wir keinen Einfluß, die Vergabe erfolgte durch die Organe der AKPE.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, warum wurde Professor Riethmüller, dessen Leistungen bereits im Jahre 1974 sehr negativ beurteilt wurden, wie wir gehört haben, im Rahmen der Betriebsorganisationsplanung trotzdem beschäftigt?

Dr. **Siebensohn:** Einer der Gründe für die Beschäftigung von Professor Riethmüller ist aus meiner Sicht sicherlich der gewesen, daß Professor Riethmüller von Anbeginn der Planungsarbeiten für das neue AKH mit in diesen Planungstätigkeiten involviert war.

Er hat insbesondere das Organisationsstruktur- und Raumbedarfsprogramm 1971 mit ausgearbeitet, und die Betriebsorganisationsplanung ist ja zweifellos eine Detaillierung, eine, ich möchte fast sagen, logische Konsequenz dieser Raumbedarfsplanung, sodaß es aus meiner Sicht notwendig gewesen ist, jenen, der an der Wurzel dieser planenden Tätigkeit dabei war, mit in das Geschehen einzubinden, um verschiedene Vorstellungen, die ja teilweise schon in Bauwerke umgesetzt worden sind, zu dem Zeitpunkt in die Betriebsorganisationsplanung mit hineinzubekommen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie beurteilen Sie selbst die Leistungen des Professors Riethmüller?

Dr. **Siebensohn:** Ich kann die Leistungen von Professor Riethmüller nur in einem Teilspektrum im besonderen beurteilen. Das war jener Teilauftrag, den er übernommen hat, ich glaube, im Jahre 1973 betreffend die Betriebsorganisationsplanung für Kinderklinik und Psychiatrie, das sind die Bauteile I bis IV.

Diesbezüglich war seine Aufgabenstellung die, eine Betriebsorganisationsplanung in Blickrichtung auf den späteren Betrieb auf den Kern zu erstellen; Kinderklinik, Psychiatrie gingen ja Ende 1974, Anfang 1975 in Betrieb.

Hier war die Situation so, wie ich zu dem Planungsgeschehen im Jahre 1974 dazugestoßen bin, daß ich feststellen mußte, daß das Team von Professor Riethmüller faktisch nur eine

Dokumentationsarbeit geleistet hat, wobei die späteren Nutzer, sprich Fakultät und Verwaltung des AKH, gefragt wurden und die Antworten systematisch aufbereitet und in Form von Aktenvermerken verarbeitet worden sind, ohne daß eine strukturelle, ich möchte sagen, konkrete Richtung daraus zu erkennen war.

Aus diesem Grund vor allem habe ich damals seine Leistungen nicht sehr positiv beurteilt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, was verstehen Sie unter der von Dr. Wilfling vertretenen Planungsphilosophie, die auch ein Grund für die Vergabe des Auftrages an die ABO war?

Dr. **Siebensohn:** Wenn ich den von Dr. Wilfling seinerzeit verwendeten Begriff „Planungsphilosophie" interpretieren darf, so nehme ich an — ich kann das nur vermuten, ich habe mich über den Ausdruck mit ihm persönlich nicht unterhalten —, daß hier gemeint war, daß nur Personen oder Institutionen die Planungen durchführen sollten, die ganz generell die Zielvorstellungen auch der Stadt Wien auf dem Sektor der Krankenhaus- und auch der Altenhilfeplanung kennen und die nicht ein vollkommen fremdes System hier mit einbringen.

Denn wenn man Krankenanstalten in Österreich und speziell in Wien mit Krankenanstalten im Ausland vergleicht, so ist die Struktur eine vollkommen andere, es ist vor allen Dingen dieser Dualismus, den wir beispielsweise in Wien haben, speziell im Allgemeinen Krankenhaus, diese Doppelfunktion allgemeine Krankenversorgung und gleichzeitig klinischer Betrieb der Medizinischen Fakultät, etwas, was sicher im Ausland kaum zu finden ist, sodaß diese Planungsphilosophie schlicht und einfach, glaube ich, so zu verstehen ist: Nur Personen, die die Wiener Verhältnisse kennen und bereit sind, ihr Wissen diesen Wiener Verhältnissen anzupassen beziehungsweise dem adäquat zu planen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, hat sich Ihnen gegenüber jemand über eine unsachliche Geschäftsführung seitens Dr. Wilfling bei der Vergabe von Aufträgen beschwert?

Dr. **Siebensohn:** Nein, mir nicht erinnerlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wieso, Herr Zeuge, war die MA 17 nicht selbst in der Lage, die Betriebsorganisationsplanung mit eigenem Personal durchzuführen?

Dr. **Siebensohn:** Der Aufgabenbereich einer solchen Betriebsorganisationsplanung hätte den Einsatz von, ich möchte gering sagen, mehreren Dutzend Leuten erfordert, die wir in dem Ausbildungsstand damals sicherlich nicht besessen haben. Ein solcher Ausbildungsstand kann von heute auf morgen sicherlich nicht erzeugt werden, hier bedarf es eines Vorlaufes einiger Jahre, damit die Personen, die mit solchen Planungsarbeiten dann betraut werden können, diese Tätigkeit verantwortungsvoll und effizient ausüben können.

Diese Personen sind schlicht und einfach nicht zur Verfügung gestanden, denn die MA 17 war keine Magistratsabteilung für Krankenhausplanung oder für Planungsagenden überhaupt, sondern wir sind nach der Geschäftseinteilung an sich zuständig für die Verwaltung der Krankenanstalten, die bestehen. Auf die Aufgabenstellung, die mit dem Neubau des AKH gekommen ist, war die Abteilung sicherlich nicht ausgerichtet.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Was war Gegenstand der Beratungen des sogenannten Stacher-Teams in den Jahren 1974 und 1975?

Dr. **Siebensohn:** Das Stacher-Team — dieser Ausdruck ist in den letzten Monaten eigentlich erst von der Presse geprägt worden, obwohl seinerzeit auch immer von einem Team gesprochen wurde —, dieses Stacher-Team, wenn man bei diesem Ausdruck verbleibt, umfaßte den amtsführenden Stadtrat, Dr. Wilfling, den damaligen Baurat Dipl.-Ing. Winter und den Sekretär des amtsführenden Stadtrates sowie meine Person als Leiter der Magistratsabteilung 17.

Die Aufgabenstellung als solche war nicht konkret definiert. Es war, möchte ich sagen, eine informelle Informationsebene, wobei auch Ausarbeitungen beziehungsweise Zielsetzungen erarbeitet worden sind.

Der Hauptaufgabenbereich, möchte ich sagen, insbesondere im Jahr 1974 war der, einen Zielplan für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien zu erstellen, der Ende Jänner 1975 auch vom Wiener Gemeinderat genehmigt wurde, wobei zur Erstellung dieses Zielplanes die Mitarbeit auch des Deutschen Krankenhausinstitutes herangezogen worden ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! War Ihnen über Schmiergeldzahlungen an leitende Angestellte der AKPE etwas bekannt?

Dr. **Siebensohn:** Nein, Herr Abgeordneter, denn wäre mir so etwas bekannt geworden, so dürfen Sie sicher sein, daß ich die Anzeige erstattet hätte, wozu ich ja als öffentlich Bediensteter verpflichtet wäre.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat sich Ihnen gegenüber jemand über eine unsachliche Geschäftsführung seitens des Direktors Winter bei der Vergabe von Aufträgen beschwert?

Dr. **Siebensohn:** Nein. Mein Gott, es sind manchesmal Schreiben an mich gekommen, wo

Firmen gesagt haben: Wir sind nicht zum Zuge gekommen. Nur war für die Vergabe der Aufträge weder ich noch die Magistratsabteilung 17 zuständig. Ich habe also diese Schreiben weitergeleitet an die zuständigen Organe der AKPE.

Ich habe mit der Auftragsvergabe nichts zu tun gehabt und hätte sicher auch nicht die Möglichkeit gehabt zu beurteilen, ob zur damaligen Zeit ein Auftrag richtig oder falsch vergeben worden wäre.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Welche Funktion hatte Direktor Winter im Stacher-Team?

Dr. **Siebensohn:** Es gab sicherlich keine Geschäftsverteilung, es hat jeder zu jedem Gegenstand mitreden können. Es war also hier keine Hierarchie oder eine Ressortverteilung.

Aber natürlich wurde Baurat Winter in erster Linie gehört oder, ich möchte sagen, hatte seine Stimme besonderes Gewicht, wenn es um bautechnische Dinge gegangen ist, wenn es sich etwa darum gehandelt hat zu beurteilen, ob die Bausubstanz einer bestehenden Krankenanstalt sozusagen erhaltungswürdig ist oder welche Investitionen hier allenfalls notwendig sind, um diesen Altbestand einem effizienten Zustand zuzuführen.

Aber ich möchte betonen, es war sicher nicht so in diesem Team, daß beispielsweise ich als Jurist nur über juristische Fragen gehört worden wäre oder Wilfling nur über wirtschaftliche oder organisatorische Fragen und Winter nur über technische Fragen. Das war durchaus nicht so, es war ein sehr freimütiger und offener wechselseitiger Meinungsaustausch.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): War es für Sie überraschend, daß er dann Direktor wurde?

Dr. **Siebensohn:** Eigentlich ja, daß er dann zugestimmt hat, daß er es wird.

Ich kann mich erinnern, er hat mich unmittelbar vor seiner Bestellung gefragt. Ich weiß nicht, wer an ihn die Frage gerichtet hat, ob er beziehungsweise warum er sich beworben hat, da bin ich nicht informiert.

Ich kann mich nur erinnern, daß er mich einmal angerufen und um meine persönliche Meinung gefragt hat, ob er sozusagen diese Funktion übernehmen soll.

Daher war ich dann nicht mehr überrascht, wie er es tatsächlich wurde, denn ich wußte, daß zumindest hier etwas im Zuge ist. Das war unmittelbar vor seiner Bestellung. Es müßte also etwa Ende August 1975 gewesen sein, denn ich glaube, zu Beginn 1975 wurde dann die AKPE gegründet.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat er Sie gefragt, ob er es übernehmen soll ...

Dr. **Siebensohn:** ... ob ich glaube, daß er quasi für diese Funktion geeignet ist. Ich habe diese Frage ein bissel seltsam gefunden und habe gesagt: Mein Gott, das muß man selber entscheiden, ob man sich für so eine Funktion stark genug fühlt, und ich habe noch zu bedenken gegeben, daß natürlich diese neue Organisationsform einerseits sicherlich einen sehr großen Einsatz von ihm verlangen wird und andererseits dadurch, daß hier ein anderes Modell für eine Verwirklichung eines kommunalen Bauvorhabens gewählt wurde, natürlich auch gewisse Probleme mit der übrigen Organisation möglicherweise entstehen werden. Das habe ich ihm gesagt, aber ich habe ihm weder zu- noch abgeredet.

Ich war mit ihm insoferne ja recht gut bekannt, ich hatte also keine Ursache, ihm übel zu wollen, und habe mehr oder minder als Mensch meine Pro und Kontra, die mir eingefallen sind, ihm gegenüber deponiert. Aber ich habe immer betont: Entscheiden muß du, ich kann ihm da nicht sagen, du mußt oder du sollst oder du sollst nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wer an ihn herangetreten ist, damit er sich bewirbt, das wissen Sie nicht?

Dr. **Siebensohn:** Das hat er mir nicht gesagt, und das weiß ich auch nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sind Ihnen Anhaltspunkte bekannt, welche darauf schließen lassen, daß aus den Mitteln für die Errichtung des AKH direkt oder indirekt Gelder zur Finanzierung politischer Parteien verwendet wurden?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind Ihnen nicht bekannt. Danke schön.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Wir haben jeden Zeugen gefragt, wie er sich vorbereitet hat auf die Einvernahme. Haben Sie sich mit bestimmten Personen besprochen, bevor Sie hierher gekommen sind, um als Zeuge einvernommen zu werden?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit niemandem?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Gradischnik hat Sie jetzt gerade gefragt im Zusammenhang mit der Gründung der AKPE. Wer war eigentlich bei der Stadt Wien der Betreiber, daß es zur Gründung der AKPE gekommen ist?

Dr. **Siebensohn:** Das, Herr Abgeordneter, kann ich Ihnen wirklich nicht sagen. Ich war mit den Gründungswirren oder mit den Gründungswehen in keiner Weise konfrontiert. Ich persönlich muß sagen, daß ich wohl gewußt habe, daß hier eine andere Organisationsform gesucht wird und daß man eine Gesellschaft gründen will. Aber konkret, wer die einzelnen Rechtsakte gesetzt hat, ist mir nur insofern bekannt, als ich natürlich nach der Geschäftsordnung weiß, nach unserer Geschäftseinteilung im Magistrat, daß hier die Finanzverwaltung federführend sein müßte, da ja sie die Beteiligungen der Stadt zu verwalten hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist mir klar, daß der Gründungsakt nach der Geschäftseinteilung oder Geschäftsverteilung zu erfolgen hat. Aber ich habe Sie gefragt, von wem eigentlich die Initiativen ausgegangen sind, daß die AKPE gegründet worden ist. Es muß doch jemanden gegeben haben, der den Gedanken, die Idee geboren hat, daß man die AKPE gründen soll.

Dr. **Siebensohn:** Wer der Vater des Gedankens, der Urvater war, kann ich nicht sagen, Herr Abgeordneter.

Aber eines kann ich sicher sagen: daß auch ich der Auffassung gewesen bin, ohne daß mir natürlich ein Einfluß zugestanden ist, daß die damalige Organisationsform der sogenannten Bauleitung bei Fortschreiten des Bauvorhabens wahrscheinlich dieses Bauvorhaben nicht so führen können wird, wie es notwendig ist. Die gleiche Ansicht hat auch meines Wissens Stadtrat Stacher vertreten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Stadtrat Stacher war also auch positiv für die Gründung der AKPE?

Dr. **Siebensohn:** Ob er positiv für die Gründung der AKPE war, das kann ich in concreto nicht sagen. Ob er auch an dem Inhalt des Gesellschaftsvertrages mitgewirkt hat, weiß ich nicht.

Nur waren wir uns eigentlich einig darüber, daß die Form der Organisation dieses Bauvorhabens zum Zeitpunkt des Jahres 1974 sicherlich nicht optimal war. Wir waren überzeugt, daß diese paritätische Organisation Bund—Stadt Wien kaum imstande sein wird, dieses Bauvorhaben zu einem gedeihlichen Ende zu führen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gab bei der Stadt Wien aber auch Personen, die skeptisch gegenüber der Gründung der AKPE waren. Bin ich hier falsch informiert?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, das weiß ich nicht. Sicherlich gab es das. Vor allen Dingen ist anzunehmen, daß es im Bereich der damaligen Bauleitung Leute gegeben hat, die gegen eine Änderung gewesen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mich interessieren die Politiker: Bürgermeister Gratz?

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter, ich bin wohl Abteilungsleiter einer der größten Abteilungen, aber meine Kontakte mit Politikern beschränken sich auf den Ressortverantwortlichen im wesentlichen

Den Herrn Bürgermeister kenne ich selbstverständlich, aber soweit — in privatem Gespräch, möchte ich fast sagen — bin ich mit ihm kaum involviert, als daß ich hier darüber Auskunft geben könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Obersenatsrat, ich stelle fest, daß das eine dienstliche Sache ist, und zu Ihren Aufgaben als Abteilungsvorstand oder Abteilungsleiter der MA 17 gehört, sich mit dem Bürgermeister in dieser Frage zu besprechen. Wenn Sie mit ihm darüber reden, sprechen Sie sicherlich nicht privat mit dem Herrn Bürgermeister.

Ich darf dazu eine Frage stellen. Wie hat sich konkret Stadtrat Stacher — das ist ja Ihr unmittelbarer Vorgesetzter — zu dieser Frage geäußert? Hat er sich mit Ihnen besprochen?

Dr. **Siebensohn:** Zur Frage der Gründung AKPE?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Dr. **Siebensohn:** Er war an sich für die Gründung einer Gesellschaft und für eine Änderung der bisherigen Organisationsform. Ob die AKPE in diesem Sinne ihm voll entsprochen hat oder nicht zum damaligen Zeitpunkt, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir wissen heute, daß es viele Verzögerungen gegeben hat, daß es Fehlplanungen gegeben hat, daß es Kostenüberschreitungen gegeben hat.

Ich frage jetzt vor allem für den Zeitraum bis 1975 — nachher war es ja der Vorstand der AKPE —: Wer war hauptverantwortlich, wer hatte zu entscheiden, wenn solche Dinge eintreten bis 1975, wer von den Politikern ist dafür verantwortlich, daß diese Verzögerungen eingetreten sind, diese Fehlplanungen erfolgt sind, die dann das Kontrollamt und der Rechnungshof festgestellt haben, und die Kostenexplosion? Ist es der Stadtrat Mayr, ist es der Bürgermeister, ist es der Stadtrat Stacher?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, ob Sie mich jetzt verstehen können, wenn ich sage, es ist von einem Beamten, selbst wenn er rechtskundig ist, etwas viel verlangt, sozusagen den Gerichtshof für Politiker zu finden.

Die Ressortverantwortlichkeit als solche war eine verschiedene. Einerseits war hier ein Bauvorhaben, so sicherlich auch der amtsführende Stadtrat für Bauten eine Verantwortung zu tragen hatte, und sicherlich war auch in dem damaligen Spitzenausschuß der ressortverantwortliche Stadtrat für das Gesundheitswesen und später dann für Gesundheit und Soziales, also in der Zeit bis Mitte 1973 Stadtrat Glück und später dann Stadtrat Stacher, mit involviert.

Wie weit diese Herren oder Stadtrat Mayr beziehungsweise seine Vorgänger im Amt eine Verantwortung trifft und welche Verantwortung hier angesprochen ist, darüber kann ich schlußendlich keine Auskunft geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt eine ganze Reihe von Aktenvermerken aus dieser Zeit, vor allem Aktenvermerke des Stacher-Teams, die Sie ja kennen. *(Dr. Siebensohn: Ja!)* Sie waren bei diesen Sitzungen immer mit dabei, wo festgestellt wird — ich zitiere jetzt wortwörtlich, ich habe es herausgeschrieben: — „daß eine allgemein unangenehme Situation registriert wird". Zitat aus dem Aktenvermerk vom 16. April 1974 des Stacher-Teams. Besprochen wurde die „allgemeine unangenehme" Situation des Allgemeinen Krankenhauses.

Es war Ihnen, es war dem Stadtrat Stacher, dem Dr. Wilfling, dem Dr. Bandion und so weiter diese unangenehme Situation bekannt.

Was hat man konkret — ich kann das dem Protokoll nicht entnehmen — veranlaßt, daß diese unangenehme Situation — das ist nicht jemand Dritter, der das gesagt hat, sondern bei Ihnen, in Ihrem Kreis geboren, von Wilfling sogar ausgeführt — behoben wird? Hat hier jemand Anordnungen getroffen?

Dr. **Siebensohn:** Ich glaube, diese Situation, ganz allgemein betrachtet, insbesondere diese gewisse Rivalität der Bundes- und der Stadt Wien-Organe in der Bauleitung unmittelbar, war ja der Grund, letztendlich im Jahre 1975 nach mehreren schwierigen Problemen — denn zur Gründung der AKPE war es auch notwendig, daß die Bundesseite zustimmt —, letzten Endes war diese unangenehme Situation dafür verantwortlich, daß sich etwas geändert hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich glaube, Sie sind hier nicht richtig informiert, Herr Obersenatsrat. Es geht hier nicht darum, daß der Bund irgendwo nicht mitgestimmt oder nicht mitgemacht hat. Wenn ich dieses Protokoll lese oder durchsehe, so geht es um den Riethmüller: keine Konsequenzen, Riethmüller war später auch noch beschäftigt.

Betreffend Kosten wird Dipl.-Ing. Winter eine Photokopie eines Originalschreibens der Bauleitung an die Baudirektion übermittelt: Es wird vermutet, daß nicht der ursprüngliche Inhalt des bereits zitierten Briefes durch die Baudirektion an den Herrn Bürgermeister wiedergegeben wurde. Bürgermeister also offensichtlich falsch informiert. Dann geht es um die ODELGA und so weiter, alles Dinge, die eigentlich die Stadt Wien betreffen und nicht den Bund.

Ich frage Sie: Gab es auf Grund dieser Beratungen echte Konsequenzen, daß man Anordnungen getroffen hätte, um diese unangenehme Situation zu beseitigen oder zu beheben?

Es geht um das Personal, wir haben jetzt bereits darüber gesprochen. Der Punkt 10 dieses Protokolls spricht davon, daß Personal fehlt, Sie haben das jetzt auch wieder bestätigt, eine Gesundschrumpfung müßte durchgeführt werden mit äußerst qualifiziertem Personal.

Wir sehen nie, daß man hier Konsequenzen gezogen hat. Warum hat man keine Konsequenzen aus den Feststellungen gezogen?

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter, die Konsequenzen wurden doch dadurch gezogen, daß das System der Bauleitung abgelöst wurde und dieses Bauvorhaben in die Hände der AKPE gegeben worden ist, wenn auch dieser Prozeß Monate gedauert hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In dem Fall, wenn Sie sagen, dieses Protokoll, aber man könnte auch andere Protokolle hernehmen, dieses Protokoll vom 16. 4. 1974; gegründet wurde die AKPE im September 1975, das ist also über ein Jahr. Und wenn man die Ausführungen des Magistratsdirektors, des damaligen Obersenatsrates Bandion gehört hat, so war auf jeden Fall im Herbst 1974 noch nicht klar oder stand überhaupt nicht zur Diskussion, daß man eine AKPE gründet, sondern die ist erst später entstanden.

Ich frage Sie also jetzt noch einmal: Können Sie mir konkret sagen, was auf Grund der Anordnungen des Stadtrates Stacher getan worden ist, um die unangenehme Situation, über die er nachweislich informiert worden ist, zu beheben; außer dieser späteren Gründung der AKPE?

Dr. **Siebensohn:** Soweit ich weiß, hat ja auch Stadtrat Stacher mit Obersenatsrat Dr. Bandion damals Gespräche gehabt. In welcher Weise und was der Inhalt war, bitte, darüber kann ich, weil ich weder dabei war noch mir der Inhalt mitgeteilt wurde, sprechen. Aber daß in der damaligen Zeit sicherlich auch Gespräche mit Stadtrat Mayr stattgefunden haben, wahrscheinlich sogar auch mit dem Herrn Bürgermeister, ist anzunehmen, kann ich vermu-

ten. Aber bestätigen oder verneinen kann ich es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann ein zweites Thema, das mich interessieren würde: Die Consultatio hat von der MA 17 schon relativ früh Aufträge bekommen — wenn ich richtig informiert bin, schon im Jahre 1974 — für diese Kostenrechnung. Was war ausschlaggebend, daß man die Consultatio betraut hat damit?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, die Consultatio wurde herangezogen, um gemeinsam mit einigen Verwaltern, die von uns bestimmt wurden, zu prüfen — das war die erste Phase —, ob eine Kostenstellenrechnung für unsere Anstalten möglich ist — das war zu einem Zeitpunkt, wo auf Bundesebene dieser spätere § 59 a eigentlich noch nicht definiert war —, weil wir der Überzeugung waren, daß auch eine Krankenanstalt einen Betrieb darstellt und eine Betriebsbuchhaltung eben notwendig ist, genauso wie in einem anderen Produktionsbetrieb. Es wurde hier — das war die Aufgabenstellung — von uns überlegt: Na ja, schauen wir uns einmal dem Grunde nach an, ob das mit Rücksicht auf unser kameralistisches Verrechnungssystem — was das sicherlich nicht erleichtert, sondern eher schwieriger macht — möglich ist.

Und hier wurde die Firma Consultatio in erster Linie deshalb, weil wir gewußt haben, daß sie von der Magistratsabteilung 5 auch als Steuerberater beschäftigt ist und im Zusammenhang auch mit der Mehrwertsteuereinführung mit Organisationsproblemen beschäftigt gewesen ist und vor allen Dingen die Kameralistik der Stadt Wien gekannt hat, herangezogen, um gemeinsam mit einigen Verwaltern — ich habe selbst auch an einigen dieser Sitzungen teilgenommen — ein Modell zu erarbeiten und zu prüfen, ob eine Kostenstellenrechnung, und wenn ja, in welcher Form, zu etablieren geht. Das war der Grund für uns.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Empfehlung von der Finanzabteilung und . . .

Dr. **Siebensohn:** Ich weiß also nicht, wer konkret hier eine Empfehlung ausgesprochen hat. Nur war die Überlegung: Na ja, gut, wer sollte da dazu kommen? Da fiel der Name Consultatio. Mir war an sich, wenn ich so sagen darf, diese Tätigkeit der Consultatio ex offo bekannt. Ich habe mich dann noch einmal vergewissert, habe mit einem Kollegen drüben gesprochen, und der hat gesagt: Ja, an sich hat die Consultatio von der Stadt Wien bereits Aufträge erhalten. Das war für mich mit ein Grund, sie eben zu beschäftigen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich muß schon annehmen, daß die Stadträte zu dieser Zeit auch informiert waren, wer die Consultatio ist. Oder könnten Sie sich vorstellen, daß es Stadträte gegeben hat zu der Zeit, die nicht wußten, wer die Consultatio ist?

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter! Vorstellen kann man sich alles. Wissen tu ich es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist es Ihnen jetzt bekannt?

Dr. **Siebensohn:** Ich weiß ja nicht, was . . . Mir war bekannt, daß die Consultatio eine Steuerberatungsfirma ist und ein Wirtschaftstreuhänder.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß sie Androsch gehört?

Dr. **Siebensohn:** Nein, das wußte ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wußten nicht, daß sie Androsch gehört?

Dr. **Siebensohn:** Nein, das habe ich nicht gewußt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann ist Ihnen das bekannt geworden?

Dr. **Siebensohn:** Wesentlich später. Ich könnte hier einen Zeitpunkt nicht nennen, aber irgendwann einmal habe ich dann gehört, daß der damalige Bundesminister für Finanzen Anteilseigentümer oder überhaupt Eigentümer der Consultatio wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Jahr später? Zwei Jahre später?

Dr. **Siebensohn:** Sicherlich nicht unter einem Jahr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über ein Jahr, also nach 1975?

Dr. **Siebensohn:** Jedenfalls.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Consultatio scheint dann immer wieder auf, auch bei Sitzungen des Stacher-Teams, bei denen Sie anwesend waren. Zum Beispiel gibt es die 14. Sitzung des Stacher-Teams, 17. 5. 1974. Wir kennen das Datum, wir haben nicht das Protokoll. Sie sind sicherlich schon befragt worden, wo dieses Protokoll ist. Es ist nicht auffindbar, dieses Protokoll. Können Sie uns etwas sagen zu diesem Protokoll?

Dr. **Siebensohn:** Darf ich dazu eines sagen, Herr Abgeordneter: Ich habe, glaube ich, bereits erwähnt, daß dieses Stacher-Team, wie es jetzt immer bezeichnet wird, eine sehr informelle Zusammenarbeit gewesen ist, ohne eine fixe Geschäftsordnung, und es ist auch durchaus möglich, daß über diese Sitzung überhaupt kein Protokoll existiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es existiert aber

eine handschriftliche Notiz des Dipl.-Ing. Winter, die Sie kennen, von dieser Sitzung 17. 5. 1974, bei der Sie dabei waren.

Dr. **Siebensohn:** Eine handschriftliche Notiz. Bitte, wenn ich es in der Zeitung gelesen habe, kenne ich sie vielleicht. Aber was der Inhalt ist, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es steht hier, daß besprochen worden ist die Zusammenarbeit Consultatio—Deutsches Krankenhausinstitut, Auftragssumme 95 000 D-Mark, mit Wilfling bereits sieben Sitzungen — man könnte auch sagen Besprechungen oder Sitzungen — abgeführt.

Und jetzt kommt das Entscheidende, und darum frage ich Sie danach: Die Anträge über diese Vergabe sollte die MA 17 stellen. *(Gibt dem Zeugen die Unterlage zur Einsicht.)* Sehen Sie es sich an.

Dr. **Siebensohn:** Mir ist nicht bekannt, welche Zusammenarbeit hier diese Kombination Consultatio—DKI wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zusammenhang mit dem AKH. Das sollte eine Betriebsberatung durchführen. 95 000 D-Mark Auftragssumme. Anträge stellt die MA 17; würde auch stimmen.

Sehen Sie von der ganzen Darstellung her die Unmöglichkeit, daß so etwas überhaupt besprochen worden ist? Oder kann das besprochen worden sein?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, einen Antrag im Zusammenhang mit dem AKH damals kann ich mir nicht vorstellen, wurde auch sicher nicht gestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie beobachtet, daß Winter Notizen gemacht hat, die wahrheitswidrig waren?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, er hat mir seine Notizen nie zur Zensur vorgelegt. Also ich kann das nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber soweit Sie damit befaßt waren, haben Sie festgestellt, daß sie wahrheitswidrig waren?

Dr. **Siebensohn:** Die Frage kann ich also nicht beantworten, denn, wie gesagt, mir sind Aufzeichnungen in Faksimiledruck oder dergleichen aus der Presse dann später bekannt geworden oder wie hier jetzt, wenn Sie, Herr Abgeordneter, mir das zeigen, wobei hier natürlich die Zeiträume unter Umständen sieben, sechs Jahre sind, also ich es in concreto nicht mehr weiß. Wobei auch durchaus natürlich eines möglich ist: daß bei dieser konkreten Sitzung nicht immer alle anwesend waren, daß also hier unter Umständen auf etwas Bezug genommen wurde am Rande, was nicht Gegenstand der Team-Besprechung selbst war, sondern am Rande besprochen worden ist, also ein zweiseitiges Problem.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir haben also schon den zweiten Fall Consultatio—MA 17. Erster Fall: März, April, Auftragsvergabe. Erinnern Sie sich, es steht auch hier: Kostenrechnung. Zweiter Fall: Gespräch Consultatio mit DKI, Deutsches Krankenhausinstitut, 17. 5. 1974, Stacher-Team-Sitzung. Der dritte Fall: Consultatio, auch eine Stacher-Team-Sitzung, 23. 7. 1974. Und hier heißt es auch — ich muß mich wieder auf die handschriftlichen Notizen des Herrn Dipl.-Ing. Winter beziehen —: „Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben (Consultatio)."

Wissen Sie dazu etwas? Wie gesagt, ganz nahe aufeinander: 17. 5., 23. 7. Diese Sitzungen waren im Hanusch-Krankenhaus. Vielleicht können Sie sich daran erinnern? Sie waren mit dabei.

Dr. **Siebensohn:** Also diese Bemerkung „Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben" oder so ähnlich, an das kann ich mich insofern erinnern, als bei diesen Gesprächen die Meinung vertreten wurde, daß es sicherlich unmöglich ist, daß jemand vollkommen allein von außen eine Betriebsorganisation sozusagen oktroyieren kann oder daß ein Betrieb in Aussicht genommen wird, der auf die übrigen Anstalten nicht Bedacht nimmt. Also in dem Sinne war davon sicherlich gesprochen worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es ist auch nicht abwegig, daß er dazugeschrieben hat „Consultatio", nachdem die Consultatio bei der Stadt Wien ja diesen Auftrag Kostenrechnung drei, vier Monate früher erhalten hat?

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter, darf ich eines sagen: Die Arbeitsleistung — wenn mir das erlaubt ist festzustellen, ich möchte nicht Propaganda machen für die Consultatio — nach dem ersten Auftrag war eine ausgezeichnete, sodaß wir keine Veranlassung hatten, bei dem einen Anschlußauftrag betreffend Kostenstellenrechnung, aber auch zu weiteren Problemen die gleiche Firma heranzuziehen. Denn wenn ich hier sozusagen bei einer Firma bleibe, so erscheint es mir wirtschaftlich sogar vernünftig, weil hier gewisse Vorleistungen nicht ein zweitesmal gezahlt werden müssen, weil man der Firma natürlich sagen kann: Na bittschön, das und das weißt du ja schon aus deinem ersten Auftrag, das wurde bereits honoriert. Daher kann man mit dem Honorar etwas knapper sein, als wenn ich jetzt jemand vollkommen Fremden wieder sozusagen auf das gleiche Problem in Fortsetzung ansetze.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Ich schließe aus dem, was Sie jetzt geantwortet haben, daß man nicht ganz unbegründet diesen Vermerk von Dipl.-Ing. Winter als echt, als wahr betrachten kann, auf Grund dessen, was Sie jetzt gesagt haben, daß er „Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben (Consultatio)" richtig vermerkt hat.

Es gibt auf jeden Fall keinen schlüssigen Beweis, der sagen würde, diese Bemerkung, die Dipl.-Ing. Winter hier gemacht hat, ist von vornherein falsch.

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter! Darf ich eines sagen: Als Zeuge steht es mir sicherlich nicht zu, eine Beweiswürdigung durchzuführen. Es ist hier ein Beweis, ich habe mich dazu geäußert. Ich kann hier eine weitere Entscheidungshilfe sicher nicht bieten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche weiteren Aufträge hat die Consultatio dann in weiterer Folge bekommen von der MA 17 — natürlich folgt immer nur MA 17 —, wo Sie beteiligt waren?

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter! Auswendig zitieren kann ich das nicht. Aber ich glaube, bei den Akten des Untersuchungsausschusses ist eine genaue Liste. Wir haben sie ja auch dem Rechnungshof und dem Kontrollamt vorgelegt, und ich glaube, die diesbezüglichen Berichte stehen ja dem Ausschuß zur Verfügung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hat sich Stadtrat Stacher — eine andere Frage, die Consultatio möchte ich damit abschließen — berichten lassen, wenn vorbereitende Sitzungen waren, vom Stacher-Team, vorbereitende Sitzungen für das Bund-Stadt-Wien-Komitee vor allem? Ich kann mir vorstellen, daß es hier Vorberatungen gegeben hat, um eine Meinungsbildung bei den Vertretern der Stadt Wien herbeizuführen, bevor man in die gemeinsame Sitzung mit dem Bund gegangen ist. Gab es hier vorbereitende Gespräche? Gab es schriftliche Unterlagen, die Sie vorbereiten mußten? Oder hat sich Stadtrat Stacher auf andere Art und Weise informiert und vorbereitet?

Dr. **Siebensohn:** Was meine Person betrifft, so habe ich in unterschiedlicher Form, manchesmal mündlich, manchesmal schriftlich, die Verhandlungsgegenstände erwähnt. Ich habe selbstverständlich über das Ergebnis dieser Besprechungen im besonderen im Bund-Stadt-Wien-Komitee berichtet und die Protokolle zumindest zur Einsicht, aber ich glaube, sogar automatisch zur Kenntnisnahme übermittelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er sich in der Sache selbst eingeschaltet?

Dr. **Siebensohn:** Ja sicherlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zum Beispiel. Sagen Sie uns typische Beispiele, wo sich Stadtrat Stacher persönlich in die Verhandlungen eingeschaltet hat, wo er maßgebend Entscheidungen mitbestimmt hat.

Dr. **Siebensohn:** Also bitte, jetzt wahllos herausgegriffen: Es war beispielsweise die Frage der natürlichen Belüftung der Normalpflegezimmer, weiters die Frage der Größe der wissenschaftlichen Labors, der Ärztedienstzimmer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also mehr Fragen der Ausstattung, Sachentscheidungen, wenn es darum gegangen ist, Aufträge zu erteilen.

Dr. **Siebensohn:** Ich möchte sagen, Entscheidungen, die für die Qualität dieses Krankenhauses als Krankenversorgungsanstalt und als Stätte der Wissenschaft und Lehre im besonderen maßgeblich sind, also fachspezifisch. Eine bautechnische Frage wurde an ihn sicher nicht herangetragen oder die Frage der Ausführungsart, also jetzt in Stahlbeton oder in Reinbeton oder Kunststein oder Marmor oder dergleichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darum ging es mir auch nicht, Herr Obersenatsrat. Mir ging es darum, inwieweit sich Stadtrat Stacher in Fragen der Entscheidung, wenn es also darum gegangen ist, wer einen Auftrag bekommen soll, wer in führende Positionen bestellt werden soll, informiert hat, wie er dort mitgewirkt hat.

Dr. **Siebensohn:** Also wenn Sie einen Auftrag meinen für einen Gewerbetreibenden, für einen Architekten oder für einen Zivilingenieur: Also hier ist mir ein Einschalten von Stadtrat Stacher nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In Personen? Bestellung von Winter, Bestellung von Parzer, Bestellung von Schwaiger, Bestellung anderer Personen als Mitarbeiter der AKPE.

Dr. **Siebensohn:** Soweit mir bekannt ist, hat er bei der Bestellung des Vorstandes der AKPE nicht mitgewirkt. Parzer hat er sicher nicht gekannt, ich glaube, das kann ich sagen. Schwaiger — vielleicht daß er ihn aus der Finanzverwaltung gekannt hat. Aber ich möchte auch annehmen, eher nein. Winter kannte er, und ich nehme an, daß er vielleicht gefragt wurde, ob er was dagegen hat, wenn Winter bestellt würde. Nun, da müßte ich eigentlich annehmen, daß er gesagt hat: Nein, er hat nichts dagegen. Aber daß er ihn beantragt hätte oder gesagt hat, der muß Haustechnikdirektor werden oder was, diesbezüglich ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie kam es dazu,

oder warum mußte — aus Ihrer Sicht jetzt, wir haben ja andere Informationen auch schon —, warum wurde das sogenannte SSK-Gutachten, das Seitz-Sienkiewicz-Kaufmann-Gutachten in Auftrag gegeben, und wie kam Professor Seitz überhaupt hier als Gutachter ins Gespräch?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, wieso Seitz und die anderen beiden hier konkret beauftragt wurden, also als Person, darüber kann ich keine Auskunft geben, das ist mir nicht bekannt.

Ich habe damals nur erfahren, und das war durchaus auch in meinem Sinn, daß es unmittelbar nach der Übernahme der seinerzeitigen Bauleitungsaufgaben durch die Gesellschaft, also durch die AKPE, das Notwendigste ist, den Ist-Zustand einmal festzustellen, nicht nur den Ist-Zustand, was ist auf der Baustelle, sondern was ist an Vorplanungsleistungen vorhanden, um hier von unabhängigen Fachleuten einmal ein objektives Urteil zu bekommen und vielleicht daraus die Marschrichtung, wenn ich das trivial so ausdrücken darf, für das weitere Vorgehen beim Neubau zu erhalten.

Das war aus meiner Sicht sicherlich notwendig, und ich glaube, wenn man sozusagen in ein bereits im Zuge befindliches Vorhaben einsteigt, daß es das Wichtigste ist, durch Unabhängige dokumentieren zu lassen: In welchem Zustand habe ich dieses Vorhaben übernommen? Denn irgendwann einmal wird es dann von mir fertiggestellt, und man wird Rechenschaft verlangen: Zu welchem Zeitpunkt hast du etwas und was hast du gemacht? Und hier ist es sicherlich von Vorteil, wenn Außenstehende sozusagen eine Ist-Zustandserhebung quasi durchführen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann haben Sie Professor Seitz kennengelernt?

Dr. **Siebensohn:** Ich habe ihn einmal oder zweimal bei Gesprächen im Zusammenhang mit der Erstellung dieses Gutachtens in meinem Büro gesehen. Vorher kannte ich ihn nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vor der Auftragserteilung haben Sie ihn nicht gekannt? Sie wußten aber, daß Professor Seitz Vorstandsmitglied der „Neuen Heimat Hamburg" ist?

Dr. **Siebensohn:** Das wußte ich auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann ist Ihnen das bekannt geworden?

Dr. **Siebensohn:** Das habe ich jetzt aus den Zeitungen erfahren. Denn für mich war es immer die Gruppe Seitz—Sienkiewicz—Kaufmann, also SSK im Kurztitel. Wer diese Leute konkret sind, ich habe sie nicht beauftragt, das hatte mich nicht zu interessieren. Ich wußte nur konkret, welchen Auftrag sie hatten, daß sie Ausländer sind und daß es mir vernünftig erschienen ist. Aus dem Gespräch habe ich entnommen, daß sie also eigentlich als Fachleute — soweit mir ein solches Urteil zusteht — anzusprechen waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kannten also auch die „Neue Heimat" nicht?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das haben Sie auch erst jetzt aus der Zeitung erfahren?

Dr. **Siebensohn:** Die Bezeichnung „Neue Heimat": Ich glaube, bei Linz gibt es einen Ortsteil, der so ähnlich heißt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ja.

Dr. **Siebensohn:** Also bitte, von dort her war mir der Begriff geläufig, aber als Firmenorganisation oder sonstige Organisation aus der BRD eigentlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die MEDIPLAN war Ihnen aber schon geläufig, daß es eine MEDIPLAN gibt?

Dr. **Siebensohn:** Sicherlich, die MEDIPLAN war mir geläufig, weil ja die in Zusammenarbeit mit Professor Riethmüller diesen ORP-Auftrag hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie an der Erteilung des ORP-Auftrages an die „Neue Heimat", Professor Riethmüller, mitgewirkt?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wurden auch nicht befaßt damit?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde Stadtrat Stacher damit befaßt?

Dr. **Siebensohn:** Ist mir nicht bekannt.

Bitte nur zu der Frage Professor Riethmüller. Hier habe ich dem Herrn Abgeordneten hier bereits gesagt: Ich wurde sicherlich auch gefragt im Rahmen eines Teamgespräches beziehungsweise auch von anderen Organen der AKPE, was ich sozusagen zu Professor Riethmüller sage, warum der hier mit involviert sein sollte. Und bittschön, habe ich diese Meinung, die ich auch heute nach wie vor vertrete, geäußert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zur Frage MEDIPLAN?

Dr. **Siebensohn:** Wurde ich sicher nicht gefragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden Sie nicht gefragt.

Wie war jetzt die Haltung? Riethmüller soll weiterarbeiten, weil er die Sache gut kennt? Aber Sie waren, wenn man diese Protokolle liest, ja auch skeptisch gegenüber Riethmüller, Sie waren nicht ganz uneingeschränkt positiv gegenüber Riethmüller.

Dr. **Siebensohn:** Ja, das ist richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Seit wann sind Sie skeptisch gegenüber Riethmüller? Auf Grund seiner fachlichen Qualifikation. Die Skepsis gegenüber Riethmüller betrifft ja die fachliche Qualifikation, wenn ich Sie richtig interpretiere.

Dr. **Siebensohn:** Die fachliche Qualifikation als Person sicher nicht, sondern die Effizienz seiner Arbeitsleistung. Demgegenüber war ich skeptisch. Weil das, was ich gesehen habe, war seit 1974, 1975.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie diese Skepsis gegenüber seiner Effizienz, seiner Leistungsfähigkeit auch immer weitergegeben?

Dr. **Siebensohn:** Sicherlich. Diese Beurteilung der Leistung war ja für mich dann auch entscheidend, daß dieser Teilauftrag Betriebsorganisation Kinderklinik—Psychiatrie abgebrochen worden ist und dieser Betriebsorganisationsplanungsauftrag aus dem Jahre — ich glaube — 1973 nur mehr in dem Teil, der sich mit der baurelevanten Planung für die Betriebsorganisation des Kerns der Anlage beschäftigt hat, weitergeführt, das heißt, von der AKPE übernommen wurde, während der andere Teil abgerechnet und eingestellt worden ist, weil ich eben der Meinung war, daß diese Effizienz nicht gegeben ist. Ob und inwieweit seine baurelevante Planung jetzt beim Kern der Anlage effizient war oder nicht, hatte ich nicht zu beurteilen und konnte ich auch nicht beurteilen, weil die Ausarbeitungen haben sozusagen die planenden Architekten und so weiter bekommen und nicht ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben aber auch Ihren Vorgesetzten, Stadtrat Stacher, darüber informiert, daß die Effizienz der Leistungen zu wünschen übrig läßt. Haben Sie das getan?

Dr. **Siebensohn:** Ja, das habe ich getan und auch angekündigt, daß ich die Absicht habe, das Vertragsverhältnis mit ihm zu beenden, was dann auch geschehen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist mit Dr. Wilfling? Kannten Sie ihn früher schon, oder haben Sie ihn erst kennengelernt, als er zur MA 17 gekommen ist?

Dr. **Siebensohn:** Da muß ich sagen, Herr Abgeordneter: In der MA 17 war Direktor Wilfling ja nie.

Ich kannte Direktor Wilfling praktisch erst seit Beginn 1974, seit damals, als ich in die Geschäftsgruppe kam und die Leitung der Abteilung übernommen hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren dann mit dem Stacher-Team ja zeitweise sogar in den Räumlichkeiten der Firma ODELGA bei den Sitzungen?

Dr. **Siebensohn:** Das ist richtig, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum eigentlich?

Dr. **Siebensohn:** Na ja, gut, die Möglichkeit dort — erstens einmal war es vielleicht gemütlicher. Im Büro des amtsführenden Stadtrates waren Umbauarbeiten und dergleichen. Sicherlich ist auch das Telephon unangenehmer in der Nähe der eigenen Betriebsstätte. Das war einer der Gründe, daß wir uns dort getroffen haben. Bitte, ich muß auch sagen, wir waren einmal sogar zwei Tage außerhalb von Wien, sogar mehrmals, bei sogenannten Klausurbesprechungen, wenn Sie wollen. *(Abg. Bergmann, ÖVP: Wo?)* Einmal in Baden bei Wien, Herr Abgeordneter. *(Abg. Steinbauer, ÖVP: In Südafrika?)* Nein, bitte, in Südafrika war ich nicht, und ich glaube, auch nicht Stadtrat Stacher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Man hat zeitweise auch die Frage der Umplanung des AKH diskutiert. Wieweit wurde über diese Fragen Stadtrat Stacher informiert? Hat er sich bei diesen Fragen eingeschaltet, wenn es darum gegangen ist, ob es so gebaut werden soll als Zentralbau? Hat er sich nicht durchgesetzt? Hat er überhaupt einen Standpunkt eingenommen zu diesen Fragen?

Dr. **Siebensohn:** Er war sicherlich über die Grundkonzeption dieses massiven Zentralbaues, den er vorgefunden hat, nicht begeistert, möchte ich sagen. Es war auch von ihm mehrmals der Wunsch geäußert worden — und dem wurde auch Rechnung getragen —, daß mit allen Mitteln versucht werden sollte, hier eine Auflockerung, soweit es auf Grund der vorgegebenen Struktur noch möglich ist, durchzuführen. Es sind dann einige Lichthöfe schon während der AKPE-Zeit zusätzlich eingeplant worden, um die dunklen Innenzonen zu eliminieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bitte nur noch eine kurze Frage: Ist Ihnen der Albert Vietor oder Virtor bekannt?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gab bereits einmal im Jahre 1973 ein Wäscherei-Gutachten. Erinnern Sie sich daran?

Dr. **Siebensohn:** 1973 war ich bitte nicht in der Magistratsabteilung 17. Es kann so ein Gutachten gegeben haben. Mir ist nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo waren Sie 1973?

Dr. **Siebensohn:** Ich war bis zum Beginn des Jahres 1974 Leiter der Magistratsabteilung 61.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bis 1974?

Dr. **Siebensohn:** Von 1970 an. Das ist die Abteilung für Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten. Und vorher war ich sechs Jahre in der Magistratsabteilung 17 als Referatsleiter tätig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über die Gründung der ABO, der Auftragsvergabe des BO-Auftrages, ist Ihnen nichts bekannt?

Dr. **Siebensohn:** Insofern ist mir schon etwas bekannt: Im Rahmen der Bund-Stadt-Wien-Sitzungen und auch einmal bei einer Sitzung — das müßte im Frühjahr 1978 gewesen sein — in den Räumen der AKPE habe ich konkret erfahren, welche Gruppierung hier beabsichtigt ist, wo auch diese Äußerung von Direktor Wilfling, Planungsphilosophie, gefallen ist. Bei diesem Gespräch, wo der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrates, Obersenatsrat Skopalik, Wilfling, meine Wenigkeit und noch einige Leute dabeigewesen sind, und von der AKPE, vom Vorstand, ich glaube, Direktor Schwaiger und Winter sicherlich auch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was wurde dort besprochen?

Dr. **Siebensohn:** Es wurde dort gesagt, daß beabsichtigt ist, diesen Auftrag an diese ABO, wie es dann sozusagen zum Firmenbegriff wurde, zu vergeben, aus diesen vier Gruppen bestehend.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben das zur Kenntnis genommen?

Dr. **Siebensohn:** Ja, sicherlich, ich hatte gegen keines der in Aussicht genommenen Mitglieder irgendeinen Einwand zu erheben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich erkundigt, ob ausgeschrieben worden ist, ob andere Bewerber vorhanden waren und so weiter, was man normalerweise tut?

Dr. **Siebensohn:** Wenn ich für die Auftragserteilung verantwortlich gewesen wäre, so hätte ich mich vielleicht diesbezüglich erkundigt. Dafür war ich aber nicht verantwortlich, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Stadtrat Stacher darüber informiert?

Dr. **Siebensohn:** Diesbezüglich habe ich mit ihm, glaube ich, nicht gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieweit hat die ODELGA sonst außer der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten mitgearbeitet? Ich formuliere es so — sie hat ja mitgearbeitet, das wissen wir —: War die Arbeit der ODELGA aus Ihrer Sicht zufriedenstellend?

Dr. **Siebensohn:** In welchem Bereich, Herr Abgeordneter?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zusammenhang mit dem AKH. Wäscherei-Gutachten zum Beispiel.

Dr. **Siebensohn:** Ja, bittschön, das Wäscherei-Gutachten wurde von der AKPE angefordert. Ich kannte es auch, das heißt, ich habe es dann auch gesehen, und es war sicherlich ein Papier, eine Ausarbeitung, mit der man etwas anfangen konnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie würden slso heute noch sagen, das Wäscherei-Gutachten ist in Ordnung?

Dr. **Siebensohn:** Eigentlich schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es mit der Zustandserhebung, an der die ODELGA auch mitgearbeitet hat, weitergegangen?

Dr. **Siebensohn:** Damit habe ich selbst nichts zu tun gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Böhm von der ÖKODATA sagt in einer Zeugenaussage, daß die Arbeit von der ODELGA praktisch wertlos gewesen sei.

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter! Ich kenne das fertige Papier. Was jetzt von wem, wer da den Input geliefert hat, das weiß ich nicht. Ob das jetzt die ODELGA war oder wer anderer, das kann ich nicht sagen. Aber Sie haben ja zuvor gefragt, wie ich diese Arbeit, das Produkt sozusagen, beurteile. Wenn die Firmenstampiglie ODELGA darauf ist, muß ich annehmen, daß es von dort herrührt. Und wenn es gut ist, dann sage ich gut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kannten Sie Mitarbeiter der ODELGA?

Dr. **Siebensohn:** Ja, einige. Bitte, wobei ich diese Mitarbeiter im besonderen aus dem Bereich des Vertriebes, Medizin-Technik und dergleichen kannte. Prokurist Urbanek und so weiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist ein ganz anderes Gebiet. Das Nachbestellen und Verkaufen von Waren und Geräten und Instrumenten ist ein ganz anderes Gebiet, als Erstatten von Gutachten. Kannten Sie Personen, die im

Bereich der Gutachtertätigkeit zuständig waren?

Dr. **Siebensohn:** Eigentlich nicht. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch heute erinnern Sie sich an niemanden?

Dr. **Siebensohn:** In der Planung als solche sind natürlich verschiedene Leute eingesetzt worden. Ob die auch bei der Ausarbeitung eines Gutachtens eingesetzt worden sind, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzte Frage: Auftragsvergabe an Siemens; dieser große Milliardenauftrag, der ja auch in den Zeitungen eine große Rolle gespielt hat; alle Themen sind ja schon in der Zeitung abgehandelt worden: Wissen Sie, wie es dazu gekommen ist?

Dr. **Siebensohn:** Wenn ich mich recht erinnere, so stand ja in den Zeitungen, daß dieser Auftrag, ich glaube, 1971 oder 1972 war es.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 1974.

Dr. **Siebensohn:** 1974 — bitte schön, mir ist Näheres nicht bekannt diesbezüglich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind auch nicht befaßt gewesen damit bei der Stadt Wien?

Dr. **Siebensohn:** Dieser Auftrag wurde ja von der Bauleitung vergeben, das müßte also Foltin beziehungsweise in dessen Bereich der zuständige Ressortbeamte — das war Winter — gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Foltin und Winter?

Dr. **Siebensohn:** Ja!

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Es hat ja mit der Zeit Wertgrenzen gegeben, ab welcher Vergabehöhe Gremien befaßt werden müssen. Können Sie darüber etwas berichten?

Dr. **Siebensohn:** Es waren hier die Wertgrenzen nach den Bestimmungen der Verfassung der Stadt Wien maßgeblich, wobei die Grenzen je nachdem — bitte, ich bin als Jurist versucht, immer zu sagen, ohne Büchel kein Strichel. Ich kann mich jetzt retrograd nicht mehr genau erinnern, zu welchem Zeitpunkt hier welche Wertgrenzen waren. Aber es ist die Magistratswertgrenze 200 000, wobei natürlich wieder von der Art des Auftrages es abgehangen ist, ob das der Wert eines Mietvertrages war oder dergleichen oder wiederkehrende Leistungen beinhaltet hat und so weiter. Ich will keine Kritik bei der Wiener Stadtverfassung anbringen, aber das ist so ziemlich das Komplizierteste, und sicherheitshalber schaue ich auch heute jedesmal nach, um zu wissen, ist der oder jener zuständig.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also ungefähr: Magistratsgrenze war 200 000 S.

Dr. **Siebensohn:** In etwa, ja!

Obmann Dr. **Steger:** Auf oder ab nach den damaligen Jahren, je nachdem, wann es da Erhöhungen gegeben hat, denn fallweise wird man es ja angepaßt haben an die Geldwertverdünnung, wenn man es so nennen kann. Aber wer ist dann zuständig, wenn nicht der Magistrat zuständig ist? Jetzt bereits bezogen auf AKH zu den Zeiten, als noch direkt der Magistrat das Ganze geleitet hat.

Dr. **Siebensohn:** Eine Auftragsvergabe diesbezüglich war sicherlich auf Grund der Sondervereinbarung zwischen Bund und Stadt Wien. Aber da muß ich sagen, ich habe damit nie unmittelbar etwas zu tun gehabt. Wenn es also darum gegangen ist, jetzt konkret um den von Herrn Abgeordneten Feurstein angesprochenen Siemens-Auftrag beispielsweise, so ist mir nicht bekannt, ob der in einen Ausschuß gekommen ist. Im Gesundheitsausschuß war er sicher nicht, wenn das 1974 war.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich will jetzt gar nicht einen konkreten Auftrag zunächst überprüfen, sondern ich möchte für diesen Ausschuß die allgemeine Vorgangsweise wissen. Und da sind Sie natürlich ein kompetenter Mann als Magistratsabteilungsleiter und Obersenatsrat. Wenn eine Wertgrenze überstiegen ist: Im Normalfall geht sie in den Ausschuß des Gemeinderates.

Dr. **Siebensohn:** Richtig! Ja!

Obmann Dr. **Steger:** Wie ist es beim AKH gewesen? Sie können uns sagen, vor Gründung der AKPE, nach Gründung der AKPE. In welche Gremien ist es gegangen? Wohin ist es dann gegangen?

Dr. **Siebensohn:** Nach Gründung der AKPE ist es sicher in keinem Ausschuß des Gemeinderates gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Sondern? Wohin ist es dann gegangen?

Dr. **Siebensohn:** Hier richtet sich die Auftragserteilung nach den Bestimmungen des Aktienrechtes. Hier hat entweder der Vorstand den Auftrag erteilt oder nach vorheriger Genehmigung durch den Aufsichtsrat den Auftrag erteilt, wobei generell Aufträge bis zu 20 Millionen Vorstandskompetenz sind. Was darüber hinaus ist, bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, seit AKPE-Gründung ist die Auftragsvergabe durch den Vorstand beziehungsweise Aufsichtsrat in Eigenregie möglich gewesen?

Dr. **Siebensohn:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Was hat nun das Bund-Stadt Wien-Komitee zu diesem Zeitpunkt für Kompetenzen gehabt?

Dr. **Siebensohn:** Das Bund-Stadt-Wien-Komitee wurde unmittelbar nach Gründung der AKPE ins Leben gerufen. Es war damals unter dem Vorsitz der Frau Bundesminister Firnberg im Wissenschaftsministerium eine Besprechung, wobei ein Beamtenausschuß — wenn man so will — ins Leben gerufen wurde, der zur Verbesserung der Kommunikation Bund—Stadt Wien auf der einen Seite und der Gesellschaft auf der anderen Seite dienen sollte. Darüber gibt es einen Aktenvermerk, der genau festhält, wozu dieses Gremium ins Leben gerufen wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Haben die Entscheidungskompetenz gehabt?

Dr. **Siebensohn:** Nein, das wollte ich gerade sagen, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn sie also jetzt keine Entscheidungskompetenz gehabt haben, ist die Frage: Wer hat die Kompetenz gehabt? Wieder an den Juristen gerichtet. Nicht, wer hat sie wahrgenommen, sondern wer hat sie gehabt, die Kompetenz?

Dr. **Siebensohn:** Herr Vorsitzender! Die Entscheidungskompetenz — wozu? Zur Auftragsvergabe, zur Festlegung eines bestimmten Volumens, einer Zielvorgabe?

Obmann Dr. **Steger:** Beantworten Sie mir jede dieser Fragen. Ich sehe schon, Sie sind genau auf meiner Spur.

Dr. **Siebensohn:** Die Auftragsvergabe habe ich, glaube ich, schon beantwortet. Vorstand, im Rahmen der Geschäftsordnung Vorstand und Aufsichtsrat, Wertgrenze bei generellen Aufträgen, ausgenommen Konsulentenverträge 20 Millionen; bei Konsulentenverträgen ist die Wertgrenze 1 Million Schilling, wo eine Genehmigung des Aufsichtsrates notwendig ist. Die Zielvorgabe ist aus meiner Sicht einerseits im sogenannten Syndikatsvertrag, der die Absicht der Aktionäre, der Eigentümer der Gesellschafter bekundet, zu welchem Zweck diese Gesellschaft gegründet wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen da bekannt, daß zwar drinnen steht, daß in einer eigenen Vereinbarung, Beauftragungsvertrag, der Zweck festgestellt werden wird, daß es aber tatsächlich nie erfolgt ist?

Dr. **Siebensohn:** Das ist richtig, das ist mir auch bekannt, wobei ich aber glaube, auf eines hinweisen zu müssen, daß ein Beschluß eines Politikergipfels, der auch die Eigentümervertreter inkludiert hat, vorliegt und der das sogenannte Projekt EB 1976 sozusagen als Zielvorstellung definiert hat. Das war unmittelbar nach der Ist-Zustandserhebung, wo dann unter Mitberücksichtigung auch von Empfehlungen dieses SSK-Gutachtens das Projekt EB 1976 fixiert worden ist und das auch von den Eigentümern der Gesellschaft sozusagen als Bauziel definiert worden ist.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat denn das festgelegt?

Dr. **Siebensohn:** Es war damals eine erweiterte Aktionärbesprechung, Politikergipfel; ich weiß nicht konkret, wie man das bezeichnet, ich selbst war dabei nicht anwesend, aber das müßte gewesen sein irgendwann im Spätherbst 1976, in etwa.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen auch bekannt, daß das die AKPE ausgearbeitet hat? Also der Beauftragte selbst ausgearbeitet hat?

Dr. **Siebensohn:** Die Zielvorgabe in der Form sicherlich. Es waren ja hier ziemlich weitgehende Details der Planung enthalten, die, glaube ich, kaum von den Entscheidungsträgern selbst erarbeitet hätten werden können. Wobei allerdings zur Beschlußfassung eine Mitarbeit auch seitens der Dienststellen gegeben war, also der Stadt Wien, zum Beispiel auch im Bund-Stadt Wien-Komitee wurde darüber gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Auch MA 17?

Dr. **Siebensohn:** Auch die MA 17 ist damit mit involviert gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Inwiefern?

Dr. **Siebensohn:** Daß man beurteilt hat beispielsweise Größe der Pflegestationen, Ver- und Entsorgungsfragen und ähnliches mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war da tätig bei der MA 17?

Dr. **Siebensohn:** Es war die Direktion des Allgemeinen Krankenhauses, und in verschiedenen Bereichen habe ich mich persönlich zum damaligen Zeitpunkt auch eingeschaltet.

Obmann Dr. **Steger:** Sagt Ihnen der Name Dr. Cermak etwas?

Dr. **Siebensohn:** Dr. Cermak war Aufsichtsratsmitglied der AKPE bis, glaube ich, 1978 oder 1979, außerdem Stadtphysikus in der MA 15.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Haben Sie im Gedächtnis, daß irgendwann einmal ein Politiker gesagt hat — ich sage jetzt nicht wer und sage auch nicht wann —, daß es gewisse Großaufträge gibt, wo, bevor die Vergabe pas-

siert, die Information an Politiker zu erfolgen hat?

Dr. **Siebensohn:** Nein, ist mir nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, daß je vor einer derartigen Vergabe zum Beispiel für den Spitzenausschuß etwas ausgearbeitet werden sollte?

Dr. **Siebensohn:** Entschuldigen, Herr Vorsitzender, ich habe die Frage nicht verstanden.

Obmann Dr. **Steger:** Daß Unterlagen ausgearbeitet werden sollten für den Spitzenausschuß über die Vergabedurchführung.

Dr. **Siebensohn:** Davon ist mir nichts bekannt. Allerdings muß ich sagen, daß der Spitzenausschuß, glaube ich, in der Zeit, in der ich wieder in die Abteilung gekommen bin, also von 1974 bis zur Gründung der AKPE — ich möchte das jetzt nicht mit Sicherheit sagen —, überhaupt nicht getagt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Und vorher? Was war Ihnen vorher über den Spitzenausschuß bekannt, haben Sie damit vorher etwas zu tun gehabt?

Dr. **Siebensohn:** Nein. Ich war ja über drei Jahre nicht im Anstaltenamt tätig und habe daher auch keinerlei Informationen gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! In welcher Funktion und wann haben Sie selbst an Vorbereitungsgesprächen über die Vergabe von Aufträgen — seien es Planungsaufträge, seien es Lieferungsaufträge — teilgenommen.

Dr. **Siebensohn:** Hier muß ich sozusagen eine Zäsur machen. Vor dem 10. September 1979 habe ich einige Male als Leiter der MA 17 teilgenommen, wobei das eine erwähnte Gespräch im Frühjahr des Jahres 1978, also das mir konkret in Erinnerung befindliche, ist, wo es darum gegangen ist, wer den Betriebsorganisationsplanungsauftrag erhält. Ab 10. . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wo war denn dieses Gespräch?

Dr. **Siebensohn:** Dieses Gespräch war in der Direktion der AKPE.

Obmann Dr. **Steger:** Und ab diesem Zeitpunkt?

Dr. **Siebensohn:** Ab diesem Zeitpunkt bin ich insofern mit Aufträgen, Leistungen oder der Vergabe beschäftigt, als daß ich Mitglied des Aufsichtsrates der AKPE seit 10. September 1979 bin.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben dann als Aufsichtsrat auch Vergabegespräche geführt?

Dr. **Siebensohn:** Als Aufsichtsrat! Ja! Nein, ein Vergabegespräch in dem Sinn nicht. An der Vergabe mitgewirkt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich hab' Sie aber gefragt nach Gesprächen. Passen Sie auf, daß nicht etwas Falsches im Protokoll drinnen steht. Stellen Sie das auch richtig. Haben Sie Gespräche geführt? Wissen Sie von Vergabegesprächen?

Dr. **Siebensohn:** Daß ich Vergabegespräche geführt habe — nein, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben es dann nur so erfahren, daß Ihnen im Aufsichtsrat berichtet wurde? Ab welchem Zeitpunkt?

Dr. **Siebensohn:** Ab 10. September 1979.

Obmann Dr. **Steger:** Und vorher waren nur Sie bei der Betriebsorganisation beteiligt?

Dr. **Siebensohn:** Bei der Betriebsorganisation in concreto!

Obmann Dr. **Steger:** Mit wem hat eigentlich Dr. Bauer in der Beamtenschaft die Gespräche bei der Betriebsorganisation für die Auftragsvergabe geführt?

Dr. **Siebensohn:** Mit mir nicht! Mit wem er sonst gesprochen hat?

Obmann Dr. **Steger:** Wer könnte das sein in der Beamtenschaft? Welche Abteilung könnte da zuständig sein?

Dr. **Siebensohn:** Die Vergabe der Betriebsorganisationsplanung ist ja erfolgt durch die Gesellschaft. Hier mußte er ja mit einem Beamten des Magistrats sozusagen nicht sprechen.

Obmann Dr. **Steger:** Genau das ist es nämlich, das mich so sehr interessiert, wieso dann der Dr. Bauer sagt, daß er im wesentlichen mit Beamten darüber die Vorgespräche geführt hat — Seite 1397 des Protokolls vom 2. 9. 1980. Er sagt, er hat im wesentlichen mit Beamten des Magistrates die Vorgespräche vor der Vergabe geführt. Da Sie dort der ranghöchste Beamte sind, bin ich natürlich jetzt neugierig, was Sie wissen über Gespräche mit Beamten in diesem Bereich?

Dr. **Siebensohn:** Ich muß hier, Herr Vorsitzender, in aller Bescheidenheit sagen, daß ich nicht der ranghöchste Beamte in diesem Bereich war, sondern der ranghöchste Beamte gerade in dieser Zeit war Herr Direktor Wilfling. Der ist als Bereichsleiter in der Hierarchie über mir gestanden.

Obmann Dr. **Steger:** Weil er hier die Mehrzahl hat, könnte es ja sein, daß Sie jetzt nach Ihrer eigenen Einschätzung der zweithöchste waren, das würde mir auch genügen.

Dr. **Siebensohn:** Ich kann nur eines sagen, daß mit mir Herr Dr. Bauer unmittelbar zur BO-Planung nicht gesprochen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Und es ist Ihnen auch nichts bekannt geworden, mit wem sonst noch er Gespräche geführt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf man eine Zusatzfrage stellen?

Obmann Dr. **Steger:** Moment, sofort! Ist Ihnen etwas bekannt, wie die Gespräche des Dipl.-Ing. Rumpold gelaufen sind, Rumpold, Bauer, Wilfling, zum Beispiel im privaten Bereich? Ob man sich da getroffen hat, um solche Gespräche über die Vergabe zu führen?

Dr. **Siebensohn:** Daß in dem Kreis an sich gesprochen wurde über die Frage, wie die Betriebsorganisationsplanung nun erfolgen sollte oder dergleichen, das möchte ich fast sicher annehmen, daß das stattgefunden hat, Gesprächsfetzen, aber ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage Sie nicht, ob Sie sicher annehmen, denn das wäre ja keine Frage an einen Zeugen, sondern ob Sie etwas darüber gehört, ob Sie Wahrnehmungen gemacht haben.

Dr. **Siebensohn:** Konkret nicht! Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Nein sagen Sie. Auch wenn Sie nachdenken, fällt Ihnen nichts ein?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, das einzige, was mir in diesem Zusammenhang einfällt, war, daß irgendwann einmal — aber ich müßte jetzt lügen, wenn ich das Jahr konkret sagen würde — ein Gespräch war, wo Dr. Wilfling irgendwie die Herren Rumpold, Bauer sozusagen vorgestellt und gesagt hat, das sind Herren, die sich auch mit Aufgaben der Betriebsorganisation und dergleichen beschäftigen. Es dürfte, glaube ich, 1974 gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Wann und wo? Am Wochenende, privat beim Kartenspielen oder im Magistrat?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, beim Kartenspielen sicher nicht. Das kann ich ausschließen!

Obmann Dr. **Steger:** Ich sage absichtlich zwei Extreme, die ich für möglich halte.

Dr. **Siebensohn:** Ich glaube, ob das nicht in der ODELGA war.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt sagt aber ein Zeuge, daß es bei Dr. Wilfling, zu Hause, an Sonntagen — in der Mehrzahl — Besprechungen mit den Beamten der MA 17 gegeben hat. Zusätzlich waren dabei — Sie sind namentlich genannt, Sie sind natürlich auch Beamter der MA 17 — Dkfm. Dr. Bauer, Dipl.-Ing. Rumpold und Dr. Wilfling, die sich an Sonntagen zu Besprechungen dieses Bereiches getroffen haben. Was sagen Sie dazu? Ist das unwahr, können Sie sich erinnern daran?

Dr. **Siebensohn:** In Zusammenhang mit Betriebsorganisationsplanung — AKH sicher nicht.

Obmann Dr. **Steger:** In welchem Zusammenhang haben Sie sich dort getroffen?

Dr. **Siebensohn:** Das waren Fragen der Kostenstellenrechnung, Organisationsfragen der MA 17 als solche. Hier, glaube ich, einmal sicher an einem Sonntag und ein zweites Mal ebenfalls draußen bei Direktor Wilfling.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt jetzt, wenn man ein bißchen das Thema dort hinüber verlagert, dann können Sie sich schon erinnern, daß es in diesem Personenkreis in Ihrem Beisein im Hause Wilflings Besprechungen — ausdrücklich steht hier die Mehrzahl — gegeben hat.

Dr. **Siebensohn:** Besprechungen schon, aber konkret zum Betriebsorganisationsauftrag ist mir nichts bekannt; zumindest nicht in meiner Gegenwart.

Obmann Dr. **Steger:** Sondern? Sie sagen, worüber ist geredet worden?

Dr. **Siebensohn:** Über Organisationsfragen, MA 17 ganz allgemein, Kostenstellenrechnungsfragen.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Funktion? Warum sind Sie da zu Wilfling ins Haus gegangen?

Dr. **Siebensohn:** Ich wurde dazu eingeladen, nehme ich an.

Obmann Dr. **Steger:** An einem Sonntag zu Wilfling? Wenn er mich einladet, dann gehe ich nicht hin.

Dr. **Siebensohn:** Herr Vorsitzender! Wir haben dort sehr oft an Sonntagen und an Samstagen Besprechungen gehabt. Wir haben auch gemeinsam mit dem Herrn Amtsführenden Stadtrat — nicht in dem privaten Rahmen — bei Direktor Wilfling sehr oft Samstage und Sonntage verbracht, wobei man auch die Fragen stellen kann: Warum sind Sie hingegangen, waren Sie dazu verpflichtet? Ich habe vergangenen Samstag auch bis 19 Uhr, ohne jetzt renommieren zu wollen, hier eine Besprechung gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Aber nicht eine Vorbesprechung über Ihre heutige Aussage, Herr Zeuge?

Dr. **Siebensohn:** Nein, nein!

Obmann Dr. **Steger:** Da hätten wir weniger Mitleid mit Ihnen gehabt, wenn Sie uns das jetzt berichtet hätten.

Ich sehe das schon ein, daß Sie auch am Wochenende arbeiten, das haben manche Berufsgruppen so an sich. Die Frage ist nur, ob Sie wirklich auch bei anderen, die allenfalls Bewerber sind, die mitarbeiten oder sonstwie irgend etwas tun wollen, das im privaten Kreis machen. Denn Rumpold und Bauer, die waren ja nichts anderes als Bewerber, die ins Geschäft kommen wollen in dem ganzen Bereich. Da fällt halt schon — wenn man jetzt eine Personengruppe Rumpold, Bauer, Wilfling hat — auf, daß dann ausgerechnet der Obersenatsrat sich mit einer Gruppe — es ist ja nicht der Stadtrat dabei zum Beispiel, sich privat an einem Sonntag trifft. Das ist nur zweimal vorgekommen? Das wirkt nämlich so außergewöhnlich!

Dr. **Siebensohn:** Öfters ist es mir wirklich nicht in Erinnerung, oben bei Direktor Wilfling ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich glaube auch nicht, daß der Ausdruck „einige" geschäftliche Besprechungen, nur zwei bedeutet, aber wir können gerne den Zeugen noch einmal herholen und können ihn genauer nach der Zahl fragen. Überlegen Sie sich das auch noch einmal. Der Ausdruck „einige" geschäftliche Besprechungen — ich habe noch nie erlebt in einem Gerichtsverfahren, daß dann die Zahl zwei gemeint war.

Dr. **Siebensohn:** Herr Vorsitzender! Ich darf also noch einmal betonen: Sie haben gefragt: bei Wilfling? Bei Wilfling kann ich mich an zwei Gespräche erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Ich rede von Wilfling. Hier ist ausdrücklich von „einigen geschäftlichen Besprechungen an Sonntagen" die Rede. Die Zahl zwei ist rein mathematisch die absolute Untergrenze, die man hier noch annehmen kann. Logisch ist sie nicht mehr. Ich habe noch niemand erlebt, der ...

Dr. **Siebensohn:** Ich müßte meinen Terminkalender durchforsten, vielleicht habe ich es aufgeschrieben, vielleicht sind es drei. Aber ich kann mir das nicht vorstellen. Öfter als zweimal? An zweimal kann ich mich konkret erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Steinbauer! Eine Zusatzfrage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, mir ist es auch wenig glaubhaft. Durch die Betonung, daß das bei Wilfling war, kann es bei Bauer oder bei Rumpold so etwas Ähnliches oder in derselben Personenzusammensetzung gegeben haben?

Dr. **Siebensohn:** In der Privatsphäre von Bauer oder Rumpold nicht. Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir fiel auf, daß Sie sagten: Bei Wilfling nur zweimal. Ich glaube — so wie der verehrte Vorsitzende das auslegt —, wenn von mehreren Besprechungen die Rede ist, daß jeder normale Mensch sagt: Es gab zwei Besprechungen, mehrere beginnt bei drei und darüber. Gibt es in der Personengruppe einen anderen Treffort, wo Sie sich am Samstag, Sonntag zu vergleichbaren Gesprächen getroffen haben? Vielleicht kommen wir da weiter!

Dr. **Siebensohn:** Also in meiner Anwesenheit, da kann ich mich beim besten Willen nicht erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt zur eigentlichen Frage, die ich stellen wollte. — Welche Rolle hat Wilfling dort gespielt — als Vermittler, als Andiener von Bauer und Rumpold oder der Leistungen oder was?

Dr. **Siebensohn:** Er war sicher der Einladende, wenn es bei ihm war, und in seiner Eigenschaft als — ich glaube, das war noch vor der Zeit, wo er Bereichsleiter war — Konsulent des Stadtrates, nehme ich an.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hatte er nach Ihrer Meinung Provisionszahlungen in größeren Höhen verdient oder nicht durch die Art, wie er die Gespräche geführt hat?

Dr. **Siebensohn:** Wie soll ich dazu eine Meinung haben. Ich bin ja — wirklich, Herr Abgeordneter — zuwenig geschäftlich erfahren, um das beurteilen zu können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von Ihrer Reife her würde ich Sie nicht als unschuldig betrachten im Sinne von unerfahren ...

Dr. **Siebensohn:** Was Provisionen betrifft, schon; das möchte ich doch deponieren ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Na, das sicher, aber von Ihrer Wahrnehmung: Würden Sie den Mann Wilfling als einen einschätzen — wenn Sie sich an diese Gespräche erinnern —, der hier Gegenleistungen vielleicht auch bekommen konnte?

Dr. **Siebensohn:** Dazu darf ich eines sagen, Herr Abgeordneter. Da muß ich zu meiner Person etwas sagen: Solange ich nicht vom Gegenteil überzeugt bin, denke ich von jedem, daß er ein anständiger Mensch ist.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann haben Sie zum erstenmal für möglich gehalten, daß dort nicht lauter anständige Menschen sind?

Dr. **Siebensohn:** Das war faktisch zu Beginn des Jahres 1980.

Obmann Dr. **Steger:** Bis dahin waren es aus Ihrer Sicht lauter anständige Menschen?

Dr. **Siebensohn:** Ich habe früher nie Anlaß gehabt, etwas zu vermuten oder hineinzugeheimnissen.

Obmann Dr. **Steger:** In welchem Jahr waren Sie denn in Wilflings Haus?

Dr. **Siebensohn:** Das müßte gewesen sein 1977/78, in etwa. Knapp nachdem es fertiggestellt worden ist.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, warum ich da ein bissel nachbohre? Es geht ja auch um Ihre Glaubwürdigkeit, wenn Sie mir zuerst erzählen, so etwas hat es nicht gegeben, und dann sagen, das hat es schon ein paarmal gegeben, zwei oder vielleicht sogar dreimal. Aber wir haben ein bissel um etwas anderes geredet. Drum bitte ich Sie, da im Zweifelsfalle genauer nachzudenken, bevor Sie es sagen. Es ist ja für Sie gut, wenn Sie im Zweifelsfalle einen Moment nachdenken und sich das dann exakter überlegen.

Kann es sein, daß der Dr. Wilfling, der praktisch Ihr Vorgesetzter war 1977/78, Sie abkommandiert hat zu solchen Gesprächen?

Dr. **Siebensohn:** Darf ich also eines sagen: Ab 1978 war er sicher mein Vorgesetzter. Als Bereichsleiter war er mir gegenüber weisungsberechtigt. Vorher war er als Konsulent des Stadtrates sicherlich auch eine gewisse Vertrauensperson von Stadtrat Stacher. Ich hatte wirklich keine Ursache, mit ihm Krieg anzufangen. Darf ich das so formulieren?

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt: Wenn Sie nicht überzeugt waren, daß das eine schlechte Lösung ist, dann haben Sie keinen Grund gesehen, sich dagegenzustellen. Kann man Ihr Kopfbeuteln in die Richtung mit „Ja" beantworten?

Dr. **Siebensohn:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann haben Sie eine negative Ansicht über Riethmüller gehabt und warum?

Dr. **Siebensohn:** Über Riethmüller die negative Ansicht? Es war im Laufe, Ende 1974/75.

Obmann Dr. **Steger:** Im Bericht des Rechnungshofes heißt es: „Bereits im ersten Jahr der fünfjährigen Vertragslaufzeit, im Frühjahr 1974 äußerte der Leiter der MA 17 die Ansicht, daß Professor Dr. Riethmüller trotz des bereits sehr weit fortgeschrittenen Zeitpunktes zur Erfüllung der Leistung keine beziehungsweise nur sehr wenig fruchtbare Arbeit geleistet hat." Im Frühjahr 1974! Kann das stimmen?

Dr. **Siebensohn:** Ja, das müßte gewesen sein, ich glaube, konkret im Mai. Es war unmittelbar nach meinem Amtsantritt. Ich habe im Februar die Abteilung übernommen, habe mich dann auch um diesen Vertrag beziehungsweise um die Realisierung dieses Vertrages, der 1973, also vor meiner Zeit, abgeschlossen wurde, gekümmert, und dabei habe ich diesen Eindruck gewonnen.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, schon. Aber da fällt jetzt auf, daß das genau der Zeitpunkt ist, wo wir die ersten Aufzeichnungen haben, wie sich in der Betriebsorganisation der Kuchen allenfalls zusammensetzen könnte. Hat es da schon Gespräche in diese Richtung gegeben?

Dr. **Siebensohn:** Mir nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann sind in Ihrem Beisein Überlegungen geäußert worden, wer da aller mit einem Drittel oder mit einem gewissen Prozentsatz mit dazugehören könnte? Zum Beispiel wegen der Planungsphilosophie.

Dr. **Siebensohn:** Das müßte 1975/76 gewesen sein; konkrete Überlegungen, wer die Betriebsorganisationsplanung durchzuführen hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Waren Sie immer der Auffassung, daß da Riethmüller nicht mehr dabei sein soll?

Dr. **Siebensohn:** Ich war nicht der Auffassung, daß er nicht dabei sein soll, sondern ich war nur der Meinung, daß er sicherlich nicht der Federführende sein sollte.

Obmann Dr. **Steger:** Warum? Wenn jemand nicht geeignet ist und nichts geleistet hat, muß er überhaupt noch dabei sein?

Dr. **Siebensohn:** Herr Vorsitzender! Ich glaubte, diese Frage schon beantwortet zu haben. Aber ich darf die Antwort vielleicht wiederholen.

Obmann Dr. **Steger:** Mir hat sie nicht gefallen!

Dr. **Siebensohn:** Ich war der Meinung, daß hier ein gewisses Vorwissen nützlich wäre. Denn Riethmüller hat ja auch vor diesem Detailauftrag aus dem Jahre 1973 bei der Organisationsstruktur- und Raumbedarfsplanung, insbesondere des Jahres 1971, sehr maßgeblich mitgearbeitet und hat dann auch teilgenommen an der Erstellung des Projektes 1976.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, schon, aber das ist doch nicht mein Vorhalt. Mein Vorhalt heißt: Sie ziehen an, daß jemand ungeeignet ist *(Dr. Siebensohn: Nein!)*, deponieren das an den geeigneten Stellen, setzen bis zu einem gewissen Grad auch den Standpunkt durch. Sie sind bei jener Gruppe privat auch an Sonntagen beteiligt, die dann tatsächlich die Betriebs-

organisation später macht, indem Sie dort an den Gesprächen mitwirken. Jetzt frage ich Sie, ob da ein Zusammenhang besteht. Besteht ein Zusammenhang damit, daß Sie Riethmüller aus'n G'schäft bringen, wenn ich das auf wienerisch sagen darf, und dann an Sonntagen dabei sitzen, wie besprochen wird, wie sich das insgesamt weiter entwickeln soll und auch mit welchen Firmen und mit welcher Aufgabenstellung. Ist da aus Ihrer Sicht ein Zusammenhang gegeben?

Dr. **Siebensohn:** Ich war immer der Meinung, Herr Vorsitzender, daß Riethmüller allein das nicht zusammenbringen würde, daß er aber sicherlich geeignet ist, gewisse Teilleistungen im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft allenfalls zu erbringen, und daß es sinnvoll wäre, ihn hier mit hereinzunehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Das paßt ja wieder nicht zusammen. Verzeihen Sie, jetzt wieder zum Thema Glaubwürdigkeit. Wenn Sie sagen, er hat keine fruchtbare Arbeit geleistet und deswegen muß wer anderer die Arbeit machen, dann ist es doch etwas anderes. Dann heißt es, der, der bisher vertraglich da etwas tun soll, bringt fruchtbar nichts zusammen. Haben Sie gesagt *(Dr. Siebensohn: Nein!)*, nicht bitte irgendwer aus dem Bereich der Politiker. Er soll daher weg. Dann kommen tatsächlich jene, mit denen Sie sich am Sonntag treffen, und machen diese Betriebsorganisation. Die kriegen ja später den Vertrag. Und dann kommt der, den Sie aus dem Geschäft gebracht haben — argumentativ aus dem Geschäft gebracht haben — und kriegt trotzdem einen Superauftrag. Den Ablauf sollen Sie mir bitte in einer Art und Weise erklären, daß auch ich es verstehe. Ich verstehe es noch nicht.

Dr. **Siebensohn:** Ich werde es versuchen, Herr Vorsitzender. Ich habe Leistungen des Herrn Professor Riethmüller beurteilt, die zum Gegenstand hatten, eine praktikable Betriebsorganisation für bestimmte Funktionsbereiche zu erstellen, konkret: Kinderklinik, Psychiatrie, Bauteile I bis IV.

Obmann Dr. **Steger:** Damit die Antwort nicht zu lange wird: Hat er dort fruchtbare Arbeit geleistet?

Dr. **Siebensohn:** Dort hat er nicht fruchtbare Arbeit geleistet, aber die Grundvoraussetzung für eine Betriebsorganisation ist auch eine Raumstruktur, eine Bedarfsplanung, und hier hat Riethmüller de facto ja mitgearbeitet. Und dieses Know-how wollte ich, und das habe ich bereits gesagt, daß hier eingebracht wird, damit jenes Wissen nicht nachvollzogen werden muß, das Riethmüller sich erworben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Das Kontrollamt spricht von jahrelangen Verzögerungen durch die ARGE ORP. Und Sie wollen jetzt sagen, das war so gut, die Arbeit, die da geleistet wurde, nachdem Sie gleichzeitig sagen, keine fruchtbare Arbeit. Was ist da so schwierig? Ist es so schwierig, einfach zu sagen, die waren eben wirklich schlecht, drum haben sie es nicht mehr machen sollen?

Sie können nachdenken gleichzeitig, drum frage ich Sie länger: Ich könnte mir eine viel einfachere Antwort vorstellen, nämlich, tatsächlich waren Sie überzeugt, der ist nicht gut, haben gemeint, es soll wer anderer machen, und irgendwer anderer hat dann allenfalls gesagt, er muß aber trotzdem mit einem Sub-Auftrag drinnenbleiben, damit er eine Ruhe gibt. War es vielleicht so?

Dr. **Siebensohn:** Nein. Herr Vorsitzender, wenn es Ihnen auch unlogisch erscheint, aber ich kann nur wiederholen: Für diese konkrete Arbeit, Kinderklinik, Psychiatrie, habe ich gesehen und mir das Urteil gebildet, daß Riethmüller nicht imstande ist, diese BO-Planung allein durchzuführen. Hingegen systematischer Aufbau, das Erfassen bestimmter Parameter und dergleichen, hier hat Riethmüller zweifellos ein Wissen und Können auch mir gegenüber bewiesen, das aber allein, um eine Betriebsorganisation zu erstellen, nicht genug war.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt wissen wir aus einem internen Aktenvermerk diesen schönen Spruch über die Planungsphilosophie, wie der Wilfling geäußert hat. In welcher Rolle war denn der Wilfling dort anwesend?

Dr. **Siebensohn:** Als Bereichsleiter.

Obmann Dr. **Steger:** Das war ja eine AKPE-Besprechung.

Dr. **Siebensohn:** Es war ein Kontaktgespräch zwischen der AKPE ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben hier erklärt, daß der Wilfling oder daß Beamte nichts mit der Vergabe zu tun hatten. Das haben Sie mir bitte vor zehn Minuten erklärt, daß das der Vorstand und der Aufsichtsrat gemacht haben. Also in welcher Funktion war der Wilfling bei der Vergabe, wenn so etwas besprochen wurde, dabei?

Dr. **Siebensohn:** Es haben ja Kontaktgespräche zwischen dem Vorstand der AKPE und dem Magistrat stattgefunden.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen trotzdem bekannt, daß bei so etwas über die Vergabe gesprochen wurde?

Dr. **Siebensohn:** Ich habe gesagt, daß mir

konkret also bekannt ist aus diesem Gespräch etwas über die Vergabe der ABO.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Stadtrat Stacher sagt, daß die gar nicht zuständig waren für die Frage der Betriebsorganisationsplanung, die Geschäftsgruppe IV. *(Dr. Siebensohn: Sicher!)* Warum führt dann der Dr. Wilfling die Gespräche, wenn er nicht zuständig ist?

Dr. **Siebensohn:** Weil, bitte schön, auf der anderen Seite sicher ist, daß, wenn das Haus fertiggestellt ist, der Magistrat den Betrieb dort gewährleisten soll, und in dem Zusammenhang ist natürlich schon interessant, wer und welche Betriebsorganisation für dieses Haus geplant wird.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist, bitte, dann das Bund-Stadt-Wien-Komitee. Dafür haben wir das Bund-Stadt-Wien-Komitee, damit dieser Interessensausgleich durchgeführt wird. Daß da, bitte, jemand hingeht und sich erkundigt, welche Firma ins Geschäft kommt, ist damit nicht erklärbar, Herr Zeuge. Dort ist es auch abgehandelt worden. Ich könnte es Ihnen vorlesen aus dem Protokoll. Das Bund-Stadt-Wien-Komitee hat sich ja damit beschäftigt *(Dr. Siebensohn: Ja, sicher!)*, wie der Herr Stadtrat berichtet. Es fragt sich daher noch immer: Wieso hat sich der Herr Dr. Wilfling hier um die Vergabe so angenommen, warum und mit welcher Kompetenz?

Dr. **Siebensohn:** Ich kann nur annehmen, daß er in seiner Funktion als Bereichsleiter für Gesundheit und Soziales dort tätig gewesen ist. Er war ja der ranghöchste Beamte, wenn Sie das wollen.

Obmann Dr. **Steger:** ... ist schon klar, daß die Logik nur abgeleitet war von dem, was der Stadtrat Stacher uns gesagt hat, nämlich daß er nicht dafür zuständig war und daß Sie mir sagen, daß das Vergabewesen an sich nicht mit den Beamten zu besprechen war, sodaß die Logik jetzt noch keine Schlußfolgerung liefert, wieso der Herr Dr. Wilfling plötzlich an solchen Gesprächen beteiligt ist und dort solche Sätze sagen kann. Ist Ihnen das klar, daß Sie mir persönlich zumindest damit noch keine zufriedenstellende Antwort geben können?

Dr. **Siebensohn:** Ich nehme an, daß er gefragt worden ist vom Vorstand der AKPE. Er muß ja angesprochen worden sein. Irgend jemand hat ja sicherlich dieses Gespräch dort initiiert.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, ich sehe übrigens gerade, Sie waren selber auch dabei.

Dr. **Siebensohn:** Sicherlich, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat Sie eingeladen?

Dr. **Siebensohn:** Mir hat diesen Termin konkret — das kann ich mich bestimmt erinnern — der Direktor Wilfling gesagt, der mir erklärt hat, es sei also ein Informationsgespräch bei der AKPE, unter anderem gehe es um die BO-Planung, ich solle also mitkommen.

Obmann Dr. **Steger:** Also war der eigentliche Einlader zum AKPE-Gespräch über die Betriebsorganisationsplanung der Herr Dr. Wilfling?

Dr. **Siebensohn:** Der Dr. Wilfling, für mich.

Obmann Dr. **Steger:** Und dort hat er dann das gesagt mit der Planungsphilosophie?

Dr. **Siebensohn:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er Ihnen dabei auch erklärt, was das ist? Sie haben schon eine Definition geliefert heute. Ich wollte nur wissen, war das seine Dfinition oder Ihre?

Dr. **Siebensohn:** Meine.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er Ihnen erklärt, was das ist, diese Planungsphilosophie?

Dr. **Siebensohn:** In einem Gespräch, das aber erst lange danach im Zusammenhang mit der Pressemeldung bzw. Kontrollamtsbericht stattgefunden hat, wo ich feststellen mußte, daß er ungefähr dasselbe verstanden hat, was ich damals automatisch sozusagen, ohne mit ihm Rücksprache zu nehmen, verstanden habe, daß also gemeint war, daß diese Planungsphilosophie die Kompatibilität sozusagen zu den anderen städtischen Anstalten gewährleisten soll, daß also nicht ...

Obmann Dr. **Steger:** Kann man das in ein einfaches Deutsch umsetzen? Die Juristen verstehen es auch so manchmal. Aber sagen Sie das auf einfach deutsch.

Dr. **Siebensohn:** Wenn also die Stadt Wien jetzt 18 Akutkrankenanstalten zur damaligen Zeit betrieben hat, so sollte das AKH nicht ein Exot unter diesen Anstalten werden und überhaupt in das Schema der anderen Anstalten nicht hineinpassen. Das sollte vermieden werden.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist aber etwas anderes als das, was Sie vorher gesagt haben. Vorher haben Sie uns gesagt, daß Wiener Firmen und österreichische Firmen zum Zug kommen sollten, das hat geheißen „Planungsphilosophie".

Dr. **Siebensohn:** Nein, sondern es sollte nicht etwas geplant werden, was der Wiener Mentalität total contre coeur läuft. Es sollte also nicht jemand, der nicht die Wiener Verhältnisse kennt, sozusagen die Durchführung machen, ohne daß Gewähr gegeben ist, daß eben hier

dann etwas herauskommt, was man noch als Wiener städtisches Spital erkennen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Warum haben Sie vorher gesagt, daß Planungsphilosophie geheißen hat, Wiener Planungsphilosophie, daß es Wiener und österreichische Firmen sein sollen, die zum Zug kommen?

Dr. **Siebensohn:** Ich kann mich nicht erinnern, daß ich von österreichischen Firmen gesprochen habe.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn das also im Protokoll steht, dann war das ein Irrtum?

Dr. **Siebensohn:** War es ein Irrtum. Es sollten Firmen sein, die mit österreichischen Verhältnissen vertraut sind, das glaube ich, habe ich gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben zuerst etwas anderes gesagt, aber wir brauchen nicht lange weiter zu streiten. Wir sehen es ja im Protokoll, es gilt ja immer das, was Sie zuletzt sagen, daher ist es ident, oder es gilt das, was Sie zu diesem Bereich zuletzt sagen.

Bei der Planungsphilosophie hat also dort bei diesem Gespräch niemand nachgefragt, was darunter eigentlich zu verstehen ist.

Dr. **Siebensohn:** Mir nicht erinnerlich.

Obmann Dr. **Steger:** Die einzige Antwort wäre: Ja, es hat niemand nachgefragt.

Dr. **Siebensohn:** Es hat niemand nachgefragt, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage deshalb sosehr, denn es haben offensichtlich dort alle das mehr oder minder als Befehl aufgefaßt.

Ich habe soeben gefragt, es haben dort alle mehr oder minder das als einen bindenden Wunsch aufgefaßt, daß es jedenfalls Firmen sind, die aus Österreich kommen, die da mit dabeisein müssen.

Dr. **Siebensohn:** Bitte, Herr Vorsitzender, ich versuche, mich zu erinnern. Sie haben zuvor gesagt, man kann ja nachdenken.

Mir ist nicht erinnerlich, daß damals bei dieser Besprechung sich jemand erkundigt hat, was diese Planungsphilosophie bedeutet.

Obmann Dr. **Steger:** Warum hat dann der Vorstand zum Aufsichtsrat gesagt, daß auf Grund dieses Wunsches des Eigentümervertreters keine Ausländer zum Zug kommen sollen, wenn Sie das in der Besprechung gar nicht gehört haben? Also warum die ABO zum Zug kommen soll.

Dr. **Siebensohn:** Ich weiß nicht, was der Vorstand in diese Aussage hineininterpretiert hat.

Obmann Dr. **Steger:** ... in diese Besprechung hineininterpretieren? War das für Sie in der Besprechung ersichtlich?

Dr. **Siebensohn:** Ja, sicherlich eine österreichische Firma ist eher Gewähr als eine ausländische, daß hier eine Planung erfolgt ...

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt sind Sie aber wieder bei der österreichischen Firma, ist Ihnen das klar, wo Sie ganz am Anfang waren, zwischendurch mir gesagt haben, das war nicht gemeint. Jetzt sagen Sie wieder, eine österreichische Firma ist eher Gewähr ...

Dr. **Siebensohn:** Ich suche nach einer Erklärung, warum der Vorstand das so interpretiert hat.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage nicht nach einer Erklärung, sondern nach Wahrnehmungen aus der damaligen Sitzung.

Dr. **Siebensohn:** Aus der damaligen Sitzung habe ich keine Wahrnehmungen in der Richtung.

Obmann Dr. **Steger:** Naja, keine ... Ist dort erklärt worden, wozu eigentlich eine Ausschreibung ausschließlich im Ausland erfolgt ist, wenn dann nach der Wiener Planungsphilosophie eigentlich im Gesamtkontext österreichische Firmen zum Zug kommen sollten?

Dr. **Siebensohn:** Bei dieser konkreten Sitzung, März oder wann das war 1978, ist diesbezüglich nicht von der Ausschreibung gesprochen worden. Ich kann mich noch erinnern — nur in welchem Zusammenhang und an welchem Ort, das weiß ich nicht mehr —, daß das seitens Direktor Winter damit begründet wurde, weil hier ein möglichst breiter Markt — ich glaube, so hat er sich ausgedrückt — angesprochen werden sollte.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das sinnvoll? Das muß doch jemand erörtert haben. Sie als Chef einer Magistratsabteilung, wenn Sie hören, es wird im Ausland ausgeschrieben, und dann plötzlich kommt das Gespräch, wo Ihnen sinngemäß klargelegt wird, es kommt nur eine österreichische Firma in Frage — da fragt man sich doch, warum. Wenn ich in Krems baue und in Zürich die Ausschreibung mache und anschließend sage, es kommt nur eine Kremser Firma in Frage, frage ich mich dort auch als Magistratschef, falls es dort einen Magistrat gibt, warum ist das in Zürich ausgeschrieben worden und nicht in Krems?

Dr. **Siebensohn:** Sicherlich, Herr Vorsitzender, nur hatte ich keinerlei Weisungsmöglichkeit gegenüber Direktor Winter, zu sagen, er darf das nicht machen, oder hätte ich mir ein Urteil erlauben können, zu erklären, es ist unrichtig.

Obmann Dr. **Steger:** Ich sage nicht, ob Sie ihm eine Weisung gegeben haben, sondern ob Sie gefragt haben. Wenn solche Informationen gegeben werden, ist ja die Frage ...

Dr. **Siebensohn:** Sicher, und die Antwort war: Weil er der Meinung war, ein möglichst breiter Markt soll angesprochen werden.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben Winter gefragt?

Dr. **Siebensohn:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wann? Bei dieser Besprechung?

Dr. **Siebensohn:** Nein, wesentlich früher. Die Ausschreibung war ja früher im Ausland.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie haben früher gefragt, warum die Ausschreibung im Ausland ist. Man hat Ihnen gesagt, damit ein breiter Markt angesprochen wird.

Dr. **Siebensohn:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt hören Sie in dieser Sitzung, Sie sind ja dabei, daß die Planungsphilosophie bedingt, daß man die Wiener Verhältnisse kennt und haben daraus geschlossen und später auch erfahren, es sollen österreichische Firmen sein.

Haben Sie jetzt irgendwann einen wichtigen Menschen gefragt, bitte, warum haben wir es dann nie in Österreich ausgeschrieben?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen nie zu Bewußtsein gekommen, daß daraus einmal geschlossen werden könnte, daß man gar nicht wollte, daß sich andere österreichische Firmen bewerben, daß man von vornherein diese Firmen und ausschließlich diese ins Geschäft bringen wollte?

Dr. **Siebensohn:** Ich persönlich bin der Meinung, daß man einen solchen Auftrag überhaupt nicht ausschreiben kann.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist aber keine sehr exakte Antwort auf meine Frage, ob Ihnen nie zu Bewußtsein gekommen ist, daß daraus einmal eine solche Schlußfolgerung gezogen werden könnte, daß man zwar formell eine Ausschreibung gemacht hat, aber das sehr beschränkt, vom Ergebnis her. — Das sind doch Wissensfragen, die kann man mit Ja oder Nein beantworten.

Dr. **Siebensohn:** Ob ich mir damals was gedacht habe — das kann ich nicht ausschließen, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Wie Sie sich das gedacht haben, sind Sie wo fragen gegangen, ob das gescheit ist? Haben Sie mit irgend jemand darüber gesprochen?

Dr. **Siebensohn:** Ich bitte um Verständnis, ich war für die Vergabe dieses ABO-Auftrages in keiner Weise zuständig.

Obmann Dr. **Steger:** Ich schätze wirklich jeden ranghohen Beamten in der Magistratsabteilung, aber, wenn man Obersenatsrat ist, ist es ja nicht üblich, daß man sich selbst zu sehr im Gesichtsfeld einschränkt. Sie verzeihen, daß ich das so frage, denn das klingt jetzt sehr danach, daß Sie mir sagen, jawohl, solche Gedanken sind Ihnen gekommen, aber im Zweifelsfall nur nicht anstreifen. So ungefähr klingt Ihre Antwort.

Dr. **Siebensohn:** Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, ob das der richtige Ort oder die richtige Stelle ist, aber ich gebe schon etwas zu bedenken: daß ich als Leiter der Magistratsabteilung 17 nicht nur den ABO-Auftrag zu beurteilen hatte, den ich gar nicht zu beurteilen hatte, weil den jemand anderer, eine andere Rechtsperson, verantwortlich zu vergeben hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Fühlen Sie sich sachlich kompetent zur Beurteilung der ABO-Leistung?

Dr. **Siebensohn:** Zur Beurteilung der ABO-Leistung sachlich kompetent? — In bestimmten Bereichen sicherlich, in sämtlichen Bereichen nicht.

Obmann Dr. **Steger:** In welchen Bereichen?

Dr. **Siebensohn:** Zum Beispiel Fragen der Ver- und Entsorgung, Planung der Kommunikationseinrichtungen, Organisation der Sterilisation, der Desinfektion, Gebäudereinigung.

Obmann Dr. **Steger:** Es steht dann, daß Sie gegenüber den Gutachtern, Mayer und Stadler, gesagt haben: Bezüglich der Qualität der von der ABO geleisteten Arbeiten haben wir uns auf die diesbezüglichen Aussagen von Vertretern der AKPE, der APAK und der künftigen Betreiber und Nutzer gestützt. — Das sagen nicht Sie, sondern sagen die Gutachter, und bei künftigem Betreiber und Nutzer, die eine derartige Aussage über die Qualität gemacht haben, stehen ausdrücklich Sie angeführt. *(Dr. Siebensohn: Ist richtig, ja!)*

Sind Sie dazu in der Lage gewesen?

Dr. **Siebensohn:** Ich habe gerade gesagt, für welche Bereiche ich mich durchaus sachlich kompetent fühle, und das Gespräch mit den Gutachtern Stadler und Mayer hat in Anwesenheit der Vertreter der Baukommission der Medizinischen Fakultät stattgefunden, die eine ähnliche Beurteilung abgegeben haben.

Obmann Dr. **Steger:** Warum schränken Sie

dann nicht auf die Teilbereiche ein, wenn Sie mit Gutachtern reden? Sie stehen jetzt da für alles.

Dr. **Siebensohn:** Bitte, ich bin nicht wörtlich zitiert . . .

Obmann Dr. **Steger:** Da steht: Brauchbare Lösungen sind erarbeitet worden.

Dr. **Siebensohn:** Nur, ob eine Betriebsorganisation letztendlich gut oder schlecht ist, wird man im Betrieb dann sehen. Soweit ich heute beurteilen kann, muß ich sagen, daß brauchbare Lösungen erarbeitet worden sind.

Obmann Dr. **Steger:** Ich fürchte sehr, dann wird überhaupt niemand mehr kompetent sein, bis das dann einmal in Betrieb geht.

Jetzt höre ich, daß über die Planungsphilosophie geredet worden ist, wenn sie auch nicht erläutert wurde in der Besprechung, über die wir uns gerade unterhalten haben.

Es gibt dann einen Brief des Magistrats der Stadt Wien, Geschäftsgruppe . . . , gezeichnet vom Direktor Dr. Wilfling, der heißt:

22. 3. 1978: Bezug nehmend auf die mit Ihnen geführte Besprechung darf ich Sie ersuchen, mir mitzuteilen, wann Sie in der Lage sein werden, die Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen betreffend den Neubau AKH vorzulegen. — An die AKPE ist dieser Brief. — Da diese Unterlagen für uns von großer Bedeutung für die weiteren Entscheidungen sind, ersuche ich Sie um dringende Beantwortung.

Frage: Die Planungsphilosophie ist dort bekannt in der MA 17. Wieso sind die Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen nicht bekannt?

Dr. **Siebensohn:** Herr Vorsitzender! Sie haben mir gesagt, die AKPE ist gefragt worden, nicht?

Obmann Dr. **Steger:** Ja. Von dem, der die Planungsphilosophie kennt, wird die AKPE gefragt.

Dr. **Siebensohn:** Bitte schön, ich kenne die Motivation der Frage nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich möchte an Sie die Frage stellen, ob für Sie Organisationsprinzipien zur Planungsphilosophie gehören. Das ist die Frage.

Wenn ich das näher erläutern darf. Sie haben am Anfang gesagt, Planungsphilosophie heißt österreichische Firmen. Dann haben Sie gesagt, das habe ich nicht gesagt, ich habe nur gesagt, Firmen, die sich am österreichischen Markt auskennen. Dann haben Sie erläutert, es muß so sein, daß die Einbindung des sonstigen Krankenhauswesens sinngemäß erfolgt, das muß Berücksichtigung finden. Ich halte Ihnen jetzt vor, wie Sie stufenweise Planungsphilosophie definiert haben. Und jetzt frage ich Sie daher, ob das heißt, daß die Organisationsprinzipien berücksichtigt werden, die Wiener Organisationsprinzipien, ob das Planungsphilosophie ist?

Dr. **Siebensohn:** Zum Teil sicher.

Obmann Dr. **Steger:** Dann frage ich Sie, wieso jemand, der die Planungsphilosophie kennt, nicht weiß, wie die Organisationsprinzipien ausschauen, und zwar in Ihrer Abteilung.

Dr. **Siebensohn:** Bitte, es ist nicht meine Abteilung. Ich habe schon einmal betont, daß Direktor Wilfling nicht Beamter in meiner Abteilung war.

Obmann Dr. **Steger:** Aber die Kopie dieses Briefes ist unter anderem an Sie ergangen und an die Direktion des Allgemeinen Krankenhauses. Nur an zwei Leute ist die Kopie gegangen. Das heißt, daß auch nach Dr. Wilflings Meinung Sie sachlich involviert sind, sonst schickt er Ihnen nicht die Kopie. Mir hat er auch keine geschickt.

Dr. **Siebensohn:** Ich kann mich nicht erinnern, daß damit ein bestimmter Auftrag an mich ergangen ist, daß ich dazu kritisch Stellung nehme. Außerdem wäre mir das sicherlich nicht zugekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Was ist Ihnen bekannt über Entscheidungsgrundlagen für den Wiener Amtsrat? *(Dr. Siebensohn: Ist mir nichts bekannt!)* Wissen Sie, was der Amtsrat ist?

Dr. **Siebensohn:** Bitte schön, dem Vernehmen nach eine Fraktionsbesprechung also der sozialistischen Stadträte und . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wen haben Sie da vernommen, daß Sie das dem Vernehmen nach kennen? Also von woher wissen Sie das, und was wissen Sie im wesentlichen?

Dr. **Siebensohn:** Ich bin an sich Sozialist und kenne also die Gremien und habe sicherlich schon gehört, daß es einen Amtsrat gibt und daß unter diesem Amtsrat eben die sozialistischen Fraktionsmitglieder des Wiener Stadtsenates zu verstehen sind.

Obmann Dr. **Steger:** Also vom Amtsrat sonst wissen Sie gar nichts?

Dr. **Siebensohn:** Sonst weiß ich nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Hat irgendwer von dem Spitzenausschuß sich je bei Ihnen gekümmert früher noch, so ein bißchen nachgefragt und geschaut, was da vor sich geht?

Dr. **Siebensohn:** Wen meinen Sie jetzt, Herr Vorsitzender? Ein Bediensteter oder ...

Obmann Dr. **Steger:** Mitglieder des Spitzenausschusses. Damit meine ich die politischen Mitglieder, die dort gesessen sind von den verschiedenen Parteien, Amtsträger. Ob irgend jemand davon Ihnen aufgefallen ist als einer, der besonders genau nachfragen kommt, wie es beim AKH weitergeht und ausschaut?

Dr. **Siebensohn:** Darf ich eines sagen: Ich war bis 1970 in der Magistratsabteilung 17, habe also dann unterbrochen, kann also nichts sagen über die Zeit vorher, weil ich da mit dem AKH und der unmittelbaren Planung sicherlich absolut nichts zu tun gehabt habe, weil ich das Rechtsreferat gehabt habe damals. Da ist mir nichts bekannt, zumindest zu mir ist niemand gekommen, kein Mitglied des Spitzenausschusses hat mir im Zusammenhang mit dem AKH eine Rechtsfrage oder dergleichen gestellt, was damals in mein Ressort gefallen wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Dr. Wilfling hat also eingeladen zu Besprechungen am Sonntag, wo Sie zwei-, dreimal, wenn ich das sinngemäß zusammenfasse, sich erinnern können, dort gewesen zu sein. Wer sonst hat Sie eingeladen zu solchen Wochenendbesprechungen? Waren Sie einmal bei der ODELGA dort, in den Firmenräumen?

Dr. **Siebensohn:** In den Firmenräumen zum Wochenende? Bitte, Samstag ist möglich, daß ich ein-, zweimal war bei Teambesprechungen allenfalls. Sicher hat mich Stadtrat Stacher zu Wochenenden eingeladen, was ich bereits erwähnt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Mit wem waren Sie dort?

Dr. **Siebensohn:** Die Teammitglieder. Das war Winter, Wilfling, Greiner und meine Person.

Obmann Dr. **Steger:** Hat der Dr. Bauer eingeladen?

Dr. **Siebensohn:** Dr. Bauer? Mich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Hat Dipl.-Ing. Rumpold eingeladen?

Dr. **Siebensohn:** Nichts erinnerlich.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, „nichts erinnerlich", wenn Sie nachdenken ...

Dr. **Siebensohn:** Daß er eingeladen hat. Bitte schön, es ist eines: Daß gemeinsam mit Wilfling und Rumpold wir auch in einem privaten Rahmen, also nicht in meinen Amtsräumen, beisammen gewesen sind. Das wollte ich damit zum Ausdruck bringen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber wo? Was ist der private Rahmen? Ist das ein Klub irgendwo gewesen, oder sind das Arbeitsessen, die Sie durchgeführt haben? Oder Heurigenbesuche? Oder Gesangsstunden?

Dr. **Siebensohn:** Also einmal war es sicher in einem Restaurant ... Wegenstein.

Obmann Dr. **Steger:** Weitere Fälle, an die Sie sich erinnern? Haben Sie Reisen gemeinsam gemacht?

Dr. **Siebensohn:** Mit Wilfling, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Zum Beispiel? Hütteldorf oder wohin?

Dr. **Siebensohn:** Nein. Mit Wilfling war ich einmal bei einer Ausstellung in Nürnberg, bei einer Krankenhausausstellung. Das war eine Dienstreise von meiner Seite.

Obmann Dr. **Steger:** Bauer, Rumpold?

Dr. **Siebensohn:** Mit Reisen nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie mit dem Herrn Winkler zu tun gehabt? Nicht Winter, sondern Winkler.

Dr. **Siebensohn:** Insofern, als ich weiß, daß er ein Mitarbeiter vom Direktor Winter war und ich jetzt in meiner Tätigkeit auch relativ oft mit ihm zu tun habe, weil er den Haustechnikbereich betreut und sich hier etliche Notwendigkeiten ergeben haben, Dinge zu besprechen, in meiner jetzigen Funktion als Projektleiter.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Hauska, ist Ihnen der ein Begriff?

Dr. **Siebensohn:** Hauska kenne ich, ist, glaube ich, bei der Siemens-Medizintechnik tätig und war, glaube ich, irgendwann einmal, habe ich gehört, bei der ODELGA.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie gehört, warum der Herr Hauska hinausgeschmissen worden ist bei der ODELGA?

Dr. **Siebensohn:** Nein. Aber irgendwelche Differenzen sollen gewesen sein. Das hat mir einmal ein Mitarbeiter der ODELGA gesagt. Ich glaube, entweder war das der Herr Prokurist Urbanek oder der Herr Ing. Haas, einer der beiden hat mir einmal gesagt, Hauska wäre irgendwie gefeuert worden, aber warum und weshalb hat mich nicht interessiert.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind ja jetzt Projektleiter für das AKH. *(Dr. Siebensohn: Ja!)* Wieviel Prozent Ihrer Arbeitskraft geht da ungefähr hinein? Nicht auf Prozent genau, sondern ungefähr?

Dr. **Siebensohn:** Arbeitszeitmäßig, also unter

Berücksichtigung meiner Arbeitszeit, würde ich sagen, gut die Hälfte.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Stadtrat hat gemeint, drei Viertel. Kann auch sein?

Dr. **Siebensohn:** Von meiner normalen Arbeitszeit mehr als drei Viertel, wenn ich rechne halb acht bis halb vier.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie Mitglied im Club 45?

Dr. **Siebensohn:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat es dort manchmal Besprechungen gegeben über den Bereich?

Dr. **Siebensohn:** Ich muß sagen, ich war im Klub einmal bei einem Konzert, bei einer Vormittagsmatinee, und ich glaube, zwei- oder dreimal, öfters nicht, aber diesbezügliche Gespräche: nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir ist etwas nicht klar, daß Sie nicht früher ins Gespräch über die Betriebsorganisation hineingezogen wurden, wo Sie doch ein wesentlicher Vertreter der zukünftigen Nutzer waren. Ich sage: wesentlicher Vertreter, weil ich jetzt auf die Frage Bereichsleiter oder nicht nicht so eingehen möchte. Aber die MA 17 mußte ja sicherlich als zukünftiger Nutzer frühzeitig interessiert sein zu wissen, wo läuft die Organisation hin, können wir mit der arbeiten, was wird dort hingestellt. Daher von dieser Ausgangsposition her die Frage, wann, möglichst genau datierbar — Sie haben in Ihren Aussagen gegenüber dem Vorsitzenden manche Sachen sehr exakt datieren können —, ist erstmals das Thema Betriebsorganisation mit Ihnen oder in Ihrem Beisein andiskutiert worden?

Dr. **Siebensohn:** Als ich die Leitung der Abteilung übernommen habe — das war im Februar 1974 —, war ein Betriebsorganisationsplanungsauftrag, also ein Vertrag, geschlossen worden zwischen der Stadt Wien und Riethmüller, den ich heute schon erwähnt habe, der zwei Teile umfaßt hat, einerseits die Betriebsorganisation für die Kinderklinik/Psychiatrie und die baurelevante Betriebsorganisationsplanung für den Kern der Anlage.

Um diesen Teil der Betriebsorganisation habe ich mich praktisch, also unmittelbar nach meinem Amtsantritt, innerhalb der nächsten acht bis zehn Wochen gekümmert, was dann auch zu meiner Beurteilung von Riethmüller geführt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also gleich von Anfang an. *(Dr. Siebensohn: Ja!)* Jetzt ist aber Ihre Beurteilung von Riethmüller — und das, glaube ich, hat auch der Herr Vorsitzende nicht verstanden, ich habe es sicher nicht verstanden — ja nicht die — und das kann man in vielen Protokollen des Stacher-Teams nachlesen —, der Mann schafft es nicht. So würden Sie und ich es schreiben, wenn wir das wiedergeben wollen, was Sie heute gesagt haben: Er kann das Ganze nicht allein schaffen. Sondern die Urteile über Riethmüller — nachzulesen in den Stacher-Protokollen — sind grundsätzlich negativ nicht im Sinne von: der kann den ganzen Brocken nicht alleine verdauen, sondern das ist verheerend, der ist negativ zu beurteilen. Es geht diese Beurteilung — immer wieder im Stacher-Protokoll nachzulesen — sehr stark von Wilfling aus. Es scheint aber doch eine verbreitetere Meinung im Stacher-Team zu sein, und vor allem gibt es keine Gegenfeststellung, wo einer sagt, nein, nein, er packt es nur nicht insgesamt. Es heißt immer, der schafft es überhaupt nicht, es ist ja total falsch, was er macht. Das führte ja dann auch zu Unterbrechung der Riethmüller-Tätigkeit.

Dr. **Siebensohn:** Ich habe Riethmüllers Arbeiten beurteilt, soweit sie die Kinderklinik/Psychiatrie betroffen haben. Und hier — bitte das habe ich mehrfach schon gesagt — war ich überzeugt, daß diese Art nicht brauchbar ist. Es war ja auch eines, daß hier zu einem Zeitpunkt, zu dem wir bereits eingesiedelt sind, zum Beispiel noch geplant wurde, wie man den Mist herausbringt. Das war für mich einer der Gründe, daß ich gesagt habe, na gut, das ist doch ein sinnloses Vorhaben und schade um jeden Schilling, wenn man hier weitertut. Daher Stopp, Endstation.

Was die baurelevante Planung der Betriebsorganisation oder baurelevante Aussagen der BO betroffen hat, so war ja hier die Aufgabenstellung für Riethmüller eine wesentlich andere. Hier ging es um Größenordnungen, um gespeicherte Daten, die sicherlich Riethmüller — es war ja nicht das erste Krankenhaus, das er geplant hat mit dem AKH — zur Verfügung gehabt hat. Und diese Basistätigkeit, diese Basisaussagemöglichkeiten waren für mich sicherlich mit einer der Gründe, daß ich mich dann nicht quergelegt habe, als es geheißen hat, Riethmüller soll hier mit herein, sondern ich habe es im Gegenteil vernünftig gefunden, weil hier ein gewisses Grundwissen aus der Vorplanungszeit miteinfließen kann in die endgültige Planung der Betriebsorganisation.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist für mich schon schwer einsichtig, daß einer, der beim Bezug der Kinderklinik/Psychiatrie noch dabei ist, die Abfallentfernung zu lösen, auf einmal dann in anderen Sektoren mit der richtigen Reihenfolge operieren soll.

Aber Sie haben uns etwas viel Interessanteres gesagt. Sie sagten, darum war es für mich kein Grund, mich querzulegen, als es hieß,

Riethmüller soll mit dabei sein. Das heißt, es hat geheißen, irgendwer macht es, und der Riethmüller soll mit dabei sein. Wer waren die „Irgendwer"?

Dr. **Siebensohn:** Es ist sicherlich darüber gesprochen worden, ob Riethmüller sozusagen in der weiteren Planung — wer das ins Gespräch gebracht hat, weiß ich heute wirklich nicht mehr. Ich habe damals sicherlich die Meinung vertreten, ich würde dagegen sicherlich keinen Einwand haben, weil ich der Auffassung bin — was ich heute schon mehrfach gesagt habe —, daß es durchaus sinnvoll ist, den miteinzubinden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer sind jetzt die anderen? Wann tauchen die anderen, wo er nur miteingebunden werden soll, das erste Mal auf?

Dr. **Siebensohn:** Das kann ich heute exakt, Herr Abgeordneter, sicherlich nicht mehr sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Orten wir es: Herr Obersenatsrat, machen Sie es uns leichter! Es hat der Vorsitzende auch schon von Ihrer Glaubwürdigkeit oder von der Glaubwürdigkeit der Zeugen gesprochen.

Sie sind als zukünftiger Nutzer für das AKH maßgeblich verantwortlich. Sie stehen also seit Februar 1974, wie Sie selbst auch sagten, vor der BO-Problematik. Wann taucht nun, unbeschadet der späteren AKPE-Lösung, die Frage auf, wie lösen wir die BO? Mit dem Riethmüller allein wird es nicht gehen. Wann tauchen neue Firmen, andere Bieter auf? Gleich am Anfang, im Februar 1974?

Dr. **Siebensohn:** Sicher nicht. Die Frage der BO-Planung ist intensiv besprochen worden, das heißt, was ich mich jetzt erinnern kann, sicherlich dann unmittelbar im Zusammenhang nach der Gründung der AKPE.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Frage war nur, wie geht es weiter mit der Betriebsorganisationsplanung?

Dr. **Siebensohn:** Von unserer Seite war immer ein Drängen, daß hier konkret ein Auftrag erteilt wird, weil es ja natürlich schon problematisch ist, unter Umständen hier mit der BO-Planung, zumindest mit der Grobplanung, dem Bau nachzuhinken.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Jetzt muß ich Ihnen aber schon den Vorhalt machen, vom 23. 7. 1974 Vermerk Winter: „Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben". Klammer.

Bitte schön, das heißt ja, was ich auch für richtig finde, daß von Anfang an die Betriebsorganisation natürlich debattiert wurde. Sie selbst sagten gerade vor fünf Minuten, gleich ab Februar 1974 haben Sie sich mit der Problematik auseinandergesetzt. Und meine Frage geht jetzt nur dahin: Wann tauchen andere Firmen neben Riethmüller auf? Und da bin ich mit Juli 1974 wesentlich früher als AKPE. Die wird nämlich erst im September 1975 gegründet.

Also wenn Sie hier sich doch schärfer erinnern und zurückdenken an diesen Juli 1974.

Dr. **Siebensohn:** Ich weiß jetzt nicht auswendig, wann der Auftrag seitens, aber das war ebenfalls nach der AKPE-Gründung bereits, die sogenannte BO-Interim.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es geht hier nicht um die Auftragserteilung, sondern mir geht es darum, aus Ihrer Erinnerung nicht die Finalisierung, sondern die Einleitung der Überlegung zu datieren.

Dr. **Siebensohn:** Das kann ich nicht exakt sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie können sich natürlich der Aussage entschlagen, wenn Sie sich nicht selbst beschuldigen wollen.

Dr. **Siebensohn:** Keine Verursachung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber ab wann taucht die Gruppe Bauer, nennen wir es einmal so, damit es harmloser klingt, erstmals auf? Offenkundig Juni/Juli 1974. Das können Sie doch nach dem handschriftlichen Vermerk über die Sitzung des Stacher-Teams im Hanusch-Krankenhaus nicht abstreiten.

Dr. **Siebensohn:** Das habe ich auch nicht getan, Herr Abgeordneter. Ich habe auch erwähnt — ich weiß nicht, ob Sie gerade hier im Saal anwesend waren zu dem Zeitpunkt —, daß Bauer und Rumpold sich einmal sozusagen präsentiert haben als eine junge Gruppe, die hier eine Betriebsorganisationsplanung betriebswirtschaftlich . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich will jetzt hier keine romantische junge Gruppe. Ich will noch einmal von Ihnen hören: Betriebsorganisation muß in unseren Händen bleiben; Klammer: Consultatio. Bitte, das ist keine junge Gruppe, die sich da präsentiert, sondern: Muß in unseren Händen bleiben; Klammer: Consultatio.

Bitte, das ist im Juli 1974 im Zusammenhang mit Betriebsorganisation etwas, wo ich Sie nun wirklich bitte, sich zu erinnern, was hier der nähere Vorgang war, und vor allem die Frage, wer dies ins Spiel gebracht hat als Überlegung. Waren Sie es?

Dr. **Siebensohn:** Ich kann mich wohl daran erinnern, daß damals sicher — und es ist mehrfach gesprochen worden — der Magistrat hier bei der BO mit involviert gewesen sein muß,

weil er ja später einmal das betreiben muß. Und das ist mehrfach gesagt worden. Aber: „Muß in unseren Händen bleiben", ich fange damit nichts an, Herr Abgeordneter. Ich habe das sicher nicht gesagt, und ich kann mich auch nicht daran erinnern, wer es gesagt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Sie haben das nicht vorgeschlagen, daß diese Gruppe tätig werden muß für die Betriebsorganisation?

Dr. **Siebensohn:** Nein. Sicher nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Daß es in Händen des Stacher-Teams, des Magistrats, bleiben muß? Kann das der Wilfling vorgeschlagen haben?

Dr. **Siebensohn:** Ich weiß es nicht.

ABg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich glaube — die Stacher-Team-Sitzungen waren zwar häufig —, daß Sie sich doch — vor allem schätze ich Sie auch als Beamten so ein — sehr genau erinnern können: Hanusch-Krankenhaus. Einige Monate, nachdem Sie selbst 1974 die Arbeit anfingen, ging es an diesem Tag auch schon doch um die Frage Betriebsorganisation.

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter, bitte eines: Wir waren also auch mehrmals im Hanusch-Krankenhaus, einmal im Institut und einmal, kann ich mich erinnern, an einem Samstag Nachmittag, bitte Stacher, Wilfling, Winter, Greiner und ich, im Primararztzimmer von Stadtrat Stacher, also nicht in seinem Institut, sondern auf seiner Abteilung, wo die verschiedensten Dinge besprochen wurden und wo auch eines immer wieder gesagt wurde: daß eine Betriebsorganisation sozusagen nicht ein Oktroi von außen sein kann, sondern die Leute des Betriebes möglichst frühzeitig mitinvolviert sein müssen, weil sie nur dann angenommen wird. Vielleicht ist das in dieser Richtung zu verstehen. Aber das ist nicht allein auf das AKH bezogen, ich kann mich nicht erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das würde ich auch verstehen, weil Sie natürlich die Gruppe Bauer zunächst in der allgemeinen Kostenrechnung hatten und es daher eigentlich zwangsläufig, würden Sie sagen, nach Ihrer Meinung einen Übergang geben sollte, daß die Gruppe Bauer auch dann die AKH-Betriebsorganisation macht?

Ich glaube, Herr Obersenatsrat, Sie sollten nicht versuchen, hier irgendwen zu decken. Ich glaube, Sie sollten sich der Gefahr bewußt sein, daß die nächsten Fragen auch härter ausfallen können. Ich kann Sie ja auch fragen: Haben Sie je eine Weisung vom Herrn Wilfling bekommen, die Gruppe Bauer zu bevorzugen?

Dr. **Siebensohn:** Er hat sicherlich vorgeschlagen, daß man das beispielsweise auch durch die Consultatio machen soll, wobei diese Intention sicherlich durchaus auf meiner Linie gelegen ist, na was weiß ich, der zweite Auftrag also für die Kostenstellenrechnung. Den ersten haben sie ausgezeichnet gemacht, diese Modellstudie, daß man dann also weitergeht. Sicherlich, warum nicht?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann hat er das vorgeschlagen?

Dr. **Siebensohn:** Es war 1974.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann hat er vorgeschlagen, die Gruppe auch beim AKH zu beschäftigen? Ich sage Gruppe Bauer, weil es kann auch ÖKODATA . . .

Dr. **Siebensohn:** Das konnte er mir gar nicht vorschlagen, denn dafür habe ich zur Auftragserteilung wirklich keine Ingerenz gehabt. Also wenn er das vielleicht vorgeschlagen hätte, hätte er das dem AKPE-Vorstand vorschlagen müssen, aber nicht mir.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie wollen doch nicht den Eindruck erwecken, daß Sie mit dem Herrn Wilfling nie darüber gesprochen haben. Ich sage also jetzt kein Auftrag, sondern haben Sie gesprochen, wie könnte es beim AKH in der Organisation sein?

Dr. **Siebensohn:** Er hat sicherlich mir gegenüber des öfteren Vorstellungen entwickelt . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann hat er die zum ersten Mal entwickelt? Sagen Sie mir jetzt nicht, nach der AKPE-Gründung, sondern wann vorher? Sie haben sich ja Gedanken gemacht, wie das laufen soll.

Dr. **Siebensohn:** Mein Gott, über die Frage, wie man eine Betriebsorganisation erstellt, ist relativ frühzeitig gesprochen worden, also sicher schon 1974.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Im Sommer 1974 etwa?

Dr. **Siebensohn:** Sicher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und welche Rolle hat da Winter gespielt, als es darum ging, die Beauftragung der Betriebsorganisation im Sommer 1974 nun zu organisieren? Welche Varianten waren da im Gespräch? Viele Möglichkeiten haben Sie ja nicht gehabt, Riethmüller war ja nicht ganz tauglich, sagen wir es so. Was waren da die anderen Varianten, die ernsthaft diskutiert wurden?

Dr. **Siebensohn:** Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen versichern, mir gegenüber ist sicherlich keine Fimenkonstellation, weder vom Winter noch vom Wilfling, in dem Zusammenhang genannt worden, sondern es wurde theoretisch überlegt: Wie kann man das achen? Die MA 17

hat zuwenig Leute. Welche Unternehmensformen braucht man dazu, da wir wieder einen Betriebsberater brauchen.

Man sollte — sicherlich ist das auch eingeflossen — natürlich jemanden haben, der mit den Organisationsformen des Magistrates einigermaßen vertraut ist, weil sich das Ganze irgendwie möglichst nahtlos aneinanderfügen soll. Winter hat in dem Zusammenhang eigentlich immer nur in die Richtung gesprochen: Na ja, wir brauchen die BO, damit man sozusagen einen Gesprächspartner hat, weil ja die baurelevanten Dinge von der Betriebsorganisationsplanung zu beantworten wären. Aber das ist dann schon in Richtung 1975 gegangen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich möchte schon festhalten — damit wir uns beide verstehen —: Herr Obersenatsrat: Sie haben sich zu Recht — das entspricht ja auch Ihrer Verantwortung — früh, schon im Sommer 1974, Gedanken über die zukünftige Konstruktion der Betriebsorganisationsfindung — um ganz exakt zu sein — gemacht. Und in diesen Gesprächen ist Ihnen frühzeitig auch schon bewußt gewesen — Sie haben gesagt: ab Februar 1974 —, daß es der Riethmüller allein nicht sein kann.

Dr. **Siebensohn:** Richtig, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Daß man einen Zusatz oder wie immer — wer jetzt der erste ist, ist jetzt weniger wichtig — sucht und braucht. Sie haben auch durchaus nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern auch bestätigt — deckt sich bitte ja etwa auch mit dem handschriftlichen Vermerk Winters vom 23. 7. —, daß die Gruppe Bauer, ob jetzt als Consultatio oder Gruppe, in diesen Überlegungen Sommer 1974 schon eine Rolle spielte, als Möglichkeit. Das haben Sie schon vorhr gesagt.

Wann taucht die ÖKODATA auf? Das ist jetzt eine Firmengründung, die eigentlich 1974 zunächst mit Bauer nicht verbunden werden konnte. Wann haben Sie das erste Mal von der ÖKODATA erfahren?

Dr. **Siebensohn:** Das müßte 1974 oder Anfang 1975 gewesen sein, weil dann ein Nachfolgeauftrag . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Die ÖKODATA wird erst im Dezember 1975 gegründet, also kann es nicht schon 1974 aufgetaucht sein.

Dr. **Siebensohn:** Entschuligen Sie, dann war es gegen Ende 1975 wahrscheinlich, wo ein Auftrag von uns dann an die ÖKODATA auch erteilt wurde, weil es geheißen hat, daß diese Sparte der Consultatio jetzt die ÖKODATA weitermachen würde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie wurde jetzt begründet, daß Sie diesen Auftrag an diese Sparte, also an die ÖKODATA, vergeben? Das ist ja eine neue Firma, die wurde — um exakt zu sein — Mitte Dezember 1975 gegründet. Wie hat man Ihnen begründet, daß Sie jetzt dieser neuen Firma den Auftrag geben? Es ist doch eine gewichtige Entscheidung gewesen, ein völlig neuer Markt.

Dr. **Siebensohn:** Es war insofern für mich logisch, daß einer der Mitarbeiter — in welcher Funktion, wußte ich damals nicht, jetzt habe ich aus der Presse entnommen, daß hier angeblich nur ein Werkvertragsverhältnis war —, nämlich Rumpold, auch hier bei der ÖKODATA mitarbeitet. Bitte, Rumpold habe ich in der Arbeit schätzen gelernt. Und nachdem auch Bauer, der von der Consultatio her mir auch bekannt war, erklärt hat, das wäre sozusagen die Nachfolge-Firma und der eine Zweig beschäftigt sich damit nicht mehr, so war für mich kein Bedenken, hier einen Auftrag zu geben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie kann man diese Sparte näher umschreiben?

Dr. **Siebensohn:** Ja das waren betriebsorganisatorische Beratungsangelegenheiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Am Krankenhaussektor?

Dr. **Siebensohn:** Am Krankenhaussektor im speziellen, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und die Auftragsvergabe, haben Sie die zu verantworten gehabt oder Wilfling?

Dr. **Siebensohn:** Die Vergabe, den Vertrag habe ich zu verantworten gehabt. *(Abg. Steinbauer: Hierarchie!)* In der Hierarchie, ja, natürlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine, unterschrieben wird der Stacher haben, wahrscheinlich. Oder der Mayr.

Dr. **Siebensohn:** Nein, das glaube ich nicht. Unterschrieben wird es wahrscheinlich sogar mein Dezernatsleiter für Wirtschaftsangelegenheiten, Senatsrat Kölblinger, haben. Aber das weiß ich jetzt nicht auswendig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber von der Fachlichkeit der Vorschlag, nun die ÖKODATA zu nehmen, das war ihre Verantwortung.

Dr. **Siebensohn:** Sicherlich bin ich zu dieser Entscheidung positiv eingestellt gewesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun fällt aber doch auf, daß die ÖKODATA, die Mitte Dezember gegründet wird, dann nach den Weihnachtsferien schon im Jänner den ersten Auftrag

kriegt. Wieso ist das so schnell gegangen, hat man da vorher schon Gespräche geführt?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, wann exakt die ÖKODATA handelsrechtlich gegründet worden ist, habe ich damals nicht gewußt. Daß hier Gespräche gewesen sind, die nicht unmittelbar vor dem Heiligen Abend gewesen sind, das kann ich wirklich nicht ausschließen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat man Ihnen da schon den Namen gesagt, oder wir werden eine Firma gründen oder wie, dazu werden wir eine Firma gründen? Denn ich glaube auch, daß Sie diesen Auftrag nicht über Nacht vergeben haben und sicher Weihnachten auch gefeiert haben, daher also nicht am 25. Wie können Sie mir diese Situation näher erklären, weil es schon ein gewisses Problem ist für den Beschauer, daß der verantwortliche Siebensohn oder daß der Verantwortliche — nur jetzt weiß ich, Sie waren es — sofort nach Gründung der Firma einen doch interessanten und wichtigen Auftrag vergibt.

Dr. **Siebensohn:** Na ja, bitte schön, wenn ich vorher informiert wurde, wann genau kann ich heute wirklich nicht mehr sagen, daß also dieser Teil sozusagen hier von der ÖKODATA gemacht werden soll, den die Consultatio bisher selbst gemacht hat, ich die Arbeit dieser Leute, die da dabei waren, schätzen gelernt habe, sehe, daß die Leute wieder dabei sind, welchen vernünftigen Grund hätte ich haben sollen, hier nicht diesen Auftrag an diese Firma zu geben?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Firmentitel war für Sie unerheblich?

Dr. **Siebensohn:** Bitte schön, Name ist Schall und Rauch. Ich möchte sagen, für mich war die Qualität der dort Tätigen und das, was diese Firma leistet, entscheidend, durch ihre Mitarbeiter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn die Mitarbeiter der ÖKODATA und der Consultatio unterschieden, wenn Sie mit ihnen in Kontakt getreten sind?

Dr. **Siebensohn:** Mir wurde gesagt, daß Rumpold, den ich also von der Kostenstellenrechnung, von dem ersten Auftrag und von dem zweiten Auftrag her kannte und auch seine Arbeit kannte, daß er bei dieser ÖKODATA wieder, das heißt also in leitender Stellung, tätig ist. Na ja, und das war für mich, wenn Sie wollen, eine gewisse Gewähr, daß von dort weiterhin gute Arbeit zu erwarten ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie unterschieden, in welcher Verkleidung Dr. Bauer bei Ihnen aufgetreten ist, ob er gerade das Consultatio-Leiberl oder gerade das ÖKODATA-Leiberl angehabt hat?

Dr. **Siebensohn:** Bitte schön, zwei Leiberln, ich weiß also wirklich nicht. Mir ist er dann ganz sicher als Repräsentant der ÖKODATA erschienen. Und ich habe ihn sicher nicht mehr als Consultatio betrachtet, weil wir ja mit der Consultatio dann keine weiteren Aufträge gehabt haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt möchte ich doch noch zum Schluß, Herr Obersenatsrat, eine sehr heikle Frage stellen, und ich bitte Sie auch, sehr genau darüber nachzudenken. Ist Ihnen jemals in diesen Jahren von irgendeinem Vertreter dieser oder anderer Firmen ein „Provisionsangebot" gemacht worden?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es ist also im Zusammenhang mit diesen Auftragsvergaben niemals an Sie jemand mit irgendeiner Vergünstigung materieller Art, Geldbetrag und so weiter herangetreten?

Dr. **Siebensohn:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie erklären Sie mir dann, daß man doch heute rückblickend sagen muß, offenkundig haben die Herren etwa im Lokal Wegenstein um solche Provisionszahlungen, allerdings gleich in Millionenhöhe, einen Streit gehabt? Haben Sie von den Gerüchten gehört irgendwann einmal, daß da manches nicht so in Ordnung ist?

Dr. **Siebensohn:** In bezug auf Wegenstein habe ich sicher nichts gehört, aber, nachdem ich Aufsichtsrat war — und das muß gewesen sein im November/Dezember 1979 —, wurde ich einmal gefragt, ob mir etwas bekannt ist, daß Winter nimmt. Ich habe gesagt, bitte schön, mir ist nichts bekannt. Und ich habe auch noch relativ spät, als ich wieder gefragt wurde, ob ich glaube, daß hier irgendwie in der Presse stünde und so weiter, gesagt, ich kann das nicht glauben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie schätzen Sie das Boltzmann-Institut des Wilfling ein, nicht jetzt, sondern wie haben Sie es damals eingeschätzt? Haben die wirklich Arbeit geleistet, oder war das, was mein Eindruck immer wieder war, ein bisserl die Zuarbeitsstelle für Herrn Wilfling, seine Universitätslaufbahn, seine persönliche Zuarbeitsstelle?

Dr. **Siebensohn:** Bitte schön, daß er sicherlich im Rahmen des Institutes sozusagen versucht hat, sich akademisch auch zu profilieren, ich glaube, das hat jeder so gesehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War für Sie erkenn-

bar, daß der Herr Wilfling eines Tages Ihr Vorgesetzter wird als Bereichsleiter?

Dr. **Siebensohn:** Für mich erkennbar vorher nicht, ich habe wohl gerüchteweise gehört, daß hier eine Bestellung als Bereichsleiter beabsichtigt ist, und ich kann mich dann noch erinnern, daß ich nach einem Kurzurlaub nach Weihnachten zurückgekommen bin und am 9. Jänner 1978, weiß ich genau, erfahren habe, daß er zum Bereichsleiter bestellt wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich finde das schon erstaunlich, daß Sie sich so genau an solche Sachen erinnern können. Haben Sie sonst auch so ein gutes Gedächtnis?

Dr. **Siebensohn:** Gewisse Dinge bleiben einem gut im Gedächtnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Sie übergangen worden durch diese Bestellung des Wilfling?

Dr. **Siebensohn:** Ich glaube, ich bin in dieser Funktion nie zur Diskussion gestanden, Herr Abgeordneter, sodaß ich mich nicht übergangen fühlen konnte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Diese Funktion hat es ja vorher gar nicht gegeben.

Dr. **Siebensohn:** Das war eine Neuschöpfung, und daher konnte ich mich sicher nicht übergangen fühlen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das haben Sie gerüchteweise gehört. Aber daß es den „Mister 5 percent" Wilfling gibt, das haben Sie nie gerüchteweise gehört, oder den „Mister sowieso Prozent"?

Dr. **Siebensohn:** Bitte, ich kann nicht ausschließen, daß irgendwann einmal irgendwer gesagt hat, so en passant, da steckt der Wilfling dahinter. Nur in welcher Weise oder. Aber jedenfalls in puncto Provisionszahlungen und dergleichen habe ich sicherlich keinen Verdacht gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat sich eigentlich für die Consultatio so stark gemacht in dem Stacher-Team? Sie waren es am Anfang. Dann, wie noch keine Arbeit sichtbar war: Waren Sie das, oder wer war das?

Dr. **Siebensohn:** An sich, es wurde damals überlegt, wer hier in Frage kommt zur Unterstützung dieses Verwalterteams, um die Kostenstellenrechnung zu etablieren. Wer dann die Consultatio ins Gespräch gebracht hat: Ich glaube, es war Wilfling. Ich kannte die Firma, weil ich wußte, daß sie für die Stadt Wien namentlich gearbeitet hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben auch gewußt, wem sie gehört.

Dr. **Siebensohn:** Das wußte ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann haben Sie das zum erstenmal gewußt?

Dr. **Siebensohn:** Wesentlich später, das muß Jahre danach gewesen sein. Sicherlich zu einem Zeitpunkt, wo wir dann keine Aufträge mehr an die Consultatio gegeben haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum hätten Sie einer Firma mit den Besitzverhältnissen keinen Auftrag mehr gegeben?

Dr. **Siebensohn:** Das will ich nicht ausschließen. Die Consultatio hat ja von uns nur, glaube ich, im Jahre 1974 oder spätestens Anfang 1975 Aufträge bekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Spielmacher für die Consultatio war also der Wilfling, wenn ich das so bezeichnen darf. Oder der sie ins Geschäft gebracht hat, ich will da nichts Negatives hineinbringen.

Dr. **Siebensohn:** Erwähnt hat er sie sicherlich und war auch sicher einverstanden damit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber irgendwer muß es ja tun, bevor eine Firma eine Arbeit leistet, ich meine, in diesem Willensbildungsprozeß, der ja in dem Stacher-Team, habe ich ein bißchen den Eindruck, relativ demokratisch zugegangen ist. Sie sagen, Sie waren es nicht. Der Stacher kann sich an nichts erinnern. Wer war es denn dann? *(Abg. Bergmann, ÖVP: Das Protokoll fehlt!)* Das Protokoll der entscheidenden Sitzung ist auf einmal nicht angefertigt, obwohl man sonst sehr genau protokolliert. Wer war da? Es bleibt an Ihnen hängen, denn Sie sind der Nächtshöchste.

Dr. **Siebensohn:** Ich habe bereits gesagt, daß ich mit der Consultatio, die ich sicher nicht primär ins Gespräch gebracht habe, dann durchaus absolut einverstanden war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte mich nicht mißzuverstehen: Nicht nachdem sie gearbeitet haben, sondern bevor sie gearbeitet haben.

Dr. **Siebensohn:** Ja, bevor sie gearbeitet haben, Herr Abgeordneter, das wollte ich ja erklären. Weil mir klar war, daß das nur jemand sein kann oder sein sollte, der zumindest das kameralistische System der Stadt Wien einigermaßen kennt. Und nachdem die Consultatio für die Stadt Wien — und das wußte ich — Aufträge erledigt hatte, auch im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer, war es für mich sicherlich, was ich an Firmen gekannt habe, diejenige, bei der alles in Ordnung geht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, nur ein kurzer Zusatz. Ich hoffe, der Vorsitzende spritzt mir jetzt die Frage nicht ab, aber sie ist nur eine Vorfrage.

Woraus besteht Ihr normaler Informationsstand? Was lesen Sie für Zeitungen am Tag?

Dr. **Siebensohn:** Die Abteilung hat, ich glaube, fünf Tageszeitungen abonniert. Ich will jetzt nicht sagen, daß ich einen hauptamtlichen Leser habe, aber mein Sekretariat streicht mir die wichtigsten Artikel an, die unsere Geschäftsbereiche betreffen, also wenn sich wer wo über ein Spital beschwert oder über die Rettung oder dergleichen, und wenn ich dazukomme, lese ich ein bis zwei Tageszeitungen halt von vorn bis hinten, die Überschriften zumindest.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie das deshalb, weil Sie heute schon einmal gesagt haben, von der Consultatio wissen Sie eigentlich erst aus späterer Zeit, wem sie gehört hat, daß sie Dr. Androsch gehört hat.

Nun ist die Fragestellung und die Auseinandersetzung um die Consultatio zehn Jahre alt. Sie datiert aus den Anfangsphasen der siebziger Jahre, und darum habe ich die Frage gestellt. Bei eifrigem Zeitungskonsum — und das haben Sie getan — ist es eigentlich unmöglich, daß Sie nicht gewußt haben, wem die Consultatio gehört hat.

Dr. **Siebensohn:** Ich habe es wirklich nicht gewußt, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke. Ich bin fertig.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wünscht noch jemand der Herren Abgeordneten eine Frage an den Herrn Zeugen? — Wenn das nicht der Fall ist, Herr Obersenatsrat, dann ist Ihre Zeugeneinvernahme abgeschlossen. Ich danke Ihnen. Auf Wiedersehen. *(Dr. Siebensohn verläßt den Saal.)*

### Zeugeneinvernahme von Ing. Josef Parzer

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Ing. Parzer, heute zum zweitenmal als Zeuge im Untersuchungsausschuß.

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß dieser Untersuchungsausschuß vom Plenum des Nationalrates drei Punkte zur Untersuchung hat:

1. Die Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

2. Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind.

3. Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit der Auftragserteilung.

Das haben Sie schon einmal gehört, ich wiederhole das.

Ich darf Sie dann noch einmal um Ihre Generalien bitten.

Ing. **Parzer:** Josef Parzer, Geburtsdatum 4. 7. 1927, Geburtsort Reichersberg am Inn, Bezirk Ried, verheiratet, meinen ordentlichen Wohnsitz habe ich in Linz in der Lerchenauer Straße 42, mein Beruf ist Ingenieur, Bauingenieur, Absolvent der Höheren Technischen Lehranstalt in Linz, Reifeprüfung 1946, jetzt Vorstandsdirektor der AKPE.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Darf ich Sie dann noch daran erinnern, bei uns hier auf die Fragen, die Sie bekommen, wahrheitsgemäß zu antworten. Wir haben die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, und da heißt es im § 153:

„Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteiles mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist."

Da müßte der Ausschuß in einer speziellen Beratung noch zu einer Meinung kommen. Aber Sie haben uns grundsätzlich die Wahrheit zu sagen, und hier hätten Sie die Möglichkeit, sich einer Zeugenaussage zu entschlagen.

Wer von den Herren Abgeordneten wünscht das Wort? — Bitte, Herr Dr. Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Uns ist bekannt, daß innerhalb der AKPE die Zuständigkeiten nach dem Aktiengesetz geregelt sind, mit der Einschränkung, daß die Befugnisse des Vorstandes bei gewissen Auftragssummen von der Zustimmung des Aufsichtsrates abhängig waren. Ist das richtig?

Ing. **Parzer:** Das ist richtig.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nun, ist die Vergabe der Betriebsorganisation eine solche Aufgabe, die die Zustimmung des Aufsichtsrates bedurft hat, oder war das in der alleinigen Entscheidung des Vorstandes?

Ing. **Parzer:** Nein. Hier war die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wer hat nun innerhalb des Vorstandes die notwendigen Voraussetzungen für die Entscheidung im Vorstand beziehungsweise die Einholung der Zustimmung des Aufsichtsrates bearbeitet?

Ing. **Parzer:** Grundsätzlich waren diese beiden Teile, also BO und ORP, gemeinsame Vorstandsangelegenheit, aber es gab dann eben innerhalb des Vorstandes eine Entscheidung, daß die Betriebsorganisationsplanung von Direktor Winter gemacht wird und die Raumplanung von mir.

Also Ihre Frage beantwortet sich so, daß an sich zuständig für den rein technischen Bereich Direktor Winter war und kaufmännisch so wie in allen Belangen der Direktor Schwaiger.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nun ist es innerhalb der AKPE zu einer Ausschreibung dieses Auftrages gekommen. Von wem innerhalb des Vorstandes wurden federführend diese Unterlagen erarbeitet?

Ing. **Parzer:** Federführend von Direktor Winter.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nun, in der Folge hat sich gezeigt, daß es mit diesen Ausschreibungsunterlagen gewisse Schwierigkeiten gegeben hat, und wir haben in Erfahrung gebracht, daß die anbietenden Firmen die Unterlagen bei ihren Offerten dann abgeändert haben. Ist das richtig? Wurden die Leistungsverzeichnisse, die von Ihnen erstellt wurden, von den Firmen geändert?

Ing. **Parzer:** Soweit ich das verfolgt habe — ich meine, ich bin nicht so ins Detail eingestiegen, aber ich habe mir selbstverständlich diese Unterlagen und auch die Anbote angesehen und mich soweit informiert, um eben im Vorstand bei den Entscheidungen das nötige Wissen zu haben —, soweit ich das gesehen habe, haben ja an sich alle Firmen Änderungen vorgenommen. Nach meiner Beurteilung waren am Ende eigentlich nur zwei Offerte vorhanden, nämlich das von Sutter & Sutter und jenes der ABO, das sich an sich im Sinne der Ausschreibung bemüht hat, diesen Leistungsumfang erstens einmal komplett und auch im wesentlichen nach dem Gedankengang der Ausschreibung anzubieten. Alle anderen Bieter sind ja ganz wesentlich abgewichen. Zum Teil haben sie nur Teile angeboten, oder es war unvollständig. Ein Bieter, IFH, den wir an sich auf Grund der Vorgespräche ziemlich hoch qualifiziert haben, ist überhaupt von einem ganz anderen Gesichtspunkt ausgegangen: Er hat nämlich das ganze Planungsgeschehen — würde ich sagen — zurückgeschraubt und hat, was in der Ausschreibung gar nicht verlangt war, so eine Stufe Null — hat er es genannt — eingeführt. Das heißt, er wollte eigentlich die Grundsatzplanung oder die Programmierung des Hauses noch einmal wiederholen und vom Ergebnis dieser Programmierung dann die BO-Planung oder die Fortsetzung der BO-Planung genauer definieren. Also dieses Angebot war daher dann auch in keiner Weise mehr vergleichbar.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben gesagt, nur zwei Firmen sind nach Ihrer Entscheidung übriggeblieben, die das erbracht haben, was Sie sich von der Ausschreibung erwartet haben. Was waren die Kriterien? Wie könnten Sie uns das erläutern? An welchen Merkmalen haben Sie nun die Feststellung getroffen: Das ist geeignet, das ist nicht geeignet. Scheiden wir einmal die aus, die unvollständig offeriert haben. Das ist mir klar: Wenn Sie eine komplette Ausschreibung wollten oder ein komplettes Angebot, dann können wir die ausscheiden. Aber wie ist es bei den anderen, die zwar vollständig offeriert haben? Was waren die für Sie wesentlichen Abweichungen? Was war der Grund, warum Sie zur Feststellung gekommen sind: Nur die zwei Offerte, von der ABO und das zweite von Sutter & Sutter, werden sozusagen in engere Wahl gezogen? Was waren die Gründe dafür? Können Sie uns das vielleicht allgemein verständlich erklären?

Ing. **Parzer:** Vielleicht kann man das einmal so sagen, daß grundsätzlich beide Bieter alle ausgeschriebenen Leistungen im Angebot erfaßt haben und angeboten haben. Darüber hinaus haben beide Bieter bereits im Angebot ihre Vorstellungen bekanntgegeben über den Personaleinsatz, über die Verteilung dieses Personals, so daß man an sich eben aus den Vergleichen dieser beiden Angebote ersehen konnte, wie sie sich den Ablauf vorstellen. Ich muß sagen, soweit ich es — ich meine, ich habe natürlich auf dem Gebiete der Betriebsorganisationsplanung keine fundierte Erfahrung gehabt — beurteilen kann, mir schien das an sich plausibel. Obwohl auch hier gewisse Verschiebungen vorhanden waren. Also, soweit ich mich erinnere, vor allem auch in der zeitlichen Verteilung der Leistung war das nicht ganz einheitlich. Aber zum Beispiel der mittlere Personaleinsatz war vergleichbar, er war in derselben Größenordnung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Ich muß sagen, mir ist es noch immer nicht ganz klar, aber ich bin Laie auf diesem Gebiet: Können Sie mir vielleicht sagen, inwieweit sich nun die beiden letzten Angebote unterschieden haben und was Sie veranlaßt hat, für das eine pro und für das andere kontra zu entscheiden? War das eine gefühlsmäßige Entscheidung? War diese

Entscheidung ziffernmäßig begründet? Oder welche Kriterien haben Sie dann für Ihre Endentscheidung herangezogen beziehungsweise der Vorstand? Und mit welcher Begründung — sagen wir es vielleicht so, denn auch im Aufsichtsrat sind ja keine Fachleute gesessen — haben Sie das Angebot der einen Firma oder der Firmengruppe dem Aufsichtsrat zur Annahme vorgeschlagen?

Ing. **Parzer:** Von der preislichen Seite her gibt es da kleine Auffassungsdifferenzen. Ich verweise hier auf den Rechnungshofbericht und die Darstellungen unserer Prüfer. Da war preislich an sich nach meiner Meinung kein so großer Unterschied, daß dieser Preis oder der Preisunterschied für die Vergabe entscheidend gewesen wäre.

Jetzt die anderen Kriterien: Die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft, der ABO, wie sie ja dann in der Abkürzung heißt, der Anteil — ich würde sagen — der österreichischen Büros, also ÖKODATA und die anderen, dann vor allem auch die Beteiligung jener Büros, die schon jahrelang mit dem Projekt zu tun hatten und im Projektgeschehen voll involviert waren, Riethmüller, dann das DKI, das Deutsche Krankenhausinstitut, das sich ja an sich auch mit den Problemen des ganzen Krankenhauswesens in Wien beschäftigt hat und befaßt hat, am Zielplan mitgearbeitet hat und auch irgendwie bei der Vorgabe für die Bettenreduktion mitgewirkt hat, also alle diese Dinge haben mich persönlich eigentlich auch zu der Auffassung geführt, daß es im Interesse des Projektes wäre, nämlich unter dem Druck, unter dem wir damals standen, nämlich den Baufortschritt nicht aufzuhalten und das ganze Planungsgeschehen nicht zum Stillstand zu bringen, aus Gründen eben der Kontinuität diese Gruppe vorzuziehen.

Ich habe das Büro Sutter & Sutter Ende 1975 in Basel einmal besucht, und zwar damals im Zuge der Vorbereitung für den Auftrag Projektmanagement. Sutter & Sutter war eben ein Schweizer Büro und war an sich im Wiener Krankenhauswesen meines Wissens nie tätig. Das heißt, hier wäre vielleicht eine lange Anlaufzeit notwendig gewesen, und außerdem wäre der gesamte Auftrag an sich ins Ausland gegangen. Also das war schon auch mit eine Überlegung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also darf ich Sie so verstehen, daß mit einer der entscheidenden Gründe für die Vergabe an die ABO die Tatsache war, daß es sich überwiegend um österreichische Firmen gehandelt hat?

Ing. **Parzer:** Das war mit ein wesentlicher Grund. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt: Ich bedaure auch, daß es in Österreich kein leistungsfähiges Büro auf dem Gebiet gibt. Es ist erstaunlich: Wir bauen an sich dieses größte Krankenhaus in Europa und bauen auch sonst im ganzen Land Krankenhäuser, und es gibt eigentlich kein leistungsfähiges Ingenieurbüro, das spezialisiert ist für das Krankenhauswesen. Also ich habe damals Ansätze gesehen, Ansätze eben vor allem der ÖKODATA, auch der ODELGA. Ich habe das seinerzeit so eingeschätzt, daß auch die ODELGA hier weiter einsteigen will und auf dem Gebiet tätig werden will, aber es hat sich in der Zukunft doch anders entwickelt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Es liegt uns hier — das ist der Eindruck — der Versuch einer Ausschreibung nach der ÖNORM vor. Wir haben vor diesem Ausschuß Zeugen gehört aus allen Bundesländern, und uns wurde gesagt, daß beispielsweise bei der Planung der Universitätsklinik in Innsbruck der Auftrag für die Betriebsorganisationsplanung freihändig vergeben wurde, daß für die Planung des Spitalwesens in Vorarlberg und auch für einzelne Krankenanstalten in Vorarlberg eine freihändige Vergabe der Betriebsorganisationsplanung erfolgte. Als Begründung wurde uns von diesen Fachleuten und von allen Fachleuten, die wir in diesem Zusammenhang gehört haben, mitgeteilt, daß die ÖNORM A 2050, um die es sich hier dreht, de facto nicht anwendbar sei und daß es in diesen Ländern, speziell in Tirol, einen ausdrücklichen Regierungsbeschluß gibt, daß die ÖNORM nicht Anwendung finden soll.

Nun, wenn man das Ergebnis Ihrer Arbeit beurteilt, den Versuch der Ausschreibung auf der anderen Seite und letzten Endes die Vergabe an eine der Firmen, wofür die Tatsache ausschlaggebend war, hauptsächlich es handelt sich um österreichische Partner dieser Firmen, dann gewinnt man den Eindruck, daß auch in Ihrem Rahmen nicht nach der ÖNORM vorgegangen wurde. Haben Sie überhaupt das Gefühl, daß man danach vorgehen konnte?

Ing. **Parzer:** Vielleicht darf ich da allgemein zuerst etwas sagen: Wie Sie wissen, war ich ja 29 Jahre bei Siemens in einem ausgesprochenen Planungsbüro. Also ich war in einer Planungsabteilung, die an sich mit dem Vertrieb und mit der Erzeugung nichts zu tun hatte. Und in diesen 29 Jahren — das möchte ich hier ausdrücklich sagen — haben wir nicht einen Auftrag bekommen oder abgewickelt auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung. Also wir haben Offerte gelegt, wir haben Angebote ausgearbeitet — ich nehme an, daß sich unsere Kunden sicher auch Konkurrenzofferte eingeholt haben — und dann auf dem Verhandlungsweg unsere Aufträge bekommen.

In diesem Fall, also bei der ABO, war ich per-

sönlich — und wir haben eigentlich im Vorstand hier keine unterschiedlichen Auffassungen gehabt — auch sehr früh dafür, daß man hier eine Ausschreibung macht, und zwar aus folgendem Grund: Für mich war es unmöglich, auch nur die Größenordnung dieses Aufwandes abzuschätzen. Also ich hatte kein Gefühl dafür und auch keine Erfahrung, was das kosten konnte. Daß so eine Ausschreibung problematisch ist, das wissen wir, das ist allgemein bekannt, denn geistige Leistungen im vorhinein zu formulieren ist eben das Problem.

Ich meine, ob man jetzt nach der ÖNORM A 2050 vorgehen muß oder nicht muß, das ist jetzt ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ob man kann. Diese Frage möchte ich gerne beantwortet haben.

Ing. **Parzer:** Na ja, ob man kann. Ich meine, wir haben uns in diesem Fall, und das wurde uns auch von den Kontrollbehörden attestiert, eigentlich bemüht. Ich glaube, der ganze Verlauf, auch wenn man hier gegenteilige Behauptungen aufstellt, ist eben abgelaufen im Sinne der ÖNORM A 2050, und zwar nach einer beschränkten Ausschreibung.

Nun hat dann das Ergebnis auch in diesem Fall gezeigt, daß scheinbar eine so eindeutige Beschreibung der Einzelleistung nicht möglich ist, daß jeder der Bieter sozusagen auch dazu den eindeutigen oder klaren Preis, den richtigen Preis kalkulieren kann. Also das war halt einfach eine Realität dann beim Ergebnis der Ausschreibung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Der Vorwurf, der gegen den Vorstand und gegen den Aufsichtsrat der AKPE erhoben wird, ist ja der, daß man hier Aufträge nicht nach sachlichen Kriterien vergeben habe, und macht den Vorwurf, bei Anwendung der ÖNORM A 2050 wären eben bei einer ordentlichen Ausschreibung Vergleiche möglich gewesen, man hätte Preisvergleiche ziehen können und anderes mehr.

Es steht hier eben dem entgegen die Aussage der Fachleute — Sie haben auch von den geistigen Leistungen gesprochen —, und dazu wollte ich Ihre Meinung haben. War es letzten Endes Ihrer Meinung nach eine Ausschreibung im landläufigen Sinne, auf die man die ÖNORM A 2050 anwenden konnte, oder — um es anders zu formulieren — war das eine Ausschreibung im Sinne eines Informationsangebotes oder ähnlicher Art? Denn eine Ausschreibung mit vergleichbaren Leistungen war es letzten Endes sicherlich nicht.

Ing. **Parzer:** Ich würde sagen: Vom rein formalen Ablauf her haben wir uns nach der ÖNORM A 2050 gerichtet. Nur — ich muß wiederholen — vom Ergebnis her wurde eigentlich wieder bestätigt, daß es eben kaum möglich ist, solche Leistungen in der Form auszuschreiben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. Und welche Kriterien, außer der Tatsache, daß Sie den österreichischen Firmen mehr Vertrauen gegeben haben, waren noch mit entscheidend? Können Sie uns vielleicht noch das eine oder das andere mitentscheidende Kriterium sagen, warum Sie diese Firma und nicht die Firma Sutter & Sutter — mit Ausnahme also der Kenntnisse der österreichischen Verhältnisse — herangezogen haben?

Ing. **Parzer:** Ja, vor allem, sagen wir, aus der Dringlichkeit heraus, aus dem ganzen Druck des Bau- und Planungsgeschehens heraus, um ja keine — ich würde sagen — Zwischenphasen zu bekommen, sondern eben wirklich die Planung im Sinne unserer ganzen Zielsetzungen abwickeln zu können. Denn ich glaube, hier kann ich ruhig erinnern, daß wir ja Zwischenphasen einlegen mußten. Wir haben dieses BO-Interim gehabt, um überhaupt die Raumplanung und die Programmierung auch von der BO-Planung her so zu begleiten, daß hier, sagen wir, keine Fehlentwicklungen entstehen. Und das war sehr wesentlich. Ich habe schon erwähnt, daß eben aus diesen Gründen auch diese Partner, wie DKI und Riethmüller, schon sehr interessant waren, weil eben da die Kontinuität vorhanden war und weil auch in der gesamten Koordination hier eine Erleichterung gegeben war, denn Riethmüller war ja auch bei der Raumplanung maßgeblich beteiligt, und dadurch war auch, sagen wir, eine gewisse Leitung in der Koordination dieser beider Planungsgeschehen, die man ja nicht voneinander trennen kann, die ja an sich eng miteinander verflochten sind, auch parallel abzuwickeln sind, gegeben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Einer der Vorwürfe des Rechnungshofes besteht darin, daß praktisch vor der Endvergabe des Auftrages nur mit der ABO, mit der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation, verhandelt wurde und nicht mit den anderen Anbietern. Können Sie uns erklären, warum nur mit der ABO verhandelt wurde? Wurde schon zu diesem Zeitpunkt festgestellt: Das ist die Firma, die wir wollen, und das heißt, die letzten Verhandlungen waren dann nur mehr eine Feinausfertigung des Vertrages, oder hat es andere Gründe gegeben, warum Sie am Schluß nur mehr mit der ABO verhandelt haben?

Ing. **Parzer:** Na ja, ich habe schon erwähnt, daß auf Grund des Ausschreibungsergebnisses und auch des Vergleiches der beiden wirklich in Betracht kommenden Bieter, nämlich Sutter & Sutter und die ABO, für uns die ABO an sich als Bestbieter qualifiziert wurde und daher

auch feststand, bei der Einbeziehung aller anderen Überlegungen, die ich ja gerade gesagt habe, eben die ABO zu beauftragen.

Die Frage, daß man nicht den Gesamtauftrag in einem vergeben hat, sondern schließlich einen Teilauftrag, glaube ich, kann man nicht unmittelbar mit dem Ausschreibungsverfahren und mit der Ermittlung des Bestangebotes in Zusammenhang bringen. Das war dann das sich an das Ausschreibungsverfahren anschließende Vergabeverfahren.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Uns wurde in den Aussagen hier vor dem Ausschuß bekannt, daß Ihr Vorstandskollege, Direktor Winter, schon frühzeitig Bedenken gegen Herrn Professor Riethmüller hatte. Haben Sie von diesen Bedenken erfahren? Wurde in den Organen der AKPE, nämlich im Vorstand und im Aufsichtsrat, über diese Bedenken gesprochen, da ja Riethmüller letzten Endes auch mit der weiteren Bearbeitung Ihrer Aufträge betraut wurde?

Ing. **Parzer:** In dieser Form, das habe ich dann auch aus den Medien mehr oder minder gehört, hat Winter mit mir nie gesprochen. Ich kann mich nur erinnern, aber das war in einem ganz anderen Zusammenhang, das war auch unmittelbar vor Ablauf der Angebotsfrist für die ABO, wo er mir berichtet hat von diesen Programmen und statistischen Werten, die IFH, dieses technische Büro besitzt. Ich habe gesagt, das interessiert mich sehr, und wir sind dann auch gemeinsam dorthin gegangen und haben uns das dann angeschaut. Aber daß hier grundsätzliche Bedenken seitens Winter bestanden haben zu der Zeit, war mir nicht bekannt, war auch undenkbar, denn ich bin ja, wie Sie wissen, erst am 1. November 1975 eingetreten, und in dieser Zeit hat Winter mit Riethmüller bereits verhandelt über die Fortsetzung beziehungsweise über die Änderungen und Ergänzungen des Raumprogrammes. Ganz allein!

Ich bin eingetreten, da war das alles schon im Gespräch, nur hat es sich dann anders entwickelt. Wir mußten ja das Ganze, wie ja hier bekannt ist, praktisch neu programmieren. Damals ist es darum gegangen, gewisse noch nicht fertiggestellte Bereiche zu planen. Daher scheint mir das vollkommen unlogisch, daß Winter solche Bedenken hatte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also Ihnen ist von seinen Bedenken nichts bekannt?

Ing. **Parzer:** Er hat nie im Vorstand oder bei den Beschlüssen ein Veto eingelegt oder irgendwelche Bedenken angemeldet.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Eine vorläufig abschließende Frage: Die ABO hat nun den Auftrag bekommen, hat Leistungen erbracht und hat Zahlungen dafür bekommen. Wie beurteilen Sie heute als Vorstandsmitglied der AKPE die Leistungen der ABO, und wie angemessen betrachten Sie die Zahlungen, die für diese Leistungen erbracht wurden?

Ing. **Parzer:** Nach meiner Sicht, und ich würde sagen, hier kann ich vor allem auf unseren neuen Generaldirektor, Dr. Kraus, verweisen, der ja an sich jetzt die Agenden der Betriebsorganisationsplanung wahrnimmt und das auch in die Hand genommen hat, diese ganze Angelegenheit wirklich objektivieren kann, daß die Leistung meiner Meinung nach zufriedenstellend erbracht war.

Die Kontrolle dieser Leistungen erfolgte ja vom Nutzer. Es ist ja nicht so, daß wir als Vorstand oder als AKPE einseitig über die Qualität urteilen, sondern das mußte ja bestehen, so daß ich jetzt abschließend sagen muß, daß das an sich funktioniert hat und wir jene Planung bekommen haben, die für diese Phase bis jetzt erforderlich war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Wer hat Sie denn für die Funktion, die Sie heute beim AKH ausüben, vorgeschlagen?

Ing. **Parzer:** Meines Wissens Herr Sektionschef Dr. Waiz; er hat mich einmal angesprochen, ob ich eine ähnliche Funktion, wie ich sie bei der UNO-City habe, auch beim AKH übernehmen würde, falls hier eine ähnliche Organisation aufgebaut werden sollte.

Ich habe damals an sich nicht verneint. Ich habe gesagt, das hängt an sich nicht von mir ab, sondern das ist eine Entscheidung, die der Vorstand von Siemens treffen muß, aber grundsätzlich würde mich so eine Aufgabe reizen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche krankenhausspezifischen Vorkenntnisse dafür gehabt?

Ing. **Parzer:** Nein, die habe ich nicht gehabt. Ich habe schon einmal gesagt, hätte ich damals gewußt, daß dieses Haus neu zu programmieren ist — das ist ja sehr wesentlich, das hat sich ja erst herausgestellt, nachdem wir dort voll eingestiegen sind —, dann wäre ich vielleicht nicht hingegangen, denn ich bin dort hingegangen, habe zugesagt in der Absicht, daß es darum geht, dieses Bauvorhaben wirklich durchzuziehen und zu managen, aber es ist ja dann anders gekommen, und zwar so, daß an sich wir das ganze Haus neu programmiert haben, Zielplanung kann man es nennen, Grundsatzprojekt, es gibt auch andere Formulierungen. Ich habe das zumindest in der Phase nicht so gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn Ihr Verhältnis zu Ihren beiden Kollegen?

Ing. **Parzer:** Winter war sehr agil, ich würde ihn auch als sehr tüchtigen Ingenieur bezeichnen. Ich hatte eigentlich zu ihm, ich möchte sagen, ein ganz normales Verhältnis, kein freundschaftliches, in keiner Weise, genauso zu Dr. Schwaiger, das auch kein freundschaftliches war. Ich war mit beiden Herren per Sie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben sich auch außerhalb der Dienstzeit getroffen?

Ing. **Parzer:** Eigentlich nicht. Wir sind manchmal mitsammen essen gegangen, aber das war fallweise ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das waren die berühmten Essen, Arbeitsessen in der „Eve" und so ...

Ing. **Parzer:** Nein, da war ich nie dabei. Bei solchen Arbeitsessen habe ich nie mitgemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben Kenntnis davon gehabt?

Ing. **Parzer:** Auch das nicht. Ich habe davon Kenntnis bekommen, ich würde sagen, nachdem die Prüfungsergebnisse vorlagen, ansonsten wußte ich das eigentlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie je den Eindruck gehabt, daß der Lebensstil und die Lebensform des Winter doch in einem unterschiedlichen Verhältnis zu Ihrer und zu der Ihres Kollegen Schwaiger steht?

Ing. **Parzer:** Ich möchte nicht sagen, daß ich den Eindruck gehabt habe, denn soweit mir Winter damals so nebenbei erzählt hat, hätte seine Frau da ein Photogeschäft betrieben. Ich wußte, daß er keine Kinder hat, sodaß ich eigentlich gerade in der Anfangsphase nichts daran gefunden habe, daß er ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und später?

Ing. **Parzer:** Später kam natürlich ein Mißtrauen auf, das muß ich zugeben. Mißtrauen ist zwar etwas übertrieben, aber nicht das beste Gefühl, denn das war schon 1976, es wurden unsere Verträge sehr spät unterzeichnet, das muß ich einwenden, wir waren ja schon ein Jahr tätig, da hat mich Herr Dr. Waiz einmal angesprochen in der Frage: Es gäbe da ein Gerücht, daß Winter zu Siemens Beziehungen hätte und sogar vielleicht Provisionen erhielte.

Waiz fragte mich: Was machen wir da? — Ich sage: Sofort mit Winter sprechen. Ich sagte dann: Ich übernehme das, ich werde mit Winter reden. Ich bin dann mit Winter essen gegangen und habe dann versucht, Winter dann in dieser Frage auf Herz und Nieren zu interviewen. Ich habe ihm auch sinngemäß gesagt, daß es bei dieser Aufgabe undenkbar ist, daß der Vorstand auch nur in den leisesten Verdacht kommt und so weiter. Er hat mir dann damals mit einer Überzeugung gesagt: Er hat eine weiße Weste, und solche Gerüchte gibt es nicht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Darf ich Sie unterbrechen. Ist das nicht ein bissel naiv. Das hören wir jetzt schon wiederholte Male, daß irgendwer mit dem Herrn Winter geredet hat, ob er vielleicht nicht doch und gar bestechlich ist. Ist das nicht ein bissel naiv, daß die Untersuchungen nur so laufen, daß man den Verdächtigten fragt, dann hat der einen unschuldigen Augenaufschlag, und damit ist das Thema beendet?

Ing. **Parzer:** Nein, denn das Thema war auch nicht beendet, sondern ich habe Winter gesagt, das hat er jetzt zu bereinigen, indem er mit seinem Vorgesetzten sprechen muß.

Anläßlich eines Gespräches, das der Vorstand beim Stadtrat Mayr hatte — wir waren damals zu dritt —, hat Winter von sich aus dann dem Stadtrat Mayr in unserer Gegenwart erklärt, er sei von mir angesprochen worden, er habe gehört, daß es Gerüchte gäbe. Er kann nur erklären, daß das alles erstunken und erlogen sei, das gibt es nicht, er habe eine reine Weste und so weiter. Er hat dort eine Erklärung abgegeben. Ich nehme an, daß er dies vielleicht auch gegenüber Waiz gemacht hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Für wie stark politisch abgesichert haben Sie sich gehalten?

Ing. **Parzer:** Ich überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Für wie stark haben Sie Ihren Kollegen Schwaiger politisch abgesichert gehalten?

Ing. **Parzer:** Also ich habe mich mit diesen Problemen wirklich nicht beschäftigt, das muß ich sagen, das hat mich kaum interessiert. Selbst bin ich nicht von einer politischen Partei dort hingekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob Sie der Meinung waren, daß starke politische Kräfte hinter Ihrem Kollegen Schwaiger stehen oder ob der, wenn Sie es so definieren wollen, so im leeren Raum steht wie Sie?

Ing. **Parzer:** Ich würde sagen, von der ganzen Abwicklung und der Tätigkeit her hatte ich in keiner Weise das Gefühl, daß hier politische Einflüsse da sind.

Abg. **Bergmann:** Sind Sie beim „Club 45"?

Ing. **Parzer:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, daß Dr. Schwaiger beim „Club 45" ist?

Ing. **Parzer:** Nein, das habe ich nicht gewußt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie gewußt, daß der Herr Winter beim „Club 45" ist?

Ing. **Parzer:** Das habe ich auch nicht gewußt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn den Winter politisch abgesichert gehalten? Hat er Ihnen irgendwo den Eindruck gemacht — das muß ja nicht stimmen —, als ob er sozusagen im Schoße einer Partei gut aufgehoben wäre?

Ing. **Parzer:** Ich hatte nicht den Eindruck, daß Winter sich überhaupt um die Politik gekümmert hätte oder in irgendeinem Sinne politisch engagiert gewesen wäre. Den Eindruck hatte ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war das bei der berühmten Anbotseröffnung? Anbotseröffnung ABO? Wie ging die vor sich?

Ing. **Parzer:** Ja, das ist ja in den Berichten beschrieben. Es war damals so, daß, ich weiß jetzt nicht mehr, war es der Winter oder war es der Herr Kollege Schwaiger, gesagt hat: Wir machen im Vorstand diese Anbote gemeinsam. Ich habe gesagt: Gut, einverstanden. Da war ein Termin vereinbart, und ich bin dann leider später gekommen, es war an einem Montag, ich bin damals von Linz hinuntergefahren. Als ich dann im Büro war, haben mir die Herren gesagt, sie haben die Anbote aufgemacht, und zwar Winter und Schwaiger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das nicht eher ungewöhnlich, daß man diese paar Minuten oder die Stunde, bis Sie kommen, nicht hat warten können?

Ing. **Parzer:** Ungewöhnlich? Ich meine, ich habe damals an sich kein Mißtrauen gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im nachhinein ein Mißtrauen?

Ing. **Parzer:** Auch nicht, also die Anbote sind eröffnet worden und sind dann geprüft worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben gerade im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung wiederholt bemerkt, daß die ÖKODATA an der Herstellung der Unterlagen nicht beteiligt war. Nun geht aus den Akten mehrfach hervor, daß das nicht stimmt. Wahrscheinlich ist es nur eine Interpretationsfrage, was man unter „Mitwirkung" versteht. Wie war die ÖKODATA eigentlich beratend tätig bei der Herstellung der Ausschreibungsunterlagen?

Ing. **Parzer:** Soweit ich aus den Unterlagen gesehen habe, aus dem Briefverkehr und aus dem ganzen Postverkehr, wurden ja mit allen Firmen, die man eingeladen hat zur Anbotsabgabe, Gespräche geführt. Von diesen Firmen wurden Unterlagen zur Verfügung gestellt. Auch die ÖKODATA hat solche Unterlagen bereitgestellt. Sie sind auch durch die normale Post gegangen; ich habe sie auch gesehen. Ich würde sagen, dieses ganze Spektrum an Unterlagen, also nicht nur das von der ÖKODATA, ist dann schließlich und endlich für die Endformulierung der Ausschreibung verwendet worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie sich diese Darstellung durch Einblick in die Unterlagen erarbeitet seit Ihrer Einvernahme bei der Frau Partik-Pablé, weil Sie damals noch sehr dezidiert gemeint haben, die ÖKODATA war überhaupt nicht dabei.

Ing. **Parzer:** Ich glaube auch nicht, wenn ich mich jetzt recht erinnere, daß ich gesagt habe, die war nicht dabei: Ich habe erklärt, die Ausschreibung ist nicht von der Firma ÖKODATA erstellt worden. Ich meine, daß diese Unterlagen mitverwendet wurden, ich glaube, dem habe ich nie widersprochen.

Ich erinnere mich sehr deutlich, daß ich sogar selbst, nachdem ich die Unterlagen gesehen habe, vor allem die ersten Unterlagen der ÖKODATA, sogar einen Einwand gemacht habe, obwohl ich mich im Detail mit der Sache nicht so sehr beschäftigt habe, und zwar vom Aufbau dieses ganzen Leistungsverzeichnisses. Denn die ursprünglichen Vorstellungen waren eigentlich, soweit ich mich jetzt erinnere, Phasen, in Schärfegrade unterteilt, das heißt, von grob in fein. Wir haben dann aber gesagt und überlegt, daß das nicht machbar war in dieser Form, weil eben die BO-Planung sich den Notwendigkeiten des Bauablaufes anzupassen hat, das heißt, der Feinheitsgrad ist bei den verschiedenen Bereichen eben sehr verschieden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es Ihnen nicht eigenartig vorgekommen, weil der Anteil ja offensichtlich sehr groß war, daß sozusagen der spätere Anbotleger bei der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen doch sehr wesentlich mitgewirkt hat? Ist das branchenüblich? Sie haben vorher bei der ÖNORM von branchenüblichen Dingen geredet.

Ing. **Parzer:** Ich meine, gerade bei solchen Leistungen wie die Betriebsorganisationsplanung und noch dazu für so ein Objekt, wie es das AKH ist, war es an sich für mich selbstverständlich, und ich habe überhaupt nichts daran gefunden, daß man Firmen oder Unternehmen, die eben auf dem Gebiet tätig sind und auch gewisse Erfahrungen haben, einlädt oder ersucht, daß sie hier Unterlagen liefern, sei es Prospektmaterial, sei es ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Dipl.-Ing. Winter hat auch noch als Vorstandsmitglied der AKPE seinen frühen Plan diskutiert, die Consultatio in den gesamten Managementbereich einzubauen, sei es jetzt im Finanzmangament oder im Planungsmanagement. Wie oft wurde im Vorstand besprochen, ob man das machen soll oder ob man das nicht machen soll?

Ing. **Parzer:** Zur Zeit AKPE ist über die Consultatio und über die Einbindung der Consultatio nie gesprochen worden, denn damals war an sich die ÖKODATA schon da, und ich habe eigentlich die ÖKODATA, vertreten durch den Herrn Rumpold, am Beginn unserer Tätigkeit kennengelernt und ihn eigentlich nur als ÖKODATA-Mann kennengelernt. Mit Dr. Bauer hatte ich an sich, ich würde sagen, weder geschäftlich noch privat irgendeinen Kontakt. Auch geschäftlich nicht, uns gegenüber oder zumindest mir gegenüber ist immer nur der Herr Rumpold aufgetreten und in der Anfangsphase so, weil er ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, etwas lauter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In welcher Form wurde die Consultatio von der AKPE beschäftigt?

Ing. **Parzer:** Wir haben die Consultatio nie beschäftigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht durch Personalleasing oder sonst etwas? Sie haben nie einen Mitarbeiter der Consultatio im Bereich der AKPE tätig gehabt?

Ing. **Parzer:** Dr. Začek war füher, das ist ja auch durch alle Medien gegangen — der Dr. Začek ist Bereichsleiter im kaufmännischen Bereich — bei der Consultatio, aber er ist an sich ja nicht Angestellter oder auch nicht von der Consultatio geleast, sondern ist eben als Freiberufler bei uns tätig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben keine Ahnung, daß sich da die Tätigkeiten eine Zeitlang auch noch überlappt haben?

Ing. **Parzer:** Nein, das ist mir neu.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn man noch einmal zurückgeht auf den Dipl.-Ing. Winter. Sie haben gesagt, irgendwann haben Sie dann doch Vermutungen gehabt. Haben Sie gewußt, daß er ein eifriger Flieger ist?

Ing. **Parzer:** Daß er ein eifriger Flieger ist, nicht, sondern ich habe nur davon erfahren — das hat er mir ja selbst erzählt —, wie er Flugstunden genommen hat und zum Fliegen begonnen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wußten Sie, daß er sich auf Skiathos eingemietet hat?

Ing. **Parzer:** Das wußte ich nicht. Das hat er nie erzählt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen gemacht über besondere Beziehungen zu Firmenvertretern von Siemens, ITT oder Sefcsik, gerade im Hinblick auf Zelniczek, Schweitzer et cetera?

Ing. **Parzer:** Ich hatte schon den Eindruck, daß er gerade zu den Herren von Siemens und zu Schweitzer engen Kontakt hatte. Den Eindruck hatte ich, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Näheren Kontakt? Über das Geschäftliche hinaus?

Ing. **Parzer:** Das kann ich in der Form nicht beurteilen, aber jedenfalls waren sie per du, und daraus mußte ich schließen, daß sie natürlich engeren Kontakt hatten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit wem haben Sie sich denn beraten, ehe Sie diesen Raum betreten haben, für die Aussage hier?

Ing. **Parzer:** Mit niemandem.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie hätten sich ganz einfach mit dem Herrn Schwaiger, mit dem Herrn Kraus beraten können, mit dem Herrn Kapaun, mit allen möglichen hätten Sie sich beraten können.

Ing. **Parzer:** Ich habe mich mit niemandem beraten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben sich Gutachten vom Professor Frotz und Stadler erstellen lassen im Zusammenhang mit dem Verhältnis Aufsichtsrat und Vorstand der AKPE. Wer hat denn diese drei Gutachten — Frotz, Eichinger, Stadler — bezahlt, und was haben die gekostet?

Ing. **Parzer:** Die Gutachten zahlt die Gesellschaft. Der Eichinger, glaube ich, hat 60 000 S gekostet und Frotz kann ich jetzt nicht genau sagen; jedenfalls Frotz mehr, ich glaube, etwas über 100 000 S. Aber bitte, die Zahl habe ich jetzt nicht bei der Hand.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Immer wieder kommt man zurück zu der Frage, daß Sie im Verkehr steckengeblieben sind, wenn man schon mißtrauisch geworden ist durch die Untersuchungen. Autotelephon haben Sie keines gehabt?

Ing. **Parzer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Im Laufe der Untersuchungen, die man da führt, kriegt jeder schon einen persönlichen Eindruck. Mein persönlicher Eindruck ist der, daß mehrere beigetragen haben, daß negative Kompetenzkonflikte vorhanden sind, das heißt, daß man eher gar nicht wissen will, was rechts oder links von der eigenen Spur stattfindet. Man hat zwar keinen konkreten Verdacht, aber man will im Zweifelsfall nicht involviert sein. Ist bei Ihnen irgend so ein Gefühl aufgekommen?

Ing. **Parzer:** Für mich persönlich ist bei Win-

ter eine Unsicherheit entstanden. Das ist gar keine Frage. Wie das erste Gerücht mir zugetragen wurde, ab diesem Zeitpunkt war mir das nicht mehr gleichgültig. Ich habe auch dann mit Leuten gesprochen, die Winter gekannt haben. Ich habe zum Beispiel einmal Herrn Weich, den ich ja von der UNO-City gekannt habe, konkret die Frage gestellt: Kann man dem Winter trauen oder nicht?

Ich habe auch einmal mit Generaldirektor Wolfsberger darüber gesprochen. Ich habe gesagt: Kennen sie den Herrn Winter? Kann man ihm trauen?

Obmann Dr. **Steger:** Was hat Wolfsberger gesagt?

Ing. **Parzer:** Wolfsberger hat eigentlich eine Gegenfrage gestellt. Er hat gesagt: Kennen Sie ihn genau? Ähnlich war es ja auch beim Direktor Weich.

Obmann Dr. **Steger:** Wann war das Gespräch mit dem Generaldirektor Wolfsberger? Ungefähr, in welchem Jahr?

Ing. **Parzer:** Ich nehme an, das war vielleicht 1978. Das war kein Gespräch in der Angelegenheit, sondern nur gelegentlich habe ich gesagt: Was halten Sie von der Person?

Obmann Dr. **Steger:** Und von Herrn Weich? Wann war das ungefähr? Auch zu dem Zeitpunkt?

Ing. **Parzer:** Das dürfte auch ungefähr zu dem Zeitpunkt gewesen sein. Das war auch gelegentlich eines Gespräches. Es war so, Winter wurde von diesen Leuten — das habe ich ja aus eigener Erfahrung auch gesehen — als Kind unserer Zeit typisiert: Er ist ein Mensch, der auf gutes Leben Wert legt. Es hat ihm aber eigentlich, glaube ich, niemand das zugetraut. Den Eindruck hatte ich.

Obmann Dr. **Steger:** Daß Sie im Zweifelsfall lieber nicht anstreifen wollten, würden Sie für sich ausschließen? Daß Sie allenfalls absichtlich gar nicht sehr viel weiter geforscht haben?

Ing. **Parzer:** Das würde ich nicht ausschließen. Ich habe einen ähnlichen Fall, der war mir sehr unangenehm, bei der APAK gehabt, der ist ja auch durch die Medien gegangen, mit diesen berühmten zwei Prozent, das ist mir auch gerüchteweise damals zugetragen worden. Ich bin der Sache auch nachgegangen und habe gesagt, das muß bereinigt werden, das muß klargestellt werden, da darf nichts hängenbleiben.

Aber ich muß sagen, beim Winter habe ich es nicht glauben können. Ich habe auch Waiz gegenüber gesagt, ich kann mir das nicht vorstellen, ich kann mir von Siemens aus nicht vorstellen. Ich habe mir das in dieser Form wirklich nicht vorstellen können.

Obmann Dr. **Steger:** Zu der Erklärung wegen der Planungsphilosophie: Wie haben Sie das damals aufgenommen, wie der Herr Dr. Wilfling in der Besprechung — Sie wissen, welche ich meine — von der Planungsphilosophie der Gemeinde Wien gesprochen hat?

Ing. **Parzer:** Ich habe eigentlich damals unter der Formulierung eben nichts anderes verstanden als das, was ich hier eingangs schon geschildert habe, daß es auch darum geht, hier Büros zu beschäftigen oder Leute einzusetzen, die an sich mit den Wiener Verhältnissen vertraut sind, die schon Vorkenntnisse haben und so weiter. So habe ich das aufgefaßt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie sich da je die Frage gestellt, warum die Ausschreibung dann eigentlich im Ausland erfolgt ist, wenn man jetzt Büros nehmen sollte, die mit den österreichischen Verhältnissen vertraut sind?

Ing. **Parzer:** Die Ausschreibung ist ja im Ausland erfolgt. Die Anzeigen sind ja im Ausland erfolgt.

Obmann Dr. **Steger:** Es hat eine Absprache sicher gegeben, daß man im Ausland international ausschreibt. Da muß ja im Vorstand darüber geredet worden sein.

Ing. **Parzer:** Das hat man ja getan, es wurde an sich international ausgeschrieben. Man hat diese Firmen nach dieser Vorauswahl, das ist ja alles bekannt, ausgewählt, die man dann eingeladen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Man schreibt im Ausland aus. Man hat eine Grundüberlegung, warum man im Ausland ausschreibt. Die Grundüberlegung muß doch gewesen sein, daß sich renommierte Firmen aus dem internationalen Bereich bewerben. Dann ist das da. Und erst jetzt sagt offensichtlich jemand etwas von der Planungsphilosophie, die Sie jetzt gerade interpretiert haben, daß es Firmen sein sollen, die den österreichischen Bereich kennen und hier tätig sind, allenfalls auch österreichische Firmen. Da ist doch ein Widerspruch.

Ing. **Parzer:** Es ging hier um zwei Dinge. Es ging erstens darum, den Preis kennenzulernen, den Preis wirklich anschätzen zu können. Ich sagte schon: Für mich war das fast unmöglich, die richtige Größenordnung anzuschätzen.

Und das zweite waren natürlich dann die Überlegungen: Wer ist der Geeignetste, wer ist der Beste? Jede Ausschreibung hat den Sinn, einen Wettbewerb zu veranstalten, um vor allem einmal den Preis zu bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich gehe da noch immer

mit Ihnen und denke mich hinein in diese Überlegung. Warum hat man aber dann nicht im Ausland und im Inland ausgeschrieben?

Ing. **Parzer:** Bitte, soweit ich informiert bin, ich habe das nicht persönlich gemacht, im Inland hat man an sich Erhebungen und Rückfragen durchgeführt. Man hat gesagt: Wer macht im Inland das? Wer hat wirklich im Inland Erfahrungen auf dem Gebiet der Betriebsorganisationsplanung von Spitälern? Und da hat man eben festgestellt, daß eigentlich kein Büro oder keine Stelle da ist, die wirklich größere Spitäler oder überhaupt auch bei den kleineren Betriebsorganisation gemacht hat. Man hat daher gesagt: Was soll dann die Ausschreibung im Inland?

Obmann Dr. **Steger:** Also, man hat eine Ausschreibung im Ausland gemacht, damit man den internationalen Preisvergleich hat.

Ing. **Parzer:** Damit man den Preisvergleich hat, und weil man gewußt hat, daß im Ausland solche Büros auch tätig sind.

Obmann Dr. **Steger:** Man hat dann von der Wiener Planungsphilosophie gesprochen, damit österreichische Firmen beteiligt sind, und hat in Österreich — das haben Sie sinngemäß gesagt — keine Ausschreibung gemacht, weil man gewußt hat, daß es da „eh" keine Firmen gibt.

Ing. **Parzer:** Herr Vorsitzender! Ich glaube, hier müssen wir schon unterscheiden: Was war die Ausschreibung? Die Ausschreibung waren Anzeigen, damit sich Unternehmen melden können. Das heißt, man hat einmal den Markt sondiert. Das ist ja ein Unterschied. Dann hat man auf Grund dieser Marktsondierung und Auswahl potenter Unternehmungen und Büros eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Bei dieser beschränkten Ausschreibung war dann auch die Gruppe der ABO beteiligt. Dieses Gespräch Planungsphilosophie war ja dann wesentlich später.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, das war schon noch vor der endgültigen Vergabe.

Ing. **Parzer:** Aber nach Durchführung dieser beschränkten Ausschreibung.

Obmann Dr. **Steger:** Ergibt sich aus dem Gespräch mit der Planungsphilosophie, daß eigentlich nur jemand in Frage kommt, der den österreichischen Markt kennt? Da konnte man also alle sonstigen Beteiligten an der Ausschreibung einmal entfernen, denn die haben ihn ja nicht gekannt. Ist das richtig?

Ing. **Parzer:** Wenn das, würde ich sagen, ausschließlich der Grund gewesen wäre. Aber ich würde so sagen: Wilfling hätte das auch anders formulieren können, er hätte sagen können, ich bin der Meinung, diese Gruppe ist am geeignetsten. Jeder andere hätte das vielleicht so formuliert, er hat ja das Wort „Philosophie" verwendet. Er hätte auch sagen können, hier haben wir den Inlandanteil, dort haben wir Leute, die schon auf dem Krankenhaussektor in Wien tätig waren und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Gut, Herr Vorstandsdirektor! Jetzt sagt uns aber der Stadtrat Stacher hier als Zeuge, daß Wilfling nicht zuständig war, weil seine Geschäftsgruppe nicht dafür zuständig war.

Ing. **Parzer:** Na ja, ...

Obmann Dr. **Steger:** Wieso hätte er daher jetzt sagen können, sie haben gerade gesagt, Wilfling hätte auch sagen können, die ist die beste. In welcher Funktion hat er das gesagt?

Ing. **Parzer:** Selbstverständlich war die Gesellschaft zuständig. Der Vorstand hat den Vorschlag gemacht, der Aufsichtsrat hat die Entscheidung getroffen. Also für die Vergabe war die Gesellschaft zuständig und sicher nicht der Dr. Wilfling. Das ist gar keine Frage.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben gerade gesagt, der Dr. Wilfling hätte auch sagen können, es kommt nur die in Frage, weil sie die beste ist. In welcher Funktion?

Ing. **Parzer:** Wir haben doch laufend mit den Nutzern Gespräche, und auch dieses Gespräch war eben ein Gespräch, wobei die Nutzervertreter anwesend waren, das Präsidium des Aufsichtsrates, und wo man eben die Absicht besprochen hat. Ich meine, es ist nicht nur in dieser Frage, sondern bei allen anderen Fragen auch so, daß man natürlich das Einvernehmen mit dem Nutzer sucht.

Obmann Dr. **Steger:** Da haben wir schon Klarheit inzwischen durch die Einvernahmen: Dafür war das Bund-Stadt Wien-Komitee zuständig.

Ing. **Parzer:** Das Bund-Stadt Wien-Komitee ist für keine Vergabe zuständig. Für keine Vergabe.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht für die Vergabe, sondern für die Klarheit, was der Nutzer nachher will. Sie haben jetzt gesagt, nicht für die Vergabe haben Sie den Dr. Wilfling dort gehabt, sondern dafür, daß der spätere Nutzer seine Meinung äußert und daß der Konsens gefunden wird, und dafür, für diese Konsensbildung mit dem späteren Nutzer — haben wir auch aus mehreren Aussagen mittlerweile —, war das Bund-Stadt Wien-Komitee zuständig.

Ing. **Parzer:** Das Bund-Stadt Wien-Komitee ist an sich gebildet worden, um Meinungsdiffe-

renzen zwischen den beiden Nutzern auszuräumen. Eine Abstimmung zum Beispiel der Nutzer — das gibt es in vielen Fällen — sowohl mit der Fakultät als auch jetzt zum Beispiel mit dem Betreiber — gibt es natürlich unzählige. Das Bund-Stadt Wien-Komitee ist nicht, möchte ich sagen, das einzige Gremium, wo jetzt Einzelabstimmungen stattfinden. Also an sich war hier keine Differenz zwischen diesen beiden Nutzern auszuräumen, also zwischen Fakultät und Betreiber. Und dafür ist das Bund-Stadt Wien-Komitee eigentlich geschaffen worden.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Direktor, ich sehe schon ein, daß man manchmal, wenn man selbst das Organisationsschema nicht deutlicher erklären kann, weil es Unklarheiten gegeben hat, viele Worte verwendet, um die Unklarheiten vor sich selbst zu überspielen, nämlich unabsichtlich, aber wir haben aus vielerlei Aussagen — auch vom zuständigen Stadtrat — gehört, daß für den Konsens zwischen den Nutzern mit der AKPE das Bund-Stadt Wien-Komitee zuständig war.

Jetzt frage ich Sie daher, wieso Sie den Dr. Wilfling in einem ganz anderen Gremium als Nutzervertreter zur Konsensbildung berechtigt haben? Was war das? In welcher Funktion hat er das dort gesagt, und alle haben sich daran gebunden gefühlt? In welcher Funktion war dieses Gespräch und war er an diesem Gespräch beteiligt?

Ing. **Parzer:** Ich würde sagen, ich meine, die Aussage von Dr. Wilfling war ja nicht sicher die Entscheidungsgrundlage für die Vergabe, oder ich würde sagen, alleinig maßgeblich, sondern er hat eben diese Meinung geäußert.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie — das heißt, der Gesamtvorstand — den Aufsichtsrat ausdrücklich unter Hinweis auf diese Erklärung Wilflings so informiert?

Ing. **Parzer:** Das haben wir auch getan. Wir haben gesagt, also auch Wilfling als zuständiger Bereichsleiter für das Spitalswesen hat sich in diesem Sinne geäußert. Das haben wir getan.

Obmann Dr. **Steger:** Und daher: Wieso und in welcher Funktion hat Wilfling sich gegenüber dem Vorstand geäußert, wenn uns der zuständige Stadtrat sagt, er war nicht dafür zuständig, und wenn es eine Klärung in die Richtung hätte geben sollen mit den Nutzern, hätte das im Bund-Stadt Wien-Komitee erfolgen müssen.

Darf ich die Frage anders stellen, Herr Direktor, Herr Zeuge: War es vielleicht so, daß auch für den Vorstand bereits Dr. Wilfling ganz einfach der starke Mann zu dem Zeitpunkt war, den man im Zweifelsfall gewähren hat lassen?

Ing. **Parzer:** Ich würde das in keiner Weise mit ja beantworten, daß er der starke Mann — wie Sie formulieren — auch bereits im Vorstand war, also das würde ich nicht sagen. Aber er hat selbstverständlich in seiner Funktion, die er damals hatte, maßgeblich mitsprechen können, und daher war er zu hören.

Obmann Dr. **Steger:** Nur noch einmal: Ich sage nicht: starker Mann im Vorstand, sondern starker Mann, dem man halt zubilligt, daß er die Entscheidungen trifft, obwohl er nicht zuständig ist.

Ing. **Parzer:** Diese Aussage, daß er an sich nicht zuständig ist, überrascht mich, denn schließlich und endlich war er der Bereichsleiter für das Gesundheitswesen und daher auch für das AKH, würde ich sagen, als der oberste Nutzervertreter für uns maßgeblich. Nicht?

Obmann Dr. **Steger:** Ich halte mich immer an das, was der Stadtrat Stacher uns gesagt hat. Er hat gesagt, für den Nutzerkonsens Bund und Land mit AKPE war das Bund-Stadt Wien-Komitee zuständig und nicht der Bereichsleiter der Gemeinde Wien, sondern das Bund-Stadt Wien-Komitee, wo bewußt von Firnberg und vom Stadtrat Stacher — beide mit Titeln — eben genau diese Einrichtung geschaffen wurde.

Daher frage ich mich: War er Sprecher des Bund-Stadt Wien-Komitees Ihnen gegenüber? Oder was war er? Der Bereichsleiter ist ja doch nur einer, allenfalls ein Vertreter im Bund-Stadt Wien-Komitee, aber doch nicht mehr. Oder hat er sich in Ihren Augen schon arrogiert gehabt? War er schon so wichtig, daß das praktisch gegolten hat für Sie, wenn er es sagt?

Ing. **Parzer:** Bitte, wenn Sie mich jetzt persönlich ansprechen und sagen, ob das für mich gegolten hat: Ich glaube, ich habe das zuerst ganz klar dargelegt, daß ich auch der Meinung war, daß die Vergabe an diese Gruppe wirklich richtig war, von der Sicht damals aus gesehen. Und daher war die Entscheidung oder die Meinung mit der Philosophie von Wilfling für mich nicht maßgeblich, vor allem nicht für meine Haltung oder für meine Mitentscheidung.

Obmann Dr. **Steger:** Warum haben Sie aber dann beim Bericht an den Aufsichtsrat geschrieben, Sie und der restliche Vorstand sind der Meinung, daß es richtig ist, und sich ausdrücklich auf diese Erklärung Dr. Wilflings berufen? Der Aufsichtsrat wurde ja dann möglicherweise nicht gerade mit dem, was Sie uns jetzt sagen, konfrontiert, nämlich daß Sie nach Prüfung zur Meinung gekommen sind, sondern Sie haben sich ja hinter diese Erklärung Wilflings verschanzt.

Ing. **Parzer:** Na ja, verschanzt, das würde ich nicht sagen, sondern eines war klar: daß die BO-Planung ja sehr, sehr weitgehend eben die betrieblichen Dinge tangiert und auch sehr weitgehend dort der Nutzer mitwirken muß. Es muß auch ein brennendes Interesse des Nutzers sein, daß er dort mitwirkt, und ich glaube, es ist doch fast selbstverständlich, daß eben, wie gesagt, der Ranghöchste des Betreibers Wien da entsprechend auch mitspricht und daß er wenigstens eine Meinung äußert.

Obmann Dr. **Steger:** Magistratsdirektor Dr. Bandion hat uns erzählt, daß es hätte viel billiger kommen können — sinngemäß in einer Zusammenfassung —, wenn eine Magistratsabteilung mitgearbeitet hätte. Ist das von Ihnen im Rahmen der Vorstandstätigkeit überlegt worden?

Ing. **Parzer:** Bitte, da muß ich sagen, warum hat die Stadt Wien dann nicht vor Jahren, und zwar bevor wir tätig waren, dort eine Gruppe aufgebaut, die die BO-Planung macht? Das ist doch an sich die Grundfrage. Und wir stehen heute ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wir machen keine politische Diskussion. Ich habe Sie gefragt, ob im Vorstand darüber diskutiert wurde, ob man nicht einen Teil der Arbeit durch die Magistratsabteilung machen lassen könnte. Das war die Frage. Da sagt man ja oder nein, oder ich weiß es nicht.

Ing. **Parzer:** Wir haben darüber nicht diskutiert. Ich kann mich jetzt nicht erinnern, daß wir darüber noch Diskussionen geführt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Hinsichtlich der Antwort, daß das nicht möglich wäre, wollte ich Sie deswegen jetzt nicht sehr lange weiterreden lassen, weil es ja mittlerweile ein Beispiel gibt, wo das sehr wohl möglich ist: das Sozialmedizinische Zentrum Ost. Dort passiert es jetzt.

Es ist uns hier vom zuständigen Stadtrat erzählt worden, daß das voraussichtlich zirka 10 Millionen Schilling kosten wird, die Betriebsorganisationsplanung.

Ing. **Parzer:** Ich kann es nicht beurteilen. Ich meine ...

Obmann Dr. **Steger:** Ja, da sagt uns Dr. Stacher ausdrücklich: Die kriegen Überstundenbezahlung, ich glaube, eine halbe Million Schilling hat das Raum- und Funktionsprogramm gekostet, was jetzt für die Betriebsorganisationsplanung weiter kommt, kann ich im Augenblick nicht abschätzen, denn hier ist der Hauptteil der Arbeit, der noch nicht fertig ist. Größenordnungsmäßig weniger — nachdem ich dazwischengefragt habe mit Beträgen, was es kosten wird. Es werden vielleicht 5 oder 10 Millionen Schilling jetzt an reinen Überstundenleistungen sein — für das Sozialmedizinische Zentrum Ost. Betriebsorganisations ...

Ing. **Parzer:** Ich kann das nicht beurteilen, ich habe keine Unterlagen, um das zu prüfen, nämlich welche Leistung das ist und in welchem Verhältnis das steht, das kann ich nicht beurteilen.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht erinnerlich, daß je jemand die Frage aufgeworfen hat, ob man nicht einen Teil davon hausintern von dieser Betriebsorganisationsplanung im Magistrat machen könnte?

Ing. **Parzer:** In dieser Form nicht, sondern es war nur gedacht, daß eben seitens der Stadt Wien, also seitens der MA 17, Leute mitwirken. Das ist ja auch bereits in den Angeboten erwähnt, aber es ist an sich dazu nicht gekommen, denn die MA 17 war bis heute nicht in der Lage, Personal eben auch beizustellen.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, daß es fallweise an Sonntagen bei Wilfling Treffen der Gruppe Bauer, Rumpold, Wilfling natürlich, Siebensohn, gegeben hat, wo auch Derartiges besprochen, vorbesprochen wurde?

Ing. **Parzer:** Ist mir nicht bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie da je informiert worden?

Ing. **Parzer:** Ist mir nicht bekannt. Nein. Ich bin auch nicht informiert worden über Ergebnisse.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie je Informationen zusammengestellt für die Entscheidungen des Wiener Amtsrates? „Sie" heißt: der Vorstand der AKPE.

Ing. **Parzer:** Also ich kann mich da persönlich nicht erinnern an solche Unterlagen.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt da nämlich eine Tagesordnung für die Vorstandssitzung am 2. Mai 1977, da steht drauf: Punkt 10. Weitere Vorgangsweise bei der Vergabe der Betriebsorganisationsplanung, Punkt b, Informationspapier an Stadtrat Stacher — über die Vor- und Nachteile et cetera — als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Sitzung des Amtsrates am 9. 5. 1977.

Aus dieser Tagesordnung könnte sich ergeben, daß man im Vorstand doch geglaubt hat, daß der Amtsrat eine Entscheidung zu treffen hat bei derartigen großen Vergaben. Gab es je eine derartige Diskussion?

Ing. **Parzer:** Also ich kenne weder Unterlagen darüber noch eine Diskussion in dieser Frage.

Obmann Dr. **Steger:** Wie erklären Sie sich dann, daß es auf die Tagesordnung drauf-

kommt, wenn Sie gar nicht wissen, daß dort je Entscheidungen getroffen hätten werden sollen?

Ing. **Parzer:** Ist mir an sich unerklärlich, das dürfte der Herr Winter dort draufgegeben haben, aber jedenfalls, eine Behandlung im Vorstand in der Form oder daß Unterlagen hier ausgearbeitet sind, ist mir nicht bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Wer stellt die Vorstands-Tagesordnung zusammen?

Ing. **Parzer:** Das war so, daß jeder Vorstand eben Punkte aufgeschrieben hat, die er in der Vorstandssitzung behandelt haben wollte.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, da sind nämlich so handschriftliche Zusätze auf der Tagesordnung, die wir gekriegt haben. Und unter anderem ist genau neben dieser Zeile „Entscheidungsgrundlage" auch so ein Abhakeln passiert. Darum interessiert mich das näher.

Vielleicht darf man Ihnen das zeigen. Vielleicht können Sie auch sagen, ob Sie die Handschrift erkennen, wir wissen ja nicht einmal, ob das damals schon war oder später. *(Wird überreicht.)* Kennen Sie die Handschrift?

Ing. **Parzer:** Ja, also das ist die Handschrift vom Dr. Schwaiger. Ich würde das sehr eindeutig, glaube ich, feststellen können.

Obmann Dr. **Steger:** Da müßten wir also ihn weiter fragen, wieso er das abgehakelt hat. Danke.

Wie kam es zum APAK-Werkvertrag? Gab es da eine Diskussion im Vorstand, warum man das weggibt an eine andere Gesellschaft? Ohne Ausschreibung?

Ing. **Parzer:** Hier war sicher das Modell UNO-City maßgeblich, und ich habe zuerst erwähnt, mich hat ja auch Sektionschef Waiz dahin gehend angesprochen, ob ich nicht in ähnlicher Funktion tätig werden wollte. Also hier war sicher das Vorprojekt die Organisation der UNO-City.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine ganz kurze Frage. Ich entnehme hier der Niederschrift, die am 23. Mai 1980 bei der Bundespolizeidirektion verfertigt worden ist, daß Sie für die ORP-Planung zuständig waren; es ist hier falsch geschrieben. Waren Sie für den ORP-Auftrag zuständig, der an Herrn Riethmüller ...

Ing. **Parzer:** ORP, das ist eine Abkürzung, das ist die Raumplanung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie zuständig für den Auftrag, der an Professor Riethmüller, Mediplan, gegangen ist?

Ing. **Parzer:** Wie ich schon sagte, gemeinsame Vorstandsangelegenheit waren diese Bereiche, also ORP plus BO, und ich habe dann die Bearbeitung und natürlich auch letztlich Beauftragung federführend ORP gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum ist Professor Riethmüller damit beauftragt worden?

Ing. **Parzer:** Herr Professor Riethmüller, ist ja bekannt, daß er an sich das Raumprogramm auch von Frühjahr 1969/71 gemacht hat, und es war natürlich auch jetzt die Überarbeitung zumindest nicht ohne Professor Riethmüller zu machen. Eben aus Gründen wieder der Kontinuität.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat das vorgeschlagen, daß Professor Riethmüller damit betraut werden soll?

Ing. **Parzer:** Ich würde sagen: Das stand eigentlich gar nicht zur Diskussion, Professor Riethmüller hier auszuschließen. Denn er war an sich jahrelang in dem Projekt voll involviert, und das Raumprogramm hat er wiederholt überarbeitet. Also diese Diskussion, jetzt Riethmüller auszuschließen, wurde nicht geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber jemand muß den Antrag gestellt haben im Vorstand, daß Professor Riethmüller diesen Auftrag erhalten soll. Sind immerhin runde 46 Millionen Schilling.

Ing. **Parzer:** Das war so, daß bereits mit Beginn der Tätigkeit der AKPE, also das war September 1975, sofort Verhandlungen mit Riethmüller aufgenommen wurden, um eben das Raumprogramm zu überarbeiten. Ich bin dann am 1. November eingetreten, und wir haben das dann eben — beziehungsweise unter meiner Federführung ist das fortgesetzt worden in dem Sinne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann man sagen, daß Sie dafür verantwortlich sind, daß Professor Riethmüller diesen Auftrag erhalten hat?

Ing. **Parzer:** Ich meine, ich bin sicher nicht allein verantwortlich, ich habe das federführend behandelt, aber ich glaube, die Formulierung, daß ich allein verantwortlich wäre, das kann man nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit wem haben Sie sich beraten?

Ing. **Parzer:** Wir haben hier erstens im Vorstand und dann natürlich auch im Aufsichtsrat die Vergabe behandelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welchen Personen im Aufsichtsrat haben Sie sich beraten in dieser Frage?

Ing. **Parzer:** Nicht beraten, also ich kann

nicht sagen, daß ich mich mit Personen des Aufsichtsrates beraten habe, sondern diese Dinge sind an sich im Vorstand besprochen worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie schließen also aus, daß dritte Personen außerhalb des Vorstandes hier Einfluß genommen haben, daß Professor Riethmüller diesen Auftrag bekommen hat?

Ing. **Parzer:** Das schließe ich aus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie kam die Firma Mediplan dazu?

Ing. **Parzer:** Die Firma Mediplan kam an sich auch über unseren Vorschlag, Vorschlag des Vorstandes, dazu, und zwar hat damals am Beginn dieser Tätigkeit doch die Gruppe Seitz—Sienkiewicz—Kaufmann diese Ist-Standserhebung durchgeführt und dieses Gutachten ausgearbeitet. Und Professor Seitz hat sich für diese Arbeiten der Mediplan bedient, oder sagen wir, Personal der Mediplan eingesetzt.

Und hier gebe ich meine persönliche Überlegung wieder: Ich stand auf dem Standpunkt, nachdem in dem Gutachten an sich ja sehr gravierende Änderungen vorgeschlagen wurden, zum Beispiel Reduzierung der Bettenzahl und auch sonstige, daß es sinnvoll wäre, also hier jene Leute, die eben schon diese Vorschläge ausarbeiten, auch bei der weiteren Planung hier mit einzubinden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nur Professor Seitz eingebunden.

Ing. **Parzer:** Nein, wir haben Mediplan eingebunden, denn das Personal, das dieses Gutachten erarbeitet hat, war ja Mediplan-Personal, Professor Seitz war ja an sich — der hat das Gutachten oder die Leitung übernommen gehabt.

Und das war ein Grund. Aber ein zweiter Grund war auch der, daß wir an sich ein zweites Bein haben wollten, also nicht Riethmüller allein, sondern eben noch die Mediplan dazunehmen wollten, um eben auch hier eine leistungsfähigere Gruppe zu haben. Mir war damals bekannt aus Besuchen verschiedener Krankenhausbaustellen in der Schweiz und in Deutschland, daß eben gerade die Firma Mediplan in Aachen bei dem Großklinikum beschäftigt war, dann in Göttingen. Das war an sich für mich persönlich sehr maßgeblich für die Einbindung von Mediplan.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Entscheidung Mediplan ist auch Ihnen also in diesem Fall zuzuschreiben.

Ing. **Parzer:** Das war auch ein einvernehmlicher Beschluß des Vorstandes, Mediplan hier beizuziehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es Personen außerhalb des Vorstandes, die Ihnen die Mediplan empfohlen haben?

Ing. **Parzer:** Gibt es nicht, nein, mir hat die Mediplan niemand empfohlen. Ich habe, wie gesagt, die Herren von Mediplan im Zuge der Gutachtenausarbeitung Seitz — Sienkiewicz — Kaufmann kennengelernt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich fasse jetzt zusammen. Dieses Gutachten ORP, 46 Millionen, ist von Ihnen vorgeschlagen im Vorstand und von den übrigen Vorstandsmitgliedern genehmigt worden. Und Sie haben sich mit niemandem beraten. Überlegen Sie sich noch einmal, was Sie jetzt antworten.

Ing. **Parzer:** Ich habe mich mit niemandem außerhalb, wie Sie sagen, des Vorstandes darüber beraten, ob jetzt die Firma Mediplan da eingeschaltet werden soll oder nicht, sondern die Firma Mediplan wurde auf Beschluß des Vorstandes, darüber gab es volles Einvernehmen, mit eingeschaltet. Aber ich muß immer wieder betonen, denn das, glaube ich, ist wesentlich, daß in diesen Fragen der Vorstand gemeinsam vorgegangen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich möchte noch etwas fragen, was ich bewußt als sehr simple Frage bezeichnen möchte: Sie sind im Zuge einer Absicht berufen worden, jetzt kommen die Manager und übernehmen den Bau. Sie fühlen sich ja sicher als Manager, nicht? Kann ich das so auffassen? Würden Sie sich selbst als Manager bezeichnen?

Ing. **Parzer:** Diese, ich würde sagen, Bezeichnung „Manager", ich glaube, das muß man auch unter Anführungszeichen setzen. Ich meine, ich habe in meinem Beruf an sich große Baustellen geleitet und koordiniert, schwierige Baustellen. Also ich möchte diesen Beigeschmack „Manager" weghaben, den möchte ich weghaben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, wenn jemand unternehmerisch tätig ist — und das waren Sie ja zweifellos in leitender Funktion —, dann gibt es ein Unternehmensziel. Das Unternehmensziel ist normalerweise ein Gewinn. Was war für Sie das Unternehmensziel der AKPE?

Ing. **Parzer:** Wenn Sie mir gestatten, hole ich etwas aus. Ich sagte schon . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wir stehen ein bissel unter Zeitdruck. Möglichst also in knappen Worten.

Ing. **Parzer:** Ich mache es ganz kurz. Ich war

in meiner Berufstätigkeit im Rahmen von Siemens an sich immer in ähnlicher Funktion tätig wie hier, das heißt, ich habe den Bauherrn vertreten. Ich darf nennen Kraftwerke am Kamp, Untere Sill für die Stadt Innsbruck und so weiter, also als Planungsbüro, und sagen wir, dann auch die Aufgaben der Baudurchführung.

Ich war an sich immer eigentlich Erfüllungsgehilfe des Bauherrn oder habe Bauherrnfunktionen übernommen. Und das Ziel hier für die AKPE, die Zielvorgabe für die AKPE ist, glaube ich, eindeutig, nämlich dieses Bauvorhaben wirtschaftlichst, also mit minimalsten Kosten in der geringstmöglichen Zeit abzuwickeln.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Glauben Sie, daß dieses Unternehmensziel erreicht ist oder erreicht werden kann?

Ing. **Parzer:** Ich bin überzeugt, daß es erreicht werden kann. Ich meine, wir haben nur — das muß man auch offen sagen — beim Start 1975 nicht voll erkannt, welche Umplanungen, welche Neuprogrammierungen erforderlich sind, denn wir haben für die Neuprogrammierung, das sogenannte Grundsatzprojekt, praktisch ein Jahr gebraucht. Das hat sich natürlich für die weitere Abwicklung sehr nachteilig und eben auch verzögernd ausgewirkt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Woran messen Sie die Beurteilung, ob das Unternehmensziel, rasch und billig zu bauen, erfüllt wird oder nicht? Woran messen Sie das? An welchen Kriterien oder an welchen Idealvorstellungen, oder wie man das nennen könnte?

Ing. **Parzer:** Es sind ja an sich zwei wesentliche Komponenten: Das eine die Kosten und das andere die Zeit.

Die Zeit, ich meine, hier muß man Vergleiche anstellen: Was kann man bei einer Großbaustelle an sich überhaupt umsetzen? Ich meine, das ist ein Kriterium für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit. Und hier liegen wir zweifellos in einem Spitzenfeld. Wir haben doch Größenordnungen in den letzten zwei Jahren von 1,5 Milliarden Schilling hier umgesetzt. Ich meine, das sind Zahlen, wie sie kaum erreicht werden, und wir müssen auch diese Leistungen noch steigern. Also das ist hier, ich würde sagen, einmal ein Kriterium.

Das zweite ist der Preis, das heißt die Kosten, und hier brauchen wir auch keine Vergleiche zu scheuen. Also das ist gar keine Frage.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben jetzt operiert mit großen Beträgen, die Sie umgesetzt haben. Daß das geschehen ist, das bestreitet ja niemand. Viele meinen, daß zu große Beträge umgesetzt wurden.

Darf ich meine Frage anders formulieren: Sie haben eine Managementaufgabe übernommen, wie Sie richtig umrissen haben, rasch und billig zu bauen. Welche Vorgaben hat der Vorstand der AKPE bei Antritt seiner Funktion vom Bauherrn hier bekommen?

Ing. **Parzer:** Die Vorgabe oder die Zielvorstellung, ich würde sagen, dokumentiert sich bereits in der Namensgebung der Gesellschaft, weil es heißt: Planungs- und Errichtungsgesellschaft, und das Ziel war, das Bauvorhaben so rasch wie möglich fertigzustellen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Entschuldigen Sie: Das ist ja ein sehr, sehr wesentlicher Punkt. Wenn ich — darf ich zur Verdeutlichung sagen — in meinem Garten ein Schrebergartenhütterl errichte und einen ganz einfachen kleinen Baumeister betraue, wird die erste Frage, die ich dabei stelle, sein: Bis wann sind Sie fertig, und wieviel kostet mich das?, sonst übernehme ich ja dieses Vorhaben gar nicht, und sonst wird es ja auch der Baumeister nicht machen.

Daher ist mir hier der Name der Gesellschaft zuwenig. Ich meine, wenn ich eine Managementaufgabe übernehme, eine Spitzenposition in jeder Hinsicht, dann muß ich doch eine bestimmte Wunschvorstellung meiner Firma, wenn Sie so wollen, oder meines Bauherrn oder meines Auftraggebers haben.

Woher haben Sie entnommen: Binnen welcher Zeit zu welchen Kosten will die Bauherrschaft dieses Krankenhaus errichtet haben?

Ing. **Parzer:** Sie gestatten, ich wollte da fortsetzen.

Meine erste Tätigkeit — ich sage, 1. November bin ich dort hingekommen — war sofort eine Art Ist-Standserhebung und eine Kostenschätzung. Wir haben bereits im Dezember 1975 auf Grund der damals vorhandenen Unterlagen unter Beiziehung aller Planer eine Kostenschätzung gemacht, die 18 Milliarden Schilling ergeben hat.

An Hand dieser Kostenschätzung und der vorliegenden Bauprogramme haben wir uns auch damals vorgenommen, also Fertigstellung 1986 — das war an sich damals das Ziel — und Teilfertigstellung 1982, glaube ich; das war damals diese Vorstellung.

Wir sind aber dann — und das ist an sich überhaupt das Wesentliche an der Sache —, nachdem wir tiefer hineingestiegen sind, nachdem ja das Ganze — auch dieses Gutachten muß hier noch einmal erwähnt werden: Seitz—Sienkiewicz—Kaufmann —, doch zur Überzeugung gekommen: Das ist nicht zu verantworten!

Man kann dieses Haus, so wie es sich damals hier, sagen wir, von der Planung her dargestellt hat, nicht einfach fertigbauen, sondern man mußte eigentlich auf eine neue Programmierung gehen, und daher auch diese fünf, sechs Varianten des Grundsatzprojektes.

Erst Jänner 1977 konnte man klar, ich würde sagen, ein programmiertes Gebäude vorlegen, nämlich dieses Grundsatzprojekt, das sogenannte EB, wo dann tatsächlich auch eine Grundlage da war für eine Entscheidung des Bauumfanges.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe die Frage bewußt so eingeleitet, daß ich gesagt habe — sehr simpel —, verstehe ich das so richtig, daß die Aufgabe der AKPE aus Ihrer Sicht zunächst einmal die war, das Unternehmensziel der Aktiengesellschaft überhaupt erst zu präzisieren? Was kann geschehen? Wie kann es geschehen?

Ing. **Parzer:** Das hat sich faktisch so entwikkelt, ich meine, das war sicher nicht die Absicht, sondern die Absicht war, das eben zügig weiterzubauen. Nur, es hat sich faktisch so entwickelt, daß wir erst ein Jahr ungefähr, das war im Jänner 1977, wirklich sagen konnten, daß die Unterlagen für eine Entscheidung über das Ziel, über den Bauumfang, über das Programm vorgelegt werden konnten.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf die Herren Abgeordneten daran erinnern, daß wir vereinbart haben, daß wir um 18.30 Uhr, mit Überziehen, bis 18.30 Uhr die Sitzung beenden. Ich bitte, zu einer Schlußrunde zu kommen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich komme bereits zum Schluß, Herr Vorsitzender! — Worauf würden Sie diese Tatsache zurückführen, rückschauend, daß eigentlich ein großer Zeitverlust eingetreten ist, daß vieles erst geklärt wurde oder geklärt werden mußte. Warauf führen Sie das zurück aus Ihrer Erfahrung, aus Ihrer Sicht der Dinge?

Ing. **Parzer:** Meiner Meinung nach war an sich die Bauleitung in der Form, wie sie eben vor 1976 bestanden hat, und die Organisation des gesamten Projektes dem Umfang und der Größe der Aufgabe nicht adäquat.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und Sie glauben, heute ist es adäquat?

Ing. **Parzer:** Heute ist es adäquat, ich kann nur die Antwort wiederholen. Ich bin auch überzeugt, daß man das — natürlich, es ist nicht leicht —, daß man das wirklich auch bewältigen kann.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich danke Ihnen. Ihre Einvernahme ist beendet! Auf Wiedersehen! *(Ing. Parzer verläßt den Saal.)*

## Schluß der Sitzung: 19 Uhr 10 Minuten

# 22. Sitzung: 10. Feber 1981

## Beginn: 10 Uhr

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

### Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Dr. Peter Seidler

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Seidler, ich begrüße Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuß und darf Sie bitten, dort Platz zu nehmen. Als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß haben Sie alle Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Sie sind nur unter den Voraussetzungen des § 153 StPO allenfalls in der Lage, eine Antwort zu verweigern. *(Der Obmann bringt dem Zeugen den Text des § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Ich darf Sie bitten, wegen der Dimension des von uns aufzuklärenden Sachverhalts von vornherein und rasch wahrheitsgemäß und offen alle anstehenden Fragen zu beantworten. Die Fragen sind zu beantworten, wenn sie zu drei Themenkreisen an Sie gerichtet werden:

Erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung;

zweitens zur Untersuchung der Vorgänge im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind;

drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Herr Zeuge! Sonst ist nach der Geschäftsordnung des Nationalrates die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, und zwar auch für allfällige Sanktionen, wenn nicht wahrheitsgemäß eine Antwort gegeben wird.

Ich darf Sie am Beginn bitten, uns Ihre Generalien bekanntzugeben. Das ist Vor-, Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Wohnungsanschrift.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Peter Seidler, Dipl.-Ing. Dr., am 13. 10. 1937 in Wien geboren, österreichischer Staatsbürger, verheiratet, drei Kinder. Adresse: 1070 Wien, Zieglergasse 98/19.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor, von wann bis wann waren Sie Geschäftsführer bei der ODELGA?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe am 13. Februar 1978 begonnen, habe, soviel ich mich erinnern kann, am 19. November 1979 die Kündigung erhalten, wurde freigestellt mit 23. oder 22. Dezember 1979 und bin aus der Firma ausgeschieden am 28. 2. 1980.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie kam es aus Ihrer Sicht zur Beteiligung der ODELGA an der ABO und dann zur Durchführung des BO-Auftrages?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Wie es dazu gekommen ist, kann ich nicht beurteilen. Die Gespräche scheinen schon sehr, sehr lange durchgeführt worden zu sein. Das erkenne ich nur daraus, daß schon sehr bald, nachdem ich in das Unternehmen eingetreten bin, die ersten Gespräche mit der ÖKODATA erfolgt sind, wobei das anfangs ganz allgemeine Themen waren, sich aber sehr rasch dann herausgestellt hat, daß offensichtlich seitens der AKPE bereits ein genauer Terminplan für diesen 30-Monate-Auftrag vorliegt, dessen erster schwerwiegender Termin meines Wissens bereits der 30. 9. 1978 war, und zwar war das das Grobkonzept des gesamten Gütersystems. Das ist einer der wesentlichsten Punkte, wurde mir gesagt.

Die Fragen, die im Zusammenhang mit der ABO und der Beteiligung der ODELGA an dieser an mich gestellt wurden, sind — muß ich ganz ehrlich sagen — weit über mein Vermögen hinausgegangen. Erstens habe ich die Firma ohne jede Einführung übernommen, zweitens gab es eine ganze Reihe von außerordentlich akuten Problemen in der Firma gerade in bezug auf die Auslastung, Auftragseingang und so weiter, sodaß ich mich in konkreten Fragen der Betriebsorganisation an den gewerberechtlichen Geschäftsführer der ODELGA gehalten habe.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer waren Ihre Gesprächspartner? Sie haben jetzt von mehreren Gesprächen hier erzählt.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Gesprächspartner waren in erster Linie Ing. Rumpold von der ÖKODATA, dann noch ein Herr Dr. Sommer oder Somm oder so ähnlich — glaube ich, auch aus der ÖKODATA —, dann kamen schon Gesprächspartner dazu, die aus dem ARGE-Kreis stammten, ein gewisser Keldenich *(phonetisch)* und ein — ich glaube, aus der ÖKODATA ursprünglich stammend — Dkfm. Scharmüller. Ganz kurz ein einziges Gespräch mit Dkfm. Bauer.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben gesagt, als Sie die Firma übernommen haben, hat es Probleme mit der Auslastung gegeben. In welchem Bezug waren diese Probleme?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe noch eine sehr gute Erinnerung. Der erste Schock, den ich dort bekommen habe, war, daß die Auftragslage für noch eine Auslastung von sechs Wochen gereicht hat. Daher war auch dann die Zielsetzung in erster Linie in der Auslastung, in der Produktion via Auslastung zu suchen. Daher war mein Schwergewicht eigentlich während meiner ganzen Zeit der Export.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie stand es denn überhaupt mit dem Personal bei der ODELGA? Hätte man da größere Aufträge übernehmen können?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** In welcher Hinsicht? In welchem Gebiet „übernehmen können"?

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie das zur Sprache gewesen ist: ABO und Durchführung der BO.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Für die Betriebsberatung waren überhaupt keine Leute in der Firma mit Ausnahme des Herrn Dr. Wilfling. Die Betriebsberatungsaufträge, die vorher gemacht worden sind, sind — so wurde mir gesagt — immer weitergegeben worden. In der Firma selbst hatte ich überhaupt niemanden, der sich mit Betriebsberatung beschäftigt oder ausgekannt hat, meine Person inbegriffen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie das dem Eigentümervertreter, also der Holding, gegenüber erwähnt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die ganze ABO-Geschichte erfolgte voll im Einvernehmen mit der Holding.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer waren seitens der Holding Ihre Gesprächspartner?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich hatte drei Vorgesetzte. Das waren in erster Linie im personel-

len Bereich und im generellen Bereich, im unternehmenspolitischen Bereich Dr. Machtl, dann von der Rechnungswesenseite her — wir haben damals auch gerade das Rechnungswesen auf Deckungsbeitragsrechung umgestellt — Dr. Kraus und für juristische Fragen, Vertragsfragen, Dr. Drennig, der ja auch bei mir im Aufsichtsrat war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und was ist Ihnen seitens der Eigentümervertreter gesagt worden, als Sie diese Bedenken geäußert haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich hatte anfangs keine Bedenken, weil es zuerst möglich erschien, daß man Leute bekommen könnte, die diese Aufgabe ausführen. Dr. Wilfling hat mir gesagt: Sie müssen vier bis fünf Leute — wenn ich mich recht erinnere — auftreiben, die das können, aber Sie werden in Österreich keine bekommen, weil in Österreich die guten Leute schon alle ihren Stammplatz haben. Ich habe dann versucht, in Deutschland einen Mann zu heuern, der von einer amerikanischen Beratungsgesellschaft kam. Ich kann mich jetzt an den Namen nicht mehr erinnern. Jedenfalls war der Name des Mannes ein Dr. Bartsch *(phonetisch).* Nur gingen dessen Finanzvorstellungen weit über das, was mir möglich war, hinaus.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und das haben Sie den Leuten von der Holding gesagt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und trotzdem haben die darauf bestanden, daß dieser Auftrag von der Firma, die Sie geleitet haben, mitgetragen werden soll?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Ausführung des Anteiles, den die ODELGA an diesem Auftrag durchzuführen hatte, war ja schon sehr bald nach meinem Eintritt nicht mehr eine Frage der ODELGA, sondern sollte mittels einer Tochtergesellschaft gelöst werden. Ich habe ja dann auch im Auftrag der Holding den Vertrag, der zwischen der ARGE und der AKPE unterschrieben worden ist — und zwar nur diesen —, unterschrieben und nicht den ARGE-internen Vertrag. Es war also von Anfang an oder sehr bald nach Beginn geplant, daß dieser ABO-Auftrag auch aus einem anderen Grund nicht direkt bei uns ausgeführt wird, weil wir ja die medizintechnische Planung hatten und ich an und für sich eine medizintechnische Planung im Hause gleichzeitig mit — womöglich mit den gleichen Leuten — einer betriebsorganisatorischen Planung nicht gern gesehen hätte. Aber das Thema ist eigentlich nicht aufgekommen, weil die Tochtergesellschaft diesen Auftrag ausführen sollte. Er war ja auch im Syndikatsvertragsentwurf für die Tochtergesellschaft schon enthalten. Meines Wissens ist die ganze Frage bereits Ende Mai verabschiedet gewesen, wenn ich mich nicht täusche, ist sie am 31. Mai in einer Gemeinderatssitzung oder etwas ähnlichem abgeführt worden. Mir wurde jedenfalls — ich müßte nachschauen — am 8. 6. 1978 von Dr. Drennig mitgeteilt, daß sich die Beteiligungsgesellschaft einhellig für die Gründung der Tochtergesellschaft entschlossen hat und daß der Aufsichtsrat der Holding dementsprechend zu informieren ist. Das hat für mich geheißen, daß ich in die nächste Aufsichtsratssitzung diese Tagesordnungspunkte aufzunehmen hatte. Und diese war dann auch am 29. Juni 1978. Da steht auch etwas über die Gründung der Tochtergesellschaft und den Zweck der Tochtergesellschaft und warum die Verbindung mit diesem Partner.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben vor Gericht ausgesagt, daß Ihnen Dr. Drennig gesagt habe, daß Sie als Partner in dieser Tochtergesellschaft Herrn Prutscher wählen sollen. Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Gespräche haben sehr früh begonnen. Das erste Gespräch — ich wiederhole nochmals — am 13. Februar: Eintritt. Am 24. Februar hatte ich ein Gespräch mit Dr. Drennig, in dem er in bezug auf die Betriebsorganisation AKPE sagte, man könnte eine Tochtergesellschaft gründen, die folgende Aufgaben hätte: In erster Linie Betriebsorganisation und Betriebsberatung in Spitälern, im zweiten Punkt Spitalsservice, Optimierung der Medikamentennachlieferung, Logistik, Umbauten, drittens Exportgeschäfte und viertens — aber das erst zu einem späteren Zeitpunkt — Übernahme von Generalvertretungen, sofern man gute Leute hätte. Es war also schon sehr früh der Gedanke, die Betriebsorganisation in die Tochtergesellschaft zu verankern.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben vor Gericht ausgesagt, daß laut Herrn Dr. Drennig als Partner dieser Tochtergesellschaft Herr Prutscher aufscheinen sollte.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das ist zu irgendeinem Zeitpunkt erfolgt. Ich kann es nur aus dem Buch herausgelesen haben. Prutscher war sehr früh — allerdings nicht in der Frage ABO — schon bei mir, aber das muß etwa auch spätestens im März gewesen sein. Der Name der Tochtergesellschaft ist erst sehr viel später aufgetaucht; eigentlich erst im Juni, wenn ich mich recht erinnere.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und warum Prutscher genannt wurde von Dr. Drennig?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das weiß ich nicht. Ich

weiß nur, daß die Intention der Zusammenarbeit mit Prutscher — für mich wenigstens — drei Faktoren hatte. Der erste Faktor war, daß wir Konkurrenten auf dem Markt waren, was also in bezug auf die Ertragslage nicht unbedingt das Schönste ist, und ich einen Vertragspartner hätte und damit vielleicht einen Konkurrenten weniger. Im Syndikatsvertrag war ja dann auch vereinbart, daß in die jeweils eigenen Güter der andere nicht — wenn ich es so unhöflich sage — hineinspucken soll. Das zweite war die Übernahme des ABO-Vertrages durch die Tochtergesellschaft. Und das dritte war der Export, also die Förderung des Exports. Ich habe eingangs schon gesagt, daß mir der Export als die einzige Möglichkeit erschienen ist, die Kapazitätsauslastung und Vergrößerung der Firma voranzutreiben. Prutscher war zu 90 Prozent im Export und daher für mich ein potenter Partner, noch dazu in Gegenden, in die ich als öffentliches Unternehmen kaum hätte hinfahren können.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Die Tochtergesellschaft war dann diese MED-CONSULT? Und wie hat nun diese Gesellschaft jenen Teil des Auftrags, der auf Sie entfallen ist, abgewikkelt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da war eine Interimsgeschichte. Da muß man ein bißchen früher anfangen. Die übrigen Partner der ARGE, also ÖKODATA und die zwei deutschen Unternehmen, haben etwa Ende März voll zu arbeiten begonnen, weil der Termin zur Beendigung dieser Betriebsorganisation ja mit 30. September 1980 bereits fixiert war. Daher lag also der vorherige Zeitplan vollkommen klar und deutlich auf dem Tisch. Wie ich schon eingangs gesagt habe, hatte ich keine Mitarbeiter. Es hat mir dann die ÖKODATA angeboten, mir jenen Subunternehmer, den sie selbst für gewisse Fragen heranzieht, das IFH aus Kopenhagen, für die Interimsphase zur Verfügung zu stellen, eben weil der Termin Grobgütersystem bereits am 30. September fällig war. Es hat dann im Juli, glaube ich . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigung, würden Sie das Jahr auch dazusagen für das Protokoll später!

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** 1978; das alles spielt sich noch 1978 ab. — Ich muß doch zuerst im Kalender nachschauen. Das konkrete Gespräch hat am 28. Juli 1978 stattgefunden mit einem Herrn Le Jeune von Lohfert. Dabei wurden die einzelnen Punkte — die nach der Dezimalklassifikation — durchgegangen, welche Punkte wie lange von Lohfert bearbeitet werden sollen, direkt von MED-CONSULT ab Beginn übernommen werden können, oder parallel übernommen werden sollten, und zwar deshalb, weil ja die Arbeiten schon im Laufen waren, und zwar auch in den Arbeitskreisen rundherum, und sich die Leute von MED-CONSULT schon einmal rein administrativ in die Durchführung und dann in das Gebiet natürlich auch einzuarbeiten hatten. Daher war der größte Teil mit 30. 9. befristet. Ich glaube, einen Teil hat es noch gegeben, der ist bis zum 31. 10 gelaufen. Und ab diesem Zeitpunkt hat dann die MED-CONSULT die Dinge übernommen. Die Abwicklung war eigentlich relativ klaglos. Am Anfang hat es natürlich Schwierigkeiten gegeben, sich in diese relativ große Organisation hineinzufinden. Die Übergabe ist eigentlich dann — zumindest nach dem, was mir berichtet worden ist — klaglos gegangen. Es hat angeblich immer wieder Terminverzögerungen auch bei MED-CONSULT gegeben, aber das habe ich von anderen ARGE-Partnern ebenso gehört.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie beurteilen Sie die erbrachten Leistungen der MED-CONSULT?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da muß ich Ihnen leider dazu sagen: Betriebsorganisation ist nicht mein Faible. Ich kann sie nicht beurteilen. Ich habe das erste Mal mit einer Krankenhausbetriebsorganisation überhaupt zu tun gehabt. Ich kann sie wirklich nicht beurteilen. Ich kann mich nur auf die Aussagen derer versteifen, die sagen, es ist gut gegangen. Was das heißt, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer hat das gesagt, daß es gut gegangen ist, oder wer hat Ihnen das gesagt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Unter anderem auch die ÖKODATA.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Weil Sie jetzt gesagt haben „unter anderem": Wer dann noch?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Aus dem Kreis der ÖKODATA waren es verschiedene Leute. Auch ein Mitarbeiter der MED-CONSULT, Herr Versloot, hatte ebenfalls gesagt, es wäre in Ordnung, auch der Herr Enerwitschläger als Geschäftsführer der MED-CONSULT hat gemeint, daß die Auftragsabwicklung ohnehin in Ordnung sei.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Kennen Sie die Firma TECHMED?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Der Name TECHMED ist aufgetaucht bei einem Gespräch, das ich mit dem Herrn Versloot hatte.

Das muß Ende Juni gewesen sein, alles 1978.

Dazu muß ich sagen, daß Herr Versloot, also die Firma GKE, ein sehr, sehr langjähriger Lieferant bereits von ODELGA in gewissen Pro-

duktbereichen war, auch im Systemsektor, im Sterilisationsversorgungssektor.

Er hat mir anläßlich eines Gespräches am 27. 6. 1978 gesagt, wenn er Aufträge bekäme, so würde er ersuchen, daß man sie mit seiner Firma TECHMED-Jersey abschließt. Das ist das erst Mal, wo ich den Namen TECHMED gehört habe.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Da war für Sie also der Herr Versloot der Eigentümer der Firma TECHMED.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er ist es für mich heute noch.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Er ist es für Sie. — Danke schön.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine Frage: Sie haben vorhin einige Namen genannt, mit denen Sie in Kontakt waren, die als Gesprächspartner fungierten. Sie haben einen Namen Sommer genannt. Nun ist mir persönlich der Name Sommer nicht bekannt. Könnte es ein gewisser Dipl.-Ing. Sander sein?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie heißt er genau?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Einen Moment. Ich hoffe, daß ich es herausbringen kann. Es war ein Gespräch. Er war der Mann bei der ÖKODATA, der bei der Isterhebung AK federführend oder so etwas war. Ich hoffe, daß ich seinen Namen im Buch vermerkt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Mann von der ÖKODATA.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Es war ein Mann von der ÖKODATA, ein kleinerer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es war ein Mann von der ÖKODATA, Sommer.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, es tut mir leid. Ich habe ihn nicht aufgeschrieben. Das muß bei diesem ersten Gespräch gewesen sein. Aber es steht leider nicht da. Ich kann mich auch im Namen irren. Ich kann Ihnen den Mann beschreiben, vielleicht irre ich mich im Namen, das kann sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Seidler! Gewerberechtlicher Geschäftsführer der ODELGA waren ja nicht Sie, Sie hatten ja nicht die Befähigung, wenn ich richtig informiert bin, sondern Dr. Wilfling. In welcher Weise hat Dr. Wilfling sich um die ODELGA während Ihrer Geschäftsführertätigkeit gekümmert?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich darf vielleicht dazu eine Ergänzung machen. Er war gewerberechtlicher Geschäftsführer für den Bereich der Betriebsberatung. Wir hatten eine ganze Reihe von gebundenen Gewerben. Aber für die Betriebsberatung war Dr. Wilfling gewerberechtlicher Geschäftsführer, und zwar bis zum 28. 2. 1979. An dem Tag ist er meines Wissens in den Aufsichtsrat der AKPE berufen worden und hat auf Grund dessen seine Funktion bei uns zurückgelegt.

Die Frage, was er bei uns war: Bei uns ist, bitte, während meiner Zeit keine Betriebsberatung erfolgt. Wir haben keine Betriebsberatungstätigkeit ausgeübt, daher war also nur am Anfang bis zur Übergabe an MED-CONSULT für mich Dr. Wilfling wichtig, weil er der einzige war, der in dieser Frage Bescheid wußte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Ausmaß hat er sich in der Firma ODELGA aufgehalten? Wann ist er hingekommen? In welchem Ausmaß hat er für die ODELGA gearbeitet während Ihrer Zeit?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Während meiner Zeit haben immer wieder Treffen stattgefunden, die aber vornehmlich am Schottenring 24 stattgefunden haben. Das Thema war aber nie die Betriebsberatung, sondern das waren Themen, wo ich ihn gefragt habe, bitte, was war da in der Vergangenheit, um zu wissen, wie die Geschichte überhaupt gelaufen ist und wo die Basis für gewisse Geschäfte gelegen ist.

Das waren die Gespräche. Ich könnte sie Ihnen auf dem Kalender zusammenzählen, wie häufig. Aber in der ODELGA war es eigentlich selten, vielleicht zwei- oder dreimal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Während der ganzen Zeit?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Man kann also nicht sagen, er war bestimmte Stunden während dieser Zeit in der ODELGA? Man kann auch nicht sagen, er war im Monat einen Tag in der ODELGA?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein. Es hat auch gar keinen Raum mehr gegeben, denn ich bin ursprünglich in einem anderen Raum ganz am Ende des Gebäudes gesessen, fernab von Verwaltung, Produktion und Handel, und habe dann mit einiger Mühe doch die sogenannten Direktionsräumlichkeiten der ODELGA bekommen und bezogen, die im Zentrum waren. Das muß ungefähr Mitte März bis 20. März gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Wilfling bezog aber während dieser Zeit gewisse Entschädigungen von der ODELGA? Das ist richtig.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Entschädigungen? — Einen Gehaltsbezug oder irgend etwas hat er nicht gehabt. Es stand ihm ein Auto mit Chauffeur zur Verfügung. Das war alles.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschädigungen sind in dieser Zeit — Sie waren ja Geschäftsführer — an Dr. Wilfling nicht bezahlt worden? Reisekostenersätze?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Reisekosten ja, das verstehe ich nicht unter Entschädigung, sondern unter Aufwand. Entschädigungen für erfolgte Reisen, für Telephonate, für gewisse Einladungen und so weiter haben wir bezahlt. Das Ausmaß kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Honorare haben Sie auch bezahlt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Einmal, glaube ich, haben wir ein Honorar bezahlt, 9 000 S für irgendeine Reise. Aber ich weiß nicht mehr, welche. Entweder war es die Reise nach Belgrad, oder war es die nach Amsterdam. Für eine von den beiden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein zentrales Thema für uns bedeutet die sogenannte Aufteilung des Kuchens. Hier gibt es mehrere Gesprächstermine, die in Ihrem Protokoll erwähnt sind. Ich nenne sie Ihnen: 12. 4. 1978, 19. 4. 1978, 26. 4. 1978 und 8. 6. 1978.

Hier wurde gesprochen über die Verteilung dieses sogenannten Kuchens. Sie nennen sich, wenn ich jetzt Sie persönlich zitiere — ich glaube nicht, daß Sie das sind, aber Sie haben das so bezeichnet im Protokoll —, eine Marionette, die eingesetzt worden ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** So habe ich mich gefühlt, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte jetzt wissen: Wer waren die führenden Personen, die die Aufteilung des Kuchens vor der Auftragserteilung bestimmt haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich glaube, der Kuchen war bis zum Schluß nicht fix verteilt. Gewisse Bereiche waren sicher. Beispielsweise glaube ich, daß die EDV-Abwicklung Sache der ÖKODATA, relativ unbestritten von allen anderen drei ARGE-Partnern, war.

Der Anteil der ODELGA — ich kann nur über den sprechen — hat sich entwickelt, würde ich sagen. Ursprünglich wurde ich informiert, daß die ODELGA etwa 30 Prozent des Kuchens — es geht ja um einen Kuchen von damals 116 Millionen Schilling — hätte erringen sollen.

Das war zwar eine Zahl, ich konnte aber mit den gelisteten Arbeiten, die in dem Arbeitskalender geführt wurden, den Umfang nicht feststellen und habe daher gar nicht abschätzen können, was 30 Prozent sind.

Die Aufgabenbereiche selbst, die ich immer nach Rücksprache mit Dr. Wilfling angepeilt habe, versucht habe zu erstreiten, haben geschwankt.

Ursprünglich war geplant, daß wir uns in dem Sterilisationssektor im Gütersystem bewegen sollten. Der erste Vorschlag, der bei einer Sitzung mit der ÖKODATA vorgelegt wurde, beinhaltete auch Schulungsräume und die Hauskapelle oder so irgend etwas.

Zu der Zeit hatte ich keine Ahnung, wie groß der Anteil war. Das hat sich dann fortgesetzt in weiteren Gesprächen, die ich vorher mit Wilfling hatte.

Am 19. 4. — mit Dr. Wilfling gesprochen — sollte ich mich interessieren für den EDV-Anteil, Patientenaufnahme, Lagerung, Entlassung, Transferierung, Pharma- und Materialeinkauf; dann die Administration der stationären Behandlung, Verweilzeit, Einkauf und Administration Apotheke, Wäscheversorgung und Einkauf Küche.

Das waren Gebiete, die mir noch fremder waren als die Gebiete, mit denen ich mich bis dahin in der ODELGA beschäftigt habe.

Es ist dann zu einer Einigung gekommen etwa im Juni — oder war es schon im Juli? —, wo man sich über gewisse Aufgabengebiete geeinigt hat. Aber es hat so ausgeschaut, es bleibt das für die ODELGA übrig, was sich die anderen noch nicht zugelegt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben jetzt bisher Wilfling genannt als Haupteinflußperson.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war mein Fragepartner in bezug . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer waren in diesem Bereich der Verteilung des Kuchens die hauptbestimmenden Personen? Sie haben ja vier-, fünfmal verhandelt. Wer ist Ihnen dort als einflußreiche Person in Erscheinung getreten?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Als einflußreiche Person, die mir gegenübergesessen ist als effektiver Verhandler, war in erster Linie am Anfang ausschließlich Rumpold und dann anschließend auch Scharmüller dazu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und sonst niemand?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Sonst niemand in bezug auf Verteilung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Rolle hat hier Bauer? Am 8. 6. 1978 zitieren Sie Bauer. Hier bringt er den Aktenvermerk über die Verteilung des Kuchens.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Sie sagten 12. 4., aber das muß noch vorher gewesen sein. Nach den ersten eigentlich mehr allgemeinen Gesprächen habe ich gefragt: Wie wird der Kuchen überhaupt verteilt?, und da habe ich folgende Information bekommen . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das erste Gespräch, wo noch über keine Kuchenverteilung, aber über das Konzept gesprochen wurde, war am 12. 4. 1978, ein Gespräch mit Ing. Rumpold. Da ging es in erster Linie um die Mamosätze *(phonetisch),* um die Währungssicherung. Das waren Punkte aus dem sehr dicken Vertrag, der schon vorgelegen ist, der dauernd zwischen AKPE und ARGE verhandelt worden ist. Die Nebenkosten wurden damals mit 15 plus 4 Prozent veranschlagt.

Genauer ist es dann geworden — Sie sagten 19. 4., da war dann das Gespräch am 19. 4. in der ÖKODATA. Da ist die Organisation erklärt worden: Büro, Teilleiter, also Bereichsleiter. Und da hat es geheißen: 20 bis 25 Prozent für das Büro, 30 Prozent Reserve, 50 Prozent Verteilung nach . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Herr Dr. Seidler, diese Dinge kennen wir, weil sie im Protokoll stehen, das müssen Sie nicht mehr sagen. Ich habe Sie gefragt, welche Personen maßgebend sind.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war Rumpold bei diesem Gespräch. Und ich habe mich gegen diese Verteilung auch noch in einem zweiten Gespräch gewehrt, und zwar deshalb, weil ich der Meinung war, daß die 15 und 15 Prozent, die getauft waren Koordination, Akquisition, Büromiete, Material, Sekretärin, EDV, zu hoch seien, habe mir die Kosten zusammenstellen lassen und kam hier auf knapp 10 Millionen. 15 Prozent wären 17 Millionen gewesen und noch einmal 17 Millionen für Koordination, Akquisition, und ich habe daher abgelehnt, den inneren ARGE-Vertrag zu unterschreiben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das heißt, nach Rücksprache mit . . .

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, von mir selbst. Ich habe gesagt, das unterschreibe ich nicht, hier liegt keine Kalkulation zugrunde, hier stehen 9 bis 10 Millionen 35 Millionen gegenüber, das ist mir zuwenig Aufklärung. Entweder wird die Differenz von mir aus unter die Dispositionsmasse, die dann durch die Aufsichtsstelle an die ARGE-Partner vergeben wird, verteilt. Aber so in der Form akzeptiere ich es nicht, und ich habe es nicht unterschrieben.

Ich habe dann am 8. 6. 1978 in der ÖKODATA ein Gespräch gehabt allein mit Herrn Dkfm. Dr. Bauer, . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Allein?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** . . . allein, ja, der mir mitgeteilt hat, daß der Vertrag von der AKPE geschrieben wird, und ich sei der einzige, der noch nicht unterschrieben hätte. Und über die zweimal 15 Prozent, über die in der Aufteilung gesprochen werde und wo ich nicht einverstanden sei als einziger. Das verstünde er deshalb nicht, weil es eine Vereinbarung gäbe, die ich offensichtlich nicht kenne. Er hat dann ein Papier aus der Tasche gezogen, auf dem genau die Verteilung draufgestanden ist, wie ich sie vorhin gesagt habe: 15, 15, 50, 20. Ist unterschrieben, und das war ein maschinschriftliches Papier, wo mit Tinte Datum und Unterschrift eingesetzt worden ist. Ich glaube, es war der 25. oder 26. November 1977, also etwa ein Dreivierteljahr vorher. Ich habe also da drei Monate umsonst verhandelt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Seidler, wie konnte am 25. 11. 1977 die Verteilung des Kuchens bereits mit Dr. Bauer, Ing. Rumpold verhandelt werden? Konnte man damals schon wissen, daß der ABO-Auftrag so vergeben wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Keine Ahnung! Ich bin erst vier Monate später ins Unternehmen gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie stellen fest: 25. 11. 1977 wurde praktisch der Kuchen bereits mit Dr. Bauer . . .

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich weiß nicht, ob es Dr. Bauer war. Es war ein Schreiben, das unterschrieben war von meinem Geschäftsführervorgänger Dr. Wilfling mit diesem Datum, daß er sich mit dieser Einteilung einverstanden erklärt. Daher war dieses Gesprächsthema für mich nicht mehr relevant, über die 15 Prozent zu streiten, über die ich mit Rumpold drei Monate gestritten habe. Und das habe ich dann auch der Holding mitgeteilt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie konnten Sie aber am 12. 4. schon annehmen, daß der Auftrag an die ABO geht? War das am 12. 4. schon klar, als Sie das erstemal Verhandlungen geführt haben mit Rumpold, daß der ABO-Auftrag so vergeben wird an die ABO?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe angenommen, daß es da irgendwelche Vorgespräche gegeben hat, die das sicherstellen. Danach habe ich nicht gefragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als Geschäftsführer, wenn Sie mit 30 Prozent einsteigen, Herr Dr. Seidler, müssen Sie sich doch Sicherheiten geben lassen, daß der Auftrag auch so an die ABO vergeben wird.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Sicherheiten für etwas,

was ich noch gar nicht machen konnte, waren für mich nicht relevant. Ich habe noch keinen Vertrag unterschrieben, und ich habe mich zu nichts verpflichtet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich sehr intensiv um den Auftrag beworben. 30 Prozent Anteil . . .

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Es waren am Schluß ja nur 9 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Sie haben gesagt, 30 Prozent waren Ihre Zielgröße, um die ist es gegangen, um einen Auftrag, von dem Sie gar nicht wissen, ob er vergeben oder nicht vergeben wird. Oder war eine Sicherheit hier, daß er an die ABO vergeben wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Mir wurde ganz klar dargestellt, daß er vergeben werden muß, weil es höchste Zeit sei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wer hat es Ihnen dargestellt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Eigentlich alle, die mit der ABO zu tun hatten, waren dieser Ansicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also ich präzisiere: Wilfling, Rumpold, Bauer . . .

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Bauer, Scharmüller.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Diese vier Personen haben also schon im April fix sagen können, der BO-Auftrag wird an die ABO vergeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Sie haben fix damit gerechnet. Ob sie irgend etwas dazu in der Hand hatten, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die ODELGA — wenn ich wieder auf Ihr Protokoll zurückkomme — hat irgendwelche Vorleistungen vor der Auftragserteilung erbracht in der Größenordnung — das ist nicht ganz exakt ausgeführt — von 2 Millionen Schilling.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ob es die ODELGA war, das kann ich nicht sagen, das ist ein Gespräch mit Dr. Wilfling gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich lese Ihnen da aus Ihrem Protokoll vor: Aus meinen Unterlagen ersehe ich, daß ich bei dieser Sitzung auch die Mitteilung machte — ich machte die Mitteilung, also Sie —, daß Wilfling auf Grund einer Vorleistung 2 Millionen Schilling zustehen sollen. Herr Dr. Wilfling war Geschäftsführer der ODELGA. Es werden ihm diese 2 Millionen Schilling nicht ad personam, wenn Sie diese 2 Millionen Schilling einfordern, zugestanden sein, sondern als Geschäftsführer der ODELGA. Sie haben diese Forderung ja gestellt.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Augenblick, ich sage Ihnen gleich, wie das gelaufen ist. Es wird ein bissel dauern, aber ich werde es finden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Datum 9. 6.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da steht es schon. Das war ein Gespräch mit der ÖKODATA, und da hat mir Wilfling gesagt, ich möge dem Ing. Rumpold sagen, daß Vorleistungen von 2 Millionen Schilling geleistet worden seien. Welcher Art diese Vorleistungen waren, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Ihnen Rumpold daraufhin geantwortet?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie diese 2 Millionen Schilling weiter eingefordert?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe nach diesem Gespräch mit Bauer kein einziges Gespräch mehr mit ÖKODATA geführt, außer dem Gespräch, wie es dann hineinzukommen hat in die MED-CONSULT. Aber über diese Verteilung und so weiter und Vorleistungen habe ich kein Wort mehr gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Wilfling Ihnen mitgeteilt, als Sie ihn benachrichtigten, daß Rumpold nicht zahlen will?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er hat mir nur gesagt, ich möge das Rumpold mitteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja es muß ja eine Reaktion sein.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er hat offensichtlich von mir keine Reaktion erwartet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie 2 Millionen Schilling einfordern, der Partner sagt nichts, was tun Sie normalerweise?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich suche nach Unterlagen, die meine Forderung begründen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie das getan?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die gab es nicht. Zumindest bei mir nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie es versucht?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** In der ODELGA gab es sie nicht, denn die Betriebsberatung wurde allein in diesen Räumlichkeiten, wo ich tätig war, ausgeführt, und dort habe ich so ziemlich jedes Papier gekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo könnte es die Unterlagen über diese Forderung geben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich könnte mir nur vorstellen, daß Dr. Wilfling diese Unterlagen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Seidler! Dr. Wilfling sagt Ihnen: Fordern Sie 2 Millionen Schilling ein! — Sie nehmen das einfach hin, ohne daß Sie den Dr. Wilfling fragen, warum, wofür, was hat das für einen Zusammenhang? 2 Millionen Schilling ist für mich ein relativ großer Betrag. Sie gehen einfach darüber hinweg. Sie sind Geschäftsführer der ODELGA. Das muß Sie doch aufhorchen lassen.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Beratungstätigkeit des Dr. Wilfling war ja eine zweifache. Er hatte daneben noch einen Sondervertrag mit der Stadt Wien bezüglich Beratung, der mit seinem Ausscheiden als handelsrechtlicher Geschäftsführer aus der ODELGA annulliert worden ist.

Die Betriebsberatungsunterlagen waren nicht in der ODELGA. Es gab keine Betriebsberatungsunterlagen in der ODELGA, weil Dr. Wilfling mir auch einmal gesagt hat, er hat sie grundsätzlich weitergegeben. Vielleicht hat er einzelne Teile davon bearbeitet, aber das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Fühlten Sie sich als privater Eintreiber von Forderungen des Dr. Wilfling? Sind Sie in solcher Form aufgetreten, um private Forderungen des Dr. Wilfling irgendwo einzutreiben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das kann ich nicht sagen. Aber zwischen Dr. Wilfling und mir bestand ein Verhältnis nicht wie zwischen einem Vorgänger und einem Nachfolger, sondern er war ja gleichzeitig auch mein größter Kunde; er war in allen Kreisen bestens angeschrieben, und bei gewissen Dingen, wo ich beim zweiten, dritten Mal gemerkt habe, daß keine Reaktion kommt, habe ich es aufgegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben jetzt gesagt: beim zweiten, dritten Mal.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das habe ich gar nicht, weil es war nichts da. Auf Grund wovon hätte ich fordern sollen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt noch einmal. Haben Sie Dr. Wilfling gefragt, worauf beruht diese Forderung?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe ihn nicht gefragt. Er hat mir gesagt, ich möge das ins Gespräch bringen. Aus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann darf ich Sie noch einmal fragen. Sie sind zwar bereits befragt worden in dieser Richtung.

Welche Vorstellung hatten Sie als Geschäftsführer der Firma ODELGA, als hauptverantwortlicher Geschäftsführer, den ABO-Auftrag durch die ODELGA erfüllen zu lassen? Sie haben gesagt, Sie hätten versucht, Personen anzuheuern. Sie haben das Wort verwendet.

Wie hätten Sie das machen können?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Möglichkeit, die reell bestanden hat, war entweder, von einer großen Betriebsberatungsfirma jemanden abzuheuern, und der seinerseits soll sich wieder Leute anheuern. Das waren Geldbeträge in einer Größenordnung, die rein vom Salär für mich nicht entscheidbar waren, denn ich hatte ein Limit von, ich glaube, 27 000 S. Dann hätte ich zur Holding gehen müssen, und die Gehälter, die hier verlangt worden sind, sind weit über meinem Gehalt gelegen.

Dazu muß ich allerdings noch sagen: Nachdem sehr bald die Idee der Abwicklung in der MED-CONSULT, also in einer Tochtergesellschaft, konkret war, habe ich mich mit der Frage weniger beschäftigt, denn in dem Augenblick, wo ich in meinem Hause eine Betriebsberatung aufgezogen hätte, hätte ich diese ja kontrollieren können müssen. Und dazu hat es mir sowohl zeitlich wie fachlich gefehlt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich bin also richtig, wenn ich feststelle, daß die ODELGA eine Strohfirma für die Übernahme eines Auftrages im Zusammenhang mit der Betriebsberatung AKH sein sollte?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ob sie sein sollte, weiß ich nicht. In bezug auf den ABO-Vertrag habe ich nur festgestellt, ich kann ihn gar nicht machen. Aber die Gespräche waren so weit gediehen, und die Arbeiten wurden bereits begonnen, daß ich es nicht mehr killen konnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie war es also. *(Abg. Dr. Kohlmaier, ÖVP: Das war wieder einmal eine nicht protokollierbare Handbewegung!)*

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, wenn Sie immer in das Mikrophon hineinsprechen, denn Handbewegungen können wir nicht protokollieren beziehungsweise darf ich feststellen, daß wir ins Protokoll schreiben an der Stelle: Der Zeuge zeigt mit der Hand bejahend. Und jetzt sagen Sie uns etwas dazu.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die ODELGA hätte sicherlich die Möglichkeit gehabt, wenn nicht ein so gedrängtes Programm an anderen Schwerpunkten vorgelegen wäre, zu einem günstigeren Zeitpunkt eine Betriebsberatung aufzubauen.

Obmann Dr. **Steger:** Danke.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind jemals Geldbeträge im Zusammenhang mit der Betriebsberatung vom AKH, also von der AKPE, an die ODELGA geflossen? Ich denke jetzt nicht an die anderen Aufträge. Betriebsberatung.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Betriebsberatung? Nein. Betriebsberatung ABO? Nein. Der Empfänger war ja MED-CONSULT.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann fragen: War daran gedacht, daß durch die ODELGA diese Aufträge an andere Firmen oder — Sie haben das Institut in Kopenhagen für Funktionsanalyse bereits genannt — an dieses Institut Aufträge weitergegeben werden sollten, oder sind sie weitergegeben worden? Waren noch andere Firmen im Gespräch, in Deutschland insbesondere, an die Aufträge von der ODELGA hätten weitergegeben werden sollen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** In Deutschland nein. In Österreich für ein Spezialgebiet, den Reinigungssektor und die Organisation der Reinigung, ein gewisser Herr Wagner.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Beziehungen hatte Wilfling — ODELGA zu Wagner?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Welche Beziehung ODELGA zu Wagner hatte, kann ich nicht sagen. Ich kenne ihn nicht. Ich kenne nur seine Telephonnummer. Die habe ich da irgendwo hinten stehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die brauchen wir nicht.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich kenne ihn nicht, ich habe ihn nie gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Wagner für ODELGA oder im Auftrag von ODELGA gemacht?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Also für ODELGA gar nichts. Ob früher Aufträge von ODELGA an Wagner gegeben worden sind, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hätte Wagner machen sollen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Wagner hat an einem Konzept für die Organisation der Reinigung in einem Krankenhaus gearbeitet. Dr. Wilfling als Gewerberechtler hat mir gesagt, daß er darin beschlagen sei und Erfahrung hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel Geldbeträge, welche Summen hat Wagner hiefür in Empfang genommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Wenn mich nicht alles täuscht, waren das 400 000 S oder so irgend etwas.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Beziehungen Wilfling zu Wagner?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich kenne sie nicht. Ich kann Ihnen nur das kolportieren, was mir kolportiert worden ist: daß Wagner die Firmen, die Reinigungsfirmen übernommen hat. Wilfling war ja, glaube ich, früher im Reinigungssektor tätig, und Wagner hat diese Firmen dann übernommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Rolle hat der Vorstandsdirektor Schwaiger im Zusammenhang mit der ODELGA oder bei der ODELGA gespielt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er war im Aufsichtsrat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Seit wann?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war etwa ein Jahr, bevor ich zur Firma gekommen bin. Ich glaube, die Bestellung war immer im Juni, so müßte es Juni 1977 gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Schwaiger in besonderer Weise Einfluß genommen auf die Geschäftsführung der ODELGA?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie Gespräche mit Schwaiger?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Angelegenheit?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Mit Schwaiger hatte ich Gespräche in bezug auf gewisse Kunden, wo ich ihn gebeten habe, daß er mir Namen, Kontaktpersonen nennen möchte, wo ich mich hinwenden könnte. Konkrete Geschäftsfälle wurden während meiner Zeit nie im Aufsichtsrat besprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden konkrete Geschäftsfälle im privaten Gespräch beziehungsweise im geschäftlichen Gespräch zwischen Ihnen und Schwaiger besprochen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein. Ich habe mit Dkfm. Schwaiger vielleicht vier oder fünf Gespräche insgesamt geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um welche Kunden ist es dabei gegangen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da müßte ich nachschauen. Wenn es also irgend etwas von Bedeutung war ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um Personen, die mit dem AKH zu tun haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, nein, ganz außer-

halb. Es war also ein Kunde, kann ich mich erinnern, wir haben uns beworben um die Ausstattung eines Krankenhauses mit chirurgischen Instrumenten, eines Privatkrankenhauses. Da haben wir Schwierigkeiten gehabt, zu dem Auftrag zu kommen, obwohl wir Bestbieter waren. Und da habe ich ihn gefragt, wen ich dort kontaktieren könnte. Es ist nichts daraus geworden. Das heißt, der Auftrag ist etwas geworden, aber ohne Intervention von irgendwem. Wir haben das also intern, vier Mann, versucht, über die Bühne zu ziehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dr. Seidler, genau die gleichen Schwierigkeiten, die bei Ihnen waren, nämlich bei der ODELGA, waren ja auch bei der MED-CONSULT in bezug auf gewerberechtlichen Nachweis der Befähigung. Wer hat die gewerberechtlichen Belange wahrgenommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe das mehrmals mit Herrn Enerwitschläger besprochen. Er hat mir gesagt, er hätte die gewerberechtliche Geschäftsführung eingereicht, und solange kein negativer Bescheid da sei — so hätte ihm sein Anwalt gesagt —, könnte er das Gewerbe ausüben. Er würde die Gewerbeberechtigung bekommen.

Ich habe das noch einmal, nachdem keine Erledigung erfolgt ist, im September 1979 aufgerollt, also ein Jahr später, als ich hörte, daß noch immer keine gewerberechtliche Bestellung erfolgt ist, und habe ihn gebeten, mir schriftlich bekanntzugeben, von welchem Anwalt er diese Auskunft bekommen hat, und daß er ohne Erteilung das Gewerberecht ausüben könnte. Er hat mir dann zurückgeschrieben — da gibt es einen Brief —, daß er die Gewerbeberechtigung sowieso angemeldet hat und ausüben könne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie ist das Problem schlußendlich gelöst worden?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Bis zu meinem Abgang — ich habe nach dem Ausscheiden von Dr. Wilfling selbst um die Erteilung der Gewerbeberechtigung für Betriebsberatung eingereicht, die ist mir im November 1979 abgelehnt worden —, bis zu diesem Zeitpunkt hat Enerwitschläger keine Ablehnung erhalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber MED-CONSULT hat eigentlich keine Person ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Keinen bestellt. Und er hat mir gesagt, es genüge die Anmeldung, er bräuchte nicht die Bestellung. Solange die Behörde sie nicht abgelehnt hätte, dürfte er das Gewerbe ausüben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie dann im weiteren, daß MED-CONSULT Aufträge an die TECHMED vergibt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie informiert worden? Von wem?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war relativ bald. Das war also eigentlich nach dem Gespräch, das am 3. August war, glaube ich. *(Blättert in seinen Unterlagen.)* Am 3. August 1978 war ein Gespräch mit Herrn Enerwitschläger und einem Herrn Ing. Steffl, der einer seiner Mitarbeiter war, und da wurden die dann schon definitiven Aufträge, die also die MED-CONSULT durchzuführen hatte, besprochen, auch in ihrem wertmäßigen Aufwand. Da ist dann auch besprochen worden, wie lange macht die Funktionsdiagnostik, also das IFH, welche Geschichten, und wer macht dann was. Da wurde dann auch davon gesprochen, daß einen Teil davon — welchen Teil, kann ich Ihnen nicht sagen — Herr Versloot übernimmt. Aber im wesentlichen ging es um das Gütersystem, um Desinfektion, Sterilisation.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und nun sind an die Firma Boviropa — Sie wissen davon — am 19. 6. 1978 auf ein Konto, auch bei der Chasebank in St. Helier, 90 000 holländische Gulden überwiesen worden von der ODELGA. Wie sind Sie mit der Boviropa in Kontakt gekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war ein längeres Wochenende, das ich dazu benützt habe. Wir haben uns Anfang Mai, muß das gewesen sein *(blättert in den Unterlagen)* — ja, es war am 4. Mai —, wir, das heißt Dr. Wilfling, Herr Haas — das war der Anlagenmann von der ODELGA — und ich, in Amsterdam getroffen bei der Firma Boviropa, beim Herrn Dr. Versloot. Der Zweck war, daß ich eingeführt wurde beim Dr. Versloot, der ein sehr, na sagen wir eigenwilliger Mensch ist. In der Vergangenheit, etwa zwischen 1974 und 1977, hat die ODELGA, glaube ich, 14 oder 17 Anlagen nach Holland geliefert. In Holland ist dann leider etwas aufgetreten, was es in Österreich nicht gibt. Das geht jetzt aber leider ein bissel ins Technische. Es ist in Holland üblich, reine Instrumentensterilisation durchzuführen, während es bei uns gemischt ist. Die Geschichte, die damit im Zusammenhang steht, ist, daß das Sterilisationsgut der Instrumente nicht trocken wird, damit nicht steril ist und damit nicht brauchbar ist. Da hat es also größere Schwierigkeiten gegeben. Da sind Anlagen ausgetauscht worden während dieser Zeit, und dauernd waren Einstellungen. Das Problem haben wir auch in Österreich gehabt, das Problem haben wir auch in einzelnen Anlagen in Jugoslawien gehabt.

Bei diesem Gespräch am 4. Mai wurde ich

also dem Dr. Versloot vorgestellt. Er hat mir erzählt, was er so tut und wo er tut, also in Indonesien beispielsweise, was er da für Anlagen stehen hat und welche Geschäftsmöglichkeiten er in Holland sieht; also in Roermond *(phonetisch)* soll so eine Anlage kommen für 500 Betten, und in einem anderen Ort, was da für Möglichkeiten bestünden. Aber er mache das davon abhängig, es sind also ungeheuer große Garantieleistungen durch ihn zu bewältigen gewesen, die eigentlich nicht in der Vereinbarung — es gab ja eine Vereinbarung, einen Vertrag mit Dr. Versloot — inbegriffen seien. Wenn ich mich recht erinnere, muß das umgerechnet über eine Million Schilling gewesen sein. Es müssen so 150 000, 160 000 Gulden gewesen sein, die er gefordert hat als Ablösung für seine von ihm zusätzlich geleisteten Arbeiten, die er für diese Anlagen zu erstellen hatte. Darüber war ich praktisch überhaupt nicht informiert. Ich war zwei Monate im Haus. Ich habe nur gehört, daß Holland in der Produktion und bei den Technikern bei uns ein Trauma war. Hollandlieferungen sind also immer mit Angstschweiß verbunden gewesen.

Dr. Wilfling hat dann lange mit Dr. Versloot verhandelt und hat das dann heruntergedrückt, ich weiß nicht, auf 90 000 oder 100 000 Gulden. Wie sich die dann einig waren, hat mich Dr. Wilfling gefragt: Na also, bitte, ich bin ja nicht mehr zuständig, Herr Dr. Seidler, sind Sie damit einverstanden? Worauf ich nolens volens ja sagen mußte angesichts der Aufträge, die zu erwarten waren, und vor allem des Indonesiengeschäftes, wo also die Preise etwas besser waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es Geschäftsbeziehungen zwischen der Boviropa und ODELGA?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Jahrelang ja. Er war ja Generalvertreter der ODELGA in Holland. Ich weiß nicht, seit wann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum wurde das Geld dann nach Jersey überwiesen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Auf Wunsch von Dr. Versloot. Er möchte das Geld haben an die Hospit Limited *(phonetisch)* in Jersey.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben das ohne Widerwillen gemacht?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Der Gläubiger hat das Recht, die Ankunft zu bestimmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie dann noch fragen: Wie war es? Es gab einen Vertrag nach Einflußnahme von Generaldirektor Machtl im Zusammenhang mit der Schaffung, mit dem Einbau von Trennwänden. Und hier hätte die ODELGA gewisse Leistungen erbringen sollen gemeinsam mit Prutscher. Der Auftrag hatte eine Größenordnung von 12 Millionen Schilling. Ich glaube, bezahlt worden ist eine Million Schilling.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein. Das war überhaupt etwas anderes. Ich wurde von Dr. Machtl zu einem Gespräch gebeten, und zwar, glaube ich, an einem Mittwoch nachmittag. Es könnte gewesen sein entweder der 26. April — Moment. *(Blättert in den Unterlagen.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im September 1979 ist der Beratervertrag abgeschlossen worden zwischen ODELGA und ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das ist fünfviertel Jahre hin und her gegangen.

Ich glaube, es muß der 26. April gewesen sein. Da wurden wir informiert, daß sich in einem Gespräch mit Dr. Machtl Apfalter bereit erklärt hätte, in einem Beratungsvertrag Spitals-Know how der ODELGA zu übernehmen und gewisse Leistungen auszuführen, ursprünglich war gedacht an die Überwachung des Wiener Bereiches im AKH — unsere Leute von der Medizintechnik waren ja praktisch jeden Tag, wirklich jeden Tag, im Gebäude —, daß dafür ein Betrag von 12 Millionen Schilling zur Verfügung stünde. Ich habe dann angefangen, mit den Herren Gassner, Wicha und Eisler zu sprechen über den Vertrag. Denn die Vertragsausarbeitung ist dann wie üblich in der Holding erfolgt, in der Rechtsabteilung. Der Vertrag ist dann — es hat sich hinausgezogen —, glaube ich, wie Sie gesagt haben, im September 1979 erst unterschrieben worden. Wenn ich mich recht erinnere, war die Vereinbarung dann so, daß zweimal im Jahr, durch sechs Jahre hindurch, eine Million zu überweisen gewesen wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wieviel ist überwiesen worden? Eine Million?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nachdem ich im Dezember ausgeschieden bin und der erste Zahlungstermin, glaube ich, der 1. Oktober war, ist eine Million Schilling überwiesen worden. Dann weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat die ODELGA geleistet für diese eine Million?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe das so gesehen, daß das Know how auch Geld kostet ohne eine Leistung, und ich habe es von meiner Seite aus so gesehen:

Erstens war mir klar, daß die nächsten zwei, drei Jahre nicht gerade rosig sein werden auf Grund der österreichischen Situation. Rückgang, also der Boom war vorbei im Krankenhauswesen. Ich war also dankbar für Geld. Für mich hat sich die Sache so dargestellt, daß ich etwa die Hälfte des Betrages als Know how in

Empfang nehme und für die andere Hälfte Leistung erbringen müßte. Ich habe mir damals ausgerechnet, wieviel Mann/Monate das gewesen wären. Das schien mir durchaus wahrscheinlich, und zwar auch im Zusammenhang mit einem Vertrag, den ich mit der VOEST abgeschlossen habe. Das muß im September 1978 gewesen sein. Da wurden die Naßzellen vergeben. Da hat es laufend Änderungen an der Baustelle gegeben. Wenn wir vorgefertigt hätten, hätten wir das Zeug wegschmeißen können. Dasselbe scheint auch bei der VOEST gewesen zu sein. Das war also jetzt der interne Sektor, der österreichische Sektor.

Mir ist etwas anderes vorgeschwebt: Nachdem diese Trennwände ein System sind und die Baukosten, wenn sie nach Maß gefertigt werden im Spital, immer höher werden und dann nach zwei Jahren umzubauen begonnen wird, schien mir ein mobiles System unerhört günstig, vor allem für den Export. Das hat sich gedeckt mit meiner Intention, im Verlauf von ein bis eineinhalb Jahren in der ODELGA Standardkrankenhäuser samt Einrichtung zu entwerfen, jetzt nicht baulich, sondern rein einrichtungsmäßig, für gewisse Größenordnungen von Spitälern, wo man mit der VOEST dann über die bauliche Konzeption in dem Einheitssystem hätte sprechen können. Ich habe mir davon versprochen, daß ich bei der VOEST, wenn sie also einen Spitalsauftrag im Ausland bekommt, einen Richtungsauftrag, lieferungsmäßig mit den Einrichtungen mitziehen kann, weil die VOEST ja praktisch in jedem Staat der Erde vertreten war und wir nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie der VOEST eine Honorarnote geschrieben als Grundlage für die Bezahlung dieser einen Million Schilling, oder wie sieht hier die Rechnung aus? Gibt es da keine Rechnung?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich weiß jetzt nicht, ob eine Rechnung geschrieben worden ist. Wenn eine Rechnung geschrieben worden ist, dann könnte sie nur gelautet haben: Gemäß Vertrag vom ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie, daß die Firma Prutscher bei diesen Trennwänden — es geht hier um diesen Vertrag — zunächst dabei war und dann aus der Bietergemeinschaft ausgeschieden ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das wurde mir am Telephon vom Herrn Prutscher nach diesem Auftrag, den ich Ihnen gerade geschildert habe, erzählt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Im September 1979.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Also nachdem er unterschrieben worden ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja. — Ich weiß von diesem Auftrag überhaupt nichts. Es gab nur ein Gerücht. Das muß irgendwann vor meiner Zeit gewesen sein. Ich habe mit diesem Trennwandauftrag nie etwas zu tun gehabt. Ich habe nie etwas davon gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welcher Prutscher war es?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Christoph Prutscher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Christoph Prutscher.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich weiß nicht, ob er Doktor ist. Keine Ahnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat er Ihnen mitgeteilt? — Er ist nicht Doktor, der Christoph.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er hat mir gesagt, daß er bei einem Auftrag herausgeflogen sei.

Ich muß jetzt diesen anderen Auftrag zuerst erzählen, damit Sie das verstehen. Es war also so: Bei diesem Auftrag Naßzellen setzten sich VOEST, ODELGA und Prutscher zusammen, um Angebote zu machen, und zwar: ODELGA sollte ihre Leistung, die 4 Millionen Schilling hoch war, an den Prutscher offerieren, Prutscher bringt es mit seinem Anteil an diesem Auftrag in das Angebot der VOEST ein, oder Prutscher und VOEST geben extra je ein Angebot ab. Die Preise sind nicht ausgetauscht worden. Am Montag, weiß ich noch, war die Eröffnung am Nachmittag um 3 Uhr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war in welchem Monat? *(Der Zeuge blättert in den Unterlagen.)* Das ist nicht so wichtig. Das habe ich auch gar nicht gefragt.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Entweder September oder Anfang Oktober war das dann so: An einem Donnerstag hat mich dann der Herr Prutscher angerufen und hat gesagt: Sie, ich nehme an der ganzen Geschichte nicht teil, ich steige aus. Da habe ich gesagt: Ja Herr Prutscher, und ich bleibe übrig mit meinem zwar kleinen Betrag, aber immerhin, für mich sind 4 Millionen auch etwas. Ja, hat er gesagt, da reden wir noch darüber. Ich habe dann nichts mehr von ihm gehört.

Am Montag um 11 Uhr hat mich die VOEST angerufen, was jetzt eigentlich sei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist der Naßzellenauftrag?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja. — Ihr würden fehlen jene Preise und die Beschreibung für das Angebot, das am Nachmittag abzuliefern ist, das von ODELGA kommen sollte, ob wir einen Vertrag machen könnten. Ich habe, glaube ich,

noch einmal angerufen bei Prutscher, er war aber nicht erreichbar. Ich bin dann in die Prinz Eugen-Straße zur VOEST gefahren, habe dort einen Vertrag geschlossen, der so gelautet hat, daß, wenn die VOEST den Auftrag gewinnt, die ODELGA ihren Anteil daraus erhält. Gewinnt ihn beispielsweise Prutscher — es war ja noch ein Anbieter da —, dann bin ich frei, ihm als Zulieferant zu dienen.

Obwohl diese Lösung in meinen Augen von meiner Seite her die einzig richtige für die ODELGA war, weil sie den höchsten Nutzen oder einen möglichst höchsten Nutzen für ODELGA gebracht hat, war Herr Prutscher sehr darüber verärgert und hat mir dann etwas von einem — wie haben Sie gesagt? — Trennwandauftrag durch das Telephon gesagt, wo er kooperiert hätte, als Lieferant die ODELGA vorgesehen hätte und dann die ODELGA irgendwann irgendwie ausgestiegen sei.

Mehr kann ich Ihnen darüber nicht sagen, weil ich den Fall leider nicht kenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie noch zum Abschluß fragen: Wußten Sie, haben Sie bezahlt, das heißt, hat ODELGA bezahlt für Reisen des Herrn Dr. Wilfling nach Übersee?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Bevor ich gekommen bin, waren das Reisen im Rahmen der Betriebsberatung, die Dr. Wilfling übernommen hat, selbst bearbeitet hat, und das waren Reisen zur Information, was es auf dem Sektor überhaupt Neues gibt. Er hat dort Kontakte gepflogen und sich auch nach Lieferanten oder nach Neuigkeiten auf dem Markt umgesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ODELGA hat bezahlt dafür?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich weiß nicht, ob sie alle bezahlt hat, das weiß ich nicht, aber sie hat sicher Reisen bezahlt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie als Geschäftsführer geprüft, ob hier Wilfling für ODELGA tätig geworden ist oder ob er die Reisen aus anderen Zwecken gemacht hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Doch, doch, das war ja vorhanden. Wir haben ja dann Unterlagenmaterial von medizintechnischen Geräten paketeweise bekommen. Skurrilerweise konnten wir sie zu diesem Zeitpunkt nicht verarbeiten, weil unser Vertriebsleiter nicht Englisch konnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weil der Vertriebsleiter nicht Englisch konnte, konnten die Erfolge von Herrn Wilfling nicht realisiert werden.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Sonst hätte es die Sekretärin Wort für Wort und Zeile für Zeile übersetzen müssen. Darum war ja auch eine Änderung der Vertriebsleitung vorgesehen, die ja dann kurz vor meinem Ausscheiden tatsächlich erfolgt ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ODELGA hat Tausende von Schillingen Reisespesen des Herrn Dr. Wilfling bezahlt? — Das war ein Nikken, das man protokollieren sollte.

Die Frage mit dem Sparbuch: Sie kennen die Geschichte mit dem Sparbuch, das haben wir schon x-mal diskutiert, das ist auch in den Zeitungen abgehandelt worden. 240 000 S haben Sie überweisen lassen auf das Sparbuch Nr. 101 ... Kennen Sie nicht.

Sie haben den Auftrag erteilt, aus dem Sparbuch der Länderbank 240 000 S an die Zentralsparkasse überweisen zu lassen in Zusammenhang mit Krcal.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein. Bitte, die Krcal-Geschichte kenne ich ganz anders.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie hier keinen Auftrag erteilt von der ODELGA, aus einem Sparbuch der ODELGA ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich erzähle Ihnen nur, was ich weiß, und zwar eigentlich weiß, nachdem ich ausgetreten bin. Da gab es einen Betriebsberatungsauftrag, möglicherweise war das die Ist-Aufnahme AK, und zwar war das ein Auftrag, wenn ich mich nicht täusche, von 6,7 Millionen. Ich weiß das nur aus der Bilanz, weil ich mich bei der Bilanz alteriert habe, daß von den 6,7 Millionen nur 600 000 S im Lande geblieben sind. Das war für mich also eigentlich nur eine Umsatzaufbauschung. Das war es eigentlich zu dem Zeitpunkt.

Dann kam eines Tages — ich habe aber keine Verbindung zu Krcal oder irgend etwas gesehen, Krcal kenne ich nicht — meine Prokuristin, also die Chefin des Rechen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wußten Sie, daß Krcal für die ODELGA gearbeitet hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein. Der Name Krcal ist zweimal gefallen. Das hat mich auch schon Dr. Delabro gefragt. Ich habe in meinem Heft Zeile für Zeile durchgelesen. Einmal ist er, aber ohne Zusammenhang, erwähnt worden in der ÖKODATA, und zwar — ich weiß jetzt nicht — das eine Mal als Mitarbeiter der Hochschule für Welthandel und ein anderes Mal ist er auch wieder ohne Beziehung zu irgend etwas erwähnt worden von Dr. Wilfling als Mitarbeiter des Boltzmann-Institutes.

Dann irgendwann im Juli oder Juni 1978 wurde mir von der Frau Lambert ein Schreiben vorgelegt, von ihr vorunterschrieben — das war bei uns Gesetz, daß der entsprechende Abteilungsleiter Vorunterschrift zu leisten hat —, daß ein Sparbuch in der Länderbank, das nicht

im Besitz der ODELGA ist, also nicht zum Vermögen der ODELGA gehört, wir hätten das verwahrt oder irgend etwas, dem Chauffeur übergeben werden sollte. Ich sollte also diese Vollmacht der Abholung für den Chauffeur unterschreiben, und das tat ich. Dann weiß ich nichts mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also die Vollmacht unterschrieben, ein Sparbuch bei der Länderbank abzuholen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das nicht im Vermögen der ODELGA ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist das nicht etwas fahrlässig, eine Unterschrift zu geben, daß jemand Dritter ein Sparbuch abholt, ohne daß Sie wissen, wem das Sparbuch gehört, ohne zu wissen, was auf dem Sparbuch draufsteht, ohne zu wissen, wer über das Sparbuch verfügen kann, das Sparbuch einem Chaffeur zu übergeben? Ist das nicht etwas fahrlässig?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das glaube ich nicht, denn wenn es kein Vermögensbestandteil der ODELGA ist — das hat mir die Frau Prokurist Lambert bestätigt —, dann ist es für mich nicht mehr relevant.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie haben mit Ihrer Unterschrift dieses Abholen ermöglicht.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja, weil es in unserem Depot, oder was das war, dort gelegen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben die Frage gehört von Dr. Kohlmaier: War es Aufgabe der Firma ODELGA, Sparbücher von Dritten zu verwahren? Haben Sie mehrere Sparbücher verwahrt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Es gab — so hat mir Dr. Wilfling erzählt —, wie er in die Firma gekommen ist, 1970, eine Unmenge von Sparbüchern in der ODELGA, und zwar deshalb, weil der frühere Geschäftsführer, wenn er eine Anzahlung bekommen hat, das Geld, das er als Anzahlung bekommen hat, auf ein Sparbuch gelegt und nur nach dem Fortgang der Arbeit Geld in den Betriebsmittelkredit eingeführt hat. Also die Firma war, sagt er, wie er gekommen ist, superliquid, weil also der Geschäftsführer das Geld immer nur nach Fortgang der Arbeit in der Firma als Betriebsmittel zu Verfügung gestellt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns Namen nennen, auf die solche Sparbücher gelautet haben? ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Keine Ahnung. — Mir nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber als Sie gekommen sind, gab es diese Sparbücher. Sie sind Geschäftsführer geworden, und Sie haben mit Ihrer Unterschrift die Herausgabe dieser Sparbücher verfügen müssen.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Es gab ein Sparbuch, an das kann ich mich erinnern — aber die Summe weiß ich nicht mehr —, da war die Frage von der Frau Lambert, ob wir den Betriebsmittelkredit erhöhen oder ein Sparbuch auflösen und dem Betriebsmittelkredit zuführen sollen. Na selbstverständlich, bitte, zuführen, weil die Zinsen am Sparbuch waren 4,5 Prozent, und der Betriebsmittelkredit war 9¼ Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Dr. Seidler, Sie haben jetzt gesagt, es gab eine Unmenge von Sparbüchern. Sie können ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Sagte man. Nicht zu meiner Zeit! So hat mir Dr. Wilfling gesagt, wie er die Firma übernommen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf wen lautete dieses Sparbuch, das Sie jetzt genannt haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe es nie gesehen. Dafür ist ja das Rechnungswesen da, daß es diese Finanzabwicklungen durchführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich hätte nur eine Zusatzfrage: Wer weiß denn über diese Sparbücher Bescheid?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Frau Prokurist Lambert, Chefin des Rechnungswesens.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie, das heißt, die ODELGA an irgendwelche Stellen Spenden gemacht, Zuwendungen gegeben, karitativen Zwecken, an gemeinnützige Vereinigungen? Fußball-, Sportvereine?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** An Sportvereine habe ich einmal bezahlt, glaube ich, 25 000 S.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war ein Wiener Neustädter Fußballverein — oder war es ein Schwimmverein, das weiß ich nicht mehr. Dann habe ich einmal bezahlt nach Jugoslawien ein Banner für einen Fußballklub, das waren, glaube ich, 9 000 S. Es waren also minimalste Beträge. Ich war diesbezüglich ja leider als sehr knausrig verschrien.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sonst an irgendwelche Personen privat aus Ihrem Vermögen Spenden geleistet?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja, an Polen aus meinem Privatgeld, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Diese 1 Million Schilling, die hier von der VOEST gekommen

ist, gab es da aus diesem Betrag irgendwelche ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Keine Verpflichtung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die MEDIPLAN?

Haben Sie Beziehungen gehabt mit der MEDIPLAN?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ich darf noch gleich dranhängen: Haben Sie sonst Parteien etwas bezahlt? — Der Herr Abgeordnete wollte die Richtung haben.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ...

Obmann Dr. **Steger:** ... nur der ÖVP gewesen wäre, könnten Sie es auch bekanntgeben.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich war, wie das so heißt, Blutgruppe 0.

Obmann Dr. **Steger:** ... jetzt aus Betriebsmitteln.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sparbücher, die zum Beispiel vergeben werden. Ist Ihnen nichts bekannt? *(Dipl.-Ing. Dr. Seidler verneint.)*

Herr Zeuge! Kam es nach Ihrer Bestellung zum Geschäftsführer der ODELGA zu einem Gespräch mit Prutscher, in dem dieser erklärte, daß für den Fall, daß sich die Geschäftsbeziehungen ODELGA — Prutscher einspielen, das nicht zu Ihrem Nachteil sein wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ein solches Gespräch hat es gegeben, allerdings nicht in der Form und auch nicht mit der Prämisse, sondern das war anläßlich der Gründung der MED-CONSULT, daß es eine ganze Reihe von Geschäftsmöglichkeiten gäbe, und man könnte also viel Geld verdienen, und das wäre sicherlich auch nicht zu meinem Nachteil. Wobei ich ganz ehrlich sagen muß, „nicht zu meinem Nachteil", habe ich mich immer als ODELGA gesehen. Ich habe grundsätzlich mich identifiziert mit dem Unternehmen. Ich habe also nie daran gedacht, daß es für mich persönlich irgend etwas hätte gewesen sein sollen.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, kann es so gemeint gewesen sein, wenn Sie es sich rückschauend anschauen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Rückblickend sieht manches anders aus, als ich es damals aufgefaßt habe, ich war aber leider zu neu.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind ja jetzt nicht mehr dort. Warum sind Sie denn nicht mehr dort?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** In meinem Dienstvertrag steht drinnen, daß ich gekündigt werden kann ohne Angabe von Gründen. Und das ist auch erfolgt.

Obmann Dr. **Steger:** Und ist Ihnen irgend etwas gesagt worden?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie sonstige Informationen, wodurch Sie glauben zu wissen, warum Sie gekündigt ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich muß ehrlich sagen, da muß ich mich auf die Presse berufen, in der ich mehrfach geziehen worden bin, daß ich mich bei gewissen Geschäften quergelegt hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Was hätten?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** „Quergelegt" ist der Standardausdruck gewesen, der ...

Obmann Dr. **Steger:** Und wenn Sie das mit dem Satz jetzt in Verbindung bringen, daß es nicht Ihr Nachteil sein wird, wenn sich das einspielt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das könnte durchaus sein.

Obmann Dr. **Steger:** Daß es ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe mich auch hinsichtlich Gewerbeberechtigung quergelegt, und das war ein ziemlicher Eklat.

Obmann Dr. **Steger:** Was machen Sie denn jetzt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich bin Geschäftsführer in einer Pharma-Firma, die ich früher vertreten habe.

Obmann Dr. **Steger:** Mit dieser Frau Prokurist Lambert, die da die Sparbücher alle kennt — ich bin an sich auch ein Sparbuchfetischist, ich möchte immer gerne hören, wo die hingehen und woher die kommen —: Wie heißt denn die mit dem Vornamen, und wissen Sie da auch etwas Näheres? Ist die noch in der Firma?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich nehme an, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sie war zu Ihrem Zeitpunkt Prokuristin in der ODELGA.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** die Chefin des Rechnungswesens, des gesamten Rechnungswesens.

Obmann Dr. **Steger:** Susanne.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** ... den Vornamen? — N. Lambert.

Haben Sie Kenntnis über eine Intervention

der Firma Prutscher im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Olympusgeräten?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Ob Sie Kenntnis haben über eine Intervention der Firma Prutscher im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Olympusgeräten?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war ein Brocken, den ich 24 Stunden nach meinem Beginn zu lösen hatte. Die Geschichte war folgendermaßen:

Ich bin am 13. Feber eingetreten, und am 14. Feber saßen vier Firmenangehörige vor mir, zitterten wie Espenlaub und sagten: Das geht schief und das geht schief, den Auftrag kriegen wir nicht, wir fliegen raus bei der Krebsliga!

Den Sachverhalt des ganzen Geschäftes habe ich dann rekonstruieren müssen, weil ich innerhalb von vier Stunden eine Entscheidung treffen mußte.

Im Jahr 1977 hat unser Endoskopie-Vertreter die verschiedenen Spitäler bearbeitet in bezug auf die endoskopischen Geräte und hat Aufträge erhalten, also Bestellungen erhalten. Dann kam die Krebsliga, und da wurde dann von der Krebsliga vereinbart, daß diese Vorsorgeuntersuchungsgeräte in den Krankenhäusern von der Krebsliga angeschafft werden sollen. Wir hatten daraufhin im Dezember, ich glaube, am 26. Dezember ... Am 28. Dezember 1977 wurde eine Rechnung, also eine Aufstellung für die Krebsliga gemacht, um es jetzt zu vereinfachen, zum Preis ... Vorher war der Preis 100. Die ursprünglichen Angebote waren zum Preis 100. Am 28. Dezember, offensichtlich nach Intervention der Krebsliga wegen der Größe des Umfanges, wurde ein 10prozentiger Rabatt vereinbart, sodaß also zu diesem Zeitpunkt die Preisbasis 90 war.

Am 27. 1. 1978 wurde dann geschrieben, daß eine Preiserhöhung erfolgt ist und die Preise wieder auf 100 angehoben werden sollen.

Es hat dazwischen ein Gespräch gegeben Prutscher — der Zwischengeschäftsführer war Dr. Wilfling, ich weiß nicht, ob er es geführt hat oder ob es Prokurist Urbanek, der Vertriebsleiter, geführt hat, es gibt da auch eine interne Aktennotiz, wo der Vorgang genau geschildert ist, und da wurde vereinbart — war dann von zwei Prokuristen unterschrieben —, daß dem Prutscher 10 Prozent vom Ursprungs-Level, also vom Hunderter-Level, an Provision zuständen bei Zustandekommen des Geschäftes. Das ist eine Vereinbarung vom 6. Feber 1978.

Dann ist folgendes passiert: Es hat sich der Mann von der Krebsliga mit Olympus Hamburg in Verbindung gesetzt und hat dort ziemlich scheinheilig offensichtlich gefragt, ob eine Preiserhöhung erfolgt ist, worauf die gesagt haben: Aber nein, in keinster Weise!, und just zu diesem Zeitpunkt bin ich dort hingekommen, bin hingefahren worden — ich war in Gips von da bis da —, und hat gesagt: Passen Sie auf, die Preiserhöhung kann ich nicht akzeptieren, das ist eine Geschichte, eine Preiserhöhung ist ja gar nicht erfolgt, da will also irgend jemand mitverdienen, und da spiele ich nicht mit, Sie haben jetzt noch vier Stunden Zeit, sich zu überlegen, was Sie tun, sonst blase ich die Geschichte auf!

Da es ja um einen Auftrag von 9,4 Millionen gegangen ist, war ich der Meinung, daß erstens, nachdem keine Preiserhöhung erfolgt ist, der ursprünglich vereinbarte 10-prozent-rabattierte Neunzigerpreis gültig ist. Der ist vereinbart worden, der war in meinen Augen rechtsgültig, sodaß wir um diesen Preis zu liefern hätten. Damit war der auch vollkommen einverstanden, und der Auftrag ist auch dann so ausgeführt worden. ODELGA war damals an der Kippe, diese Vertretung wegen dieser Geschichte zu verlieren.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben die Vertretung verloren. Aber nach Ihrem Abgang.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Jein.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso jein?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Soviel ich gehört habe, ist es eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Holding.

Obmann Dr. **Steger:** Die es gekriegt hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die das jetzt verkauft. — Ich habe damals sehr Mühe gehabt, mit Olympus ...

Obmann Dr. **Steger:** Ja, Herr Zeuge, warum eine Provision für den Herrn Prutscher, wenn sich die Krebsliga direkt an ODELGA wendet?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich hab' sie nicht bezahlt, die Provision, ...

Obmann Dr. **Steger:** Ein Schulterzucken ist sehr schlecht im Protokoll.

Sie haben sich ja Gedanken darüber gemacht.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich muß Ihnen sagen, ich hab' mir nicht mehr viel Gedanken darüber gemacht, denn dieser Vertrag mit den 10 Prozent vom 6. Feber war rechtsgültig von zwei Prokuristen unterschrieben. Ich habe versucht, den Herrn Prutscher davon abzubringen, und er hat gesagt: Vertrag ist Vertrag, und der pickt. — Aus.

Obmann Dr. **Steger:** Wer waren nach Ihrer Auffassung die Hintermänner, daß der Herr

Prutscher immer so wichtig war? Warum ist jemand auf einmal immer so wichtig in so einem Bereich?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Frage habe ich mir auch häufig gestellt im 79er Jahr, aber ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie werden sicherlich auch sich selbst Antworten gegeben haben nach den Informationen und Wahrnehmungen, die Sie gemacht haben.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich kann nur sagen, er hat offensichtlich sehr, sehr gute Geschäftsverbindungen nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Personen waren die wichtigen Leute, die nach Ihrem Eindruck ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wissen noch gar nicht, was ich frag'! — Welche Personen waren die Leute, die nach Ihrem Eindruck — und Sie sagen schon: Das weiß ich nicht!

Dipl.-Ing, Dr. **Seidler:** Ich habe gemeint, die Geschäftsbeziehungen, aber die ...

Obmann Dr. **Steger:** Nein, ich meine nicht die Geschäftsbeziehungen, sondern die allenfalls im Machtgetriebe so eine Art Schutzhand über den Herrn Prutscher gehalten haben. Waren da die Beziehungen, die Sie kennengelernt haben, auf die er sich berufen hat vielleicht einmal oder mit denen vor Ihnen der Kontakt stattgefunden hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das weiß ich wirklich nicht, weil mir gegenüber nie von einer Beziehung Prutschers zu irgendeiner anderen Person die Rede war. Das hat immer gewechselt, er ist ein guter Mann, aber man muß aufpassen.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, jetzt zum Beispiel ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... Welcher Prutscher? Es gibt ja drei.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich kenne nur einen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Christoph.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Christoph.

Obmann Dr. **Steger:** Abgeordneter Dr. Feurstein kennt ja mehrere Prutschers. Sie kennen nur einen. Ich kenne nämlich gar keinen und leg' eigentlich auch nur Wert darauf, daß ich ihn hier als Zeugen erlebe. Sonst gar nichts.

Trotzdem — das ist noch immer ein bissel unbefriedigend für mich. Versuchen wir es einmal beim Namen Wilfling. Wilfling war ja für Sie auch jemand, der einfach sehr wichtig war, wo Sie sogar einmal etwas einfach gemacht haben, weil Sie vor ihm nicht schlecht dastehen wollten, wie Sie angegeben haben.

Wer stand hinter Wilfling nach Ihren Wahrnehmungen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Wilfling wurde, bitte, von allen Personen, mit denen ich gesprochen habe, hochgelobt; von allen, ohne Ausnahme.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, aber auch beim Hochloben kommt ja manchmal dazu, daß man sagt, der ist so gut mit dem, dem Stadtrat für Gesundheit und Umweltschutz — ich sage jetzt bewußt einen, bei dem ich nicht rechne, daß er es gewesen ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da muß ich Ihnen dazusagen: Ich war ja viel zu neu. Man hat mir nicht getraut. Man hat mir das öfters gesagt, und ich habe auch keine Informationen bekommen. Das war mein ...

Obmann Dr. **Steger:** In welchem Zusammenhang hat man Ihnen gesagt, daß man Ihnen nicht traut? Das ist schon interessant.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das hab ich öfters gehört: Man weiß ja nicht, und ich bin parteilich nicht gebunden, und ...

Obmann Dr. **Steger:** In welchem Zusammenhang? — Man hat Ihnen gesagt, man traut Ihnen nicht, weil Sie parteilich nicht gebunden sind?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** So ungefähr, ja. Das heißt, so ziemlich deutlich: Ich weiß ja nicht, ob man Ihnen trauen kann, und daher können wir also gewisse Informationen Ihnen nicht weitergeben.

Obmann Dr. **Steger:** Und bei Geschäftsfällen. Waren das auch Informationen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, nein. Bei Geschäftsfällen — beispielsweise nehmen wir jetzt gleich diese Krebsliga-Geschichte her. Ich habe also sofort den Herrn Dr. Wilfling damals angerufen. Er sagte, er sei schon zwei Jahre aus der Firma draußen, er wüßte nicht mehr, was da los ist. Und dann habe ich den Herrn Prutscher angerufen, der war entweder nicht da oder hat mir etwas Gleiches gesagt. Jedenfalls ich bin mit Null Informationen weitergegangen.

Obmann Dr. **Steger:** Übrigens möchte ich Ihnen da jetzt vorhalten: Die Betriebsprüfung hat ergeben, daß diese Million an Prutscher bei der ODELGA als Aufwand verbucht worden ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Als Einnahme, aber nicht als Aufwand.

Obmann Dr. **Steger:** Als Aufwand: Zwischenbericht Nummer 1, haben wir gekriegt vom Finanzbereich, Bundesministerium für Finanzen, eingelangt — vom 20. 8. 1980 ist es bereits gezeichnet. Nummer 1.

Steht ausdrücklich: Diese Provision — ich kann Ihnen den Absatz vorher auch verlesen, damit Sie es im Gesamtzusammenhang hören:

Es ist nicht geklärt, aus welchem Titel Prutscher vom Generalvertreter der Olympus-Erzeugnisse ODELGA eine Provision von 1 Million Schilling zu erhalten hat. Diese Provision von rund 1 Million Schilling wurde bei der ODELGA im Wirtschaftsjahr 1978/79 als Aufwand verbucht.

Was sagen Sie dazu?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ach Prutscher! Diese Million! Ich habe jetzt geglaubt ...

Obmann Dr. **Steger:** Bei der ODELGA als Aufwand verbucht. Das deckt sich jetzt eigentlich nicht mit dem, was Sie uns erzählt haben.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das ist jetzt aus der Krebsliga, diese Million? Ich habe jetzt geglaubt, das ist die VOEST-Million. Entschuldigung.

Obmann Dr. **Steger:** Nein, ich rede jetzt von der Olympus-Million.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... Aufwand gebucht worden?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ist ja eine reine Provision gewesen. Ich wüßte nicht, welche Leistung dem entgegengestanden hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Darum frage ich Sie: Wieso kann das als Aufwand verbucht sein? Ist das in Ihrer Zeit noch so gebucht worden oder später?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** 1978/79 müßte mein Geschäftsjahr gewesen sein.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist das Jahr 1978/79.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Mein Geschäftsjahr. — Ist mir nicht bekannt, warum.

Obmann Dr. **Steger:** Ungeklärt ist weiters, warum die Krebsliga das höhere Offert vom 26. Jänner 1978 angenommen hat und ob ihr auch das niedrigere vom 27. Dezember 1977 zugestellt worden ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja bitte, es ist das niedrigere bezahlt worden. Das habe ich in einem Brief vom 14. Feber 1978 bestätigen müssen, noch am Nachmittag. Mit dem Schreiben bin ich noch einmal hinübergefahren. Das ist sicherlich das Neunziger-Offert, nicht das Hunderter-Offert, weil ich weiß, daß er sich noch geärgert hat, daß ...

Obmann Dr. **Steger:** ... nicht überprüfen. Das könnte man dann in Ruhe aus den Unterlagen noch heraussuchen. Aber jedenfalls können Sie ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... Provision bezahlt werden soll.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie können uns jedenfalls nicht klarlegen und verstehen es auch selbst nicht, wieso diese Million Schilling an Prutscher als Aufwand verbucht wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ist ja klar, bitte, in dem Schreiben in der Vereinbarung als Provision ...

Obmann Dr. **Steger:** Was schließen Sie daraus, wenn ich Ihnen das vorhalte?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Eine Fehlbuchung.

Obmann Dr. **Steger:** Eine Fehlbuchung. Wenn Sie nichts davon wissen, kann ich Sie nicht fragen, ob es eine bewußte Fehlbuchung ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Gerade in bezug auf diese Person wäre ich also zu Deckungen wenig geneigt gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Das interessiert mich schon sehr, warum.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Weil es zwischen ODELGA und Prutscher schon in der Vergangenheit etliche Reibereien gegeben hat, weil mir auch sein Verhalten im Laufe der Geschäftsbeziehungen zumindest sehr kritisch erschienen ist. Ich wäre am liebsten dort immer mit einem Anwalt aufgetaucht, aber ich tat es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Aber jetzt, Herr Zeuge, jetzt weiß man schon so etwas über einen Menschen.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ja dann fragt man doch irgendwann einmal: Bitte, warum müssen wir mit dem überhaupt Geschäfte machen? — Die Frage stellt man doch dann als Geschäftsführer auch in seinem Bereich.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die habe ich mir selbst gestellt.

Obmann Dr. **Steger:** ... die anderen auch gestellt haben, denn Sie sagen ja selbst, daß Sie eigentlich nachgedacht haben, wie können Sie sich lösen von dem.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er war die einzige für mich erreichbare Person, die effektive Export-

erfolge hatte in den Ländern wie in Nigerien, Libyen, Saudi-Arabien, Teheran, also Iran und Moskau; und mit Ausnahme von Moskau waren das Märkte, die auf Grund der Geschäftsusancen in diesen Ländern für mich zu bereisen nicht möglich waren.

Obmann Dr. **Steger:** Und jetzt kommt der Dr. Drennig zu Ihnen und sagt: Jetzt kriegen wir die Firma MED-CONSULT, und zwar mit der Firma Prutscher zusammen. So ist es im wesentlichen von Ihnen dargestellt, daß von dorther der Anschluß gekommen ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihm die Frage gestellt, warum gerade Prutscher, oder haben Sie mit ein paar Sätzen gesagt, daß Sie von Prutscher wenig halten?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das habe ich auch schriftlich von mir gegeben nach dem Vertrag, nach der Gründung der MED-CONSULT, weil vom Export nichts gekommen ist. Aber Prutscher hat einen sehr, sehr guten Ruf gehabt und war als sehr potent verschrien, und ich habe keinen anderen gekannt, der ähnlichen drive im Export hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Aber was hat der Dr. Drennig gesagt, als Sie ihm Mitteilung ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das ist eine gute Firma mit 90 Prozent Exportanteil, hoch weiß in den Finanzen. Hat gute Relationen, da können Sie sich anhängen. Das steht, bitte, alles im Aufsichtsratsprotokoll drinnen, die Darstellung, die Drennig mir und auch dem Aufsichtsrat gegeben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie dann sonst irgend etwas versucht, noch einmal, vielleicht auch auf der anderen politischen Seite, zu sagen, daß Sie da wenig halten von dem Mann, daß Sie glauben, daß er unseriöse Geschäftspraktiken hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da hat man sich dann so stark gesehen, daß man darauf achten kann, daß das so richtig abläuft. Das war in der Gewerbeberechtigung genau die gleiche Frage.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt sicherlich Verdachtsmomente in die Richtung, daß über diesen Bereich allenfalls auch Parteien manchmal Gelder bekommen. Ist Ihnen da je etwas bekannt geworden?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Mir, darf ich ganz generell sagen, hat nie jemand von Schmiergeldern, Provisionen oder irgend so etwas gesprochen. Nicht einmal ein einziger.

Obmann Dr. **Steger:** Aber jetzt hört man, daß jemand nicht aus dem Geschäft kommen soll. Und da stellt man sich natürlich die Frage, warum, wenn man noch dazu glaubt, er ist nicht seriös. Warum wird jemand, der nicht seriös ist, auf einmal in seriösen Kreisen ernst genommen? Wie haben Sie sich die Frage beantwortet? Sie sagen ja selbst, es ist Ihnen gesagt worden, aber Sie haben trotzdem immer wieder insistiert.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Wenn ich darauf achte, daß der ODELGA kein Nachteil daraus erwächst, ich aber den Vorteil, den Prutscher hat, seien es seine Beziehungen, seien es seine Auslandskontakte, nützen kann, dann tue ich der ODELGA genau das, was ich möchte.

Obmann Dr. **Steger:** Ich greife Sie auch gar nicht an, Herr Zeuge, Sie brauchen sich nicht zu verteidigen. Sie sagen, seine Beziehungen nützen. Und jetzt frage ich ungefähr zum drittenmal: Wer waren diese wichtigen Leute, wo er die Beziehungen gehabt hat? In Österreich, nicht in Teheran.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das hat nie jemand gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso wußten Sie dann, das diese Beziehungen so wertvoll sind für die ODELGA, wenn Sie gar nicht wissen, wohin?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Weil jeder gesagt hat: Haben Sie eine Ahnung, was der für Beziehungen hat!

Obmann Dr. **Steger:** Und da ist nie von Ihnen auch nur gefragt worden: Na wer ist das?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da habe ich nie eine Antwort drauf gekriegt. — Da habe ich nie eine Antwort darauf bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Also gefragt haben Sie schon?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Gefragt habe ich schon.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Antworten sind Ihnen nicht gegeben worden? — Wen haben Sie denn da gefragt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Wohin, wieso ...

Obmann Dr. **Steger:** Wen gefragt? — Drennig oder andere?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... die beiden.

Obmann Dr. **Steger:** Und die haben Ihnen gesagt, der hat so wichtige Beziehungen, und das ist ganz bedeutsam, aber sie haben Ihnen nicht gesagt, wen und wieso und wie?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Beim Dr. Wilfling: 1975 bis 1978 hat er an den vorbereitenden Gesprä-

chen bei der ABO-Gründung teilgenommen. Ist Ihnen darüber etwas bekannt und ist Ihnen auch bekannt, was er mit seiner Tätigkeit erreicht hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Da ist Ihnen nichts bekannt.

Wann und mit wem hat Dr. Wilfling verhandelt für die ODELGA wegen der leistungsmäßigen Aufteilung des ABO-Auftrages und der honorarmäßigen Verteilung?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Bevor ich eingetreten bin als handelsrechtlicher Geschäftsführer, hat er mit irgendwelchen Leuten verhandelt, ich nehme in erster Linie an Rumpold; aber auch DKI ist möglich.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen dazu dann im Detail noch etwas bekanntgeworden in Ihrer Geschäftsführertätigkeit? Unterlagen hat es nicht gegeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Es gab zwei Ordner, die aber lauter Vertragsentwürfe waren, mit irrsinnig vielen Zeitplänen und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Warum hat die ABO in ihrem Angebot vom 28. 10. 1977 die ODELGA nicht als vierten Partner angeführt? Haben Sie diese Frage gestellt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Am 28. 10. 1977?

Obmann Dr. **Steger:** In dem Angebot, wo es mit der ABO losgeht, steht die ODELGA nicht drinnen. Der vierte Partner steht dort nicht. Erst später wird dann die ODELGA nachgenannt.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das ist mir neu. Das wußte ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen neu.

Was sagt Ihnen der Name Dr. Partsch *(phonetisch)*?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Dr. Partsch war einer jener Leute, der mir empfohlen wurde. Der war von Carny *(phonetisch)*, glaube ich, einer amerikanischen Betriebsberatungsgesellschaft, ich glaube, aus Düsseldorf, der eine der Möglichkeiten war, die Betriebsberatung in der ODELGA selbst zu machen, mit dem ich mich einmal getroffen habe, von Warschau kommend, in Hamburg.

Obmann Dr. **Steger:** Und inwieweit stammt jetzt das Konzept zur Ausschreibung der Betriebsorganisationsplanung von diesem Dr. Partsch?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Keine Ahnung.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist Ihnen nicht bekannt. — Sie haben aber dazu schon einmal etwas gesagt.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich weiß nur, daß Carny *(phonetisch)* auch ein Angebot gemacht hat. Es waren ja angeblich mehrere Angebote vorhanden und darunter auch eines von Carny.

Obmann Dr. **Steger:** In der Aufsichtsratssitzung wegen der Gründung der MED-CONSULT, ODELGA, 29. 6. 1978, sagt Dr. Drennig, daß dieser Vertrag aus geschäftspolitischen Überlegungen, die mit Herrn Stadtrat Mayr persönlich angestellt wurden, zustande gekommen ist. Dann erklärt er alles mögliche, und dann fällt auf, daß der Dr. Wilfling vollkommen unwissend ist. Er fragt, ob die Gesellschaft vom Kontrollamt geprüft wird, er möchte von den Erfolgschancen etwas wissen, wer dort Geschäftsführer werden soll, et cetera, bb).

War Dr. Wilfling derartig unwissend zu dem Zeitpunkt? Der an sich sonst allwissende Wilfling?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich weiß nicht, ob er über die Gespräche, die irgend jemand mit Prutscher wegen der Tochtergesellschaft geführt hat, informiert war. Das kann ich nicht sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Initiative zur Gründung der MED-CONSULT ging von Dr. Drennig aus. Können Sie mir da noch einmal irgendwie einprägsam sagen, wie Dr. Drennig auf Sie zugekommen ist und Ihnen erklärt hat, daß das sein muß?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war ganz am Anfang. Ich glaube, ich war eine Woche in der Firma. Ich glaube, ich habe das heute schon erwähnt; war es nicht der 21.? Da hat er mir gesagt, was er sich bei der Tochtergesellschaft vorstellen könnte, daß die tut, ganz allgemein. Im Syndikatsvertrag sind ja dann genaue Vertragspunkte.

Obmann Dr. **Steger:** Hat Ihnen das den Eindruck gemacht, bereits fix mit dem Betriebsorganisationsplanungsauftrag ABO zu rechnen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Beim erstenmal? — Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Wie er gekommen ist und gesagt hat: Wir gründen MED-CONSULT!

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, nein, MED-CONSULT war ja der Name — gründen eine Tochtergesellschaft. Die Betriebsorganisations ... Moment, das schaue ich nach, das weiß ich nicht mehr auswendig. Das ist exakt drei Jahre her.

Nein, diese ABO nicht, nur ganz allgemein Betriebsorganisation und Beratung in Spitälern.

Obmann Dr. **Steger:** Und wie hat sich Dr. Drennig die Lösung des Problems der technischen Leistungsfähigkeit bei der ODELGA vorgestellt? Da müssen Sie als Geschäftsführer mit ihm darüber geredet haben.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Daß ich also keine Leute habe für Betriebsorganisation, habe ich damals sicherlich bemerkt.

Obmann Dr. **Steger:** Und was hat er da gesagt? Da werden wir vergrößern, ausbauen, ...?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Eben. Wenn das in der Tochtergesellschaft ist, die haben Leute und die können das machen, die tun das schon länger, von der Firma Prutscher Leute, die das schon getan haben, die könnten das machen, der könnte Leute einbringen.

Obmann Dr. **Steger:** Also daß die ODELGA Leute dafür aufnimmt, war überhaupt nicht geplant?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Es wäre möglich gewesen, ...

Obmann Dr. **Steger:** Antwort: Möglich. Es kann auch das Parlament solche Leute aufnehmen.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Von mir geplant, nein. Ich habe es zuerst versucht. Wie ich gesehen habe, was für Kosten auf mich zurollen, und ich ja das Gebiet von der Ertragslage überhaupt nicht habe abschätzen können, war ich froh, daß ich das Risiko zumindest teilen konnte.

Obmann Dr. **Steger:** Es fällt auf, daß Sie im März 1978 mit Dr. Wilfling über die Leistungsbereiche sprechen, Betriebsorganisationsplanung. Warum?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe ihn gefragt: Bitte, wenn ich jetzt zur ÖKODATA marschiere und diese Teilbereiche herausfechten soll, die für uns als ODELGA für die Tochtergesellschaft sein sollen, für welche Gebiete soll ich mich interessieren?

Obmann Dr. **Steger:** Ja aber wieso fragen Sie da Wilfling? — In welcher Funktion haben Sie Wilfling gefragt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war ja mein gewerberechtlicher Geschäftsführer.

Obmann Dr. **Steger:** Er ist ausgeschieden zweite Hälfte 1977. Schauen wir einmal nach.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er ist ausgeschieden als handelsrechtlicher Geschäftsführer am 13. 2. 1978 und als gewerberechtlicher Geschäftsführer am 28. 2. 1979.

Obmann Dr. **Steger:** Der gewerbliche Geschäftsführer muß überhaupt nichts tun in einer Firma und hat überhaupt nichts mehr damit zu tun, wie wir aus vielen hundert Gesellschaftsgründungen wissen, Sie wahrscheinlich auch als Geschäftsführer. Der gewerberechtliche Geschäftsführer ist genau der, der seinen Namen hergibt dafür, daß eben einer die Befugnis dafür hat.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Aber er war mir als Leiter des Boltzmann-Instituts für Krankenhausökonomie doch eine Kapazität, die man fragen kann. Wen hätte ich sonst fragen sollen?

Obmann Dr. **Steger:** Aber, Herr Zeuge: Es hat einen Vertrag gegeben in der ODELGA zu dem Zeitpunkt, daß der Wilfling nichts tut für die ODELGA. Er war ja freigestellt.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Einen Vertrag, daß er nichts tut, kenne ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Als Arbeitskraft nicht wirklich dort tätig ist, in der ODELGA.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er war ja als Gewerberechtler noch da und damit verantwortlich.

Obmann Dr. **Steger:** Es steht ausdrücklich in dem Vertrag, daß er freigestellt ist für andere Tätigkeiten.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Den Vertrag kannte ich nicht, den habe ich zum erstenmal ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich ergänze: Das habe ich hier schon dem Stadtrat vorgehalten, da braucht keiner der Beamten unruhig zu werden. Ich habe es dem Stadtrat vorgelesen, der auch überrascht war, Herr Doktor.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Dieser Vertrag wurde mir übergeben am 27. Dezember 1978 von Dr. Machtl. Bis dahin kannte ich den Vertrag überhaupt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind zu ihm gegangen, weil Sie gedacht haben, er ist der gewerbliche Geschäftsführer, oder wie?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Und er versteht es. Es hat ja jeder gesagt, das ist der, der etwas davon versteht. Er war doch Lektor an der Welthandel. Wen hätte ich sonst fragen sollen? Ich hätte nur einen von der ÖKODATA oder einen von den Deutschen fragen können. Das ist wenig sinnvoll. Beteiligte!

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt verpflichten Sie die ODELGA vertraglich, und dann wechselt der ODELGA-Anteil von 30 Prozent auf 9 Prozent. Warum?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die 30 Prozent waren eine Zielvorstellung, die mir der Dr. Wilfling gegeben hat. Das ließ sich nicht realisieren. In den Verhandlungen mit den ARGE-Partnern

bin ich dann also mit mehr oder minder kleinen Sachen abgespeist worden. Die anderen haben das schon im Griff gehabt und haben auch schon zum Teil daran gearbeitet, und da sind eben 9 oder 10 Prozent übrig geblieben.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, bleiben 9 Prozent übrig. Aber Sie haben dafür eigentlich auch keine Leute gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, das war ja schon ... Ich habe den Vertrag erst unterschrieben, nachdem mit der Holding klar besprochen war, daß der im Namen der Tochtergesellschaft zu unterschreiben sei. Das war ja das Gespräch im Mai oder im Juni.

Obmann Dr. **Steger:** Am 19. 4. und am 26. 4. 1978 führten Sie Gespräche über die Aufteilung des Honorars auf die ABO-Partner. Dabei waren Sie mit 15 Prozent Koordination, 15 Prozent Büro nicht einverstanden. Wohl aber waren Sie einverstanden mit 50 Prozent für die eigentliche Leistungserbringung und 20 Prozent Reserve. Mit wem haben Sie damals gesprochen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war am?

Obmann Dr. **Steger:** Am 19. 4. und 26. 4.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Am 26. habe ich gesprochen. Da waren dabei Dr. Müller oder Möller, Keldenich und Gries *(phonetisch)*. Da bin ich dann mit Ing. Rumpold in ein Nebenzimmer gegangen, und da ist dann diese Aufstellung gemacht worden, die wirklichen Kosten, diese Diskrepanz zwischen ...

Obmann Dr. **Steger:** Das waren also ÖKODATA-Leute, mit denen ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein. Nein. Keldenich scheint vom Deutschen Krankenhausinstitut zu sein. *(Abg. Dr. Feurstein, ÖVP: Möller!)* Dann waren beide vom Deutschen Krankenhausinstitut, und Gries und Rumpold waren auch dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Rumpold war für die ÖKODATA und die anderen vom DKI. Wieso waren Sie jetzt mit diesen zweimal 15 Prozent nicht einverstanden? Welche Kalkulationen hat es da gegeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe gefragt, diese 15 Prozent Koordination, Akquisition und 15 Prozent Büro, Miete, Material, Sekretärin, EDV, und ich ließ mir angeben, wie er diese Kostenzusammenstellung sieht. Es waren 3 Millionen Schilling für Mitarbeiter, 1,5 Millionen — das kann ich nicht mehr lesen —, 4,2 Millionen Schilling für Sekretärinnen, 0,5 Millionen Schilling für Telephon, 0,3 Möbel, 0,5 EDV. Das ergibt zusammen genau 10 Millionen Schilling; 10 Millionen gegenüber einmal rein 15 Millionen, die veranschlagt worden sind für einen Zeitraum von 30 Monaten, das war für mich zuviel Diskrepanz. Die 15 Prozent Koordination und Akquisition habe ich für zu hoch befunden, denn 17 Millionen für Koordination — Akquisition sind nicht ganz leicht auszugeben.

Obmann Dr. **Steger:** Da hat wahrscheinlich Rumpold diese Beträge verlangt und kaum das DKI, weil das ist ja für die ÖKODATA.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... damit einverstanden schon. Die hatten das ...

Obmann Dr. **Steger:** ... und verlangt worden ist es von Rumpold?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er hat unterschrieben. Der Vertrag, dieser interne ARGE-Vertrag; da ist auf der einen Seite der ARGE-Vertrag mit der AKPE, auf der anderen Seite die Teilnehmer mit der ARGE. Dieser Vertrag war angeblich damals von den drei anderen Partnern schon unterschrieben, nur von mir nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Am 8. 6. 1978 haben Sie das Gespräch mit Bauer gehabt. Bauer zeigte Ihnen diesen Brief, wo diese 15, 15, 50, 20 Prozent-Aufteilung von Wilfling bereits unterschrieben war, und zwar mit Datum vom 25. 11. 1977. Haben Sie da nicht gefragt, wieso dann überhaupt noch verhandelt wird, wenn zu dem damaligen Zeitpunkt Wilfling bereits unterschrieben hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das war ja der Grund, warum ich gesagt habe, ich bin hier offensichtlich eine Marionette.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie den Brief noch?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, ich besitze den Brief nicht, der ist im Ordner. Ich habe ihn vor meinem Abgang noch dem Oberamtsrat Süß vom Kontrollamt gezeigt.

Obmann Dr. **Steger:** Der Brief ist Ihnen aber erst nach einigen Verhandlungsrunden gezeigt worden?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat Ihnen niemand gesagt, da gibt es ja schon einen Brief?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe nicht eingesehen, warum man mit mir jetzt immerhin vom März bis Juni streitet um etwas, was schon schriftlich fixiert worden ist ... Rumpold es auch nicht wußte.

Obmann Dr. **Steger:** Halten Sie es für möglich, daß der Brief später produziert wurde?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Diese Möglichkeit würde sicherlich bestehen.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es irgendwelche Wahrnehmungen, die in diese Richtung Schlußfolgerungen zulassen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Erstens, daß er mir so spät überreicht wird; zweitens, daß das Datum handschriftlich eingesetzt worden ist.

Obmann Dr. **Steger:** Der Brief war maschingeschrieben und das Datum handschriftlich eingesetzt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das Datum war handschriftlich eingesetzt, und unten war handschriftlich die Unterschrift.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie mit irgend jemand von der Holding darüber gesprochen? Mit Machtl oder Drennig?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Am 13. 6. — glaube ich, war es —, da war ich in St. Pölten. Diese Geschichte hat mich einigermaßen gewurmt. Ich war dann die Woche darauf — der 8. war, glaube ich, ein Freitag oder Donnerstag; es war ein Donnerstag, am nächsten Tag war ich dann nicht in der Firma —, am Dienstag war ich draußen in St. Pölten und habe dort von der Telephonzentrale die Holding angerufen, wollte den Dr. Machtl; Dr. Machtl war krank, habe Dr. Drennig erreicht und habe ihm gesagt: Sie, ich bin nicht mehr bereit, da so weiterzutun ...

Obmann Dr. **Steger:** Der 6. war das?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Am 13. 6. muß das gewesen sein. Ich bin also nicht bereit, so weiterzutun. Was soll ich tun? Ich werde da mit einem Brief überfahren. Wozu gehe ich verhandeln, wenn das schon fixiert ist? Was spiele ich hier eigentlich für ein Spiel? Und darauf hat mir ja — Moment, da kann ich nachschauen — Dr. Drennig am Telephon gesagt, er hätte mit Machtl zu Hause rückgesprochen, er sei sehr erregt gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Machtl?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Machtl wäre sehr erregt gewesen. Es ist unter folgenden Vorbehalten vorzugehen: Erstens, daß nur gegenüber der AKPE die Absicherung abzugeben ist, also die Unterschrift; zweitens, daß hinsichtlich der Verteilung des Kuchens eine für ODELGA akzeptable Lösung zu erreichen ist; drittens — und das wörtlich —, Sie schließen im Namen der Tochtergesellschaft MED-CONSULT. Das ist das erstemal, wo der Name auftaucht. Ich habe das auch in einer Notiz ...

Obmann Dr. **Steger:** Damals hat ja die MED-CONSULT überhaupt noch keine technische Leistungsfähigkeit gehabt. Haben Sie das darauf gesagt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die war ja erst in Gründung. Da war ja gerade am 8. 6., acht Tage vorher, der Gemeinderatsbeschluß. Das hat mir ja Dr. Drennig am 8. 6. gesagt, daß die Gründung einer Tochtergesellschaft von der Beteiligungskommission einhellig verabschiedet worden ist und der hätte auch über die BO mit Stadtrat Mayr gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Auf wen war denn Machtl wütend?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Über die Bedingung, über diesen Vorgang, daß ich monatelang verhandle und mir dann ein Schreiben hingelegt wird, das also eine Vorwegnahme überhaupt sämtlicher ...

Obmann Dr. **Steger:** Hat irgendeiner der Herren Machtl oder Drennig es überhaupt für möglich gehalten, daß da die anderen mit Ihnen unseriös verfahren sind? Ist da gesprochen worden?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, gesprochen ist darüber nichts geworden.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben es gesagt, Sie selber? Wenn Sie sagen wütend, heißt ja das, daß die auch der Meinung sind. Ich nehme nicht an, daß die auf Sie wütend waren, daß Sie es der Holdung berichten. Das wütend kann sich ja nur ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich war sehr cool, weil ich mich schon über ein Wochenende beruhigt hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, am 14. 6. war die Besprechung in der ÖKODATA. Sie haben darüber zum Teil schon etwas gesagt. Wilfling forderte da die 2 Millionen Schilling für Vorleistungen. Wissen Sie darüber etwas? Hat Wilfling je von Rumpold verlangt, daß die MED-CONSULT die Arbeit für Wilfling erledigt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Was die beiden miteinander gesprochen haben, habe ich sicherlich nie gehört, weil die offensichtlich nicht grün aufeinander waren.

Obmann Dr. **Steger:** „Offensichtlich nicht grün aufeinander" und haben nie in Ihrem Beisein Gespräche geführt.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidel:** Ich habe sie nie zusammen gesehen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat Prutscher einmal über Kontakte zu Wilfling und Versloot gesprochen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Zu Versloot überhaupt nicht, zu Wilfling hatte er Kontakte, aber das war noch aus der Geschäftsführertätigkeit. Da sind ja einige Aufträge gelaufen zwischen Prutscher und ODELGA, Zusammenarbeiten bei

irgendwelchen Objekten, die auszustatten waren.

Obmann Dr. **Steger:** Ihnen ist aber schon klar, daß die AKPE ihr Vertragspartner mit der ODELGA gewesen ist, obwohl sie, die ODELGA eigentlich überhaupt nichts davon gehabt hat, sondern daß ja die MED-CONSULT im Innenverhältnis dann Begünstigter geworden ist. Oder ist Ihnen das nicht klar?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Frage habe ich jetzt nicht verstanden.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben den ABO-Vertrag mit der AKPE in dem Wissen unterzeichnet, daß ODELGA den Auftrag sofort an MED-CONSULT weitergeben wird. Das haben Sie ja selbst gesagt.

Ich frage jetzt Sie, ob es Ihnen klar ist, daß damit die ODELGA bis 5. Juni 1979 AKPE-Vertragspartner war?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** 1979?

Obmann Dr. **Steger:** So lange hat es gedauert. Nämlich so lange hat es gedauert, bis die AKPE akzeptiert hat, daß die MED-CONSULT eintritt an Stelle ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Da habe ich aber bitte ein anderes Schreiben von MED-CONSULT gesehen — das ist mit Scharmüller, zwischen Enerwitschläger und Scharmüller, glaube ich, besprochen worden —, und da war man gleich nach der Gründung einverstanden.

Das wurde sogar vorher noch besprochen: Ist einverstanden, daß MED-CONSULT eintritt. Das habe ich irgendwo sogar im Buch stehen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat das unterschrieben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... die mündliche und dann ...

Obmann Dr. **Steger:** Enerwitschläger nicht unterschreiben für die AKPE.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja, Moment, ich habe jetzt nicht AKPE, ich habe jetzt ARGE. Entschuldigung!

Obmann Dr. **Steger:** Für die AKPE? Ihr Vertragspartner war ja die AKPE. Sie haben ja unterschrieben bei der AKPE.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das Briefpapier ist meines Wissens sofort im August geändert worden, und da stand die MED-CONSULT schon drauf.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist richtig. Aber bei der AKPE ist ja nach den dortigen Verträgen immer erst notwendig, daß sie die Zustimmung gibt bei einer Arbeitsgemeinschaft, wenn eine Änderung stattfindet. Und so lange die Zustimmung nicht da ist, ist daher die Firma, die drinnen ist, Vertragspartner.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** ... war vorhanden.

Obmann Dr. **Steger:** Belastet hat Sie das nicht?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Daß Sie dort formell nicht ausgeschieden sind? — Waren Sie da sicher, daß das bewilligt wird, weil Ihnen gesagt wurde, von wem?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das geht ja auch aus der Geschichte hervor, daß die Beteiligungskommission eindeutig auch den Syndikatsvertrag offensichtlich genehmigt hat, und in dem steht es ja drinnen. Im Syndikatsvertrag ist ja die Abtretung des ABO-Vertrages an die MED-CONSULT verankert.

Obmann Dr. **Steger:** Wir schauen das nach, vielleicht können wir das noch klären. — Ihre Kontakte zu Versloot — was können Sie uns darüber erzählen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Welchem Versloot?

Obmann Dr. **Steger:** Konrad.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Konrad Versloot war Lieferant für Hygienepapiere und Ausrüstung von Sterilisationsräumen.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso haben Sie der MED-CONSULT ein Angebot der TECHMED vermittelt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe ein Angebot bekommen von einer TECHMED für ABO.

Obmann Dr. **Steger:** Von wem?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Keine Ahnung. Eines Tages lag es auf dem Tisch. Dieses Angebot — da war ja schon fixiert, daß die ABO-Geschichte in der MED-CONSULT gemacht wird —, habe ich dem Herrn Enerwitschläger weitergeschickt.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, aber da ist normal kein Grund, daß man irgend jemanden vermittelt, nur weil man per Postkasten etwas kriegt. Was glauben Sie, wieviel Firmen mir schreiben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja. Ich habe Ihnen ja vorhin schon gesagt, daß der Name TECHMED und Versloot für mich eine Einheit war, aus dem Gespräch mit Versloot. Damit war mir klar, daß die TECHMED das Organ ist, über das der Konrad Versloot, der GKE-Versloot, den Auftrag erhalten hat oder erhalten wird.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben Versloot für einen guten Mann gehalten?



www.parlament.gv.at

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Er wurde mir als außerordentlich fähig in gewissen Sektoren geschildert. Ich persönlich habe zu ihm ein eher gespanntes Verhältnis gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. — Gibt es noch weitere Zusatzfragen? Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben sich mehrmals als eine Marionette bezeichnet und so ein bissel den Eindruck erweckt, daß viel über Sie hinwegerollt ist, womit Sie sich eigentlich nicht persönlich identifizieren. Sie sind uns aber bisher ein bissel die Antwort schuldig geblieben, warum man Ihnen beispielsweise nicht getraut hat und in welchen Bereichen es denn etwas gegeben hat, wo man Ihnen nicht vertrauen konnte. Können Sie das ein bissel mehr präzisieren?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich erzähle Ihnen einen Fall, der sich im Jahr 1979 abgespielt hat. Das ist eigentlich konkret, daß mir gesagt worden ist — das ist mir mehrmals gesagt worden: Man Ihnen nicht vertrauen! —, wir wissen nicht, auf welcher Seite Sie stehen ... Dr. Machtl.

Es gab eine Generalversammlung der MED-CONSULT, die für den 10. Oktober 1979 angesetzt war. Ich habe eine Tagesordnung bekommen, die vier Punkte beinhaltet hat. Wie das Gespräch begonnen hat, hat sich herausgestellt, daß sechs Punkte zu verabschieden gewesen wären, darunter auch die Erteilung der Gewerbeberechtigung für Einrichtung und medizin-technische Planung in der MED-CONSULT, was ich als Konkurrenz zur ODELGA empfunden habe. Außerdem habe ich diese Punkte, weil ich sie in meiner Tagesordnung gar nicht drinnen gehabt habe, nicht mit dem Eigentümer der Holding vorbesprochen und habe es daher abgelehnt, diese beiden Punkte zu besprechen. Da hat es dann einen ziemlichen Eklat gegeben, weil mir der Vorschlag gemacht worden ist, ich möge doch dieses Gesellschafterprotokoll unterschreiben, der Herr Notar würde es bestätigen, und wenn es dann dem Eigentümer nicht passe, könnte man es immer noch zerreißen.

Ich habe den Notar gefragt: Herr Notar, bitte, ist ein Gesellschafterprotokoll, das von mir unterschrieben und von Ihnen beglaubigt worden ist, eine öffentliche Urkunde? — Na selbstverständlich! — Ich habe gesagt: Bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, ich zerreiße keine öffentlichen Urkunden!

Es gab dann, nachdem ich schon drei Monate keinen Termin in der Holding bekommen habe, endlich doch einen Termin, der dazu führte, daß für den 6. November 1979 eine Sitzung anberaumt wurde. In dieser Sitzung wurde mir unter Verweigerung der schriftlichen Unterlage aufgetragen, s o f o r t für die beiden Gewerbeberechtigungen bei der MED-CONSULT Sorge zu tragen.

Ich habe, da ich es schriftlich nicht gehabt habe, glaube ich, mit Schreiben vom 14. November 1979 diesen Entschluß, diesen mir erteilten Auftrag schriftlich bestätigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie zu dem Zeitpunkt das Gefühl oder Wahrnehmungen gehabt, daß Sie, wenn Sie sich als Marionette fühlen, da in einer Situation sind, daß etwas läuft, was Sie nicht durchschauen und was Sie nicht in den Griff bekommen können?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das Gefühl habe ich gehabt, aber ich habe nicht gewußt, was gespielt wird und von wem es gespielt wird. Das waren meine Schwierigkeiten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich das um die Personen Wilfling, Machtl, Bauer gedreht?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidl:** Nein, in dem konkreten Fall MED-CONSULT hat es sich um die Person Prutscher gehandelt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie um den ganzen ABO-Auftrag herum das Gefühl gehabt, daß der Wilfling besonderes, auch persönliches Interesse an diesen Dingen hatte?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe eigentlich den Eindruck gehabt, daß er vorher, bevor ich eingetreten bin, sehr, sehr großes Interesse an der Betriebsorganisation hatte. Ich könnte mir vorstellen, daß da auch sehr viel zu lernen gewesen wäre an so einem tatsächlichen Aufbau eines Systems, habe aber nachher nicht mehr den Eindruck gehabt, daß er sich sonderlich damit beschäftigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht, daß er sich Gelder für sein Institut verspricht von der ODELGA oder von der MED-CONSULT? Ist er herangetreten an Sie mit ähnlichen Ansinnen? Was hat denn in Ihrem Leben die Consultatio für eine Rolle gespielt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Sie war mein Wirtschaftsprüfer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ihr privater oder ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich hatte keinen Wirtschaftsprüfer zu der Zeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie nur.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Kanzlei Androsch?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Die Kanzlei Androsch und Consultatio waren für mich eines.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben beide Firmen von Ihnen Aufträge bekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, aber ich habe geglaubt, die frühere Kanzlei Androsch hieß dann Consultatio.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sagen, Sie haben keine Ahnung gehabt, daß es zwei Firmen gegeben hat, Sie haben immer nur die Firma Consultatio beauftragt?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Immer nur die Consultatio.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen gemacht, daß Consultatio und ÖKODATA in einer sehr engen inneren Verbindung leben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Den Eindruck habe ich eigentlich schon deshalb gehabt, weil bei dem Gespräch am 8. Juni auf einmal statt Rumpold Bauer vor mir gesessen ist. Ich habe das deshalb akzeptiert oder zur Kenntnis genommen, weil ich gehört habe, daß Dkfm. Bauer an der ÖKODATA beteiligt ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Obersenatsrat Siebensohn hat hier die Formel verwendet, daß die ÖKODATA für ihn gleichsam dasselbe war wie die Consultatio, nur eine Nachfolgefirma und Name ist Schall und Rauch. Hat sich für Sie ein ähnliches Bild ergeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein. Für mich war die Consultatio ganz eindeutig ein Wirtschaftstreuhänderbüro, das für uns nicht nur die Betriebsprüfung gemacht hat, sondern auch in Zusammenarbeit mit der Consultatio bei uns dann gleich nach meinem Eintritt die Dekkungsbeitragsrechnung eingeführt worden ist mit einer ganz erheblichen Umstellung in der Firma und auch Einschulung von Leuten. Die Consultatio hat also bei uns eine Funktion gehabt, die eindeutig auf der Rechnungswesenseite gelegen ist, während die ÖKODATA für mich eine Firma war, die sich mit Ausarbeitungen, Betriebsorganisation, Abwicklungsfragen, also administrativen Abwicklungsfragen, die über EDV laufen, in erster Linie auseinandersetzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es war für Sie klar, daß die Consultatio die Firma des Finanzministers ist, aus der Kanzlei Androsch hervorgegangen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** „Des Finanzminister" würde ich nicht sagen, weil der Hauptbeteiligte, glaube ich, Dkfm. Bauer war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Streiten wir nicht darum, aber Sie haben gewußt, daß er mitbeteiligt ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Daß Bauer mitbeteiligt ist, ja. Androsch-Beteiligung wußte ich überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sagen, für Sie war das die Fortsetzung der Kanzlei Androsch.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Abgegeben. Er hat ja die Kanzlei praktisch ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ab wann haben Sie denn festgestellt, daß der Dr. Androsch mit der Consultatio etwas zu tun hat? Ist ja seit 1970 öffentliche Diskussion.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich war bis 1972 im Ausland, habe mich dann im Pharma-Bereich beschäftigt und bin nie mit diesen Bereichen; ich habe also mit städtischen oder Bundesgeschichten nie etwas zu tun gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe gefragt, wann Sie festgestellt haben, daß die Consultatio mit dem Finanzminister in einer direkten Verbindung steht.

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich würde sagen, etwa 1979. Es war für mich der Zusammenhang nicht sehr relevant.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie groß war denn ungefähr Ihrer Meinung nach das Auftragsvolumen oder die Leistung in Schilling, die die Consultatio für Ihre Firma erbracht hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das wird so gewesen sein in der Größenordnung von 350 000 bis 450 000 S; das war unsere Jahressumme. 385 000 S, wenn ich mich recht erinnere.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal zurück zu den Sparbüchern. Ihre Wahrnehmung liegt, auch wenn Sie sich jetzt noch einmal versuchen zu erinnern, ausschließlich bei dem einen Vorgang, und Sie wissen von der Summe der Sparbücher aus eigener Anschauung oder aus Berichten?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das hat mir Dr. Wilfling berichtet, daß er bei seiner Übernahme sehr viele Sparbücher vorgefunden hätte, die er dann aufgelöst hätte, denn dann wäre die Firma das erstemal mit einem normalen Betriebskapital dagestanden, nicht nur mit Sparbüchern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich je die Frage gestellt, wieso dann der Wilfling dort immer noch ein Sparbuch liegen hat, wenn die eigentlich ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Das ist ja erst aus einem Auftrag entstanden. Diese 600 000 S-Differenz war ja aus einem Auftrag, wo ich eben meine, daß es die Ist-Erfassung AKH war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das ist dann plötzlich ein Sparbuch, das dem Wilfling selber gehört und das man ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nicht dem Wilfling! Ich wußte nicht, wem es gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch später nie erfahren, wem es gehört?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Mit dem Schreiben, mit der Übergabe dieses Sparbuches, das nicht im Vermögen der ODELGA war, an jemanden war für mich die Geschichte erledigt. Ich habe damals sehr, sehr akute Sorgen gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie so viele Bedenken gehabt haben und sich als Marionette und übergangen und was weiß ich, was Sie für Bemerkungen hier gemacht haben, daß Sie sogar Anwälte zu Besprechungen haben mitnehmen wollen, haben Sie nie über diese Ihre Bedenken mit jemandem gesprochen, der dafür kompetent ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Doch! Ich habe mit dem Aufsichtsratspräsidenten einigemale darüber gesprochen; über die Firma Prutscher und über die Zusammenarbeit, die im Syndikatsvertrag festgelegt worden ist, und die Erfüllung dieses Syndikatsvertrages.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie waren die Reaktionen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich werde mit ihm reden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie jemals eine Antwort darauf bekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ich habe mit ihm gesprochen, ja, und das wird sich schon einrenken, und es wird schon werden und so.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind damit Ihre Bedenken beseitigt gewesen? Warum haben Sie dann eigentlich die Firma nicht verlassen? Haben Sie nicht das Gefühl gehabt, da steuert etwas irgendwohin, wo ich mitverantwortlich bin, und ich kann es nicht beeinflussen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Diesen Eindruck habe ich gewonnen nach dem, was ich Ihnen vorhin erzählt habe hinsichtlich der Gesellschafterversammlung. Ich habe diesen Eindruck gehabt und habe dann auch am 10. November 1979 — es war ein Samstag — alle Geschäfte, die mit MED-CONSULT abgewickelt wurden, zusammengefaßt und dieses Kompendium dem Aufsichtsratspräsidenten überbracht. Darin sind ja wieder meine Bedenken und meine Forderungen drinnen gestanden.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war der Aufsichtsratspräsident?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Atzler *(phonetisch).*

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann es sein — das ist die letzte Frage, Herr Vorsitzender —, daß Sie die ODELGA politisch so machtvoll eingebettet gesehen haben, daß man halt über gewisse private Bedenken hinweggeht unter dem Aspekt: Es kann eigentlich eh nichts passieren?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Es war die Meinung in der Firma also in der Belegschaft: Uns kann eh nichts passieren, wir sind ein Gemeinde-Wien-Betrieb. Da habe ich also mit Dr. Machtl ganz klar gesprochen. Meine Frage war: Nach welchen Prinzipien habe ich die Firma zu führen. Er hat gesagt: Nach rein privatwirtschaftlichen.

Ich habe also gesehen, daß die Auftragslage auf dem Spitalserneuerungssektor in Österreich etwa bis 1983/84 außerordentlich schwach ist, und ich habe mich deswegen um den Export bemüht und habe mich dadurch ja auch etwas, wenn Sie wollen, freigespielt. Die Gemeinde Wien war ja am Umsatz in der ODELGA nur zu einem Viertel vorhanden, also nur ein Viertel des Umsatzes wurde mit der Gemeinde gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also wenn Sie das Machtdenken nicht auf sich beziehen, die anderen haben jedenfalls die Ansicht vertreten: Gemeindefirma, es kann uns eh nichts passieren.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie haben auf eine Frage des Herrn Abgeordneten Bergmann geantwortet, daß Ihnen in einer Gesellschafterversammlung — wenn ich Sie richtig verstanden habe — die Ausfertigung eines Beschlusses verwehrt wurde. Wer war der Vertreter in der Gesellschafterversammlung, der seitens der Holding Ihnen diesen Beschluß mitgeteilt hat? Habe ich Sie hier mißverstanden?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Nein, das habe ich jetzt ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich ziehe meine Frage zurück, dann ist die gegenstandslos.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Eine ganz kurze Zwischenfrage. Sie haben gesagt, Machtl habe Ihnen gegenüber zu verstehen gegeben, da Sie politisch nirgends zugehörig sind, ist sozusagen ...

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Politisch hat er nicht gesagt, man könnte Ihnen nicht trauen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Weil man nicht weiß, wo Sie hingehören, habe ich es so richtig? Ist je irgend jemand an Sie herangetreten und hat Sie aufgefordert, einer politischen Partei oder irgendeiner Organisation beizutreten?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** Ja. Dr. Wilfling.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sollten wo dazugehen?

Dipl.-Ing. Dr. **Seidler:** SPÖ.

Obmann Dr. **Steger:** Danke, Herr Zeuge. Ihre Einvernahme ist damit beendet. Auf Wiedersehen! *(Dipl.-Ing. Dr. Seidler verläßt den Saal.)*

*(Die Sitzung wird um 13 Uhr unterbrochen und um 14 Uhr wiederaufgenommen.)*

**Zeugeneinvernahme von Dkfm. Heinz Gerd Zippe**

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dkfm. Zippe! Ich begrüße Sie als Zeugen im Untersuchungsausschuß und darf Sie bitten, dort vor dem Mikrophon Platz zu nehmen.

Sie haben als Zeuge hier nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Nationalrates auszusagen. In diesen Bestimmungen ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. Auf Grund dieser Strafprozeßordnungsbestimmungen sind Sie verpflichtet, ohne Umschweife alle Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Es gibt nur die Ausnahmen des § 153 StPO, wo Sie die Aussage ablehnen können. *(Der Obmann bringt dem Zeugen den Inhalt dieses Paragraphen zur Kenntnis!)* Das heißt, wenn Sie aus einem derartigen Grund die Aussage verweigern, dann kann es trotzdem von Ihnen verlangt werden, wenn wir glauben, daß wegen der Bedeutung dieser Antwort das notwendig ist.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß dieser Untersuchungsausschuß zu drei Punkten eingesetzt ist. Zu all diesen drei Punkten haben Sie die Fragen, die an Sie gestellt werden, zu beantworten.

1. Die Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO, beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

2. Zur Untersuchung im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind.

3. Zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Am Beginn ersuche ich Sie, Ihre Generalien anzugeben.

Dkfm. **Zippe:** Mein Name ist Heinz Gerd Zippe, Dkfm., mein Geburtsdatum ist 2. 5. 1944, geboren in Aussig an der Elbe, ČSSR. Meine Anschrift ist derzeit 2344 Maria Enzersdorf, Siedlungsstraße 6.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Können Sie uns sagen, wie es zur Zusammensetzung der APAK-Gruppe gekommen ist? Wissen Sie da etwas darüber?

Dkfm. **Zippe:** Ich wurde persönlich erst am 2. Jänner 1977 eingesetzt in der APAK und kann zur Gründung nur durch mündliche Überlieferungen Aussagen machen, die aber in keiner Weise vollständig sein müssen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer bildet die APAK jetzt?

Dkfm. **Zippe:** Die APAK ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen drei Firmen, der Architektengruppe Marchart, Moebius und Partner, AUSTROPLAN, ALLPLAN und dem Subunternehmen Prof. Wojda.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also eine vierte Firma?

Dkfm. **Zippe:** Es ist eine vierte Firma, Prof. Wojda, aber er ist Subunternehmer, Subauftragnehmer.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Von den drei anderen?

Dkfm. **Zippe:** Von den drei anderen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und zu welcher der drei Firmen gehören Sie, Herr Diplomkaufmann?

Dkfm. **Zippe:** Ich gehöre zum Subauftragnehmer Prof. Wojda.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie wissen daher auch nichts darüber, wie die Firma AUSTROPLAN in die APAK gekommen ist? Oder ist Ihnen da irgendwas historisch überliefert worden?

Dkfm. **Zippe:** Historisch ist mir bekannt, daß die Firma AUSTROPLAN bei der UNO-CITY mittätig war, in derselben Konstruktion und dieses Know-how, das sich die Firma AUSTROPLAN dort aneignen konnte, sicherlich beim AKH, beim Neubau des AKHs auch seine Anwendung finden sollte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Können Sie uns irgend etwas darüber sagen, welche Arbeitsbereiche die einzelnen Firmen beziehungsweise die Firma, die Subunternehmer ist, in der Sie tätig sind, abdecken?

Dkfm. **Zippe:** Wenn ich bei der Architektengruppe beginnen darf. Ich möchte Ihnen generell sagen: Aufbau, Organisation der APAK. Die APAK ist in zehn Projektmanagementgruppen unterteilt, in Termin- und Ablaufplanung, in Koordination der Organisationsstruktur — und Raumbedarfsplanung, in Betriebsorganisationsplanungskoordination, in Haustechnikkoordination, Hochbaukoordination, örtli-

che Bauleitung, Bauwirtschaft und technische Organisation und EDV-Gruppe. Das sind im großen und ganzen die Gruppen.

Jetzt die Zuordnung zu den einzelnen Häusern: Die Hochbaukoordination und die Bauaufsicht hat die MNB-Gruppe über, ALLPLAN hat Haustechnikkoordination und haustechnische Belange innerhalb der Bauaufsicht wahrzunehmen. Die AUSTROPLAN hat bauwirtschaftliche Agenden wahrzunehmen, und Professor Wojda hat Organisations- und EDV-Agenden wahrzunehmen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie daher in Ihrer Tätigkeit bei Professor Wojda auch an der Erstellung des Leistungsverzeichnisses für die Ausschreibung des Betriebsorganisationsauftrages mitgewirkt?

Dkfm. **Zippe:** Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat sich Wojda von Firmen beraten lassen, die letztlich Anbote gelegt haben?

Dkfm. **Zippe:** Ich habe die Frage nicht ganz verstanden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat Professor Wojda, wenn ich das als Ihre Firma nehmen darf, bei der Sie tätig sind, sich von Firmen beraten lassen, die letztlich Anbote gelegt haben, ob es die Kopenhagener Firma EHF, oder wie sie heißt, ist oder ob es, wie Bergmann meint, die ÖKO-DATA war oder Sutter & Sutter.

Dkfm. **Zippe:** Wir haben uns natürlich am europäischen Markt orientiert, wie solche Betriebsorganisationsaufträge, wenn man schon ein Leistungsverzeichnis erstellen muß, allumfassend sind. Wir sind durch Reisen, ich kann nicht mehr genau sagen, wo wir die Erkundigungen eingezogen haben, aber nicht bei den zukünftigen Auftragnehmern oder Bietern. Da war das Ergebnis so, daß mehr oder weniger ein Auftrag der Betriebsorganisationsplanung nur aus einigen Seiten besteht, im deutschen Bereich mehr oder weniger. Ein Leistungsverzeichnis ist eben ausgedrückt durch ein paar Sätze, und damit ist die Leistung grob umschrieben bei der Betriebsorganisationsplanung, aber nicht so detailliert.

Unsere Aufgabe war ja, eine detaillierte Beschreibung der Leistungen zu erhalten, und das haben wir im deutschen Bereich nicht gefunden. Es wurden auch keine Konsultationen der anderen von Ihnen genannten Firmen vorgenommen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie dann als Firma Prof. Wojda die einlangenden Anbote zur BO-Planung geprüft?

Dkfm. **Zippe:** Wir haben die Angebote dahingehend geprüft, daß wir sie entsprechend verglichen haben, entsprechend dem Ausschreibungsleistungsverzeichnis, ob jetzt Abweichungen im Hinblick auf Leistungsinhalte, Leistungsumfang gegeben sind. Wir haben hier eine Zusammenstellung gemacht, haben aber keine echte Bieterreihung so in dem Sinne durchgeführt, sondern nur weil eben das Problem — das haben wir auch in einem Begleitschreiben gesagt — sehr diffizil ist, haben wir nur in bezug auf den Ausschreibungsteil verglichen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie haben keinen Kommentar dazu gegeben an die AKPE: Also das ist der Vergleich mit den Ausschreibungsunterlagen, den Verzeichnissen, die da versucht wurden zu erstellen, aber nach Ihren Erfahrungen ist das nicht berücksichtigt, jenes? Haben Sie da Kriterien, die Sie als Firma Prof. Wojda gehabt haben, doch als Kommentar der AKPE dazugegeben?

Dkfm **Zippe:** Ja. Freilich haben wir Kommentare dazu gegeben, ich weiß nicht, wie viele Seiten die Broschüre umfaßt, wo wir jeden Bieter doch nach bestem Wissen und Gewissen analysiert haben die Angebote, und wie zum Beispiel Umfang, mein Baueinsatz, Präferenzen und solche Punkte, Hauptkriterien schon durchleuchtet und gegenübergestellt haben und eben die Vollständigkeit der Anbote, des Leistungsumfanges.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie diese Beurteilungskriterien selbst erarbeitet, oder konnten Sie da auf einen internationalen Standard zurückgreifen?

Dkfm. **Zippe:** Das haben wir selbst erarbeitet.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche Empfehlungen hat dann Ihre Firma dem Vorstand der AKPE gegeben im Zusammenhang Betriebsorganisationsplanung?

Dkfm. **Zippe:** Wir haben das Ergebnis dieser Untersuchung dem Vorstand der AKPE übermittelt. Und mit einem kurzem Resümee haben wir gesagt, daß die meisten Bieter gewisse Schwerpunkte aufweisen, fachliche Schwerpunkte, daß aus diesen Bietern sicherlich nicht ein Bieter herauszunehmen ist, um das gesamte Betriebsorganisationsfeld abzudekken, sondern wir haben empfohlen, daß aus diesen Bietern doch die bestmögliche Konstruktion in Form der Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft herauszukristallisieren ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Auf welche Hauptargumente hat sich da Ihre Empfehlung gestützt? Sie haben jetzt gesagt: Eine neue Arbeitsgemeinschaft. Diese Arbeitsgemeinschaft ÖKO-

DATA, ODELGA oder dann MED-CONSULT, die da später eingetreten ist, haben Sie da auch vorgeschlagen, es sollte eine neue Arbeitsgemeinschaft werden, oder wie hätte ich das zu verstehen?

Dkfm. **Zippe:** Nein, die Sie angesprochen haben, war ja schon eine Bietgemeinschaft in sich. Wir haben vorgeschlagen, aus den Bietern — diese Bietgemeinschaft ist ja als ein Bieter anzusehen — sollte die bestmögliche Konfiguration gewählt werden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie da eine besondere Empfehlung gegeben: ABO und Sutter & Sutter oder ABO und die Kopenhagener Firma, oder haben Sie da Kombinationen schon vorgeschlagen für neue Arbeitsgemeinschaften der Bieter?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): In welcher Weise, wenn Sie es überhaupt getan haben, haben Sie die Preisangemessenheit der einzelnen Anbote überprüft?

Dkfm. **Zippe:** Wir haben die Mann-Monatssätze gegenübergestellt, die anzubieten waren, und den Aufwand. Wir haben in Form von Bietergesprächen versucht, bei den Bietern herauszufinden, ob sie das Leistungsvolumen richtig verstanden haben, ob sie das Leistungsvolumen richtig eingeschätzt haben, und so eine Gegenüberstellung gemacht, wo wir eben geglaubt haben, daß der Bieter dieses Leistungsspektrum außerordentlich vernachlässigt, dem aber beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses besondere Bedeutung beizumessen ist und so weiter.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie dann in der APAK das vorgetragen, und die APAK hat dann eine Stellungnahme gegenüber der AKPE abgegeben, oder hat das die Firma Prof. Wojda direkt der AKPE gegeben? Mußten Sie das in der APAK absprechen?

Dkfm. **Zippe:** Wir haben sicherlich eine Geschäftsordnung, wonach alle Papiere mindestens mit zwei Unterschriften zu versehen sind. Das ist in schriftlicher Form passiert. Diese Papiere wurden innerhalb nicht im Detail abgesprochen, weil wir im wesentlichen eine Geschäftstrennung hatten, sondern eben global wurde zusammengesetzt und das Ergebnis den Kollegen mitgeteilt, nur in globaler Form, und mit einer zweiten Unterschrift versehen weitergegeben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat es da Meinungsverschiedenheiten gegeben? Haben die APAK-Partner gesagt: Da sind wir nicht ganz der Meinung, wie Sie das da beurteilen, oder wird das, wie Sie es als Professor Wojda-Firma vorlegen, einfach approbiert und gesagt, also, wenn Wojda das sagt, dann geben wir, irgendeiner der Berechtigten, die zweite Unterschrift.

Dkfm. **Zippe:** Nein, ich muß schon sagen, daß die Ausarbeitung so gestaltet war, daß man sicherlich, wenn man das kurz überblickt und durchgelesen hat, nur die Sachlichkeit darin erkennen konnte, und gegen diese Sachlichkeit kann sicherlich ein zweiter, da wir uns doch monatelang mit dieser Materie beschäftigt haben, nicht ad hoc sagen, es ist falsch oder es ist richtig, sondern die Argumentation war sachlich aufgebaut, und dem war nichts entgegenzusetzen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Damit bestätigen Sie nur wieder, daß Professor Wojda federführend war bei der Beurteilung der Betriebsorganisationsplanungsvergabe, bei der Empfehlung.

Dkfm. **Zippe:** Ich muß hier, damit da nicht ein Mißverständnis oder ein falscher Eindruck entsteht, sagen: Professor Wojda hat sich persönlich in dieser Sache nicht engagiert, sondern das habe hauptsächlich ich, da ich der Vertreter von Prof. Wojda in der APAK bin, durchgeführt, ohne mich mit Professor Wojda irgendwie abzusprechen oder sonst wie, sondern eben nur auf fachlich-sachlichen Elementen aufgebaut.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Als der BO-Auftrag vergeben wurde oder bei der Beurteilung durch Sie, haben Sie da Kontakte mit ARGE-Partnern dieser Bietgemeinschaft ABO gehabt?

Dkfm. **Zippe:** Teilweise, wie Sie ja vielleicht wissen, wurde die BO-Interimsphase von der ÖKODATA mit betraut. Natürlich hatten wir fachlich mit diesen Mitarbeitern die Kontinuität, die ja da gewesen ist zwischen Bieter und dem Ausführenden, in der BOI-Phase hatten wir sicher mit Mitarbeitern der ABO Kontakte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Waren das Mitarbeiter aus dem Bereich des Partners ÖKODATA oder ODELGA oder MED-CONSULT, wer war da federführend in den Kontakten mit Ihnen?

Dkfm. **Zippe:** In den fachlich-sachlichen Kontakten war sicherlich die ÖKODATA, da es sich schon damals herauskristallisierte, daß sie der Vertreter, der Sprecher dieser Arbeitsgemeinschaft war, federführend.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und von welchem Partner dieser Arbeitsgemeinschaft ist die Intention ausgegangen, einen möglichst hohen Teil des Auftrages durch österreichische Unternehmungen ausführen zu lassen?

Dkfm. **Zippe:** Kann ich nicht sagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat der AKPE-Vorstand auf Sie Einfluß genommen — ich sage

das gleich so direkt, ich tu das gar nicht umschreiben — bei der Erstellung Ihres Gutachtens zu den Anboten der Betriebsorganisationsplanung?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, um ein paar Fragen nachzuvollziehen, die der Herr Abgeordnete Hobl schon gestellt hat. Sie haben vorhin gesagt, daß bei den Ausschreibungsunterlagen keine von Ihnen genannte Firma mitgewirkt hat. Nun ist doch unbestritten, daß die ÖKODATA die Ausschreibungsunterlagen ausgearbeitet hat.

Dkfm. **Zippe:** Diese Ausschreibungsunterlagen, die uns durch die AKPE zur Verfügung gestellt wurden — ich kann mich nicht entsinnen, ob ÖKODATA oben gestanden ist oder nicht — waren von unserer Warte aus unbrauchbar, und wenn Sie diese beiden vergleichen, so werden Sie in geringen Fällen eine Identität erkennen können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat ja eine Auseinandersetzung Ihrer Firma — ich weiß jetzt nicht, waren es Sie oder Prof. Wojda — um diese Ausschreibungsunterlagen der ÖKODATA gegeben. Hat es Sie nie gewundert, daß dann die ÖKODATA die war, die zum Zuge gekommen ist?

Dkfm. **Zippe:** Wir versuchten, das Leistungsverzeichnis so neutral und so allgemeingültig zu gestalten, daß jede Firma, die auch nicht das Know-how hatte, erkennen konnte, was wir unter dieser Leistung verstehen und verstehen wollten. Für uns war das von der AKPE zur Verfügung gestellte Leistungsverzeichnis eher so aufgebaut, daß sicherlich nur Insider möglicherweise hier den vollen Umfang und den vollen Rahmen dieses Auftrages erkennen konnten. Und da haben wir eben gesagt, daß wir das nicht brauchen können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ab wann haben Sie den Eindruck gehabt, daß die ABO die sein wird, die den Auftrag offensichtlich kriegen soll?

Dkfm. **Zippe:** Ich kann Ihnen nicht genau den Termin sagen, aber wir haben unsere Stellungnahme im Dezember, glaube ich, abgegeben, und im Jänner, Februar, glaube ich, ungefähr wurde uns gesagt, daß das sicherlich seitens der AKPE ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 1978. Welchen Einfluß auf die Vergabe haben denn die Herren Waiz oder Horny genommen?

Dkfm. **Zippe:** Uns ist in keiner Weise ein Protokoll oder ein Ergebnis einer Aufsichtsratssitzung oder der direkte Kontakt möglich gewesen zu den Herren. Daher weiß ich in dieser Frage überhaupt nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Dipl.-Ing. Winter Kontakt gehabt?

Dkfm. **Zippe:** Selbstverständlich!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Privateren Kontakt auch?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und in welchen Rahmen hat sich der dienstliche Kontakt abgespielt?

Dkfm. **Zippe:** Der dienstliche Kontakt hat sich, da er auch zuständig für die Betriebsorganisationsplanung war, in kontinuierlich nicht zu häufigen Gesprächen ergeben, da wir ja sicher immer die AKPE in unseren Handlungen vertreten mußten und müssen; das ist auftragsmäßig fixiert, in sachlichen Gesprächen, fachlichen Gesprächen. Es gab eine Dienstreise, die ich mit Dipl.-Ing. Winter gemacht habe. Das war das einzige, wo man sagen könnte, hier wäre eine Möglichkeit gewesen, außerhalb des Dienstes Kontakt aufzunehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen über die Möglichkeit von Provisionszahlungen et cetera früher irgend etwas bekannt geworden, bevor das Kontrollamt noch die Dinge aufgedeckt hat?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch keine Vermutungen und Gerüchte, die es ja offensichtlich mehrfach gegeben hat?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie ist denn Ihr persönlicher Kontakt mit Dr. Wilfling gewesen?

Dkfm. **Zippe:** Mein persönlicher Kontakt: Ich habe ihn erstmals kennengelernt, als eine große Besprechung anberaumt war in Fragen der Betriebsorganisationsplanung. Das war das erstemal, daß ich ihn kennenlernte, und das beschränkte sich nur auf dienstliche Gespräche, im großen Forum.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Dr. Wilfling jemals an Sie herangetreten mit der Bitte um eine Unterstützung für sein Institut?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Überhaupt nie mit Fragen von provisionsähnlichen Zahlungen oder Zahlungen, deren Leistung vis-à-vis man nicht genau erkennen konnte?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie ist denn Ihre persönliche Situation gegenüber Dr. Bauer von der ÖKODATA gewesen?

Dkfm. **Zippe:** Ich kenne ihn nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben mit der ÖKODATA direkt keine Kontakte und Bezüge gehabt?

Dkfm. **Zippe:** Selbstverständlich habe ich mit Dkfm. Scharmüller Gespräche gehabt. Ich habe Herrn Rumpold gekannt, das war alles.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie von der APAK her oder von Ihrer Firma her die Consultatio beschäftigt?

Dkfm. **Zippe:** Nein, nicht direkt. Das war aber vor meiner Zeit. Professor Wojda hatte in seinem Auftrag drinnen, für seinen Bereich ein hochqualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen. Da waren in der ersten Zeit Mitarbeiter der ÖKODATA in der APAK beschäftigt, die aber dann Anfang 1977 durch Mitarbeiter der ARGE-PLAN ersetzt wurden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und später hat es keine Aufträge an die Consultatio oder Personalleasing dort gegeben?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Name Zacek sagt Ihnen nichts?

Dkfm. **Zippe:** Doch freilich. Ich kenne Dr. Zacek.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In welcher Eigenschaft?

Dkfm. **Zippe:** Als Bereichsleiter der AKPE.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und nicht als Consultatio-Mitarbeiter?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie auch nicht gewußt, daß er dort jemals Mitarbeiter war?

Dkfm. **Zippe:** Nein. Aber jetzt im Zuge der ganzen Presseveröffentlichung habe ich mein Know-how darüber bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist Ihnen denn über die Bekanntschaft des Prof. Wojda mit dem Dipl.-Ing. Winter bekannt?

Dkfm. **Zippe:** Prof. Wojda hatte Winter in fachlichen Gesprächen meines Wissens hie und da aufgesucht, und sonst ist mir eigentlich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck gehabt einer persönlich befreundeten Verbindung? Die kennen sich schon immerhin über die AKPE-Sache hinaus, in die Vergangenheit hinein.

Dkfm. **Zippe:** Ich weiß nur, daß Professor Wojda bei der Dienstreise, bei der ich auch mit war, die ich erwähnt hatte, wo ich das einzige Mal mit ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo ist denn die hingegangen?

Dkfm. **Zippe:** Da haben wir Instandhaltungssysteme in Göttingen und in Hannover angeschaut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hat denn Ihre Zusammenarbeit grundsätzlich mit der AKPE funktioniert?

Dkfm. **Zippe:** Meine Zusammenarbeit hat grundsätzlich gut, man muß sagen gut funktioniert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht sehr gut?

Dkfm. **Zippe:** Wenn in diesem Projekt etwas sehr gut wäre, wäre es sicherlich übertrieben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist in der letzten Zeit wiederholt die Rede gewesen von Verzögerungen, Komplikationen, daß etwas langsamer fertig wird, Bauverzögerungen. Wodurch kamen Ihrer Meinung nach die Verzögerungen zustande?

Dkfm. **Zippe:** Meiner Meinung nach ist sicherlich hier die Vielschichtigkeit der Vertretungen in dem Projekt der ausschlaggebende Grund, daß es so große Entscheidungsverzögerungen gibt, weil die Abstimminstanzen so vielfältig sind und die Einflußsphären von außen doch enorm sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sehen Sie irgendwelche Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen ABO-Mitgliedern? Sind die alle gleich gut?

Dkfm. **Zippe:** Sie wissen, daß wir in dem Vertrag der ABO eine Pönalisierung einiger Termine hatten, und wir haben davon Gebrauch gemacht bei einem Termin. Das war Leistungen der MED-CONSULT betreffend, die wir unter Pönale gestellt und der AKPE empfohlen haben, das Pönale einzuheben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber erst nach dem Kontrollamtsbericht?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist Ihnen denn über die Firma TECHMED bekannt?

Dkfm. **Zippe:** Außer dem, was man in der Presse gelesen hat und liest, nichts.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke vielmals. Als nächster Herr Abgeordneter Feurstein. Bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich hätte zwei Zusatzfragen. Sie haben gesagt, Februar 1978 war klar, daß der BO-Auftrag an die ABO geht. Ist das richtig?

Dkfm. **Zippe:** Ja, wenn man in dem Projekt von Klarheit sprechen kann, so kann man erst sagen, wenn der Vertrag unterschrieben ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine Frage ist, warum hat das so lange gedauert, bis der Vertrag unterschrieben worden ist?

Dkfm. **Zippe:** Es hat sicherlich bei der Vertragsentwurfsgestaltung von unserer Seite auch gewisse Vorstellungen gegeben. Es war das Problem sicherlich die terminliche Notwendigkeit, daß der Vertrag so schnell wie möglich unter Dach und Fach kommt. Trotzdem sollten wir auch auf die Exekutierbarkeit dieses Vertrages achten, und da hat es in manchen Punkten Meinungsverschiedenheiten gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Meinungsverschiedenheiten?

Dkfm. **Zippe:** Zum Beispiel bei der Betriebsorganisationsplanung. Was sich der Planer vorstellt, und das ist für mich selbstverständlich, ist eben, daß er zuerst ein Generalkonzept macht, daß er die großen Grundzüge generalisiert, alle seine Vorstellungen generell darlegt und dann vom Großen, wenn eine Generallinie gefunden . . .

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, Herr Diplomkaufmann, es geht doch darum, um den Vertrag abzuschließen. Waren die Partner nicht klar, oder was war nicht klar? Wenn ich die Partner klar habe, kann ich den Vertrag abschließen und die Kosten feststellen.

Dkfm. **Zippe:** Sie wissen ja, der Auftrag ist ja geteilt worden. Jetzt mußte man ein Leistungsverzeichnis, ein Auftragsverzeichnis erstellen, das ja nicht wie das Ausschreibungsleistungsverzeichnis juristische und rechtliche Formulierungen enthalten hat, weil eine Leistungsabnahme sich ja anders gestalten muß, man muß an andere Meilensteine anbinden, als das bei einer Gesamtbeauftragung gewesen wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, wenn ich feststelle, daß eigentlich die APAK schuldig ist, daß es von Februar bis Juni gedauert hat, bis es zur Vertragsunterzeichnung gekommen ist?

Dkfm. **Zippe:** Die APAK kann da nicht schuldig gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war denn schuldig?

Dkfm. **Zippe:** Die Vertragsverhandlungen, die wir ja nicht geführt haben, sondern die die AKPE geführt hat, sind für mich ausschlaggebend. Ich wußte nicht, woran es liegt, warum sich die Verhandlungen so lange hinausziehen, daß wir nicht zu dem Auftrag gekommen sind. Es war, wenn Sie unseren Schriftverkehr verfolgen, immer unser Anliegen, da die Theoriephase im Auslaufen war und für uns nicht recht erquickend zu dem Ergebnis geführt hatte, das wir uns erwartet haben, so schnell wie möglich den Vertrag unter Dach und Fach zu bringen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Könnte die Verteilung des Kuchens eine Rolle gespielt haben?

Dkfm. **Zippe:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf jeden Fall, Ihnen war Februar 1978 bekannt, daß der BO-Auftrag an die ABO geht?

Und eine zweite Zusatzfrage: Zacek, war der hauptberuflich tätig oder nebenberuflich?

Dkfm. **Zippe:** Hauptberuflich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ab wann?

Dkfm. **Zippe:** Ich habe ihn schon kennengelernt, als ich im Jahre 1977 in die APAK gekommen bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat er nebenbei getan, außerdem?

Dkfm. **Zippe:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat er bei der APAK gemacht?

Dkfm. **Zippe:** Nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Danke.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke vielmals. Gibt es noch Fragen an den Herrn Zeugen?

Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe gedacht, es wird der Herr Vorsitzende Steger, das ist ja sein Zeuge . . .

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Wir müßten dann etwas warten, er kommt sofort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich werde versuchen, fairerweise die Zeit zu überbrücken. Wenn ich Ihnen noch eine Frage stellen darf, und dann können sie das auch noch beantworten.

Es hat im März 1978 eine Reise nach Minnesota gegeben, zur Besichtigung einer Notstromversorgungsanlage. Ist Ihnen darüber irgend etwas bekannt?

Dkfm. **Zippe:** Keine Details, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Faktum schon?

Dkfm. **Zippe:** Wann und wo und warum, das weiß ich nicht. Daß Notstromanlagen besichtigt wurden, das ist mir bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß das in Minnesota war?

Dkfm. **Zippe:** Daß es in Amerika war, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo?

Dkfm. **Zippe:** Wo genau, habe ich mich nicht interessiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen nicht, warum das ausgerechnet in Minnesota war?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, wer da mit dabei war?

Dkfm. **Zippe:** Da kann ich keine genauen Namen nennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War von der APAK jemand dabei?

Dkfm. **Zippe:** Das glaube ich nicht, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie zufällig, ob der Dr. Wilfling dabei war?

Dkfm. **Zippe:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie beurteilen Sie, weil wir vorhin schon von Leistungsbeurteilungen geredet haben, die erbrachten Leistungen der ARGE ORP?

Dkfm. **Zippe:** Die erbrachten Leistungen der ARGE ORP sind sicherlich zweigeteilt zu beurteilen. Einerseits durch das Umstoßen des Grundsatzprojektes in den Anfangszügen und bei uns die vertragliche Verankerung, daß wir ausgehen können von einem stehenden ORP. So wurde uns doch ein neues Grundsatzprojekt Ende 1976 dargelegt, das eigentlich eine Wiederholung der Gesamtorganisationsstruktur- und Raumbedarfsplanung mit sich brachte und dadurch uns einerseits in der Planung Planungsfortschritte, weil wir auf nicht Bestehendes aufbauen konnten, der Bau aber weitergeführt werden mußte, sicherlich hemmte.

Wir haben vertraglich fixiert, daß die Planungen selbst in der AKPE mit dem Nutzer abzustimmen sind. Dies war im Zuge der Neuplanung des gesamten Grundsatzprojektes und der neuen Entwurfsplanung dadurch ein Wiederaufrollen einer Leistung, die wir eigentlich vertraglich schon fixiert hatten, daß wir von dieser Leistung ausgehen konnten. Und dadurch, daß durch etwas Kompromissen wir eigentlich in den Nichtbeauftragten eine Aufgabe erhielten, die ORP zu betreuen in ihrer weiteren Planung, in der Entwurfsplanung mit dem Nutzer Abstimmungsprozeß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie die eigentlich als überflüssig betrachtet?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das nicht eine Dublette gewesen, die da mehr oder minder gefahren wurde?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Professor Riethmüller persönlich zu tun gehabt?

Dkfm. **Zippe:** Ich habe mit ihm einigemale gesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit ihm Probleme gehabt, sowohl fachlicher als auch persönlicher Art?

Dkfm. **Zippe:** Ich habe ihn sehr gut verstanden, weil er den Gedanken, der dem Gebäude zugrunde liegt, nämlich den Zentralisationsgedanken, in einer gewissen Art und Weise, die sicherlich bei diesem Projekt zielführend ist, mit einer gewissen Härte verfolgen wollte, in seiner Organisationsstruktur auch. Diese Verfolgung des zielorientierten Gedankens einer Zentralisation in diesem Gebäude stößt bei dem Nutzer natürlich auf Gegenliebe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist Ihnen aber bekannt, daß Professor Riethmüller nicht überall auf Gegenliebe gestoßen ist.

Dkfm. **Zippe:** Er ist auch bei uns nicht auf Gegenliebe gestoßen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich wollte Sie ja fragen, wie Ihr Verhältnis zu ihm war.

Dkfm. **Zippe:** Mein Verhältnis zu ihm oder unser Verhältnis zu ihm war, daß wir eine Planung von ihm erwarteten, die auch einen gewissen Nutzerkonsens erforderlich machte. Er vertrat sehr stark den Zentralisationsgedanken, aber die Nutzer eher einen nicht so starren Zentralisationsgedanken. Man kann nicht sagen, daß es ein Fehler des Riethmüller oder der Fehler der Fakultät war, hier nicht nachzugeben, sondern da gibt es eben naturgemäß Reibereien, wenn man jetzt von einem quasi Pavillonsbetrieb des alten AKH ausgeht in einen Zentralbetrieb des neuen AKH.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Fanden Sie das Honorar angemessen, das die ARGE ORP kassiert hat?

Dkfm. **Zippe:** Wir haben in vielen Honorargesprächen hier genau auf die leistungsadäquate Bezahlung hingewiesen und sehr viele Abzüge gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die 46,5 Millionen,

die immer im Raum stehen, sind Ihrer Meinung nach angemessen?

Dkfm. **Zippe:** Von der Leistung her — ich kenne seinen Aufwand nicht, den er dabei hat —, aber von der Leistung her sind sie angemessen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie sehr haben Sie denn immer die Meinung vertreten, daß Riethmüller politisch sehr in die AKH-Geschichte hineingepreßt wird?

Dkfm. **Zippe:** Ich habe Professor Riethmüller als überpolitisch gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die MEDIPLAN?

Dkfm. **Zippe:** Auch. Es ist neu, das haben ja die Zeitungen gebracht, daß es hier eine politische Verbindung gegeben haben soll.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber über diese Verbindung war Ihnen vorher nichts bekannt?

Dkfm. **Zippe:** War nichts bekannt. Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welcher der beiden Partner, Riethmüller oder MEDIPLAN, hat denn Ihrer Meinung nach die gediegenere Leistung erbracht?

Dkfm. **Zippe:** Die Leistung ist unvergleichbar, denn die haben sich die Arbeit geteilt. Riethmüller hat die medizinischen Funktionsbereiche und MEDIPLAN die Ver- und Entsorgung und nichtmedizinischen Funktionsbereiche.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich verstehe nicht, warum das unvergleichbar ist. Es kann jemand, gleichgültig, auf welchem Gebiet, eine gute oder eine schlechte Arbeit geleistet haben. Ich habe Sie gefragt, wer Ihrer Meinung nach die bessere Arbeit geleistet hat.

Dkfm. **Zippe:** Wir waren, unter Einbeziehung der Schwierigkeiten sicherlich, die wir immer mit Planern haben, damit es zeitgerecht ist, und Koordinationsschwierigkeiten, mit beiden Leistungen zufrieden.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sagt Ihnen der Begriff „Projektmanagementgruppe AUSTROPLAN" etwas?

Dkfm. **Zippe:** Projektmanagementgruppe sagt mir nichts, aber die AUSTROPLAN sagt mir etwas. Das ist ein Partner in der APAK.

Obmann Dr. **Steger:** Von wo her ist das hineingekommen?

Dkfm. **Zippe:** Das weiß ich nicht, wie AUSTROPLAN. Ich habe vorhin in meinen mündlichen Überlieferungen gesagt, daß das sicherlich das Spiegelbild der UNO-City ist, daß sich dort die Konstruktion bewährt hat und die AUSTROPLAN bei der UNO-City meines Wissens eine gleiche Funktion hat.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Jetzt hat man dort einen handschriftlichen Zettel gefunden, da heißt es: „Projektmanagementgruppe AUSTROPLAN von Sektionschef Waiz verlangt. Wir sollten bis 19. mit Wojda gesprochen haben, dann wieder mit Winter; Sache vertraulich, auch nicht Wilfling."

Dann steht auf Seite 3: „10. 11. 1975. Für die Durchführung der Arbeit Managementgruppe AUSTROPLAN — Sektionschef Waiz hat die AUSTROPLAN hineinmanövriert." Was sagt Ihnen das?

Dkfm. **Zippe:** Das ist mir neu, ich kann nichts dazu sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe geglaubt, ich bin auf eine heiße Spur bei Ihnen gekommen, und Sie wissen das nicht.

Der Herr Professor Wojda ist also APAK-Subunternehmer und auch ABO-Subunternehmer.

Dkfm. **Zippe:** Professor Wojda ist APAK-Subunternehmer, die AGIPLAN ist ABO-Subunternehmer. Professor Wojda ist geschäftsführender Gesellschafter.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, schon. Aber es hat doch die APAK die Erstellung der Betriebsorganisationsplanung laufend zu überwachen. Ist das nicht ein fragwürdiger Zustand, wenn der Überwacher, wenn auch in einer anderen Firmenkonstruktion, aber es ist ja dieselbe Person, gleichzeitig auf der Überwachungsseite und auf der ausübenden Seite tätig ist?

Dkfm. **Zippe:** Die Betriebsorganisationsplanung haben wir nicht fachlich zu überwachen gehabt als APAK, sondern wir haben sie zu steuern und zu koordinieren gehabt. Eine fachliche Abnahme der Leistung erfolgte durch die Nutzer oder Betreiber selbst. Daher wurde in der Beauftragung der Betriebsorganisationsplanung Bedacht genommen, da das eine Planung für den späteren Nutzer oder Betreiber sein soll, diese Leistungsabnahme durch den späteren Nutzer oder Betreiber zu vollziehen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber die Preisangemessenheit zum Beispiel haben nicht die Nutzer und Betreiber kontrolliert, sondern die haben ja Sie zu kontrollieren.

Dkfm. **Zippe:** Wir haben keine Preisangemessenheit der Firma AGIPLAN kontrolliert.

Obmann Dr. **Steger:** Der Betriebsorganisationsplanung, jawohl. Oder wollen Sie sagen, Sie haben keine Preisangemessenheit der Betriebsorganisationsplanung kontrolliert?

Dkfm. **Zippe:** Die Angebote, die in dieser beschränkten Ausschreibung hereingekommen sind, haben wir hergenommen, haben sie gegenseitig verglichen und konnten natürlich hier Preisunterschiede feststellen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist jetzt „wir"?

Dkfm. **Zippe:** Die APAK.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt ist aber APAK-Subunternehmer der Professor Wojda. Genau das ist die Frage. Also Sie prüfen die Preisangemessenheit eines Angebotes, bei dem wieder der Subunternehmer derselbe Mann ist. Und ich frage Sie, ob das besprochen worden ist irgendwann, daß das doch ein fragwürdiger Zustand sein könnte.

Dkfm. **Zippe:** Da wir von der APAK — ich spreche hier immer als APAK — vertraglich Planungen zur Verfügung gestellt bekommen haben, so war diese Leistung, die wir hier bei der Betriebsorganisationsplanung gemacht haben, mehr oder weniger, wenn ich Ihnen das so sage, eine Leistung, um den Projektfortschritt zu erhalten und zu erzielen, weil eben die Betriebsorganisationsplanungsleistung ausstehend war und das sich im Zuge der weiteren Planung als große Lücke erwiesen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das erörtert worden irgendwann, daß das eine Kollision sein könnte, oder ist das gar nie erörtert worden?

Dkfm. **Zippe:** Ich habe, so wie ich in die APAK eingetreten bin, hier unterschrieben, daß ich nur die Interessen der APAK wahrnehme und keinerlei sonstige Interessen.

Ich habe mich sicherlich immer daran gehalten und nie die Interessen einer AGIPLAN oder eines Professors Wojda außerhalb dieses Projektes vertreten.

Obmann Dr. **Steger:** Gut. Das gilt also für Sie. Wieso gilt das nicht für Subunternehmen? Sie sagen, Sie treten ein und müssen unterschreiben, daß Sie nur diese Interessen wahrnehmen dürfen. Wieso gilt dasselbe nicht für Subunternehmer?

Dkfm. **Zippe:** Das verstehe ich nicht. Die Subunternehmerschaft ist ja dahin gehend, daß der Partner — hier in der APAK ist es etwas anders —, aber ein Subunternehmer einer Firma tritt nach außen nicht in Erscheinung, sondern dessen Leistung ...

Obmann Dr. **Steger:** Aber nach innen ist doch die Verantwortlichkeit nicht eine andere, wenn sie durch einen Subunternehmer ausgeübt wird. Der Subunternehmer hat ausschließlich im Interesse der APAK tätig zu sein, für die er Subunternehmer ist. Ist doch logisch. So wie Sie als Angestellter eben auch unterschreiben müssen, daß Sie ausschließlich im Interesse der APAK tätig sind.

Die Frage ist, ob je darüber gesprochen wurde, daß es eigentlich komisch ist, daß ein derartiger Subunternehmer gleichzeitig auch Subunternehmer bei der ABO ist. Die Frage habe ich. Ist darüber geredet worden oder nicht? Sie brauchen es mir nicht juristisch erläutern.

Dkfm. **Zippe:** Nein, es ist nicht darüber gesprochen worden.

Obmann Dr. **Steger:** Bei der APAK-Beurteilung der Betriebsorganisationsplanungsanbote vom 13. Dezember 1977, war das eine endgültige Beurteilung?

Dkfm. **Zippe:** Wir haben in diesem Sinne nur eine Zusatzleistung, nicht vertraglich fixierte Leistung erbracht und haben eben auf die Schwierigkeiten, hier einen Vergabevorschlag machen zu können, hingewiesen und haben das dabei belassen, daß wir die Angebote in bezug auf das Ausschreibungsleistungsverzeichnis verglichen und geprüft haben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben aber vorgeschlagen dabei, daß eine neue Arbeitsgemeinschaft dabei gebildet wird, weil Ihnen keiner der Bieter ausreichend erschien.

Dkfm. **Zippe:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Warum ist Ihnen keiner ausreichend erschienen?

Dkfm. **Zippe:** Weil die meisten Bieter in verschiedenen Sachen fachliche Schwerpunkte hatten, wobei mir und uns sinnvoll erschien, Schwerpunkte in dem Projekt einzusetzen und nicht alle Randgebiete, wo ein anderer seinen Schwerpunkt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, nach Ihrer Meinung sollte sich die ABO eigentlich mit anderen Anbietern zusammentun?

Dkfm. **Zippe:** Wenn Sie so wollen, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Ich will gar nichts. Ich frage es nur, bitte. Ja heißt das.

Heißt das auch, die ABO war nach Ihrer Ansicht nicht allein geeignet, das ganze Spektrum abzudecken?

Dkfm. **Zippe:** Nach unseren Überprüfungen und den Angebotsunterlagen ja.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, Herr Zeuge, noch einmal: Die Frage hat geheißen: Sind Sie der Meinung, daß ABO allein nicht geeignet war, das gesamte Spektrum abzudecken? Wenn Sie jetzt sagen ja, dann heißt das, Sie sind der Meinung, daß sie nicht in der Lage war. Wenn Sie sagen nein, ist es umgekehrt.

Dkfm. **Zippe:** Wir haben das Arbeitspapier im Hinblick auf das Angebot erstellt und das Angebot und uns zur Verfügung stehende, den Angeboten beiliegende Unterlagen haben wir beurteilt und bewertet, und aus diesen ist hervorgegangen, daß sie nicht alleine ...

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt ja. Daher war die Antwort ja durchaus richtig. Ich wollte es geklärt haben, und wir haben es geklärt im allseitigen Interesse.

Meinen Sie, daß eine korrekte beschränkte Ausschreibung gemäß ÖNORM A 2050 durchgeführt wurde?

Dkfm. **Zippe:** Ich bin persönlich der Meinung, daß eine Planungsleistung sehr schwierig auszuschreiben ist, daß wir in den westlichen und deutschsprechenden Ländern uns erkundigt haben und die Gepflogenheit einer Ausschreibung dort nicht gehandhabt wird, sondern nur eine direkte Vergabe, und daher von einer korrekten nach ÖNORM A 2050 durchzuführenden Ausschreibung nicht die Rede sein kann.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen etwas bekannt über Versuche, daß die MA 17 direkt bei der Betriebsorganisationsplanung mitarbeiten hätte können?

Dkfm. **Zippe:** Ich war früher Gemeindebediensteter und möchte über eine fachliche Qualifikation oder über eine Auslastung von Gemeindebediensteten nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich will auch weniger jetzt ihre Qualifikationen hören, sondern nur, ob es Gespräche gegeben hat bezüglich einer Mitwirkung dieser Magistratsabteilung bei der Planung.

Dkfm. **Zippe:** Wieviel oder welche oder wann Gespräche oder mit wem Gespräche geführt wurden, wußte ich nicht. Es war aber auch unser Verlangen, daß eine Leistungsabnahme nur durch den späteren Betreiber — und es kristallisiert sich eben immer mehr und mehr die MA 17 als späterer Betreiber heraus — nur dadurch, durch eine verstärkte Involvierung in den Planungsprozeß als positiv zu werten war.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollten eigentlich eine stärkere Mitwirkung der MA 17, weil dadurch klarer ist, daß die späteren Betreiber keine Widerstände haben bei der Abnahme eines Tages? — Ja, heißt Ihr Nicken.

Dkfm. **Zippe:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso ist es dann trotzdem nicht dazu gekommen?

Dkfm. **Zippe:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie überhaupt keine Wahrnehmungen darüber gemacht? Nichts gehört, nichts gesehen, nichts gelesen?

Dkfm. **Zippe:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ab wann wußten die AKPE und die APAK, wer Bestbieter war? Von der Betriebsorganisationsplanung rede ich.

Dkfm. **Zippe:** Wie gesagt, die APAK konnte auf Grund ihrer Untersuchung keinen Bestbieter vorschlagen und daher dieses Quasi-Gutachten, das wir abgegeben haben, zielte darauf, daß man durch Verhandeln oder durch Zusammenziehen der Bieter mögliche, für das Projekt beste, Konfigurationen finden soll.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt war der AKPE ab 28. Februar 1978 klar, wer Bestbieter ist. Haben Sie darüber eine konkrete Erklärung aus Ihren Wahrnehmungen, wieso das die AKPE zu dem Zeitpunkt wissen konnte?

Dkfm. **Zippe:** Dazu muß ich sagen, daß wir zu diesem Zeitpunkt von der AKPE gesagt bekommen haben, daß sich abzeichnet, daß hier die beste Lösung gefunden wird in der Beauftragung der ABO, daß die weitere Vertragsverhandlung nur mehr mit diesem Partner zu führen wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie beziehungsweise die APAK gegenüber den Gutachtern Mayer und Stadler konkrete Aussagen über die Qualität der ABO-Arbeit gemacht?

Dkfm. **Zippe:** Die jüngst durchgeführte, ich habe nur davon gehört, es waren Mitarbeiter von mir hier involviert.

Obmann Dr. **Steger:** Sie selber nicht?

Dkfm. **Zippe:** Ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Wie qualifizieren Sie die ABO-Arbeit fachlich?

Dkfm. **Zippe:** Die ABO hat ihre Leistung, die sie auftragsgemäß im Auftrag bekommen hat, erfüllt, da vom Nutzer dieser Planungsablauf so gestaltet ist, daß sie erst dann als abgenommen gilt, wenn der Nutzer sein o.k. dazu gegeben hat. So konnten wir sie als erfüllt betrachten.

Obmann Dr. **Steger:** Glauben Sie, daß alles korrekt abgeliefert wurde im Sinne dessen, wie es vereinbart war?

Dkfm. **Zippe:** Ich glaube schon, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wie erklären Sie dann, daß zum Beispiel die SPIWAG, ein Subunternehmer von MED-CONSULT, Ausarbeitungen abgeliefert hat, die sie schon einmal der MA 17 verkauft hat?

Dkfm. **Zippe:** Dies entzog sich unserer

Kenntnis, da wir die Ausarbeitung der MA 17 erst zu dem Zeitpunkt bekommen haben, zu dem das publik wurde, daß das ein Duplikat bei uns sein sollte oder daß hier widersprüchliche Aussagen sogar gemacht wurden.

Obmann Dr. **Steger:** Und was sagen Sie heute dazu? Was ist das dann, wenn man das doppelt verkauft?

Dkfm. **Zippe:** Ich müßte sagen, es ist eine Planungsleistung. Man lebt von einem Know-how, das man sich bei irgendeinem Projekt als Planer erworben hat, und das verkauft man immer wieder. Man kann nur ein Know-how verkaufen, das man sich schon einmal erworben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Sie haben als APAK zu kontrollieren, ob die Kalkulationsunterlagen für die geistige Leistung stimmen. Das heißt ja dann, ich kann ja nicht zweimal die Zeit zum Beispiel voll verrechnen.

Dkfm. **Zippe:** Es würde niemandem möglich sein, die Bieter-Palette zu überprüfen, wo sie ihr Know-how sich aneignen konnte, in welchen Spitälern sie schon einmal dieselben Arbeitspapiere geliefert hat. Das ist unmöglich.

Obmann Dr. **Steger:** Hat noch wer eine Zusatzfrage? Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann:** (ÖVP): Wenn Sie das alles heute nach dem Wissensstand, den Sie jetzt haben, nochmals tun müßten, würden Sie dieser Art der Vergabe an die ABO auch so zusehen, wie das stattgefunden hat?

Dkfm. **Zippe:** Wir haben sicherlich nur fachliche Bedenken. Unser Vertrag ist ja so, daß wir im Sinne der AKPE handeln müssen, und unser Vertrag ist so gestaltet, wenn uns die AKPE sagt: Sagt, daß dies so zu machen ist!, so können wir ein Veto einlegen, aber haben so zu handeln, wie es uns die AKPE sagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Ihnen denn mitgeteilt, daß die ABO sozusagen die Firma ist, die beauftragt wird?

Dkfm. **Zippe:** Das könnte ich Ihnen genau gar nicht mehr sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer könnte Ihnen das mitgeteilt haben, daß es auch für Sie von Bedeutung ist?

Dkfm. **Zippe:** Für uns war jeder Kontakt, das heißt, es gab einen Mann oder es gibt ihn noch immer . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das kann doch nur ein Vorstandsmitglied der AKPE gewesen sein, oder war es der Aufsichtsratsvorsitzende?

Dkfm. **Zippe:** Nein, nicht nur ein Vorstand kann uns mitteilen, was zu machen ist, sondern jeder mehr oder weniger Mitarbeiter der AKPE, und da war ein zuständiger Herr, und ich glaube, über den haben wir das erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Herr Zeuge, das ist ein ganz dicker Auftrag. Sie haben an den Ausschreibungsunterlagen mitgewirkt und haben noch dazu an den Vorbereitungsarbeiten der ÖKODATA in diesem Zusammenhang massive Kritik geübt. Da hat es eine schwere Auseinandersetzung darum gegeben.

Und auf einmal wird festgestellt, genau die Firma, wo die ÖKODATA dabei ist, die kriegt jetzt den Auftrag, und Sie wissen nicht, wer Ihnen das mitgeteilt hat?

Dann haben Sie sich um nichts mehr gekümmert, weil Sie reiner Weisungsempfänger sind. Das kann ich doch nicht glauben.

Dkfm. **Zippe:** Ich möchte da nicht fixieren. Es kann auch der Direktor Winter gewesen sein, der es uns als APAK mitgeteilt hat, daß eben jetzt die weiteren Verhandlungen im Zuge einer Beschleunigung des Verfahrens nur mehr mit der ABO zu führen sind. Es wurde uns auch mitgeteilt, daß nur ein Teilauftrag zu vergeben ist, wo wir uns dagegen gewehrt haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darum wundere ich mich ja so, daß Sie nicht die Namen derer nennen können, die Ihnen das mitgeteilt haben. Das sind doch alles kontroversielle Fragen gewesen, das merkt man sich doch! Das muß doch bei Ihnen irgendwo aktenkundig sein.

Dkfm. **Zippe:** Ich weiß nicht, ob es aktenkundig ist, da müßte ich nachschauen. Aber die Zuständigen bei der AKPE waren Hogl, Winkler, Winter. Und einer dieser drei wird das mitgeteilt haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das einfach so üblich, daß hier ohne jeden Schriftsatz et cetera über solche Millionenbeträge Weisungen seitens der AKPE an Sie gegeben werden, und da gibt es darüber keine Aufzeichnungen und gar nichts?

Dkfm. **Zippe:** Da auch wir der Meinung sind, daß hier keine Ausschreibung nach der ÖNORM A 2050 durchführbar war, und sowieso eine Planungsleistung meines Erachtens — Sie können mich jetzt peinigen — direkt vergeben werden kann, wo wir nichts Böses dabei sehen, weil wir ja eine Planung als Grundlage brauchen, ein Architekt kommt aus einem Wettbewerb hervor, die Ausschreibung ist ein Wettbewerb. Wer da die Jury oder der Meinungsbildner ist bei der Vergabe einer Betriebsorganisationsplanung, das hat uns nicht interessiert, sondern wir wollten nur endlich den Auftrag haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mir geht es jetzt auch gar nicht darum, ob das wirklich mit der ÖNORM A 2050 — darüber werden wir wahrscheinlich noch jahrelang streiten — durchzuführen war. Mir geht es darum, daß Sie eine Beurteilung gemacht haben, die nicht ganz zur Deckung zu bringen ist mit der tatsächlichen Beauftragung und daß dann eine Weisung erteilt worden ist. Ich möchte jetzt wissen, wer diese Weisungen erteilt hat. Da quietschen Sie mir zum ersten Mal aus, obwohl Sie jetzt eine ganze Reihe von Fragen sehr ruhig und sachlich beantwortet haben. Und ich sage, das ist unvorstellbar, daß Sie nicht wissen, wer diese Weisungen erteilt hat, weil es sich um ein dikkes Geschäft handelt, in dem Sie kontroversiell obendrein noch zu der Vergabe gestanden sind. Vielleicht fällt es Ihnen doch noch ein.

Dkfm. **Zippe:** Es ist immer ein Gremium — Gremium ist gut — bei solchen Fragen. Ich kann mich auch gar nicht erinnern, ob das jetzt ein spezielles Gespräch war, das nur die Betriebsorganisationsplanung zum Thema hatte, sondern daß das — weil wir ja sehr viele brennende Probleme immer mit dem Vorstand besprechen müssen — unter einem allgemeinen Gespräch eben gesagt wurde, daß wir dann das nur mehr zu verfolgen haben, weil wir ja nur die Berater in dieser Hinsicht bei der AKPE waren. Wir haben auch das Leistungsverzeichnis nicht in Eigenregie erstellt und auch nicht den Auftrag in Eigenregie erstellt, sondern nur als Unterstützung, damit das eben weitergeht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann man daraus schließen, daß Sie der Meinung waren, daß die Auftragsvergabe, so wie sie stattgefunden hat und unter diesen Bedingungen und mit dieser speziellen Firma unter Umständen zu Lasten des Gesamtprojektes stattfindet, daß da Fehler drinnen sind, daß es da zu Verteuerungen, zu Verzögerungen, zu Fehlplanungen kommen kann?

Dkfm. **Zippe:** Nein, durch die erste Teilung, bei der ich sicherlich dagegen war, daß eine Teilung vorgenommen wird, kann man ja einen Plan oder eine Planungsgruppe sicherlich so weit in den Griff bekommen, daß man dann sehen kann, ob sie für eine weitere Beauftragung fähig, in der Lage ist, oder ob man einen qualifizierteren oder . . . „

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber eine Beurteilung wurde Ihnen ja nicht mehr abverlangt. Sie haben die Weisung gekriegt: Die sind's. Es hat dann nur eine eigenartige Anbotseröffnung gegeben, und damit war für Sie doch die Sache erledigt. Oder haben Sie noch versucht, Veränderungen vorzunehmen in Ihrem Sinn und im Sinne der Bedenken, die Sie hatten?

Dkfm. **Zippe:** Ich habe in einem Gespräch damals gesagt, daß ich gegen eine Teilung des Auftrages bin, daß es eben für das Projekt nicht gut ist, wenn nach zwei Jahren, wo sicherlich die Leistung noch nicht fertig sein kann, eine mögliche Auftragsnehmeränderung vor sich geht. Aber ich habe sicherlich auch den Vorteil gesehen, daß sie, wenn sich die MA 17 noch nicht entscheiden kann, hier aktiv mitzuarbeiten, dann nach zwei Jahren, vielleicht ausgebildetes Betriebsorganisationspersonal hat, daß sie sich eben hier die Möglichkeit offenhält, dann aktiv in das Planungsgeschehen mit einzusteigen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und eine letzte Frage: Eine Einschaltung der MA 17 in Ihrem Sinne: Wäre die beim Projekt billiger gekommen als das Verfahren, das man dann gewählt hat?

Dkfm. **Zippe:** Es wäre der Sache dienlicher gewesen. Ob es billiger gekommen ist, kann ich nicht behaupten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Sache dienlicher müßte auch mit Kostenreduktionen verbunden sein.

Dkfm. **Zippe:** Man kann nicht alles in Kosten und Zahlen ausdrücken. Ob jetzt das neue Allgemeine Krankenhaus gut funktioniert, ob den dort Bediensteten ein guter Ablauf gewährleistet wird oder ob die hier unter depressiven Zuständen arbeiten oder nicht, das heißt, daß der Ablauf Reibereien unterworfen ist, das kann man sicherlich nicht in Schillingen ausdrücken.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zum Abschluß möchte ich Sie noch bitten, uns drei Beispiele zu nennen, worin die Bemerkung „sachlich dienlicher" bestanden hätte. Was wäre „sachlich dienlicher" gewesen? Drei, vier Beispiele.

Dkfm. **Zippe:** Sachlich dienlicher wäre gewesen, sofort einen Betriebsorganisationsplaner einzubeziehen, als wir aufmerksam machten, daß in der Planung eine Stockung eingetreten ist, daß die Hauptplaner die Einbeziehung eines Betriebsorganisationsplaners fordern und sich — bewußt oder unbewußt — in manchen Fällen ausreden, daß die Leistung nicht zu erbringen ist, weil eben der Betriebsorganisationsplaner eine sofortige Vergabe dieser Planungsleistungen ohne dieses doch zeitraubende Verfahren verlangt hatte; das wäre der Sache dienlicher gewesen.

Ein zweites Beispiel wäre eben die Einbindung, das Engagement, das sicherlich augenscheinlich gefehlt hat, des späteren Betreibers, da es für uns noch nicht klar war und uns der Vorstand der AKPE noch nicht sagen konnte, wer jetzt der spätere Betreiber ist. Einerseits verständlich, wenn die AKPE eine Mitarbeiter-

zahl von 60 Mitarbeitern hat und den Mitarbeitern sagen müßte, wenn das Projekt zu Ende ist, habt ihr mit dem Projekt nichts zu tun. Uns war noch nicht klar, ob jetzt die AKPE den Betrieb weiterführt oder ob jetzt eine MA 17 oder sonst wer oder eine, so wie es im Seitz-Sienkiewicz-Gutachten genannt ist, eine eigenständige Betriebsführungsgruppe, was sicherlich der Sache dienlicher wäre und sicherlich nicht eine Konstruktion, wie sie jetzt vielleicht im Allgemeinen Krankenhaus besteht, womit sicher dieser Bau nicht zu führen ist. Das wäre ein zweites Beispiel.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie zu entscheiden gehabt hätten — Sie hätten den ABO-Auftrag nicht vergeben?

Dkfm. **Zippe:** Also, daß die MA 17 in Eigenregie das machen konnte, das glaube ich nicht. Ich hätte den ABO-Auftrag eben als Beraterleistung sicherlich vergeben mit einer vollen Einbeziehung der späteren Betreibermannschaft.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ihre Einvernahme ist beendet. Ich danke Ihnen. Auf Wiedersehen! *(Dkfm. Zippe verläßt den Saal.)*

## Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Dr. Ekkehard Wunderer

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Dipl.-Ing. Wunderer! Ich begrüße Sie hier im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Sie sind als Zeuge heute hier eingeladen, und ich möchte Ihnen mitteilen, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden hat. Sie könnten sich nach § 153 Strafprozeßordnung nur entschlagen: „wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren oder bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist." — Das wäre also eine Vorschrift, die Sie nach § 153 Strafprozeßordnung und auch wir zu beachten haben.

Der Untersuchungsausschuß hat drei Untersuchungsthemen vom Plenum des Nationalrates beauftragt bekommen, und zwar: Im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wird erstens zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung; zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit der Auftragserteilung beauftragt.

Das sind die drei Punkte, die wir hier zu behandeln haben und wo Sie befragt werden können.

Sie haben auch nach der Strafprozeßordnung die Wahrheit zu sagen auf die Fragen, die Ihnen gestellt werden. Darf ich Sie noch um Ihre Generalien bitten. Name, Geburtsdatum, Beruf, Wohnanschrift.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Mein Name ist Dipl.-Ing. Dr. Ekkehard Wunderer, geboren am 21. Mai 1941, wohnhaft in 1130 Wien, Auhofstraße 231/6/1, verheiratet, zwei Kinder.

Studium Technische Physik; nach Abschluß des Studiums Angestellter der Firma Allplan und von dort delegiert in die APAK.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Der erste Abgeordnete, der Fragen an Sie richten wird, ist Herr Abgeordneter Mühlbacher. Bitte.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Sie sind bei der APAK beschäftigt. Können Sie uns sagen, wie es zur Zusammensetzung der APAK-Gruppe gekommen ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es haben im Jahr 1975, gegen Ende des Jahres 1975 und zu Beginn des Jahres 1976, Gespräche zwischen den drei Hauptgesellschaftern — das ist Allplan, Marchert-Moebius & Partner, Austroplan — gemeinsam mit dem damaligen Vorstand der AKPE stattgefunden, wo von dieser Gruppe versucht wurde, ein Angebot auf Projektsabwicklung, Projektmanagement zu deponieren. Es hat Vertragsgespräche gegeben. Soweit mir bekannt ist, war das Modell dieser Lösung damals die positive Abwicklung der UNO-City, wo auch eine Gruppe gebildet wurde aus Bund und Gemeinde, die als Gesellschaft und Bauträger fungiert hat, und für die Projektabwicklung eine Arbeitsgemeinschaft — damals war es bei der UNO-City die AWEG — installiert wurde, um so dieses komplexe Bauvorhaben abzuwikkeln. Wir haben uns damals — wenn ich sage „wir", spreche ich für die Firma Allplan — mit unseren Hauptgesellschaftern unter Beiziehung dann des Subkontrakters Professor Wojda um diesen Auftrag bemüht. Es war also eine Reihe von Gesprächen. Ich war bei den letzten, wo es schon um Leistungsverzeichnisabgrenzungen gegangen ist, auch dabei, wobei immer mit dem Vorstand der AKPE verhandelt wurde.

Abschluß war, soweit ich mich jetzt erinnern kann, glaube ich, Ende Jänner, 30. oder 29. Jän-

ner, Vertragsabschluß mit dem Auftrag an die APAK, diese Gruppe.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Ist Ihnen bekannt, aus welchen Gründen die Firma Austroplan mit einbezogen wurde?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein. Ich weiß nicht, wie es zu der Findung dieser drei Gesellschaften gekommen ist, daß sich diese drei Gesellschaften zusammengetan haben. Ich kann nur annehmen — das muß ich auch jetzt sagen, ich kann nur annehmen, nachdem die Austroplan auch in der Projektabwicklung bei der AWEG beteiligt war als Projektmanagementpartner —, daß das also mit ein Grund war. Aber wie es dazu gekommen ist, weiß ich nicht.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Es ist Ihnen also nicht irgendwie eine Empfehlung bekannt, wonach die Austroplan mit aufgenommen wurde.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Wir hörten also jetzt Allplan, die ARGE Architektengruppe und Austroplan waren diese drei.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Darf ich korrigieren. Nicht die ARGE-Architekten, denn die ARGE-Architekten sind Auftragnehmer auf der Planungsseite, sondern der Gesellschafter, der Partner, ist Marchart— Moebius & Partner.

Die ARGE-Architekten bitte sind eine andere Architekten-ARGE, in der meines Wissens auch Marchart und Möbius enthalten sind, wie andere Architekten, hat aber nichts mit der APAK zu tun. Die ARGE-Architekten ist eine eigene Arbeitsgemeinschaft.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Diplomingenieur! Welche Arbeitsbereiche hatten die einzelnen an der APAK beteiligten Firmen abzudecken?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die Schwerpunkte sind auf Grund des Know-hows und der Erfahrung, wenn Sie so wollen, entstanden; das heißt, Allplan, die ja auf dem Sektor der Planungstätigkeit der Haustechnik auch bei der UNO-City als Planer tätig war, war schwerpunktsmäßig für die Planungskoordination Haustechnik und dann örtliche Bauleitung— Bauabwicklung vorgesehen, und schwerpunktsmäßig eingesetzt ist auch mein Fachbereich. Die Architekten Marchart, Moebius & Partner sollten den hochbautechnischen Teil abdecken und die Austroplan den kaufmännisch-rechtlichen oder bauwirtschaftlichen Teil, wie er auch genannt wird, abdecken.

Eine Funktion, die Sie in ähnlicher Form auch bei der AWEG *(phonetisch)* gehabt haben.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Zeuge! In welcher Form haben Sie bei Allplan bei der Erstellung des Leistungsverzeichnisses für die Ausschreibung des BO-Auftrages mitgewirkt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Als Mitarbeiter der Allplan — ich bin heute noch Mitarbeiter der Allplan —: Vor dem Beginn der APAK waren wir mit der BO-Ausschreibung überhaupt nicht befaßt, ab 2. Februar 1976 war ich von Allplan delegierter Geschäftsführer in die APAK, habe dort den Bereich Haustechnik abgedeckt, mich mit den Fragen der BO, auch mit der Leistungsverzeichniserstellung BO nicht beschäftigt. Das war nicht mein Fachbereich.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Sie haben also mit der Betriebsorganisationsplanung überhaupt nichts zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. **Mühlbacher** (SPÖ): Danke schön, vorerst.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie ist denn Ihr persönliches Verhältnis zu jenem Herrn, der vorhin in diesem Raum war, nämlich zum Dkfm. Zippe?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das persönliche Verhältnis ist ein kollegiales Verhältnis. Er ist Mitglied und stellvertretender Geschäftsführer in der APAK.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Dkfm. Zippe gelegentlich über die ABO-Vergabe und den BO-Auftrag geredet?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es wurde sicher seinerzeit, wie über viele Geschäftsfälle, die sich im Zuge der Abwicklung AKH ergeben haben, gesprochen — gar keine Frage!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie konkret über den BO-Auftrag gefragt.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja, wie wir allgemein Geschäftsführersitzungen haben, wo er sozusagen den Fortgang der Dinge natürlich erzählt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Kenntnis gehabt von der Auseinandersetzung, die darum gegangen ist, daß die ÖKODATA die Ausschreibungsunterlagen erstellt hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat er jemals mit Ihnen geredet über seine Bedenken im Zusammenhang mit der Beauftragung der ABO?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es wurden bei uns Bedenken intern über die Teilung des Auftrages diskutiert, die wir ja auch deponiert haben, einfach deshalb, weil wir der Meinung waren,

daß für die Projektabwicklung eine Teilung des Auftrages im Sinne des Projektes nicht zielführend ist, weil ja die Ergebnisse einer Betriebsorganisationsplanung erst am Ende sozusagen auf den Tisch gelegt werden können, ob sie funktionieren oder nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn Ihre Einstellung dabei zu einer stärkeren Einbindung der MA 17?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die wurde zum damaligen Zeitpunkt, soweit ich mich erinnern kann, nicht diskutiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, sie wurde nicht diskutiert, weil der Auftrag an die ABO gegeben worden ist. Aber in internen Gesprächen ist ja sowohl in der Gemeinde als auch in der APAK wiederholt über eine stärkere Einbeziehung der MA 17 geredet worden.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die Einbindung der MA 17, das ist der eine Teil des Nutzers, war in vielen Fällen ein Diskussionspunkt bezüglich der ganzen Fragen der Nutzerabstimmung, weil in vielen Fällen dadurch also keine Entscheidungen gefallen sind. Bezüglich der BO kann ich mich nicht erinnern, daß konkret eine Einbindung der MA 17 damals diskutiert worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hätten Sie grundsätzlich eine stärkere Einbindung der MA 17 begrüßt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die Erfahrung zeigt, daß bei Personen, die also nicht freigestellt werden können — full time; der Planungsprozeß ist ein sehr komplizierter —, die Einbindung eher eine Verzögerung des Projektes bedingt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie denn mit der ÖKODATA zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich persönlich gar nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ihre Firma?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Meinen Sie APAK?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Als APAK geschäftlich mit der ÖKODATA nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Ing. Rumpold?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Der Ing. Rumpold war am Beginn des Projektes in der APAK, ich glaube, drei oder dreieinhalb Monate als Mitarbeiter, als delegierter Mitarbeiter von Prof. Wojda tätig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Dr. Bauer?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Den kenne ich persönlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Personalbeziehungen oder Verflechtungen hat es denn zwischen der APAK und der Firma CONSULTATIO beziehungsweise der ÖKODATA gegeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Personalverflechtungen mit CONSULTATIO meines Wissens keine. Als einzige, und das wurde aber auch erst hinterher bekannt, wenn Sie also wollen, die Tatsache, daß der Herr Rumpold, der hier delegiert wurde von Professor Wojda, wie sich nachher herausgestellt hat, ÖKODATA-Mitarbeiter war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine persönliche Beziehung zum Dipl.-Ing. Winter gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Eine persönliche nein, aber die normale geschäftliche.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War der im AKPE-Vorstand Ihr Hauptgesprächspartner?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Er war im AKPE-Vorstand mein Hauptgesprächspartner, weil er für die Haustechnik zuständig war, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als der ABO-Auftrag vergeben worden ist, oder bevor er noch vergeben worden ist, der BO-Auftrag, war klar, daß die ABO diesen Auftrag bekommen wird. Ab wann war das für Sie klar, daß die ABO hier zum Bestbieter deklariert wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** So weit ich mich also entsinne, hat es Auswertungen unsererseits auf Grund der Ausschreibungsergebnisse gegeben, aus denen hervorging, daß, glaube ich, keiner der Bieter mit Ausnahme, ich glaube, von Sutter & Sutter, ein komplettes Anbot gelegt hat und daher Bildungen von Gruppen durch die Teilanbote sich ergeben haben. Den genauen Zeitpunkt weiß ich nicht, ich glaube, es war im Jahre 1977.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat sich ja keine neue Gruppe gebildet.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Entschuldigen. Bitte?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat sich ja keine neue Gruppe gebildet. Der Kuchen ist anders verteilt worden. Aber für Sie war klar, daß der Auftrag an die ABO gehen wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Für mich war das nicht klar, ich sage noch einmal, ich habe persönlich mit diesen Dingen nichts zu tun gehabt. Wir wurden natürlich informiert — ich sage

noch einmal, im Rahmen einer Geschäftsführerbesprechung — über laufende Abstimmungen, denn das Ziel der APAK war ja, generell möglichst rasch Betriebsorganisationsplaner zu bekommen. So wurde damals deshalb auch die Lösung, soweit ich mich entsinnen kann, der BO-Interim geboren, weil soviel Fragen anstanden, die das Planungsgeschehen lähmten, daß also mit einem Umsatz auf der Baustelle nicht zu rechnen war.

Es war überhaupt viel zu spät, daß die Betriebsorganisationsplanung für das Planungsgeschehen einsetzte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Ihnen denn mitgeteilt, daß es die ABO ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es keine Auseinandersetzung und keine Diskussion in der APAK darüber gegeben, ob das eine sinnvolle Entscheidung ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich sage noch einmal: Es gab die Diskussion über die Teilung oder Nichtteilung des Auftrages, weil wir als Projektmanagement der Meinung waren, eine Planungsleistung muß generell und gesamt abgegeben werden, weil sie nur dann sinnvoll ist. Wir sehen ja, daß jetzt momentan ein Loch entsteht, und daher war das aus dem Titel die Hauptdiskussion.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Verzögerungen und Komplikationen sind durch die Teilung des Auftrages entstanden, Ihrer Meinung nach?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Sie werden entstehen. Denn wir stehen jetzt vor der Situation, daß der jetzige Planer ausgeschieden ist und eine Neuformation eines Planers, also einer Gruppe oder jetzt die Teilung, wie es zur Diskussion steht, sicher eine Verzögerung auf das Planungsgeschehen ausübt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurde die Teilung jemals begründet?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Mir gegenüber? — Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es möglich, daß die ABO nicht imstande gewesen wäre, den ganzen Auftrag zu übernehmen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß er deshalb geteilt wurde, damit eben die ABO den größeren Brokken kriegt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie von einer Dienstreise nach Minnesota etwas gehört, wo es darum ging, eine Notstromversorgungsanlage zu besichtigen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Jetzt muß ich schauen, ob das Minnesota war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Phoenix.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Phoenix. Hier möchte ich so antworten: Ich weiß, daß eine Dienstreise vom Herrn Winter — wer noch dabei war, weiß ich nicht — zu der Firma Garett — das ist die Firma, glaube ich, in Phoenix — stattgefunden hat im Zusammenhang mit Lösungsmöglichkeiten, die damals vorgesehene geplante Notstromkonfiguration — es war ein Dieselaggregat vorgesehen — auf Grund der Hygieneauflagen nicht von der Behörde akzeptiert wurde und daher nach Alternativen gesucht wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War von der APAK jemand mit?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ob Dr. Wilfling mit war, wissen Sie nicht?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der ARGE ORP etwas zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nur insoweit, als Planungsergebnisse der ARGE ORP Grundlage für Architektenplanungen und -grundrisse waren, die wiederum Grundlage sind für die Haustechnikplanungen und sozusagen, wenn Sie so wollen, Planungsverzögerungen im Abstimmungsprozeß mit unseren Haustechnikplanungen verursacht haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, die ARGE ORP war eher eine überflüssige Einrichtung?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das kann ich nicht beurteilen. Die Architekten — und das geht auch aus dem Schriftverkehr hervor — haben immer wieder betont, daß sie gewisse Grundaussagen der ARGE ORP, Raum- und Funktionsprogramme, benötigen, um überhaupt planlich, sprich also auf Papier, Grundrisse zu entwickeln und zu entwerfen. Es sind also Planungsergebnisse dort, wo Arbeitspapiere der ARGE ORP nicht vorgelegen sind, seitens der Architekten noch nicht auf den Tisch gelegt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat doch um die ARGE ORP immer wieder Widerstände,

Schwierigkeiten gegeben. Vor allem beim Professor Riethmüller?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es hat, soweit mir bekannt ist, seitens der Fakultät immer wieder Kritik gegeben über die Aussagen der ARGE ORP, weil sich die mit den Vorstellungen der Mediziner nicht immer gedeckt haben. Das beginnt bei dem Zentralisierungsgedanken und endet bei Doppelkliniken und einigen anderen Dingen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Professor Riethmüller persönlich zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich habe den Professor Riethmüller, ich schätze, 10 oder 20 Mal persönlich gesehen, teilweise oder hauptsächlich bei Planungsgesprächen oder wenn er in der APAK war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihr Eindruck auch der, daß er eher im Wiener Rathaus auf vehementen Widerstand stößt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das entzieht sich meiner Kenntnis, ob er im Wiener Rathaus auf vehementen Widerstand stößt. Ich sage noch einmal: Ich weiß nur, daß es immer wieder Diskussionen gegeben hat seitens der Fakultät über Planungsvorgaben, die dann bei den Nutzerabstimmungen auf Kritik gestoßen sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, wie hoch das Honorar der ARGE ORP war? Sie haben auch mit der Beurteilung des Honorars oder eines Teils nichts zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie die Qualität beurteilen müßten der Arbeit, die geleistet wurde, würden Sie den Riethmüller und die MEDIPLAN unterschiedlich beurteilen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich kann eine Beurteilung nicht durchführen, weil die Planungsergebnisse dieser Gruppe in Arbeitspapieren waren, die als Grundlage für Architektenplanungen dienten und nicht als Grundlage für Arbeiten der APAK.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Trotzdem eine Frage: Ob es brauchbare Papiere waren oder nicht. *(Obmann Dr. Steger übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich kann nur sagen, wir haben dann brauchbare Grundrisse bekommen, die, auch wenn sie auf Kritik gestoßen sind, aber Grundlage waren für Planungen der anderen Haustechniksparten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie sich je darüber den Kopf zerbrochen, warum der Professor Riethmüller und die MEDIPLAN hier eingeschaltet waren?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Ing. Hobl. Bitte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie waren also für Haustechnik zuständig in dieser APAK als Vertreter der Firma ALLPLAN. Bietet die Firma ALLPLAN selber auch Haustechnikausrüstungen an, Installationen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nur auf dem Planungssektor, ALLPLAN ist ein Planungsingenieurbüro.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und die Eigentümer von ALLPLAN haben nicht auch Firmen, die dann konkrete Ausführungen anbieten können?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Meines Wissens nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat Siemens einen planerischen Subauftrag in der Haustechnik von Ihnen erhalten?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Siemens hat einen Subauftrag von der APAK erhalten, aber nicht auf dem Planungssektor, weil APAK keine Planungsleistungen angeboten und beauftragt bekommen hat. Es wurde schon beim seinerzeitigen Auftrag an die APAK festgehalten, daß für Spezialbereiche, die damals erkennbar waren — es ging hauptsächlich um die elektromagnetische Verträglichkeit in diesem Komplex —, miteingebunden in den Auftrag von seiten des Auftraggebers, daß für diese Fragen die Firma Siemens heranzuziehen sei. So steht es auch im Auftrag.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie hoch war die Auftragssumme an Siemens für diese Arbeit?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Rund 5,5 Millionen Schilling.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ist Ihnen in Ihrer Managementtätigkeit im Rahmen der APAK für Haustechnik eine Firma PLANTECH oder eine Firma GEPROMA bekanntgeworden?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein, erst durch die Zeitung.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie war das Verhältnis bei der Vergabe der Container-Anlage? Fällt diese in Ihr Beurteilungsgebiet?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Darf ich um eine Präzisierung bitten: Welche Container-Anlagen? Es gibt mehrere.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Jene, die ITT erhalten hat.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein, denn diese Vergabe lag lang vor Zeitpunkt APAK. Das war also, soweit ich mich erinnern kann, 1974; das war zu einem Zeitpunkt, wo es weder die AKPE noch die APAK gegeben hat, sondern damals noch die sogenannte alte Bauleitung tätig war.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Starkstromanlage hat letztlich Siemens erhalten. Mußten Sie da auch eine gutächtliche Äußerung abgeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Auch dieser Auftrag stammt aus einer Zeit, die lang vor Gründung der APAK war. Es war, soweit wir wissen, eine öffentliche Ausschreibung auf Grund einer Planung, einer Leistungsbeschreibung, aus der Siemens als Auftragnehmer hervorgegangen ist. Ich glaube, auch Zeitpunkt 1973.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Im APAK-Vertrag steht unter Punkt 6.3: Die APAK darf als Beauftragte der AKPE keine Unternehmer- oder Lieferinteressen wahrnehmen. — Das wird Ihnen bekannt sein.

Warum beschäftigt dann die AKPE die APAK-Firma ALLPLAN außerhalb der APAK seit 1976 bis heute zu einem Gesamtauftragswert von 55 Millionen Schilling?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Darüber müssen Sie die AKPE befragen. Ich kann nur sagen, daß der Auftrag der Firma ALLPLAN durch die AKPE neben dem APAK-Auftrag — es handelt sich um Fragen der Betriebsführung und der Personalbeistellung im Zusammenhang mit der Kinderklinik—Psychiatrie — ein Projekt und Bauvorhaben war, das mit dem gegenständlichen Neubau nichts zu tun hat und aus der Situation geboren wurde, daß die damalige technische Betriebsführung nicht in der Lage war, die technischen Anlagen entsprechend zu warten und zu betreuen und die ALLPLAN als Dienstleistungsbetrieb auch auf diesem Sektor herangezogen wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie die AKPE darauf aufmerksam gemacht, daß das vertragswidrig ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Noch einmal: Wir haben als APAK mit diesem Geschäftsfall überhaupt nichts zu tun. Ein abgeschlossener, bestehender Bauteil hat nichts mit dem APAK-Auftrag zu tun, ist auch nicht enthalten, Kinderklinik — Psychiatrie.

Obmann Dr. **Steger:** Das sind die formellen Ausreden.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Wir wurden auch nicht befragt als APAK zu diesem Fall. Es war nicht Aufgabe der APAK, darüber zu befinden.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie sonst irgendwie jemanden einmal aufmerksam gemacht darauf? Aufgefallen ist es Ihnen ja offensichtlich, sonst würden Sie ja das alles nicht so im Detail wissen.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich weiß natürlich im Detail, daß die Firma ALLPLAN dort einen Auftrag hatte, der übrigens nicht mehr besteht, weil Sie gesagt haben, er besteht noch: Er besteht nicht mehr seit einem Jahr, weil die Betriebsführung wieder das Personal der MA 17, 32 und 34 macht. Bekannt war mir das, ja. Aber das hat nichts mit dem Auftrag an die APAK zu tun.

Obmann Dr. **Steger:** Das erleben wir in dem AKH-Skandal jetzt schon öfters — wenn ich Ihnen das gleich sagen darf —, daß immer nicht im Zusammenhang stehende andere Aufträge dem gleichen Personenkreis gegeben werden. Genau dort wollen wir ja einmal hinein, daß wir prüfen, warum das ständig passiert, obwohl es in den Verträgen immer ausgeschlossen ist. Vielleicht haben Sie dann demnächst auch privat einen Vertrag, wo Sie von der AKPE etwas bekommen, aber sagen: Das hat aber nichts zu tun mit meiner AKPE-Tätigkeit. Es steht zwar im Vertrag drinnen, ich darf nicht, aber ich mache es ja in einer anderen Funktion. Bringen Sie mir daher bitte nicht immer diese formelle Unterscheidung, wenn es derselbe Personenkreis ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich kann noch einmal sagen: Die APAK hatte den Auftrag zur Projektabwicklung des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses. Das hat nichts zu tun mit dem Auftrag, den die AKPE an die ALLPLAN im Zusammenhang mit der Betriebsführung erhalten hat.

Obmann Dr. **Steger:** Wie sieht es bei der medizinisch-technischen Planung aus? Eine der APAK-Aufgaben ist die „laufende Überwachung der medizinisch-technischen Planung sowie Ausschreibungen und Vergabevorschläge auf Grund dieser Planung". Bekanntlich führt die Firma Siemens diese medizinisch-technische Planung durch. Warum beschäftigt andererseits die APAK als Kontrollorgan die Firma Siemens für medizin-technische Sonderaufgaben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das Zitat von vorhin, daß die APAK Vergabevorschläge auf dem Gebiet der Medizintechnik macht, stimmt nicht. Es steht im Auftrag drinnen — im Leistungsverzeichnis, in der Leistungsübersicht —, daß wir die Planung begleiten und hinsichtlich ihrer technischen Realisierbarkeit, sprich Auswirkungen auf die bau- und haustechnischen Belange, zu überprüfen haben und deren Auswirkungen am Bau umsetzen müssen. Punkt eins.

Punkt zwei: Die APAK wurde im seinerzeitigen Vertragsvolumen seitens der AKPE beauftragt — auch auf Wunsch der AKPE — für Spezialbereiche — das waren die elektromagnetische Verträglichkeit und auch die medizin-technischen Bereiche —, die Firma Siemens mit heranzuziehen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie beurteilen Sie dann die Formulierung in Punkt 6.3. Ich lese sie Ihnen wörtlich vor:

„Die APAK darf als Beauftragte der AKPE keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Zu diesem Zweck hat die APAK durch wirksame interne Vereinbarung beziehungsweise organisatorische Maßnahmen und entsprechende Personaldispositionen dafür Sorge zu tragen, daß Unternehmer- oder Lieferanteninteressen auch nicht mittelbar zum Tragen kommen können." Als was interepretieren Sie „auch nicht mittelbar zum Tragen kommen"?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Daß wir keinen Einfluß nehmen auf Geräteauswahl, Produktauswahl. Und das tun wir auch nicht, das ist auch nicht in unserem Leistungsverzeichnis enthalten.

Obmann Dr. **Steger:** Das steht aber hier nicht. Darf ich es Ihnen noch einmal vorlesen: „Zu diesem Zweck hat die APAK durch wirksame interne Vereinbarung beziehungsweise organisatorische Maßnahmen und entsprechende Personaldispositionen dafür Sorge zu tragen, daß Unternehmer- oder Lieferanteninteressen auch nicht mittelbar zum Tragen kommen können." Das heißt doch ganz etwas anderes; das heißt, Personaldispositionen, organisatorische Maßnahmen sind so durchzuführen, daß auch nicht mittelbar Lieferanteninteressen bei der APAK zum Durchbruch kommen. Heißt es das nicht für Sie?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Noch einmal: Da die APAK keine Möglichkeit hat, Einfluß auf eine Produktauswahl, auf einen Vergabevorschlag zu nehmen, trifft das hier nicht zu.

Obmann Dr. **Steger:** Hat sie aber nicht die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen, wenn sie zum Beispiel bei der Abnahme sagt, es ist nicht in Ordnung, was da geliefert wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Auch dieser Leistungsumfang ist nicht im Auftrag der APAK. Wir machen nur eine Planungsbegleitung und nicht eine Abnahme der medizin-technischen Geräte in dem Fall.

Obmann Dr. **Steger:** Wozu ist dann die APAK vorhanden?

Erklären Sie uns das noch einmal mit wenigen Worten, sodaß auch ich das verstehe.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Man muß unterscheiden zwischen dem Bau mit seinen gesamten haustechnischen Einrichtungen und technischen Anlagen. Dafür macht die APAK die gesamte Bauabwicklung, örtliche Bauleitung, Überprüfung auf angemessene Ausführung und Kollaudierungen, Abrechnungen, Rechnungsprüfung. Ausgeklammert sind Einrichtungsgegenstände sowohl planungsmäßig der Architekten, das heißt, das ganze Mobilar als auch andererseits die medizin-technische Einrichtung.

Obmann Dr. **Steger:** Ich verstehe es noch immer nicht, wahrscheinlich auch beim dritten Mal nicht; vielleicht bin ich der einzige in diesem Raum. Darf ich es Ihnen aber noch einmal sagen: Sie haben jetzt die Firma Siemens, die macht medizinisch-technische Planungen. Für wen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Für die AKPE.

Obmann Dr. **Steger:** Ja. Aber sie ist dort was?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Sie plant.

Obmann Dr. **Steger:** Nämlich eine Leistung, eine geistige Leistung. Und jetzt ist gleichzeitig dieselbe Firma Siemens bei Ihnen beschäftigt als Kontrollorgan. Ist es nicht so? Klären Sie mich da auf!

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die Firma Siemens ist bei uns nicht beschäftigt als Kontrollorgan. Wir haben — ich habe es vorhin schon gesagt — einen Subauftrag an die Firma Siemens betreffend elektromagnetische Verträglichkeit. Das ist eine rein technische Funktion, die mit Kontrolle überhaupt nichts zu tun hat und sich auch mit der Medizintechnik überhaupt nicht beschäftigt. Wir haben im Zuge der Planungsbegleitung Personal in Form von Personalleasing von Siemens bei der APAK eingesetzt.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal: Sie sind der Kontrollor, nicht die Firma Siemens. Sie sind der Kontrollor. Und als Subunternehmer beschäftigen Sie den zu Kontrollierenden. Sehen Sie das anders als ich? Hier heißt es, daß die APAK für elektro-physikalische und medizin-technische Sonderaufgaben die Firma Siemens AG Österreich als Subunternehmer heranzieht. Wörtliche Formulierung hier. Das heißt also, für derartige Aufgaben ist die Firma Siemens bei Ihnen Subunternehmer. Sie als APAK sind der Kontrollor. Als Kontrollor haben Sie unter anderem im Rahmen der medizinisch-technischen Planung, Vergabe, Ausschreibungen et cetera, dort Kontrolle durchzuführen. Ich möchte also wissen: Wieso ist auf beiden Seiten, wenn auch nur als Subunternehmer, aber das ändert ja nichts, ist ja nur ein rechtlicher Unterschied, aber kein de facto-Unterschied, die Firma Siemens beteiligt? Oder

kommen Sie hier wieder mit der Antwort, das sind ja andere Projekte.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein, in dem Fall komme ich nicht mit der Antwort, das sind andere Projekte. Die Heranziehung der Firma Siemens als Subunternehmer in der APAK war im Zuge der Vertragsgespräche mit der AKPE seinerzeit entstanden. Ich kann Ihnen nicht sagen, wann und zu welchem Zeitpunkt das heineingekommen ist in den Auftrag. Es steht ja im Auftragsschreiben drinnen; das ist ein Auftrag, den die AKPE an uns gegeben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Ich stelle nur fest, daß der Kontrollierende den zu Kontrollierenden beschäftigt. Wenn das lang genug im Kreis herum immer passiert, dann kann man sich vielleicht damit allein erklären, warum manches sehr teuer wird.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Darf ich noch einmal sagen: Unsere Aufgabe ist es, eine Bauabwicklung durchzuführen. Sie haben vorhin gesagt, wir haben Einfluß auf die Vergabe der medizin-technischen Geräte. Das stimmt nicht! Das ist nicht in unserem Leistungsumfang enthalten.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben unter anderem „technische Planungskoordination" in Ihrem Vertrag drinnenstehen.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja. Darf ich Ihnen das erklären: Da geht es darum — das ist in einem Passus etwas näher dann noch detailliert —, daß es in dem Haus technische Bereiche, die sogenannten Technikebenen, gibt, die bei Übernahme des Projektes im Jahre 1976 völlig unkoordiniert waren, das heißt, die einzelnen Sparten und Planer, das sind also Klima, Starkstrom, Sanitär und so weiter, haben nicht abgestimmte Projekte vorliegen gehabt. Unsere Aufgabe war und ist es, diese Projekte räumlich in ihrer Trassenführung, in ihrer Anlagenkonfiguration so einzuplanen, daß sie in den vorhandenen Rohbau, der ja damals schon gestanden ist, noch hineinpassen; mit einer Menge Abänderungen auch an dem vorhandenen Rohbau, wie er sich ergeben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Das wissen wir an sich. Aber das sind doch Planungsleistungen. Zuvor haben Sie mir erzählt, Sie hätten keine Planungen gemacht.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das ist bei derart komplizierten Bauvorhaben keine reine Planungsleistung mehr, vor allem dann nicht, wenn es sich um eine so vielfältige und unterschiedliche Anzahl von Planungen handelt. Es ist einfacher, wenn die gesamte Haustechnikplanung bei einem liegt, was in dem Fall nicht so war.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, in dem Fall ist Planung nicht Planung, wollen Sie mir erklären?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die Größe des Projektes macht es erforderlich, daß zusätzlich zu einer üblichen Planung ein zusätzlicher Koordinierungsaufwand notwendig wird.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage mich jetzt langsam: Warum wollen Sie mit allen Mitteln das verbergen, was Sie mit eigenen Worten dann doch wieder schildern, nämlich daß sehr wohl die APAK laut Vertrag Planungsleistungen erbringt, die Sie jetzt auch geschildert haben mit vielen Worten, das sind Planungsleistungen. Natürlich muß im Zusammenhang mit diesen Planungsleistungen dann auch dafür gesorgt werden, daß das paßt. Allenfalls kann auch geplant werden, wenn der Rohbau schon steht, das ist ja alles kein Widerspruch. Warum wollen Sie kaschieren, daß die Firma Siemens auf der Seite des Kontrollors Subunternehmer ist und auf der Seite des Ausführenden Anbieter ist? Ich verstehe nicht ganz, was da Sie persönlich so sehr bewegt.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Darf ich noch einmal sagen: Planungskoordination und Planung sind zwei verschiedene Dinge. Zur Planung gehört die gesamte Dimensionierung von Anlagen, Anlagenteilen, statische Berechnungen und so weiter. Mit dem hat die APAK nichts zu tun. Es geht darum, das räumlich zu- und einzuordnen. Das ist der eine Punkt.

Ich will auch nicht kaschieren, habe auch nicht kaschiert. Daß Siemens Subunternehmer für Spezialbereiche bei der APAK ist, ist bekannt, steht im Vertrag, war schon zum Zeitpunkt des Auftrages an die APAK ein Wunsch des Auftraggebers, so steht es auch drinnen. Zu dem Zeitpunkt war sowohl die medizin-technische Planung bereits vergeben an Siemens als auch der Lieferumfang, was den starkstromtechnischen Teil betrifft.

Obmann Dr. **Steger:** Vielleicht gefällt Ihnen die Formulierung besser: Dann überprüft also der Planungskoordinator den Planer. Ist Ihnen diese Unterscheidung lieber?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Hinsichtlich der technischen Realisierbarkeit, so es im Vertrag drinnensteht, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt sind wir einander nähergekommen. Glauben Sie nicht, daß da zumindest mittelbar eine Interessenskollision besteht, so wie ich es zu Punkt 6.3 herausformuliert habe? Eine mittelbare Interessenskollision, wenn dann auf der Seite des Auftragnehmers dieselbe Firma tätig ist, die bei der APAK als Subunternehmer tätig ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich sehe keine Kollision.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sehen's nicht? Sie legen immer Wert auf die Feststellung, daß das schon am Beginn in den Vertrag hineingekommen ist, daß die Firma Siemens da tätig ist. Wissen Sie noch, wer da Gesprächspartner gewesen ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich war bei den Anfangsgesprächen nicht anwesend, es war aber zum Zeitpunkt eineinhalb Monate vor Vertragsabschluß bereits, soweit ich weiß, in Vertragsentwürfen enthalten, daß die Firma Siemens hier mit als Subunternehmen heranzuziehen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Welche APAK-Mitarbeiter sind von Siemens ausgeborgt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es sind derzeit drei: Herr Wintersberger, der Herr Schuh und Herr Kontos *(phonetisch).*

Obmann Dr. **Steger:** Wer sind ehemalige Siemens-Leute?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Mir ist keiner bekannt, der direkt von Siemens kam, direkt zur APAK. Es gibt aber sicher, ich bin überzeugt, wenn man unsere Starkstromtechniker hernimmt, den einen oder anderen, der irgendwann einmal bei der Firma Siemens tätig war. Ich kann das aber im einzelnen nicht sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie selbst jetzt konkret bei der Haustechnik koordiniert, geplant, überprüft?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Koordinierung der Planung ist ein Bereich, die gesamte Bauabwicklung ist der zweite Bereich.

Obmann Dr. **Steger:** Koordinieren und planen. Was wird da koordiniert?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Der Schwerpunkt, wie auch im Vertrag vorgesehen, sind die sogenannten Technikebenen, das sind Ebenen in der Größenordnung von 30 000 m² mit einer Raumhöhe bis zu 8 m, wo 80 Prozent der haustechnischen Anlagen und Werte schätzungsweise . . .

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Machen wir es einfacher, damit es nicht so abstrakt ist. Was haben Sie gestern koordiniert, geplant? Sagen Sie mir das konkret.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Gestern habe ich konkret über Verkabelungen in der Technikebene Gespräche geführt, habe über Einbau von Sprinkleranlagen und fehlender Planung von Sprinkleranlagen Maßnahmen gesetzt. Sie müssen davon ausgehen, die APAK hat 120 Mitarbeiter, das heißt, ich habe ungefähr 35 Leute. Ich selbst mache praktisch keine Planungsarbeiten in dem Sinne natürlich. Ich habe Führungsaufgaben, entsprechende Dispositionen treffen, versuchen, Maßnahmen zu setzen.

Obmann Dr. **Steger:** Welche? Ist ja ganz einfach. Dann sind wir ja schnell wieder dort, wie die Abgrenzung Planung und Planungskoordination ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Versuchen, bei Schwierigkeiten, die sich im Zuge der Bauabwicklung ergeben, fehlenden Bauvorleistungen, sei es ein Estrich, sei es eine Wand, die nicht da ist oder sonst etwas, Möglichkeiten und Wege zu finden, um geplante Umsatzzahlen zu halten und zu erreichen.

Obmann Dr. **Steger:** Solange zum Beispiel eine Firma Siemens das korrekt macht, kann es auch einmal sein, daß Sie gar nichts zu tun haben.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ganz so einfach ist das nicht, weil ja der Abstimmungsprozeß mit den anderen Planern notwendig ist und die gesamte Bauabwicklung und Bauüberwachung auch noch betroffen sind. Es werden zum Beispiel bei der Firma Siemens im heurigen Jahr rund 240 Millionen Schilling umgesetzt, die müssen auf plangemäße Ausführung überprüft werden, es müssen Abrechnungspläne kontrolliert werden, es müssen also die abgerechneten Positionen kontrolliert werden und so weiter. Das ist eine normale, übliche Tätigkeit einer örtlichen Bauleitung, wie sie in der Gebührenordnung vorgesehen ist. Ein ganz normaler Vorgang.

Obmann Dr. **Steger:** Wir wissen doch mittlerweile im Bereich der Elektrotechnik, daß das Bestechungssystem erwiesen ist.

Wie erklären Sie sich, daß bei Ihrem Ausschreibungsverfahren, das Sie jetzt kennen, der jeweilige Bestbieter immer auch der ist, der etwas gezahlt hat. Ist das in den Kalkulationen drinnen gewesen oder wie? Sie haben jetzt sicher eine Fülle von Informationen, die wir noch gar nicht kennen, von Gesprächen, die hier durchgeführt wurden, von Klärungen, die Sie durchgeführt haben. Können Sie uns das erläutern?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Diese Aufträge sind ja lange vor Beginn der APAK entstanden und auch beauftragt worden. Ich kann dazu überhaupt nicht sagen, ob das in Kalkulationen drinnen ist und was drinnen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wissen daher auch nichts von den Kontakten, die mit den Bietern stattgefunden haben.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das war in den Jahren 1972, 1973, 1974, da sind die drei großen Installationswerke Klima, Starkstrom, Sanitär vergeben worden, lange vor der APAK-Zeit.

Obmann Dr. **Steger:** Zum Teil waren die Aufträge auch später, zur APAK-Zeit, bereits. Die Frage, auf die ich hin wollte, ist: Können Sie ausschließen, daß gewisse Siemens-Leute, Ex-Siemens-Leute, auch andere, damit wir das nicht zu sehr einengen, die im Kontrollorgan APAK tätig sind, Einblick in Kalkulationsunterlagen anderer Firmen haben und sie dann der Firma Siemens zugänglich machen, wodurch die wieder Bestbieter werden können?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das würde ich ausschließen.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso können Sie das ausschließen? Ist das immer unter Verschluß?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die APAK hat keine Kalkulationsunterlagen, denn da geht es ja darum, daß bestehende Anbote, die öffentlich aufliegen, nach Auftragserteilung — das war ja lange vorher —, daß diese Aufträge bei der APAK aufliegen. Aber Kalkulationsunterlagen gibt es ja weder bei der APAK, ich glaube, nicht einmal bei der AKPE. Das sind alles öffentliche Ausschreibungen.

Obmann Dr. **Steger:** Ausschreibungen zu dem Zeitpunkt, wo die AKPE und die APAK schon vorhanden waren. Also nicht vorher. Wie ist da der Aktenlauf? Kommt der Akt nie zur APAK?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja, natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** Wie kommt das über den elektrotechnischen Bereich? Wer kriegt das? Kriegen den Sie?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Der elektrotechnische Bereich war ausgeschrieben. Der ist nicht mehr, der steht nicht mehr zur Diskussion, das war lange vor der APAK.

Das Verfahren ist so, daß bei Angebotseröffnung ein Protokoll gemacht wird, eine öffentliche Eröffnung der Angebote. Es werden die Zahlen verlesen, die auf Grund der Bietersummen bekannt sind, es werden eventuelle Einwände in Begleitbriefen noch protokolliert, es werden zwei Exemplare gemacht, diese geteilt, eines bekommt die APAK, eines behält sich die AKPE, das wird noch gelocht, damit keine Verwechslungen stattfinden.

Dann beginnt bei der APAK die rechnerische Überprüfung. Das sind Mitarbeiter, die dann die ganzen rechnerischen Kontrollen durchführen. Nach zirka einer Woche wird einmal ein erster Vorbericht über das rechnerische Ergebnis durchgeführt. Dann werden die eventuell offenen technischen Fragen mit den Bietern abgeklärt, es werden Alternativen berücksichtigt, die vielleicht angeboten wurden, und es wird daraus . . .

Obmann Dr. **Steger:** Von wem wird das alles gemacht?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das wird durch uns gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Durch welche Personen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Durch Mitarbeiter und Techniker, die in der APAK sitzen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer würde das unterschreiben bei der APAK?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Den endgültigen Prüfbericht die Geschäftsführung, das heißt, was den technischen Bereich betrifft, ich.

Obmann Dr. **Steger:** Beim technischen Bereich Sie.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Und der für die kaufmännisch-rechtlichen Belange zuständige Mann, Kollege Stix.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt wissen wir, daß die Firmen alle bei der AKPE immer einen Prozentsatz einbezahlt haben, damit das auch gutgeht; die Versicherungspolizze sozusagen.

Hat irgend jemand je versucht, bei Ihnen eine Versicherungspolizze zu zeichnen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein, das wissen vielleicht Sie. Ich weiß das nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Dann lesen Sie wenig Zeitung. Wir wissen es.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Sie wissen es. Wenn es in der Zeitung steht. Bitte, wenn Sie sagen, Sie wissen es.

Obmann Dr. **Steger:** Es fällt trotzdem auf, daß diese Firmen im Elektroteil immer 2 bis 3 Prozent fixe Sätze bezahlt haben. Jetzt hören wir, daß nach dem Aktenlauf . . .

*(Abg. Ing. Hobl: Der Präsident Mayer hat gesagt, 5 Prozent sind ganz normal!)* Bis 5 Prozent, wie der Herr Abgeordnete ganz richtig sagt. Er hat gesagt, das wird schon mitkalkuliert.

Jetzt frage ich Sie: Das haben Sie nie vorher gehört, daß es das gibt, als wichtigster Kontrollmensch in dem ganzen System?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Bis heute glauben Sie es eigentlich noch nicht, daß das so war?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Schauen Sie, was ich glaube: Ich muß annehmen, nachdem was

ich alles in der Zeitung gelesen habe, daß ein Teil ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben gerade gesagt, was in der Zeitung steht, glauben Sie nicht.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich muß also annehmen, daß ein Teil davon wahr ist, denn sonst würden diese ganzen Sachen, die sich in den letzten Tagen oder Wochen oder Monaten ergeben haben, und der Aufwand, der getrieben wird, wäre sonst unnötig. Ich muß also davon ausgehen, daß sicher einiges davon wahr ist. Aber wie soll ich das beurteilen und beweisen?

Ich sage noch einmal — das wird immer wieder verdreht —: Der starkstromtechnische Auftrag war lange, und zwar Jahre vor APAK-Gründung, bereits vergeben an Siemens.

Obmann Dr. **Steger:** Es geht halt eine gewisse begründete Annahme davon aus, wenn so etwas jahrelang läuft, daß es nicht gerade, bevor Sie gekommen sind, aufgehört hat.

Daher war die Frage, ob Sie je vorher etwas gehört haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben nie was gehört? Erst aus den Zeitungen, und da sind Sie nicht sicher, ob Sie es glauben sollen.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja. *(Abg. Dr. Kohlmaier: So stelle ich mir einen Kontrollor vor!)*

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier nimmt es mir weg. Er sagt gerade, so stellt er sich einen Kontrollor vor.

Haben Sie jetzt, seitdem Sie den Verdacht in den Zeitungen gelesen haben, wenigstens etwas Besonderes kontrolliert, wie es da zugeht?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Bitte, darf ich noch einmal darauf hinweisen, das wird offensichtlich hier immer wieder verkannt — jetzt kann ich nur von den haustechnischen Ausschreibungen sprechen —: Seit die APAK installiert wurde, sind die Leistungsverzeichnisse öffentlich ausgeschrieben worden. Im Zuge des Konkurrenzkampfes sind dann Bestbieter entstanden. In den meisten Fällen waren Best- und Billigstbieter identisch. Unsere Aufgabe ist es und war es, auf Grund des Ausschreibungsergebnisses eine Auswertung zu machen. Die ist also in den Fällen, wo wir schon dabei waren, geschehen.

Es wird immer der Kontrollor hervorgestrichen. Bitte, unsere Aufgabe ist gemäß der von der AKPE zur Verfügung gestellten Planung — das steht im Auftragsschreiben eindeutig drinnen — die Projektabwicklung, die Bauabwicklung, die örtliche Bauleitung, das macht zwei Drittel der Gesamttätigkeit der APAK aus, durchzuführen, daß da draußen was entsteht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist die Abnahme der gelieferten Leistung denkbar ohne Ihre positive Meinungsäußerung?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ohne positive Stellungnahme der APAK nein, weil ja bei jeder Abnahme ein Mängelprotokoll erstellt wird über die Vergleiche der beauftragten und der gelieferten Leistung und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Jetzt weiß ich wieder aus Recherchen — Sie kennen es vielleicht noch nicht aus der Zeitung —, daß sehr viele Firmen deswegen, nachdem sie einen Auftrag bekommen haben, etwas bezahlen, weil sie nicht sicher sind, ob sie ihnen sonst abgenommen wird. Das hat uns hier auch schon einmal ein Zeuge gesagt, daß man ja monatelang und jahrelang Schwierigkeiten haben kann, wenn man nicht zahlt. Daher wieder: Ist an Sie als oberstes Kontrollorgan nie herangetreten worden, daß Firmen dann in dieser Branche auch etwas zahlen, so quasi Provisionen dafür, daß das ordnungsgemäß abgewikkelt wird?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein. Uns wurden auch nie Zahlungen weder bekannt noch angeboten noch sonst etwas.

Obmann Dr. **Steger:** Den Verdacht haben Sie auch nicht gehabt?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Als der Herr Magistratsdirektor seine Recherchen gemacht hat und der Herr Bürgermeister ihn dazu beauftragt hat, ist da irgendwann an Sie herangetragen worden, daß es in dieser Branche möglicherweise so etwas gibt und man da besonders aufpassen muß?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich hatte weder Kontakt mit dem Magistratsdirektor noch mit dem Bürgermeister noch mit irgendwelchen Ergebnissen oder Ausflüssen von deren Bemühungen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war da Ihr Vorgesetzter?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich habe keinen Vorgesetzten, sondern wir haben eine Aufsichtsstelle innerhalb der APAK, weil ich ja Geschäftsführer bin. So gesehen gibt es so ein Gremium, analog einem Aufsichtsrat, wenn Sie so wollen.

Obmann Dr. **Steger:** In dieser Aufsichtsstelle, wer war da für die politischen Machtträger für Sie der wirklich Entscheidende?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Bitte, wir sind eine Arbeitsgemeinschaft, wo die Gesellschafter Mitglieder in die Aufsichtsstelle delegiert haben. Da gibt es keinen politischen Machtträger in unserer Aufsichtsstelle.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist also das nächste, wo Sie auch den Zeitungen nicht glauben, daß es so etwas gibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen — ich weiß nicht, ob ich es richtig verstanden habe, Sie haben es nicht deutlich gesagt —: Ihnen ist klargeworden, daß 1977 der BO-Auftrag an die ABO erteilt werden soll. Von wem haben Sie das erfahren?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich habe schon einmal geantwortet: Ich kann heute nicht mit Bestimmtheit sagen, wer mir damals gesagt hat, der Auftrag geht an diese Gruppe mit dem und dem Volumen. Ich weiß — ich sage es nochmals —, es wurde diskutiert über die Frage der Teilung, ob es sinnvoll ist, aus der Sicht der APAK über die Projektabwicklung, einen derartigen Auftrag zu teilen. Wir haben uns auch, soweit ich mich erinnern kann, schriftlich dagegen verwahrt, weil wir diese Projektabwicklung für nicht sinnvoll hielten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber 1977 ist richtig?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das kann ich nicht beurteilen. Das war zu dem Zeitpunkt, wo also die Angebotsauswertung stattgefunden hat. Vielleicht war es schon 1978. Ich habe vorhin gesagt, das ist nicht mein Geschäftsführungsbereich, sodaß das terminlich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welchen Kontakt hatten Sie mit der Consultatio als Geschäftsführer der APAK und im Hinblick auf Ihre Tätigkeit bei der ALLPLAN?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Gar keinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat die Consultatio für die APAK gemacht, was hat die Consultatio für die ALLPLAN geleistet?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Weder für die die APAK noch für die ALLPLAN hat sie etwas geleistet. Ich muß jetzt sagen: Soweit mir bekannt ist, bitte, hat es weder Geschäftskontakte zwischen Consultatio und ALLPLAN noch zwischen APAK und Consultatio gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und woher kam Dkfm. Zacek?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Herr Dkfm. Dr. Zacek ist Mitarbeiter der AKPE und, wie ich aus der Zeitung erfahren habe, Mitarbeiter oder freier Mitarbeiter der Consultatio. Aber der Dr. Zacek ist im Rechnungswesen der AKPE tätig, war also nicht einmal mein Gesprächspartner. Er hat also mit der APAK nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat die Auftragsvergabe an Siemens betrieben, von der Ing. Hobl gesprochen hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Können Sie präzisieren, welche Auftragsvergabe an Siemens? Siemens hat also mehrere Aufträge bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht um den Subauftrag, den Ing. Hobl und Dr. Steger abgefragt haben, in der Größenordnung von 5 Millionen Schilling.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Den Subauftrag der APAK an Siemens meinen Sie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Wer hat den betrieben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Er war im Auftrag an die APAK ja mit involviert, und es mußte, nachdem die technische Notwendigkeit war für diese Spezialfragen — es geht um Störbeeinflussungsprobleme der Starkstromtechnik und der Medizintechnik auf empfindliche medizinische Messungen — aus Termin- und Zeitgründen rasch über die Bühne gehen. Es hat sich — das ist, glaube ich, auch aus Aktenvermerken kundig — Direktor Winter auch sehr bemüht, daß dieser Vertrag oder dieser Zustand zustande kommt.

Dr. **Feurstein** (ÖVP): Außer Dipl.-Ing. Winter: Wer war noch beteiligt daran, daß der Auftrag an die Firma Siemens ging?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es waren Vertragsgespräche zwischen APAK und Mitarbeitern oder Mitgliedern der Firma Siemens. Es war ein ziemlich langwieriger Prozeß, um den entsprechenden Auftrag zustande zu bringen. Es haben uns nur die technischen Probleme schon sehr zeitlich unter Druck gesetzt. Daher auch von seiten der AKPE der Druck, rasch eine Lösung zu finden, weil wir dann sehr viele Maßnahmen auf Grund dieses Subauftrags auf den Bau umsetzen mußten. Es geht hauptsächlich um Abschirmungsmaßnahmen, um Stahlbleche, die vor ein Haus kommen mußten, und ähnliches.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Wunderer, ich habe Sie nicht gefragt, was der Inhalt dieses Auftrages war, sondern um die Personen, die hier initiativ geworden sind. Bin ich richtig, daß Sie also sehr initiativ geworden sind?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich darf sagen: Von seiten der APAK war es meine Person beziehungsweise der seinerzeitige Geschäftsführer

Ing. Arbinger beziehungsweise dann der damalige Jurist Dr. Lester. Seitens der Firma Siemens waren es meines Wissens Direktor Amlinger, Vogel, weil es war, soweit ich weiß, eine Teilung im Geschäftsbereich Siemens, es hat also zwei Bereiche betroffen, bzw. Ing. Petermann, der damals einmal die ganze Leistungsabgrenzung mit uns durchgesprochen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie von der Firma Siemens zu Essen eingeladen worden? Haben Sie Geschenke erhalten?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich bin von der Firma Siemens im Zuge von einigen Gesprächen auch zu Essen eingeladen worden in den letzten Jahren. Ich weiß nicht, waren es fünf, waren es zehn, ich kann es also nicht beurteilen. Das waren einige Arbeitsessen

Geschenke: nein, wenn Sie vom Kalender und von der Flasche Schnaps zu Weihnachten absehen, die also vorhanden war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also regelmäßig Weihnachtsgeschenke, Neujahrsgeschenke erhalten.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Bitte, wie in dieser Branche üblich, werden Kalender und Schnaps regelmäßig verteilt. Ich glaube, das weiß ein jeder, das ist also keine ... Wozu soll ich es ableugnen? Das ist ganz normal, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Gestatten Sie, nur ganz kurz: Haben Sie das jetzt vom Planer Siemens oder vom Subunternehmer Siemens bekommen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Bitte, das hat kein Mascherl.

Obmann Dr. **Steger:** Genau das wollte ich endlich von Ihnen einmal hören, daß Sie zugeben, daß Sie das gar nicht unterscheiden können.

Bitte, Herr Abgeordneter Feurstein!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen: Mit wem haben Sie sich beraten? Haben Sie sich mit einem der Herren, die hier herinnen sind, in den letzten Monaten besprochen über die Zusammenhänge mit dem AKH-Untersuchungsausschuß?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Mit welchem Personenkreis?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit denen, die hier herinnen sind.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich kenne also keinen der Herren hier persönlich, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch Experten nicht?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich kenne niemanden. Mir ist niemand persönlich bekannt, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit wem haben Sie sonst beraten?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Worüber?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über die Vorbereitung dieser Einvernahme.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Beraten: Mit überhaupt niemandem. Ich habe die Einladung am Freitag voriger Woche bekommen. Ich bin dann eine Woche Skifahren gewesen. Wir haben gestern noch innerhalb der Geschäftsführung, nachdem alle vier Geschäftsführer eingeladen sind, kurz darüber gesprochen. Aber eine Beratung hat überhaupt nicht stattgefunden.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abg. Bergmann, bitte. — Bitte Herr Abg. Dr. Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nur eine Frage, um im Protokoll keine Schwierigkeiten zu haben.

Sie haben wiederholt von einer Teilung und den dabei entstandenen Meinungsverschiedenheiten gesprochen

Bin ich richtig, wenn ich annehme, daß Sie mit dieser Teilung beim ABO-Auftrag die Tatsache meinen, daß man zunächst nur einen Auftrag in einer runden Summe von 120 Millionen Schilling an die ABO vergeben hat und sich den Rest für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten hat? War das die Meinungsdifferenz? Oder meinen Sie eine andere Teilung?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es war die Meinungsdifferenz bezüglich dessen, was dann geschehen ist. Ich glaube, die Meinung innerhalb der APAK war in dem Fall relativ eindeutig, nämlich daß eine Planungsleistung nicht bei einer Grobplanung — und das gilt für jede Planungsleistung — aufhören soll, weil ja die Effizienz des Planungsergebnisses erst im Zuge der Detailplanung und deren betriebsorganisatorischer Auswirkungen erkennbar ist. Das heißt, ob die Leistungen, die bisher erbracht wurden, in der Form exekutierbar sind, ist ja nicht sichergestellt, weil ja nicht sichergestellt ist, daß derselbe Auftragnehmer das dann auch in der Feinplanung durchexerziert. Wir standen auf dem Standpunkt — und das gilt für jede Planung —, daß das Grobkonzept und das Feinkonzept natürlich von denselben Personengruppen und Leuten gemacht werden muß, weil es ja das einzig Sinnvolle ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Ich möchte eben das klargestellt haben: Welche Teilung meinen Sie? Meinen Sie die Teilung innerhalb des Auftrages an die ABO oder meinen Sie irgendeine andere Teilung?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein. Die Teilung

innerhalb des Auftrages ABO, daß sozusagen nur die sogenannte Grobplanung, wie sie also genannt wurde, vergeben wird ohne Feinplanung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also zunächst den einen Teil und erst später den zweiten Teil.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja. Diese Teilung rein sachlich, weil sie sachlich falsch ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Die Begründung haben Sie mehrmals gegeben. Ich wollte nur klarstellen, um welche Teilung es sich handelt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abg. Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte, woraus schließen Sie denn, daß der zweite Teil auch an die ABO hätte gehen sollen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das schließe ich nicht. Ich habe mehrmals betont: Es ist, aus unserer Sicht, für eine sinnvolle Projektabwicklung, um möglichst reibungsfrei arbeiten zu können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich muß Sie jetzt wirklich unterbrechen. Sie haben auf die Frage des Herrn Kapaun gesagt: Die Teilung des ABO-Auftrages in zwei Teile hat Ihnen nicht behagt. Und ich möchte jetzt wissen, woher Sie wissen, daß der zweite Teil auch an die ABO gehen sollte?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es ist doch seinerzeit nicht die Gesamtform, wie sie ausgeschrieben wurde, beauftragt worden, sondern nur ein Teil, die sogenannte Grobplanung. Im Sinne einer kontinuierlichen Projektabwicklung ist das ein Nonsens, egal, bitte, wer den Auftrag durchführt. Es geht darum, eine sachliche Planungsleistung zu bekommen. Und nur wenn die Detailplanung mit dabei ist, kann über Verantwortlichkeiten, über positive oder negative Planungsergebnisse am Schluß beurteilt werden. Das gilt aber für sämtliche Planungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im Zuge Ihrer Tätigkeit das Gefühl gehabt, daß hier die Gesamtkonstruktion nicht ganz stimmt, die dann heißt AKPE, APAK, ARGE ORP, ABO, Consultatio, Combit-Rechenzentrum, PRODATA und wie das alles heißt, was da zusammenhängt.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich kann über die Konstruktion, die sich dann in Richtung Consultatio, PRODATA und so weiter hinausgeht, nichts sagen. Ich kann nur sagen, daß in der Konstellation der Abwicklung AKPE und APAK sicher, so wie es sich jetzt zeigt, nicht jene optimale Lösung entstanden ist, wie sie seinerzeit bei der UNO-City vorgesehen war, wo also auch Bauherr und Projektmanagement zwei getrennte Gruppen sind. Die Ursachen sind sicher sehr vielfältig. Vor allem auch hat der Einfluß von außen — Fakultät, MA 17, sicher auch zum Teil politischer Einfluß, das sozusagen, weil das eben mehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht als ein anderes Projekt — die gesamte Arbeit eher verzögert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was würden Sie denn als politischen Einfluß qualifizieren?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Daß jede Handlung und jede Entscheidung, die gesetzt wird, von irgend jemandem kritisiert wird.

Es werden die handelnden und entscheidenden Personen, primär der Vorstand der AKPE, sozusagen so in der Luft zerissen, daß sich heute niemand mehr zu entscheiden traut. Es geht alles immer nach oben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, nur, das ist ja keine politische Einflußnahme, wenn das Kontrollamt etwas aufdeckt und es nachher zu einer öffentlichen Diskussion kommt. Unter politischer Einflußnahme war die Rede: Wieweit haben der Herr Horny oder der Herr Waiz in das Geschehen eingegriffen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Sie bezeichnen politisch, jetzt parteipolitisch, dann können Sie die Personen nennen. Ich habe mit denen nichts zu tun, das sind Mitglieder des Aufsichtsrates der AKPE. Wenn Sie so wollen, politisch gilt auch gesellschaftspolitischer Einfluß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist ein gesellschaftspolitischer Einfluß? Bitte, das müssen Sie mir jetzt schon definieren. Sie winden sich. Jetzt möchte ich wissen, was ein gesellschaftspolitischer Einfluß im Zusammenhang mit der APAK-Konstruktion ist.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich glaube, ich kann das sehr wohl beantworten. Die Größe von Aufträgen hier, bezogen auf das Land Österreich — und das ist jetzt eine persönliche Meinung von mir —, ist so, daß derjenige, der den Auftrag nicht bekommt, alles unternimmt, indem er den, der den Auftrag kriegt, schlechtmacht in der Zeitung, irgendeinem Journalisten etwas erzählt oder sonst etwas.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das nennt man aber nicht so bei uns!

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja, Sie können es so nennen. Aber die Größe des Projektes führt zu diesen Exzessen, und das lähmt, bitte, das gesamte Geschehen. Und das muß man hier auch sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt aber, daß letztlich auch die Konstruktion mit dazu beiträgt, daß diese lähmenden Faktoren zum Zug kommen.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich möchte nicht sagen, daß eine andere Konstruktion das ausschließt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie an der Konstruktion nichts ändern, wenn Sie es zu entscheiden hätten?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich würde sicher ein paar Dinge ändern. Ich würde vor allem doch einmal — und ich muß das sehr wohl sagen —, was Kontrollen und so weiter betrifft, das wieder auf jenes Maß zurückführen, das sinnvoll ist. Ich habe den Eindruck, daß es momentan nicht sinnvoll ist. Die handelnden Personen, bitte, trauen sich heute keine Aktionen mehr zu setzen, keine Entscheidungen mehr zu setzen. Am nächsten Tage stehen sie in der Zeitung und werden zerzaust. Man merkt es letzten Endes. Es wird alles 15mal umgedreht, 15mal mit Gutachten und Gegengutachten und noch eine Stellungnahme und noch eine Stellungnahme. So kann man das Projekt, glaube ich, nicht sinnvoll abwickeln, wenn man gleichzeitig schnell weiterkommen will. Das kostet nämlich viel mehr, die Zeitverzögerung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie lehnen dieses neue System der begleitenden Kontrolle ab.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** In der Form ja, wenn sie begleitende Kontrolle ist — ich sage noch einmal: meine persönliche Meinung, bitte —, in der Form ja, wenn sie nicht gleichzeitig auch Verantwortung trägt. Aber ich sage das als meine persönliche Meinung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist sehr wichtig, um die Bedeutung des ABO-Auftrags wirklich zu orten.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das hat aber mit dem ABO-Auftrag nichts zu tun, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war auch keine Frage von mir.

Darf ich nur eine letzte Frage stellen: Kennen Sie zufällig die Susanne Friedrich?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja, weil sie ist Sekretärin beim Direktor Winter gewesen und jetzt Sekretärin des neuen Haustechnikchefs. Natürlich kenne ich sie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine, ob Sie sie privat kennen. Es ist an sich lustig: Ich habe nur zufällig den Vernehmungsakt da, und die wohnt auch in der Auhofstraße, und daher habe ich mir gedacht . . .

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich weiß, sie wohnt in der Auhofstraße. Ich kenne sie persönlich, aber privat nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sind Sie Parteimitglied?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Je gefragt worden?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind nicht einmal gefragt worden? Uns hat ein Zeuge heute gesagt, man hat ihm nie vertraut, weil er es abgelehnt hat, Parteimitglied zu werden. An Sie ist gar niemand herangetreten? *(Abg. Dr. Gradischnik, SPÖ: Aber die Frage ist jetzt nicht richtig gestellt, bitte, das möchte ich schon sagen!)*

Also ich stelle die Frage: Nach meinem Eindruck hat ein Zeuge gesagt, daß man an ihn herangetreten ist, ob er Parteimitglied wird, und daß man ihm jedenfalls mehrfach gesagt hat, man vertraut ihm nicht, weil . . . nicht.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich wurde nie gefragt. Ich bin kein Parteimitglied, und ich wurde von niemandem gefragt bis jetzt.

Obmann Dr. **Steger:** Hat nie jemand zu Ihnen gesagt, daß er Ihnen nicht vertraut, weil Sie es nicht sind? Oder haben Sie den Eindruck, daß Ihnen jemand nicht vertraut hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein. Ich glaube, auf Grund meiner technischen und fachlichen Leistungen bisher bestanden zu haben.

Obmann Dr. **Steger:** Wo waren Sie denn vorher?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Bitte bei der Firma ALLPLAN. Das habe ich aber gesagt am Anfang.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie Eigentümer irgendwelcher Geschäftsanteile von anderen Firmen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie Konsulent bei irgendeiner anderen Firma?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Arbeiten Sie nebenbei im Werkvertragsstil für andere?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie irgendeine bezahlte Nebenbeschäftigung neben Ihrer APAK-Tätigkeit?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ist je, nachdem in den Zeitungen, ohne daß man es wirklich glauben mußte, von den Bestechungen die Rede war, ist je nachher in der APAK eine Untersuchung

gemacht worden, ob es derartige Bestechungszahlungen im Rahmen der APAK gegeben hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es ist eine einzige Untersuchung gewesen, oder Untersuchung ist zuviel gesagt, es war die Wirtschaftspolizei bei uns und hat in diverse Akten Einsicht genommen.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie als Geschäftsführer der APAK versucht, daß untersucht wird, ob eigentlich dort Bestechungszahlungen je an der Tagesordnung waren?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Die APAK hat, nachdem in der Zeitschrift „profil", glaube ich, war es, eine Äußerung gefallen ist bezüglich angeblicher Provisionszahlungen, von sich aus sofort eine Überprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer durchführen lassen. Das war lang, bevor dann bei uns die Wirtschaftspolizei aufgetaucht ist. Das Prüfungsergebnis liegt vor. Ich glaube, es liegt sogar Ihnen vor.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, aber der hat kaum Sie alle befragt und kriminalistisch zu klären versucht, ob es da Bestechungszahlungen gibt. Das merkt er ja als Wirtschaftsprüfer nicht, wenn er in die Bilanzen schaut.

Die Frage, die ich gestellt habe, ist, ob Sie als Geschäftsführer versucht haben, dem nachzugehen, ob es auch im Rahmen der APAK irgendwann je Bestechungszahlungen gegeben hat.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nachdem bei uns sowohl die Buchhaltung als auch das Rechnungswesen relativ einfach sind, weil die Zahlungsbewegungen sehr klar sind, und eine Überprüfung vom zuständigen Geschäftsführer damals gemacht wurde, kann ich es ausschließen, daß derartige Zahlungen geleistet wurden.

Obmann Dr. **Steger:** Sie glauben, die wären bei Ihnen in der Buchhaltung drinnen? Oder im Rechnungswesen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Bitte, es ist sehr einfach bei uns auf Grund der Geschäftsgebarung nachzuweisen. Wir erhalten von einem Kunden Zahlungen monatlich und haben an vier Gesellschafter monatlich Ausgaben beziehungsweise dann unseren Sachaufwand.

Obmann Dr. **Steger:** Damit Sie mich nicht mißverstehen: Ich meine nicht das, wenn Sie zum Beispiel als Geschäftsführer Bestechungsmittel kriegen, daß Sie die von der APAK bekommen, sondern die kriegen Sie ja selbstverständlich von anderen Firmen. Auch bei der AKPE war es ja nicht so, daß die von der AKPE zusätzlich etwas bezahlt bekommen haben, sondern von anderen Firmen. Die Frage war, ob so etwas je überprüft worden ist, ob man versucht hat, dem nachzugehen, ob auch im Bereich der APAK gleiches passiert sein könnte wie im Bereich der AKPE.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es ist meines Wissens nichts passiert. Uns ist also nichts bekannt, und wir konnten auch nichts ermitteln.

Obmann Dr. **Steger:** „Hat es eine Untersuchung gegeben" war die Frage. „Ist nichts passiert" ist nicht die Frage, sondern: „Hat es eine Untersuchung gegeben?"

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Tut mir leid, ich verstehe jetzt die Form der Frage in der Form nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich weiß nicht, was da nicht zu verstehen ist. Die Frage ist, nachdem also bekannt wird, daß in den Zeitungen behauptet wird, bei der AKPE hat es regelmäßig Bestechungszahlungen gegeben, und nachdem bekannt wird, daß immerhin der Verdacht so stark ist, daß ein paar Leute verhaftet werden, ob dann in der APAK jemand gesagt hat: Jetzt überprüfen wir, ob es auch im Rahmen der APAK irgendwo derartige Bestechungszahlungen gegeben hat. Ein institutionalisiertes Verfahren, wo überprüft worden ist, ob jemand Bestechungsgelder genommen hat.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ein institutionalisiertes Verfahren ist mir nicht bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Ein Vorstandbeschluß? Ein Aufsichtsstellenbeschluß, daß das überprüft wird: Hat es so etwas gegeben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es hat einen Beschluß gegeben über die Überprüfung APAK intern — ich habe es vorhin gesagt —, über einen Wirtschaftsprüfer, über die Gebarung der APAK.

Obmann Dr. **Steger:** Gebarungsüberprüfung, aber keine Überprüfung, ob derartig Kriminelles allenfalls dort passiert sein könnte.

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich weiß nicht, wie Sie sich so eine Überprüfung vorstellen.

Obmann Dr. **Steger:** In der AKPE hat der Generaldirektor Dr. Kraus jetzt auch erhebliche Überprüfungen gemacht und ganze Geschäftsfälle einzeln durchleuchtet, und zwar als Geschäftsführer. Es ist ja nur interessant, daß Sie als oberster Kontrollor des Kontrollorgans APAK jetzt mich als Gegenfrage fragen, wie man so etwas überprüfen soll. Aber Sie können das dann vielleicht im Endbericht über diesen Ausschuß lesen, falls sich die Parteien darauf einigen.

Es war noch ein Wunsch nach einer Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma ITT?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sie Aufträge auf Grund von Angeboten erhalten, die Sie überprüft haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma Pitz?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ja, die Firma Pitz kenne ich, das ist eine Regelfirma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, daß die Firma Pitz reell angeboten hat?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das kann ich also jetzt . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das Angebot der Firma Pitz überprüft?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich glaube, im Zusammenhang mit der Gebäudeautomation war sie Mitanbieter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie die Firma ITT gegenüber der Firma Pitz vorgezogen?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Weil das damalige Auswertungsverfahren die Firma ITT als Best- und ich glaube sogar als Billigstbieter ergeben hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat die Angebote geöffnet?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das kann ich nicht beantworten, ich war also nicht dabei.

Angebotseröffnungen sind grundsätzlich in Räumen der AKPE, wohl unter Beisein von Mitarbeitern der APAK. Wer im einzelnen dort dabei war, kann ich also nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie eindeutig feststellen, daß in allen Fällen die Firma ITT gegenüber der Firma Pitz Bestbieter war?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Was verstehen Sie unter „in allen Fällen"? Es war eine öffentliche Ausschreibung. Wir haben auf Grund der Angebotsüberprüfung, und ich nehme an auch der Alternativen, die dort mit angeboten wurden, und der Preise einen Vergleich durchgeführt wurde, bei dem die Firma ITT als Best- und Billigstbieter entstanden ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es Personen, die in diesem Zusammenhang bei Ihnen vorgesprochen haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich mit jemandem beraten, als Sie die beiden Angebote Pitz und ITT überprüft und verglichen haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Es waren ja nicht nur zwei, sondern es waren mehrere Angebote, soweit ich weiß. Bei uns läuft das so ab, daß eine rechnerische Überprüfung durchgeführt wird, eine technische Überprüfung, soweit es Alternativen gibt. Sonst ist ja die Basis das Leistungsverzeichnis, wie ausgeschrieben. Es wird noch überprüft, inwieweit Alternativen, wenn sie vorhanden sind, in das technische Konzept passen. Es hat sicher eine Reihe von internen Gesprächen gegeben bei der Bewertung. An Einzelheiten dieser Gespräche kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welchen Personen haben Sie sich beraten, die nicht zum internen Kreis der Überprüfer gehören?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Mit niemandem, wenn man jetzt ausklammert, daß Vergabevorschläge oder Auswertungen ja auch mit den Technikern der AKPE — und dort sitzen ja auch 70 Leute — und den zuständigen Fachleuten dort bearbeitet werden. Also die sind in diesem Prozeß mit involviert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Genau. Ich habe Sie gefragt, mit welchen Personen Sie in der AKPE gesprochen haben?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Bei der Gebäudeautomation ist der zuständige Sachbearbeiter der Herr Ing. Weiser. Bei uns war es damals der Herr Ing. Zemrosa *(phonetisch)*.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Personen noch?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Das waren jene Personen, die das abgehandelt haben, bitte. Ich persönlich hatte kein Gespräch mit irgendeiner Person.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann man also feststellen, daß diese beiden Personen das vereinbart haben, daß der Auftrag an die Firma ITT gegangen ist?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich darf Ihnen noch einmal sagen: Es geht nicht darum, daß diese beiden Personen vereinbart haben, daß der Auftrag an die ITT geht, sondern wir haben auf Grund einer rechnerischen und technischen Überprüfung und Auswertung eine Empfehlung abgegeben. Die Entscheidung liegt ja auch nicht beim Sachbearbeiter der AKPE, sondern beim Vorstand und dessen Aufsichtsrat. Wir sind ja dazu da, Entscheidungshilfen zu geben. Wir vergeben keine Aufträge.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Haben Sie einen Vertrag nach Jahreseinkommen oder



www.parlament.gv.at

Monatseinkommen? Sie sind an sich Angestellter in dieser Funktion?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ich bin Angestellter.

Obmann Dr. **Steger:** Mit Jahreseinkommensvertrag? Monatseinkommen? 14mal?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** 14mal und eine Prämie, eine Jahresprämie.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist ungefähr ein Monatsbezug?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Ein Monatsbezug.

Obmann Dr. **Steger:** Und was kriegen Sie da monatlich?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** 40 000 S.

Obmann Dr. **Steger:** Netto, brutto?

Dipl.-Ing. Dr. **Wunderer:** Brutto.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es noch eine Zusatzfrage? — Das ist nicht der Fall.

Ich danke Ihnen, Herr Zeuge. Ihre Einvernahme ist beendet. Auf Wiedersehen! *(Dipl.-Ing. Dr. Wunderer verläßt den Saal.)*

## Zeugeneinvernahme von Architekt Josef Moser

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** *(die Verhandlungsleitung übernehmend):* Herr Architekt Moser, ich begrüße Sie als Zeuge im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Sie sind, wie ich schon gesagt habe, als Zeuge heute eingeladen.

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß der Untersuchungsausschuß auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes verhalten ist, die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden.

Für Sie und für uns ist unter anderem auch der § 153 der Strafprozeßordnung maßgeblich, wo festgestellt wird, wann Sie sich einer Zeugenaussage entschlagen könnten und aus welchen Gründen und was uns veranlassen könnte, Sie trotzdem zu einer Aussage zu verhalten. Der § 153 Strafprozeßordnung lautet:

„Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einer seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist."

Sie haben nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung auch die Wahrheit zu sagen auf die Fragen, die Ihnen gestellt werden, und die Fragen, die Ihnen gestellt werden, sind im Zusammenhang mit dem Auftrag an den Untersuchungsausschuß durch das Plenum des Nationalrates gegeben. Wir haben drei Punkte zu untersuchen, und zwar:

1. Die Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

2. Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind.

3. Vorwürfe betreffend angeblicher Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Die Abgeordneten, die Sie fragen werden, werden also in diesen drei Fragenbereichen unter Umständen ihre Fragen stellen.

Darf ich Sie jetzt noch um Ihre Generalien bitten, also Name, Geburtsdatum, Beruf, Wohnadresse.

Arch. **Moser:** Architekt Josef Moser, 1180 Wien, Sternwartestraße 28 a, geboren am 22. 7. 1939 in Stainach in Tirol. Ich bin Architekt, bin seit 1971 in Partnerschaft mit den Architekten Marchart und Moebius und dem Kollegen Benesch. Wir sind vier Partner. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Die ersten Fragen an Sie wird der Herr Abgeordnete Dr. Kapaun stellen. Bitte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Es geht bei meinen Fragen um die Gruppe der APAK, die nach unserem Wissen aus drei Teilhabern besteht: Der Firma ALLPLAN, der Firma AUSTROPLAN und der Architektengruppe Marchart—Moebius. Ich nehme an, Sie sind im Rahmen der Firma Marchart—Moebius hier an diesem Projekt beteiligt.

Arch. **Moser:** Ja. Ich darf dazu konkret, was unsere Gemeinschaft anlangt, sagen: Unsere Firma lautet: Marchart, Moebius & Partner. Marchart und Moebius sind die Gründungspartner dieser Firma. Die beiden Juniorpartner, in dem Fall Kollege Benesch und ich, sind 1971 dazugestoßen. Daher sind wir natürlich dabei.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nun hat es da Gründungsverhandlungen gegeben. Waren Sie dabei, als diese Firmen ALLPLAN und AUSTROPLAN mit Ihrer Architektengruppe die APAK gegründet haben beziehungsweise diese Aufgaben übernommen haben?

Arch. **Moser:** Ja. Dazu ist konkret folgendes zu sagen: Es hat — im Herbst 1975 war das, als

diese ganze Geschichte der Vergabe eines Managementauftrages publik wurde — Aktivitäten von unserer Seite gegeben. Meine beiden Partner Marchart und Moebius haben sich damals meines Wissens auch einmal beim damaligen Herrn Bundesminister Josef Moser gemeldet, der ja damals Bautenminister war, und es hat sich die Gruppe für das erste ALLPLAN und wir als MMB *(phonetisch)* zusammengetan zum Zwecke der Akquisition beziehungsweise um einmal mit dem damaligen Vorstand — den es ja schon gegeben hat — zu sprechen.

Ich kann jetzt nicht mehr genau sagen, wer als erster zu dieser Gruppe dazugestoßen ist. Entweder war es Professor Wojda oder die Firma AUSTROPLAN. Das kann ich heute nicht mehr genau sagen.

Es war damals so: Wir haben uns innerhalb ganz kurzer Zeit gefunden als Gemeinschaft, wobei wir unsererseits auch einmal kurzen Kontakt hatten mit der Firma DIWI *(phonetisch)*, die ja im Rahmen der AWI *(phonetisch)* ihrerseits für die UNIDO arbeitet und gearbeitet hat. Wir waren der Meinung, daß das unter Umständen auch eine Gruppe wäre, mit der man sich zusammentun kann, um hier diese Projektmanagementleistungen erbringen zu können.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben gesagt: Es ist dazugestoßen die Firma AUSTROPLAN.

Im Wirtschaftsleben stößt sich von allein in der Regel nichts. Es wird meistens gestoßen. Wer hat den Anstoß gegeben? Was war die Motivation, daß Sie Ihre ursprüngliche Gruppe, die aus ALLPLAN und der Architektengruppe bestanden hat, um die AUSTROPLAN erweitert haben? Und: Wer war hier federführend?

Arch. **Moser:** Vielleicht war das unglücklich formuliert von mir. Sicherlich stößt es sich nicht. Da haben Sie recht.

Es war so, daß wir unsererseits einmal nur einen kurzen Kontakt hatten eben mit DIWI *(phonetisch)*, und die Überlegung war dann die, daß es vernünftiger wäre, eine rein österreichische Gruppe zu bilden, einfach aus der Überlegung heraus, daß eine rein österreichische Gruppe mehr Chancen hätte, sich diesen Auftrag zu holen.

Wenn Sie mich fragen, wer gestoßen hat, so muß ich Ihnen sagen: Ich kann das heute nicht mehr sagen, wie wir hier über Telefonate zusammengekommen sind. Es liegt schon zu weit zurück. Nur muß ich eigentlich ebenso klar feststellen: Es hat uns niemand gestoßen, um mit der Firma AUSTROPLAN Kontakt aufzunehmen. Ich kann es heute wirklich nicht mehr genau sagen, wie das zustande gekommen ist. Aber es hat uns, um Ihre konkrete Frage konkret zu beantworten, niemand gestoßen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich darf dann vielleicht etwas ins Detail gehen. Die Eigentümer der Firma AUSTROPLAN sind ja bekannt. Waren die Eigentümer für Sie ein Grund, daß Sie diese Firma eingeladen haben? Haben Sie sich dadurch größere Chancen erwartet?

Arch. **Moser:** Nein, sondern einzig und allein aus der Überlegung heraus, daß die Firma AUSTROPLAN ja im Rahmen der AWI *(phonetisch)*, wie wir wußten, erfolgreich gewirkt hat und sich dort auch ein Know-how geholt hat. Unsere Überlegung ging einfach dahin, es eben nicht mit DIWI *(phonetisch)*, sondern mit AUSTROPLAN zu versuchen. Es war eigentlich nie die Überlegung im Vordergrund gestanden, daß es unter Umständen hier Schützenhilfe seitens der Eigentümer geben könnte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. Meine nächste Frage, Herr Zeuge: Welche Tätigkeit im Rahmen des AKH entfaltet nun die APAK beziehungsweise was ist ihre spezielle Aufgabe, oder sind Sie im Rahmen Ihrer Firmengruppe mit diesen Dingen nicht beschäftigt?

Arch. **Moser:** O ja. Es gibt ja einen internen Gesellschaftervertrag, der sehr klar die Aktivitäten der einzelnen Partner abgrenzt. Wir sind ja vor allem im Hinblick auf die Planung hineingekommen, und zwar vor allem deshalb, weil wir ja auf eine AKH-Vergangenheit zurückblicken können. Ich bin ja dort mehr oder weniger aufgewachsen als Architekt, bin dann kurzzeitig weg gewesen und über den Managementauftrag wieder zurückgekommen. Die Abgrenzung lautet innerhalb unseres ARGE-Vertrages folgendermaßen: Die Gruppe Professor Wojda — wenn ich also von hinten beginnen darf — war für die organisatorischen Belange zuständig.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Als Subunternehmer?

Arch. **Moser:** Als Subunternehmer, ja.

Die Hauptpartner, in diesem Fall AUSTROPLAN, ALLPLAN und wir, sind für folgende Aktivitäten zuständig: Im Fall AUSTROPLAN Bauwirtschaft — „Bauwirtschaft" heißt die technisch-geschäftliche Gebarung —, die Firma ALLPLAN für die gesamte Haustechnik — technische Koordination — und wir für den Hochbau, die Terminplanung und die technische Koordination beziehungsweise die Überwachung der Herstellung an Ort und Stelle.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Im Rahmen der Architektengruppe Marchat — Moebius gibt es ja sicherlich auch andere Aufträge. In welchem

Ausmaß sind Sie nun mit den Agenden am AKH und mit anderen Dingen beschäftigt? Widmen Sie sich überwiegend dem Auftrag AKH, oder macht das einer Ihrer Kollegen?

Arch. **Moser:** Nein. Ich bin von vornherein als Geschäftsführer nominiert worden innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft, zusammen mit dem Kollegen Dr. Wunderer, dem Herrn Abinger *(phonetisch)* von der AUSTROPLAN, und Zippe ist erst später quasi in den Stand eines Stellvertretenden Geschäftsführers gekommen.

Ich war seit Februar 1976 als Geschäftsführer tätig bis Dezember 1980, und habe im Dezember 1980 meine Agenden, meinen Geschäftsführersitz an unseren deutschen Geschäftsführer und Projektleiter, der erfolgreich die letzten acht Jahre ein Krankenhaus durchgezogen hat, das wir in Deutschland gebaut haben, abgegeben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie wissen, daß einer der Punkte, den dieser Ausschuß zu untersuchen hat, die Frage der Betriebsorganisation, die Zusammenhänge mit der Vergabe sind.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nun möchte ich Sie gern fragen: In welchem Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit steht die Betriebsorganisation? Können Sie uns mitteilen hier im Ausschuß, inwieweit Sie auf die Betriebsorganisation, auf die Planung und auf die Vergabe der Planung Einfluß genommen haben, ob das mit Ihrer Zustimmung und mit Ihrem Zutun oder gegen Ihren Willen erfolgt ist?

Arch. **Moser:** Nein. Unser Dazutun bestand darin, daß wir vehement die Betriebsorganisation gefordert haben. Es hatten dies seinerzeit schon die Architekten getan, als es die Managementgruppe noch nicht gegeben hat, und das haben wir als Managementgruppe umso vehementer noch getan, einfach aus der Verantwortung heraus, hier warnend den Zeigefinger zu heben, daß man ohne Betriebsorganisation nichts machen kann. Es ist ohnehin spät genug erfolgt. Und demgemäß haben wir natürlich vehement eben eine Betriebsorganisation gefordert.

Einfluß auf die Sache an sich hatten wir keinen, denn wir haben einen Dienstleistungsvertrag, wir haben den Zielen der AKPE zu folgen, und so gesehen war es natürlich immer im Ermessen der AKPE, für oder gegen eine Sache zu entscheiden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich verstehe Sie also richtig, daß Sie praktisch nur die Vergabe der Betriebsorganisation verlangt haben beziehungsweise die Erstellung einer Betriebsorganisation, um Ihre technische Planung weiterführen zu können.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das war eine Voraussetzung für Ihre Arbeit.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Sie haben keinerlei Einfluß genommen auf das Leistungsverzeichnis? Es wurde ja eine sogenannte Ausschreibung durchgeführt für die Betriebsorganisation. Wir haben hier Zeugen gehabt, die ausgesagt haben, in der Fachwelt wäre man der Meinung, daß eine Betriebsorganisationsausschreibung nicht erfolgen könne, weil es sich um eine geistige Leistung handelt. Was haben Sie aus Ihrer beruflichen Erfahrung dazu zu sagen?

Arch. **Moser:** Das ist ein sehr heißes Thema, und zwar aus dem Grund, weil — wenn ich das jetzt kurz sagen darf — die Architektenwelt natürlich ungeheuer beunruhigt ist. Ich selbst bin Kammerfunktionär, und wir schlagen uns also ungeheuer mit diesen Problemen herum.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): ÖNORM A 2050.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die „AKH-Norm".

Arch. **Moser:** Ja, die „AKH-Norm".

Es ist so, daß natürlich eine geistige Leistung schwer zu messen ist. Eine geistige Leistung ist kaum vergleichbar. Die Kriterien, nach denen man geistige Leistungen vergleichen kann, sind sehr diffizil, und das ganze Problem ist weit gesteckt.

Sie haben mich aber vorhin gefragt, in welcher Form hier vielleicht von unserer Seite noch eine Leistung eingeflossen ist: Dahin gehend, als wir eben den Zielen der AKPE folgend bei der Aufbereitung Hilfestellung leisten mußten. Aber es war immer im Ermessen der AKPE, was sie dann daraus gemacht hat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie dann in diesem Zusammenhang als APAK dem Vorstand der AKPE irgendwelche Empfehlungen gegeben?

Arch. **Moser:** Nein. Nicht in Richtung einer Beauftragung, die irgendwelche Gruppierungen betroffen hätte, sondern uns ist es einfach darum gegangen, ein Arbeitsinstrument in die Hand zu bekommen, mit dem man arbeiten kann. Unsere Arbeitsinstrumente waren leider hinkende, und zwar auch deshalb, weil ein wesentlicher Bestandteil, nämlich die Betriebsorganisation, gefehlt hat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Können Sie eine

Aussage zur Frage der Preisangemessenheit machen? Sie wissen: Letzten Endes wurde entschieden, daß die ABO den Betriebsorganisationsauftrag erhält, und es wurde ihr ein Teilauftrag im Betrage von 122 Millionen Schilling, glaube ich, erteilt.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Diese Frage beschäftigt diesen Ausschuß.

Können Sie etwas über die Preisangemessenheit und über die Durchführung dieser Leistungen sagen?

Arch. **Moser:** Ich kann eigentlich als ein in diesem Fall am Rande Stehender und nicht unbedingt vom Aufgabenbereich her Befaßter, aber als Geschäftsführer natürlich von den Dingen Tangierter sagen, daß wir seinerzeit, wenn ich mich richtig erinnere, eine Schätzung gemacht haben, die darunterlag. Es waren 70 oder 80 Millionen Schilling. Die Anbote haben das ganze natürlich bei weitem überstiegen. Es hat auch meines Wissens damals keine kompletten Anbote, sondern nur Teilanbote gegeben, mit einer einzigen Ausnahme. Es war daher sehr schwer, einen Vergleich zu ziehen. Andererseits konnte man natürlich nur auf den Pool zurückgreifen, und man hat uns das von seiten der AKPE in dieser Form in die Hand gegeben. Wir konnten also, wie gesagt, nur auf diesen Pool zurückgreifen und innerhalb des von der AKPE uns vorgegebenen Rahmens arbeiten.

Wir — ich muß es noch einmal sagen, und das steht auch explizit in unserem Vertrag — haben jederzeit den Zielen der AKPE zu folgen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich darf Ihnen eine andere Frage stellen: Sie haben vorhin gesagt, daß Sie sich von einem inländischen Partner größere Chancen versprochen haben. Es geistert hier nun durch die Unterlagen das Wort von der „Wiener Planungsphilosophie" oder „Wiener Spitalsphilosophie". Steht das in irgendeinem Zusammenhang mit Ihrer Entscheidung für die Firma AUSTROPLAN?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie von solchen „philosophischen Betrachtungen" etwas gewußt?

Arch. **Moser:** Ich kenne keine „Wiener Spitalsphilosophie". Nein. Ich kann mir auch nicht vorstellen, in welchem Zusammenhang.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich darf Ihnen dann noch eine andere Frage stellen: Sie wurden ja auch von der Frau Untersuchungsrichterin Partik-Pablé vernommen im Zusammenhang mit der Tätigkeit Ihrer Architektenfirma für die Frau Gobauer.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): In diesem Zusammenhang haben Sie die Aussage gemacht, daß Sie diese Arbeiten in der Wohnung von Frau Gobauer — wenn ich „Sie" sage, meine ich Ihre Firma — gemacht haben, weil Sie sich dadurch größere Hoffnungen ausgerechnet haben.

Ich darf fragen: Wie ist das zu verstehen?

Arch. **Moser:** Nein. Das ist nur halb, bitte. Ich muß dazu folgendes ergänzen: Das hat also nichts mit dem AKH zu tun, sondern es hat — ich glaube, im Jahre 1977 war das — der Herr Winter einmal angedeutet, daß er interessiert wäre, sein Haus in der Mariahilfer Straße entweder zu veräußern oder in ein Geschäftshaus umzuwandeln oder ein Hotel zu bauen. Er hat also sehr hochfliegende Pläne gehabt damit. Wir haben natürlich sofort zugelangt, und zwar einfach aus dem Interesse heraus, hier ein Objekt in bester Lage in die Hand zu kriegen, aus dem man etwas machen kann.

Wir waren aber nicht interessiert, dieses Geschäft mit Herrn Winter zu machen, sondern unser Interesse war, das ganze zu finanzieren über Bankinstitutionen und so weiter, und haben auch unsererseits damals Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gemacht, was man an dieser Stelle machen kann, und haben auch unsererseits Fühlung mit Bankinstituten aufgenommen.

Das nur zur Umrahmung des ganzen.

Etwa zur selben Zeit wurden wir gefragt, ob wir für Frau Gobauer, von der wir nicht wußten, zum damaligen Zeitpunkt, daß sie die Freundin des Herrn Winter war — das haben wir erst zu spät leider erfahren — etwas umbauen in ihrer Wohnung. Wir haben das gemacht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wo war diese Wohnung? In der Mariahilfer Straße 17 oder in einem anderen Objekt?

Arch. **Moser:** Nein. Die war in der Heiligenstädter Straße. In der Mariahilfer Straße 17 haben wir nichts gemacht.

In diesem Zusammenhang war es dann so, daß es immer mehr geworden ist. Mittlerweile haben wir also mitgekriegt, daß sie die Freundin des Herrn Winter ist. Einfach aus der Überlegung heraus, daß wir es vielleicht schaffen, dieses Haus an uns zu ziehen — wir hätten ja den Herrn Winter dann dort hinausdrängen müssen —, haben wir gesagt, wir machen das einfach für die Frau Gobauer. Wir sind aber zu spät daraufgekommen, als das fertig war, daß sie längst nicht mehr seine Freundin war. So gesehen haben wir uns also selbst eine Falle gestellt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Ich kann Ihnen Ihre Selbstlosigkeit in diesem Ausmaß nicht abnehmen: Wenn Sie am Schluß draufkommen, daß Sie sich selbst eine Falle gestellt haben, müssen Sie ja von vornherein mit einer nicht ganz selbstlosen Absicht an die Frau Gobauer beziehungsweise an ihr Projekt herangetreten sein.

Arch. **Moser:** Es war zu spät. Das haben wir nicht mehr geschafft.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich meine es in einem anderen Sinn.

Arch. **Moser:** Ich habe Sie schon verstanden. Es war zu spät. Ich sage Ihnen ja: Es war zu spät. Das haben wir also nicht mehr geschafft. Wir haben das ganze als Aufwand, der uns entstanden ist, in diesem Sinne abgeschrieben. Wir können nichts machen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Architekt! Das verleitet einem zur Frage — nach dem, was man hier in diesem Ausschuß hört und was man in den Zeitungen liest —: Das stimmt mit dem Milieu überein, daß man irgendwelche Leistungen erbringt und sich einen geschäftlichen Vorteil erhofft; die Personen, die dabei handeln. Wenn man das alles hört: Haben Sie da nicht den Eindruck, daß man Sie in eine Linie mit anderen bringen könnte?

Arch. **Moser:** Ja, leider. „Leider", muß ich sagen. Wir wurden auch dezidiert gefragt, ob wir in irgendeiner Weise irgendwelche Provisionszahlungen geleistet haben. Natürlich nicht. Uns tut es heute also wirklich entsetzlich leid, daß wir hier überhaupt davon tangiert sind, denn es ist an sich nicht unsere Welt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Abgeordneter Kapaun fragt immer schon so viel voraus, daß man dann nur mehr Zusatzfragen stellen muß.

Wie erklären Sie sich denn, Herr Zeuge, daß die Frau Gobauer mit dem Herrn Schweitzer zu Ihnen gekommen ist?

Arch. **Moser:** Deshalb, weil der Herr Schweitzer die Frau Gobauer gekannt hat und offensichtlich über sie versucht hat, durch irgend jemanden, durch einen Architekten oder über einen Architekten sich eine derartige Leistung machen zu lassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Schweitzer?

Arch. **Moser:** Der Herr Schweitzer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Leistungen haben Sie denn für den Herrn Schweitzer erbracht?

Arch. **Moser:** Wir haben für den Herrn Schweitzer keinerlei Leistungen erbracht, sondern wir sind mit Herrn Schweitzer über geschäftliche Kontakte bekannt, denn der Herr Schweitzer ist ja im AKH seit vielen Jahren tätig, und wir sind es auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind der Jagdpartner des Herrn Schweitzer?

Arch. **Moser:** Ich bin kein Jäger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Flieger?

Arch. **Moser:** Ich bin auch kein Flieger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Frau Gobauer hat gemeint, daß sie eigentlich überrascht war, wieso sie mit dem Herrn Schweitzer zu Ihnen kommen sollte. Das war der Wunsch des Herrn Schweitzer.

Arch. **Moser:** Das war uns damals nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Arbeiten für Susanne Friedrich?

Arch. **Moser:** Die Frau Friedrich ist eine Bekannte des Kollegen Marchart. Sie hat ihn damals ersucht um irgendwelche Kleinigkeiten. Das waren aber keine großartigen Dinge.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie früher erfahren: Daß die Frau Gobauer eine Freundin von Winter ist oder daß die Frau Friedrich eine Freundin von Winter ist?

Arch. **Moser:** Ich habe es hintereinander erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie erfährt man so etwas eigentlich als Architekt? *(Heiterkeit.)*

Arch. **Moser:** Das ist die Gerüchtebörse dann. Die Gerüchtebörse.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie erfährt das ein Architekt?

Arch. **Moser:** Es ist so: Letztlich ist alles doch transparent. Ich meine: Ich reiß mich nicht darum, im Privatissimum eines anderen herumzuwühlen. Aber mitunter schnappt man halt dann irgendwelche Dinge auf. Und da war das auch dabei.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es im Bannkreis des Herrn Winter noch andere Damen gegeben, für die Ihr Büro gearbeitet hat?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch für ihn selbst nicht?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat er keine Aufträge für Griechenland gegeben?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie oder jemand von Ihnen jemals in Skiathos?

Arch. **Moser:** Ich war einmal eingeladen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie mit ihm geflogen? Waren Sie „Mitglieder"?

Arch. **Moser:** Nein, ich bin nicht mit ihm geflogen. Ich habe vorgezogen, es nicht zu tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind der erste, der in Skiathos war. Sie haben hier eine Premiere in diesem Ausschuß.

Sie haben aber doch die Umstände erkannt. Sie haben ja in Ihrer Aussage vor der Frau Partik-Pablé auch gesagt, daß das Auftreten des Herrn Winter eigentlich sehr selbstbewußt war und daß er seine wirtschaftliche Situation eigentlich zur Schau getragen hat.

Arch. **Moser:** Ich habe es als Imponiergehabe bezeichnet, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, richtig. Ist Ihnen oder in Gesprächen mit Ihren Mitgeschäftsführern jemals die Idee gekommen, daß Herr Winter über seine Verhältnisse lebt?

Arch. **Moser:** Uns war nicht klar, in welchem Verhältnis seine Frau mit ihrem Geschäft hier mit eine Rolle spielt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das etwas, was er gelegentlich ins Gespräch gebracht hat?

Arch. **Moser:** Ich wußte nur, daß sie ein angeblich nicht schlecht gehendes Fotogeschäft hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Herr Schweitzer war Ihrer Meinung nach ein enger Freund des Herrn Winter.

Arch. **Moser:** Ich würde sagen ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Geschäfte über den Herrn Schweitzer abzuwickeln waren: War Ihnen das bekannt?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie jemals von Transferzahlungen nach Liechtenstein gehört?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): PLANTECH, TECHMED?

Arch. **Moser:** Nein. Ich hatte keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder ähnliche Dinge?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie eigentlich glücklich über die ABO-Vergabe?

Arch. **Moser:** „Glücklich": — Ich habe es eigentlich als Unglück angesehen, daß man gesplittet hat. Das zeigt sich ja auch heute, daß man wieder vor einer neuerlichen Problematik steht. Denn es ist ja nur die Grobplanung vergeben worden. Die Feinplanung also, der Abschnitt 2, ist ja noch offen. Demgemäß ist es so, daß wir natürlich über die Art und Weise und vor allem über die halbe Art und Weise nicht unbedingt glücklich sind, weil ja das Ganze Erstprodukte und Rohprodukte waren, die bis jetzt hereingekommen sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum, glauben Sie, ist diese Teilung so erfolgt?

Arch. **Moser:** Ich vermute, daß der finanzielle Rahmen, der sich aus dieser Ausschreibung ergeben hat, einfach die Möglichkeiten, einen derartigen Großauftrag hinauszugeben, überstiegen hat für diesen speziellen Fall.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann haben Sie sich denn vor der heutigen Sitzung mit Ihren Kollegen in der APAK besprochen?

Arch. **Moser:** Wir haben uns nicht vorbesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Überhaupt nicht?

Arch. **Moser:** Nein. Wir haben gesagt: Bist Du auch eingeladen? Ja, ja. Wir haben uns aber nicht vorbesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, der Unmut über die ABO-Teilung datiert nicht erst seit gestern.

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß er ein gemeinsamer Unmut ist des ganzen Vorstandes.

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieweit hatten Sie denn mit der Beurteilung der Angebote beim ABO-Auftrag zu tun?

Arch. **Moser:** Wir waren dazu verhalten, die Vergleiche herzustellen, einfach zu gewichten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War die ABO Bestbieter Ihrer Meinung nach?

Arch. **Moser:** Die ABO war, wenn ich mich heute richtig erinnere, jedenfalls in einer durchaus akzeptablen Situation.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber nicht unbedingt der Bestbieter, das, was man normalerweise als Bestbieter versteht?

Arch. **Moser:** Das kann ich heute aus der Perspektive nicht mehr mit Klarheit sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es so, daß Sie als

APAK sich als Durchführungsorgan gefühlt haben, das nicht viel fragt, warum Aufträge der AKPE in der und der Form erteilt werden?

Arch. **Moser:** Ja, das ist eine heikle und schwierige Situation; für uns sehr schwierig; ich sagte es schon vorhin. Wir sind ja ein Erfüllungsorgan letztlich der AKPE, haben uns in allen unseren Aktivitäten mit der AKPE abzustimmen und müssen, wie gesagt, deren Ziele folgen. Wir würden uns sogar oft, muß ich sagen, mehr Freiheiten wünschen. Wir haben sie nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie jemals versucht, Fehlentscheidungen oder Aufträge, von denen Sie der Meinung waren, daß sie nicht richtig sind, noch zu korrigieren oder zu beeinflussen, indem Sie sich dann an den Aufsichtsrat der AKPE gewendet haben?

Arch. **Moser:** Es hat derart eklatante Situationen für uns nie gegeben, als daß wir jetzt, wenn Sie so wollen, zum Aufsichtsrat hätten vorstoßen müssen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben gewußt, ehe noch der BO-Vertrag an die ABO gegeben worden ist, daß ihn die ABO bekommen wird?

Arch. **Moser:** Wir wußten von dem Antrag an den Aufsichtsrat dann hinsichtlich der Vergabe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wußten ab einem gewissen Zeitpunkt, daß eigentlich nur mehr mit dieser Gruppe zu rechnen ist. Es wurde ja dann modifiziert.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie es zeitmäßig sagen?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das Anfang 1978?

Arch. **Moser:** Ich kann es Ihnen nicht mit Bestimmtheit sagen, und zwar deswegen — ich bitte hier wirklich um Pardon —, weil ich selbst mich in der Geschäftsführung eher am Rande mit diesen Dingen befaßt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es geht ja nur darum, was Sie wissen und was Sie nicht wissen.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine Dienstreise nach Minnesota, Besichtigung einer Notstromversorgungsanlage, hat es im März 1978 gegeben. Waren Sie da dabei?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn da dabei?

Arch. **Moser:** Das kann ich nicht sagen. Ich weiß, daß es eine derartige Reise gegeben hat. Ich weiß aber nicht, wer daran teilgenommen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Herr Winter teilgenommen?

Arch. **Moser:** Es kann sein, daß der Herr Winter dort war. Aber ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich kenne auch den Teilnehmerkreis nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen auch nicht warum?

Arch. **Moser:** Nein. Ich kann es nur im Zusammenhang sehen mit dieser Gasturbinen-Geschichte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn die ARGE ORP beurteilt von ihrer Leistung und ihrer Sinnhaftigkeit her?

Arch. **Moser:** Die ARGE ORP ist sicher etwas, aber nichts Sinnloses. Die Leistungen der ARGE ORP sind ja sozusagen der Vorläufer, sind die Pionier- oder die Pilotarbeit, nach der der Architekt arbeitet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das sagt noch nicht, daß sie qualitativ gut sein muß.

Arch. **Moser:** Ja, richtig. Sie wollten eine andere Aussage haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Arch. **Moser:** Es ist das eine sehr diffizile Frage. Ich würde sagen: Jeder, der hier dieses Feld anfaßt, wird sich schwertun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das habe ich Sie auch nicht gefragt. Ich wollte wissen, wie Sie die qualitativ, also hervorragend, mittelmäßig, schlecht — oder wie immer etwa bei einer Fünfer-Skala — einordnen würden.

Arch. **Moser:** Ich würde es als befriedigend bezeichnen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war für Sie befriedigender: Die Arbeit des Riethmüller oder die Arbeit der MEDIPLAN?

Arch. **Moser:** Das ist schwer zu gewichten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich schenke Ihnen die Frage.

Hätten Sie aus Ihrer Kenntnis sich eine andere Zusammensetzung der ARGE ORP — wenn man so etwas überhaupt braucht; es ist ja eher nicht ganz klar, ob das notwendig war —, eine andere Firmengruppe, andere Experten gewünscht?

Arch. **Moser:** Nein, und zwar aus dem einen Grund, weil ich glaube, daß jeder Experte, der hier antritt, der hier in die Auseinandersetzung tritt mit der Fakultät, mit dem Nutzer, sich wahnsinnig schwer tut hier und wahrscheinlich ein gleich gutes oder gleich schlechtes Bild abgibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie irgendeine Erfahrung, warum die MEDIPLAN da mit dabei war?

Arch. **Moser:** Nein, sie war plötzlich da.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Kenntnis von politischen Interventionen hinsichtlich der Beschäftigung der MEDIPLAN?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, daß Professor Riethmüller, zumindest im Bereich der Wiener Stadtverwaltung, eher umstritten war?

Arch. **Moser:** Das habe ich einmal gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie die Kritikpunkte auch gehört?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daher können Sie nicht sagen, ob Sie die teilen oder nicht?

Arch. **Moser:** Nein, das kann ich nicht sagen. Professor Riethmüller war ja in letzter Zeit immer mehr umstritten, und offensichtlich hängt das damit zusammen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die ganze Konstruktion AKPE, APAK, ARGE, ORP, ABO, Consultatio, PRODATA, Combit-Rechenzentrum und wie alle diese Firmen heißen, die in diesem Wust drinnen sind, war das für Sie eine überschaubare Konstruktion, oder hat da Gefahr bestanden, daß es zu vielen Dubletten und Doppelgeleisigkeiten kommt?

Arch. **Moser:** Es ist für den Außenstehenden sicher ein Wust, für den, der in der Arbeit steckt, ist es überschaubar, o ja. Für uns hat es eine klare Mannschaft gegeben, das war der Bauherr, in dem Fall AKPE. Wir haben sogar gedrängt, daß die eine oder andere Hilfestellung durch andere Gruppen erfolgt, in dem Fall eben dann ABO. Uns hat also nur die Betriebsorganisation als solche interessiert. Welche Gruppierungen dahinterstanden, das hat uns nie interessiert, und daher war es für uns durchaus überschaubar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wobei ich noch einmal sagen muß — Sie beantworten sehr geschickt —: Mir geht es nicht darum, ob Sie ein Interesse daran gehabt haben, sondern ob Sie es gewußt haben.

Arch. **Moser:** Ich habe nicht gewußt, welche Gruppierungen sich noch dahinter verbergen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war Ihnen oder ist Ihnen über die TECHMED bekannt?

Arch. **Moser:** Gar nichts. Ich habe sie aus der Zeitung kennengelernt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie haben Sie die Leistungen der Firma MEDCONSULT beurteilt im Rahmen der ABO?

Arch. **Moser:** Wir haben nur Ergebnisse der ABO, und eine geteilte Beurteilung der MEDCONSULT-Leistung ist mir gar nicht möglich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie noch irgendwelche Verbindungen Ihrer Firma, also der APAK, mit der Consultatio, die Sie uns mitteilen können?

Arch. **Moser:** Nein. In keiner Weise.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Personenverbindungen, Leasing, Personen-Leasing et cetera.

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Name Zacek sagt Ihnen etwas?

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den sehen Sie nicht in Verbindung mit der Consultatio?

Arch. **Moser:** Ich weiß nur — und das habe ich auch aus der Zeitung erfahren — daß er, also ich weiß es nicht, Consultatio-Mann ist oder war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das haben sie aber geschickt geheimgehalten, also ich verstehe das gar nicht, warum.

Arch. **Moser:** Mir war es nie geläufig. Der Dr. Zacek war der Chef des Rechnungswesens, ist unter Dr. Schweiger tätig, und uns war nie geläufig, in welcher Funktion er dortsitzt. Also für uns war er im Rechnungswesen tätig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn mit dem Dr. Wilfling zu tun gehabt?

Arch. **Moser:** Ich habe Dr. Wilfling kennengelernt vor vielen Jahren, als er noch ODELGA-Chef war, ich war ja damals in der Architekten-ARGE tätig. Es waren aber eher Auseinandersetzungen. Ich habe ihn erst wieder gesehen im Zuge der Tätigkeit hier in der APAK. Ich habe aber mit ihm weiter keine persönlichen oder privaten Kontakte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weder Tarock noch Sauna?

Arch. **Moser:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Tut mir leid, daß ich noch einmal auf diese nicht sehr schöne Gobauer-Frage zurückkommen soll. Das ist an sich nichts für eine parlamentarische Untersuchung, aber es wirft vielleicht ein gewisses Licht auf die Gepflogenheiten in diesem Milieu, wenn ich das so sagen darf.

Sie haben nämlich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die Arbeiten für die Gobauer im Zusammenhang gesehen mit der Hoffnung, das Haus Mariahilfer Straße 17 erwerben und verwerten zu können. *(Arch. Moser: Ja!)* Wissen Sie, wann die Arbeiten für die Gobauer ungefähr waren?

Arch. **Moser:** Ja, die waren 1977/78, glaube ich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, aber es gibt Unterlagen des Ausschusses, aus denen sich ergibt, daß das 1976/77 war. Kann das stimmen, wenn ich Ihnen das vorhalte?

Arch. **Moser:** Kann auch sein. Es tut mir leid, bitte, jedenfalls also zur selben Zeit waren diese Aktivitäten, sonst hätten wir niemals eine derartige Geschichte angefangen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber wie ist dieser Zusammenhang gegeben, da ebenfalls aktenkundig ist, daß Winter überhaupt erst eine Hälfte des Hauses Mariahilfer Straße 17 im Jahre 1977 erworben hat, die zweite Hälfte überhaupt erst 1979?

Arch. **Moser:** Uns waren damals die Eigentumsverhältnisse nicht bekannt, sondern er hat damals mit dem Haus spekuliert; es waren einerseits ein Hotel und andererseits ein Geschäftshaus im Gespräch. Und das ist uns natürlich in der Lage hochinteressant erschienen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also er ist Ihnen gegenüber so aufgetreten, als ob es ihm gehören würde, obwohl es ihm damals noch gar nicht gehört hat. Verstehe ich das richtig?

Arch. **Moser:** Ja. Wir haben auch weiter nicht geforscht, sondern wir sind in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, daß es möglich ist, dieses Ding über ein Bankinstitut zu finanzieren, nämlich zu erwerben und den Bau dann selbst zu finanzieren. Wir haben auch diesbezügliche Kontakte gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Was hat Sie denn diese Arbeit bei der Gobauer ungefähr gekostet?

Arch. **Moser:** Das waren, glaube ich, 300 000 oder 400 000 S.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nein, ich meine Unkosten, die Ihnen entstanden sind als Architektengruppe.

Arch. **Moser:** Ja, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das hat ja niemand bezahlt.

Arch. **Moser:** O ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn dann die Rechnungen bezahlt?

Arch. **Moser:** Wir haben sie bezahlt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also sind Ihnen Unkosten in dieser Höhe entstanden?

Arch. **Moser:** Uns sind Unkosten in dieser Höhe entstanden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie machen doch den Eindruck eines durchaus, darf ich das so sagen, cleveren Mannes, der im Geschäftsleben versiert ist. Sie investieren hier auf eine Hoffnung sehr viel, auf die Hoffnung, ein Haus vielleicht erwerben zu können, wo Sie sich nicht einmal vergewissern, ob der, dem Sie es abnehmen wollen, unter Umständen überhaupt Eigentümer ist. Ist das nicht ein bisserl eigenartig?

Arch. **Moser:** Ich muß ganz ehrlich sagen, wir haben damals eben durchaus den Eindruck gehabt, daß Herr Winter hier als Eigentümer sprechen kann. Wir waren aber andererseits gar nicht interessiert, mit ihm dann das Geschäft abzuwickeln, sondern wir hätten natürlich versucht, uns hier selbständig zu machen. Und in diesem Zusammenhang haben wir diese Gobauer-Sache mitgezogen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nehmen Sie es mir übel, wenn ich Ihnen ganz offen sage, daß mir das unwahrscheinlich erscheint, daß man im Hinblick auf die Hoffnung, vielleicht ein Haus erwerben zu können, 300 000 bis 400 000 S investiert?

Arch. **Moser:** Da muß ich Ihnen folgendes darauf antworten: Der Architekt, gerade der Architekt, ist es gewohnt, in die Akquisition, wenn Sie so wollen, durch Wettbewerbe, die enorm viel Geld kosten, die diese Summen immer wieder ausmachen, zu investieren. Jeder unserer Wettbewerbe, wo nicht von vornherein klar ist, welcher Erfolg daraus entsteht, kostet uns — und wir haben Theorie-Kalkulationen — 200 000 S, 300 000 S. Wenn wir aussteigen, sind die weg.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nehmen Sie es mir ebenfalls übel, wenn ich Sie mit meiner Vermutung konfrontiere, daß Sie dem Winter gefällig sein wollten?

Arch. **Moser:** Nein, ich kann es Ihnen nicht übelnehmen, das ist ganz klar, der Anschein ist sicher da. Wie gesagt, für uns ist es eine ganz betrübliche Sache, daß wir überhaupt mit diesen Dingen konfrontiert sind. Aber ich kann es Ihnen natürlich nicht übelnehmen, wenn Sie mir etwas Derartiges vorhalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie erklären Sie sich den Umstand, daß das Kontrollamt der Stadt Wien bei der AKPE Rechnungen vorgefunden hat, ausgestellt von Ronald Adolf, an die Architektengruppe gerichtet, die sich auf Leistungen im Zusammenhang mit den Umbauarbeiten in der Wohnung der Anni Gobauer bezogen?

Arch. **Moser:** Ich weiß davon, wurde auch schon gefragt. Es ist mir unerklärbar, noch dazu, wo wir diese Sache bezahlt haben. Für uns war das also erledigt. Es ist mir unerklärbar.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wurde der Winter davon in Kenntnis gesetzt, daß Sie diese Arbeiten für die Gobauer gemacht haben?

Arch. **Moser:** Für meine Begriffe sollte er es gewußt haben. Ich vermute, er hat es verstanden, es geschickt totzuschweigen, und wir haben nichts gesagt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber es gibt eine Aussage Ihres Kollegen Moebius, daß Sie Winter darüber informiert haben.

Arch. **Moser:** Ich habe ihn diesbezüglich sicher nicht informiert. Glaube ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie es ausschließen?

Arch. **Moser:** Ausschließen kann ich nichts. Aber wir haben zum damaligen Zeitpunkt, als die ganze Geschichte abgelaufen ist, sicher mit ihm nicht drüber verhandelt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie Aufträge im Zusammenhang mit Umbauarbeiten in der Wohnung im Hause Mariahilfer Straße 17 gehabt?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also das können Sie ausschließen?

Arch. **Moser:** Mariahilfer Straße 17 haben wir nie etwas gemacht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie also diesbezüglich mit Winter keine Kontakte oder Gespräche gehabt, oder durch schlüssige Handlungen irgend etwas . . .

Arch. **Moser:** Nein. Seine Wohnung ist für uns tabu.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber jetzt gibt es für mich noch einen anderen Punkt, den ich Sie abschließend fragen möchte. Es gibt ein Papier des Winter — das liegt auf — vom 21. Juli 1975. Er hat es genannt: Gedanken zur Projektmanagementsituation im Bereich des Neubaues AKH. Und da wird bereits die Architektengruppe, der Sie angehören genauso wie Siemens und Dr. Walter, vorgesehen. Wie können Sie sich das erklären?

Arch. **Moser:** Ich kann mir das nur so erklären, daß der Herr Winter damals schon Überlegungen angestellt hat, wer für eine derartige Gruppe in Frage käme. Wir haben ja in den Gesprächen — und das war ja ein großes Plus für uns — darauf hinweisen können, als wir in die Gespräche mit dem Vorstand eingetreten sind, daß wir eben imstande sind, Kontinuität zu wahren auf Grund unseres Vorwissens. Mir ist aber nicht geläufig, warum der Herr Winter jetzt gezielt uns anspricht als Architektengruppe.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Seit wann haben Sie mit Winter Kontakte gehabt?

Arch. **Moser:** In welcher Angelegenheit?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): In dieser Angelegenheit.

Arch. **Moser:** Die Kontakte haben begonnen im Herbst 1975.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, aber im Juli 1975 sieht er Sie schon vor.

Arch. **Moser:** Ich kann es mir nur so erklären, daß er Überlegungen angestellt hat, welche Gruppierungen hier im Rahmen einer derartigen Projekts-Managementleistung untergebracht werden müßten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie erklären Sie sich, daß er gerade auf Sie gestoßen ist? Sie jetzt 2. Person Mehrzahl, nicht Einzahl.

Arch. **Moser:** Auf uns einfach aus der Überlegung heraus, daß eben nicht alles neu begonnen werden kann, daß eben Gruppierungen hinein müssen, die noch Know-how mitbringen, auch über das AKH.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie sich irgendwie dem Winter gegenüber außer diesen rein geschäftlichen Kontakten gefällig gezeigt?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also, außer der Gobauer-Wohnung und Friedrich-Wohnung nichts.

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie ihn irgendwo beraten, in irgendwelchen Dingen?

Arch. **Moser:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie ihm kleine Geschenke gemacht?

Arch. **Moser:** Nein. Nichts Nennenswertes.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also Ihr Kontakt war, um in der Spitalsterminologie zu sprechen, vollkommen keimfrei, steril.

Arch. **Moser:** Der war keimfrei, ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei der ganzen Gobauer-Sache und Friedrich-Sache sind Sie uns noch schuldig die Quantifizierung der Friedrich-Arbeiten. Vielleicht können wir das einfügen. Wie umfangreich war die Arbeit für die Frau Susanne Friedrich?

Arch. **Moser:** Für die Frau Friedrich war es in erster Linie eine behördliche Einreichung. Frau Friedrich hatte ihre Leistungen selbst bezahlt, und die Frau Friedrich hat sich an uns gewandt beziehungsweise an den Kollegen Marchart, weil Kollege Marchart ein Bekannter von ihr ist. Über ihn ist das auch entstanden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann ist Ihnen denn das bekanntgeworden, daß die AKPE eine Rechnung bekommen hat?

Arch. **Moser:** Sie meinen, in diesem Zusammenhang? Ich habe das von der Frau Dr. Pablé erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Erst zu diesem Zeitpunkt?

Arch. **Moser:** Ja. Ich hatte keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als Sie gehört haben, daß die Frau Gobauer doch enger mit dem Herrn Winter befreundet ist, waren Sie der Meinung, man soll auf alles verzichten. Warum haben Sie eigentlich nicht ihm dann die Rechnung geschickt?

Arch. **Moser:** Wir sind uns etwas komisch vorgekommen, wir sind, wenn Sie so wollen, ins Out gelaufen. Er hatte ja damals keinen Kontakt mehr mit ihr. Wir haben uns also selbst einen Schaden zugefügt, natürlich könnten wir ihn heute noch geltend machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Heißt das, wenn ich jetzt unseren Experten von der Finanzverwaltung anspreche, daß so etwas als nicht einbringbare Forderung dann noch steuerlich absetzbar ist? Das würde an dem Ganzen die Lustbarkeit noch vergrößern.

Noch einmal zurück zu dem, was Sie der Kollege Kohlmaier gefragt hat, zu den „Gedanken zur Projektmanagementsituation im Bereich des Neubaues AKH". Hat Ihnen der Winter jemals ein Papier gezeigt darüber, wie er sich vorstellt, daß die künftigen Arbeiten vor sich gehen könnten?

Arch. **Moser:** Es ist uns nie ein derartiges Papier . . . Es wurden von uns selbst Überlegungen angestellt, in erster Linie damals mit ALLPLAN, und ein Papier in der Form, daß quasi jetzt vorweg schon entschieden wird, wer dann hier hineinkommt, hat er uns nicht gezeigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat ja mit dem Dr. Bauer über mehrere Jahre korrespondiert in dieser Frage. Ist in dem Zusammenhang die Consultatio im Gespräch gewesen?

Arch. **Moser:** Nein, weil die Gespräche haben sich ja letztlich dann immer mit dem gesamten Vorstand abgespielt. Es ist das Wort Consultatio uns gegenüber nie gefallen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es sind ja Gespräche, die schon aus einer Zeit datieren, ehe noch die AKPE wirklich in dieser Form konstruiert war.

Arch. **Moser:** Nein, die Consultatio war uns überhaupt nicht geläufig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo es darum gegangen ist, ob ein Finanzdirektor überhaupt notwendig ist, oder ob man das der Consultatio überträgt?

Arch. **Moser:** Davon wissen wir und wußten wir nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war auch bei solchen Gesprächen nie der Dr. Bauer dabei?

Arch. **Moser:** Nein. Ich habe Dr. Bauer, ich glaube, im Laufe der fünf Jahre, wo ich am AKH tätig bin, vor zwei Jahren das erstemal kennengelernt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als was denn?

Arch. **Moser:** Ich glaube, ich habe ihn einmal unten bei der AKPE getroffen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine nur, als was: als Consultatio, als ÖKODATA?

Arch. **Moser:** Nicht bei einem Gespräch. Das war en passant, ich wurde bekannt gemacht. Aus, mehr war es nicht. Weder als Consultatio noch als Dr. Bauer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie dann gewußt, wer der Dr. Bauer ist?

Arch. **Moser:** Weil ich gefragt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als was wurde er Ihnen dann vorgestellt?

Arch. **Moser:** Das ist der Dr. Bauer, der mit der ÖKODATA zu tun hat, hat es geheißen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also reiner ABO-Bereich?

Arch. **Moser:** Ja. Ich habe mich auch weiter nicht mehr interessiert dafür.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der AKPE, dem damaligen langjährigen Vorsitzenden Waiz zu tun gehabt?

Arch. **Moser:** Wir haben mit Waiz nichts zu tun gehabt. Es hat meines Wissens einmal ein Gespräch gegeben, das meine Partner, glaube ich, geführt haben. Ich kann aber nicht einmal genau sagen, wann das war. Aber wir haben an sich mit Sektionschef Waiz keinerlei Kontakte gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht als Auftragnehmer?

Arch. **Moser:** Auch nicht als Auftragnehmer, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das gilt auch für den Obersenatsrat Dr. Horny?

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn Ihre Beziehung zum Direktor Parzer?

Arch. **Moser:** Ich habe ihn kennengelernt bei den Gesprächen. Meine Beziehung zum Direktor Parzer ist also eine rein geschäftliche. Ich habe ihn im AKH, wie wir in diese Gespräche eingetreten sind, kennengelernt. Ich wußte, daß er bei der ARW Geschäftsführer . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und beim Ing. Schwaiger gilt das auch?

Arch. **Moser:** Ing. Schwaiger habe ich auch erstmals dort kennengelernt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Kohlmaier, bitte. Eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Jetzt wird es für mich ein bisserl ungemütlich. Ich habe Sie vorher sehr dezidiert gefragt wegen Arbeiten in der Wohnung im Hause Mariahilfer Straße 17.

Ich möchte Ihnen folgende Aussage Ihres Partners Moebius vorhalten, die er bei Gericht als Zeuge unter Wahrheitspflicht ebenfalls gemacht hat. Ich lese wörtlich vor:

Jedenfalls ist mir von Provisionszahlungen konkret an Winter nichts bekannt. Mir gegenüber hat er nie etwas erwähnt. Von dritter Seite habe ich nie etwas gehört.

Das deckt sich mit Ihren Aussagen. Aber jetzt kommt es:

Im übrigen wollte Winter von uns Überlegungen über den Umbau einer Wohnung in der Mariahilfer Straße. Diesbezüglich wurden von uns Skizzen angefertigt. Wir gingen davon aus, daß die Umbauarbeiten zirka 700 000 S betragen würden. Diese Wohnung sollte Winter persönlich benützen. Das Honorar dafür in der Höhe von zirka 15 000 bis 20 000 S wurde Winter noch nicht verrechnet, weil noch kein Vorentwurf angefertigt wurde. Dies deshalb nicht, weil Winter dafür keine Zeit fand. Das ganze Projekt läuft seit zirka einem Jahr. Meiner Meinung nach ist Winter sicher davon ausgegangen, daß er sowohl das Honorar als auch die Kosten bezahlen muß.

Auch wir hatten keine Veranlassung, dem Winter irgend etwas umsonst zu machen. Ein diesbezügliches Ansinnen wurde an uns nicht gestellt.

Das ist aber etwas ganz anderes.

Arch. **Moser:** Nein. Wir haben, wie gesagt, nie etwas in der Wohnung Winter gemacht. Ich habe Ihre Frage so verstanden, ob wir in irgendeiner Weise Umbauarbeiten geleistet haben. Ich wurde das auch schon gefragt von der Frau Dr. Pablé, weil scheinbar die Wohnung ja mehrere Male umgebaut wurde. In diesem Zusammenhang habe ich das gesehen. Und, wie gesagt, wir haben dort keinerlei Leistung erbracht, und die Wohnung Winter war für uns bisher tabu.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber, entschuldigen Sie bitte, für die Tabu-Wohnung werden doch Architektenarbeiten, für die gibt es ja einen bestimmten Tarif, geleistet. Ihr Partner Moebius sagt: Honorar dafür in der Höhe von zirka 15 000 bis 20 000 Schilling wurde noch nicht verrechnet. — Ich kenne mich jetzt nicht aus, wenn ich wohlwollend Ihnen gegenüber bin. Ich verstehe schon, daß Sie sich aus dieser ganzen unangenehmen Geschichte heraushalten wollen. Sie wissen, daß der Winter wahrscheinlich ein Krimineller ist, Sie wollen also, wie ich vorher gesagt habe, die Beziehung zu ihm keimfrei halten.

Aber Ihr Partner sagt, eigentlich wären dafür 15 000 bis 20 000 Schilling zu verlangen gewesen, und es wurde nicht verlangt. Wenn ich jemandem eine Arbeit leiste und dafür nichts verlange, schenke ich ihm etwas, und dem wollen Sie offenbar hier ausweichen, Herr Architekt, seien Sie mir nicht böse.

Arch. **Moser:** Nein. Ich kann dazu konkret folgendes sagen:

Diese von Ihnen hier zitierten Überlegungen haben sich auf einen Umbau bezogen. Ich muß nochmals bekräftigen: Meine Aussage galt dahin, und, wie gesagt, ich wurde diesbezüglich nochmals von Frau Dr. Pablé befragt, nein, wir haben bisher keinerlei Umbauarbeiten in wie immer gearteter Form vorgenommen. Die hier von Ihnen zitierten Überlegungen gehen in eine andere Richtung. Es hat sicherlich Überlegungen gegeben, nur ich war damals auch gar nicht damit befaßt, muß ich ganz ehrlich sagen, ich habe mich darum überhaupt nicht gekümmert, ich konnte dazu auch bei Dr. Pablé keine entsprechende Aussage machen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber heute wissen Sie doch immerhin, was geschehen ist. Wenn Sie sagen, Sie waren damit nicht befaßt, dann wissen Sie aber, daß etwas war. Und wenn ich jetzt nicht nachschaue und ein Kollege von mir nachsieht und ich Ihnen den Moebius vorhalte, dann gehen Sie hier weg und haben hier deponiert: Mariahilfer Straße 17 ist uns nichts angegangen. Ich meine, da ist doch ein erheblicher Widerspruch. Ich möchte jetzt wissen: Haben Sie das Honorar, das Ihr Kollege mit 15 000 bis 20 000 S beziffert, inzwischen verlangt oder nicht?

Arch. **Moser:** Diese 15 000 bis 20 000 S sind, glaube ich, nur als Rechnung existent.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also es ist eine Rechnung gemacht worden?

Arch. **Moser:** Es ist eine Forderung gemacht worden, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und wissen Sie, ob Winter . . .

Arch. **Moser:** Nageln Sie mich nicht fest. Entweder war es das Anbot oder ist es eine definitive Rechnung. Ich vermute eher, es war eine definitive Rechnung.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Moebius sagt, wir hatten keine Veranlassung, dem Winter irgend etwas umsonst zu machen. Wann hat sich denn das Ganze abgespielt?

Arch. **Moser:** Das hat sich abgespielt . . . Das war, es kann sein, Herbst 1979, glaube ich, es könnte sein, Herbst 1979.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bis jetzt wissen Sie nicht, ob das wirklich ordnungsgemäß verrechnet wurde, ob das bezahlt wurde, ob Winter vor seiner Verhaftung sich geweigert hat, das zu zahlen, sich bereit erklärt hat, das zu zahlen?

Arch. **Moser:** Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Auch deshalb nicht, weil ich, wie gesagt, mich um diese Dinge dann nicht gekümmert habe, weil ich vornehmlich im AKH tätig war und diese Dinge ganz der Kollege Moebius betreibt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sind Sie Parteimitglied?

Arch. **Moser:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Kennen Sie den Club 45?

Arch. **Moser:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Na, kennen werden Sie ihn schon. Von der Pistole geschossen kennen Sie ihn nicht einmal mehr?

Arch. **Moser:** Ich kenne ihn, natürlich, aber nur aus der Zeitung.

Obmann Dr. **Steger:** Wann haben Sie denn erstmals gehört in Ihrem Leben, daß es in Wien möglicherweise Bestechungszahlungen gibt im Bauwesen?

Arch. **Moser:** Über das „profil".

Obmann Dr. **Steger:** Wie lange ist denn das her?

Arch. **Moser:** Ich glaube, eineinhalb Jahre so was.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich fragen, wie alt Sie sind. Sie haben es am Anfang gesagt, aber ich weiß es nicht mehr.

Arch. **Moser:** 42.

Obmann Dr. **Steger:** Und vor eineinhalb Jahren wurde zum ersten Mal der Verdacht an Sie herangetragen — nicht Beweise, sondern Verdacht —, daß es möglicherweise manchmal Schmiergeldzahlungen in Wien gibt?

Arch. **Moser:** Ich habe es aus dem „profil" — oder liegt es zwei Jahre zurück, das kann auch sein — gehört.

Obmann Dr. **Steger:** Immerhin haben Sie sich 40 Jahre Ihren Glauben bewahrt. Das ist ja als Architekt eine schöne Leistung. *(Abg. Dr. Feurstein: Bauring!)*

Arch. **Moser:** Entschuldigen Sie, weil ich das Stichwort „Bauring" höre . . .

Obmann Dr. **Steger:** Beim „Bauring" haben Sie es schon auch für möglich gehalten.

Arch. **Moser:** Nein, ich sage, es wird mir hier der „Bauring" unterschoben, entschuldigen Sie. *(Abg. Dr. Feurstein: Nein, nein! Nicht unterschoben! Entschuldigen Sie!)*

Obmann Dr. **Steger:** Nein, die Frage war ganz harmlos noch. Es wird immer vermutet, schon bei der harmlosesten Frage, daß etwas Böses dahinter ist. Wann Sie erstmals davon gehört haben. — Sie haben jedenfalls vorher

noch nie gehört, weder in Gesprächen noch in Wahrnehmungen noch in Ausrichten aus dritter Hand noch im Zeitungslesen, daß es möglicherweise Bestechungszahlungen gibt in Wien?

Arch. **Moser:** Aber nicht gezielt, auf irgendeinen Fall zugeschnitten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben vorher gesagt, daß Sie Funktionär der Ingenieur- und Architektenkammer sind.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Darf ich Sie fragen, welcher wahlwerbenden Gruppe Sie hier angehören?

Arch. **Moser:** Ich war Müller-Hartburg.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich kenne den Prof. Müller-Hartburg sehr gut und habe mit ihm über diese Angelegenheit viele Gespräche geführt. Er hat mir gesagt, er würde das auch vor dem Ausschuß ohne weiteres sagen: Er wird als Funktionär der Architektenkammer immer wieder damit konfrontiert, daß speziell bei Durchführung von Bauvorhaben in Wien unkorrekte Zahlungen geleistet werden müssen.

Haben Sie ganz allgemein als Funktionär der Architekten auch diesen Eindruck, den mir der Professor Müller-Hartburg persönlich mitgeteilt hat mit der zusätzlichen Feststellung, er wäre bereit, das auch öffentlich zu sagen?

Arch. **Moser:** Mein Gott, in der Kammer wird diesbezüglich viel gesprochen, nie konkret. In der Kammer wird gesprochen von Geben und Nehmen. Aber es sind nie konkrete Dinge, offensichtlich aus der Überlegung heraus, es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Es wird sehr viel gemunkelt, aber es gibt nie eine konkrete Aussage dazu, auch nicht im Kammervorstand.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie bei Ihrer beruflichen Tätigkeit, was Sie ja jetzt nicht strafbar macht oder der Schande aussetzt, je persönlich damit konfrontiert worden, daß man irgendeinem Magistratsbeamten oder so jemandem Gefälligkeiten erweisen mußte?

Arch. **Moser:** Ich muß zur Verblüffung eingentlich sagen: nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie von Berufskollegen gehört, daß sie mit solchen Dingen zu tun hatten? Sie brauchen keinen Namen zu nennen.

Arch. **Moser:** Ja, ja. Wobei das oft Banalitäten waren, aber letztlich . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der Professor Müller-Hartburg hat mir zum Beispiel gesagt: Wenn man in Wien einen Zähleranschluß für ein großes Gebäude — ich weiß jetzt nicht genau, wie das ist — haben will, dann muß man bestimmte E-Werks-Bedienstete schmieren. Das ist für ihn feststehend, mehrmals bereits ist er mit dieser Tatsache konfrontiert worden. Kennen Sie diese Erscheinung?

Arch. **Moser:** Wir waren, muß ich ganz ehrlich sagen, mit dieser Erscheinung — ich habe gehört von ihr —, wir waren aber nie mit ihr konfrontiert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie sind ein Tiroler, und in Tirol ist man den Wienern gegenüber sehr kritisch *(Obmann Dr. Steger: Das soll den Tirolern auch passieren!)*, was aber keine . . .

Arch. **Moser:** Ich bin selbst schon einer, ich bin schon seit 1958 in Wien.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, daß die Wiener Bauszene, wenn Sie so, wie der Kollege Bergmann gesagt hat, Noten vergeben nach Korrektheit der mit dem Bauwesen befaßten öffentlichen Funktionäre, Beamten und so weiter von sehr gut bis nicht genügend, wie würden Sie denn die Wiener Bauszene benoten?

Obmann Dr. **Steger:** Nach Ihren Erfahrungen, nicht als Zeugnisverteiler. Wahrnehmungen und Erfahrungen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Kollege Kohlmaier, ich hätte nur gerne gewußt, zu welchem Punkt der Untersuchung Sie das fragen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich weiß, die Frage ist Ihnen unangenehm.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nein, mir ist es nicht unangenehm, denn ich kann Ihnen den Haselgruber als Niederösterreicher genauso vorhalten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich weiß, das ist Ihre Abwehrtaktik, aber die hat hier nichts zu tun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Es ist keine Abwehrtaktik, aber wir haben ja den anderen Herrn auch draußen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich muß diesem Herrn Abgeordneten recht geben. Bitte, wenn Sie uns kurz die Antwort auf die Frage geben, was Sie an Wahrnehmungen und Erfahrungen dazu mitteilen können.

Arch. **Moser:** Ich muß sagen, die Wiener Bauszene ist sicher hart. Ich bin aber in der Bauszene ja letztlich, wenn Sie so wollen, aufgewachsen. Ich habe in Wien studiert und bin

hier geblieben, und ich kann nicht unmittelbare Vergleiche jetzt, wenn Sie so wollen, mit der westlichen Bauszene ziehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Jetzt sind Sie mir ausgewichen. Geben Sie eine Note, so wie Sie es beim Bergmann gemacht haben. *(Abg. Dr. Kapaun: Sie müssen nicht unbedingt die Antworten geben, die erwartet werden!)*

Obmann Dr. **Steger:** Die Zusatzfrage ist sowieso gleich erschöpft. Dann kommen wir zur Hauptfrage zurück.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wenn Sie keine Antwort geben, werte ich das auch als Antwort und bitte dann nur im Protokoll festzuhalten, daß Sie gelächelt haben und keine Antwort gegeben haben. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Kapaun: Mit dem Zusatz: freundlich gelächelt!)*

Arch. **Moser:** Es ist schwierig, wenn man Parlamentariern gegenübersitzt. *(Abg. Dr. Kapaun: Sie behandeln sie eh richtig!)*

Obmann Dr. **Steger:** Wir halten das täglich aus.

Herr Zeuge, haben Sie je was gehört, daß Parteien Spenden kassieren kommen im Zusammenhang mit Bauauftragsvergabe?

Arch. **Moser:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Das haben Sie nicht einmal im „profil" gelesen?

Arch. **Moser:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Bis heute nicht gehört?

Arch. **Moser:** Natürlich habe ich es gehört.

Obmann Dr. **Steger:** Mir fällt jetzt nur auf: Bei Bestechungsgeldern haben Sie gesagt, das haben Sie vor eineinhalb Jahren gelesen. Bei Parteienfinanzierung haben Sie bis heute noch gar nichts gehört?

Arch. **Moser:** Das muß ich auch berichtigen. Auch im Zusammenhang mit der Untersuchung ist die Frage der Parteienfinanzierung ja nicht zuletzt von Ihnen selbst sehr stark herausgestellt worden, und das haben wir aufmerksam verfolgt. Es ist also nicht so, daß wir vor der ganzen Geschichte die Frage Parteienfinanzierung im Vordergrund gesehen hätten.

Obmann Dr. **Steger:** Wir haben schon Zeugen hier gehabt — einen sehr wichtigen —, der gesagt hat, nach einer Auftragsvergabe ist es öfter passiert — ich glaube sogar, er hat das Wort regelmäßig gebraucht —, daß Geschäftsführer zum Beispiel aus dem Verlagswesen gekommen sind und dann Inserate in einer ganz bestimmten Höhe haben wollten, also eine Zahlung haben wollten. Haben Sie derartiges erlebt?

Arch. **Moser:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Gehört von anderen Kollegen?

Arch. **Moser:** Eigentlich nein. Es ist bei uns . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wenn aber der Architekt weiß von der Vergabe her, was bei den diversen Firmen passiert?

Das heißt, Sie sind eigentlich ein Architekt, der überhaupt nicht versteht, daß es Bestechungszahlungen im Bauwesen in dem Bereich gegeben haben könnte.

Arch. **Moser:** Ja, es ist schwer, als Dümmling dazustehen. Ich habe auch vorhin mich nicht der Antwort enthalten. Aber ich sagte vorhin eigentlich, glaube ich, doch klar, daß vor allem im Hinblick auf meine Kammertätigkeit sehr vieles in der Richtung gesprochen wird. Es hieße den Kopf in den Sand stecken. Aber es gibt nie konkrete Aussagen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine, Beweise haben Sie noch nicht in der Hand gehabt? Im eigenen Bereich, dort, wo Sie Wahrnehmungen gemacht haben, ist Ihnen nichts bekannt?

Arch. **Moser:** Zumindest uns war, muß ich ganz ehrlich sagen, nie geläufig, was hier sich getan hat. Wir waren selbst verblüfft, in welcher Form oder was hier, was wir den Medien entnehmen konnten, was also die Untersuchungen gebracht haben. Ich muß ehrlich sagen: große Verblüffung.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sind für die APAK tätig?

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich eine Zusatzfrage zu Ihrer vorhergehenden Frage stellen?

Obmann Dr. **Steger:** Ja, bitte, Herr Abg. Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur zu einer Ergänzung, ganz konkret. Sie haben einen sehr weiten Begriff vorhin verwendet, der Wettbewerbskosten geheißen hat.

Arch. **Moser:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann sein, daß das, was der Herr Vorsitzende mit Schmiergeldzahlungen und Wohlgesinntere mit Provisionen bezeichnen, bei Ihnen unter dem Begriff Wettbewerbskosten rangiert?

Arch. **Moser:** Nein, das habe ich fast erwartet, daß Sie mir diese Frage stellen. Da muß ich also sehr klar dagegen . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Gobauer waren Wettbewerbskosten?

Arch. **Moser:** Nein. Ich habe gesagt, Akquisitions- und Wettbewerbskosten. Wobei, wenn Sie mich jetzt auf den Terminus Wettbewerb ansprechen, ich sagen muß, Wettbewerb ist Architektenwettbewerb, die Architekturleistung, die sehr viel Geld kostet, die jedes Unternehmen sehr schwächt und wo man von vornherein nicht weiß, ob ein Erfolg beschieden ist oder nicht, und man fährt hier eigentlich im Nebel.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, darf ich es vielleicht noch einmal frisch probieren, ein neuer Anlauf. Haben Sie schon erlebt, daß im Rahmen eines Wettbewerbs bei Planungen einfach Leute mitarbeiten mit ihren Firmen, die sehr wesentlichen Einfluß auf die Vergabe haben, daß man also solche Leute mit hereinnimmt ins Planungsteam?

Arch. **Moser:** Nein, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Also die Überlegungen, daß zum Beispiel der Herr Winter Planungsunterlagen verkauft über eine ganz andere Firma, also daher im Planungsprozeß mit vorkommt, was dann später vielleicht juristisch als Bestechungsgeld qualifiziert wird. So etwas ist Ihnen aus Ihren Planungen nie bekanntgeworden?

Arch. **Moser:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Auch Herr Dr. Wilfling ist Ihnen gegenüber nie aufgetreten als jemand, der ein wichtiges Know-how zu verkaufen hat?

Arch. **Moser:** Nein, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Auch nicht der Herr Winter daher?

Arch. **Moser:** Nein, nein.

Obmann Dr. **Steger:** Und die Frau Gobauer war dann eine Stiftung oder Gefälligkeit?

Arch. **Moser:** Nein. Die Frau Gobauer — ich habe das vorhin erklärt — war im Zusammenhang mit dem Hausbau Mariahilfer Straße zu sehen, wo wir eben versucht haben, dieses Objekt an Land zu ziehen, einfach deshalb, weil es uns interessant erschienen ist als Geschäftshaus. Wir haben diesbezüglich Unterlagen ausgearbeitet, Untersuchungen über die Nutzungsmöglichkeiten, haben unsererseits mit Bankinstituten auch Gespräche geführt hinsichtlich der Finanzierung. Wir wollten hier nicht das Ganze mit Winter machen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie halt der Zufall so spielt, haben wir leider nur die Elektrobranche erwischt bisher. Vielleicht gelingt es uns noch, ich wünsche allen, die nicht aus der Elektrobranche sind, daß es uns nicht gelingt, ich wünsche mir, daß es uns noch gelingt.

Ich habe keine weiteren Fragen. Gibt es sonst jemanden? — Das ist nicht der Fall. Ich danke Ihnen, Herr Zeuge.

Sollte es passieren, daß wir die anderen Branchen noch erwischen, werden wir Sie vielleicht wieder brauchen. Auf Wiedersehen. *(Arch. Moser verläßt den Saal.)*

**Zeugeneinvernahme von Ing. Roland Stix**

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich begrüße Sie im parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

*(Nach Zeugenbelehrung gemäß § 153 StPO:)*

Ich darf Ihnen mitteilen, daß Sie zu drei Punkten befragt werden können, das ist die Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO bzw. von Subaufträgen und deren Abwicklung;

zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens bzw. von anderen Firmen;

drittens zur Untersuchung betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Ich bitte Sie, alle Fragen offen zu beantworten, und darf Sie zunächst um Ihre Generalien bitten, das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Ing. **Stix:** Mein Name ist Roland Stix — entgegen der Vorladung mit „i" und nicht mit „y" —, am 11. 9. 1928 in Wien geboren, zurzeit wohnhaft in Maria Enzersdorf, Oppensteinstraße 62. Ich bin Bauingenieur und zurzeit bei der APAK als Geschäftsführer tätig für den Bereich des internen ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Kapaun, bitte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, uns ist bekannt, daß sich die APAK aus drei Teilhabern, wenn ich so sagen darf, zusammensetzt: Die Firma ALLPLAN, die Firma AUSTROPLAN und die Architektengruppe Marchart — Moebius. Für welchen dieser Partner sind Sie in der Geschäftsführung der APAK?

Ing. **Stix:** Ich bin Angestellter der Firma AUSTROPLAN.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Wissen Sie über das Zustandekommen der APAK Bescheid? Waren Sie am Zustandekommen beteiligt, oder sind Sie zu einem späteren Zeitpunkt in die Firma eingetreten?

Ing. **Stix:** Ich bin an das Projekt erst etwa Mitte des Jahres 1977 gekommen und wurde mit 1. Jänner 1978 bei der Firma AUSTROPLAN angestellt und im Bereich der Firma AUSTROPLAN als Geschäftsführer eingesetzt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Wissen Sie etwas davon: Von Zeugen wurde uns gesagt, daß ursprünglich die Gruppe aus der Firma ALLPLAN und der Architektengruppe Marchart — Moebius bestanden hat und daß erst später die Firma AUSTROPLAN als potenter inländischer Partner dazugekommen ist. Wissen Sie etwas über die Motivation, warum die Firma AUSTROPLAN sich dieser Gruppe angeschlossen hat?

Ing. **Stix:** Wenn ich etwas weiter ausholen darf: Mir war die Firma AUSTROPLAN bis etwa Mitte 1977 überhaupt nur vom Hörensagen bekannt. Ich bin als freier Mitarbeiter mit einem Konsulentenvertrag an das Projekt im Jahr 1977 gekommen und auf Grund meiner Tätigkeiten dann von der AUSTROPLAN umworben und letztlich auch angestellt worden. Ich kenne daher die Vorgeschichte nur aus Erzählungen, die sich in den letzten Jahren auf Grund der Vorfälle eigentlich ergeben haben.

Ich kann aber auf Ihre konkrete Frage mit nein antworten, ich habe keinerlei Ahnung, auf welche Art und Weise die AUSTROPLAN zu diesem Auftrag kam.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): In den Unterlagen, die uns zugegangen sind, wird von einer eigenen Wiener Spitalsphilosophie bzw. Planungsphilosophie geredet. In dem Zusammenhang liegt auch die Vermutung nahe, daß unter Umständen die Firma AUSTROPLAN wegen ihrer sehr potenten Eigentümer im Rahmen dieser Philosophie eine Rolle gespielt haben könnte. Können Sie dazu eine Aussage machen?

Ing. **Stix:** Ich muß noch einmal auf das zurückkommen, was ich vorhin gesagt habe: Auf Befragungen innerhalb meiner Firma, wie es zu diesem Auftrag kommt, ist mir immer geantwortet worden, daß auf Grund des vorhandenen Know-how bei der UNO-City hier die Managementerfahrung eingebracht wurde.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und mit wem hat Ihre Firma damals bei der UNO-City zusammengearbeitet?

Ing. **Stix:** Das weiß ich auch nur aus Erzählungen, es war die Firma Siemens.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich danke.

Eine weitere Frage: Die Betriebsorganisation und die Vergabe des Auftrages der Betriebsorganisation spielen in dieser Untersuchung eine große Rolle. Können Sie uns etwas darüber sagen, wie es zur Vergabe des Betriebsorganisationsauftrages an die ABO gekommen ist und welche Rolle — oder haben Sie überhaupt eine Rolle in diesem Zusammenhang gespielt?

Ing. **Stix:** Ich weiß nicht, wie Ihnen meine Kollegen das schon erklärt haben. Wir haben innerhalb der APAK eine strenge Aufgabenteilung, und mein Aufgabengebiet ist im Bereich des inneren Geschäftsverkehrs, des APAK-internen Geschäftsverkehrs in der Bearbeitung von Nachtragsanboten, soweit es unser Vertrag verlangt, und in der Bauaufsicht.

Beim konkreten Auftrag ABO ist der Kollege Zippe zuständig, und ich kenne die Bearbeitung dieses Auftrages nur vom Hörensagen. Es ist allerdings so, daß man grundsätzlich auch noch dazusagen muß, daß in unserem Vertrag festgelegt ist, daß der Planer seitens des Auftraggebers, der AKPE, als Nachfolge von Bund und Stadt Wien uns die Planer zur Verfügung stellt und daher die Bearbeitung von Planungsaufträgen in den Aufgabenbereich der AKPE fällt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann wurde Ihnen denn bekannt, daß die ABO den BO-Auftrag kriegen wird?

Ing. **Stix:** Das kann ich nicht im einzelnen sagen, privat . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jahreswende 1977/78?

Ing. **Stix:** Ich muß auch hier wieder an meine Aussage erinnern, nämlich mein Eintritt bei der APAK, wonach ich in den Bereich als Geschäftsführer mit 1. 1. 1978 gekommen bin und dort sehr viel innere Organisationsarbeiten gehabt habe, sodaß ich mich also im wesentlichen nicht unnötig noch mit Aufgaben, die auch nicht in meinem Aufgabenbereich waren, beschäftigt habe. Daher kann ich das auch mit bestem Willen nicht beantworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie weit ist denn der Unmut Ihrer Kollegen in der APAK an Sie herangekommen, daß der ABO-Auftrag geteilt werden sollte?

Ing. **Stix:** Das ist mir bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Teilen Sie die Bedenken Ihrer Kollegen?

Ing. **Stix:** Ja, und zwar im Interesse eines zügigen Fortschrittes des Bauvorhabens waren wir in Gesprächsrunden der Meinung, daß es hier nur zu eventuellen Verzögerungen und Schwierigkeiten kommen könnte, weil ja . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich das als richtig erwiesen?

Ing. **Stix:** Nach der derzeitigen Situation glauben wir, daß es richtig ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und warum glauben Sie denn, daß diese Teilung erfolgt ist?

Ing. **Stix:** Ich kann nur vermuten, daß hier vielleicht der Versuch unternommen wurde, eine Einschätzung der Arbeiten und eine Abgrenzung der Aufgaben und eine Bewertung der Leistungen für diesen Teilauftrag zu übertragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es möglich, daß die ABO sachlicherweise nicht zum Zug hätte kommen können, wenn der Auftrag nicht geteilt worden wäre?

Ing. **Stix:** Das kann ich nicht beantworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War die ABO der Bestbieter Ihrer Meinung nach?

Ing. **Stix:** Soviel ich aus den Aufstellungen, die innerhalb der APAK gemacht wurden, und wie in der letzten Zeit des öfteren besprochen wurde, hat die ABO die Leistungen mit ihrem Angebot am besten abgedeckt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, wer die Ausschreibungsunterlagen erstellt und ausgearbeitet hat?

Ing. **Stix:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat im März 1978 eine Dienstreise nach Minnesota gegeben, Besichtigung einer Notstromversorgungsanlage. Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Ing. **Stix:** Mir ist der Umstand bekannt, daß eine derartige Reise war, aber . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie von allen Dienstreisen informiert?

Ing. **Stix:** Nein. Das ist ja so: Erstens ist die AKPE nicht verpflichtet, uns zu informieren, wenn sie Dienstreisen macht. Ich bin über Dienstreisen informiert, wo APAK-Mitglieder beteiligt waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War da ein APAK-Mitglied beteiligt?

Ing. **Stix:** Meines Wissens nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist interessant. Sie wissen überhaupt nicht, wer mit war in Minnesota?

Ing. **Stix:** Ich weiß, es geht hier um die Turbinen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Notstromturbinen. Es sind der Herr Winter und, ich glaube, Winkler von der AKPE dabeigewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War der Wilfling mit?

Ing. **Stix:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat immer ein paar Spannungen um den Professor Riethmüller gegeben. Haben Sie mit der ARGE ORP etwas zu tun gehabt?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Professor Riethmüller?

Ing. **Stix:** Nein, ich kenne ihn persönlich gar nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, warum die MEDIPLAN in diesen Dingen mit dabei war? Wurde jemals über die Angemessenheit der Honorierung der ARGE ORP im Geschäftsführerbereich geredet?

Ing. **Stix:** Nein, wir haben lediglich eine Überprüfung der Angebote — Überprüfung ist gar nicht richtig —, eine Zusammenstellung der vorgelegten Angebote und der darin angebotenen Leistungen durchgeführt, aber keine Beurteilung.

Es war eine Ausschreibung, eine Einholung auf Grund einer Referenzeinholung, und daher sind nur Gegenüberstellungen gemacht worden, wie üblich bei Ausschreibungen dieser Art.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben also keine Wahrnehmung gemacht über Qualitätsunterschiede der Mitarbeit des Professor Riethmüller und der MEDIPLAN?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine persönliche Beziehung zu Dipl.-Ing. Winter gehabt?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie in Skiathos?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie Flieger?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kartenspieler?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Für den Hausgebrauch.

Ich komme gleich zum Dr. Wilfling. Haben Sie mit dem näher zu tun gehabt?

Ing. **Stix:** Nein, kenne ich überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn Ihr Gesprächspartner in der AKPE?

Ing. **Stix:** Dr. Schwaiger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Waiz oder seinem Stellvertreter Horny zu tun gehabt?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Persönlich auch nicht?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, Sie machen es uns sehr leicht. War für Sie diese ganze Konstruktion AKPE, APAK, ARGE ORP, ABO, Consultatio, ÖKODATA, Combit Rechenzentrum, PRODATA und was es alles gibt, war das für Sie eine überschaubare Organisationsform zur Abwicklung dieses großen Spitalsbaues?

Sie können auch noch ein paar dazunehmen, die ich übersehen habe.

Ing. **Stix:** Ich muß es leider so machen, daß ich einige weglasse, weil sie in unseren Aufgabenbereich eher weniger hineingewirkt haben.

Die Konstruktion AKPE, APAK ist entstanden, soviel mir erzählt wurde, um schlagkräftiger gegenüber den Leistungen der alten Bauleitung zu sein. Ich glaube, in vielen Bereichen ist es auch gelungen. Die ABO war eine Notwendigkeit, um den Planungsablauf weiterführen zu können. Über die sinnvolle Arbeit oder die Effizienz dieser Gruppe, wie gesagt, kann ich nichts aussagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum können Sie über die Effizienz nichts aussagen?

Ing. **Stix:** Weil ich persönlich mit dieser Sache überhaupt nicht beschäftigt bin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch mit der Firma MED-CONSULT nie etwas zu tun gehabt?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit der Firma TECH-MED?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Plantechnik haben Sie erst aus der Zeitung erfahren?

Ing. **Stix:** Ich habe mit der Planung als solche überhaupt nichts zu tun. Mein Schwergewicht liegt in der Ausführung, in der Bauausführung vor Ort und den dabei auftretenden Problemen der Angebote und der Rechtsfragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es könnte ja sein, daß Sie sonst irgendwelche Wahrnehmungen gemacht haben. Sagt Ihnen der Name Anni Gobauer etwas?

Ing. **Stix:** Frau Gobauer kenne ich, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Susanne Friedrich auch?

Ing. **Stix:** Ja. Von der Tätigkeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihre Firma auch für die beiden Damen tätig?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder war das nur die Architektengruppe?

Ing. **Stix:** War nicht tätig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie von der Tätigkeit der Architektengruppe für die beiden Damen gewußt?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Fragen der Schmiergelder will ich dem Vorsitzenden nicht wegnehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sind Sie Mitglied einer politischen Partei?

Ing. **Stix:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie vom Klub 45 schon etwas gehört?

Ing. **Stix:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie dort schon einmal eingeladen worden?

Ing. **Stix:** Ich habe dort einmal einen Treff mit meinem Geschäftsführer gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist Ihr Geschäftsführer?

Ing. **Stix:** Der Herr Dipl.-Ing. Wildling von der AUSTROPLAN.

Obmann Dr. **Steger:** War es nett dort im Klub 45?

Ing. **Stix:** Dazu ist es nicht gekommen. Ich finde ihn eher kühl, aber bitte, das ist rein . . .

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine jetzt nicht ihn. Sie mißverstehen das total. Die Fragen haben sich in Richtung Klubtätigkeit gerichtet, ob es dort zu guter Stimmung gekommen ist.

Ing. **Stix:** Es ist überhaupt zu keiner Stimmung gekommen. Wir sind ganz allein gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Er ist Mitglied dort?

Ing. **Stix:** Das weiß ich nicht, ich nehme es an.

Obmann Dr. **Steger:** Er hat Sie dort hineingelockt? Wann haben Sie denn erstmals davon gehört, daß es den Verdacht gibt, daß es in dieser Branche Schmiergeldzahlungen gibt?

Ing. **Stix:** In der Branche?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Ing. **Stix:** Anläßlich des Straßenskandals am Strengberg.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt sind Sie in der APAK im Kontrollwesen tätig?

Ing. **Stix:** Ich bin nicht in der APAK als Kontrollor oder im Kontrollwesen. Wir haben einen Auftrag zu erfüllen zur Errichtung des Bauwerkes.

Obmann Dr. **Steger:** Schon. Aber im wesentlichen ja nicht, ihn zu planen, sondern die Baudurchführung zu überwachen.

Ing. **Stix:** Zu koordinieren, wenn ich etwas höre.

Obmann Dr. **Steger:** Heißt das, überwacht wird nicht, nur koordiniert?

Ing. **Stix:** Die Bauausführung wird überwacht.

Obmann Dr. **Steger:** Von wem?

Ing. **Stix:** Von uns auf Grund der vorhandenen Planung. Wir müssen differenzieren bei der Planung, hier liegt die Verantwortung bei den Planenden . . .

Obmann Dr. **Steger:** Ich glaube, es ist wirklich sprachverwirrend, denn jedesmal, wenn das Wort Kontrolle fällt, verwahrt sich die APAK dagegen, daß sie etwas kontrolliert. Das fällt mir heute bei Ihnen als einen der soundsovielten Zeugen jetzt auf. Ich nehme an, daß ich damit noch keinen falschen Vorhalt mache. Zunächst wird immer protestiert und gesagt: Nein, wir kontrollieren nichts.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Da haben wir ja eh unseren verehrten Präsidenten!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Doch erst jetzt!

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Der macht das nachträglich auch!

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben Verdachtsmomente gehört bei der Strengbergautobahn. Sie sind bei einem Koordinierungsinstitut namens APAK, das nicht kontrolliert.

Ing. **Stix:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie irgendwie auf Schutzmechanismen verweisen, durch die Sie klären können, daß es keine laufenden Bestechungszahlungen gibt?

Ing. **Stix:** Darf ich die Frage etwas anders beantworten?

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, beantworten Sie sie anders.

Ing. **Stix:** Und zwar nicht in der direkten Form, wie sie mir gestellt wurde.

Die APAK hat mit der AKPE unter anderem im ursprünglichen Auftrage die Preisprüfung von Nachtragsangeboten beinhaltet gehabt, und auf Grund der Praxis, die wir in den Jahren 1976/77 hatten, hat es Probleme gegeben, die Wirtschaftlichkeit dieser neuen Angebote zu überprüfen.

Die Notwendigkeit, am Bau Fortschritt zu erzielen, war für den Verhandelnden immer eine gewisse Belastung. Er mußte schauen, daß die laufenden Arbeiten durchgeführt werden können, und ist dadurch in einen gewissen Zwang terminlicher Natur gekommen, der ihm dann vielleicht zu einer etwas großzügigeren Behandlung dieser Angebote gezwungen hat. Und da das nicht die nötige Unterstützung gefunden hat, um das bestmögliche Ergebnis zu erlangen, hat die APAK diese Aufgaben an die AKPE wieder abgetreten.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat zuwenig unterstützt?

Ing. **Stix:** Aus der Situation heraus ist ein gewisser Verhandlungsvorteil des Auftragnehmers festzustellen gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat die AKPE immer Ihren Vorschlägen Rechnung getragen? Oder hat es da Differenzen gegeben?

Ing. **Stix:** Sie hat weitgehend unseren Vorschlägen . . .

Obmann Dr. **Steger:** Praktisch die Abnahme eines Teiles des Bauwerkes ist ja erforderlich davon, daß Sie sagen, das ist entsprechend koordiniert und richtig gebaut.

Ing. **Stix:** Die Abnahme der ausgeführten Leistungen ist in unserem Auftrag und wird von uns durchgeführt.

Obmann Dr. **Steger:** Das meine ich eben. So ein bisserl mit Kontrolle.

Ing. **Stix:** Die technische Abnahme erfolgt durch uns.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt frage ich Sie daher: Wenn die Abnahme nur mit Ihrer Zustimmung möglich ist — Ihrer heißt jetzt APAK, nicht Sie ad personam —, wieso können Sie ausschließen, daß Firmen nicht auch nachgedacht haben, wie sie auch dort allenfalls einen gewissen fixen Prozentsatz zahlen, damit es zur Abnahme kommt?

Ing. **Stix:** Der Preis steht zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zur Debatte. Es ist ein Leistungsverzeichnis, das ist eine Leistungsbeschreibung . . .

Obmann Dr. **Steger:** Aber es ist sehr wesentlich für eine Firma, ob das nach einem Jahr abgenommen wird oder nach sieben Jahren Prozeß.

Ing. **Stix:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wir wissen, und ich weiß auch aus meiner sonstigen Tätigkeit, daß es ein sehr wesentlicher Aspekt ist, daß man weiß, daß ein Werk abgenommen wird, und daß sehr viele Firmen im Zweifelsfall sogar ein bisserl weniger Geld für sich bekommen, wenn sie es nur bald bekommen, weil die Abnahme erfolgt ist.

Haben Sie in diese Richtung je Überprüfungen in der APAK erlebt?

Ing. **Stix:** In den großen Abnahmen, die bisher durchgeführt wurden, die also geldmäßig ins Gewicht fallen, sind die Abnahmen . . .

Obmann Dr. **Steger:** Was ist das für eine Dimension, wenn sie von „großen" reden?

Ing. **Stix:** Im Hochbaubereich etwa eine Milliarde.

Obmann Dr. **Steger:** Und was sind kleine Summen?

Ing. **Stix:** Kleinere Summen sind also Provisorien oder ähnliche Anlagen, die also in der Größenordnung von einigen Millionen sind.

Bei diesen großen Aufträgen oder bei diesem großen Auftrag sind die Übernahmen sowohl topographisch als auch zeitlich fixiert, und daher hat sich darauf ja nur die Frage Erreichung der Ausführungsfrist oder Einhaltung der Frist und die korrekte Ausführung der Leistung bezogen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber das ist ja ganz wesentlich, daß jemand sagt, es ist korrekt ausgeführt.

Ing. **Stix:** Das habe ich auch nicht bestritten, daß das die Aufgabe der APAK ist. In der Bauausführung haben wir eine Kontrollfunktion.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, wir kommen schon ganz dorthin, wo ich hinmöchte. Also zur Abnahme ist es erforderlich, daß die APAK dann sagt, das ist ordnungsgemäß ausgeführt.

Jetzt hört man, auch als APAK-Geschäftsführer, da gab es Schmiergeldzahlungen, regelmäßige, es werden sogar Leute verhaftet, und zwar bei der AKPE. Ist zu irgendeinem Zeitpunkt daraufhin überprüft worden, ist Ihnen da etwas bekanntgeworden, ob es ähnliches auch bei der APAK gegeben hat?

Ing. **Stix:** Wir haben uns also intern natürlich Gedanken gemacht innerhalb der Geschäftsführung über die Möglichkeiten . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wer war da dabei, wenn Sie sagen „innerhalb der Geschäftsführung"?

Ing. **Stix:** Das ist in formlosen Gesprächen gewesen. Es sind also nicht eigene Sitzungen dafür veranstaltet worden, sondern es waren formlose Gespräche.

Obmann Dr. **Steger:** Personenkreis: Mit wem?

Ing. **Stix:** Das sind also die Herren, die heute ja hier waren, Moser und Wunderer.

Obmann Dr. **Steger:** Mit denen haben Sie darüber geredet? Sie haben sich Gedanken gemacht?

Ing. **Stix:** Welche Möglichkeiten hier überhaupt bestehen. Aber was auch immer untersucht wurde, wir haben also keinerlei Verdachtsmomente feststellen können, und zwar aus folgendem Grund: Wir sind ja nicht der Vertragspartner der Auftragnehmer, der immer wieder in allen Fällen die AKPE ist. Und die AKPE ist bei diesen Abnahmen ja immer wieder vertreten gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Nur noch einmal zurück: Was haben Sie denn da mit dem Herrn Wunderer zum Beispiel besprochen?

Ing. **Stix:** Auf das kann ich mich im einzelnen nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie ihm einmal vorgeschlagen, daß man das überprüfen sollte?

Ing. **Stix:** Zu einer konkreten Überprüfung ist es nie gekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Überlegung, es zu überprüfen, hat die einer der Geschäfsführer geäußert?

Ing. **Stix:** Nein, wir haben die Realität, ob so etwas in unseren Reihen möglich ist, überprüft. Also besprochen. Entschuldigen Sie, nicht überprüft, sondern besprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Geschäftsführer haben es untereinander besprochen und haben die Möglichkeit verworfen.

Ing. **Stix:** . . . ausgeschlossen, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Sie sind zum Beispiel nicht auf die Idee gekommen oder haben sie auch nicht geäußert, daß man mit den Firmen einmal reden und nachfragen müßte, ob es da sonstiges noch gibt.

Ing. **Stix:** Schauen Sie: Das im üblichen Rahmen sich Bewegende zu Weihnachten oder in

Form von Arbeitsessen usw. kann man, glaube ich, ausschließen. Das ist also üblich. Mehr ist uns also nicht bekanntgeworden. Wir haben auch keinen konkreten Verdacht gehabt, daß eine Gefahr besteht, daß hier Geld oder irgend etwas geflossen wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie je gehört, daß Parteien etwas kassieren?

Ing. **Stix:** Aus den Zeitungen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben das im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit überhaupt noch nie erlebt? Wo waren Sie vorher? Auch bei der AUSTROPLAN?

Ing. **Stix:** Nein. Meine Tätigkeiten waren also bei der Industriebau in Baden und dann in einem Datenverarbeitungsbetrieb, der sich mit der Baubranche beschäftigt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie dort je erlebt, daß Parteien, oder haben Sie aus Ihrer beruflichen Tätigkeit Erfahrung, daß Parteien kommen und nach Aufträgen Spenden kassieren?

Ing. **Stix:** Ich habe mit Parteien nie Kontakt gehabt und kann daher auf . . .

Obmann Dr. **Steger:** Waren Sie nicht kaufmännisch tätig in dem Bereich?

Ing. **Stix:** Doch.

Obmann Dr. **Steger:** Das Ganze ist im Datenverarbeitungsbereich ohne Kontakt gegangen?

Ing. **Stix:** Wir haben für die Wirtschaft gearbeitet und nicht für . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Für was?

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben also nur aus den Zeitungen davon erfahren, sonst aber noch nie etwas davon gehört?

Ing. **Stix:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Auch im Rahmen Ihrer APAK-Tätigkeit nie, daß es da Zahlungen gegeben hat?

Ing. **Stix:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Auch keine der Firmen hat je gesagt: Da gab es Zahlungen.

Ing. **Stix:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Von den Provisionszahlungen. Wir wissen aus dem Magistrat der Stadt Wien, daß dort sehr viel darüber geredet wurde, daß möglicherweise AKPE-Leute kassieren. Ist das nie bis zur APAK gedrungen?

Ing. **Stix:** Nein. Wir haben also sehr wenig Kontakt zu den Magistratsabteilungen. Wir haben überhaupt keine, oder nur mit wenigen Ausnahmen, Leute, die in engerem Kontakt zu den Magistratsabteilungen gestanden sind.

Obmann Dr. **Steger:** Aber mit der Firma Siemens war der Kontakt der APAK ganz gut?

Ing. **Stix:** Ich persönlich habe mit der Firma Siemens sehr wenig zu tun gehabt, außer in Verhandlungen, die also grundsätzlicher Natur waren, über die Behandlung von Nachtragsanboten und ähnlichem.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat denn den Kontakt in der Geschäftsführung besonders zur Firma Siemens gehabt?

Ing. **Stix:** Das war der Dr. Wunderer auf Grund unserer Aufgabenteilung.

Obmann Dr. **Steger:** Und zu wem dort?

Ing. **Stix:** Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er da nie berichtet?

Ing. **Stix:** Die Namen der Leute, mit denen er verhandelt hat: Ich meine, da sind einmal Namen gefallen, aber ich kann mich an die . . . Die waren auch für mich unbedeutend.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie nachdenken. Wenn man einmal weiß, daß es da ein Bestechungssystem gibt, sind die Namen dann doch bedeutend.

Ing. **Stix:** Na ja, die Palette der Gesprächspartner geht von den Bauleitern bis in die Direktion hinauf. Das steht also außer Frage.

Obmann Dr. **Steger:** Wer fällt Ihnen ein ad personam?

Ing. **Stix:** Prokurist Köck zum Beispiel, ansonsten könnte ich mich an keinen der Herren erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Schwaiger: War Ihnen der bekannt?

Ing. **Stix:** Dr. Schwaiger?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Ing. **Stix:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat der mit der APAK gemeinsam sehr viele Verhandlungen geführt?

Ing. **Stix:** Über den APAK-Auftrag sehr viel. Mit der APAK über die Aufgaben, die innerhalb des Auftrages zu erbringen waren in den Bereichen Kostenschätzungen und Kostenverfolgung.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie die drei Leute gegenüberstellen, Winter, Schwaiger, Parzer: Wer war der engste Kontaktmann zur APAK?

Ing. **Stix:** Ich würde den Herrn Parzer als engsten Kontaktmann deswegen ansehen, weil er in seinem Bereich den Hauptplaner, den Architekten, und von der Ausführung her im derzeitigen Zustand auch die Hauptlast getragen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum waren Sie denn eigentlich im „Club 45"?

Ing. **Stix:** Das war eine interne Angelegenheit, die ich ausgeräumt habe. Der Platz hat sich, glaube ich, wegen eines nachfolgenden Gespräches ergeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was für eine interne Angelegenheit, die Sie ausgeräumt haben?

Ing. **Stix:** Innerhalb der APAK.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie mir das nicht präzisieren, worum es da gegangen ist?

Ing. **Stix:** Das ist eine persönliche Sache gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zwischen dem Herrn Winter und Ihnen?

Ing. **Stix:** Winter war hier überhaupt nicht im Gespräch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß der Herr Winter aber „Club 45"-Mitglied war, wissen Sie schon?

Ing. **Stix:** Ja, das weiß ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das damals auch gewußt?

Ing. **Stix:** Ich glaube, nein. Das Gespräch war vor den Veröffentlichungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Ingenieur! Von welchen Firmen haben Sie vor allem Angebote prüfen müssen? Sie haben gesagt, daß Sie Nachtragsangebote zu prüfen hatten oder zu prüfen haben. Von welchen Firmen stammen die in erster Linie?

Ing. **Stix:** Mit meinen Mitarbeitern natürlich. Mir unterstehen etwa 30 Mitarbeiter, die diese Aufgaben mit mir gemeinsam durchführen. Volumensmäßig am größten sind die Firmen der ARGE Kernbau vom Hochbau, dann — ich habe es also erwähnt — die grundsätzliche Festlegung über die Prüfungen der Nachtragsanbote der Firma Siemens, dann die Firma ARGE Heizung — Lüftung — Klima. Das sind also die wesentlichsten Firmen, mit denen ich zu tun gehabt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es in diesem Zusammenhang irgendwelche Mängel, die Sie festgestellt haben bei der Prüfung von Angeboten?

Ing. **Stix:** Nicht über den normalen Rahmen hinaus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist „normaler Rahmen"?

Ing. **Stix:** Daß eine bietende Firma natürlich zu ihrem Vorteil die Preisfindung ausgelegt hat und dann das Angebot auf dem Verhandlungsweg eben auf dem vertretbaren Kalkulationsansatz revidiert wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat diese Verhandlungen geführt mit den Firmen, die ihre Angebote nicht korrekt erstellt hatten?

Ing. **Stix:** Das waren Mitarbeiter von mir. Bis zum September 1978. Und dann ist jene Veränderung im Vertrag eingetreten, von der ich vorhin gesprochen habe. Seit dieser Zeit ist die Preisprüfung ausschließlich Aufgabe der AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es Personen, die außerhalb der APAK waren und die an solchen Verhandlungen mitgewirkt haben oder die sonst irgendwo Einfluß genommen hatten auf Angebote, auf den Ausfall von Firmen, auf Änderungen von Angeboten, nachträgliche Änderungen von Angeboten, die einmal eingereicht worden sind, und ähnliche Veränderungen in Angeboten oder in Ausschreibungen?

Ing. **Stix:** Außerhalb des gesamten Plan...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): APAK.

Ing. **Stix:** APAK, natürlich, ja. Aber das ist selbstverständlich, daß die Planenden hier Vorgaben für die Ausschreibungen mitunter gegeben haben. Es ist selbstverständlich, daß die AKPE in diesen Vorverhandlungen vor Erstellung gewisser Nachtragsangebote mitgearbeitet hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben die Vertreter der AKPE irgendwie Einfluß genommen, daß man bestimmte Firmen bevorzugen muß, auch in der Weise, daß sie Ihnen mitgeteilt haben, daß einzelne Firmen hier Preisermäßigungen gewähren, die anderen Firmen nicht zustehen würden?

Ing. **Stix:** Mir ist auf Grund eines Abzuges und einer Zahlung an uns ein derartiger Fall bekanntgeworden, der auch in einem Aktenvermerk festgehalten wurde. Und zwar geht es dabei um einen Auftrag über Sanitärcontainer, wo mir nachträglich erst im Streitfall mit der AKPE, zwischen APAK und AKPE, eine derar-

tige Vorgangsweise bekanntwurde. Zum Zeitpunkt der Abwicklung ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, darf ich Sie fragen, um welche Firma es sich hier gehandelt hat?

Ing. **Stix:** Es ist hier die Firma Prutscher zur Angebotslegung beigezogen worden, und sie wurde auch von uns als Bestbieter vorgeschlagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wer hat sich von der AKPE dafür eingesetzt?

Ing. **Stix:** Noch einmal, ich muß betonen, ich müßte es Ihnen in zwei Stufen sagen: Seinerzeit war es so, daß das Angebot plötzlich von dem Hauptauftragnehmer, der ARGE Sanitär ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war das?

Ing. **Stix:** Das ist die ARGE Horwath *(phonetisch).*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welchen Firmen?

Ing. **Stix:** Schneider. Ich kenne jetzt nicht alle. Es sind Installationsunternehmungen, die den Hauptauftrag im Jahre 1972 offeriert haben und dann auch bekommen haben. Von denen wurde ein Angebot gelegt. Dieses Angebot wurde dann mit der Firma Prutscher neuerlich gelegt. Diesen Firmengruppen wurde dann der Auftrag auch erteilt auf Grund eines Prüfberichtes, den wir erstellt haben. Das war also zum Zeitpunkt des Vorliegens des Angebotes. Wie wir dann später auf Grund eines Vorwurfes der AKPE an uns feststellen konnten, auf Grund von Aussagen der Geschäftführer der ARGE Sanitär, wurde die Firma ARGE Sanitär veranlaßt, hier die Firma Prutscher mitzunehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wer war die Person, die das veranlaßt hat?

Ing. **Stix:** Nach Aussagen der Herren von der ARGE Sanitär Dr. Schwaiger und Herr Ing. Winter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie informiert über den sogenannten Auftrag Trennwände, wie Sie ihn nennen, den die VOEST erhalten hat? Wie ist es zu diesem Auftrag an die VOEST gekommen?

Ing. **Stix:** Das ist ein Ausschreibungsergebnis gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wissen Sie, daß die VOEST einen Beratervertrag mit der ODELGA in Höhe von 12 Millionen Schilling in diesem Zusammenhang abgeschlossen hat?

Ing. **Stix:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen überhaupt nicht bekannt, daß die VOEST mit der ODELGA einen Beratervertrag in Höhe von 12 Millionen Schilling abgeschlossen hat?

Ing. **Stix:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, darf ich Sie bitten, daß Sie wieder ja oder nein sagen, sonst haben wir es nicht im Protokoll.

Ing. **Stix:** Ich habe „nein" gesagt, entschuldigen Sie.

Obmann Dr. **Steger:** Lauter ins Mikrofon, damit man es hat. So gefährlich waren die Fragen doch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen überhaupt nie bekanntgeworden, daß es diesen Beratervertrag VOEST — ODELGA gibt?

Ing. **Stix:** Mir ist das nicht bekannt, nein. Ich habe mich nur vergewissert, das ist der Grund meines Zögerns gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, wie dieser Vertrag mit den Naßzellen an die VOEST gelangt ist? Da sollte ja auch die Firma Prutscher ursprünglich ...

Ing. **Stix:** Das ist das, was ich vorhin gemeint habe: Die Naßzellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da ist aber die Firma Prutscher dann schlußendlich nicht zum Zuge gekommen, sondern die Firma VOEST.

Ing. **Stix:** Das sind eine Subleistung und eine Miteinschließung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie das jetzt genau erklären, denn das ist sehr wichtig, glaube ich.

Ing. **Stix:** Die Firma Prutscher wurde also hier zugezogen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei den Naßzellen?

Ing. **Stix:** Bei den Sanitärzellen, ja. Die Erzeugung liegt bei der Firma VOEST.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer macht das genau?

Ing. **Stix:** Zum Zeitpunkt des Angebotes waren Mitarbeiter von uns dort und haben die Möglichkeiten, daß die Verfließungen bei der Firma Prutscher durchgeführt werden könnten, untersucht. Das wurde den Mitarbeitern dort glaubhaft gezeigt. Wie sich dann herausgestellt hat, ist es also angeblich dann nicht bei der Firma Prutscher durchgeführt worden. Wo es dann endgültig durchgeführt worden ist, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wissen Sie nicht?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie müssen aber doch prüfen, diese Zellen werden ja bereits eingebaut. Wir waren ja dort und haben das gesehen. Sie wissen nicht, wer die liefert?

Ing. **Stix:** Die sind durch die Firma VOEST geliefert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Verfließung wird von der Firma VOEST gemacht?

Ing. **Stix:** Ich persönlich, ich muß mich also hier jetzt entschuldigen, daß ich im Detail jetzt nicht weiß, in welchen Verhältnissen und welche Firmen eine Leistung erbringen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber der Auftrag ging an die Firma Prutscher, von der Firma Prutscher an die Firma VOEST und dann an noch einen dritten Subunternehmer in diesem Fall.

Ing. **Stix:** Das ist, glaube ich, die Firma Bad 2000, wenn ich sie richtig in Erinnerung habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Ihnen in diesem Zusammenhang irgendwelche Provisionszahlungen bekannt?

Ing. **Stix:** Provisionszahlungen nicht. Lediglich das, was man ja aus dem Gesagten herauslesen kann, daß also die Firma Prutscher anscheinend keine Leistung erbringt und dafür Rechnung legt. Sonst ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch aus diesem Anlaß sehen Sie keine Veranlassung, als Sie Dr. Steger gefragt hat, zu prüfen, ob bei der APAK oder bei Mitarbeitern der APAK irgendwelche Provisionszahlungen eingegangen sein könnten?

Ing. **Stix:** Das ist nach dem gesamten Ablauf nicht im Bereich des Möglichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen ist aber bekannt, daß der Rechnungshof ...

Obmann Dr. **Steger:** Wieso nicht? Bitte, darf ich die Ergänzungsfrage stellen: Wieso ist das nicht möglich? Weil es in Ihren Büchern nicht aufscheint?

Ing. **Stix:** Ich wüßte nicht, wer der Empfänger, ein sinnvoller Empfänger für ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie zum Beispiel. Oder der Herr Dr. Wunderer.

Ing. **Stix:** Ich darf mich einmal ausschließen. Ich darf Ihnen versichern: Ich habe nichts genommen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich sage es ja nicht. Ich frage nur, wer sinnvoll etwas empfängt: Sie oder der Wunderer oder andere. Ich sage bei keinem, daß es der Fall ist.

Ich will Ihnen da nicht zu lange dazwischenpfuschen, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich wollte nur da weiterfragen. Es ist Ihnen aber bekannt, daß entweder das Kontrollamt oder der Rechnungshof gerade diese Auftragsvergabe kritisiert hat?

Ing. **Stix:** Das ist mir bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben keinen Anlaß gefunden auf Grund dieser Kritik, dieser Auftragsvergabe nachzugehen?

Ing. **Stix:** Ich glaube, sofern ich die Rüge des Kontrollamtes oder des Rechnungshofes kenne, die des Rechnungshofes kenne ich nicht, ich kenne nur die Fragen, die mir gestellt wurden von der AKPE her, ich kann also nur auf Grund von Rückfragen der AKPE an uns schließen, welche Zweifel bei einzelnen Anboten angemeldet wurden. Es sind hier ja Zweifel diskutiert worden über die Anbotslegung und nicht über gezahlte Provisionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Entschuldigung, das hängt doch eng zusammen. Wenn Sie ein Anbot prüfen, müssen Sie auch prüfen, ob hier irgendwelche Schmiergelder — sagen wir jetzt Provisionszahlungen — geleistet worden sind oder geleistet werden sollen. Haben Sie das irgendwann einmal geprüft? Sind Sie dem nachgegangen?

Ing. **Stix:** Es gibt keine Kalkulation, die also Schmiergelder ausweist oder Ansätze bringt. Es ist ein ähnlicher Fall wie mit dem APAK-Vertrag, wie es aus den Zeitungen und aus Erhebungen der Wirtschaftspolizei ja auch bekannt ist und bei uns ja auch überprüft wurde. Auch hier wird von Provisionen oder von zwei Prozent gesprochen, die es ganz einfach in der Kalkulation nicht gibt, die es bei der Auszahlung nicht gibt. Das sind also Vermutungen, denen kein konkreter Anlaß und kein konkretes Vorgehen innerhalb der APAK oder der Gesellschafter entgegensteht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Direktor Machtl irgendwann einmal interveniert, daß die VOEST hier zum Zuge kommen soll?

Ing. **Stix:** Bei mir nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat jemand anderer gesagt, daß Direktor Machtl sich bei ihm gemeldet hat und daß man hier berücksichtigen oder prüfen sollte, inwieweit die VOEST zum Zuge kommen kann?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nie etwas gehört?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von irgendeiner anderen Person außer von Machtl?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß sich jemand anderer hier eingesetzt hätte? Apfalter?

Ing. **Stix:** Nein. Das einzige, wovon ich gehört habe, ist also jener Fall, den ich aus einer Niederschrift der Geschäftsführer der ARGE Sanitär kenne, der etwa ein halbes Jahr alt sein wird, wo also die Intervention von Schwaiger und Winter ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Schwaiger und Winter haben also interveniert, daß der Auftrag an die VOEST geht.

Ing. **Stix:** Daß die Firma Prutscher eingeschlossen, beigezogen werden muß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Rahmen der VOEST?

Ing. **Stix:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche anderen Anbieter gab es in diesem Zusammenhang?

Ing. **Stix:** Das ist ein Auftrag, den die ARGE Sanitär in anderer Form aus dem Auftrag 1972 oder auf Grund des Angebotes 1972 bereits in ihrem Auftragsvolumen gehabt hat. Hier ist es also um eine Nachtragsbeauftragung und um keine Anbotseinholung mehr gegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie nicht veranlaßt, bei der AKPE zu beantragen, daß man hier eine Ausschreibung machen sollte und, um den Bestbieter zu ermitteln, andere Anbieter zur Angebotslegung einladen sollte?

Ing. **Stix:** Die Frage hat sich wegen des vorhandenen Auftrages bei der ARGE Sanitär nicht gestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma Prutscher und die VOEST.

Ing. **Stix:** Die Firma Prutscher und die VOEST sind als Sublieferant der ARGE Sanitär und nicht als eigener Auftragnehmer aufgetreten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben aber das Angebot genehmigt? Sie haben es geprüft?

Ing. **Stix:** Das Nachtragsangebot? — Auch hier muß ich klarstellen: Ich habe den Stichtag 1. 10. 1978 genannt. Das Angebot über diese Sanitär-Container fällt bereits in den Prüfungszeitraum der AKPE.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen irgendwo bekanntgeworden, daß Schwaiger und Winter Provisionszahlungen in Empfang nehmen?

Ing. **Stix:** Ich habe es vom Winter aus der Presse gehört. Vom Schwaiger höre ich es von Ihnen das erstemal.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich frage Sie nur. Ich weiß es ja auch nicht, sonst würde ich Sie nicht fragen, wenn ich es wüßte.

Ing. **Stix:** Nein, nein. Wie gesagt: Winter aus der Presse, und von Schwaiger weiß ich also nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat einmal vom Dipl.-Ing. Winter einen Plan gegeben, der, wie immer man ihn beurteilt, dazu geführt hätte, daß man APAK und AKPE nicht braucht, sondern eine andere Konstruktion vorsieht. Jetzt können Sie sagen, das war vor dem 1. Jänner 1978. Ist Ihnen jemals davon etwas bekanntgewesen?

Ing. **Stix:** Wonach AKPE und APAK ersetzt werden sollen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine andere Konstruktion, die sich nennt Projektmanagementsituation im Bereich des Neubaues AKH.

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann:** (ÖVP): Es wurde auch später nie davon geredet, daß man diese seinerzeitigen Konstruktionsvorstellungen vielleicht doch durchführen hätte sollen?

Ing. **Stix:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bemühungen, die MA 17 mehr einzubinden?

Ing. **Stix:** Sind in der letzten Zeit auf Grund der Frage der Weiterführung der Betriebsorganisationsplanung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur in der letzten Zeit, oder hat es das schon gegeben um die Vergabe des BO-Auftrages?

Ing. **Stix:** Es waren Gespräche, daß die MA 17 Personal, aber in ganz geringem Umfange, irgendwo beistellen sollte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Letzte Frage: Sind Sie BSA-Mitglied?

Ing. **Stix:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Wie stehen Sie zu dem Vorwurf, daß sich durch die Subaufträge die Kosten erhöht haben oder haben sollen?

Ing. **Stix:** Grundsätzlich wird es bei einem derartigen Bauvorhaben immer, glaube ich, notwendig sein, daß Subaufträge vergeben werden, weil die Kapazitäten für ein derartiges Bauvorhaben in den einzelnen Firmen schwer anzutreffen sein werden oder eben aus Gründen der gleichmäßigen Kapazitätsauslastung nicht vorhanden sind.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind Sie nun der Ansicht, daß also durch diese Subaufträge hier keine Verteuerung eingetreten ist?

Ing. **Stix:** Wenn Sie rechnen, daß auf Subunternehmen Zuschläge kommen, müßte das teurer kommen. Aber das schließt nicht aus, daß durch gewisse geschäftliche Vereinbarungen dieser Zuschlagfaktor nicht voll zum Tragen kommt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wie ist es im gegenständlichen Fall gewesen?

Ing. **Stix:** Beim AKH oder im konkreten dann bei einem . . .

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Jetzt beim AKH, wo Sie ja in der Überprüfung drinnensitzen.

Ing. **Stix:** Bei den Leistungen, die bisher ausgeführt wurden, würde ich also glauben, daß sich diese Zuschläge nicht bemerkenswert ausgewirkt haben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn sie sich nicht bemerkenswert ausgewirkt haben, so haben sie sich ausgewirkt.

Ing. **Stix:** Ich kann es nicht ausschließen, Herr Doktor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Danke.

Ich habe eine grundsätzliche Frage. Ich kenne einige Verträge, Subverträge für das AKH, da findet sich regelmäßig die Klausel, daß derjenige, der den Subauftrag übernimmt, einem Dritten gegenüber nicht berichten darf oder nicht feststellen darf, daß er für das AKH einen Auftrag ausführt.

Verlangt die AKPE oder verlangt die APAK eine solche Klausel in den Verträgen, die die Auftragnehmer mit ihren Subunternehmern abschließen? Ist Ihnen das bekannt?

Ing. **Stix:** Es ist mir nicht bekannt, daß das verlangt wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wird das gemacht?

Ing. **Stix** Mir ist es nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist Ihnen nicht bekannt?

Ing. **Stix:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Eine letzte Frage. Aus Ihrer Sicht.

Was ist bisher der Hauptgrund, daß manches schiefgelaufen ist beim AKH?

Ing. **Stix:** Da gibt es viele Gründe. Ich werde versuchen, einige aufzuzählen.

Sicher ist es einmal ein Problem, daß das Bauvorhaben eine derartige Größenordnung hat, daß also vor allem auf Grund der geographischen Lage der Umstand, in einer anderen Art zu bauen, in Pavillons oder ähnlichem, ganz einfach eine schrittweise Durchführung notwendig gemacht hat und daher Entscheidungen von grundsätzlicher Natur zu einem frühen Zeitpunkt erforderlich waren, aber auch Detailentscheidungen, die sich dann späterhin als überholt oder ähnlich herausstellen und sich dadurch kostensteigernd ausgewirkt haben. Das ist also einmal einer der Gründe, warum hier Verzögerungen und höhere Kosten sind.

Weiters glaube ich, daß die Natur des Projektes, nämlich ein Klinikum, und der Einfluß des späteren Benützers, der natürlich ein Werk auf dem letzten Stand der Technik haben möchte, ein ständiges Aufrollen gewisser Planungsschritte mit sich gebracht haben.

All diese Umstände haben natürlich eine Vielzahl von Folgeerscheinungen, die, wenn Sie die Verantwortlichen befragen, nicht so gravierend dargestellt werden, aber in der Verfolgung der Planungserbringung, in der Umsetzung der Planung in die Bauausführung immer wieder Schwierigkeiten in das Geschehen hineingebracht haben.

Obmann Dr. **Steger:** Heißt das auch, daß Entscheidungen, zum Teil auch politische Entscheidungen der Nutzer dann später zu schwerfällig, manchmal zu spät getroffen wurden?

Ing. **Stix:** In letzter Zeit besonders, weil sich ja niemand traut zu entscheiden. Die Untersuchungen, so gut sie sind, daß vieles aufgedeckt wurde, erschweren natürlich die Entscheidungsfindung, weil man also vom Hundertsten ins Tausendste, um es volkstümlich zu sagen, in der Untersuchung, in der Abwägung von Varianten und so weiter kommt und vor allem auch der Kontakt mit dem Nutzer und die Ausdiskutierung der möglichen Lösungen ein

wesentlich längerer Weg sind, als er es eigentlich sinnvoll bei einem derartigen Projekt sein sollte. Hier müßte ja ...

Obmann Dr. **Steger:** Nur, Herr Zeuge, dauerte es ja vorher auch schon 25 Jahre, also da muß es ja auch schon Verzögerungen gegeben haben.

Ing. **Stix:** Das ist durchaus richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Politiker haben sich aus Ihrer Sicht besonders darum gekümmert, daß es gut weiterläuft, daß Entscheidungen getroffen werden, daß Informationen stattfinden? Ist Ihnen da irgend jemand namentlich aufgefallen?

Ing. **Stix:** Und wie ist es, wenn ich jetzt keinen nennen kann, der sich besonders im positiven Sinn herausgehoben hat?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie werden nicht verhaftet. *(Heiterkeit.)*

Ing. **Stix:** Aber ich glaube, all die Diskussion — ich mag hier jetzt vielleicht als Ketzer angesehen werden: Wenn ich richtig informiert wurde, so hat es einmal seinerzeit eine Entscheidung oder Diskussionen gegeben, daß dieses Projekt außer Diskussion zu stellen wäre, politisch außer Diskussion zu stellen wäre und daß sich alle womöglich an einen Tisch setzen und dem Projekt dienlich positiven Druck ausüben würden. Das wäre sicher eine ideale Lösung.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben aber nicht erlebt, daß es passiert.

Ing. **Stix:** Ich habe es leider nicht erlebt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 25 Jahre ...

Obmann Dr. **Steger:** Danke, Herr Zeuge. Ihre Einvernahme ist beendet. Auf Wiedersehen. — Ich wünsche Ihnen, daß Sie es noch erleben.

Ing. **Stix:** Ich hoffe es. Auf Wiedersehen. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

## Schluß der Sitzung: 18 Uhr 40 Minuten